

Klimakatastrophen, Vertreibung und Gewalt:
eine makro-qualitative Untersuchung sowie eine
Einzelfallstudie über den Zusammenhang von
umweltbedingten Bevölkerungsbewegungen und
gewaltsamen Konflikten

Universität Hamburg

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Dissertation

Zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie

im Fachbereich Sozialwissenschaften

vorgelegt von

Andreas Bernath

aus Mannheim

Hamburg

2016

Vorsitzender: Prof. Dr. Andreas von Staden

Erstgutachter: Prof. Dr. Michael Brzoska

Zweitgutachter: Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Datum der Disputation: 24.11.2015

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde am 1.7.2015 von der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Die Literatur konnte bis März 2015 berücksichtigt werden.

An erster Stelle möchte ich mich besonders bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Michael Brzoska vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), für seine vielfältige und langjährige Unterstützung bedanken. Bei Fragen und Problemen war er stets erreichbar und seine wertvollen, konstruktiven Ratschläge waren eine große Hilfe für mich. Meinen weiteren Dank richte ich an Herrn Prof. Jürgen Scheffran, der als Zweitgutachter ebenfalls wichtige Denkanstöße lieferte.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und meiner dortigen Betreuerin Frau Dr. Hedda Schlegel-Starmann, die von Anfang an an die Umsetzung meines Promotionsvorhabens geglaubt hat. Die DBU förderte meine Arbeit drei Jahre lang durch ein großzügig bemessenes Stipendium und finanzierte darüber hinaus meinen Forschungsaufenthalt auf den Philippinen im Sommer 2012. Ein weiterer Dank gebührt der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, die meine Vorstudie auf den Philippinen im Winter 2012 finanziell gefördert hat.

Des Weiteren danke ich den Mitarbeitern der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der Balay Mindanaw Foundation Inc. (BMFI) für deren große Hilfs- und Gesprächsbereitschaft. Dank IOM und BMFI war es mir zudem möglich, die Auffanglager der Vertriebenen zu besuchen und dort mit den Betroffenen zu sprechen. Für ihre Bereitschaft, mich bei meinem ersten Aufenthalt in der philippinischen Stadt Iligan City bei ihrer Familie aufzunehmen, gilt mein besonderer Dank der GIZ-Mitarbeiterin Laura Engel. Ebenfalls zu großem Dank verpflichtet bin ich gegenüber Preciosa Derro, die mir zahlreiche Kontaktpersonen und Gesprächspartner vermittelt hat.

Bei meinem sehr guten Freund Manuel bedanke ich mich für seine ausführlichen Korrekturhilfen. Ich danke außerdem meiner lieben Verlobten Bea sehr herzlich für ihren langjährigen Rückhalt und ihr Verständnis. Sie ließ mich stets spüren, dass sie fest an mich und mein Vorhaben glaubt und ist eigens meinetwegen nach Hamburg gezogen.

Mein letzter Dank gebührt meinen Eltern, denen ich diese Arbeit in Liebe widme. Ihre bedingungslose Unterstützung und stete Förderung meiner Ausbildung haben die vorliegende Forschungsarbeit überhaupt erst möglich gemacht.

Hamburg, im März 2016

Andreas Bernath

Inhalt

Vorwort.....	vii
Inhalt.....	ix
Abkürzungsverzeichnis	xv
Abbildungsverzeichnis.....	xviii
Tabellenverzeichnis	xix
Zusammenfassung	xx
1 Einleitung.....	1
2 Forschungsstand.....	6
2.1 Umweltkonfliktforschung.....	6
2.1.1 Theorien und qualitative Ergebnisse der Umweltkonfliktforschung	7
2.1.1.1 Thomas Malthus und der Neo-Malthusianismus	7
2.1.1.2 Die Toronto-Gruppe	8
2.1.1.3 Die Zürich-Gruppe	10
2.1.1.4 Kritische Diskussion.....	10
2.1.1.5 Kahls Modell	12
2.1.1.6 Weltkarte von Umweltkonflikten	13
2.1.2 Quantitative Ergebnisse der Umweltkonfliktforschung.....	14
2.1.2.1 Internationale Länderstudien	15
2.1.2.2 Zwischenfazit	17
2.1.2.3 Studien auf sub-nationaler Ebene	18
2.1.2.4 Fazit	22
2.1.3 Zusammenfassung und Fazit	23
2.2 Klimawandel und Konflikt	24
2.2.1 Der anthropogene Klimawandel und seine Auswirkungen.....	24
2.2.2 Klimawandel, Konflikt und Sicherheit: die öffentliche Debatte.....	27
2.2.2.1 Die Debatte in der internationalen Politik	27

2.2.2.2	Prognosen und Szenarien	29
2.2.3	Klimawandel, Konflikt und Sicherheit: die wissenschaftliche Diskussion	31
2.2.3.1	Der IPCC	31
2.2.3.2	Die Friedens- und Konfliktforschung	33
2.2.4	Das Konfliktpotenzial des Klimawandels: empirische Befunde	40
2.2.4.1	Temperatur.....	41
2.2.4.2	Niederschlag	43
2.2.4.3	Naturkatastrophen	47
2.2.4.4	Kritische Diskussion	49
2.2.5	Zusammenfassung und Fazit.....	55
2.3	Kritik an der Konfliktforschung über Umwelt- und Klimaveränderungen	57
2.4	Klima- und umweltbedingte Bevölkerungsbewegungen.....	60
2.4.1	Definition und Terminologie	61
2.4.1.1	Umweltflüchtlinge	61
2.4.1.2	Klimaflüchtlinge	62
2.4.1.3	Kritik und Gegenkritik an den Begriffsverwendungen	63
2.4.2	Rechtsstellung	65
2.4.3	Zahlenspiele	66
2.4.3.1	Umweltinduzierte Bevölkerungsbewegungen.....	66
2.4.3.2	Klimainduzierte Bevölkerungsbewegungen	68
2.4.4	Unterscheidungsmerkmale und Eigenschaften	72
2.4.5	Debatte und Modelle über die Konfliktwirkungen klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen	74
2.4.5.1	Sicherheitspolitische Sichtweise	75
2.4.5.2	Entwicklungspolitische Sichtweise.....	79
2.4.5.3	Foresight-Report	81
2.4.6	Empirische Ergebnisse	82
2.4.6.1	Chittagong Hill Tracts.....	83
2.4.6.2	Assam und Tripura.....	84
2.4.6.3	Der Fall Bangladesch und der Fall Sahel: ein Vergleich	85
2.4.6.4	US Dust Bowl, Bangladesch und Hurrikan Katrina: ein Vergleich ...	87
2.4.6.5	Vergleichende Einschätzung von 38 Fällen.....	88
2.4.6.6	Kritische Diskussion	88
2.4.7	Zusammenfassung und Fazit.....	90
3	Forschungsdesign	95
3.1	Forschungsfrage	95
3.1.1	Typologie klimabedingter Umweltfolgen	96
3.1.2	Begriffsverwendung und -definition	98

3.1.2.1	Sturm- und Flutkatastrophen	98
3.1.2.2	Umweltvertriebene	100
3.1.2.3	Gewaltsame Konflikte	101
3.2	Theorie, Variablen und Hypothesen	102
3.3	Methoden	105
3.3.1	Qualitative Comparative Analysis (QCA)	105
3.3.2	Einzelfallstudie (Kongruenzmethode)	106
3.4	Forschungsziel und Beitrag zur Forschung.....	111
4	QCA-Analysen.....	112
4.1	Wichtigste Grundlagen	112
4.2	Outcome, Bedingungen und Bedingungskonstellationen	115
4.3	Untersuchungsebene	117
4.4	Fallauswahl	118
4.4.1	Vorbemerkung	118
4.4.2	Kriterien der Fallauswahl	119
4.5	Operationalisierung und Daten	121
4.5.1	Umweltvertreibung	121
4.5.1.1	Datensatz über Umweltvertreibung (DUvV)	121
4.5.1.2	Operationalisierung von H6.....	124
4.5.2	Ressourcenknappheit und ethnische Spannungen.....	125
4.5.3	Geringe Governance-Kapazitäten und politische Instabilität	127
4.5.4	Gewaltsame Konflikte	129
4.6	Analysen und Ergebnisse.....	131
4.6.1	Ausbruch gewaltsamer Konflikte (HIIK-Admin)	133
4.6.1.1	Outcome (A_{HIIK}).....	133
4.6.1.2	Fallauswahl und Rohdatentabelle	133
4.6.2	Ausbruch gewaltsamer Konflikte (UCDP-Admin).....	135
4.6.2.1	Outcome (A_{UCDP}).....	135
4.6.2.2	Fallauswahl und Rohdatentabelle	136
4.6.3	Zwischenfazit.....	138
4.6.4	Verschärfung gewaltsamer Konflikte (HIIK-Admin; I_R).....	138
4.6.4.1	Outcome (V_{HIIK}).....	138
4.6.4.2	Fallauswahl, Rohdatentabelle und Wahrheitstafel.....	139
4.6.4.3	Analyse notwendiger Bedingungen	142
4.6.4.4	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIIK1}	143
4.6.4.5	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIIK2}	143
4.6.4.6	Zwischenfazit	146
4.6.5	Verschärfung gewaltsamer Konflikte (HIIK-Admin; I_K).....	148

4.6.5.1	Rohdatentabelle und Wahrheitstafel	148
4.6.5.2	Analyse notwendiger Bedingungen	150
4.6.5.3	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIK1}	151
4.6.5.4	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIK2}	151
4.6.5.5	Zwischenfazit	152
4.6.6	Verschärfung gewaltsamer Konflikte (UCDP-Admin; I_R)	153
4.6.6.1	Outcome (V_{UCDP})	153
4.6.6.2	Fallauswahl, Rohdatentabelle und Wahrheitstafel	153
4.6.6.3	Analyse notwendiger Bedingungen	155
4.6.6.4	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP1}	156
4.6.6.5	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP2}	156
4.6.6.6	Zwischenfazit	157
4.6.7	Verschärfung gewaltsamer Konflikte (UCDP-Admin; I_K)	157
4.6.7.1	Rohdatentabelle und Wahrheitstafel	158
4.6.7.2	Analyse notwendiger Bedingungen	159
4.6.7.3	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP1}	160
4.6.7.4	Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP2}	160
4.6.7.5	Zwischenfazit	161
4.6.7.6	Exkurs: alternativer Indikator für ethnische Spannungen	161
4.6.8	Interpretation und kritische Diskussion der Ergebnisse	162
4.6.8.1	Zusammenfassung und Interpretation	163
4.6.8.2	Kritische Diskussion	164
5	Einzelfallstudie Washi/Sendong	167
5.1	Die Philippinen: Hintergrundinformationen	167
5.1.1	Geographie, Geschichte und Bevölkerung	167
5.1.2	Soziale und wirtschaftliche Lage	169
5.1.3	Politik	170
5.1.3.1	Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Wahlen	171
5.1.3.2	Politisches System	172
5.1.4	Sicherheit	174
5.1.5	Naturkatastrophen und Klimawandel	175
5.2	Die Lage in Mindanao vor Sendong	176
5.2.1	Soziale und wirtschaftliche Lage in Mindanao	178
5.2.2	Siedlerkolonialismus und historische Marginalisierung	180
5.2.2.1	Demographische Marginalisierung	180
5.2.2.2	Sozioökonomische Marginalisierung	181
5.2.3	Sicherheit	182
5.2.3.1	Die Moro-Rebellion	183

5.2.3.2	Ridos.....	186
5.2.4	Binnenvertreibung	188
5.3	Fallauswahl Sendong: Begründung	190
5.4	Sendong: Hintergrundinformationen	194
5.5	Eingrenzung der Analyse.....	196
5.5.1	Geographische Eingrenzung	196
5.5.2	Eingrenzung der unabhängigen Variable.....	197
5.5.3	Eingrenzung der abhängigen Variable.....	199
5.6	Methodik.....	200
5.7	Analyse	201
5.7.1	Ressourcenverfügbarkeit	201
5.7.1.1	Allgemein	201
5.7.1.2	Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene (WASH).....	202
5.7.1.3	Nahrung.....	203
5.7.1.4	Gesundheit.....	204
5.7.1.5	Land, Unterkunft und Lebensunterhalt.....	204
5.7.2	Ethnizität und Religion	205
5.7.3	Reaktion der Aufnahmeregionen.....	206
5.7.3.1	Definition von Aufnahmeregionen	207
5.7.3.2	Positiv zugewandte Reaktion.....	207
5.7.3.3	Ablehnende Reaktion	208
5.7.4	Governance-Kapazitäten.....	209
5.7.4.1	Nationale Governance-Kapazitäten	210
5.7.4.2	Lokale Governance-Kapazitäten	214
5.7.5	Konfliktgeschichte.....	221
5.7.6	Gewaltsame Konflikte	222
5.7.6.1	Konflikte zwischen den Camp-Bewohnern untereinander	222
5.7.6.2	Konflikte zwischen Camp-Bewohnern und Aufnahmeregion	223
5.7.6.3	Konflikte zwischen Camp-Bewohnern und Stadtregierung.....	226
5.7.6.4	Fazit	228
5.7.7	Zwischenfazit.....	229
5.7.8	Humanitäre Gemeinschaft	231
5.7.8.1	Das UN-Cluster-System	232
5.7.8.2	Humanitäre Hilfe	233
5.7.8.3	Schlussfolgerungen.....	235
5.7.8.4	Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung	237
5.7.8.5	Herausforderungen	238
5.7.9	Camp-Koordination und Camp-Management.....	240
5.7.9.1	CCCM-Führung.....	242

5.7.9.2	Camp-Manager	242
5.7.9.3	Camp-Leiter	243
5.7.9.4	Camp-Komitees	244
5.7.9.5	Camp-Sicherheitsteams.....	246
5.7.9.6	Einbeziehung der Barangay-Kapitäne	247
5.7.9.7	Herausforderungen.....	249
5.7.10	Positive Effekte der Umweltvertreibung.....	250
5.7.11	Gewaltmotiv und -fähigkeit der Camp-Bewohner	252
5.7.11.1	Gewaltmotiv.....	253
5.7.11.2	Gewaltfähigkeit.....	257
5.7.12	Zusammenfassung.....	258
6	Schluss	262
	Literatur.....	269
	Anhang.....	306
	Anhang A: Interviewpartner	306
	Anhang B: Ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{HIK} (I_K)$).....	309
	Anhang C: Ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{UCDP} (I_R)$)	312
	Anhang D: Entwicklungsindikatoren Mindanao	315
	Zur Person	316

Abkürzungsverzeichnis

ACLED	Armed Conflict Location and Event Dataset
ARMM	Autonomous Region of Muslim Mindanao
BIFF	Bangsamoro Islamic Freedom Fighters
BIFM	Bangsamoro Islamic Freedom Movement
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMFI	Balay Mindanaw Foundation Inc.
CAFGU	Citizen Armed Force Geographical Unit <i>Zivile Hilfstruppe des Militärs</i>
CCCM	Camp Coordination and Camp Management
CHT	Chittagong Hill Tracts
CMC	Camp Management Committee
CPP	Communist Party of the Philippines
CRED	Centre for Research on the Epidemiology of Disasters
CRI	Climate Risk Index
CsQCA	Crisp-Set QCA
CSWD	City Social Welfare Department <i>Städtisches Sozialamt</i>
CVOs	Civilian Volunteer Organizations <i>Zivile Hilfskräfte der örtlichen Polizei</i>
DES	Demographic and Environmental Stress <i>Demographischer und umweltbedingter Stress</i>
DOH	Department of Health <i>Philippinisches Gesundheitsministerium</i>
DSWD	Department of Social Welfare and Development <i>Philippinisches Ministerium für Sozialhilfe und Entwicklung</i>

DUvV	Datensatz über die geschätzte Gesamtanzahl von Umweltvertriebenen in den von Sturm- und Flutkatastrophen betroffenen ersten Verwaltungsebenen
EcoWEB	Ecosystems Work for Essential Benefits
EM-DAT	Emergency Events Database
ENCOP	Environment and Conflicts Project
EPR	Ethnic Power Relations
EU	Europäische Union
GIS	Geoinformationssystem
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GPID	Guiding Principles on Internal Displacement
GREG	Geo-referencing of ethnic groups
HDI	Human Development Index <i>Index für menschliche Entwicklung</i>
HIHK	Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung
IASC	Inter-Agency Standing Committee Group on Climate Change
IDMC	Internal Displacement Monitoring Centre
IFRC	International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies <i>Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung</i>
IOM	International Organization for Migration <i>Internationale Organisation für Migration</i>
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change <i>Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen</i>
IRA	Internal Revenue Allotment
KOSIMO	Konflikt-Simulation-Modell
MILF	Moro Islamic Liberation Front
MNLF	Moro National Liberation Front
MoA-AD	Memorandum of Agreement on Ancestral Domain
NGOs	Non-Governmental Organizations <i>Nichtregierungsorganisationen</i>
NPA	New People's Army
NWFP	North-West Frontier Province <i>Nordwest-Grenzprovinz</i>

OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs <i>UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten</i>
PAGASA	Philippine Atmospheric, Geophysical & Astronomical Services Administration <i>Philippinischer Wetterdienst</i>
PRIO	Peace Research Institute Oslo
QCA	Qualitative Comparative Analysis
SCAD	Social Conflict in Africa Database
SoS	Sons of the Soil
SSP	Societal Stability Protocol
UCDP	Uppsala Conflict Data Program
UCDP GED	UCDP Georeferenced Event Dataset
UN	United Nations <i>Vereinte Nationen</i>
UNEP	United Nations Environment Programme <i>Umweltprogramm der Vereinten Nationen</i>
UN-HABITAT	United Nations Human Settlements Programme <i>Wohn- und Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen</i>
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees <i>Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen</i>
UNICEF	United Nations Children's Fund <i>Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen</i>
WASH	Water, Sanitation and Hygiene <i>Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene</i>
WBGU	Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umwelt- veränderungen
WFP	World Food Programme <i>Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen</i>
WGI	Worldwide Governance Indicators
WHO	World Health Organization <i>Weltgesundheitsorganisation</i>
WRI	WorldRiskIndex

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Modell Homer-Dixon: Ressourcenknappheit und Gewaltkonflikte	9
Abbildung 2: Umweltkonfliktmodell von Kahl: Staatszerfall und Staatsausbeutung	12
Abbildung 3: Weltkarte von Umweltkonflikten	14
Abbildung 4: Osloer Erklärungsmodell über klimainduzierte Konflikte	37
Abbildung 5: Konfliktkonstellation „Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen“	38
Abbildung 6: Konfliktkonstellation „Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion“	38
Abbildung 7: Konfliktkonstellation „Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen“	39
Abbildung 8: Regionale Brennpunkte des Klimawandels.....	40
Abbildung 9: Konfliktwirkungen des Klimawandels: Übersicht Scheffran und Kollegen	50
Abbildung 10: Konfliktwirkungen des Klimawandels: Übersicht Theisen und Kollegen	51
Abbildung 11: Direkter und indirekter Kausalpfad.....	74
Abbildung 12: Konfliktkonstellation „Umweltbedingte Migration“.....	78
Abbildung 13: Konfliktintensitäten HIIK	130
Abbildung 14: Notwendige Bedingungen ($V_{HIIK} (I_R)$).....	142
Abbildung 15: Notwendige Bedingungen ($V_{HIIK} (I_K)$).....	151
Abbildung 16: Notwendige Bedingungen ($V_{UCDP} (I_R)$)	155
Abbildung 17: Notwendige Bedingungen ($V_{UCDP} (I_K)$)	159
Abbildung 18: Die Philippinen	168
Abbildung 19: Verteilung muslimischer Bevölkerungsmehrheit	177
Abbildung 20: Provinzen in Mindanao	177
Abbildung 21: Regionales Konfliktrisiko in den Philippinen	183
Abbildung 22: Identifikationsebenen in Mindanao.....	184
Abbildung 23: Gewalteskalation 2008: betroffene Provinzen.....	186
Abbildung 24: Betroffenenengruppen in Zentralmindanao	189
Abbildung 25: Pfad und betroffene Gebiete von Sendong.....	194
Abbildung 26: Von Sendong betroffene Bevölkerung nach Provinzen	196

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Schätzungen über Zahl der Klimaflüchtlinge.....	69
Tabelle 2: IASC-Typologie	96
Tabelle 3: Fallauswahl 2008	123
Tabelle 4: Fallauswahl 2009	124
Tabelle 5: Rohdatentabelle Ausbruch von gewaltsamen Konflikten (A_{HIK})	134
Tabelle 6: Rohdatentabelle Ausbruch von gewaltsamen Konflikten (A_{UCDP}).....	137
Tabelle 7: Rohdatentabelle Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{HIK} (I_R)$)	140
Tabelle 8: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{HIK} (I_R)$)	141
Tabelle 9: Rohdatentabelle Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{HIK} (I_K)$)	149
Tabelle 10: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{HIK} (I_K)$)	150
Tabelle 11: Rohdatentabelle Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{UCDP} (I_R)$)	154
Tabelle 12: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{UCDP} (I_R)$).....	155
Tabelle 13: Rohdatentabelle Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{UCDP} (I_K)$).....	158
Tabelle 14: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte ($V_{UCDP} (I_K)$).....	159
Tabelle 15: Zusammenfassung der QCA-Ergebnisse.....	163
Tabelle 16: Die UN-Cluster und ihre zuständigen Organisationen	232
Tabelle 17: Kodierung ethnisch-politische Ausgrenzung.....	309
Tabelle 18: Rohdatentabelle ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{HIK} (I_K)$).....	310
Tabelle 19: Wahrheitstafel ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{HIK} (I_K)$)	311
Tabelle 20: Rohdatentabelle ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{UCDP} (I_R)$)	312
Tabelle 21: Wahrheitstafel ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{UCDP} (I_R)$)	313
Tabelle 30: Entwicklungsindikatoren Mindanao	315

Zusammenfassung

Gemäß dem Weltklimarat sind infolge der voranschreitenden Erderwärmung häufigere Starkregenereignisse, intensivere Tropenstürme sowie steigende Meeresspiegel zu erwarten. Die Zahl der Menschen, die ihre angestammten Wohngebiete aufgrund von Umwelt- und Klimaveränderungen verlassen müssen, wird daher zunehmen. Bereits im Jahr 2013 mussten mehr als 20 Millionen Menschen vor schnell eintretenden Wetterkatastrophen fliehen. Viele Forscher betrachten Massenwanderungen als eine der plausibelsten Verbindungselemente zwischen dem Klimawandel und gewaltförmigen Konflikten. Allerdings gründet sich die vermeintliche Kausalkette von Klimawandel und Umweltveränderungen über Bevölkerungsbewegungen zu gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen bisher auf einer schwachen und nur wenig überzeugenden empirischen Evidenz.

Die Forschungsfrage dieser Dissertation lautet daher: Wie wirkt sich der Zustrom von Menschen, die aufgrund klimabedingter Umweltveränderungen wie Sturm- und Flutkatastrophen ihre angestammten Wohngebiete verlassen müssen, auf die Gefahr gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen aus und welche Einflussfaktoren bzw. Kombinationen daraus sind hierbei von Bedeutung? Zur Beantwortung dieser Frage wird die Konfliktkonstellation „Umweltbedingte Migration“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) anhand einer Qualitative Comparative Analysis (QCA) sowie einer Einzelfallstudie zu dem Tropensturm Washi/Sendong empirisch überprüft.

Als zentrales Ergebnis der Dissertation ist festzuhalten: Weder die QCA-Analyse noch die Einzelfallstudie können das WBGU-Modell bestätigen. Die Resultate liefern also keinen Hinweis darauf, dass es einen Zusammenhang zwischen Massenwanderungen aufgrund klimabedingter Umweltveränderungen und gewaltsamen Konflikten in den Ankunftsregionen gibt. Die WBGU-Autoren überschätzen die Erklärungskraft klassischer Konflikttreiber wie Ressourcenknappheit, überforderte Governance-Kapazitäten

oder politische Instabilität und lassen dabei vier wichtige Einflussfaktoren außer Acht, die sich im Fall Washi/Sendong konfliktmindernd auswirkten: die effektive Präsenz der humanitären Gemeinschaft, das erfolgreiche Management der Auffanglager, die positiven Auswirkungen von Bevölkerungsbewegungen und die geringe Gewaltfähigkeit der obdachlos gewordenen Menschen.

Im Gegensatz zu den bisherigen Arbeiten betont diese Dissertation vor allem die entscheidende Rolle der Hilfsorganisationen: Leisten sie im Verbund mit den staatlichen Verantwortlichen effektive, koordinierte wie rasche humanitäre Hilfe und stellen sie eine erfolgreiche, auf Partizipation sowie auf kollektiven Entscheidungen basierende, Verwaltung und Betreuung der Massenunterkünfte sicher, dann ist das Gewaltpotenzial umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen gering. Insofern scheinen die Klimaproblematik und die damit einhergehenden Wanderungsströme weniger eine sicherheits-, sondern in erster Linie eine entwicklungspolitische Herausforderung darzustellen.

1 Einleitung

Wenn irgendein Unglück uns wirklich schon bedroht, so ist oft die Phantasie beschäftigt, es auszumalen, wobei sie es stets vergrößert, es näher bringt und noch fürchterlicher macht, als es ist. [...] Dinge, die unser Wohl und Weh betreffen, müssen wir bloß mit der Urteilskraft anfassen, [...] in trockner und kalter Überlegung: die Phantasie darf ihnen nicht nahen.

(ARTHUR SCHOPENHAUER, deutscher Philosoph, 1788-1860)

In seinem neusten Sachstandsbericht konstatiert der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC), dass die gegenwärtige Erderwärmung eine unbestreitbare Tatsache darstellt und hauptsächlich auf menschlichen Einflüssen beruht (IPCC 2014c, 1, 5). Bereits die Jahre 2001 bis 2010 können der Weltorganisation für Meteorologie zufolge als ein Jahrzehnt der Klimaextreme bezeichnet werden. Denn diese Dekade war die wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen 1850 und die zweitregenreichste seit 1901. Gleichzeitig wurden immer mehr extreme Klimaerscheinungen wie Hitzewellen, Wirbelstürme und Überschwemmungen in diesem Zeitraum beobachtet. Und auch bei den wetter- und klimabedingten Todesopfern verzeichnen die Meteorologen einen starken Anstieg, und zwar um 20 Prozent im Vergleich zum vorherigen Jahrzehnt (1991-2000) auf nun mehr als 370 000 Menschen weltweit (WMO 2013).

Gemäß dem IPCC wird sich der anthropogene Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten unter allen Emissionsszenarien weiter verstärken (IPCC 2014c, 10). Daher sind häufigere Starkregenereignisse, intensivere Tropenstürme sowie steigende Meeresspiegel zu erwarten. Infolgedessen muss nicht nur mit Wasser- und Lebensmittelknappheit gerechnet werden, sondern auch mit einer erhöhten Gefahr von Sturmschäden und Überschwemmungen, was wiederum vor allem die armen Menschen in den unterentwickelten Ländern aus ihrem Zuhause vertreiben wird (ebd., 13 ff.). Im Jahr 2013 mussten bereits mehr als 20 Millionen Menschen vor schnell eintretenden Wetterkatastrophen

fliehen (IDMC 2014a, 36). Für das Jahr 2050 gehen manche Autoren sogar von bis zu 250 Millionen Klimaflüchtlingen aus (siehe Christian Aid 2009; Myers 2002). Allerdings stützt sich diese Zahl auf äußerst fragwürdige Schätzungen (siehe Kap. 2.4.3.2).

Angesichts dieser möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen der globalen Erderwärmung beschäftigt sich die Friedens- und Konfliktforschung mit der Frage, ob der menschengemachte Klimawandel als eine Gefahr für Frieden und Sicherheit der Welt einzustufen ist bzw. ob er eine entwicklungs- oder eine sicherheitspolitische Herausforderung darstellt. Die Konstruktion des Klimawechsels als Sicherheitsbedrohung bietet einerseits aus Sicht des positivistisch-pluralistischen Ansatzes die Gelegenheit, höchste politische Aufmerksamkeit und Ressourcen für dieses Thema zu mobilisieren. Die Versicherheitlichung wird also als Instrument zur Durchsetzung effektiver Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gesehen. Es gibt jedoch bisher wenig Evidenz für diesen Ansatz, was zum Beispiel das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen Ende 2009 zeigt (Brzoska/Oels 2011, 56 f.). Andererseits birgt die Beschwörung des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung aber auch die Gefahr, dass die Entwicklungshilfe sowie die Umwelt- und Klimapolitik militarisiert werden, also dass man Umweltprobleme verstärkt durch die Brille der Sicherheitspolitik betrachtet und somit auch mehr Ressourcen in die sicherheitspolitischen bzw. militärischen als in die umwelt- oder entwicklungspolitischen Bereiche lenkt (Brock 1998, 42; Brzoska/Oels 2011, 61).

Die Frage nach den Sicherheitsbedrohungen der Erderwärmung ist eng mit der Frage nach ihren Konfliktwirkungen verknüpft. Viele Forscher betrachten Massenwanderungen hierbei als eines der plausibelsten Verbindungselemente zwischen dem Klimawandel und gewaltsamen Konflikten (siehe u.a. Barnett 2003; Bernauer et al. 2012; Gleditsch et al. 2007). Allerdings klafft auf diesem Untersuchungsfeld eine enorme Forschungslücke: Quantitative oder makro-qualitative Analysen über die Konflikthaftigkeit von klima- und umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen wurden bislang aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht durchgeführt. Gleichzeitig gibt es nur wenig Fallstudien zu diesem Forschungsgebiet – und wenn, dann sind sie mit zahlreichen methodischen Mängeln behaftet. So konzentrieren sie sich in ihrer Mehrzahl lediglich auf die Region Bangladesch und Nordostindien und greifen dabei zudem Beispiele auf, die schon weit in die Vergangenheit zurückreichen. Vor allem aber nehmen die bestehenden Fallstudien keine klare Trennung zwischen umweltbedingten und anderen, nicht-ökologisch motivierten Bevölkerungsbewegungen vor (siehe Kap. 2.4.6.6). Insgesamt weiß man daher noch zu wenig über den Zusammenhang von klima- und umweltindu-

zierten Massenwanderungen auf der einen und gewaltsamen Auseinandersetzungen auf der anderen Seite (Engels 2011, 137).

Die Forschungsfrage dieser Dissertation lautet daher: Wie wirkt sich die Zuwanderung von Menschen, die aufgrund klimabedingter Umweltveränderungen wie Sturm- und Flutkatastrophen ihre angestammten Wohngebiete verlassen müssen, auf die Gefahr gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen aus und welche Einflussfaktoren bzw. Kombinationen daraus sind hierbei von Bedeutung?

Zur Beantwortung dieser Frage wird das Erklärungsmodell des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) über das Konfliktpotenzial klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen anhand einer Qualitative Comparative Analysis (QCA) sowie einer Einzelfallstudie zu dem Ende 2011 die Philippinen erschütternden Tropensturm Washi/Sendong empirisch überprüft. Die QCA-Methode kommt zum einen zur Anwendung, weil auf der Grundlage der bisherigen empirischen Analysen kaum allgemeingültige Aussagen über die Konfliktwirkungen von ökologisch motivierten Massenwanderungen möglich sind (siehe Kap. 2.4.7). Und zum anderen, da die obige Forschungsfrage darauf abzielt, das Zusammenspiel der verschiedenen Einflussgrößen zu ergründen. Die vorliegende Arbeit möchte also u.a. generelle Aussagen über die Bedingungskonstellationen bei gewaltsamen Konflikten im Rahmen von klima- und umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen formulieren. Hierzu bietet sich die QCA-Analyse als makro-qualitatives Verfahren, das sich besonders zur Aufdeckung komplexer Kausalitätsbeziehungen eignet (Schneider/Wagemann 2007, 21 ff.), an. Die Einzelfallstudie wird hingegen durchgeführt, da gleichzeitig mehr Falluntersuchungen zu diesem Thema nötig sind (siehe Kap. 2.4.7), aber ebenso, weil diese Arbeit einen forschungstheoretischen Beitrag leisten möchte. Das heißt, die Forschungsergebnisse sollen nicht zur bloßen Bestätigung oder Ablehnung, sondern zur theoretischen Weiterentwicklung und Vertiefung der bisherigen Erklärungsmodelle herangezogen werden. Denn bislang gibt es kaum gut durchdachte Erläuterungen über die Beziehung von ökologisch motivierten Massenwanderungen und gewaltsamen Konflikten. Das WBGU-Modell steht im Zentrum der Dissertation, da es den ausgefeiltesten Erklärungsansatz auf diesem Forschungsgebiet darstellt, der darüber hinaus bisher noch nicht empirisch überprüft worden ist.

Als zentrales Ergebnis der Dissertation ist festzuhalten: Weder die QCA-Analyse noch die Einzelfallstudie können das WBGU-Modell bestätigen. Die Resultate liefern

also keinen Hinweis darauf, dass es einen Zusammenhang zwischen Umweltvertreibung und gewaltsamen Konflikten gibt.

Aus der QCA-Analyse wird ersichtlich, dass die Schlüsselfaktoren des WBGU-Modells – also die Bedingungen, die den WBGU-Forschern zufolge im Kontext klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen als Konflikttreiber fungieren, zum Beispiel Ressourcenknappheit, überforderte Governance-Kapazitäten oder politische Instabilität – in den Aufnahmeregionen weder bei der Entstehung noch bei der Verschärfung größerer Gewaltkonflikte eine entscheidende Rolle spielen (siehe Kap. 4.6). Darüber hinaus identifiziert die QCA-Analyse als vielversprechenden Ausgangspunkt für eine Einzelfalluntersuchung die philippinische Inselgruppe Mindanao.

Dort können aber im Falle des Tropensturms Washi/Sendong erstens keine gewaltsamen Konflikte in Verbindung mit Umweltvertreibung festgestellt werden, obwohl die Schlüsselbedingungen des WBGU-Modells weitgehend erfüllt sind: In den Auffanglagern kam es zeitweise zu Versorgungsengpässen bei wichtigen Bedarfsgütern wie Wasser, Medikamenten oder Unterkünften; die Zufluchtsorte reagierten zum Teil ablehnend auf die Neuankömmlinge; die nationalen und lokalen Regierungskapazitäten waren mit der Situation vollkommen überfordert und mancherorts litten die Ankunftsgebiete unter politischer Instabilität (siehe Kap. 5.7.1 bis 5.7.6). Zweitens enthüllt die Einzelfallstudie folgende vier Einflussfaktoren, die von den WBGU-Forschern außer Acht gelassen werden, die aber im Beispiel Washi/Sendong einen konfliktmindernden Effekt hatten: eine effektiv arbeitende humanitäre Gemeinschaft, ein partizipatorisches und auf kollektiven Entscheidungen ausgerichtetes Camp-Management-System, die positiven Auswirkungen der Neuankömmlinge auf die Aufnahmeregionen sowie die geringe Gewaltfähigkeit der obdachlos gewordenen Menschen (siehe Kap. 5.7.8 bis 5.7.11).

Die vorliegende Arbeit trägt in drei Punkten zur bestehenden Forschung bei: Erstens stärkt sie die bisher schwache empirische Grundlage im Hinblick auf die Konfliktwirkungen klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen. Die Durchführung von QCA-Analysen ergänzt die derzeit vorherrschende Mikroperspektive auf diesem Forschungsfeld um Aussagen auf der Makroebene. Demgegenüber greift die Einzelfallstudie mit dem tropischen Wirbelsturm Washi/Sendong ein aktuelles Beispiel von Massenwanderungen aufgrund klimabedingter Umweltveränderungen in Südostasien auf und grenzt dabei auch die Menschen, die wegen Sturm- und Flutkatastrophen ihr Zuhause verlassen mussten, eindeutig von anderweitig motivierten Bevölkerungsbewegungen ab. Zweitens trägt diese Dissertation zur theoretischen Fundierung des For-

schungsfeldes bei, indem ihre Ergebnisse zur Weiterentwicklung und Vertiefung der bisherigen Erklärungsmodelle herangezogen werden können. Drittens leistet die vorliegende Arbeit schließlich einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion in der Friedens- und Konfliktforschung bezüglich der Frage, ob der menschengemachte Klimawandel eine Gefahr für Frieden und Sicherheit der Welt darstellt (siehe Kap. 6).

Das folgende zweite Kapitel beschreibt den Forschungsstand zu den drei Themengebieten Umweltkonfliktforschung, Klimawandel und Konflikt sowie klima- und umweltbedingte Bevölkerungsbewegungen. Auf der Grundlage der dabei identifizierten Forschungslücken wird im dritten Kapitel das Forschungsdesign dieser Dissertation erläutert. Es beinhaltet u.a. die Formulierung der spezifischen Forschungsfrage, die Herleitung der Variablen und Hypothesen auf der Basis des WBGU-Modells sowie die nähere Darstellung der beiden verwendeten Methoden. Das vierte Kapitel enthält die QCA-Analysen zum Erklärungsmodell des WBGU. Dabei wird die Entstehung und Verschärfung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen in 20 Schwellen- und Entwicklungsländern untersucht. Aufgrund der unzureichenden Datenlage werden die hierfür benötigten disaggregierten Datensätze über Gewaltkonflikte sowie über umweltinduzierte Massenwanderungen im Rahmen der vorliegenden Arbeit selbst generiert. Anhand einer Fallstudie zum Wirbelsturm Washi/Sendong überprüft das fünfte Kapitel zunächst den Erklärungsansatz des WBGU. Danach werden jene Einflussbereiche beleuchtet, die die WBGU-Forscher in ihrem Modell zwar nicht berücksichtigen, die aber das Ausbleiben gewaltsamer Konflikte im Fallbeispiel erklären können. Das Schlusskapitel fasst die zentralen Ergebnisse der Arbeit noch einmal zusammen und ordnet sie in die bestehende Literatur ein, um die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse hervorzuheben. Dabei wird auch die, anfangs in dieser Einleitung aufgeworfene, kontroverse Debatte, ob der Klimawandel als Sicherheitsbedrohung oder als entwicklungspolitische Herausforderung zu betrachten ist, erneut aufgegriffen, um konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren. Im Anschluss daran werden die Einschränkungen benannt, vor deren Hintergrund man die Ergebnisse der Dissertation betrachten muss. Die Arbeit schließt mit Empfehlungen und Anregungen für die zukünftige Forschung.

2 Forschungsstand

Dieses Kapitel gibt den Stand der Forschung in drei miteinander verbundenen Forschungsfeldern wieder: die Umweltkonfliktforschung (siehe Kap. 2.1), die Forschung über den Zusammenhang von Klimawandel und Konflikten (siehe Kap. 2.2) sowie die Forschung über klima- und umweltbedingte Bevölkerungsbewegungen (siehe Kap. 2.4). Überdies wird auf die Kritik an der Konfliktforschung über Umwelt- und Klimaveränderungen näher eingegangen (siehe Kap. 2.3).

2.1 Umweltkonfliktforschung

Bereits seit den frühen 1970er Jahren wird eine Debatte über die Beziehung von Umwelt und Sicherheit und damit über eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs geführt (siehe u.a. Brown 1977; Brundtland et al. 1987; Falk 1971; Galtung 1982; Ullman 1983). Die darauf folgende Umweltkonfliktforschung hat sich seit den 1990er Jahren als eigenständiges Forschungsfeld der klassischen Kriegsursachen- und Konfliktforschung entwickelt. Sie konzentriert sich ganz gezielt auf die Verknüpfung von Umweltdegradation bzw. Knappheit erneuerbarer natürlicher Ressourcen – wie Ackerland, Wasser, Fischgründe oder Wälder – mit gewaltsamen Konflikten (WBGU 2007, 25).

Da die Erderwärmung auch Ressourcenknappheit nach sich ziehen wird, ist die Umweltkonfliktforschung ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Erforschung des Zusammenhangs von Klimawandel und Konflikten (siehe Kap. 2.2), oder um es mit anderen Worten zu sagen:

The argument about the connection between climate change and conflict boils down to an argument about resource scarcity and competition over the means to sustain livelihoods. (Salehyan 2008a, 316)

Im Folgenden werden zunächst die Erklärungsmodelle und die qualitativen Ergebnisse der Umweltkonfliktforschung kurz dargestellt, bevor auf die quantitativen Resultate näher eingegangen wird. Anschließend erfolgt die Zusammenfassung der Kernbefunde der Umweltkonfliktforschung.

2.1.1 Theorien und qualitative Ergebnisse der Umweltkonfliktforschung

2.1.1.1 Thomas Malthus und der Neo-Malthusianismus

Einen bedeutenden Ausgangspunkt für die Umweltkonfliktforschung stellen die Gedanken des anglikanischen Pfarrers Malthus dar. In einem Aufsatz von 1798 argumentiert er, dass die Weltbevölkerung exponentiell wächst, wohingegen sich die weltweite Lebensmittelproduktion lediglich linear entwickelt (Malthus 1798, 4). Daher wird man zwangsläufig an einen Punkt gelangen, an dem sich die Menschen kaum mehr selbst ausreichend mit Vorräten versorgen können. Dies wird wiederum Hungersnöte, Krankheiten und Kriege nach sich ziehen, die das Wachstum der Erdbevölkerung wieder eindämmen, bevor die Kapazitäten der menschlichen Subsistenz endgültig überlastet sind. Auf diese Weise stellt sich das Gleichgewicht zwischen Weltbevölkerung und Nahrungsmittelproduktion wieder ein (ebd., 15, 31, 40, 44).

Die Anhänger des Neo-Malthusianismus ergänzen diese rein demographische Sichtweise um eine ökologische Komponente, indem sie betonen, dass das Zusammenspiel von Bevölkerungswachstum auf der einen Seite und nicht nachhaltigen Konsumgewohnheiten sowie umweltschädigenden Förder- und Produktionsmethoden auf der anderen Seite einen hohen Tribut von der Umwelt sowie den armen Bevölkerungsteilen dieser Welt fordert. Demographischer und ökologischer Stress könnten dann unter bestimmten Bedingungen zu gewaltsamen Konflikten zwischen und innerhalb von Staaten führen (Kahl 2006, 4 ff.). Für Neo-Malthusianer ist also im Hinblick auf Ressourcenknappheit und den damit einhergehenden Konflikten nicht nur die bloße Bevölkerungsanzahl entscheidend, sondern auch, wie die Bevölkerung mit ihrer Umwelt umgeht. Auf diese Weise richten sie die Aufmerksamkeit auf das Problem der Umweltzerstörung und argumentieren, dass insbesondere das Zusammenspiel von umweltinduzierter Ressourcenknappheit und Bevölkerungswachstum zu Konflikten führt.

2.1.1.2 Die Toronto-Gruppe

Die Toronto-Gruppe um Homer-Dixon verfolgt im Kern einen neo-malthusianischen Ansatz, weil sie die Ressourcenknappheit in den Mittelpunkt ihres Erklärungsmodells stellt. Dabei umfasst ihr Grundkonzept von der Knappheit erneuerbarer natürlicher Ressourcen drei Dimensionen: angebotsinduzierte Knappheit (das heißt, die Umweltressourcen werden schneller ausgebeutet oder zerstört, als sie sich regenerieren können), nachfrageinduzierte Knappheit (verursacht durch Bevölkerungswachstum oder gestiegenen Pro-Kopf-Verbrauch) und strukturelle Knappheit (ausgelöst durch die ungleiche Verteilung der Ressourcen).

Diese drei Formen von Knappheit beeinflussen und verstärken sich gegenseitig in nachteiliger Weise. *Resource capture* und *ecological marginalization* sind zwei Beispiele eines solchen Zusammenspiels. Ersteres beschreibt einen Prozess, bei dem angebots- und nachfrageinduzierte Knappheit einer Ressource den mächtigen Eliten und Bevölkerungsgruppen einen Anreiz dafür liefert, die Verteilung dieser Ressource zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Ökologische Marginalisierung findet statt, wenn ungleiche Ressourcenverteilung und Bevölkerungsdruck die armen Bevölkerungsschichten in die ökologisch fragilen Randbereiche wie steile Bergabhänge oder tropische Regenwälder verdrängen, was wiederum oft Umweltzerstörung und Verarmung zur Folge hat.

Die Forscher der Toronto-Gruppe nehmen nun an, dass Ressourcenknappheit und ihre unterschiedlichen Interaktionsmuster folgende fünf soziale Effekte hervorrufen können, falls eine Gesellschaft sich an die veränderte Ressourcenverfügbarkeit nicht anpasst:¹ Rückgang landwirtschaftlicher Produktion, Rückgang ökonomischer Produktivität, Massenflucht und Migration, soziale Segmentierung und Zusammenbruch legitimer Institutionen. Indem sie die Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung verstärken und gleichzeitig die politischen Opportunitätsstrukturen beeinflussen, können diese sozialen Effekte schließlich, einzeln oder in Kombination, in gewaltsame Konflikte münden (Homer-Dixon 1991, 1994, 1999; Homer-Dixon/Blitt 1998).²

Ressourcenknappheit, soziale Effekte und Gewaltkonflikte bilden somit den Kern von Homer-Dixons Modell über den Zusammenhang von Ressourcenknappheit und Gewalt (siehe Abbildung 1). Dieses Modell kann man sich hierbei so vorstellen, als wä-

¹ Homer-Dixon spricht hierbei von der sogenannten *ingenuity gap*, welche vor allem durch Marktversagen, unzureichende finanzielle Mittel und fehlendem Humankapital verursacht wird (Homer-Dixon 1999, 107 ff.; Homer-Dixon/Blitt 1998, 7 ff.).

² Hierbei werden vor allem drei Hauptkonflikttypen unterschieden: einfache Knappheitskonflikte, Gruppenidentitätskonflikte und Aufstände (Homer-Dixon 1999, 137 ff.).

re es in einem dichten Gefüge fallspezifischer Kontextfaktoren wie ethnische Teilung der Gesellschaft, Legitimität des politischen Systems oder Bildungsgrad eingebettet (Homer-Dixon 1999, 133). Das heißt, Ressourcenmangel ist weder eine notwendige noch eine hinreichende Ursache. Vielmehr betont Homer-Dixon, dass Ressourcenknappheit bei vielen Konflikten nur wenig ins Gewicht fällt. Wenn sie eine Rolle spielt, dann oft eine eher undurchsichtige und indirekte, weil sie immer mit kontextuellen Einflussfaktoren interagiert, um Gewalt zu verursachen. Gewaltsame Konflikte finden zudem vorwiegend innerhalb von Staaten statt und nicht zwischen ihnen. Dennoch sollte man die Bedeutung von Ressourcenmangel nicht unterschätzen (ebd., 7 f., 177).

Zur Überprüfung ihres Erklärungsmodells haben die Forscher der Toronto-Gruppe zahlreiche nationale sowie regionale Fallstudien durchgeführt (siehe Homer-Dixon 1994, 1999; Homer-Dixon/Blitt 1998; Percival/Homer-Dixon 1998). Abschließend kommen sie zu folgendem Ergebnis:

My key finding is straightforward: preliminary research indicates that scarcity of renewable resources – or what I call *environmental scarcity* – can contribute to civil violence, including insurgencies and ethnic clashes. Although environmental scarcity has often spurred violence in the past, in the coming decades the incidence of such violence will probably increase as scarcities of cropland, freshwater, and forests worsen in many parts of the developing world. (Homer-Dixon 1999, 177; Hervorhebung im Original)

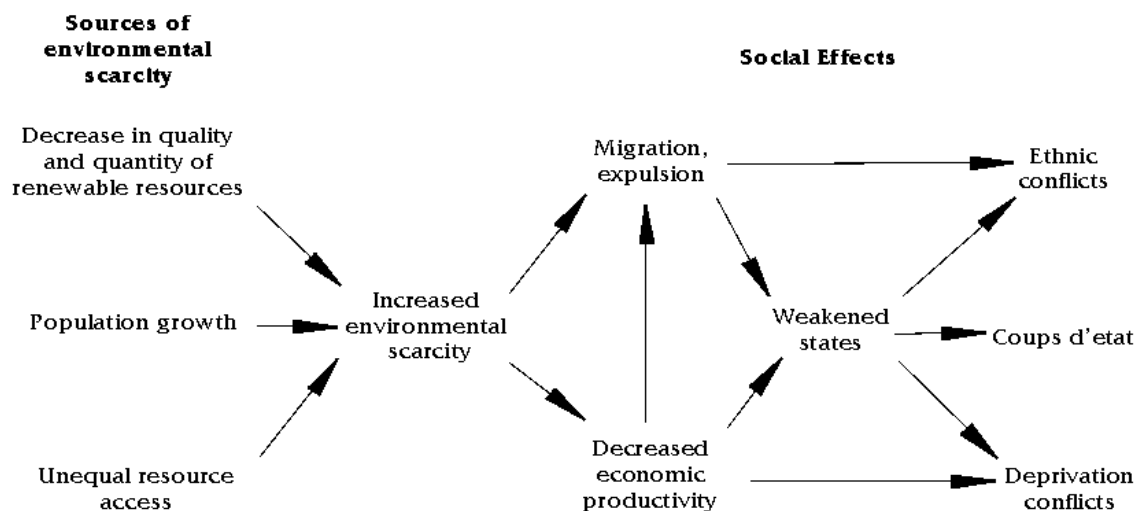


Abbildung 1: Modell Homer-Dixon: Ressourcenknappheit und Gewaltkonflikte
Quelle: Homer-Dixon 1994

2.1.1.3 Die Zürich-Gruppe

Das schweizerische Environment and Conflicts Project (ENCOP) der Zürich-Gruppe um Bächler und Spillmann hat ebenfalls eine Reihe von Fallstudien durchgeführt und kommt zu einem ähnlichen Ergebnis:

Die anthropogene Transformation der Umwelt stellt eine wesentliche Ursache bei der Entstehung, Verstetigung und Zuspitzung von bewaffneten Konflikten zwischen kollektiven Akteuren in unterentwickelten und politisch instabilen Regionen dar. (Bächler et al. 1996, 291)

Hierbei unterscheiden die Autoren sieben Umweltkonflikttypen: Zentrum-Peripherie-Konflikte, ethnopolitisierte Konflikte, regionalistische Migrationskonflikte, grenzüberschreitende Migrationskonflikte, demographisch verursachte Migrationskonflikte, internationale Wasserkonflikte und Fernwirkungskonflikte (ebd., 295 ff.).

Allerdings schränken die ENCOP-Forscher ein, dass „grössere kriegerische Ereignisse eher unwahrscheinlich“ sind. Vorherrschend ist vielmehr „Gewalt auf relativ niedrigem Niveau mit bisher nur wenigen Todesopfern“ (ebd., 321). Zudem sind bewaffnete Umweltkonflikte im Allgemeinen ein Phänomen in Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften (ebd., 292 ff.). Und schließlich eskalieren umweltverursachte Konflikte nur dann zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, wenn mehrere der fünf folgenden Bedingungen zusammentreffen: unausweichliche sozioökonomische Zustände, Mangel an gesellschaftlichen Regulierungsmechanismen, Instrumentalisierung, Gruppenidentität, Organisation und Bewaffnung sowie Überlagerung eines historischen Konfliktes (ebd., 308 ff.).

2.1.1.4 Kritische Diskussion

Diese oben aufgeführten Ergebnisse werden von anderen Konfliktforschern jedoch in Zweifel gezogen (siehe u.a. Gleditsch 1998; Gleditsch/Urdal 2002; Levy 1995). Sie kritisieren insbesondere das methodische Vorgehen von Homer-Dixon und Bächler, da diese nur solche Fälle für ihre Feldstudien auswählen, bei denen sowohl Ressourcenknappheit als auch innerstaatliche Konflikte vorkommen.³ Dagegen finden Fälle, in denen knappe Ressourcen gar nicht erst zu einem Konfliktgegenstand werden, bei der Analyse keine Berücksichtigung (Gleditsch 1998, 391). Untersucht man aber nur solche

³ Wobei Homer-Dixon ausschließlich gewaltsame Konflikte analysiert, während bei ENCOP auch solche umweltinduzierten Konflikte ausgewählt werden, die nicht gewaltsam eskalieren (Biermann et al. 1998, 279).

Fälle, in denen Konflikte auftreten, „one is likely to find at least partial confirmation of whatever one is looking for“ (ebd., 392). Überspitzt formuliert, „bestimmt hier also schon die Auswahl der Fallstudien das Ergebnis“ (Biermann et al. 1998, 278). Robuste Aussagen über die Effekte der verschiedenen Faktoren auf Konflikte können aber nur dann gemacht werden, wenn man Ressourcenkonflikte mit solchen Fällen vergleicht, bei denen knappe Ressourcen keine Konflikte hervorrufen (Gleditsch 1998, 391 f.). Homer-Dixon rechtfertigt sein Vorgehen bei der Fallauswahl mit seinem Erkenntnisinteresse. In dem zu dieser Zeit noch frühen Forschungsstadium wollte sein Forscherteam zunächst einmal klären, ob es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Umweltdegradation und gewaltsamen Konflikten gibt, und wenn ja, welche Kausalmechanismen dabei zugrunde liegen. Diese Fragen können am besten mit einem Forschungsdesign beantwortet werden, das nur Fälle mit akuten Ressourcenkonflikten untersucht (Homer-Dixon 1999, 169 ff.; Schwartz et al. 2000, 85 f.).

Des Weiteren wenden die Kritiker ein, dass Umweltdegradation und damit einhergehende Ressourcenkonflikte letztlich eine Folge von Unterentwicklung sind (Gleditsch 1998, 396). Dem wird entgegnet, man soll die Rolle von Ressourcenknappheit als Ursache von Gewalt nicht immer politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren unterordnen. Denn erstens wirkt sich Ressourcenknappheit umgekehrt auch auf die politischen und ökonomischen Eigenschaften der Gesellschaftssysteme aus. Zweitens ist der Mangel an Ressourcen, zumindest teilweise, durch exogene Einflüsse der Umwelt determiniert, zum Beispiel durch den Grad der ökologischen Verwundbarkeit einer Region. Und drittens kann Umweltdegradation einen Punkt überschreiten, an dem sie unumkehrbar wird und sich somit dem Einfluss politischer und ökonomischer Faktoren immer mehr entzieht (Homer-Dixon 1999, 179).

Nichtsdestotrotz kann an dieser Stelle bereits ein zentrales Ergebnis der Umweltkonfliktforschung festgehalten werden: Empirisch gibt es keine Beispiele für ausschließlich durch Umweltveränderungen ausgelöste gewaltsame Konflikte. Umweltveränderungen und Ressourcenknappheit spielen bei der Entstehung von Konflikten vielmehr eine indirekte Rolle. Das heißt, sie sind nur in einem komplexen Zusammenspiel mit anderen sozialen Problemen konfliktträchtig (Carius/Imbusch 1998, 19, 23 f.).

2.1.1.5 Kahls Modell

Kahl (2006) greift die bereits bei Matthew (2001) und Bächler (1998) angesprochene Bedeutung des Staates bei Umweltkonflikten auf und entwickelt daraus ein umfassendes Erklärungsmodell. Die unabhängige Variable in seinem Modell ist demographischer und umweltbedingter Stress (DES). Hierbei handelt es sich um eine zusammengesetzte Variable, die aus drei miteinander in Wechselwirkung stehenden Komponenten besteht: rapides Bevölkerungswachstum, Umweltdegradation und ungleiche Verteilung natürlicher Ressourcen. Kahl behauptet, dass DES auf zwei Kausalpfaden Gewalt verursachen kann: *state failure* und *state exploitation* (siehe Abbildung 2). Die Hypothese des Staatszerfalls besagt: Gewaltsame Konflikte können dann auftreten, wenn DES sowohl zu gesellschaftlichen Spannungen als auch zu einer Schwächung des Staates führt. Ersteres, indem DES zum Beispiel Ressourcenknappheit, ökonomische Marginalisierung und demographische Verschiebungen zur Folge hat. Letzteres, weil DES die Kapazitäten, die Legitimität sowie den inneren Zusammenhalt des Staates entscheidend schwächt. Demgegenüber nimmt die Hypothese der Staatsausbeutung an, dass DES eigennützigen Staatseliten und ihren Verbündeten einen Anreiz und auch die Gelegenheit bietet, zu Gewalt anzustiften. Ferner argumentiert Kahl, dass insbesondere Länder, die von einer hohen Gruppenidentität und einem repressiven politischen System geprägt sind, besonders anfällig gegenüber DES-induzierten Staatszerfalls- und Staatsausbeutungs-Konflikten sind (Kahl 2006, 28 ff.).

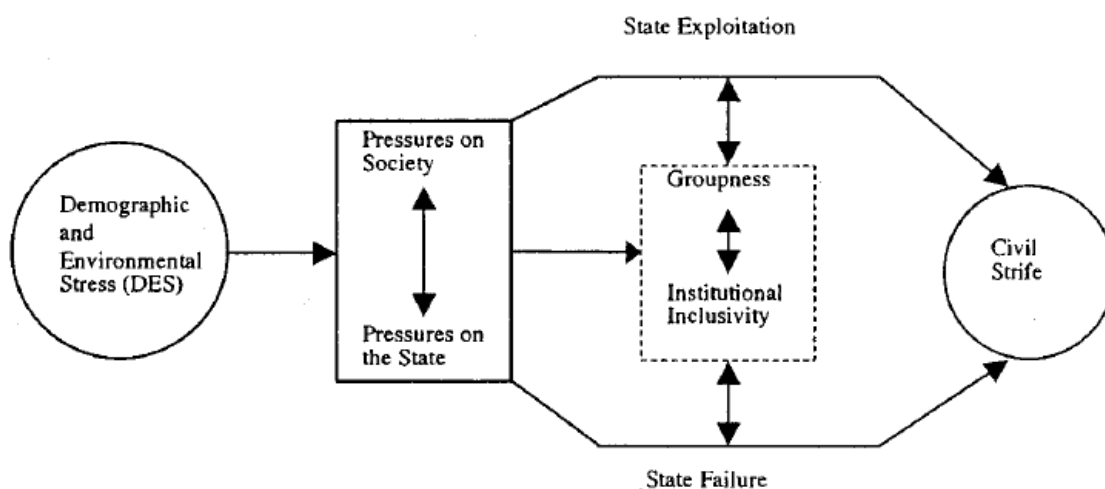


Abbildung 2: Umweltkonfliktmodell von Kahl: Staatszerfall und Staatsausbeutung
Quelle: Kahl 2006

Im empirischen Teil seines Buches untersucht Kahl sein Erklärungsmodell vor allem anhand des kommunistischen Aufstandes auf den Philippinen und der ethnischen Unruhen in Kenia in den 1990er Jahren. Er sieht sowohl die Hypothese des Staatszerfalls als auch die Hypothese der Staatsausbeutung durch die Ergebnisse seiner Analyse gestützt. Somit schlussfolgert Kahl: „DES is a potentially powerful contributor to civil strife, and, as such, deserves careful study” (ebd., 247).⁴ Ähnlich wie Homer-Dixon fügt er allerdings einschränkend hinzu, dass DES weder eine gänzlich hinreichende noch allgemein notwendige Bedingung für innere Unruhen darstellt, sondern immer in einer komplexen Kausalkette eingebettet ist (ebd.).

2.1.1.6 Weltkarte von Umweltkonflikten

Den bisher dargestellten empirischen Analysen mangelt es an vergleichbaren Fallstudien in ausreichend großer Anzahl, um verallgemeinerbare Aussagen treffen zu können. Dieses methodische Defizit der Umweltkonfliktforschung wollen Carius und seine Forscherkollegen (2006) ausgleichen. Auf der Basis von 73 Fallstudien über Umweltkonflikte,⁵ die sich im Zeitraum von 1980 und 2005 ereignet haben, erstellen sie zunächst eine Weltkarte von umweltbedingten Konflikten (siehe Abbildung 3). Neben den Umweltproblemen, die dem Konflikt zugrunde liegen, führt sie auch die Konfliktintensität auf.

Anschließend analysiert das Forscherteam die regionalen Konfliktmuster und leitet daraus folgende Typologie von Umweltkonflikten ab: Landnutzungs- und Bodendegradationskonflikte, politisierte Wasserkonflikte, armutsbedingte Wasser- und Bodendegradationskonflikte und Konflikthaftigkeit extremer Wetterereignisse (ebd., 46 f.).

Darüber hinaus werten die Forscher anhand eines einheitlichen Analyseraters die 73 Fallstudien auch hinsichtlich der maßgeblichen Konflikteinflussfaktoren aus. Hierbei stellen sie fest, dass biophysikalische und ökologische Faktoren – wie zum Beispiel unzureichender Zugang zu Trinkwasser oder Degradation von Land, Boden und Vegetation – eine maßgebliche Rolle als Konfliktfaktoren spielen. Von den unmittelbar gesell-

⁴ Kahls Ergebnisse sind jedoch nicht unumstritten. So kritisiert Benjaminsen (2008), dass Kahl auch Bezug zur Tuareg-Rebellion in Nordmali nimmt und diese im Wesentlichen auf eine angebotsinduzierte Ressourcenknappheit zurückführt. Benjaminsen zeigt hingegen, dass Ressourcenmangel bei der Rebellion nur indirekt eine Rolle gespielt hat, indem er zur Migration junger Tuareg nach Algerien und Libyen führte, wo diese sich dann politisiert und radikalisiert haben.

⁵ Darunter befinden sich u.a. die bereits oben aufgeführten Fallstudien von Homer-Dixon, Bächler sowie Kahl.

schaftlich beeinflussten Ursachen heben sich insbesondere ungleiche Machtverhältnisse, ethnische, soziale oder kulturelle Spannungen sowie Armut als bedeutende Einflussfaktoren ab (ebd., 35 ff.).

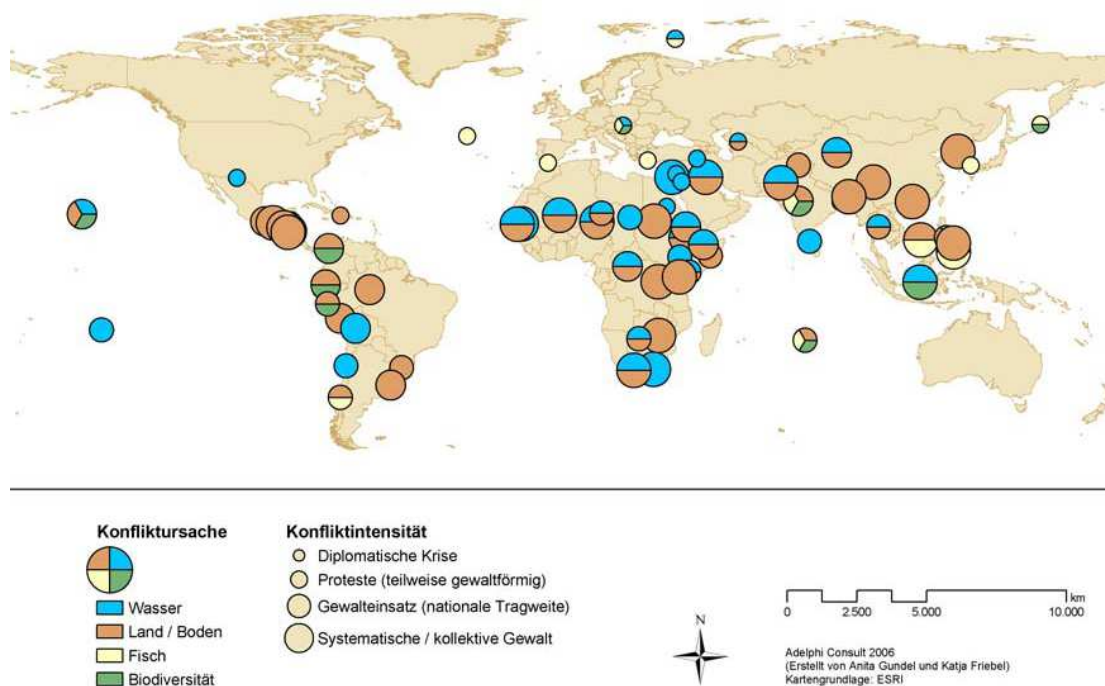


Abbildung 3: Weltkarte von Umweltkonflikten
Quelle: Carius et al. 2006

2.1.2 Quantitative Ergebnisse der Umweltkonfliktforschung

Aus der Kritik an Homer-Dixon und Bächler (siehe Kap. 2.1.1.4) entwickelte sich ein eigenständiger quantitativer Forschungsansatz, welcher von der sogenannten Oslo-Gruppe am Peace Research Institute Oslo (PRIO) angeführt wird (WBGU 2007, 28). Die folgenden Studien konzentrieren sich hierbei ausschließlich auf innerstaatliche Konflikte.⁶

⁶ Im Hinblick auf zwischenstaatliche Konflikte zeigt die empirische Forschung, dass grenzüberschreitende Gewässer eher zu niedrigschwelligen Konflikten wie diplomatischen Spannungen führen als zu großflächigen Wasserkriegen. Andere Untersuchungen deuten sogar im Gegenteil darauf hin, dass Staaten eher kooperieren, anstatt um gemeinsam genutzte Wasserressourcen zu kämpfen (Bernauer et al. 2012, 3). Für Studien zu zwischenstaatlichen Konflikten über grenzüberschreitende Gewässer siehe u.a. Brochmann/Hensel (2009), Brochmann/Gleditsch (2012), Dinar (2009), Gleditsch et al. (2006) und Wolf (2007).

2.1.2.1 Internationale Länderstudien

In der ersten quantitativen Untersuchung der Umweltkonfliktforschung, welche gleichzeitig einen direkten empirischen Test des Erklärungsmodells von Homer-Dixon darstellt, entdecken Hauge und Ellingsen (1998) eine starke Korrelation zwischen der Knappheit erneuerbarer Ressourcen und Bürgerkriegen. Als Proxy für angebotsinduzierte Knappheit verwenden sie Bodendegradation, geringe Verfügbarkeit von Frischwasser und Entwaldung, wohingegen nachfrageinduzierte Knappheit durch eine hohe Bevölkerungsdichte angezeigt wird. Und als Indikator für strukturinduzierte Knappheit benutzen die Autoren eine hohe Einkommensungleichheit. Hauge und Ellingsen finden in ihrer weltweiten Länderstudie für den Zeitraum von 1980 bis 1992 heraus, dass Bodendegradation, Frischwasserknappheit, eine hohe Bevölkerungsdichte sowie Entwaldung die Auftrittswahrscheinlichkeit von innerstaatlichen bewaffneten Konflikten erhöhen. Sie schränken indes ein, dass politische und ökonomische Faktoren eine weitaus bedeutendere Rolle für das Auftreten von Bürgerkriegen spielen als Umwelteinflüsse.

Esty und seine Kollegen (1998) finden in ihrer globalen Studie auf nationaler Ebene hingegen keine statistische Beziehung zwischen Ressourcenmangel und unterschiedlichen Formen des Staatsversagens.

De Soysa (2002a, b) beobachtet in seinen Untersuchungen, dass lediglich die Variable „Bevölkerungsdichte“ die Argumente der Neo-Malthusianer unterstützt, wohingegen die Knappheit natürlicher erneuerbarer Ressourcenbestände die Wahrscheinlichkeit von Gewaltkonflikten nicht erhöht – dafür aber die Überverfügbarkeit natürlicher nicht-erneuerbarer Ressourcen, also Mineralvorkommen. Seine Analysen zeigen insgesamt weder direkte noch indirekte Effekte von Ressourcenmangel auf innerstaatliche Gewaltkonflikte, sondern bestätigen die Hypothese von der Überverfügbarkeit nicht-erneuerbarer Ressourcen. Insofern stellt Ressourcenreichtum ein Konfliktrisiko dar und nicht Ressourcenknappheit (siehe auch Kap. 2.3).

Diese Sichtweise wird von den Ergebnissen Hendrix' und Glasers (2007) über die Auswirkungen von Klima- und Umweltveränderungen auf die Entstehung von Bürgerkriegen in Subsahara-Afrika unterstützt. Denn in ihren Untersuchungen weist Landdegradation keinen signifikanten Effekt auf, wohingegen eine größere Pro-Kopf-Verfügbarkeit von Trinkwasser das Konfliktrisiko erhöht.

Theisen (2008) versucht zunächst vergeblich, die Ergebnisse von Hauge und Ellingsen mit den Originaldaten zu reproduzieren. Eine anschließende erweiterte Analy-

se mit aktuellen Daten und einem größerem Betrachtungszeitraum (1979-2001) liefert jedoch nur schwache Hinweise für den Zusammenhang von Ressourcenmangel und Gewaltkonflikten. So erhöht lediglich eine sehr starke Landdegradation die Wahrscheinlichkeit für den Ausbruch bewaffneter Konflikte. Demgegenüber betonen die Ergebnisse abermals die starke Erklärungskraft von klassischen ökonomischen und politischen Faktoren wie Armut und politische Instabilität. Theisen gelangt daher zu folgendem Fazit:

The preceding analyses have demonstrated that those who foresee doom, because of the relationship between resource scarcity and violent internal conflict, have very little support in the large-N literature. (ebd., 813)

Auch Urdal (2005) möchte die neo-malthusianischen Ansichten empirisch überprüfen und verwendet hierfür unterschiedliche Indikatoren für Bevölkerungsdruck. Seine Analysen zeigen, dass starkes Bevölkerungswachstum, hoher Urbanisierungsgrad und große Flüchtlingspopulationen nicht mit gewaltsamen Konflikten einhergehen. Er findet sogar vorsichtige Hinweise für eine befriedende Wirkung von knapper Anbaufläche. Lediglich dort, wo knappes Land und starkes Bevölkerungswachstum zusammentreffen, erhöht sich das Risiko für bewaffnete Auseinandersetzungen, auch wenn dieser statistische Zusammenhang nicht besonders robust ist.

Binningsbø und ihre Forscherkollegen (2007) benutzen den ökologischen Fußabdruck, die Biokapazität und die ökologische Reserve als Indikatoren für Ressourcenknappheit. Sie finden einerseits heraus, dass in Ländern mit hohem ökologischem Fußabdruck bewaffnete Konflikte seltener auftreten, was ihrer Meinung nach neo-malthusianischen Ansichten widerspricht. Andererseits korrelieren, entsprechend den Annahmen der Neo-Malthusianer, eine hohe Biokapazität und eine hohe ökologische Reserve ebenso mit weniger Gewalt, auch wenn diese Ergebnisse schwächer ausfallen.⁷

Statistische Untersuchungen werden auch im Rahmen des syndromanalytisch-konflikttheoretischen Ansatzes durchgeführt. Ausgangspunkt dieses Ansatzes sind 16

⁷ Es darf jedoch angezweifelt werden, ob der ökologische Fußabdruck zum Anzeigen von Ressourcenmangel geeignet ist. Denn Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit treten in einer globalisierten Welt nicht unbedingt dort auf, wo die Güter konsumiert werden, sondern in deren Herkunft- und Produktionsländern. Dies wird aber beim ökologischen Fußabdruck nicht berücksichtigt. Er verweist auf die Verursacher und nicht auf die Leidtragenden von Umweltproblemen. Hinzu kommt das Problem der Scheinkorrelation. Ein großer ökologischer Fußabdruck kann nämlich auch ein Anzeichen von Wohlstand sein. So gesehen sind die Ergebnisse von Binningsbøs Team wenig überraschend. Denn in der Friedens- und Konfliktforschung wird weithin akzeptiert, dass das Risiko gewaltsamer Konflikte in einkommensstarken Staaten geringer ist als in einkommensschwachen (siehe Dixon 2009, 714 f.). Das gemeinsame Auftreten eines großen ökologischen Fußabdrucks mit einem verminderten Konfliktrisiko deutet somit weniger auf einen Kausalzusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren hin. Vielmehr sind sie die Folge einer gemeinsamen Ursache: Wohlstand.

Syndrome globaler Umweltveränderungen, die unabhängig von empirisch beobachteten Konflikten ermittelt wurden (WBGU 1996, 1997, 2000).⁸ Diese kritischen Umweltsituationen werden dann mit den Daten des Konflikt-Simulation-Modells (KOSIMO) des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIIK) verknüpft. Auf diese Weise entdecken die Forscher eine signifikante Korrelation zwischen dem Sahel-Syndrom (armutsbedingte Bodendegradation) und innerstaatlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen (Biermann 1998; Biermann et al. 1998).

2.1.2.2 Zwischenfazit

Insgesamt deuten die bisher aufgeführten quantitativen Untersuchungen auf eine, wenn überhaupt, nur schwache Korrelation von Umweltfaktoren und Gewaltkonflikten hin. Das heißt, der von Homer-Dixon und Co. in Fallstudien entdeckte Zusammenhang von Ressourcenknappheit und bewaffneten Konflikten scheint keine *allgemeine* Entwicklung darzustellen.

Allerdings weisen die obigen statistischen Analysen gewisse Mängel auf. Problematisch ist bei ihnen vor allem die Tatsache, dass der Nationalstaat ihre Untersuchungsebene ist. Gewaltsame Auseinandersetzungen und Ressourcenmangel betreffen aber meistens nicht den Staat als Ganzen, sondern sie treten vielmehr nur in bestimmten Regionen und Orten auf. Indem Ressourcenkonflikte lediglich auf nationaler Ebene studiert werden, steigt die Gefahr von Fehlschlüssen, weil man letztlich lokale Phänomene anhand von aggregierten Daten zu erklären versucht (Buhaug et al. 2010, 91). So hat man denn auch hinsichtlich der bisherigen Forschung über Bevölkerungsdruck, Ressourcenmangel und Konflikten recht früh erkannt, dass

[t]he level of analysis may be at heart of the discrepancies in findings between cross-national and case studies. National demographic aggregates may not capture the diversity of local population dynamics very well, and such local processes may be argued to cause local, low-intensity conflicts. (Urdal 2008, 591 f.)

Damit spricht Urdal gleichzeitig die zweite große Schwäche der bisher aufgeführten quantitativen Analysen an und zwar die Wahl der abhängigen Variable. Denn meistens werden Bürgerkriege untersucht, also Konflikte mit hoher Gewaltintensität, in denen

⁸ Im Gegensatz zur Toronto- und Zürich-Gruppe, welche ihre Typologien von Umweltproblemen aus beobachteten, zum Teil sogar gewaltsamen, Konflikten induktiv erstellt haben (Biermann et al. 1998, 282).

Staaten eine der Konfliktparteien darstellen.⁹ Es ist jedoch eher nicht zu erwarten, dass sich solche Konflikte beim Auftreten von Ressourcenknappheit entwickeln. Unter Ressourcenmangel haben nämlich oft sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu leiden. Diese Gruppen sind aber zu schwach, zu arm und zu marginalisiert, um die Staatsgewalt herausfordern zu können. Aus diesem Grund sind bei Ressourcenknappheit vielmehr nicht-staatliche Konflikte zu erwarten, das heißt bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen organisierten Gruppen ohne die direkte Beteiligung des Staates. Und tatsächlich beschäftigt sich der Großteil der Fallstudien über Ressourcenkonflikte mit lokalen, ethnischen Kleinkonflikten (Buhaug et al. 2010, 91 f.).

Während sich Homer-Dixon und Co. also vornehmlich auf weniger gewaltintensive nicht-staatliche Konflikte auf lokaler Ebene konzentrieren, analysieren deren Kritiker überwiegend Bürgerkriege auf nationaler Ebene. Das in den bisherigen quantitativen Analysen Ressourcenknappheit nur schwach oder überhaupt nicht mit gewaltsamen Konflikten korreliert, könnte somit vielmehr ein Hinweis auf das mangelhafte Forschungsdesign und die schlechte Datenlage dieser Analysen sein und weniger auf einen fehlenden allgemeinen Zusammenhang zwischen Ressourcenmangel und Gewaltkonflikten hindeuten. Aber selbst wenn man diesen Aspekt berücksichtigt, kann man andererseits wiederum argumentieren, dass

if environmental change were truly a major and pervasive cause of violent conflicts, it seems likely that some large cross-national studies of recent political violence would show more positive findings. (Goldstone 2002, 7)

2.1.2.3 Studien auf sub-nationaler Ebene

Eine neue Generation quantitativer Untersuchungen versucht die im vorherigen Abschnitt angesprochenen Mängel im Forschungsdesign zu beheben, indem sie gewaltförmige Auseinandersetzungen verstärkt auf sub-staatlicher Ebene erforscht. Das ist vor allem seit dem Aufkommen von neuen, disaggregierten (Konflikt-) Datensätzen möglich (siehe u.a. Buhaug/Gates 2002; Hallberg 2012; Nardulli et al. 2013a; Raleigh et al.

⁹ Die Bürgerkriegsdaten stammen in der Regel aus einem Konfliktdatensatz, den das Uppsala Conflict Data Program (UCDP) zusammen mit PRIO erstellt (siehe Gleditsch et al. 2002). Ein bewaffneter Konflikt wird hier definiert als „a contested incompatibility that concerns government or territory or both where the use of armed force between two parties results in at least 25 battle-related deaths. Of these two parties, at least one is the government of a state“ (ebd., 618 f.).

2006; Raleigh et al. 2010; Salehyan/Hendrix 2012; Sundberg/Melander 2013; Tollefsen et al. 2012; Weidmann et al. 2010; Wucherpfennig et al. 2011).¹⁰

Urdal (2008) untersucht in einer der ersten quantitativen Studien auf sub-nationaler Analyseebene, ob indische Bundesstaaten, die unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit leiden, auch tatsächlich anfälliger für Gewalt sind. Seine Ergebnisse zeigen, dass das Risiko bewaffneter Konflikte mit abnehmender Verfügbarkeit der ländlichen Pro-Kopf-Nutzfläche steigt, während eine hohe ländliche Bevölkerungsdichte die Gefahr politischer Gewalt nur dann erhöht, wenn gleichzeitig die ländliche Bevölkerung stark zunimmt oder die landwirtschaftlichen Erträge gering sind. Die Dynamiken von Ressourcenkonflikten scheinen somit besser von disaggregierten als von nationalen Studien erfasst werden zu können, so Urdals zentraler Befund (ebd., 609). Eine neuere Regionalstudie zu Indien scheint diese Feststellung zu untermauern. Wischnath und Buhaug (2014b) finden heraus, dass Ernteverluste in einem Jahr mit intensiver politischer Gewalt im darauffolgenden Jahr einhergehen.

Zwei Regionalanalysen über nicht-staatliche Konflikte in Subsahara-Afrika liefern ebenso einige Unterstützung für den neo-malthusianischen Ansatz. In der einen weisen die Resultate vorsichtig daraufhin, dass sowohl negative Abweichungen der Nieder-

¹⁰ Buhaug und Gates (2002), Hallberg (2012) und Raleigh et al. (2006) stellen einen Datensatz über Konfliktzonen zur Verfügung, indem sie geographische Informationen über Standort, Reichweite und Größe der im UCDP/PRIO-Konfliktdatensatz (siehe Gleditsch et al. 2002) aufgeführten Bürgerkriege liefern. Demgegenüber entwickeln Raleigh et al. (2010) mit dem Armed Conflict Location and Event Dataset (ACLED) sowie Sundberg und Melander (2013) mit dem UCDP Georeferenced Event Dataset (UCDP GED) Ereignisdatensätze, indem sie die Konflikte (Bürgerkriege, nicht-staatliche Konflikte und einseitige Gewalt) der aggregierten Datenbanken von UCDP und PRIO (siehe Gleditsch et al. 2002; Eck/Hultman 2007; Sundberg et al. 2012) zeitlich und räumlich in ihre einzelnen Konfliktereignisse zerlegen. Dabei konzentrieren sich Sundberg und Melander bei ihrem UCDP GED-Konfliktdatensatz nur auf gewaltsame Ereignisse mit tödlichem Ausgang, wohingegen Raleigh und ihre Forscherkollegen auch gewaltsame, aber nicht-tödliche und sogar nicht-gewaltsame Ereignisse erfassen. ACLED deckt hierbei 50 instabile, vor allem afrikanische, Länder ab, während UCDP GED ein globaler Datensatz werden soll (Eck 2012). Das sogenannte Societal Stability Protocol (SSP) von Nardulli et al. (2013a) ist auch ein zeitlich und räumlich disaggregierter Ereignisdatensatz, der aber im Gegensatz zu ACLED und UCDP GED auch solche Konflikte erfasst, die außerhalb der aggregierten Datensätze von UCDP und PRIO verzeichnet sind. Das SSP hat außerdem eine wesentlich breiter gefächerte Ontologie von Konfliktereignissen und fokussiert sich dabei stärker auf nicht-gewaltsame Kleinkonflikte (Hayes/Nardulli 2010, 14 f.). Die Social Conflict in Africa Database (SCAD) von Salehyan und Hendrix (2012) ist ein weiterer sub-nationaler Konfliktdatensatz. Er beinhaltet Informationen über Proteste, Aufstände, Streiks und andere soziale Unruhen in ganz Afrika seit 1990. Die Datensammlung PRIO-GRID von Tollefsen et al. (2012) enthält zellspezifische Informationen über eine große Auswahl von politischen, demographischen und ökologischen Variablen sowie Konflikten für den Zeitraum 1946-2008. Weidmann et al. (2010) stellen mit Geo-referencing of Ethnic Groups (GREG) einen Datensatz bereit, welcher georeferenzierte Informationen über die Siedlungsräume ethnischer Gruppen enthält. Wucherpfennig et al. (2011) präsentieren mit GeoEPR eine geokodierte Version des Datensatzes über Ethnic Power Relations (EPR), der politisch relevante ethnische Gruppen über Zeit und Raum grafisch darstellt.

schlagsmenge zu den Vorjahren als auch ein absoluter Rückgang der durchschnittlichen Niederschlagswerte im Zusammenhang mit nicht-staatlichen Konflikten in Afrika südlich der Sahara stehen (Theisen/Brandsegg 2007). In der anderen Regionalstudie erhöht extreme Bodendegradation nur in sehr dicht bevölkerten Gebieten das Risiko der Entstehung solcher Konflikte. Demgegenüber vergrößert eine hohe Bevölkerungsdichte das Konfliktrisiko auch unmittelbar, also unabhängig davon, ob extreme Bodendegradation vorliegt oder nicht. Ferner ist die Entstehung nicht-staatlicher Auseinandersetzungen ebenso in Gebieten mit wachsender Bevölkerung wahrscheinlicher (Melandar/Sundberg 2011).

In einer der wenigen disaggregierten Studien zu Südostasien untersuchen Østby und ihre Kollegen (2011) die Auswirkungen von Bevölkerungsdruck und horizontaler Ungleichheit auf politische Gewalt in Indonesien für den Zeitraum von 1990 bis 2003. Ihre Resultate zeigen: Politische Gewalt tritt häufiger in jenen indonesischen Provinzen auf, die gleichzeitig durch hohes Bevölkerungswachstum und große sozioökonomische Ungleichheiten zwischen religiösen Gruppen gekennzeichnet sind. Steigender Bevölkerungsdruck fördert also insbesondere dann Gewalt, wenn die soziale Segmentierung der Gesellschaft stark ausgeprägt ist.

Im Gegensatz zu den bisher den Neo-Malthusianismus eher unterstützenden Studien bleiben Raleigh und Urdal (2007) skeptisch, nachdem sie die Rolle von Umweltfaktoren bei Bürgerkriegen untersucht haben. Einerseits korrelieren in ihrer globalen Analyse eine hohe Bevölkerungsdichte, ein starkes Bevölkerungswachstum, Bodendegradation und Wasserknappheit mit bewaffneten Konflikten, auch wenn der Effekt der beiden letzteren Einflussfaktoren recht klein ist. Andererseits zeigt sich aber, dass der Einfluss der politischen und ökonomischen Faktoren auf das Konfliktrisiko gegenüber dem der demographischen und ökologischen deutlich überwiegt, wenn man das globale Sample in einkommensstarke und einkommensschwache Staaten unterteilt. Daher spielen laut Raleigh und Urdal demographische und ökologische Faktoren bei bewaffneten Konflikten nur eine untergeordnete Rolle. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Buhaug und Urdal (2013) bezüglich städtischer Unruhen. Sie zeigen, dass starkes Bevölkerungswachstum in den Großstädten Asiens und Subsahara-Afrikas in keinem Zusammenhang mit urbanen Ausschreitungen stehen.

Theisen (2010) führt eine Landesstudie über Kenia durch. Ressourcenknappheit wird dabei durch Landdruck dargestellt, was wiederum durch eine hohe Bevölkerungsdichte angezeigt wird. In seinen Ergebnissen tritt Gruppengewalt häufiger in dicht be-

siedelten Gebieten auf, jedoch nur in Wahljahren. In einer Folgestudie verwendet Theisen (2012) eine geringe Pro-Kopf-Anbaufläche und eine intensiv betriebene Landwirtschaft, um Landdruck anzuzeigen. Seine Ergebnisse zeigen jedoch, dass knappes Land sowohl für sich allein als auch im Zusammenspiel mit Wahlen das Konfliktrisiko nicht erhöht. Mehr Gewalt kann hingegen in Wahljahren beobachtet werden. Die Resultate unterstützen deshalb die Auffassung, dass „large-scale intergroup violence is driven by calculation and political gain rather than desperate scrambles for scarce land, pasture, and water resources” (ebd., 81).

Auch wenn das Forschungsdesign der sub-nationalen Studien die wesentlichen Fehler im Design der nationalen Analysen vermeidet (Kap. 2.1.2.2), so offenbart es dennoch einige Schwachstellen. Problematisch ist erstens, dass viele Studien die Bevölkerungsdichte eines Gebietes als Proxy für eine dort vorherrschende Ressourcenknappheit verwenden. Auf sub-nationaler Ebene muss eine hohe Bevölkerungsdichte aber nicht zwangsläufig auf Umweltstress hinweisen, sondern kann auch ein Anzeichen für andere – ökonomische, soziale oder politische – konfliktfördernde Einflussfaktoren sein (Raleigh/Urdal 2007, 686, 691; Raleigh/Hegre 2009, 226 f.; Theisen 2010, 21).¹¹ Zweitens basieren die sub-nationalen Analysen, trotz großer Fortschritte in den vergangenen Jahren, immer noch auf einer unzureichenden Datenlage. Die Umweltdaten zum Beispiel sind lückenhaft, häufig zeitinvariant und oft noch nicht feingliedrig genug. Vor allem mangelt es aber an disaggregierten Daten über niedrigschwellige Gewaltkonflikte (Buhaug et al. 2010, 75, 92; Scheffran 2011, 39). Viele Studien erfassen daher nur Konflikte mit recht hoher Gewaltintensität und klammern andere Konfliktarten wie Unruhen, Demonstrationen, politisch motivierte Angriffe und Staatsrepression aus (Bernauer et al. 2012, 4). Im Kontext von Ressourcenknappheit sind indes eher diese weniger gewaltintensiven bzw. nicht-gewaltsamen Auseinandersetzungen zu erwarten (Buhaug et al. 2008, 38; Nardulli/Leetaru 2012, 61). Drittens konzentrieren sich die meisten Analysen auf eine direkte Verbindung von Umweltveränderungen zu Konflikt (Bernauer et al. 2012, 5). Die Ergebnisse der qualitativen Forschung haben aber gezeigt, dass sich Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit nur indirekt und in einem komplexen Zusammenspiel mit anderen Variablen auf Konflikte auswirken (siehe Kap. 2.1.1).

¹¹ So weisen Raleigh und Hegre (2009) darauf hin, dass hohe regionale Bevölkerungsdichten zum Beispiel Koordinationsprobleme überwinden helfen, die Rekrutierung von Rebellen erleichtern, eine wichtige Versorgungs- und Steuerungsquelle repräsentieren sowie ein attraktives Ziel für Rebellengruppen darstellen können. Letzteres vor allem deshalb, weil bevölkerungsreiche Gegenden oft von großer strategischer Bedeutung sind und einen hohen Prestigewert besitzen.

2.1.2.4 Fazit

Die Ergebnisse des quantitativen Forschungsansatzes in der Umweltkonfliktforschung stellen einen Zusammenhang von Umweltproblemen und gewaltsamen Konflikten nicht grundsätzlich infrage. Hierbei finden die neueren, sub-staatlichen Studien alles in allem mehr Hinweise dafür, dass Ressourcenknappheit ein relevanter Konfliktfaktor ist als die älteren, nationalen Analysen. Aber insgesamt kann dennoch festgehalten werden, dass „quantitative research [...] does not provide robust evidence for the claim that resource scarcity leads to intra- or interstate conflict” (Koubi et al. 2014, 229).

Das heißt, die empirischen Ergebnisse können einen allgemeinen Zusammenhang von Ressourcenknappheit und bewaffneten Konflikten bisher nicht bestätigen:

[T]he empirical foundation for a *general* relationship between resource scarcity and armed conflict is indicative, at best [...]. Although environmental problems abound, however, armed conflict is a very rare phenomenon; at present, there does not appear to be a *general* link between the two. (Buhaug et al. 2010, 93; Hervorhebung hinzugefügt)

Die Gewaltanwendungen in Verbindung mit Umweltknappheit, die Homer-Dixon und andere Feldforscher identifiziert haben, stellen nach Meinung der quantitativen Wissenschaftler also kein allgemeines, sondern ein äußerst seltenes und auf Einzelfälle beschränktes Phänomen dar. Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit und damit einhergehende Gewaltkonflikte sind in diesem Sinne kein globales, sondern vielmehr ein lokales Problem, das insbesondere in Entwicklungsländern virulent ist. Aus Sicht der quantitativen Forscher überschätzen Homer-Dixon und Co. den Einfluss von Umweltfaktoren auf gewaltsame Konflikte. Vielmehr betonen sie deutlich stärker, dass Umweltstress nur eine von vielen Variablen ist, die das Risiko innerstaatlicher Gewaltkonflikte erhöht und dass andere – politische, ökonomische und soziale – Faktoren maßgeblich bleiben, um solche Konflikte erklären zu können (WBGU 2007, 28). An dieser Stelle wird auch deutlich, dass die Ergebnisse aus der quantitativen Forschung nicht denen der Fallstudienanalysen widersprechen. Die Statistiker widersprechen den Feldforschern vielmehr hinsichtlich der Beurteilung der Rolle, die Umweltstress bei innerstaatlichen Gewaltkonflikten spielt. Während die qualitativen Forscher behaupten, Umweltstress ist bei solchen Konflikten ein maßgeblicher oder zumindest kein untergeordneter Einflussfaktor, spielen Umweltprobleme aus Sicht der Vertreter des quantitativen Forschungsansatzes hierbei lediglich eine marginale Rolle.

2.1.3 Zusammenfassung und Fazit

West Africa is becoming *the* symbol of worldwide demographic, environmental, and societal stress, in which criminal anarchy emerges as the real 'strategic' danger. Disease, overpopulation, unprovoked crime, scarcity of resources, refugee migrations, the increasing erosion of nation-states and international borders, and the empowerment of private armies, security firms, and international drug cartels are now most tellingly demonstrated through a West African prism. West Africa provides an appropriate introduction to the issues, often extremely unpleasant to discuss, that will soon confront our civilization. (Kaplan 1994, 46; Hervorhebung im Original)

Auch wenn die Gefahr der Militarisierung der Umwelt- und Klimapolitik wie ein Damoklesschwert über der Umweltkonfliktforschung schwebt (siehe Kap. 2.3), so ist es doch ein unbestreitbarer Verdienst dieses Forschungsfeldes, dass es den Untergangspropheten vom Schlage eines Kaplan entschieden entgegentritt und deren alarmistischen und deterministischen Prognosen folgende zentrale Forschungsergebnisse gegenüberstellt:

- Fallstudienanalysen haben gezeigt, Umweltzerstörung und die Verknappung natürlicher erneuerbarer Ressourcen sind weder notwendige noch hinreichende Bedingungen für Gewaltkonflikte, sondern nur eine von mehreren komplex zusammenhängenden Konfliktursachen, die zahlreiche sozioökonomische Fehlentwicklungen wie Armut, Migration, politische Instabilität und ethnische Spannungen umfassen. Ressourcenknappheit ist dabei sowohl eine der Ursachen als auch Ergebnis dieser sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Die Zusammenhänge zwischen Umweltdegradation und gewaltträchtigen Konflikten folgen also keinem simplem Automatismus, sondern sind sehr viel indirekter, komplizierter und über sehr viel längere Wirkungsketten miteinander verbunden, als die Alarmisten in ihren Prognosen unterstellen (Brock 1998, 45; Carius/Lietzmann 1998, IX; WBGU 2007, 30).
- Klassische zwischenstaatliche Gewaltkonflikte sind nicht zu erwarten. Vielmehr handelt es sich bei Umweltkonflikten vorwiegend um innerstaatliche Auseinandersetzungen. Hierbei sind wiederum nicht-staatliche bewaffnete Konflikte niedriger Intensität wahrscheinlicher (Scheffran 2011, 35; WBGU 2007, 30 f.).
- Gewaltanwendung im Kontext von Ressourcenknappheit ist vor allem ein Problem in Entwicklungs- und Übergangsgesellschaften.

- Die Ergebnisse der quantitativen Untersuchungen liefern bislang nur wenige Hinweise für einen generellen Zusammenhang von Ressourcenknappheit und gewaltsamen Konflikten. Das bedeutet, Umweltdegradation scheint nur selten ein wesentlicher Einflussfaktor für gewaltsame Konflikte zu sein. Aufgrund der immer noch unzureichenden Datenlage in der quantitativen Umweltkonfliktforschung müssen diese Ergebnisse indes als vorläufig betrachtet werden.

Insgesamt kann man daher den Forschungsstand der Umweltkonfliktforschung folgendermaßen zusammenfassen:

The available evidence from qualitative case studies indicates that environmental stress can contribute to violent conflict in some specific cases. Results from quantitative large-N studies, however, strongly suggest that we should be careful in drawing general conclusions. [...] This suggests that environmental changes may, under specific circumstances, increase the risk of violent conflict, but not necessarily in a systematic way and unconditionally. Hence there is, to date, no scientific consensus on the impact of environmental changes on violent conflict. (Bernauer et al. 2012, 1)

2.2 Klimawandel und Konflikt

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Beziehung von Klimaänderungen und gewaltsamen Konflikten ist noch recht jung.¹² Sie wird erst seit den frühen 2000er Jahren geführt und knüpft in weiten Teilen an die Umweltkonfliktforschung an. Die Verflechtung der Umweltkonfliktforschung mit der Forschung über klimabedingte Konflikte wird offensichtlich, wenn im folgenden Abschnitt die prognostizierten Veränderungen der Klimaparameter und deren Auswirkungen auf Mensch und Gesellschaft etwas genauer betrachtet.

2.2.1 Der anthropogene Klimawandel und seine Auswirkungen

Im fünften und neusten Sachstandsbericht des IPCC sind sowohl die Belege für den aktuellen Klimawandel als auch die Abschätzungen der zukünftigen Entwicklung noch fundierter als zuvor (BMU 2013). Laut dem Weltklimarat hat sich die Erde seit der industriellen Revolution bereits um 0,85 Grad erwärmt (IPCC 2013, 5). Ohne wirksamen

¹² Daneben beschäftigt sich ein kleinerer Teil der Forschungsliteratur auch mit der umgekehrten Kausalität, also mit der Frage, inwiefern gewaltförmige Konflikte die Anpassungsfähigkeiten einer Gesellschaft vermindern und damit ihre Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel verstärken können (siehe u.a. Barnett 2006; Brklacich et al. 2010).

Klimaschutz könnte die Erderwärmung bis zum Jahr 2100 bis zu 4,8 Grad betragen.¹³ Daneben werden die mittleren Niederschläge in vielen feuchten Regionen der mittleren Breiten wahrscheinlich zu- und in den ariden Gegenden der mittleren und subtropischen Breiten dagegen vermutlich abnehmen. Des Weiteren dürften Hitzewellen sehr wahrscheinlich öfter auftreten und länger andauern. Ebenso werden Starkniederschläge sehr wahrscheinlich intensiver und zahlreicher vorkommen (ebd., 20 ff.). Tropische Wirbelstürme dürften zwar nicht häufiger, aber voraussichtlich stärker werden (Schrader 2013a). Schließlich ist ohne Emissionsbeschränkungen mit einem Anstieg des Meeresspiegels bis Ende des Jahrhunderts zwischen 45 und 82 Zentimetern zu rechnen (IPCC 2013, 25).

Diese Veränderungen der Klimaparameter werden wiederum folgende Wirkungen auf Mensch und Gesellschaft haben: Erstens kann es in einigen Regionen zu einer dramatischen Verknappung von Trinkwasser kommen, was den dort eventuell bereits vorhandenen Wasserstress – verursacht durch natürliches Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und voranschreitender Urbanisierung – noch zusätzlich verschärfen dürfte. Zweitens kann die Nahrungsmittelsicherheit gefährdet werden. Während eine Erhöhung der Ernteerträge in den mittleren bis hohen Breiten prognostiziert wird, ist mit sinkenden Erträgen in den niedrigeren Breiten zu rechnen, insbesondere in den saisonal trockenen Gegenden sowie in den Tropengebieten. Global wird jedoch ein Rückgang der Nahrungsmittelproduktion bei einer Erhöhung der örtlichen Durchschnittstemperatur von über drei Grad vorhergesagt. Ein globaler Temperaturanstieg von vier Grad oder mehr würde, gemäß dem jüngsten IPCC-Bericht, sogar eine große Gefahr für die weltweite Ernährungssicherheit darstellen. Drittens bedroht der Klimawandel die menschliche Gesundheit, indem er zum Beispiel das Risiko von Fehl- und Unterernährung, Krankheiten und Verletzungen vor allem in den Entwicklungsländern erhöht. Zudem ist in vielen Gegenden aufgrund der zu erwartenden Häufung von Starkregenereignissen, der sich intensivierenden tropischen Wirbelstürme sowie wegen des steigenden Meeresspiegels mit einer erhöhten Gefahr von Sturmschäden und Überschwemmungen zu rechnen (IPCC 2007a, 48; IPCC 2014a, 14 ff.; WBGU 2007, 68 ff.).

All diese gesellschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels verstärken letztendlich die Armut und hemmen die Entwicklung vor allem dort, wo die Lebensgrundlage

¹³ Und dem Klimabericht des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung zufolge befindet sich die Welt gemäß den gegenwärtigen Emissions-Trends zurzeit auf genau diesem Pfad in Richtung einer vier Grad Erwärmung (World Bank 2012).

der Menschen von der Natur besonders abhängig ist. Es gilt aber auch umgekehrt, dass je größer die Armut, desto heftiger sind die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung spürbar. Somit macht der Klimawechsel arm, während Armut die Klimavulnerabilität erhöht,¹⁴ sodass eine „gefährliche Abwärtsspirale in Gang zu kommen“ droht (Jakobeit/Methmann 2007, 5 ff.). Von den sozialen Folgen der Klimaveränderung werden somit vor allem die armen Menschen in den unterentwickelten, instabilen und schlecht regierten Staaten am schwersten betroffen sein (Smith/Vivekananda 2007, 3).

Hinsichtlich der regionalen Auswirkungen werden insbesondere die tief liegenden Inselstaaten sowie der afrikanische und der asiatische Kontinent die negativen Auswirkungen des Klimawandels spüren. So prognostiziert der Weltklimarat, dass in Afrika bis zum Jahr 2020 zwischen 75 und 250 Millionen Menschen unter verstärktem Wasserstress leiden werden und dass in einigen afrikanischen Ländern die Erträge des Regenfeldanbaus um bis zu 50 Prozent sinken können. In Asien kann die Verfügbarkeit von Frischwasser bis 2050 abnehmen. Gleichzeitig werden insbesondere die dicht bevölkerten Küsten- und Flussdeltagebiete aufgrund des Meeresspiegelanstiegs und der zunehmenden Intensität tropischer Stürme einem erhöhtem Überschwemmungsrisiko ausgesetzt sein. Das Gleiche gilt für die tief liegenden Inselstaaten (IPCC 2007a, 50 ff.; IPCC 2014a, 21 f.).

Die bisher angesprochenen Änderungen im Klimasystem sind vergleichsweise kontinuierlich und vorhersehbar und treten mit hoher bis sehr hoher Wahrscheinlichkeit ein. Ein zusätzliches Risiko stellen allerdings die nichtlinearen Effekte des Klimasystems dar, deren Eintrittswahrscheinlichkeit bei einer globalen Erwärmung von über drei Grad zunimmt. Nichtlineare Effekte beschreiben ein Systemverhalten, bei dem nach dem Überschreiten einer kritischen Grenze eine nur schwer zu kontrollierende Eigendynamik in Gang gesetzt wird, die die weitreichendsten negativen Konsequenzen auf Menschen und Gesellschaften haben können. Daher werden diese Effekte auch häufig als Umkippeffekte bezeichnet. Hierzu gehören zum Beispiel die Abschwächung des Golfstroms, die Instabilität des Grönland- und des westantarktischen Eisschildes, der Kollaps des Amazonasregenwaldes sowie die Änderung des asiatischen Monsuns (IPCC 2007a, 53 f.; WBGU 2007, 77 ff.).

¹⁴ Für Jakobeit und Methmann (2007) wird die Verwundbarkeit eines Staates oder einer Region durch drei Faktoren bestimmt: Erstens gibt die Exposition an, „wie stark die Region von Klimaveränderungen betroffen ist,“ während zweitens die Sensibilität anzeigt, „wie stark ein System auf klimatische Veränderungen reagiert.“ Schließlich bezeichnet die Anpassungsfähigkeit „die Kapazitäten einer Region mit den Folgen der Klimaänderungen umzugehen“ (ebd., 8).

2.2.2 Klimawandel, Konflikt und Sicherheit: die öffentliche Debatte

Spätestens seit der Veröffentlichung des IPCC-Berichts von 2007 wird in der Öffentlichkeit eine teilweise sehr aufgeregte Debatte von Politikern, politischen Denkfabriken und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels geführt, sodass einige Autoren bereits vor einer Versicherheitlichung der Klimaproblematik warnen (siehe Kap. 1 und 2.3). Die Debatte in der Öffentlichkeit, genauso wie in der Wissenschaft (siehe Kap. 2.2.3), spiegelt auch die unterschiedlichen Begriffsauffassungen von Sicherheit wider. Dabei werden enge und weite Sicherheitskonzepte oft nebeneinander genutzt (Brzoska 2008, 198; siehe Detraz 2011). Brzoska (2004) entwickelt anhand der beiden Kriterien „Breite der Bedrohungen“ und „Objekt der Sicherheitspolitik“ ein Vier-Felder-Schema des Sicherheitsbegriffs: erstens das Konzept der nationalen Sicherheit, welches seinen Blickpunkt auf die militärische Bedrohungen gegen Staaten richtet. Zweitens der Begriff der umfassenden Sicherheit, der zusätzlich nicht-militärische Bedrohungen gegen Staaten erfasst. Davon grenzt Brzoska die Konzepte von Sicherheit ab, die auf das Individuum als Objekt der Sicherheitspolitik abzielen: zum einen das Konzept der menschlichen Sicherheit in der engen Interpretation, das sich auf die Bedrohungen durch physische Gewaltanwendung konzentriert. Zum anderen das Konzept der menschlichen Sicherheit in der weiten Interpretation, das alle Bedrohungen menschlicher Existenz umfasst (ebd., 157 f.).¹⁵

2.2.2.1 Die Debatte in der internationalen Politik

Bereits Ende 2006 bezeichnete der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), Annan, den Klimawandel als eine Gefahr für Frieden und Sicherheit (UNSG 2006). Sein Amtsnachfolger Ki-Moon behauptet, dass die globale Erwärmung eine mindestens ebenso große Gefahr für die Welt darstelle wie Krieg (Osborne 2007). Steiner, der Leiter des UN-Umweltprogramms (UNEP), sieht die Existenz ganzer Staaten

¹⁵ Die erweiterten Sicherheitsbegriffe werden allerdings von zahlreichen Forschern als zu vage kritisiert (siehe u.a. Daase 1992; Paris 2001, 2004; WBGU 2007, 23). Das heißt, es besteht die Gefahr des *conceptual stretching*, also die Überdehnung abstrakter, recht unspezifischer Begriffe durch ungenaue Begriffsbestimmungen (siehe Sartori 1970). Außerdem „legt das Konzept der menschlichen Sicherheit eine ‚Interventionsfreudigkeit‘ nahe, die weiter geht als das, was in der deutschen Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik bisher akzeptiert [...] wird“ (Brzoska 2004, 165). Aber andererseits „ist der Begriff hilfreich für das Überdenken der Ziele von und der Zusammenhänge zwischen Friedens-, Militär- und Entwicklungspolitik“ und damit „mehr als nur ein Schlagwort“ (ebd.).

durch den Klimawandel gefährdet. Extremwetterereignisse könnten seiner Meinung nach vor allem in Entwicklungsländern zu sozialer Instabilität führen (Rubner 2011). Ferner führte der UN-Sicherheitsrat bereits drei Debatten über die Folgen des Klimawechsels für Frieden und Sicherheit (UNSC 2007, 2011; Security Council Report 2013). Auch die UN-Generalversammlung äußerte in einem Resolutionsentwurf von 2009 bereits ihre Besorgnis, dass die schädlichen Folgen der Erderwärmung Auswirkungen auf die Sicherheit haben könnten. Sie forderte den Generalsekretär daher auf, einen Bericht über die potenziellen Sicherheitsimplikationen der Klimaänderung anzufertigen (UNGA 2009a).

Dieser Bericht wurde schließlich im September 2009 vorgelegt. Er betrachtet den Klimawandel als einen Bedrohungsmultiplikator, der fünf bestehende Gefahren verschärft: die Gefährdung der menschlichen Sicherheit, die Gefahr für die ökonomische Entwicklung, die Bedrohung durch unangemessene Bewältigungsstrategien, die Gefahr durch Gebietsverlust und Staatenlosigkeit sowie die Bedrohung durch internationale Konflikte (UNGA 2009b, 5 ff.). Gleichzeitig werden folgende Einflussfaktoren identifiziert, die klimainduzierte Sicherheitsrisiken minimieren: Abschwächung des Klimawechsels, Anpassungsmaßnahmen, Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung, effektive Regierungsmechanismen und Regierungsinstitutionen, verbesserte Daten- und Informationsgrundlagen sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit (ebd., 23 ff.).

Die mit dem Klimawandel verbundenen Implikationen für Frieden und Sicherheit waren obendrein ein Schwerpunkt der deutschen Sicherheitsratspräsidentschaft im Juli 2011. Unter der Federführung Deutschlands einigte sich der Sicherheitsrat erstmals auf eine präsidentielle Erklärung, welche die möglichen Auswirkungen der Erderwärmung auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit anerkennt. Zudem muss der UN-Generalsekretär den Sicherheitsrat seitdem regelmäßig über die bedrohlichen Folgen der Klimaänderung informieren (AA 2012, 25 f.; Rubner 2011; UNSC 2011).

Aber auch außerhalb der UN-Institutionen stehen der Klimawechsel und seine Auswirkungen auf Mensch und Gesellschaft weit oben auf der Agenda.

So betrachten die Regierungen und Militärs in 110 von 155 untersuchten Staaten den Klimawandel als Gefahr für ihre Sicherheit. Die globale Erwärmung ist in vielen Ländern integraler Bestandteil der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspläne. Meistens wird sie darin, wie auch schon im UNGA-Bericht, als Bedrohungsmultiplikator bezeichnet, der bestehende Gefahren wie unfreiwillige Migration und Naturkatastrophen verschärfen kann (Holland/Vagg 2013).

Im Jahr 2007 wurde zudem der Friedensnobelpreis an den ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Gore, und den IPCC verliehen, weil sie den weltweiten Klimawandel in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt haben. In seiner Stellungnahme macht das Nobelpreiskomitee deutlich:

Extensive climate changes may alter and threaten the living conditions of much of mankind. They may induce large-scale migration and lead to greater competition for the earth's resources. Such changes will place particularly heavy burdens on the world's most vulnerable countries. There may be increased danger of violent conflicts and wars, within and between states. (Nobel Foundation 2007)

Die Nachrichtendienste der USA vertreten eine ähnliche Meinung (DNI 2014). Bereits in seinen Ausführungen zum UN-Klimagipfel 2009 verdeutlichte US-Präsident Obama, dass aufgrund des Klimawandels die Sicherheit und Stabilität einer jeden Nation und aller Völker in Gefahr ist (The White House 2009).

Auch die Europäische Union (EU) beschäftigt sich mit dem Thema und stellt fest:

Climate change is best viewed as a threat multiplier which exacerbates existing trends, tensions and instability. The core challenge is that climate change threatens to overburden states and regions which are already fragile and conflict prone. It is important to recognise that the risks are not just of a humanitarian nature; they also include political and security risks that directly affect European interests. (EU 2008, 2)

2.2.2.2 Prognosen und Szenarien

Diese offiziellen Stellungnahmen sind oft aber nur ein Wiederhall dessen, was Studien verschiedener Denkfabriken, Politikberater und NGOs in den USA und Europa behaupten. Bereits 2003 entwickelten die Pentagon-Berater Schwartz und Randall (2003) ein Untergangsszenario für den Fall eines abrupten Klimawechsels. Sie spielen damit auf die oben erwähnten Umkipf-Effekte wie die Abschwächung des Golfstroms an. Nach Meinung der Autoren werden die ressourcenreichen Staaten darauf mit einer Wagenburgmentalität reagieren, während sich die ressourcenarmen Länder in Verteilungskämpfe um Nahrung, Trinkwasser und Energierohstoffe verstricken. Schwartz und Randall behaupten sogar, dass in einer solchen Welt verfeindeter Staaten die Verbreitung von Atomwaffen durch den Ausbau der Kernenergie unvermeidbar ist (ebd., 19).

Ein paar Jahre später stellte eine Gruppe ehemaliger Generäle und Admiräle der USA einen viel beachteten Bericht vor, der den Klimawandel als ernste Bedrohung für die nationale Sicherheit Amerikas bezeichnet sowie als „threat multiplier for instability in some of the most volatile regions of the world“ (CNA 2007, 6). Die globale Erwär-

mung erhöht die Gefahr, dass bereits geschwächte Staaten als gescheiterte Staaten enden und somit Brutstätten für terroristische Gruppen entstehen. Verstärkte Massenwanderungen und die Eskalation von Ressourcenkonflikten werden als weitere Sicherheitsgefahren des Klimawandels aufgeführt (ebd., 16 ff., 44). In einem Nachfolgebericht betrachtet der militärische Beirat die Erderwärmung mittlerweile nicht mehr nur als Bedrohungsmultiplikator, sondern sogar als Konfliktbeschleuniger (CNA 2014, 7 f.).

Einer Studiengruppe des Center for a New American Security zufolge leben wir bereits im Zeitalter der Konsequenzen des Klimawechsels. In ihrer Analyse skizziert sie drei unterschiedliche Klimaszenarien und diskutiert deren Sicherheitsimplikationen. Daraus destillieren die Autoren zehn Auswirkungen des Klimawandels, die von zunehmenden Nord-Süd-Spannungen über Ressourcenkonflikte bis hin zu Staatsversagen und nuklearer Proliferation reichen (Campbell et al. 2007, 35 ff.). Zusammenfassend behauptet die Studiengruppe, dass die Klimaänderung die wohl größte Herausforderung für die Außenpolitik und die nationale Sicherheit der USA darstellen könnte (ebd., 10).

Die Nichtregierungsorganisation International Alert richtet ihr Hauptaugenmerk hingegen auf die ärmsten und schwächsten Staaten der Welt, weil diese nicht nur unter den Folgen der Klimaerwärmung am stärksten zu leiden haben werden, sondern auch für gewaltsame Konflikte besonders anfällig sind. Diese beiden Probleme können sich gegenseitig verstärken und so einen Teufelskreis auslösen. In seinem Bericht nennt International Alert vier Schlüsselrisiken des Klimawandels: politische Instabilität und schlechte Regierungsführung, Konjunkturschwäche, Nahrungsmittelunsicherheit und großflächige Wanderungsbewegungen (Smith/Vivekananda 2007).

Ein Bericht für das UN-Entwicklungsprogramm analysiert die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawechsels für den asiatisch-pazifischen Raum. Auch darin wird der Klimawandel, wie schon in den vorgestellten Studien der US-Militärberater (siehe CNA 2007, 2014), als möglicher Bedrohungsmultiplikator in Gegenden dargestellt, die bereits mit zahlreichen Herausforderungen für ihre Sicherheit und Entwicklung konfrontiert sind. Ferner wird behauptet, die Erderwärmung könnte die Ressourcenkonflikte im asiatisch-pazifischen Raum verstärken, Unsicherheiten in benachbarte Länder verlagern und neue Gefährdungsgrundlagen schaffen (Blondel 2012).

Auch die deutsche Denkfabrik adelphi zeichnet ein düsteres Bild von den Sicherheitsimplikationen der Klimaänderung. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass langfristig betrachtet der Klimawandel bestehende soziale und politische Spannungen verschärfen oder neue auslösen wird und dass insofern die Zunahme von Gewaltkonflikten sowie

anderen Sicherheitsrisiken vorprogrammiert ist (Carius et al. 2008, 7). Das gilt nach Einschätzung der adelphi-Autoren insbesondere für die Sahelzone, Subsahara Afrika sowie den Nahen Osten (Maas/Tänzler 2009). Darüber hinaus entwirft die Denkfabrik für Mittelamerika, die Inselstaaten des Indisch-Pazifischen Ozeans, Südostasien sowie Südwestasien zahlreiche Negativ-Szenarien, die von der Schwächung staatlicher Macht über den Zerfall von Gesellschaften und konvergierenden Krisen bis hin zur weiteren Destabilisierung von Krisengebieten reichen (siehe Carius/Maas 2009a, b; Carius et al. 2009a, b). In einem jüngsten Gutachten, das adelphi federführend in Zusammenarbeit mit anderen Forschungsinstitutionen für die G7-Staaten erstellt hat, wird der Klimawandel daher als eine globale Bedrohung für die Sicherheit im 21. Jahrhundert bezeichnet (Rüttinger et al. 2015, 1).

Es ist wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass all die oben beschriebenen Studien ihre Aussagen lediglich auf Prognosen stützen, die jedoch eine Reihe von methodischen Einschränkungen aufweisen: Zum einen sind Prognoseinstrumente zu grob und subjektiv, sodass sich „keine belastbaren Aussagen über die Eintrittswahrscheinlichkeit der vorhergesagten Auswirkungen des Klimawandels treffen“ lassen (Brzoska 2008, 202). Zum anderen betonen sie besonders die Gefahren, es überwiegt das *Worst-case*-Denken. Schließlich werden gesellschaftliche Prozesse der Transformation und Adaption von den Prognosen weitgehend nicht berücksichtigt, das heißt, die deterministische Sichtweise ist tonangebend (ebd., 202 f.).

2.2.3 Klimawandel, Konflikt und Sicherheit: die wissenschaftliche Diskussion

Diese zum Teil alarmistischen Aussagen und Prognosen in der öffentlichen Diskussion stehen im Gegensatz zu den eher vorsichtigen Einschätzungen aus der Klima- sowie der Friedens- und Konfliktforschung.

2.2.3.1 Der IPCC

Der IPCC äußert sich in seinen beiden vorhergehenden Berichten (siehe IPCC 2001, 2007b) hinsichtlich der Konfliktwirkungen der Erderwärmung sehr zurückhaltend, und wenn, dann auf eine recht unsystematische und zuweilen willkürliche Art und Weise (Gleditsch/Nordås 2014, 83 f.). So trifft der IPCC in seinem Synthesebericht im Jahr

2007 überhaupt keine Aussagen über gewaltsame Konflikte im Kontext des Klimawandels (siehe IPCC 2007a). Lediglich der umfangreiche Bericht der Arbeitsgruppe II diskutiert an einigen wenigen Stellen sehr vorsichtig die Sicherheitsimplikationen der globalen Erwärmung. Allerdings geschieht dies in recht vager und allgemeiner Form. Mögliche Zusammenhänge werden nur unzureichend durch den Verweis auf die empirische Literatur oder anhand konkreter Beispiele begründet (siehe IPCC 2007b, 311, 365, 454, 499). Die deutlichste Aussage über die Verknüpfung von Klimawechsel und Konflikten trifft die Arbeitsgruppe mit der Feststellung, dass „[c]limate change may become a contributing factor to conflicts in the future, particularly those concerning resource scarcity, for example, scarcity of water” (ebd., 454).

In ihrem jüngsten Weltklimabericht machen die IPCC-Forscher jedoch deutlicher als zuvor auf die Sicherheitsimplikationen der Klimaänderung aufmerksam. Die Auswirkungen der Erderwärmung auf die menschliche Sicherheit werden zum ersten Mal systematisch in einem eigenen Kapitel umfassend behandelt (siehe IPCC 2014b, 755 ff.). Dabei analysieren die Autoren sogar konkret die Beziehung zwischen Klimawandel und gewaltsamen Konflikten. Einerseits halten sie die diesbezügliche Besorgnis durchaus für berechtigt:

In summary, there is justifiable common concern that climate change or changes in climate variability increases the risk of armed conflict in certain circumstances, even if the strength of the effect is uncertain. This concern is justified given robust knowledge of the factors that increase the risk of civil wars, and medium evidence that some of these factors are sensitive to climate change. (IPCC 2014b, 773)

Andererseits fügen sie aber beschwichtigend hinzu, dass insgesamt die Forschung keinen starken positiven Zusammenhang zwischen Erwärmung und bewaffneten Konflikten feststellen kann. Zudem sieht der IPCC eine große Übereinstimmung darüber, dass die Auswirkungen des Klimawechsels auf gewaltsame Konflikte vernachlässigt werden können, wenn andere Risikofaktoren wie politische Instabilität oder Armut nur sehr schwach ausgeprägt sind (ebd., 772).

Der Weltklimarat zeichnet in seinem Kapitel über die menschliche Sicherheit also ein ziemlich ausgewogenes Bild zum Nexus Klimawandel und gewaltförmige Auseinandersetzungen (Gleditsch/Nordås 2014, 84). Allerdings thematisiert der IPCC die Konfliktwirkungen der Klimaänderung noch in drei weiteren Kapiteln und gelangt dabei zu unterschiedlichen Einschätzungen: Während das Kapitel über die sich abzeichnenden Risiken und das Afrika-Kapitel alarmistischere Töne bezüglich des Zusammen-

hangs von Klimawandel und Gewalt anschlagen, weist das Kapitel über die Erkennung und Zuordnungen von beobachteten Auswirkungen eine solche Kausalverbindung zurück (ebd., 82, 86). Zusammenfassend halten Gleditsch und Nordås (2014) in ihrer Analyse des jüngsten Weltklimaberichts dennoch fest: „The Fifth Assessment Report of the IPCC does not, on the whole, support a pessimistic view of the future of conflict because of climate change” (ebd., 89). Die Autoren bemängeln allerdings, dass der Bericht aufgrund seiner häufig vagen Wortwahl wie „könnte“ und „dürfte“ viel Raum für widersprüchliche Interpretationen und mediale Überzeichnungen lässt (ebd., 82, 87 f.).

2.2.3.2 Die Friedens- und Konfliktforschung

In der Friedens- und Konfliktforschung wurde der Klimawandel in den 1990er Jahren zwar stellenweise bereits erwähnt (siehe u.a. Edwards 1996, 1999; Ehrlich/Ehrlich 1991; Homer-Dixon 1991, 1999; Page 2000; Rowlands 1991), aber in der Regel nicht als zentrale Umwelt- und Sicherheitsbedrohung betrachtet. Das lag vor allem daran, dass das Wissen der Klimaforschung über die Risiken der anthropogenen Klimaänderung damals noch nicht so ausgeprägt war wie in den letzten Jahren (Brown/McLeman 2009, 292 f.). Aber selbst seitdem sich das ganze Ausmaß der Umweltfolgen des Klimawandels zunehmend abzeichnet, verläuft die Debatte über die mögliche Konflikthaftigkeit der globalen Erwärmung, bis auf wenige Ausnahmen (siehe Dyer 2008; Homer-Dixon 2007; Welzer 2008),¹⁶ weitgehend sachlich und unaufgeregt.¹⁷

Als einer der ersten Wissenschaftler hat sich Barnett (2001, 2003) Anfang 2000 ausführlichere Gedanken darüber gemacht, inwiefern der Klimawandel ein Sicherheitsproblem sein könnte. Um die Forschung auf diesem Gebiet voranzutreiben, schlägt Barnett ein Forschungsprogramm vor, das sich auf inner- anstatt auf zwischenstaatliche Konflikte konzentriert – und zwar in Ländern, die von schwachen Regierungsstruktu-

¹⁶ Für Homer-Dixon (2007) zum Beispiel stellt Klimastress eine genauso große Gefahr für die internationale Sicherheit dar wie das Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges oder die Weiterverbreitung von Kernwaffen in Schurkenstaaten. Denn der Klimawandel „will help produce [...] insurgencies, genocide, guerilla attacks, gang warfare and global terrorism” (ebd.).

¹⁷ In letzter Zeit wird auch verstärkt untersucht, inwiefern Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen in der Klimapolitik – beispielsweise die Ausweitung der Biospritproduktion oder der Wasserkraftnutzung – das Konfliktrisiko erhöhen und die Verwundbarkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen verstärken können (siehe u.a. Adger/Barnett 2009; Bumpus/Liverman 2008; Dauvergne/Neville 2010; Marino/Ribot 2012; McDonald-Wilmsen/Webber 2010; Molony/Smith 2010). Darauf wird in dieser Arbeit jedoch nicht näher eingegangen.

ren, hoher Ungleichheit, starker Ressourcenabhängigkeit und großräumigen Bevölkerungsbewegungen geprägt sind.

Ein paar Jahre später versuchen einige Wissenschaftler in einem Sonderheft der Zeitschrift *Political Geography*, sich den Konfliktwirkungen des Klimawechsels auf systematischere Weise zu nähern. Die Beiträge in diesem Heft zeigen,

that the concern about the conflict implications of climate change is warranted even though some of the apocalyptic visions currently disseminated by NGOs as well as some governments are less than solidly founded. (Nordås/Gleditsch 2007, 628)

Barnett und Adger (2007) argumentieren in ihrem Artikel dieser Sonderausgabe, dass die Erderwärmung zum einen die menschliche Sicherheit direkt bedroht, indem sie den Menschen den Zugang zu den natürlichen Ressourcen erschwert, die diese für den Erhalt ihrer Lebensgrundlage benötigen. Zum anderen verringert der Klimawandel gleichzeitig die Handlungskapazitäten des Staates bei der Erfüllung elementarer Staatsaufgaben wie Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung des Gewaltmonopols. Diese direkten und indirekten Wirkungen der Klimaänderung auf die menschliche Sicherheit könnten wiederum das Risiko gewaltsamer Konflikte erhöhen (ebd., 649 f.).

Mobjörk, Eriksson und Carlsen (2010) erinnern hingegen daran, dass der Klimawandel nicht nur negative, sondern auch positive Effekte auf natürliche Ressourcen haben wird. Zudem können sie keinen kausalen Zusammenhang zwischen Klimawechsel und bewaffneten Konflikten erkennen (ebd., 85 f.).

Salehyan (2008a) steht Behauptungen über eine deterministische, einfache Beziehung zwischen Klimawandel und Gewalt sehr skeptisch gegenüber. Zum einen, weil Ressourcenkonflikte nicht zwangsläufig zu bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren müssen, sondern durchaus auch friedlich geregelt werden können. Zweitens, weil gewaltsame Konflikte nicht nur kostspielig und riskant sind, sondern auch verheerende Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem und die natürliche Umwelt haben können. Auf diese Weise kann sich die mangelnde Ressourcenverfügbarkeit zusätzlich verschärfen. Bewaffnete Konflikte sind somit eine ineffiziente und suboptimale Reaktion auf knappe Ressourcen. Drittens lehnt Salehyan diese deterministischen Behauptungen insbesondere deshalb ab, weil sie den menschlichen Erfindungsreichtum, die Möglichkeit technischer Innovationen sowie die gewichtige Rolle politischer Institutionen und Regierungen bei der Regulierung von Konflikten ignorieren (ebd., 317 ff.). Für Salehyan sind vor allem politische Faktoren und deren Zusammenspiel mit den vorliegenden Umweltbedingungen von zentraler Bedeutung:

Thus, while environmental degradation is certainly not a necessary condition for armed conflict, neither is it a sufficient one, since states play a key role in containing or aggravating violence. [...] Rather, my purpose here is to underscore the point that environmental processes, by themselves, cannot explain why, where, and when fighting will occur; rather, the *interaction* between environmental and political systems is critical for understanding organized armed violence. (ebd., 317 f.; Hervorhebung im Original)

Auch für Böge (2009) sind klimabedingte ökologisch induzierte Gewaltkonflikte „mithin nicht zuletzt ein governance-Problem“, also ein Problem fehlender oder schwacher institutioneller Kapazitäten (ebd., 12). Daneben identifiziert er vier weitere Aspekte, welche die Konfliktwirkung des Klimawandels beeinflussen können: erstens die Schwere und Dringlichkeit der klimabedingten Umweltschäden samt deren Perzeption und Bewertung durch die Betroffenen. Zweitens die Verletzlichkeit sowie Anpassungs- und Ausweichmöglichkeiten der Betroffenen. Drittens die Gewaltfähigkeit der Akteure und viertens die traditionellen sowie modernen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Konfliktregelungsmechanismen (ebd., 11 f.).

Die Forschergruppe um Brown fokussiert sich auf die Sicherheitsimplikationen der Erderwärmung im Nahen Osten und insbesondere in Afrika (siehe Brown/Crawford 2009a, b; Brown/McLeman 2009; Brown et al. 2007). Sie leugnet nicht, dass die Klimaänderung eine Herausforderung für die Entwicklung dieser Regionen darstellt und unter bestimmten Umständen zur Entstehung und Langlebigkeit von Konflikten beitragen kann (Brown/Crawford 2009a, 2). Hierbei identifizieren die Forscher mehrere mögliche Kausalpfade, die vom Klimawandel zum Konflikt führen, wie zum Beispiel die Knappheit von Trinkwasser und Nahrung, die destabilisierende Wirkung von großen Bevölkerungsbewegungen sowie die Überforderung der Bewältigungskapazitäten der Entwicklungsländer durch die Zunahme extremer Wetterereignisse (Brown/Crawford 2009a, 13 ff.; Brown/Crawford 2009b, 19 ff.; Brown/McLeman 2009, 293; Brown et al. 2007, 1147). Allerdings wird auch einschränkend darauf hingewiesen, dass die Beantwortung der Frage, ob der Klimawechsel letztlich zu gewaltsamen Konflikten führt, nicht nur von klimatischen Faktoren abhängig ist, sondern auch von der Konflikthanfälligkeit und Anpassungsfähigkeit der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten (Brown/Crawford 2009b, 3; Brown/McLeman 2009, 300 f.; Brown et al. 2007, 1148 f.). Es sind vor allem

non-climatic factors (such as poverty, governance, conflict management, regional diplomacy and so on) that will largely determine whether and how climate change moves from being a development challenge to presenting a security threat. (Brown/Crawford 2009a, 2)

Die Forscher heben die Bedeutung der Anpassungsfähigkeit vor allem für Afrika hervor. Denn Einflussfaktoren wie Armut und schlechte Regierungsführung sind nicht nur für eine mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Erderwärmung verantwortlich, sondern auch für eine hohe Konflikthanfälligkeit (Brown et al. 2009, 1149 ff.). Die besondere Verwundbarkeit Afrikas gegenüber dem Klimawandel und gewaltsamen Konflikten ist also auf einen gemeinsamen Ursachenkomplex zurückzuführen. Daher gilt:

‘Adaptation’, if well done, could help direct international money and attention to reducing vulnerability not just to climate change but also to environmental degradation, poverty and conflict. (ebd., 1152)

Die hier aufgeführten allgemeinen Gedanken, Hypothesen und Plausibilitätsüberlegungen sind bisher jedoch nur selten in ein gut durchdachtes und ausgearbeitetes Modell über die Verknüpfung von Klimaänderung und Konflikt zusammengefasst worden. Eine der wenigen Ausnahmen bilden der Erklärungsansatz von Buhaugs Forscherteam sowie die verschiedenen Konfliktkonstellationen des WBGU.

Buhaug und seine Kollegen (2008, 2010) benennen in ihrem Modell (siehe Abbildung 4) zunächst drei Umweltfolgen der Erderwärmung, die erhebliche Sicherheitsimplikationen haben können: zunehmende Verknappung erneuerbarer Ressourcen, Anstieg des Meeresspiegels und Zunahme von Naturkatastrophen (Buhaug et al. 2010, 76 ff.). Diese Umweltfolgen ziehen wiederum folgende fünf soziale Effekte des Klimawandels nach sich: politische Instabilität, soziale Fragmentierung, Armut, ökonomische Unsicherheit, Migration sowie unangemessene Reaktion. Die Autoren verstehen diese sozialen Effekte hierbei als Zwischenvariablen, die die klimabedingten Umweltfolgen mit organisierter Gewalt verknüpfen (ebd., 81 ff.). Ob Klimaveränderungen letztlich in einen dieser sozialen Effekte münden, ist indes weitgehend von den Eigenschaften der betroffenen Gebiete abhängig, den Kontextfaktoren. So sind vor allem Länder, die sich in einer Unruheregion befinden und zudem von schlechter Regierungsführung, einer polarisierten Bevölkerung, sozialen Ungleichheiten sowie einer Konfliktgeschichte geprägt sind, besonders anfällig für klimainduzierte Konflikte (ebd., 81, 88 f.).

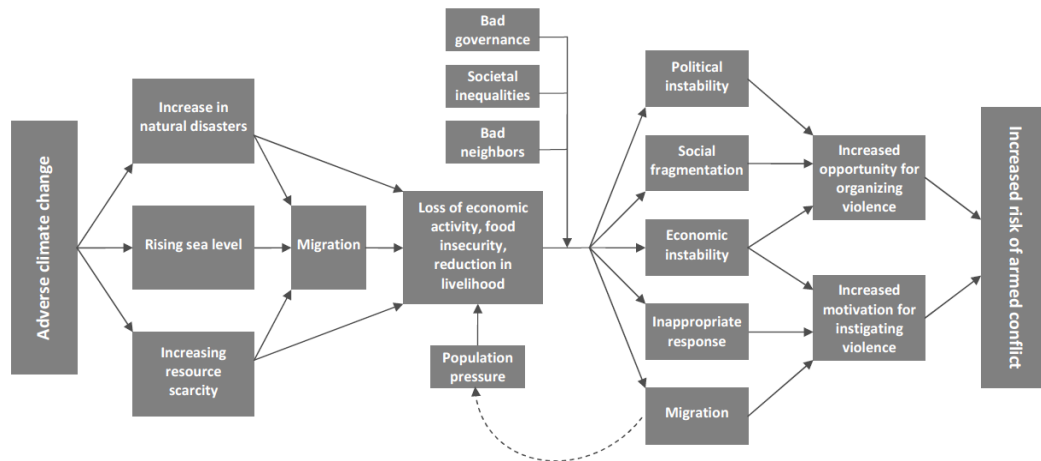


Abbildung 4: Osloer Erklärungsmodell über klimainduzierte Konflikte
Quelle: Buhaug et al. 2008

Der WBGU (2007) entwickelt vier Konfliktkonstellationen, die er im Falle eines ungebremst voranschreitenden Klimawandels ab Mitte der 2020er-Jahre für denkbar hält (ebd., 140): klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen, klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen und umweltbedingte Migration (siehe ebd., 81 ff.).¹⁸

Bei der Konfliktkonstellation der klimabedingten Degradation von Süßwasserressourcen (siehe Abbildung 5) wirkt sich der Klimawechsel durch Niederschlagsänderungen und steigende Temperaturen auf die Wasserverfügbarkeit aus, was u.a. wegen schlechten Wassermanagements zu einer Wasserkrise führen kann. Damit steigt die Gefahr von Destabilisierung, Konflikt und Gewalt, vor allem bei ungünstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen und wenn geeignete Regelsysteme zur Nutzung gemeinsamer Wasserressourcen nicht vorhanden sind (ebd., 83 ff.).

Bei der zweiten Konfliktkonstellation (siehe Abbildung 6) kommt es durch den Klimawandel zu einem massiven Produktionsrückgang in der Landwirtschaft, was regionale Ernährungskrisen auslösen und die ökonomische Leistungsfähigkeit schwacher und durch Unsicherheit gekennzeichneten Staaten weiter unterminieren kann (ebd., 3). Derartige Situationen können letztlich in Destabilisierung und gewalttätige Konflikte münden (ebd., 98 ff.).

¹⁸ Auf die Konfliktkonstellation der umweltbedingten Migration wird an dieser Stelle nicht näher eingegangen, sondern im Abschnitt zum Forschungsstand über die Konfliktwirkungen klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen (siehe Kap.2.4.5.1).

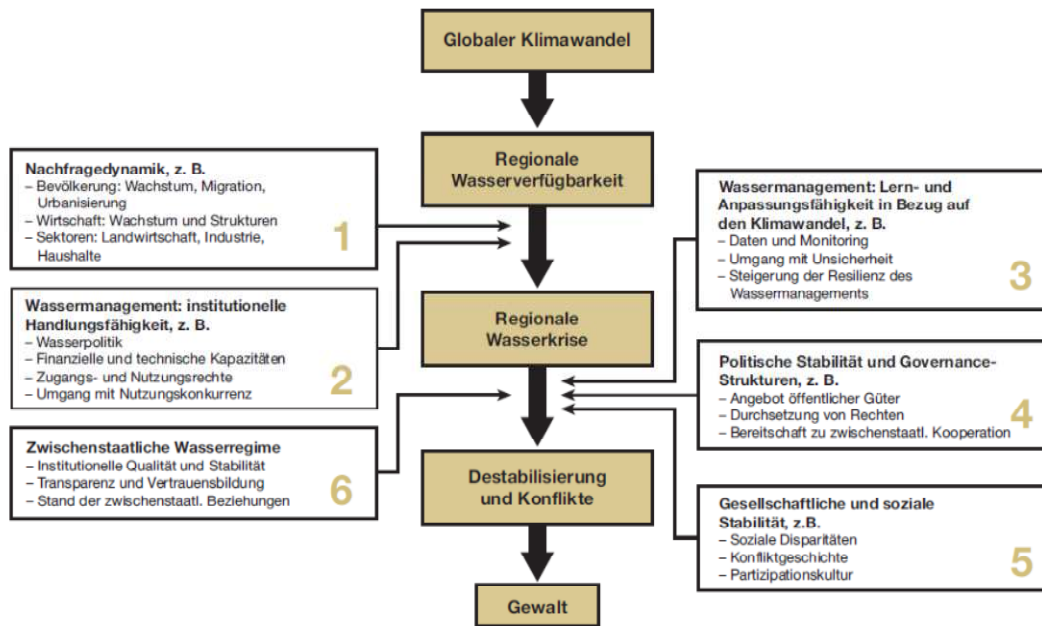


Abbildung 5: Konfliktkonstellation „Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen“
Quelle: WBGU 2007

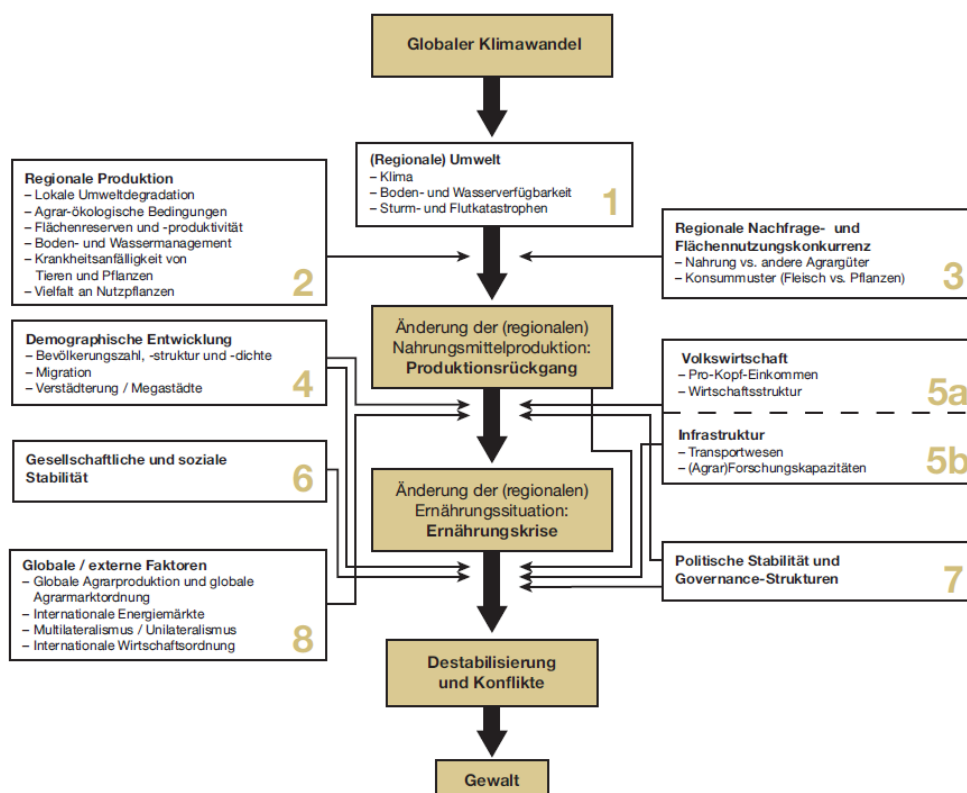


Abbildung 6: Konfliktkonstellation „Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion“
Quelle: WBGU 2007

Bei der dritten Konfliktkonstellation (siehe Abbildung 7) wird argumentiert, dass durch den Klimawandel mit einer Intensivierung von Stürmen und Starkniederschlägen zu rechnen ist. In deren Folge kommt es zum temporären Ausfall der staatlichen Ordnung und zur Verschärfung innerstaatlicher Konflikte, was letztlich wachsende Gewalt nach sich ziehen kann. Die WBGU-Autoren machen aber ebenso deutlich, dass die Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen auch zur Konfliktentspannung beitragen kann, wenn Nothilfe über bestehende Konfliktgrenzen hinweg geleistet wird und sich bereits eine gewisse Konfliktmüdigkeit bei den Streitparteien eingestellt hat (ebd., 3, 110 ff.).

In der Gesamtschau der vier Konfliktkonstellationen identifiziert der Beirat einige Schlüsselfaktoren für die Entstehung und Verstärkung klimainduzierter Konflikte: Staatsform und politische Stabilität, Governance-Strukturen, Wirtschaftsleistung und Verteilungsgerechtigkeit, gesellschaftliche Stabilität und Demographie, geographische Faktoren sowie internationale Machtverteilung und Interdependenz (ebd., 169 ff.).

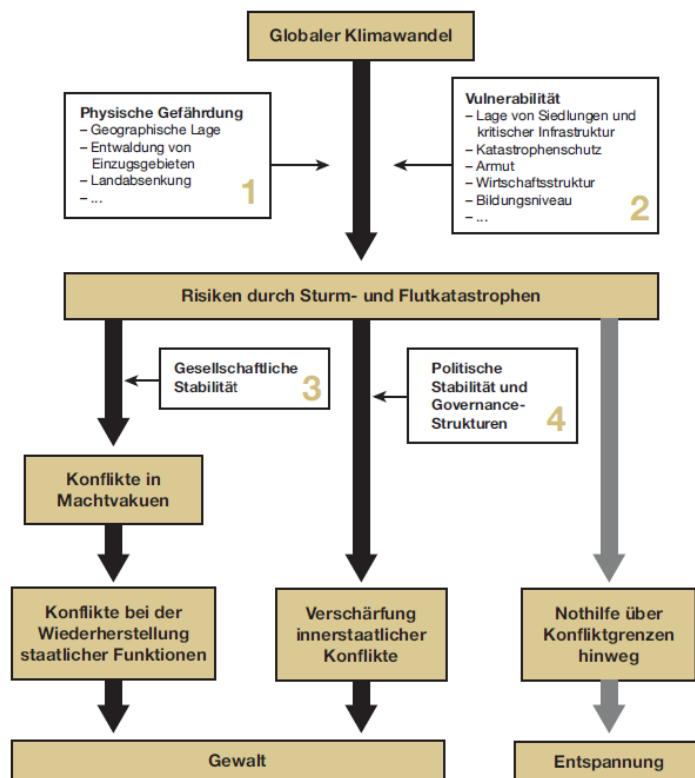


Abbildung 7: Konfliktkonstellation „Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen“
Quelle: WBGU 2007

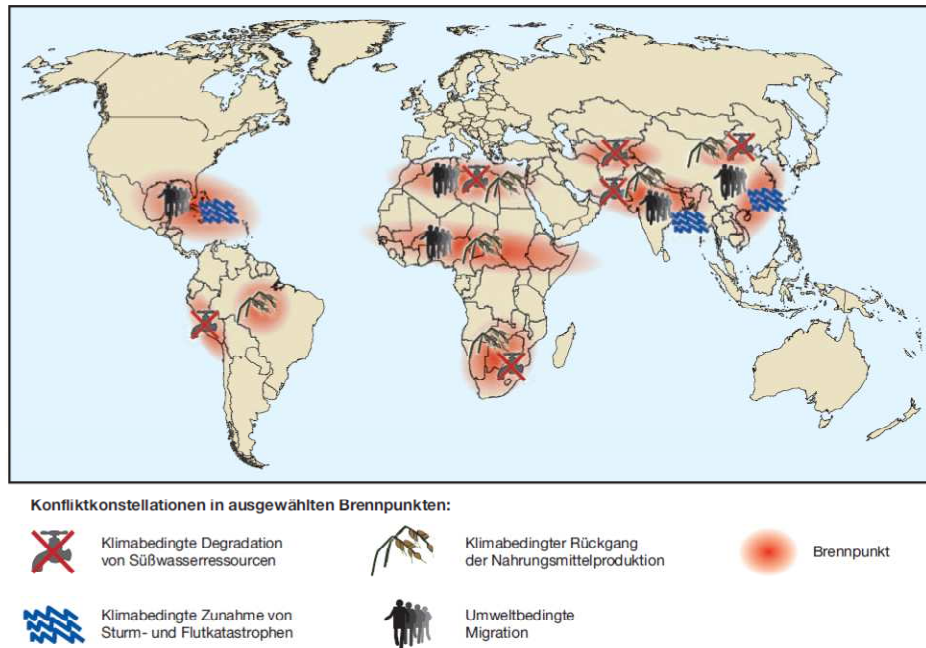


Abbildung 8: Regionale Brennpunkte des Klimawandels
Quelle: WBGU 2007

Da die gesellschaftlichen Folgen der Klimaänderung weltweit unterschiedlich ausfallen, ermitteln die WBGU-Forscher außerdem zentrale regionale Brennpunkte des Klimawandels (siehe Abbildung 8). Dazu gehören Nordafrika, die Sahelzone, südliches Afrika, Zentralasien, Indien, Pakistan und Bangladesch, China, die Karibik und der Golf von Mexiko sowie die Andenregion und Amazonien (ebd., 3 f., 140 ff.).

Aber noch, beschwichtigen die WBGU-Autoren, „steht die Übersetzung des Klimawandels in Konfliktkonstellationen und gesellschaftliche Krisen ganz am Anfang“ (ebd., 7). Außerdem hält man klimainduzierte zwischenstaatliche Kriege für unwahrscheinlich (ebd., 2).

2.2.4 Das Konfliktpotenzial des Klimawandels: empirische Befunde

Die empirische Erforschung des Zusammenhangs von Klimawandel und Konflikten hat erst um das Jahr 2007 begonnen und befindet sich daher immer noch in ihrer Anfangsphase. Sie stützt sich hierbei überwiegend auf quantitative Analysen, deren Anzahl in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. Dieser Abschnitt erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll einen kurzen Überblick über den Stand der empirischen Forschung zu den drei wesentlichen klimatischen bzw. wetterbedingten

Variablen geben – nämlich Temperatur, Niederschlag sowie Extremwetterereignisse. Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst. Der Fokus liegt hierbei ausschließlich auf innerstaatliche Konflikte.¹⁹

2.2.4.1 Temperatur

Die empirische Forschung über die Konfliktwirkungen von Temperaturveränderungen konzentriert sich bisher nur auf quantitative Analysen.

Studien über das vergangene Millennium gelangen zu dem Schluss, dass in China Krieg, Bevölkerungsrückgang und Dynastiewechsel häufiger in Kaltzeiten auftraten (Zhang et al. 2006, 2007). Zhang und seine Forscherkollegen (2011) sowie Tol und Wagner (2010) kommen in ihren mehrere Jahrhunderte umfassende Untersuchungen über die nördliche Hemisphäre und Europa zu einem ähnlichen Ergebnis. Allerdings hat sich der Gewalt verschärfende Effekt von Kaltzeiten in Europa ab dem Industriezeitalter abgeschwächt, weil die Menschen seitdem weniger anfällig für witterungsbedingte Ernteverluste waren (Tol/Wagner 2010). Eine neuere Studie zeigt zudem, dass kältere Temperaturen vor allem in Osteuropa mit einer Zunahme gewalttätiger Konflikte korrelieren, teilweise weil diese Region stärker von der Landwirtschaft abhängt als der Rest Europas sowie wegen des dort vorherrschenden kontinentalen Klimas (Lee et al. 2013). Grundsätzlich stellt sich bei diesen Studien über einen langen Zeitraum bis weit in die Vergangenheit hinein aber die Frage, inwiefern deren Ergebnisse Rückschlüsse auf die Auswirkungen des gegenwärtigen und zukünftigen Klimawandels zulassen. Denn die sozialen, demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen – und damit die Verwundbarkeit der betroffenen Gesellschaften gegenüber Klimaveränderungen – waren damals gänzlich anders ausgeprägt als heute (IPCC 2014b, 772).

Analysen über die letzten Jahrzehnte können hingegen keine eindeutige Korrelation zwischen Temperaturveränderung und Gewalt feststellen bzw. kommen teilweise zu widersprüchlichen Resultaten. So finden Burke und sein Forscherteam (2009) in ihrer

¹⁹ Es gibt aber auch Studien, die die bereits in der Umweltkonfliktforschung untersuchte Gefahr internationaler Wasserkonflikte aufgreifen (siehe Kap. 2.1.2) und unter dem Aspekt des Klimawandels neu analysieren (siehe u.a. Bernauer/Siegfried 2012; De Stefano et al. 2012; Devlin/Hendrix 2014; Dinar et al. 2015; Feitelson et al. 2012; Tir/Stinnett 2012). Die Ergebnisse von Tir und Stinnett (2012) enthüllen zum Beispiel, dass Wasserknappheit die Gefahr zwischenstaatlicher militärischer Konflikte zwar erhöht, dieses Risiko aber durch institutionalisierte Vereinbarungen vermindert werden kann. Und laut einer jüngsten Studie von Dinar und seinen Forscherkollegen (2015) nimmt mit zunehmenden Schwankungen bei der Wasserverfügbarkeit das kooperative Verhalten von Staaten erst einmal zu. Übersteigen die Schwankungen jedoch einen bestimmten Grenzwert, dann sinkt die Kooperationsbereitschaft bzw. steigt das Konfliktrisiko (ebd., 63).

Länderstudie für den Zeitraum von 1981 bis 2002 heraus, dass wärmere Jahre die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen in Subsahara-Afrika signifikant erhöhen. Die Autoren sagen sogar einen Anstieg bewaffneter Konflikte um 54 Prozent bis 2030 voraus. Buhaug (2010) zeigt allerdings auf, wie kleine Veränderungen im Forschungsdesign – beispielsweise das Hinzufügen von Standard-Kontrollvariablen, die Verwendung von alternativen Konflikt-Messindikatoren oder die Erweiterung des Untersuchungszeitraums um die letzten Jahre – die Ergebnisse von Burkes Untersuchungen vollständig verändern. Auch O’Loughlin und seine Kollegen (2012) analysieren die Auswirkungen von Klimaveränderungen auf das Konfliktrisiko in Afrika – allerdings, im Gegensatz zu Burkes Forschergruppe, unterhalb der Länderebene und mit Hinblick auf innerjährliche Temperaturabweichungen von einem langfristigen Trend. Sie finden heraus, dass deutlich wärmere Temperaturen das Gewaltisiko in Ostafrika erhöhen, wohingegen durchschnittliche und kühlere Temperaturen keinen Effekt haben. Gleichwohl sind politische, ökonomische und physisch-geografische Faktoren bei der Vorhersage von Gewalt von größerer Bedeutung als klimatische. Ein Jahr später kann O’Loughlins Team (2013) diese Ergebnisse in einer neuen Studie bestätigen, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt und zudem nun gesamt Subsahara-Afrika umfasst. Theisen (2012) entdeckt in seiner Analyse zu Kenia eine u-förmige Beziehung von Temperatur und Konflikt. Das heißt, sowohl sehr warme als auch sehr kalte Jahre erhöhen das Risiko gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen organisierten Gruppen im darauffolgenden Jahr. Im Gegensatz dazu können weder hinsichtlich der Entstehung von Bürgerkriegen in Asien noch in Bezug auf die Gefahr von Wasserkonflikten in den Mittelmeer-, Nahost- und Sahelstaaten statistisch signifikante Temperatur- oder Niederschlagseffekte festgestellt werden (Böhmelt et al. 2014; Wischnath/Buhaug 2014a).

Abschließend sollen an dieser Stelle noch vier globale Analysen Erwähnung finden. So zeigen die Ergebnisse von Landis (2014), dass nicht Temperaturschocks, sondern ausgedehnte stabile Wärmeperioden das Risiko der Entstehung von Bürgerkriegen und nicht-staatlichen Konflikten erhöhen; insbesondere in solchen Ländern, deren Klima stark saisonabhängig ist. Zugleich entdecken Buhaug und seine Kollegen (2013) für die beiden letzten Jahrzehnte eine auffällige Überlappung der weltweiten Konfliktzonen mit den wärmeren Klimazonen in der Nähe des Äquators. Eine andere globale Studie will die indirekten, über das Wirtschaftswachstum erfolgende, Auswirkungen von Klimaschwankungen auf Bürgerkriege überprüfen. Sie kann jedoch keinen statistisch signifikanten Effekt von Temperatur- und Niederschlagsveränderungen auf das Wirtschafts-

wachstum entdecken (Koubi et al. 2012). Während die bisher genannten Analysen die lokalen oder regionalen Schwankungen des Klimas betrachten, untersuchen Hsiang und seine Kollegen (2011) als erstes Forscherteam die Auswirkungen globaler Klimaveränderungen auf die Stabilität in der Welt. Für den Zeitraum von 1950 bis 2004 stellen sie fest, dass sich in der heißen El-Niño-Periode das Risiko für Bürgerkriege in den betroffenen Ländern verdoppelt im Vergleich zu den kälteren La-Niña-Jahren. Die Studie liefert allerdings keine Erklärung dafür, warum der El-Niño-Zyklus mit einem erhöhten Konfliktrisiko zusammenhängen könnte.

2.2.4.2 Niederschlag

Studien über den Zusammenhang von Niederschlagsveränderungen und Konflikten sind bisher nur für den afrikanischen Kontinent verfügbar und basieren sowohl auf quantitativen als auch auf qualitativen Methoden.

QUANTITATIVE ANALYSEN AUF NATIONALER EBENE

Die drei Wissenschaftler Miguel, Satyanath und Sergenti (2004) haben als erstes Forscherteam die Konfliktwirkungen schwankender Niederschlagsmengen auf nationaler Ebene untersucht und kommen zu dem Ergebnis, dass niedriger Regenfall in Subsahara-Afrika die Bürgerkriegswahrscheinlichkeit im darauffolgenden Jahr signifikant erhöht. Eine Studie von Hendrix und Glaser (2007) unterstützt diese Resultate ein paar Jahre später. Denn ihrem Ergebnis zufolge senkt (erhöht) hoher (niedriger) Regenfall die Gefahr von Bürgerkriegen im Folgejahr. Die Resultate von Miguels Untersuchung fallen indes weniger deutlich aus, wenn die Länder, die in den Bürgerkriegen anderer Staaten verwickelt sind, nicht in die Analyse einbezogen werden (Jensen/Gleditsch 2009). Ferner bemängelt Ciccone (2011), dass Miguel und seine Forscherkollegen die Niederschlagsabweichungen nur zwischen den einzelnen Jahren betrachten anstatt die Veränderungen des Regenniveaus zum langfristigen Durchschnitt, die die Niederschlagsanomalien des Klimawandels besser widerspiegeln. Ciccone führt eigene Analysen durch und laut seinen Ergebnissen korreliert ein höheres, und nicht ein niedrigeres, Regenniveau mit Bürgerkriegen.²⁰ Buhaug und Theisen (2012) verwenden eine ganze Reihe unterschiedlicher Dürreindikatoren, können aber auch keinen Effekt auf Bürgerkriege in

²⁰ In ihrer Replik auf Ciccone verteidigen Miguel und Satyanath (2011) wiederum ihre Ergebnisse. Diese haben sehr wohl auch dann noch Bestand, wenn man das Regenniveau als Messinstrument benutzt, argumentieren die Forscher (ebd., 229).

Subsahara-Afrika feststellen. Und Couttenier und Soubeyran (2014) finden in dieser Region nur einen schwachen statistischen Zusammenhang zwischen Dürre und Bürgerkrieg.

Nationale Analysen über afrikanische Bürgerkriege kommen also zu keinem eindeutigen Ergebnis. Dasselbe gilt für Studien über soziale Unruhen in Afrika.²¹ So zeigt eine Untersuchung von Smith (2011), dass zu viel und nicht zu wenig Regen innerhalb eines Monats die Wahrscheinlichkeit sozialer Konflikte zumindest kurzfristig erhöht. Trockenperioden brauchen Smiths Vermutungen zufolge mehr Zeit, bis sie sich zu sozialen Unruhen manifestieren können und führen somit entlang anderer Kausalfade zu Konflikten als regenreiche Perioden. Hendrix und Salehyan (2012) finden hingegen heraus, dass sowohl überdurchschnittlich viel als auch überdurchschnittlich wenig Niederschlag im Jahr das Risiko politischer und sozialer Unruhen erhöht. Wobei gewaltsame Ereignisse in regenreichen Jahren vorherrschender sind, während nicht-gewaltsame Auseinandersetzungen bevorzugt in Dürre Jahren auftreten.

QUANTITATIVE ANALYSEN AUF SUB-STAATLICHER EBENE

Die zahlreichen Studien unterhalb der Länderebene analysieren überwiegend nicht-staatliche Konflikte geringer Intensität wie zum Beispiel kommunale Gewalt, Gruppenkonflikte, Ausschreitungen und Morde. Aber auch sie finden, ähnlich wie die nationalen Studien, bisher keinen Konsens. So kann einerseits eine der ersten disaggregierten Analysen über die Einflüsse von Umweltfaktoren auf Konflikte zwischen nomadischen Hirtenvölkern am Horn von Afrika keinen signifikanten Effekt der jährlichen Niederschlagsmenge feststellen. Lediglich eine üppige Vegetation scheint die Gefahr von Überfällen und Raubzügen zu erhöhen, vermutlich weil sie die Angreifer davor schützt, entdeckt zu werden (Meier et al. 2007). De Juan (2015) kommt zu dem Ergebnis, dass eine dichte Vegetationsdecke auch die Wahrscheinlichkeit und Intensität von Gewalt in der Anfangsphase des Darfur-Bürgerkrieges erhöht hat. Benjaminsen und seine Kollegen (2012) vergleichen Daten über Landnutzungskonflikte, die vor dem Berufungsgericht in der Mopti-Region Malis verhandelt werden, mit Statistiken über den zeitlichen Verlauf von Niederschlagsveränderungen in der Gegend und verzeichnen dabei nur wenige Überschneidungen. Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer jüngerer Studien, die ebenfalls keine Hinweise auf einen Zusammenhang von Trockenheit und Konflikten

²¹ Diese beinhalten nicht-gewaltsame Auseinandersetzungen oder gewaltsame Konflikte niedriger Intensität, die vorwiegend ohne direkte Beteiligung des Staates stattfinden – zum Beispiel Proteste, Aufstände und Streiks.

entdecken können (siehe O’Loughlin et al. 2012, 2013; Theisen 2012; Theisen et al. 2011/2012). Demgegenüber existieren auch zahlreiche Untersuchungen, die behaupten, dass Trockenheit (siehe Fjelde/von Uexkull 2012; Maystadt/Ecker 2014; von Uexkull 2014), zu viel Regen (siehe Salehyan/Hendrix 2014; Theisen 2012) oder beides (siehe Raleigh/Kniveton 2012) das Gewaltisiko erhöht. O’Loughlin und sein Team (2012) finden heraus, dass regenreiche Perioden das Gewaltisiko sogar vermindern.

QUALITATIVE ANALYSEN

Fallstudien über die Verbindung von Niederschlagsveränderungen und Konflikten sind bisher noch selten und weit weniger umfangreich als die Fallanalysen der Umweltkonfliktforschung (siehe u.a. Bächler et al. 1996; Homer-Dixon 1999; Kahl 2006). Die vielleicht umfangreichste Studie auf diesem Gebiet untersucht die Auswirkungen der Erderwärmung in der Sahel-Zone. Auf der Basis von u.a. Feldbeobachtungen und Dokumentenanalysen kommen die Autoren der Studie zu dem Ergebnis, dass Dürren – zusammen mit einer wachsenden Bevölkerung, schlechter Regierungsführung und ungeklärten Landeigentumsrechten – den Wettkampf um Ressourcen wie Land und Wasser in der Region verschärft haben, was letztlich zu Spannungen und lokalen gewaltsamen Konflikten zwischen den ländlichen Gemeinden führte (UNEP 2011).

Ansonsten überwiegen Falluntersuchungen zu einzelnen Krisengebieten. Die sudanesische Konfliktregion Darfur ist dabei ein beliebtes Fallbeispiel, auf das nicht nur Politiker und Medien, sondern auch Wissenschaftler gerne zurückgreifen, wenn sie auf die sogenannten „Klimakriege“ verweisen möchten (siehe u.a. Byers/Dragojlovic 2004; Faris 2007; Ki-Moon 2007; UNEP 2007; Welzer 2008). So argumentieren Byers und Dragojlovic (2004), dass „[t]he situation in Darfur [...] is likely linked to a changing climate in the Sahel region of North Africa.“ Den Hauptgrund für die Bezeichnung des Darfur-Krieges als Klimakrieg sieht Schreiber (2011b) in der beobachteten Korrelation zwischen Niederschlagsrückgang und steigender Konflikthäufigkeit in den 1970er bis 1990er Jahren (ebd., 224). Für ihn ist jedoch „die Bezeichnung der Auseinandersetzungen in Darfur als Klimakrieg nicht gerechtfertigt“ (ebd., 228). Für die Ursachenerklärung sind vielmehr die Politisierung großer Bevölkerungsteile, die Einmischung Libyens und die Verfügbarkeit von Waffen entscheidend (ebd., 227 f.). Auch andere Autoren betrachten weniger ökologische, sondern eher politische und menschliche Faktoren als Schlüssel zum Verständnis dieses Konfliktes (siehe u.a. Hagan/Kaiser 2011; Perras 2011; Sunga 2011; Tertrais 2011). Zudem liefern Vegetationsaufzeichnungen keinen

Hinweis auf verschlechterte Umweltbedingungen in Darfur zur Zeit des Konfliktausbruchs im Jahr 2003. Im Gegenteil, zwischen 1981 und 2006 hat sich die Ressourcenverfügbarkeit in West-Darfur sogar verbessert (Brown 2010). Man kann daher schlussfolgern:

Bislang jedenfalls hat niemand überzeugend dargelegt, dass der Konflikt in Darfur in erster Linie ein Klima-Krieg ist. Im Kern geht es um Versagen und die Unfähigkeit eines autoritären Regimes, Spannungen und Konflikte durch Verhandlungen zu lösen. (Perras 2011)

Mit ihrer Fallstudie zum Syrien-Konflikt untersuchen Kelley und seine Forscherkollegen (2015) einen weiteren verheerenden Bürgerkrieg, der traurige Berühmtheit erlangt hat. Gemäß ihren Ergebnissen hat der Klimawandel zum Ausbruch des Aufstandes in Syrien beigetragen. Denn die Forscher sehen Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der Erderwärmung und der extremen Dürre zwischen 2006 und 2010, die in Syrien zu hohen Ernteausfällen und großem Viehsterben führte. Infolgedessen verloren viele Menschen ihre Existenzgrundlage. Der Ressourcenwettbewerb in der dramatisch wachsenden syrischen Bevölkerung verschärfte sich zusehends. All dies dürfte nach Einschätzung der Autoren die Unzufriedenheit im Land verstärkt haben, was wiederum die Entstehung der Demonstrationen und Unruhen begünstigte, die letztlich in einen Bürgerkrieg mündeten. Allerdings fallen die ersten Reaktionen der Forschungsgemeinschaft auf die Untersuchung von Kelleys Team eher skeptisch aus (siehe Schulte von Drach 2015). So hält Bernauer die Behauptung, dass die extreme Dürre zum Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien beigetragen hat, für sehr spekulativ und nicht ausreichend gestützt auf robuster wissenschaftlicher Evidenz (Fountain 2015).

Benjaminsen und sein Forscherteam (2012) haben komplementär zu ihrer oben beschriebenen statistischen Analyse auch eine Fallstudie über einen Landnutzungskonflikt in der Mopti-Region Malis durchgeführt. Ihre Ergebnisse „provide little evidence supporting the notion that water scarcity and rapid environmental change are important drivers of intercommunal conflicts in the Sahel” (ebd., 108). Gemäß den Autoren werden kommunale Konflikte im Sahel vor allem von drei strukturellen Faktoren angetrieben: dem tieferen Vordringen der Landwirtschaft, der Entstehung eines politischen Machtvakuum sowie von der weitverbreiteten Korruption und dem *Rent-Seeking*-Verhalten der Regierungsbeamten (ebd., 97, 106 ff.).

Schließlich findet eine Analyse über Viehdiebstähle im Norden Kenias heraus, dass es in der regenreichen Saison mehr Konflikte und Morde gibt als in der regenarmen

Jahreszeit. Denn für Dürrezeiten haben die Viehhüter lokale Institutionen eingerichtet, die bei Ressourcenkonflikten vermittelnd eingreifen (Adano et al. 2012).²²

The turning of natural resources into either a blessing or a curse depends on the community shaping and using its own institutional apparatus, and doing this within its historic institutional context. Thus, in areas where certain key resources are either scarce or abundant and climate is changing, the local institutional arrangements can be instrumental in moderating resource-related conflicts. (ebd., 77)

2.2.4.3 Naturkatastrophen

Im Anbetracht der steigenden Risiken durch klimabedingte Naturkatastrophen haben die WBGU-Forscher 171 Sturm- und Flutkatastrophen anhand einer Dokumentenanalyse auf ihre Konfliktwirksamkeit untersucht (siehe WBGU 2007, 33 ff.). Hierbei konnten zwölf solcher Katastrophen „eindeutig in Zusammenhang mit der Verschärfung von Konflikten, gewalttätigen Unruhen und/oder politischen Krisen gebracht werden“ (ebd., 33). Nach Meinung des WBGU heben sich Sturm- und Flutkatastrophen damit von den anderen Umwelteinflüssen ab, deren Konfliktwirkungen oft umstritten sind (ebd., 36).

Die quantitative Forschung über die konfliktiven Auswirkungen von Naturkatastrophen besteht überwiegend aus Analysen auf Länderebene und kommt im Gegensatz zu den Autoren des WBGU bisher nur zu widersprüchlichen Ergebnissen.

Auf der einen Seite gibt es eine Gruppe von Wissenschaftlern, deren Resultate zeigen, dass Naturkatastrophen das Risiko gewaltsamer Konflikte erhöhen. So finden die Pioniere auf diesem Forschungsgebiet, Drury und Olson (1998), eine positive Korrelation zwischen dem Ausmaß von Naturkatastrophen – gemessen an der Anzahl der Todesopfer – und politischen Unruhen wie zum Beispiel Demonstrationen, Aufständen und bewaffneten Angriffen. Dieses zentrale Ergebnis basiert jedoch auf einem Untersuchungsdesign, das nur zwölf Staaten umfasst und sich zudem über einen recht kurzen Zeitraum von nur wenigen Jahren erstreckt. Letzteres gilt auch für die Studie von Bhavnani (2006), die ebenfalls herausfindet, dass Naturkatastrophen zu innerstaatlichen Konflikten beitragen. Brancati (2007) untersucht in seiner Analyse zwar eine repräsentative Fallzahl von 185 Staaten über einen ausreichend langen Zeitraum hinweg, aber er betrachtet nur die Auswirkungen von Erdbebenkatastrophen. Laut seinen Resultaten erhöhen Erdbeben die Wahrscheinlichkeit von Konflikten. Die beschriebenen Mängel

²² Für weitere Fallstudien über den allgemeinen Zusammenhang von Klimawandel, menschlicher Sicherheit und Konflikten siehe Kapitel V, VI und VII im Sammelwerk von Scheffran et al. (2012a).

im Forschungsdesign dieser Studien veranlassen die Wissenschaftler Nel und Righarts (2008), eine umfassende Untersuchung durchzuführen, die alle Naturkatastrophen über einen längeren Betrachtungszeitraum hinweg abdeckt. Sie finden heraus, dass Naturkatastrophen sowohl kurz- als auch mittelfristig die Bürgerkriegswahrscheinlichkeit signifikant erhöhen. Das gilt vor allem für die einkommensschwächeren Ländern, die von hoher Ungleichheit, anokratischen Herrschaftsmustern und einer schlechten Wirtschaftslage geprägt sind. Geologische und klimabedingte Naturkatastrophen stellen hierbei das größte Gesamtrisiko dar. Omelicheva (2011) analysiert hingegen Konflikte niedrigerer Intensität und kann nur marginale Auswirkungen von bestimmten Arten von Naturkatastrophen entdecken. So erhöhen zwar Überflutungen, Stürme und Erdbeben die Gefahr der Entstehung politischer Instabilität, aber diese Effekte werden schwächer oder verschwinden sogar komplett, wenn man andere, politische und ökonomische Einflussfaktoren berücksichtigt. Dies legt den Schluss nahe, dass Naturkatastrophen nur in solchen Ländern eine katalytische Wirkung für politische Instabilität entfalten, die bereits anfällig für Konflikte sind (ebd., 441).

Auf der anderen Seite existieren nicht minder überzeugende Untersuchungen, die aufzeigen, dass Naturkatastrophen keine, eine nur widersprüchlichen oder sogar eine entschärfende Wirkung auf Konflikte haben können. So findet Slettebak (2012) heraus, dass solche Länder, die von einer klimabedingten Naturkatastrophe betroffen sind, eine niedrigere Bürgerkriegswahrscheinlichkeit haben. Er erklärt dieses Ergebnis mit dem in der Katastrophensoziologie beschriebenen Solidarisierungseffekt der Bevölkerung in extremen Notsituationen (ebd., 172 ff.). Slettebak schlussfolgert daher:

Despite climate change, economic and political variables remain the most important predictors of conflict. Rather than over-emphasizing conflict as a result of climate change, I would recommend keeping the focus on societal development. (ebd., 175)

Bergholt und Lujala (2012) konzentrieren sich im Gegensatz zu den bisherigen Studien nicht nur auf die direkten, sondern auch auf die indirekten Konfliktwirkungen von Naturkatastrophen. Dabei richten sie ihr Augenmerk, anders als Slettebak, nicht auf alle, sondern nur auf die plötzlichen Klimakatastrophen. Die Forscher können indes keinen Effekt von Sturm- und Flutkatastrophen auf die Entstehung von Bürgerkriegen ausmachen – weder direkt noch indirekt über wirtschaftliche Schocks. Nardulli und sein Forscherteam (2013b) betrachten keine Bürgerkriege, sondern Bürgerunruhen. Ihre Analyse offenbart, dass einerseits die Zahl der katastrophenbedingten Todesopfer einen positiven

Effekt auf politische Gewalt hat und andererseits das Gewaltrisiko aber mit zunehmendem Anteil der betroffenen Bevölkerung sinkt.

Da Naturkatastrophen in der Regel örtlich begrenzt sind und nicht das gesamte Land betreffen, gibt es erste, vorsichtige Versuche, ihre Konfliktwirkungen auch auf substaatlicher Ebene zu untersuchen. Slettebak (2010, 2013) analysiert in einem quasi-experimentellen Ansatz Katastrophengebiete in Indien. Seine Ergebnisse liefern keine Hinweise dafür, dass klimabedingte Naturkatastrophen politische Gewalt oder Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen in Indien antreiben. Im Gegenteil weisen die betroffenen Gebiete in den ersten zwei Monaten nach der Naturkatastrophe sogar weniger politische Gewalt auf als zuvor oder danach. Wie eine Studie von Slettebak und Theisen (2011) zeigt, erhöhen Klimakatastrophen auch in indonesischen Bezirken das Gewaltrisiko nicht, selbst in solchen Gegenden, die von Armut, Landknappheit, hoher Ungleichheit oder ethnischer Polarisierung geprägt sind.

2.2.4.4 Kritische Diskussion

KRITISCHE DISKUSSION DER ERGEBNISSE DER STUDIEN

Der oben dargestellte Forschungsstand und jüngste Rezensionen der wissenschaftlichen Literatur (siehe Bernauer et al. 2012; Meierding 2013; Scheffran et al. 2012c; Theisen et al. 2013; siehe auch Abbildung 9 und 10) zeigen, dass es bisher keine robuste und konsistente empirische Evidenz für die Konfliktträchtigkeit des Klimawandels gibt: „Taken together, extant studies provide mostly inconclusive insights, with contradictory or weak demonstrated effects of climate variability and change on armed conflict” (Theisen et al. 2013, 613). Salehyan (2014) führt diesen mangelnden Konsens vor allem darauf zurück, dass die Untersuchungen unterschiedliche räumliche, zeitliche und soziale Maßstäbe wählen, was einen studienübergreifenden Vergleich der Einzelergebnisse erschwert (ebd., 2 f.). Lediglich in zwei Punkten deutet sich vorsichtig eine Übereinstimmung an: Erstens scheinen innerstaatliche Konflikte eher mit regenreichen als mit trockenen Perioden einherzugehen und zweitens sind zwischenstaatliche Wasserkonflikte unwahrscheinlich (Gleditsch 2012, 7).

link	specified link	conflict type	region	period analyzed	reference
Y	+T -P +D →+C	s	global	1950–2004	Hsiang et al., 2011
Y	-L→+C	s	global	1980–92	Theisen, 2008
Y	-L→+C	s, ns	global	1990–2004	Raleigh and Urdal, 2007
Y	+D→+C	s	global	1950–2000	Nel and Righarts, 2008
Y	+D→-C	s	global	1950–2008	Slettebak, 2012
Y	ΔP→+C	s	Africa	1981–1999	Miguel et al., 2004
Y	+P→+C	s	Africa	1990–2008	Hendrix and Salehyan, 2012
Y	+P→+C	ns	East Africa	1950–1994/1971–2010	Adano et al., 2012
Y	+P→+C	ns	East Africa	1989–2004	Theisen, 2012
Y	ΔP→+C	s, ns	East Africa	1997–2009	Raleigh and Kniveton, 2012
Y	+V→+C	s	East Africa	2000–2006	Rowhani et al., 2011
Y	+T→+C	s	SSA	1981–2002	Burke et al., 2009
Y	-P→+C	s, ns	East Asia	220BC–1839AD	Bai and Kung, 2011
Y	-T→+C	s	East Asia	AD10–1900	Zhang et al., 2010
Y	-T→+C	s	East Asia	800BC–AD1911	Zhang et al., 2007
Y	-T→+C	s	Europe	1500–1800	Zhang et al., 2011
N	+T☒C	s	global	1816–2000	Gartzke, 2012
N	ΔT ΔP☒C	s	global	1980–2004	Koubi et al., 2012
N	+D☒C	s	global	1980–2007	Bergholt and Lujala, 2012
N	ΔP☒C	s	Africa	1960–2004	Buhaug and Theisen, 2012
N	+T ΔP☒C	s	SSA	1981–2002	Buhaug, 2010
N	-W☒C	s, ns	Sahel	1960–2006	Benjaminsen et al., 2012
A	W→+C W☒C	s	global	1880–2001	Gleditsch et al., 2006
A	-W→+C +W→+C	s	global	1981–2000	Gizelis and Wooden, 2010
A	-L→-C -L→+C	s	global	1950–2000	Urdal, 2005
A	ΔP→+C -L -W☒C	s	SSA	1981–2002	Hendrix and Glaser, 2007
A	-T→+C	s, ns	Central Europe	1500–1900	Tol and Wagner, 2010

The column "link" denotes whether there is a significant link between the variables (y) or not (n) or whether the link is ambivalent (a). P = precipitation, T = temperature, D = disaster, W = freshwater, L = land, V = vegetation, C = conflict, → = leads to, + = increase, - = decrease, Δ = change (increase or decrease), ☒ = no link, ~ = weak link. Example: +P→+C = increase in precipitation leads to an increase in conflict, | = and/or, s = state involved, ns = no state involved, SSA = Sub-Sahara Africa, *projection.

Abbildung 9: Konfliktwirkungen des Klimawandels: Übersicht Scheffran und Kollegen
Quelle: Scheffran et al. 2012c

Hsiang, Burke und Miguel (2013) schließen sich dieser Mehrheitsmeinung mit ihrer Meta-Analyse jedoch nicht an (siehe auch Hsiang/Burke 2014). Denn nach der Auswertung von 60, ihrer Ansicht nach soliden, quantitativen Studien aus unterschiedlichen Fachbereichen kommen sie zu dem Schluss, dass es in der ausufernden Literatur mehr Übereinstimmung hinsichtlich der Konfliktwirkungen des Klimas gibt, als bisher angenommen. Konkret finden sie heraus,

that large deviations from normal precipitation and mild temperatures systematically increase the risk of many types of conflict, often substantially, and that this relationship appears to hold over a variety of temporal and spatial scales. (Hsiang et al. 2013, 1)

Short-term rainfall deficiency increases risk	2 support, 4 none, 1 opposite = inconclusive (7)	1 support, 2 weak support, 2 none, 2 opposite = inconclusive (7)	1 support = inconclusive (1)
Short-term rainfall deficiency increases risk via economic growth	1 support, 1 (more recent) weak support, 1 (more recent) none = inconclusive (3)		
Short-term warming increases risk	"2 support, 1 none = some relationship (3)	1 mixed support = inconclusive (1)	
Short-term warming increases risk via economic growth	1 very weak support = inconclusive (1)		
Natural disasters increase risk	3 support, 2 some support, 1 (more recent) none; 1 (more recent) opposite = some relationship (7)	1 support (in Indonesia) = inconclusive (1)	
Natural disasters increase risk via economic growth	2 no support = inconclusive (1)		
Land degradation (stable levels) increase risk	2 support, 2 none, but measure questionable = inconclusive (4)		
Water scarcity (stable levels) increase risk	2 some support, 2 none, 1 opposite = at most a weak relationship (4)		
Less vegetation increases violence	1 opposite = inconclusive (1)		
Short-term fluctuations in food prices increase risk			1 study finds peaks in wheat price growth and decline to increase risk = inconclusive (1)

Civil conflict is an armed conflict between a government and an organized rebel movement, communal violence is an armed conflict between two organized groups, and a riot is spontaneous protests by (mostly) unorganized actors. The figures in each cell denote the number of studies that support, weakly support, do not support, or contradict the proposed hypothesis; total number of reviewed studies per outcome is given in parenthesis. All relationships based on a single study are characterized as inconclusive. A more detailed description of the studies included is included in an online appendix at our replication site www.prio.no/cscw/datasets

Abbildung 10: Konfliktwirkungen des Klimawandels: Übersicht Theisen und Kollegen
Quelle: Theisen et al. 2013

Jede Standardabweichung des Klimas in Richtung wärmerer Temperaturen oder intensiveren Starkniederschlägen erhöht das Gewaltrisiko zwischen einzelnen Menschen um vier und das zwischen Gruppen um 14 Prozent. Daher schlussfolgern die Autoren, dass der anthropogene Klimawandel durchaus das Potenzial besitzt, die Zahl der Konflikte weltweit beträchtlich zu erhöhen (ebd., 12). Diese Ergebnisse stoßen jedoch auf ungewöhnlich heftige Kritik in der Forschungsgemeinschaft.²³ Hsiang und seinen Kollegen wird vor allem eine verzerrende Fallauswahl und mangelnde analytische Konsistenz vorgeworfen. Ersteres, weil jüngere Untersuchungen, die zu anderen Schlussfolgerungen gelangen, von der Meta-Analyse ignoriert werden. Letzteres, weil Hsiangs Team ohne theoretische Vorüberlegungen unterschiedliche, sich zum Teil überlappende, Beobachtungen in verschiedenen Raum- und Zeitmaßstäben einfach miteinander vermengt.²⁴ Erhöht man hingegen die Repräsentativität der Fallauswahl sowie die analytische Konsistenz, können bei einer Reproduktion der umstrittenen Hsiang-Studie keine Hinweise mehr auf konvergierende Ergebnisse hinsichtlich der Konfliktwirkungen von Klimaveränderungen festgestellt werden (Buhaug et al. 2014).²⁵

KRITISCHE DISKUSSION DER MÄNGEL DER STUDIEN

Die Studienergebnisse sowie die lebhafte Debatte darum müssen allerdings vor dem Hintergrund zahlreicher Einschränkungen betrachtet werden. Wie oben bereits erwähnt, steckt die empirische Forschung über den Wirkungszusammenhang von Klimawandel und Konflikten noch in den Kinderschuhen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie mit zahlreichen Problemen zu kämpfen hat. Diese sind letztlich oft auf die bisher noch unzureichende Datenlage zurückzuführen (Bernauer et al. 2012, 6; Scheffran 2011, 39; Scheffran et al. 2012b, 807; Scheffran et al. 2012c, 9). Konkret können sieben Kritikpunkte aufgeführt werden.

Die erste, grundlegende Einschränkung ergibt sich aus der Tatsache, dass sich die Erforschung klimabedingter Konflikte weniger auf Klima-, sondern vielmehr auf Wetterveränderungen stützt (Gleditsch 2012, 7; Scheffran et al. 2012d, 869). Denn das Klima wird definiert als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen über einen Zeitraum von 30 Jahren (Deutscher Wetterdienst 2013). Viele der hier vorgestellten quanti-

²³ Der Streit unter den Wissenschaftlern hat bereits Eingang in die Medien gefunden und wird dort teilweise sogar als „Forscherkrieg“ wahrgenommen (siehe Becker 2013a, b; Schrader 2013b).

²⁴ So reicht das Spektrum der ausgewählten Konflikte von aggressivem Verhalten – zum Beispiel Hupen während des Autofahrens – über Gewalt zwischen Moslems und Hindus und Bürgerkriegen in Afrika bis zum Untergang des Maya-Reiches (Hsiang et al. 2013).

²⁵ Für die Fortsetzung dieses Forscherstreits siehe Buhaug (2014), Cane et al. (2014), Hsiang/Meng (2014), O’Loughlin et al. (2014) und Raleigh et al. (2014).

tativen Studien betrachten aber oft nur zwischenjährliche Veränderungen (siehe u.a. Meier et al. 2007; Miguel et al. 2004) oder Schwankungen der Klimaparameter über einen Zeitraum von weniger als 30 Jahren (siehe u.a. Fjelde/von Uexkull 2012; Hendrix/Salehyan 2012; O’Loughlin et al. 2012). Fallstudien konzentrieren sich ohnehin nur auf einzelne Umweltveränderungen über einen begrenzten Zeitraum hinweg (siehe u.a. Adano et al. 2012; Benjaminsen et al. 2012). Einzelereignisse können aber prinzipiell nicht dem Klimawandel zugeordnet werden (Jacobeit 2007, 3).

Zweitens konzentrieren sich die meisten Untersuchungen über Temperatur- und Niederschlagsveränderungen auf den afrikanischen Kontinent und dort wiederum auf die Region Subsahara-Afrika (siehe u.a. Adano et al. 2012; Buhaug/Theisen 2012; Hendrix/Glaser 2007), was die allgemeine Aussagekraft der Ergebnisse bedeutend schmälert. Diese Fokussierung auf Afrika wird oft mit der hohen Klimavulnerabilität des Kontinents begründet (siehe u.a. Fjelde/von Uexkull 2012; O’Loughlin et al. 2013; Smith 2011). Betrachtet man aber die diversen Gefahrenindizes, dann erkennt man, dass es neben Afrika noch andere Regionen auf der Welt gibt, die mindestens genauso anfällig gegenüber Klimaveränderungen sind – zum Beispiel Südasien oder Südostasien (siehe Harmeling/Eckstein 2012; Bündnis Entwicklung Hilft 2013).

Drittens stützt sich die empirische Forschung über klimabedingte Konflikte zu stark auf quantitative Untersuchungen. Regionale Fallstudien wurden hingegen bisher nur wenige durchgeführt (siehe u.a. Adano et al. 2012; Benjaminsen et al. 2012; Scheffran et al. 2012a). Umfassende Fallstudienanalysen, wie sie beispielsweise die Toronto- oder die Zürich-Gruppe in der Umweltkonfliktforschung im Rahmen großer Forschungsprojekte unternommen haben (siehe Kap. 2.1.1), fehlen sogar ganz. Für viele Forscher erscheint es daher vielversprechend, in Ergänzung zur Makroperspektive der quantitativen Analysen, den Blick verstärkt auf konkrete regionale Fallbeispiele oder QCA-Untersuchungen zu richten, um so die kausale Komplexität der Beziehung Klimawandel–Konflikt besser herausarbeiten zu können (siehe Buhaug/Theisen 2012, 52; Scheffran 2011, 39; Scheffran et al. 2012b, 807).

Das vierte Problem der empirischen Forschung ist, dass sie sich zwangsläufig auf die Auswirkungen von gegenwärtigen oder vergangenen Umwelt- und Klimaveränderungen konzentriert. Auf der Basis dieser Ergebnisse können aber nur begrenzt Aussagen über die gesellschaftlichen Folgen des zukünftigen, anthropogen verursachten, Klimawechsels getroffen werden (Gemenne et al. 2014, 7; Gleditsch 2011, 16; IPCC

2014b, 779). Denn dieser übertrifft die früheren Klimaveränderungen hinsichtlich ihrer Geschwindigkeit, Intensität und Großräumigkeit. Die menschengemachte Klimaerwärmung stellt daher eine qualitativ neue Situation dar (WBGU 2007, 173 ff.; siehe auch Kap. 2.2.1). Eine Aufgabe für die zukünftige Forschung wird daher sein, die Klimamodelle enger mit den Konfliktmodellen zu verknüpfen (Gleditsch 2012, 16). Bis dahin bleibt aber der Blick in die Vergangenheit der wohl beste Weg, um Aussagen über die Zukunft treffen zu können (Gleditsch 2012, 16; Melander/Sundberg 2011, 10; Salehyan 2008a, 318), oder anders formuliert:

While fundamental shifts in the environment are not inconceivable, our best bet for predicting what is to come is to look at what has transpired in the past. Since it is frequently argued that climate change will lead to resource scarcities and exacerbate inequality, it is possible to draw upon past evidence regarding these factors to develop a sense of how conflicts might unfold given changes in the Earth's atmosphere. (Salehyan 2008a, 318)

Das fünfte Problem betrifft in erster Linie den quantitativen Forschungsansatz und geht auf die Wahl der abhängigen Variable zurück. Aufgrund unzureichender Konflikt-daten (Bernauer et al. 2012, 6; Wischnath/Buhaug 2014a, 719) analysieren viele quantitative Studien gewaltintensive Bürgerkriege (siehe u.a. Burke et al. 2009; Slettebak 2012; Theisen et al. 2011/2012). Hinsichtlich der zukünftigen Forschung wird jedoch empfohlen, die Aufmerksamkeit noch stärker auf nicht-staatliche Konflikte bzw. Konflikte niedriger Intensität zu richten – wie zum Beispiel kommunale Konflikte, Aufstände, Demonstrationen und politische Gewalt (siehe u.a. Buhaug/Theisen 2012, 51; Gleditsch 2011, 16; Nardulli et al. 2013b, 24; Wischnath/Buhaug 2014a, 719). Denn es ist anzunehmen, so die allgemeine Lesart in der Forschungsgemeinschaft, dass der Klimawandel, wenn überhaupt, eher diese kleinskaligen Ereignisse und Konflikte niedriger Intensität beeinflusst als Bürgerkriege oder sogar zwischenstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen (siehe u.a. Buhaug/Theisen 2012, 51; Nardulli/Leetaru 2012, 61; Scheffran et al. 2012b, 807; Scheffran et al. 2012d, 870).

Sechstens verwenden viele quantitative Arbeiten den Nationalstaat als Untersuchungsebene (siehe u.a. Buhaug/Theisen 2012; Burke et al. 2009; Hendrix/Glaser 2007; Hendrix/Salehyan 2012; Koubi et al. 2012; Miguel et al. 2004). Die Forschung über den Zusammenhang von Naturkatastrophen und Gewaltkonflikten basiert sogar fast vollständig auf nationalen Analysen (siehe Kap. 2.2.4.3). Das ist nicht unproblematisch, weil sowohl die Effekte des Klimawandels als auch gewaltsame Konflikte lokal begrenzt sind. Aggregationen in diesen Bereichen führen zu verzerrten oder womöglich

falschen Resultaten (Bernauer et al. 2012, 4 f.). Im Bewusstsein dieses Defizits hat es in den vergangenen Jahren zwar einen gewaltigen Anstieg von Studien unterhalb der Länderebene gegeben (siehe u.a. O’Loughlin et al. 2012, 2013; Raleigh/Kniveton 2012; Theisen et al. 2011/2012; Wischnath/Buhaug 2014a), dennoch fordern zahlreiche Forscher, mehr Arbeit in die geographische Disaggregation zu investieren (siehe Buhaug/Theisen 2012, 50 f.; Gleditsch 2011, 16; Nardulli et al. 2013b, 24; Theisen et al. 2013, 621 f.). Allerdings sollen die sub-nationalen Studien dabei nicht als Ersatz, sondern als Komplement zu den nationalen Analysen betrachten werden, da es auch einige landesweite Eigenschaften wie das politische System oder die Exportstrukturen gibt, bei denen es nicht sinnvoll erscheint, sie auf lokaler Ebene zu messen (Buhaug/Theisen 2012, 50 f.).

Schließlich haben die quantitativen Analysen, bis auf wenige Ausnahmen (siehe Bergholt/Lujala 2012; Koubi et al. 2012), lediglich die direkten Auswirkungen von Klimaveränderungen auf bewaffnete Konflikte untersucht. Die wissenschaftliche Diskussion lässt jedoch erwarten, dass der Klimawandel nicht auf direktem und einfachem Wege, sondern indirekt und über ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Einflussfaktoren mit Konflikten verknüpft ist (siehe Kap. 2.2.3). Für die zukünftige Forschung wird daher empfohlen, die indirekten Effekte von Klima- und Umweltveränderungen auf gewaltsame Konflikte stärker zu beachten (siehe u.a. Bernauer et al. 2012, 6; Scheffran et al. 2012c, 9; Theisen et al. 2013, 621). Für Bernauer und seine Kollegen (2012) zum Beispiel stellen neben der Wirtschaftsleistung Bevölkerungsbewegungen den wichtigsten Übersetzungsmechanismus dar (ebd., 5 ff.; siehe auch Kap. 2.4).

2.2.5 Zusammenfassung und Fazit

Die Klimaforschung ist mittlerweile weit fortgeschritten und sich sicherer denn je, dass Extremwetterereignisse wie Hitzewellen und Überschwemmungen bereits zugenommen haben und bis Ende des Jahrhunderts weiter zunehmen werden. Gemäß den gegenwärtigen Emissions-Trends befindet sich die Welt auf dem Weg in Richtung einer Erderwärmung von vier Grad. Die schlimmsten Annahmen des UN-Weltklimarats aus dem Jahr 2007 drohen also Realität – oder sogar noch übertroffen – zu werden. Diese Klimaveränderungen können u.a. zu einer Verknappung von Trinkwasser oder Nahrungsmitteln führen und gefährden insbesondere die tief liegenden Inselstaaten sowie die dicht bevölkerten Küsten- und Flussdeltagebiete in Afrika und Asien.

Im Gegensatz zur Klimaforschung steht die Erforschung des Zusammenhangs von Klimaänderung und gewaltsamen Konflikten noch am Anfang. Daher eilt ihr die öffentliche Debatte bisher voraus. Die internationale Politik zeichnet zusammen mit politischen Denkfabriken und NGOs ein düsteres Bild von den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawechsels, das nicht auf überzeugender empirischer Evidenz oder schlüssigen Theorien gestützt ist (Gemenne et al. 2014, 2). Weil er die Wahrscheinlichkeit von Ressourcenkonflikten, Staatsversagen und Massenwanderungen erhöht, wird der Klimawandel abwechslungsweise als eine Gefahr für Frieden und Sicherheit in der Welt, als Bedrohungsmultiplikator oder als ein ernstes Risiko für die nationale Sicherheit bezeichnet. Einige Autoren behaupten sogar, erste Klimakriege entdeckt zu haben.

Diesem, teilweise mit emotionsgeladenen Metaphern belegten, Risikodiskurs in der öffentlichen Diskussion stehen die eher vorsichtigen Einschätzungen der Klima- sowie der Friedens- und Konfliktforscher gegenüber. Sie konzentrieren sich vor allem auf innerstaatliche Konflikte und sehen Behauptungen über einen deterministischen wie einfachen Zusammenhang von Klimawandel und Gewalt sehr skeptisch. Stattdessen betonen die Wissenschaftler nicht nur die gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit, sondern sie machen auch auf die Bedeutung nicht-klimatischer Einflussfaktoren wie Armut, schlechte Regierungsführung sowie hohe Ungleichheit aufmerksam und verweisen dabei auf die kausale Komplexität der Beziehung zwischen Klimawandel und Konflikten. Die allgemeinen Gedanken, Hypothesen und Plausibilitätsüberlegungen der Forscher sind bisher jedoch nur selten in ein gut durchdachtes und ausgearbeitetes Modell zusammengefasst worden. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung über klimabedingte Gewaltkonflikte leidet deshalb an einem Theoriemangel (Meierding 2013, 191 ff.; Scheffran et al. 2012b, 808).

Gleichzeitig krankt die empirische Forschung an unzureichenden Daten und Methoden (Brzoska et al. 2011, 11). Es fehlen vor allem regionale Fallstudien. Zwar hat deren Anzahl in jüngster Zeit deutlich zugenommen (siehe u.a. Scheffran et al. 2012a), aber die bisher durchgeführten Fallstudienanalysen sind weder ausführlich noch systematisch genug und teilweise wenig überzeugend, weil sie die Fälle meist nur oberflächlich oder fragwürdig beschreiben (Gleditsch 2012, 6). Es mangelt an umfassenden, hochwertigen Fallstudienanalysen (Theisen et al. 2013, 621), wie sie beispielsweise Homer-Dixon oder Bächler in der Umweltkonfliktforschung unternommen haben (siehe Kap. 2.1.1). Die empirische Forschung stützt sich daher hauptsächlich auf quantitative Untersuchungen, die sich bisher zu sehr auf gewaltintensive und nicht auf niedrigschwellige Kon-

flikte, auf die nationale anstatt auf die sub-nationale Untersuchungsebene und/oder auf die direkten anstelle auf die indirekten Auswirkungen von Klima- und Umweltveränderungen konzentriert haben. Auch wenn Hsiang und seine Kollegen in ihrer Rezension zu einem anderen Ergebnis gelangen (siehe Hsiang/Burke 2014; Hsiang et al. 2013), so herrscht doch unter der überwiegenden Mehrheit der Wissenschaftler große Übereinstimmung darüber, dass die empirische Grundlage für eine vorliegende Kausalverbindung zwischen Klimawandel und gewaltsamen Konflikten bisher begrenzt und uneindeutig ist (siehe Bernauer et al. 2012; Buhaug/Theisen 2012; Buhaug et al. 2014; Meierding 2013; Scheffran et al. 2012b, c; Theisen et al. 2013). Der Wissenstand zu diesem Thema bleibt durchweg unbefriedigend (Brzoska et al. 2011, 11).

Die unklaren Forschungsergebnisse suggerieren, dass es eher unwahrscheinlich ist, dass die Erderwärmung eine Hauptursache für gewaltsame Konflikte darstellt bzw. darstellen wird (Buckland 2007, 1; Gleditsch 2012, 7). Das bedeutet aber keineswegs Entwarnung. Denn auch wenn der Klimawechsel wohl keine zentrale Rolle bei Gewaltkonflikten spielt, so bedroht er dennoch die menschliche Sicherheit vor allem der besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen; zum Beispiel indem er deren Nahrungsmittelversorgung und Trinkwasserverfügbarkeit verschlechtert (Böge 2009, 14; Buckland 2007, 1; Gleditsch 2011, 16 f.). Zudem ist es denkbar, dass man auf der Basis neuer Daten und neuer Untersuchungen zu anderen Einschätzungen kommt als bisher. Letztlich kann der Klimawandel auch einen Quantensprung darstellen, der ungewöhnlich viele Konflikte zur Folge hat oder eine Wirkungskette erst in Gang setzt, die so bislang gar nicht aufgetreten ist (Basedau/Leidreiter 2011, 213).

2.3 Kritik an der Konfliktforschung über Umwelt- und Klimaveränderungen

Parallel zur Entstehung der Umweltkonfliktforschung und der Forschung über den Zusammenhang von Klimaänderung und Konflikt haben einige Autoren ihre grundsätzlichen Bedenken gegen die Verknüpfung von Klima- und Umweltproblemen mit Sicherheitsfragen geäußert. Sie befürchten vor allem die bereits in der Einleitung angesprochene Militarisierung der Umwelt- und Klimapolitik (siehe u.a. Brock 1994; Brzoska 2008; Brzoska/Oels 2011; Deudney 1990, 1991; Hartmann 2010), was schließlich „eine teilweise Subsumtion der Umweltpolitik unter das militärische Sicherheitsdenken“ zur

Folge haben könnte (Brock 1998, 42). Brzoska und Oels (2011) geben daher zu bedenken, dass die Rede vom Sicherheitsproblem Klimawandel nicht leichtfertig erfolgen sollte,

denn die Folgen können gravierend werden, und nicht notwendig im Sinne derjenigen sein, die sie führen. Sensibilität für die potentiellen Gefahren der ‚Versicherheitlichung‘ sollte eine zentrale Dimension für die Diskussion über die Risiken des Klimawandels für Frieden und Sicherheit sein. (ebd., 51)

Darüber hinaus kritisieren manche Forscher insbesondere die düsteren Zukunftsprognosen und Einschätzungen (siehe u.a. CNA 2007, 2014; Kaplan 1994; Schwartz/Randall 2003), weil diese – indem sie Umwelt- und Klimaveränderungen als den fünften Reiter der Apokalypse darstellen; als unberechenbare Kraft, die unvermeidbar zu Konflikten führen wird, ungeachtet der spezifischen Kontextbedingungen oder der Reaktion der internationalen Gemeinschaft – das Risiko bergen, dass sich ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Resignation bei der breiteren Bevölkerung einstellt. Dabei gerät die gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit völlig aus dem Blick (Brown et al. 2007, 1153). Und schließlich warnen zahlreiche Forscher auch davor, dass die Verbindung von Umwelt- und Klimafolgenproblemen mit Sicherheitsfragen und Konflikten von anderen Entwicklungsrisiken wie schlechte Regierungsführung oder Armut ablenken könnte, die vielleicht eine größere und unmittelbarere Bedrohung für Frieden und Stabilität in den verwundbaren Ländern darstellen (siehe u.a. Brown et al. 2007, 1153; Slettebak 2012, 163). Insbesondere bei schlechter Regierungsführung bietet diese Verknüpfung korrupten und repressiven politischen Eliten die Möglichkeit, von ihrem eigenen Versagen abzulenken, indem sie den Klima- und Umweltwandel für Bürgerkriege, Menschenrechtsverletzungen und andere schwerwiegende Missstände in ihrem Land verantwortlich machen (Salehyan 2008a, 322; Slettebak 2010, 19).

Neben diesen Warnungen vor einer übermäßigen Betonung der möglichen Konfliktträchtigkeit von Umwelt- und Klimaveränderungen gibt es auch Kritiker, die den in den vorangegangenen Abschnitten postulierten Zusammenhang von Ressourcenknappheit oder Klimawandel auf der einen Seite und Konflikten auf der anderen Seite generell infrage stellen.

So sehen Fortschritts- und Marktgläubige keinen Grund, sich überhaupt um knappe Ressourcen und deren Erhalt zu sorgen, weil der marktorientierte menschliche Einfallsreichtum ihrer Meinung nach automatisch zur Folge hat, dass knapper werdende Ressourcen bewahrt, effizienter genutzt oder durch andere, reichlicher vorhandene Rohstoff-

fe ersetzt werden (*Cornucopianism*) (siehe u.a. Lomborg 2001a, b; Simon 1988). Für Vertreter dieser Perspektive gibt es also gar keine inhärente Ressourcenknappheit.

Der Ansatz von der Überverfügbarkeit natürlicher Ressourcen besagt hingegen, dass eher ein Überfluss an Ressourcen zu gewalttätigen Konflikten führt als deren Knappheit (*Resource-Abundance-Ansatz*). So können reichlich vorhandene, wertvolle Rohstoffe einerseits ein wichtiges Konfliktmotiv darstellen (*Honey-Pot-Hypothese*) und andererseits zur Finanzierung von Rebellionen verwendet werden. Andere Vertreter des *Resource-Abundance-Ansatzes* argumentieren wiederum, dass ein Überfluss an Ressourcen das Konfliktrisiko erhöht, indem er eine Reihe von Entwicklungsproblemen verursacht und damit schließlich schwache und fragile Staaten hervorbringt (*Resource-Curse-Hypothese*) (siehe u.a. Auty 1993; de Soysa 2002a, b; Collier/Hoeffler 1998, 2004; Lujala et al. 2005; Ross 1999, 2004a, b; Sachs/Warner 2001). Allerdings trifft die Logik der *Resource-Abundance-Perspektive* eher für nicht-erneuerbare natürliche Ressourcen wie Öl und Diamanten zu als für erneuerbare natürliche Ressourcen (Kahl 2006, 18 f.).²⁶ Sie kann somit einerseits als ein Komplement des Neo-Malthusianismus betrachtet werden. Andererseits haben jüngere Untersuchungen über klimabedingte Konflikte den *Resource-Abundance-Ansatz* auf erneuerbare Ressourcen angepasst. Ihre Ergebnisse deuten darauf hin, dass zumindest die Überverfügbarkeit von Wasser konfliktverschärfend wirken kann (siehe u.a. Hendrix/Salehyan 2012; Salehyan/Hendrix 2014; Smith 2011; Theisen 2012).

Eine andere Gruppe von Forschern wiederum betont die potenziell friedensstiftende Wirkung von Umweltproblemen (*Environmental-Peacemaking-Ansatz*) (siehe u.a. Brown/Crawford 2009b; Carius 2006; Conca/Dabelko 2002; Conca et al. 2005). Ressourcenknappheit und der Klimawandel sind demnach keine Konfliktursachen, sondern können im Gegenteil sogar ein Katalysator für Kooperation, Verständigung, Vertrauensbildung und Friedenskonsolidierung sein. Die Anhänger des Ansatzes argumentieren, dass Umwelt- und Klimafolgenprobleme selbst miteinander verfeindeten Gruppen oder Staaten einen Anreiz bieten, zusammenzuarbeiten, um gegen die gemeinsame Bedrohung von außen vorzugehen. Eine verstärkte Zusammenarbeit im Umweltbereich kann aber letztlich auch die Kooperation und das gegenseitige Vertrauen in anderen Politikbe-

²⁶ Für eine umfassende Literaturübersicht zum *Resource-Abundance-Ansatz* siehe Koubi et al. (2014). Darin gelangen die Autoren zu dem Schluss, dass die vorhandene empirische Evidenz dafür spricht, dass eher die Überverfügbarkeit von nicht-erneuerbaren Ressourcen und weniger die Knappheit von nachwachsenden Rohstoffen mit bewaffneten Konflikten einhergeht.

reichen fördern. Bestätigt wird diese Sichtweise zum Teil von der *Disaster-Diplomacy*-Forschung, die fallstudienbasiert untersucht, inwiefern sich gemeinsames Handeln sowohl vor als auch nach Katastrophen – zum Beispiel beim Katastrophenschutz, der humanitären Hilfe sowie dem Wiederaufbau – auf Konflikte und Kooperation auswirkt (siehe u.a. Kelman 2011). Eines ihrer zentralen Ergebnisse ist, dass Kooperation zumindest kurzfristig einen positiven Einfluss auf die diplomatischen Beziehungen von Konfliktparteien haben kann, sofern bereits im Vorfeld der Grundstein für eine diplomatische Verständigung gelegt wurde (Disaster Diplomacy 2013).²⁷

Kritik kommt schließlich ebenso von den Vertretern der Politischen Ökologie (siehe u.a. Peluso/Watts 2001; Suliman 1999). Sie sehen das wahre Problem in der Ungleichverteilung von Ressourcen und Wohlstand. Armut und Ungleichheit sind ihrer Meinung nach die Ursachen für hohes Bevölkerungswachstum sowie für den Raubbau an der Umwelt und nicht die Folgen davon. Aus der Perspektive der Politischen Ökologie konzentriert sich der Neo-Malthusianismus also zu sehr auf die angebots- und nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit und vernachlässigt dabei die strukturinduzierten Versorgungsengpässe (Kahl 2006, 23 f.).²⁸

2.4 Klima- und umweltbedingte Bevölkerungsbewegungen

Seit Jahren machen zahlreiche Forscher immer wieder auf die möglichen Konfliktwirkungen ökologisch motivierter Bevölkerungsbewegungen aufmerksam (siehe Kap. 2.4.5). Gleichzeitig wird zunehmend befürchtet, der Klimawandel könnte große Menschenmassen zum Verlassen ihres bisherigen Lebensbereichs veranlassen (siehe Kap. 2.4.3). Für die Friedens- und Konfliktforschung gründet sich also die Relevanz klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen darauf, dass diese in Zukunft zunehmen werden und dass man ihnen zugleich ein hohes Konfliktpotenzial nachsagt.

²⁷ Die Disaster-Diplomacy-Forschung findet allerdings auch heraus, dass es bei diplomatischen Initiativen langfristig auf andere Faktoren ankommt, die nicht im Zusammenhang mit Katastrophen stehen, beispielsweise Führungswechsel an der Staatsspitze und das Vertrauensklima zwischen den Akteuren. Außerdem kann sich gemeinsames Handeln durchaus auch negativ auf die diplomatischen Beziehungen auswirken und Konflikte verschärfen (Disaster Diplomacy 2013).

²⁸ Eine ausführliche Darstellung der unterschiedlichen Denkschulen im Bereich Umwelt und Sicherheit und die damit einhergehende Debatte bieten Homer-Dixon (1999, 28 ff.) und Kahl (2006, 1 ff.).

Doch bevor dieses Kapitel konkret auf die der Konfliktwirkungen von Menschen eingeht, die aufgrund von Umwelt- und Klimaveränderungen ihre Herkunftsgebiete verlassen (siehe Kap. 2.4.5 und 2.4.6), soll in den folgenden vier Abschnitten sowohl die unklare Definition/Begriffsbestimmung²⁹ und die schwer abzuschätzende Anzahl dieser Menschen thematisiert werden als auch deren problematische Rechtsstellung und wesentlichen Unterscheidungsmerkmale.

2.4.1 Definition und Terminologie

2.4.1.1 Umweltflüchtlinge

Bisher gibt es in der Wissenschaft weder eine einheitliche Bezeichnung noch eine allgemein anerkannte Definition für Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen ihre Heimat verlassen (Kolmannskog 2008, 8; Naik 2009, 252; Warner et al. 2008, 48).

Es wird jedoch schon seit geraumer Zeit über die Verwendung des Begriffs „Umweltflüchtling“ kontrovers debattiert. Er wurde in den 1970er Jahren von Lester Brown eingeführt (Black 2001, 1) und ist spätestens seit einem UNEP-Bericht ein paar Jahre später in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen. Umweltflüchtlinge werden darin definiert als:

Those people who have been forced to leave their traditional habitat, temporarily or permanently, because of a marked environmental disruption (natural and/or triggered by people) that jeopardised their existence and/or seriously affected the quality of their life. By ‘environmental disruption’ in this definition is meant any physical, chemical and/or biological changes in the ecosystem (or resource base) that render it, temporarily or permanently, unsuitable to support human life. (El-Hinnawi 1985, zit. n. Ammer et al. 2010, 17)

Diese Begriffsbestimmung wird indes von vielen Autoren als zu wenig trennscharf kritisiert (siehe u.a. Ammer et al. 2010, 17; Bates 2002, 465; Jakobeit/Methmann 2007, 9). Nach El-Hinnawi haben zahlreiche andere Forscher eine Definition für Umweltflüchtlinge vorgeschlagen (siehe u.a. Ammer et al. 2010; Bates 2002; Jacobson 1988; Myers 1993, 2005; Renaud et al. 2007), von denen sich bisher aber keine durchsetzen konnte.³⁰

²⁹ Daher greift dieses Kapitel – sofern es nicht Bezug auf die Begriffsverwendung der besprochenen Autoren nimmt – auf die allgemeinen Bezeichnungen der klima- und umweltinduzierten bzw. ökologisch motivierten Bevölkerungsbewegungen/Massenwanderungen zurück. Eine spezifischere Begriffsverwendung samt ihrer Arbeitsdefinition wird im anschließenden Kapitel über das Forschungsdesign dieser Dissertation eingeführt (siehe Kap. 3.1.2.2).

³⁰ Für eine ausführliche Darstellung und Besprechung der verschiedenen Definitionen von Umweltflüchtlingen siehe Ammer et al. (2010).

2.4.1.2 Klimaflüchtlinge

Die „bestehende Forschung zu den Klimaflüchtlingen [ist] noch immer unterentwickelt“ (Jakobeit/Methmann 2011, 158). Daher gibt es auch für Menschen, die aufgrund von Klimaveränderungen ihre Herkunftsgebiete verlassen, bislang keine allgemein anerkannte Definition und Bezeichnung (The Hamburg Conference Declaration 2013, 1). Der sich abzeichnende Klimawandel hat jedenfalls die ältere Debatte über Umweltflüchtlinge erneut entfacht (Jakobeit/Methmann 2007, 2). Gleichzeitig wird ein nicht weniger umstrittener Begriff eingeführt, nämlich der des Klimaflüchtlings.

Jakobeit und Methmann (2007) unterscheiden zunächst zwischen freiwilliger Migration und Flucht. Sie erkennen aber, dass diese Unterscheidung in der Realität jedoch oft nur schwer zu treffen ist. In Anlehnung an Hugo (1996) erscheint es ihnen daher sinnvoll, ökologisch motivierte Bevölkerungsbewegungen auf einem Kontinuum anzuordnen, welches von vollständig erzwungener Flucht bis zur freiwilligen Migration reicht und Platz für Zwischenkategorien wie die getriebene Migration lässt. Klimaflüchtlinge betrachten die beiden Autoren hierbei als Sonderfall von Umweltflüchtlingen. Sie unterscheiden vier Ursachenarten von Flucht und Migration, die im unterschiedlichen Ausmaß auf den Klimawandel zurückgeführt werden: erstens Umweltveränderungen, die eindeutig der Erderwärmung zuzuordnen sind, zum Beispiel der steigende Meeresspiegel (Flucht) oder auftauende Permafrostböden (freiwillige Migration). Zweitens bestehende Umweltprobleme, die durch den Klimawechsel verschärft werden; dazu gehören Dürren, Stürme und Überschwemmungen (Flucht) oder Ernteeinbußen, Krankheiten, Temperaturextreme und degradierte Ökosysteme (freiwillige Migration). Drittens Armut und Unterentwicklung, die ebenfalls durch den Klimawandel verstärkt werden und eher Ursache für getriebene Migration sind. Und viertens Umweltkonflikte, die ausschließlich Fluchtbewegungen auslösen (Jakobeit/Methmann 2007, 10 ff.).

Auch Biermann und Boas (2010) wollen den bislang fehlenden Konsens bezüglich der Definition von Klimaflüchtlingen überwinden und unternehmen daher ihren eigenen Versuch einer Begriffsbestimmung, der sowohl der wissenschaftlichen Forschung als auch dem politischen Diskurs über klimainduzierte Bevölkerungsbewegungen dienlich sein soll (ebd., 63). Sie definieren Klimaflüchtlinge als

people who have to leave their habitats, immediately or in the near future, because of sudden or gradual alterations in their natural environment related to at least one of three impacts of climate change: sea-level rise, extreme weather events, and drought and water scarcity. (ebd., 67)

2.4.1.3 Kritik und Gegenkritik an den Begriffsverwendungen

Eine Reihe von Autoren lehnt die Verwendung des Begriffs des Umwelt- oder Klimaflüchtlings grundsätzlich ab (siehe u.a. Black 2001; Castles 2002; Foresight 2011; UNHCR 2009) und spricht stattdessen von u.a. Umweltmigranten (*environmental migrants*) (siehe Flintan 2001; IOM 2007; Jäger et al. 2009; WBGU 2007) oder Umweltvertriebenen (*environmental displacees* bzw. *environmentally displaced persons*) (siehe IOM 1996; Jäger et al. 2009). Umweltmigranten sind hierbei die häufigste Alternativbezeichnung. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert sie als

persons or group of persons who, for compelling reasons of sudden or progressive changes in the environment that adversely affect their lives or living conditions are obliged to leave their habitual homes, or choose to do so, either temporarily or permanently, and who move either within their country or abroad. (IOM 2007, 1 f.)

Auch der IPCC vermeidet in seinem jüngsten Klimareport – in dem grundsätzlich nur wenig zu dem Thema Klimawandel und Massenwanderungen geschrieben steht – die Bezeichnung des Klimaflüchtlings und weist darauf hin, dass „the use of the term climate refugee is scientifically and legally problematic“ (IPCC 2014b, 771).

Die Begriffe „Umweltflüchtling“ und „Klimaflüchtling“ werden nicht nur von einzelnen Kritikern, sondern auch vom Foresight-Bericht – an dessen Fertigstellung rund 350 führende Experten und Interessenvertreter aus 30 verschiedenen Ländern beteiligt waren – vor allem wegen den Bezeichnungen „Umwelt“ und „Klima“ abgelehnt. Denn diese implizieren den Skeptikern zufolge eine einfache Monokausalität, nämlich dass Umwelt- und Klimaveränderungen die direkte und einzige (oder zumindest die Haupt-) Ursache für die Flucht der Menschen darstellen. Dadurch wird die zugrundeliegende komplexe Multikausalität von klima- und umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen ignoriert (Black 2001; Castles 2002, 8; Foresight 2011, 20; IPCC 2014b, 768; Kolmannskog 2008, 12). Einige Kritiker räumen jedoch ein, dass die Verwendung des Begriffs „Umweltflüchtling“ bei Katastrophenereignissen wie Überflutungen, Erdbeben, Vulkanausbrüchen oder der Untergang kleiner Inselstaaten noch am ehesten gerechtfertigt ist (Black 2001, 7; Jäger et al. 2009, 73). Jakobeit und Methmann (2007) betonen die Bedeutung, zwischen den Ausgangsbedingungen und dem auslösenden Faktor zu unterscheiden. Wenn beispielsweise arme Menschen infolge des steigenden Meeresspiegels fliehen müssen, dann sollte man sie ihrer Meinung nach nicht als Armutsflüchtlinge verstehen und bezeichnen (ebd., 14).

Viele Kritiker lehnen die Bezeichnung des Umwelt- und Klimaflüchtlings aber auch wegen der Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ als irreführend ab. Denn der Ausdruck „Flüchtling“ ist ein Begriff des Völkerrechts, der gemäß Art. 1A Ziff. 2 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 definiert wird als jede Person, die

aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will. (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge 1951)

Umwelt- und Klimaveränderungen sind im Sinne der Genfer Konvention aber kein anerkannter Flüchtlingsgrund. Daher betont das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR):

For this reason, just as a reference to an ‘economic refugee’ is not a reference to a recognized term under international law, neither are ‘climate refugee’ nor ‘environmental refugee’. While often used, particularly in the media, it would be incorrect to give the words a legal meaning that has not been endorsed by the legal community. (UNHCR 2009, 8 f.)

Darüber hinaus wird sogar befürchtet, dass der Gebrauch einer solchen Terminologie die bestehenden Schutzgarantien für politische Flüchtlinge unter der Genfer Konvention schwächen könnte. Denn er verleitet potenzielle Aufnahmestaaten dazu, politischen Flüchtlingen das Asyl zu verweigern, indem sie diese einfach als Umwelt- oder Klimaflüchtlinge abstempeln (siehe u.a. Brown 2008, 14; Castles 2002, 10; Kibreab 1997, 21; UNHCR 2009, 9).

Biermann und Boas (2010) sehen hingegen keinen überzeugenden Grund, sich mit weniger geeigneten Begriffen für neu auftretende Formen von Bevölkerungsbewegungen zufrieden zu geben, nur um den stärkeren Begriff „Flüchtling“ für die Zielgruppe der Genfer Konvention in der Nachkriegszeit vorzubehalten. Der Flüchtlingsbegriff hat ihrer Meinung nach in den meisten Kulturen und Religionen dieser Welt starke moralische Konnotationen des gesellschaftlichen Schutzes. Durch die Verwendung dieses Begriffs würde der Schutz der Klimaflüchtlinge die Legitimität und Dringlichkeit erhalten, die er verdient (ebd., 66 f.).

Why should inhabitants of some atolls in the Maldives who require resettlement for reasons of a well-founded fear of being inundated by 2050 receive less protection than others who fear political persecution? [...] Denying them the moral status of a refugee, and instead labeling them by ingenious but misleading terms such as ‘environmentally displaced persons’ or even ‘migrants,’ is disrespectful, denigrating and unjust. (ebd., 8)

Für Grote (2008) erscheint es ebenso nicht unangebracht, den Ausdruck „Umweltflüchtling“ zu benutzen. „Verwechslungen mit dem traditionellen Flüchtling unter dem Genfer Regime werden durch die Zusätze ‚Umwelt-‘ oder ‚Klima‘flüchtling ausgeschlossen“ (ebd., 7).

2.4.2 Rechtsstellung

Zur Beurteilung der Rechtsstellung von Menschen, die wegen Umwelt- und Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen, ist es wichtig zu unterscheiden, ob dabei eine international anerkannte Landesgrenze überschritten wird oder nicht.

Die größte Rechtslücke besteht in Fällen, in denen Menschen wegen dem Klimawandel und aus anderen Umweltgründen in ein anderes Land fliehen. Denn wie der obige Abschnitt bereits verdeutlicht, stehen solche Personen nicht unter dem Schutz der Genfer Konvention (Kälin 2008; Kolmannskog 2009, 3).

Im Gegensatz dazu genießen klima- und umweltbedingte Binnenvertriebene dank den Guiding Principles on Internal Displacement (GPID) immerhin einen gewissen Rechtsschutz (Kälin 2008). Gemäß diesen Leitlinien ist es nämlich die vorrangige Pflicht und Verantwortung der nationalen Behörden, den Schutz und die humanitäre Versorgung der intern Vertriebenen sicherzustellen (GPID 2004, 6). Menschen, die aufgrund von Umwelt- und Klimafolgenproblemen ihr Lebensgebiet, aber nicht ihr Heimatland verlassen, sind hiervon nicht ausgenommen. Denn in den GPID werden Binnenvertriebene definiert als

persons or groups of persons who have been forced or obliged to flee or to leave their homes or places of habitual residence, in particular as a result of or in order to avoid the effects of armed conflict, situations of generalized violence, violations of human rights or *natural or human-made disasters*, and who have not crossed an internationally recognized state border. (ebd., 5; Hervorhebung hinzugefügt)

Allerdings sind die GPID rechtlich nicht bindend und weit davon entfernt, implementiert zu werden. Die Binnenvertriebenen sind also von der Gnade ihrer Regierung abhängig (Christian Aid 2007, 11). Hinzu kommt die Gefahr, dass insbesondere in den weniger entwickelten Staaten die Kapazitäten der nationalen und regionalen Regierungsbehörden zur Bewältigung der Klimafolgen und anderen Umweltveränderungen schnell überlastet sind. Die staatlichen Behörden können also ihrer in den Leitlinien festgeschriebenen Verantwortung für Binnenvertriebene oft überhaupt nicht nachkom-

men, selbst wenn sie es wollten (siehe Kap. 5.7.4). Man kann somit die Rechtsstellung von Menschen, die aufgrund von Umwelt- und Klimaveränderungen fliehen, folgendermaßen zusammenfassen:

They have no status or protection under international law and no single international agency is responsible for their welfare. They are nobody's problem, apart from their own governments'. And those governments are often responsible for these people's plight in the first place. (Christian Aid 2007, 3)

Deshalb vertreten einige Forscher die Meinung, dass man Umweltbedingungen als Fluchtgrund anerkennen und Umweltflüchtlingen daher ähnliche Rechte und Schutzgarantien einräumen sollte wie Menschen, die aus anderen Gründen ihre Heimat verlassen müssen (Renaud et al. 2007, 14; Warner et al. 2008, 62). Manche plädieren in diesem Zusammenhang für ein neues Rechtsinstrument außerhalb des existierenden Flüchtlingsregimes, das speziell auf die Bedürfnisse von Klimaflüchtlingen zugeschnitten ist (Biermann/Boas 2010, 75 ff.).³¹

Der Foresight-Bericht betrachtet es jedoch als höchst unwahrscheinlich, dass ein globales Rahmenwerk für klima- und umweltbedingte Bevölkerungsbewegungen die Patenlösung ist. Stattdessen plädiert er dafür, zunächst einmal an den bestehenden internationalen Beziehungen, rechtlichen Vereinbarungen und Institutionen anzuknüpfen – wie die GPID und die Nansen-Grundsätze (Foresight 2011, 20). Letztere mündeten mittlerweile in die Nansen-Initiative (Kälin 2012).

2.4.3 Zahlenspiele

2.4.3.1 Umweltinduzierte Bevölkerungsbewegungen

Bereits seit den 1980er Jahren wird über die mögliche Anzahl von Menschen spekuliert, die aufgrund von Umweltveränderungen ihr Lebensgebiet verlassen. Suhrke (1993) unterscheidet hierbei zwischen zwei sich gegenüberstehenden Perspektiven: der maximalistischen auf der einen und der minimalistischen auf der anderen Seite.

Die frühen Maximalisten – hauptsächlich vertreten von Umweltforschern (Grote 2008, 1) – gehen von einem einfachen und direkten Zusammenhang von Umweltveränderungen und Bevölkerungsbewegungen aus (siehe El-Hinnawi 1985; Jacobson 1988; Myers 1993, 1997). Sie betrachten die Umweltfaktoren isoliert und sehen diese als eine

³¹ Für eine ausführliche Diskussion zur Rechtsstellung von Umweltflüchtlingen siehe Ammer et al. (2010).

Hauptursache für Massenwanderungen an. Dementsprechend hoch sind ihre Zahlenangaben (Jakobeit/Methmann 2011, 159). Myers (1997) zum Beispiel ging Anfang der 1990er Jahre von bereits 25 Millionen Umweltflüchtlingen aus und prognostizierte, dass sich deren Anzahl bis zum Jahr 2010 verdoppeln könnte (ebd., 167).

Die Zahlen der Maximalisten werden hingegen von den Vertretern der minimalistischen Sichtweise – für die vorwiegend Migrationsforscher eintreten (Grote 2008, 1) – in Zweifel gezogen (siehe u.a. Bilsborrow 2002; Castles 2002; Foresight 2011; Hugo 1996; Lonergan 1998; Warner et al. 2008). So schreiben die Foresight-Forscher:

There are a number of existing estimates of the ‘numbers of environmental/climate migrants’, yet this report argues that these estimates are methodologically unsound, as [...] it is problematic to assign a proportion of the actual or predicted number of migrants as moving as a direct result of environmental change. (Foresight 2011, 11)

Die Minimalisten sehen den Zusammenhang von Umweltveränderungen und Bevölkerungsbewegungen wesentlich kritischer. Vielmehr betonen sie, dass Umweltfaktoren nur ein Teil eines komplexen multikausalen Ursachengefüges darstellen und eng mit politischen, ökonomischen und sozialen Einflussfaktoren wie Armut und soziale Ungleichheit verknüpft sind. Darüber hinaus gibt es den Minimalisten zufolge viele Herkunftsregionen, aus denen die Bewohner immer wieder abwandern. Migration ist dort seit Jahrzehnten eine traditionelle wie unvermeidbare Bewältigungsstrategie und nicht etwa die Folge sich verschlechternder Umweltbedingungen (Black 2001, 5 f.; Flintan 2001, 4; Foresight 2011, 11; Jäger et al. 2009, 5; Piguet 2013).

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Zahlen der Maximalisten nur um grobe Schätzungen handelt. Denn in der Migrationsforschung mangelt es an verlässlichen Daten zu umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen (McLeman 2011; Gleditsch 2011, 9). Bis vor Kurzem gab es nicht einmal eine globale und konsistente Statistik über Massenwanderungen infolge von Naturkatastrophen (Naik 2009, 255; IDMC/OCHA 2009, 2). Seit 2008 jedoch erfasst das Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) – mit anfänglicher Unterstützung des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) – die Zahl der Menschen, die weltweit aufgrund von plötzlichen Naturkatastrophen wie Erdbeben, Stürmen, Überflutungen und Erdbeben vertrieben worden sind (siehe IDMC/OCHA 2009; IDMC 2011a, 2012, 2013a). Dem neusten IDMC-Bericht zufolge mussten im Jahr 2013 mehr als 21 Millionen und in dem Zeitraum von 2008 bis 2013 fast 165 Millionen Menschen ihr Zuhause wegen plötzlich eintretenden Naturkatastrophen zumindest zeitweilig verlassen (IDMC 2014a,

37).³² Langsam eintretende Umweltkatastrophen wie Dürren werden vom IDMC allerdings nicht erfasst, weil sich die Zuschreibung der Kausalität in diesem Falle sehr viel schwieriger gestaltet als bei plötzlichen Naturkatastrophen (IDMC/OCHA 2009, 12). Hinsichtlich dieser Art von Naturkatastrophen herrscht also weiterhin akuter Datenmangel. Jedoch wird zum Beispiel für das Jahr 2008 die Zahl der von Dürre betroffenen Menschen auf mehr als 25 Millionen beziffert (ebd.). Betrachtet man diese Zahl zusammen mit den 36 Millionen Vertriebenen infolge plötzlicher Naturkatastrophen desselben Jahres (siehe IDMC/OCHA 2009, 2), erscheint Myers' oben angeführte Prognose von 50 Millionen Umweltflüchtlingen bis zum Jahr 2010 als nicht zu hoch gegriffen.

2.4.3.2 Klimainduzierte Bevölkerungsbewegungen

Bereits im Jahr 1990 warnte der Weltklimarat, dass „the gravest effects of climate change may be those on human migration as millions are displaced by shoreline erosion, coastal flooding and severe drought” (IPCC 1990, zit. n. Raleigh et al. 2008, 3). Im dritten Klimabericht (siehe IPCC 2001) zitieren die Forscher sogar Warnungen, die von bis zu 200 Millionen Klimaflüchtlingen ausgehen (Gleditsch/Nordås 2014, 84). Seitdem drückt sich der IPCC allerdings vorsichtiger aus (Raleigh et al. 2008, 3). In seinem fünften und jüngsten Bericht gibt der Weltklimarat im Hinblick auf klimainduzierte Bevölkerungsbewegungen lediglich zu bedenken:

Climate change is projected to increase displacement of people [...]. Populations that lack the resources for planned migration experience higher exposure to extreme weather events, particularly in developing countries with low income. (IPCC 2014c, 16)

Der IPCC vermeidet es nun, konkrete Zahlen zu nennen und weist stattdessen darauf hin: „There are no robust global estimates of future displacement“ (IPCC 2014b, 768).

Gleichwohl scheint sich in der sozialwissenschaftlichen Diskussion über diese Thematik das obige Spiel zwischen Maximalisten und Minimalisten offenbar zu wiederholen. Jakobeit und Methmann (2011) behaupten, dass die Debatte sich hierbei „nahezu komplett an den Erkenntnissen der Maximalisten orientiert“ (ebd., 159) und legen zur Unterstützung dieser Aussage eine Reihe von Studien vor, die eine große Anzahl von

³² Zum Vergleich: Im Jahr 2013 wurden ungefähr 8,2 Millionen neue Menschen aufgrund von bewaffneter Gewalt und Menschenrechtsverletzungen innerhalb ihres Landes vertrieben. Die Gesamtzahl solcher Binnenvertriebenen betrug damit Ende 2013 mehr als 33 Millionen (IDMC 2014b, 9). Daneben gab es in demselben Jahr 2,5 Millionen neue Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention zu verzeichnen. Dadurch erhöhte sich deren Gesamtzahl Ende 2013 auf 11,7 Millionen (UNHCR 2014, 11).

Klimaflüchtlingen prognostizieren (siehe Tabelle 1). Die Schätzungen reichen hierbei von 50 Millionen Klimaflüchtlingen im Jahr 2010 (siehe UNEP 2008; UNFCCC 2007; UNU-EHS 2005) bis zu 250 Millionen im Jahr 2050 (siehe Christian Aid 2009; Myers 2002).³³ Nicholls und seine Kollegen (2011) gehen allein von 72 bis 187 Millionen Vertriebenen aufgrund des steigenden Meeresspiegels bis zum Jahr 2100 aus. Biermann und Boas (2010) fassen all diese Zahlen mit folgenden Worten zusammen: „Climate Change threatens to cause the largest refugee crisis in human history“ (ebd., 83).

Report	Year	Climate Refugees
Christian Aid*	2050	250 million
Oxfam*	2050	150-200 million 75 million in Asia-Pacific region
Greenpeace*	2100	125 million in India/Bangladesh
Tearfund*	2050	200 million
Myers*	2050	250 million
Stern Report*	2050	150-200 million
UNFCCC	2010	50 million
UNEP	2010	60 million
GHF*	2009	26 million + 25 million (indirect)
	2050	150-200 million
UNU-EHS	2010	50 million

Source: Christian Aid 2009; Oxfam 2009; Greenpeace 2008; Tearfund 2006; Myers 2002; Stern 2007; UNFCCC 2007; UNEP 2008; GHF 2009; UNU-EHS 2005; * = numbers refer to Myers and Kent (1995)

Tabelle 1: Schätzungen über Zahl der Klimaflüchtlinge
Quelle: Jakobeit/Methmann 2009

In den letzten Jahren haben sich jedoch verstärkt die Minimalisten in die Debatte über Klimaflüchtlinge eingebracht (siehe u.a. Bettini 2013; Foresight 2011; Jäger et al. 2009; Jakobeit/Methmann 2011; Kolmannskog 2008; Perch-Nielsen et al. 2008; Raleigh/Jordan 2010; Tacoli 2009; The Hamburg Conference Declaration 2013; Warner et al. 2009). So weisen Jakobeit und Methmann (2011) darauf hin, dass sich die oben genannten Schätzungen fast alle explizit oder implizit auf die Arbeiten von Myers beziehen. Dessen Zahlen sind „zu so etwas wie einer ‚Orthodoxie‘ [...] geworden, die wie ein Mantra permanent rezitiert wird“ (ebd., 160). Myers‘ Ansatz weist jedoch zwei fundamentale Probleme auf: Zum einen ist der theoretische Rahmen unscharf, weil er das komplexe Zusammenspiel sozialer, ökonomischer und politischer Faktoren nicht ausreichend genug berücksichtigt. Zum anderen benutzt Myers eine sehr grobe Prognosemethode, indem er zukünftige Klimaflüchtlinge schlicht von einer Risikopopu-

³³ Mittlerweile hat sich die UN-Universität allerdings von ihrer eigenen Prognose aus dem Jahr 2005 distanziert, weil offizielle Statistiken zeigen, dass gerade in den Regionen, die die UN als ökologische Gefahrenzonen ausgewiesen hat, die Bevölkerung zunimmt (Bojanowski 2011).

lation extrapoliert. So basiert zum Beispiel die Kalkulation der durch den Meeresspiegelanstieg bedingten Klimaflüchtlinge einfach auf der vermuteten Anzahl von Menschen in den vom Meeresspiegelanstieg bedrohten Regionen, ohne dass mögliche Anpassungsmaßnahmen dabei berücksichtigt werden (ebd., 161 f.).

Auch andere Vertreter der minimalistischen Sichtweise heben die Bedeutung der Verwundbarkeit der betroffenen Bevölkerung hervor (siehe u.a. Kolmannskog 2008; Perch-Nielsen et al. 2008; Warner/Afifi 2014): „Importantly, the impacts depend not only on natural *exposure*, but also on the *vulnerability and resilience* of the areas and people, including capacities to adapt“ (Kolmannskog 2008, 4; Hervorhebung im Original). Die Menschen in den marginalen Gebieten haben eine Vielzahl von Strategien entwickelt, um sowohl langsame als auch plötzlich eintretende Klimaereignisse zu bewältigen (Raleigh/Jordan 2010, 106). Die großflächige Umsiedlung von Gemeinden aufgrund von klimabedingten Umweltkatastrophen wird für die kommenden 20 Jahre daher eher als unwahrscheinlich betrachtet (ebd., 104).

Ferner macht der IPCC (2014b) darauf aufmerksam, dass extreme Wetterereignisse nicht zwangsläufig mit zunehmender Vertreibung einhergehen müssen. Die Klimaforscher listen eine Reihe von Studien auf, die zeigen: Dürren, Überflutungen und der Anstieg des Meeresspiegels führen in manchen Fällen zu mehr Vertreibung, während sie in anderen Beispielen die Mobilität der Betroffenen einschränken (ebd., 767 ff.). Es gibt also einige Evidenz dafür, dass der Klimawandel und andere Umweltprobleme Migration in manchen Situationen weniger wahrscheinlich machen (Foresight 2011, 12; IPCC 2014b, 768). Denn die Migrationsentscheidung ist auch von den verfügbaren, insbesondere finanziellen, Ressourcen der Betroffenen abhängig. Menschen, die unter Klima- und Umweltveränderungen zu leiden haben, mangelt es aber oft gerade wegen den Auswirkungen dieser Veränderungen an den für die Migration erforderlichen Ressourcen (siehe u.a. Foresight 2011; IPCC 2014a, b; Jäger et al. 2009; Warner et al. 2009). Das heißt, „those being most exposed and vulnerable to the impacts of climate change having the least capability to migrate“ (IPCC 2014b, 767).³⁴

³⁴ Demzufolge dürften in den kommenden Jahrzehnten die sogenannten *trapped populations* ein Problem darstellen, also Menschengruppen, die wegen ihrer unzureichenden Ressourcenausstattung nicht in der Lage sein werden, ihre Wohnorte zu verlassen, in denen sie den Umweltveränderungen extrem stark ausgesetzt sind. Als mögliche Folgen zählen die Foresight-Autoren auf: zunehmende Verwundbarkeit der Betroffenen gegenüber den sich weiter verschlechternden Umweltbedingungen, verstärkte Armut, Vertreibung und unregelmäßige Migration (Foresight 2011, 12 f.). Vor diesem Hintergrund lenkt der Foresight-Bericht den Blick auf die positiven Aspekte von Bevölkerungsbewegungen, indem er eine geplante und gut organisierte Migration als einen effektiven Ansatz zur Verbesserung der Lebensgrundlage und zur Stärkung der Belastbarkeit der Betroffenen

Zusammenfassend ist bisher festzuhalten: Da es sich bei dem Klimawandel im Wesentlichen immer noch um ein zukünftiges Ereignis handelt, wird in der Debatte über die mögliche Anzahl von Klimaflüchtlingen noch stärker mit Schätzungen und Prognosen hantiert als in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um Umweltflüchtlinge. Schätzungen über zukünftige klimainduzierte Bevölkerungsbewegungen sind aber wegen Datenmangels „inherently speculative and often anecdotal“ (McLeman 2011, 5).

Neben den Prognosen gibt es aber noch die Zahlen des IDMC (2014a). Von den 21,8 Millionen katastrophenbedingten Vertriebenen im Jahr 2013 (bzw. 164,9 Millionen im Zeitraum von 2008 bis 2013) sind 20,6 Millionen (bzw. 140,5 Millionen) Menschen aufgrund wetterbedingter Naturkatastrophen wie Stürme, Überflutungen, Hitzewellen und Buschbrände geflohen – also wegen solchen Umweltveränderungen, die durch den Klimawandel verschärft oder häufiger auftreten können (ebd., 36). Die wahre Zahl wetterbedingter Vertriebenen dürfte dabei noch um einiges höher liegen, weil langsam eintretende Wetterkatastrophen wie Dürren vom IDMC nicht erfasst werden (ebd., 12). Nichtsdestotrotz können die IDMC-Zahlen zumindest einen ersten, vorsichtigen Hinweis auf das mögliche Ausmaß klimainduzierter Bevölkerungsbewegungen geben.

Bleibt schließlich noch die Frage, ob man nicht bereits die ersten Klimaflüchtlinge beobachten kann, wie es einige Autoren im Hinblick auf den steigenden Meeresspiegel behaupten (siehe u.a. Böge 2009; Lean 2006; Vidal 2005). Sie verweisen dabei gerne auf die kleinen Inselstaaten im Südpazifik wie die Carteret-Inseln. Die Bewohner dieser zu Papua-Neuguinea gehörenden Atollinselgruppe sollen vom Meeresspiegelanstieg und von Sturmfluten so stark betroffen sein, dass sie umgesiedelt werden müssen (Vidal 2005). Als weiteren Beleg für die Existenz der ersten Klimaflüchtlinge wird das Abkommen der südpazifischen Inselstaaten Kiribati und Tuvalu mit Neuseeland über die jährliche Aufnahme von 75 Immigranten genannt (Grote 2008, 3).³⁵ Skeptiker entgegenen auf diese Beispiele, dass ein lokaler Meeresspiegelanstieg in dieser Pazifikregion wissenschaftlich bisher noch nicht nachgewiesen werden konnte und dass der Unter-

darstellt (ebd., 21; siehe auch u.a. Deshingkar 2012; Martin 2012). Insofern lautet seine Kernbotschaft: „migration in the face of global environmental change may not be just part of the ‘problem’ but can also be part of the solution. In particular, planned and facilitated approaches to human migration can ease people out of situations of vulnerability“ (ebd., 10). Demgegenüber sind ungeplante, kurzfristige und erzwungene Bevölkerungsbewegungen als Überlebensstrategie und letzter Ausweg mit erheblichen Risiken sowie einer Zunahme der Verwundbarkeit verbunden (Black et al. 2013; Warner/Afifi 2014).

³⁵ Und in der Tat hat Neuseeland vor Kurzem, nachdem eine Familie aus Tuvalu einen Antrag auf Bleiberecht gestellt hatte, erstmals den Klimawandel als Gefahr berücksichtigt (Süddeutsche Zeitung 2014).

gang von Inselteilen auch einen natürlichen Prozess darstellen kann, der nicht in Verbindung mit dem Klimawandel steht. Zudem wird vermutet, dass es sich bei den Immigranten aus Tuvalu vielmehr um Wirtschaftsmigranten und weniger um Klimaflüchtlinge handelt, weil sich das Land in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet (ebd.). Der Klimawechsel spielt bei der Migrationsentscheidung der Tuvaluaner offenbar keine entscheidende Rolle (Mortreux/Barnett 2009; Shen/Gemenne 2011). Auch hinsichtlich anderer vermeintlicher Beispiele für die ersten Klimaflüchtlinge gibt es in der Wissenschaft nur wenig Konsens (Brown 2008, 26). Daher kann abschließend festgehalten werden:

So far the publicized examples of forced migration caused by anthropogenic climate change are more anecdotal than empirical, affecting a few hundred or thousand people at a time. (ebd.)

2.4.4 Unterscheidungsmerkmale und Eigenschaften

Zur Verdeutlichung der wesentlichen Eigenschaften ökologisch motivierter Bevölkerungsbewegungen erscheint es zunächst sinnvoll, deren Situation mit der Lage von Bürgerkriegsflüchtlingen und anderen Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention auf Unterschiede zu vergleichen.

Erstens haben Menschen, die aufgrund von Klima- und Umweltveränderungen ihr bisheriges Lebensgebiet verlassen, manchmal nicht die Möglichkeit, wieder heimzukehren – zum Beispiel, wenn ihre Herkunftsregion wegen des zukünftigen Meeresspiegelanstiegs unbewohnbar oder infolge einer Sturm- und Flutkatastrophe nachträglich zu einer Bauverbotszone (*no-build zone*) erklärt wird. Klassische Flüchtlinge besitzen hingegen grundsätzlich die Option, zurückzukehren. Zweitens, falls sie über eine Rückkehroption verfügen, kehren Menschen, die vor Umwelt- und Klimafolgenproblemen geflohen sind, in der Regel schneller in ihre Heimatregion zurück als klassische Flüchtlinge. Drittens finden klima- und umweltbedingte Bevölkerungsbewegungen meistens innerhalb der Landesgrenzen statt, wohingegen Menschen, die vor Krieg und politischer Verfolgung auf der Flucht sind, in vielen Fällen ihr Land verlassen müssen (Ferris 2008; Foresight 2011, 15). Viertens sind, im Gegensatz zu politisch motivierter Vertreibung, bestimmte Formen klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen, wie die Flucht vor dem Meeresspiegelanstieg, vorhersehbar und damit auch plan- sowie organisierbar (Biermann/Boas 2007, 15). Fünftens schließlich unterscheiden sich insbesondere Klimaflüchtlinge von klassischen Flüchtlingen hinsichtlich der moralischen und

rechtlichen Einordnung ihrer Situation. Denn erstere können die reichen Staaten in Nordamerika und Europa für den Klimawandel und damit für ihre Vertreibung verantwortlich machen, während letztere meist Opfer ihres eigenen Staates oder eines regionalen Konfliktes sind. Klimaflüchtlinge haben somit einen moralischen Hilfsanspruch gegenüber den Industrieländern, auch wenn die rechtliche Tragweite dieser moralischen Verknüpfung noch zur Debatte steht. Biermann und Boas (2007) erinnern jedoch an ein wichtiges Leitbild des Rechts, nämlich dass unrechtmäßiges Verhalten bestimmte Haftungspflichten einschließlich der Entschädigung der Opfer nach sich zieht (ebd., 16).

In einem zweiten Schritt kann bei ökologisch motivierten Bevölkerungsbewegungen nun zwischen zwei Hauptgruppen unterschieden werden:

Zum einen Bevölkerungsbewegungen aufgrund von langsam bzw. graduell eintretenden Umwelt- und Klimafolgenproblemen wie Dürren oder zunehmender Umweltzerstörung. Diese Art von Massenwanderungen ist in erster Linie freiwillig und hat ein starkes ökonomisches Motiv. Sie wird daher auch gerne als Arbeitsmigration bezeichnet (Raleigh/Jordan 2010, 104). Zufluchtssorte sind meist die nächstgelegenen Stadtgebiete. Dabei werden durchaus auch größere Entfernungen zurückgelegt (Kolmannskog 2008, 39; Raleigh/Jordan 2010, 82). Zudem wird angenommen, dass Menschen, die wegen Dürren und Umweltdegradation ihren Lebensbereich verlassen, in der Regel zu den wohlhabenderen Bevölkerungsschichten zu zählen sind (Naik 2009, 281).

Die zweite Hauptgruppe sind Menschen, die vor plötzlichen Naturkatastrophen sowie länger andauernden Dürren oder extremer Umweltdegradation fliehen. Solche Bevölkerungsbewegungen sind eher unfreiwillig und beschränken sich meist auf kurze Entfernungen bis zum nächstgelegenen sicheren Ort (Kolmannskog 2008, 39; Naik 2009, 295 f.; Raleigh/Jordan 2010, 112). Der Großteil der Betroffenen kehrt nach einer kurzen Zeit zurück, um sein Zuhause im Katastrophengebiet wieder aufzubauen (Piguet 2008, 6; Raleigh/Jordan 2010, 114). Die überwiegende Mehrheit der Opfer lebt zudem in unterentwickelten Ländern³⁶ und ist von extremer Armut geprägt (Raleigh/Jordan 2010, 112). Schließlich befinden sich viele Menschen, die vor plötzlichen Naturkatastrophen fliehen, in Asien sowie in konfliktgeplagten Ländern (IDMC 2013a, 27, 31).

³⁶ Die IDMC-Forscher stellen fest, dass 98 Prozent der Menschen, die zwischen 2008 und 2012 vor plötzlichen Naturkatastrophen geflohen sind, in Entwicklungsländern lebten (IDMC 2013a, 31).

2.4.5 Debatte und Modelle über die Konfliktwirkungen klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen

Bereits Mitte der 1990er Jahre hat man sich erste Gedanken über die Auswirkungen umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen auf Konflikte gemacht (siehe u.a. Bächler 1994; Suhrke 1993). Der Klimawandel hat auch diese Debatte in den letzten Jahren neu belebt, weil viele Forscher Massenwanderungen als eines der plausibelsten Verbindungselemente zwischen Klimaänderung und Konflikt betrachten (siehe Kap. 2.4.5.1).

Gleditsch und sein Team (2007) unterscheiden hierbei zwischen dem direkten und dem indirekten Kausalweg (siehe Abbildung 11). Während beim ersten Kausalpfad Umweltstress direkt zu Migration aus der Herkunftsregion und daraufhin zu Spannungen im Aufnahmegebiet führt, verursacht ökologischer Stress beim indirekten Kausalweg zunächst Ressourcenkonflikte in der Ursprungsregion, bevor die daraus resultierenden Migrationsbewegungen Konflikte in der Zielregion zur Folge haben (ebd., 4 f.).

Die wissenschaftliche Debatte über die Konflikthaftigkeit klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen konzentriert sich bisher fast ausschließlich auf den direkten Kausalpfad. Dabei können zwei grundsätzliche Sichtweisen unterschieden werden: zum einen die entwicklungspolitische Perspektive, welche ökologisch motivierte Massenwanderungen primär als Entwicklungsproblem und damit als Gegenstand der Entwicklungspolitik versteht. Zum anderen die sicherheitspolitische Sichtweise, welche klima- und umweltinduzierte Bevölkerungsbewegungen nicht nur als Bedrohung für die menschliche Sicherheit, sondern auch als Gefahr für Frieden und Sicherheit im engeren Sinne betrachtet und sie somit zur Angelegenheit der Sicherheitspolitik macht.

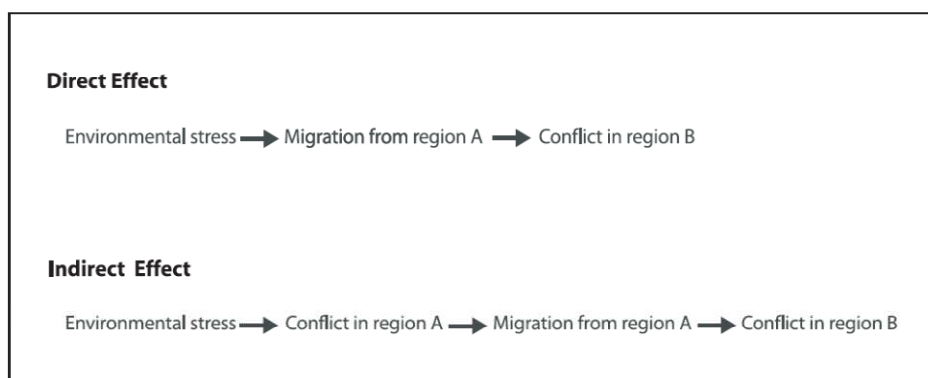


Abbildung 11: Direkter und indirekter Kausalpfad
Quelle: Gleditsch et al. 2007

2.4.5.1 Sicherheitspolitische Sichtweise

Wie bereits die vorherigen Abschnitte zeigen (siehe Kap. 2.1 und 2.2), stellen ökologisch motivierte Bevölkerungsbewegungen für viele Autoren einen wichtigen Übersetzungsmechanismus dar, der Klima- und Umweltveränderungen mit gewaltsamen Konflikten verknüpft (siehe u.a. Barnett/Adger 2007; Brown/Crawford 2009; Buhaug et al. 2010; CNA 2007; Homer-Dixon 1999; Smith/Vivekananda 2007; UNGA 2009b).

Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Wissenschaftler, die die sicherheitspolitische Bedeutung dieses Kausalpfades besonders hervorheben. So vermutet Barnett (2003) im Hinblick auf die globale Erwärmung: „If they are to occur at all, climate-induced conflicts are most likely as a result of migration“ (ebd., 12). Gleditsch und seine Forscherkollegen (2007) sind ähnlicher Meinung. Sie verstehen „population migration as one of the most plausible links from climate change to conflict“ (ebd., 4).³⁷ Auch Bernauer und sein Team (2012) argumentieren, dass „the most important indirect effects are likely to lead from environmental changes via [...] migration to violent conflict“ (ebd., 1). Nach Meinung des Hilfswerks Christian Aid (2007) kann unfreiwillige Migration nicht nur bestehende Konflikte verschärfen und neue auslösen, sondern selbst ganze Regionen destabilisieren, in denen zunehmend verzweifelte Einwohner um schwindende Wasser- und Nahrungsvorräte kämpfen (ebd., 2). Saha (2012) behauptet, dass Klimaflüchtlinge in den städtischen Slums die humanitäre Situation verschlimmern sowie zu Gewalt und Kriminalität beitragen. Sie könnten seinen Annahmen zufolge sogar von fundamentalistischen Gruppierungen rekrutiert werden, beispielsweise als Selbstmordattentäter (ebd., 606 f.).

Andere Autoren weisen zwar ebenso auf das Konfliktpotenzial ökologisch motivierter Bevölkerungsbewegungen hin, betonen dabei aber die Bedeutung allgemeiner Kontextbedingungen wie Armut, schlechte Regierungsführung, Ungleichheit, leichten Zugang zu Kleinwaffen sowie institutionelle und politische Reaktionen auf die Neuankömmlinge (siehe u.a. Barnett 2003, 12; Barnett/Adger 2007, 648; Brown 2008, 33; Foresight 2011, 109 ff.). Eine weitere Gruppe von Wissenschaftlern hebt die besondere Rolle der Aufnahmegemeinschaften hervor (siehe u.a. IOM 2007; Kolmannskog 2008; Möbjörk et al. 2010). Demnach erhöht sich das Konfliktpotenzial klima- und umweltin-

³⁷ Die Autoren halten im Kontext umweltinduzierter Migration vor allem soziale Spannungen, Konflikte um knappe Ressourcen und bestimmte Gewaltformen wie rassistische Übergriffe, (ethnische) Ausschreitungen und Mord für denkbar, das Auftreten von organisierten und anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen betrachten sie jedoch als unwahrscheinlich (Gleditsch et al. 2007, 6 f.).

duzierter Massenwanderungen, wenn die Ankunftsregion bereits unter sozialen Problemen und Ressourcenknappheit leidet (Mobjörk et al. 2010, 74), nicht über die geeigneten Institutionen zur Ansiedlung und Integration der Zuzügler verfügt (IPCC 2014b, 777) oder wenn die einheimische Bevölkerung die Vertriebenen zunehmend als Belastung empfindet, zum Beispiel für das Gesundheits- und Sozialsystem (IOM 2007, 5).

Die obigen Aussagen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein theoretischer Zugang, der die Beziehung von ökologisch induzierten Bevölkerungsbewegungen und Konflikt erfassen kann, bisher nicht vorhanden ist (Engels 2011, 138). Bislang haben auch nur wenige Forscher versucht, ein gut durchdachtes Erklärungsmodell über diesen Zusammenhang zu entwickeln. Im Folgenden werden drei solcher Versuche vorgestellt: erstens das Konzept der sogenannten *Sons-of-the-Soil* (SoS) von Fearon und Laitin (2011). Zweitens Reuvenys (2007, 2008) Kausalmodell über klimawandelinduzierte Migration und gewaltsame Konflikte und drittens die Konfliktkonstellation „Umweltbedingte Migration“ des WBGU (2007).

Laut Fearon und Laitin (2011) handelt es sich bei einem Großteil der ethnischen Bürgerkriege im Kern um SoS-Konflikte. Ein SoS-Konflikt kennzeichnet sich durch zwei Kerneigenschaften aus: Erstens beinhaltet er den Konfliktausbruch zwischen der einheimischen Bevölkerung einer ethnischen Minderheit und einer Gruppe ethnisch verschiedener Binnenwanderer. Zweitens verstehen sich die Mitglieder der ethnischen Minderheit als Ureinwohner und das Gebiet, auf dem sie leben, folglich als ihr Stamm-land und rechtmäßiger Besitz. Mit Konflikt sind hier der Wettbewerb und die Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen wie Land, Arbeit und Regierungsdienstleistungen gemeint (ebd., 199 f.). Neben diesen allgemeinen Eigenschaften identifizieren Fearon und Laitin ein bei SoS-Konflikten weitverbreitetes Muster von Eskalationsdynamiken und -stufen: Zunächst finden Bevölkerungsbewegungen von den dicht besiedelten Zentren in die dünner bevölkerten peripheren Gebiete ethnischer Minderheitsgruppen statt. In der zweiten Stufe treten Spannungen sowie gewaltsame Zusammenstöße niedriger Intensität zwischen den Zuzüglern und der ansässigen Bevölkerung auf. Die Polizei tritt dann in der dritten Eskalationsstufe in Aktion, um Recht und Ordnung wieder herzustellen. Gelingt es der Polizei indes nicht, die Lage zu beruhigen, tritt die vierte und letzte Stufe der Eskalation in Kraft: Der Staat setzt die Armee ein und entscheidet sich, auf welche Seite der Konfliktparteien er sich stellt. Unterstützt er die Interessen der Ureinwohner, bleibt den schutzlosen Immigranten nichts anderes übrig, als in ihre Heimatregion zurückkehren. Stellt der Staat sich allerdings auf die Seite der Migranten, droht die

Entstehung einer gefährlichen Eskalationsspirale aus Gewalt und Gegengewalt, die letztlich in eine ethnische Rebellion gegen den Staat münden kann (ebd., 203 f.). Die SoS-Konflikte beziehen sich zwar nicht explizit auf klima- und umweltinduzierte, sondern auf allgemeine Bevölkerungsbewegungen, aber die eben beschriebene Eskalationsdynamik ist genauso gut vor dem Hintergrund ökologisch motivierter Massenwanderungen nicht nur denkbar (UNGA 2009b, 17), sondern auch tatsächlich zu beobachten (siehe Kap. 2.4.6.1).

Reuvenys Modell bezieht sich hingegen explizit auf klimawandelinduzierte Migration. Er argumentiert, dass Konflikte hierbei auf vier verschiedenen Kausalpfaden entstehen, die sich durchaus auch gegenseitig überlagern können: Erstens kann die Ankunft von Umweltmigranten den Ressourcenwettbewerb zwischen den Einheimischen und den Neuankömmlingen verschärfen, insbesondere wenn im Zielgebiet bereits Ressourcenmangel herrscht und Eigentumsrechte nicht geklärt sind. Falls Umweltmigranten und ansässige Bevölkerung unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen angehören, ist zweitens das Auftreten ethnischer Spannungen denkbar. Drittens besteht die Möglichkeit, dass Umweltmigration die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen dem Herkunfts- und dem Aufnahmeland negativ beeinflusst. Schließlich ist es viertens auch vorstellbar, dass ein Konflikt bereits bestehenden Spannungslinien folgt. So könnten nomadisierende Viehzüchter und sesshafte Bauern um Land und Wasser konkurrieren. Diese vier Kausalpfade operieren jedoch nicht in einem Vakuum, sondern sind in diverse Nebenbedingungen wie Unterentwicklung, Ungleichheit und politischer Instabilität eingebettet (Reuveny 2007, 658 f.; Reuveny 2008, 3). Ferner gibt Reuveny zu bedenken, dass die Konfliktwahrscheinlichkeit umso höher liegen dürfte, je größer die Migrationsbewegungen sind und je kürzer der Zeitraum ist, in dem sie sich ereignen (Reuveny 2008, 3).

Auch der WBGU (2007) geht in der zweiten Phase seiner vierten Konfliktkonstellation der Frage nach, über welche Mechanismen Umweltmigration – ausgelöst durch schleichende Umweltdegradation oder Wetterextreme – gewaltsame Konflikte verursachen oder verschärfen kann (siehe Abbildung 12). Die Forscher identifizieren hierbei sechs mögliche Kausalpfade: Ressourcenverfügbarkeit/Demographie, Ethnizität, Diaspora/Migrationsnetzwerke, Reaktion der Regierung des Ziellandes/der Zielregion, Governance-Kapazitäten und politische Stabilität.

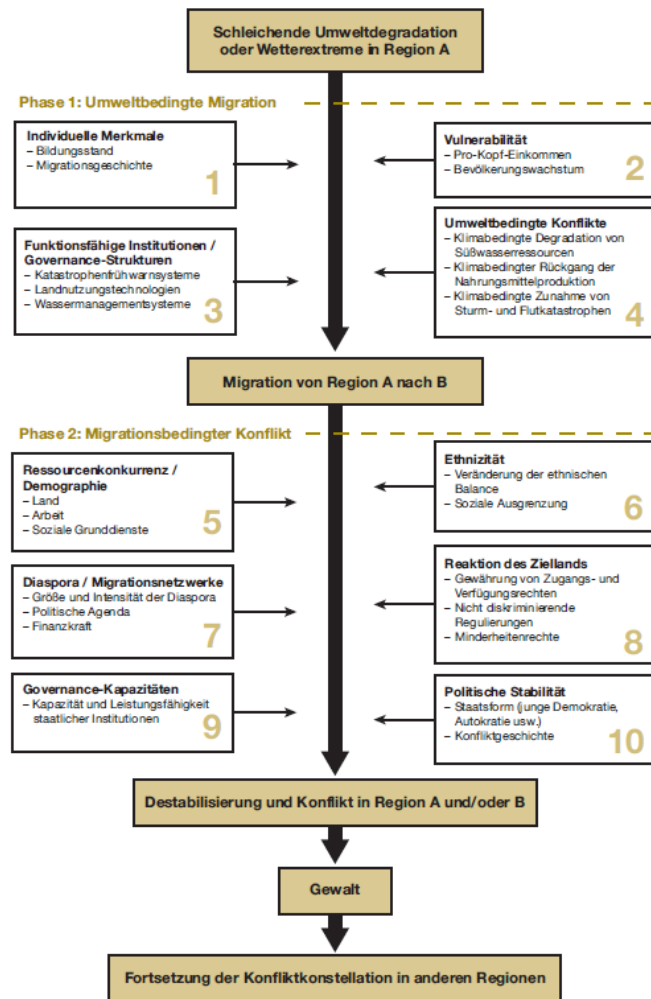


Abbildung 12: Konfliktkonstellation „Umweltbedingte Migration“

Quelle: WBGU 2007

Beim ersten Mechanismus steigt die Gefahr migrationsbedingter Konflikte, indem Umweltmigranten mit den Einheimischen um knappe Ressourcen wie Land, Siedlungen, Wasser, Beschäftigung und soziale Grunddienste konkurrieren. Eine derartige Konkurrenzsituation dürfte dabei gerade in Regionen mit starkem Bevölkerungswachstum zu beobachten sein. Beim zweiten Kausalpfad wächst die Gefahr ethnischer Konflikte, wenn Umweltmigranten das ethnische Gleichgewicht in der Aufnahmeregion verändern oder eine ohnehin schon labile ethnische Balance weiter destabilisieren. Ferner wirken ethnische Unterschiede im Migrationskontext konfliktverschärfend, wenn sie zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden. Der Wirkungsmechanismus „Diaspora/Migrationsnetzwerke“ geht davon aus, dass Mitglieder einer Diaspora durch finanzielle Unterstützung unmittelbar zur Entstehung und Verschärfung von Konflikten beitragen oder auch als Angehörige von Rebellengruppen Waffen oder gewaltfördernde Ideo-

logien in die Zielgebiete exportieren. Bei der Reaktion der Regierung des Ziellandes bzw. der Zielregion birgt vor allem die Beschränkung von Rechten der Migranten im Bereich der Freizügigkeit, der Niederlassungsfreiheit, des Eigentumserwerbs und des Zugangs zum Arbeitsmarkt erhebliches Konfliktpotenzial. Demgegenüber mindern nicht-diskriminierende Regulierungen, großzügige Minderheitenrechte sowie Möglichkeiten zur politischen Partizipation von Minderheiten das Konfliktrisiko. Beim Einflussbereich „Governance-Kapazitäten“ können Umweltmigranten einen Konflikt auslösen oder verschärfen, indem sie die staatlichen Kapazitäten der Aufnahmeregion überstrapazieren. Diesen Mechanismus betrachten die WBGU-Forscher als besonders relevant, da sie davon ausgehen, dass die überwiegende Mehrheit der Umweltmigranten Zuflucht in Entwicklungsländern mit schwachen Regierungsstrukturen sucht. Schließlich argumentiert das Erklärungsmodell beim Mechanismus „politische Stabilität“, dass die Konfliktwahrscheinlichkeit steigt, wenn bereits in der jüngeren Vergangenheit Konflikte zu verzeichnen waren, kürzlich ein Regimewechsel stattgefunden hat oder das betreffende Land erst unlängst unabhängig geworden ist (ebd., 129 f.).

2.4.5.2 Entwicklungspolitische Sichtweise

Im Gegensatz zu den Anhängern der sicherheitspolitischen Sichtweise betrachten die Vertreter der entwicklungspolitischen Perspektive Menschen, die aufgrund von schleichender Umweltdegradation oder Wetterextremen ihre Herkunftsgebiete verlassen, weniger als eine Gefahr für Frieden und Sicherheit, sondern vielmehr als eine humanitäre Herausforderung.

So argumentiert Böge (2009), dass „absolut pauperisierte Umweltflüchtlinge in Hilfscamps oder grossstädtischen Slums“ in der Regel nicht gewaltkonfliktfähig sind (ebd., 11). Buckland (2007) und Tertrais (2011) sind ähnlicher Meinung. Laut Barnett und Webber (2010) sind das bereits bestehende politische und institutionelle Umfeld in der Aufnahmeregion sowie die Reaktion des Zielgebietes auf die Neuankömmlinge die entscheidenden Einflussfaktoren (ebd., 21).

[M]igration to areas where leadership is good, institutions are robust and just, and property rights are clear, rarely leads to violent outcomes. In other words, conflicts arising from migration are not ethnically but are rather politically determined, and so they can be averted through social measures. (ebd.)

Neben diesen einzelnen Aussagen gibt es noch die Erklärungsansätze von Suhrke (1993, 1994, 1997) sowie Raleigh und ihren Forscherkollegen (2008).

Suhrke konzentriert sich auf langsam eintretende Umweltveränderungen wie Entwaldung, Desertifikation oder Bodendegradation und unterscheidet hierbei zwischen zwei Formen daraus resultierender Bevölkerungsbewegungen: Umweltflucht und Umweltmigration. Als Umweltflüchtlinge bezeichnet Suhrke Menschen, die bereits vor ihrer Flucht zu dem extrem armen und in höchstem Maße marginalisierten Teil der Gesellschaft gehörten. Aufgrund fehlender Ressourcen und mangelnder Handlungsalternativen verlassen diese Menschen erst dann ihren Lebensbereich, wenn die dortige Umweltzerstörung ein derartiges Ausmaß erreicht hat, dass sie zur Abwanderung gezwungen sind. Umweltflüchtlinge zählen somit zu den besonders verwundbaren Personen, die vor extremer Umweltdegradation fliehen müssen. Als Umweltmigranten werden demgegenüber Menschen definiert, die über genügend Ressourcen besitzen, um ihre Herkunftsgebiete rechtzeitig zu verlassen, bevor sich die Umweltsituation dort derart verschlechtert, dass sie keine andere Wahl mehr haben, als zu fliehen (Suhrke 1993, 9, 13; Suhrke 1994, 91 f.).

Suhrke schätzt das Konfliktpotenzial beider Bevölkerungsbewegungen als recht gering ein. Denn Umweltflüchtlinge stellen ihrer Meinung nach in erster Linie Opfer von Umweltkatastrophen sowie hilfsbedürftige Menschen dar, die meist sehr schwach, extrem marginalisiert, schlecht organisiert sowie von geringer Anzahl sind. Mit anderen Worten: die Gewaltfähigkeit von Umweltflüchtlingen ist sehr gering. Umweltmigranten hingegen verfügen Suhrke zufolge einerseits über mehr Ressourcen und sind weniger stark marginalisiert; ihre Konfliktfähigkeit ist also größer als die der Umweltflüchtlinge. Aber andererseits können Umweltmigranten leichter in den örtlichen Arbeitsmarkt integriert werden. Ferner ist Umweltmigration ein gradueller Prozess, der Zuwanderern und Einheimischen genügend Zeit gibt, sich der neuen Situation anzupassen, womit das Gewaltisiko zusätzlich sinkt. Suhrke räumt jedoch auch ein, dass es durchaus zu Spannungen und gewaltsamen Konflikten kommen kann. Hinsichtlich Umweltflucht ist das Konfliktrisiko am größten, wenn aus der Vertreibung ein Dauerzustand wird und falls die Flüchtlinge mächtige Verbündete wie die staatlichen Institutionen für sich gewinnen, sodass sie ihre inhärente Schwäche und Machtlosigkeit überwinden und Forderungen gegenüber den Ankunftsregionen erheben können (siehe auch Kap. 2.4.6.3). Im Hinblick auf Umweltmigration sind innere Unruhen möglich, wenn Migrationsbewegungen zu großen Einwanderungsströmen anwachsen, die den Verwaltungsapparat des Staates

sowie die Aufnahmekapazität der städtischen Gebiete überstrapazieren (Suhrke 1993, 15; Suhrke 1994, 92; Suhrke 1997, 263). Zusammenfassend stellt Suhrke allerdings fest, dass

environmental degradation, insofar as it causes displacement of people, is more likely to generate exploitation rather than acute conflict. The main reason is that those who are most victimized by environmental change are also likely to be weak and numerically few. Aid to these populations, therefore, must primarily be seen as a humanitarian obligation rather than a policy based on security considerations. (Suhrke 1993, 35)

Raleigh und ihre Kollegen (2008) kritisieren die Vertreter der sicherheitspolitischen Sichtweise dafür, dass deren Mutmaßungen unausgereifte Kausalmodelle kaschieren und wichtige Aspekte im Migrationskontext wie die Rolle internationaler Hilfe ignorieren. Die vermutete Entstehung von Spannungen in den Aufnahmegebieten hat sich nach Meinung der Autoren nur bei einer kleinen Anzahl von Fällen ereignet (ebd., 35). Die Forscher schätzen das Konfliktpotenzial klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen allgemein als ziemlich gering ein, weil solche Bewegungen typischerweise nur kurzfristig angelegt sind, innerstaatlich verlaufen und sich zudem auf die Hilfe humanitärer Organisationen oder sozialer Netzwerke vor Ort verlassen. Als besonders gering wird dabei das Konfliktrisiko erzwungener Umweltmigration angesehen, vor allem weil Zwangsmigranten im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung extrem marginalisiert und schwach sind (ebd., v, 36). Damit ist klar, dass „environmental migration should be considered a development concern rather than a future security issue“ (Raleigh/Jordan 2010, 121).

2.4.5.3 Foresight-Report

Der Foresight-Bericht lässt sich keiner der beiden Sichtweisen eindeutig zuordnen. Denn nach Einschätzung seiner Autoren führen freiwillige Migration und Vertreibung einerseits zu operationellen Herausforderungen in Form von nachhaltigem städtischem Wachstum, Druck auf Wasserversorgung und Transport, erhöhter Verschmutzung in Großstädten, Versorgung mit Notfalldiensten und humanitären Hilfsaktionen. Andererseits kann Migration aber auch politische wie geopolitische Probleme vergrößern und Spannungen verursachen, vor allem wenn sie langfristig, grenzübergreifend, unerwartet, in bestimmten Aufnahmeregionen stark konzentriert und/oder illegal ist. Vertreibung kann ebenfalls zu geopolitischen Spannungen führen, falls eine große Anzahl von Men-

schen ohne politische Führung innerhalb kurzer Zeit an bestimmten Orten eintrifft (Foresight 2011, 15, 20).

2.4.6 Empirische Ergebnisse

Hinsichtlich des Zusammenhangs von ökologisch motivierter Massenwanderungen und Konflikt konzentriert sich die empirische Forschung bislang ausschließlich auf den direkten Kausalpfad (siehe Kap. 2.4.5).³⁸ Aufgrund der unzureichenden Datenlage und der mangelnden konzeptuellen Klarheit bei *klimainduzierten* Bevölkerungsbewegungen (siehe Kap. 2.4.1.2 und 2.4.3.2) liegen bisher keine Untersuchungen über die Konfliktwirkungen derartiger Massenwanderungen vor. Beim direkten Kausalpfad konzentriert man sich daher auf die Erforschung der Konflikthaftigkeit *umweltinduzierter* Bevölkerungsbewegungen. Aber auch auf diesem Untersuchungsfeld gerät die Forschung durch Datenmängel und Probleme bei der Begriffsbestimmung an ihre Grenzen, sodass derzeit noch keine quantitativen Analysen verfügbar sind (Buhaug et al. 2010, 87).

Die Erforschung des Konfliktpotenzials von Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen ihre Wohngebiete verlassen, beschränkt sich also bislang auf Fallstudienanalysen. So haben Homer-Dixon und seine Kollegen einige qualitative Analysen über umweltinduzierte Migration und Gewaltkonflikte zum Beispiel in Haiti, Südafrika und Bangladesch/Nordindien durchgeführt (siehe Homer-Dixon 1994; Percival/Homer-

³⁸ Es wurde also bis jetzt nicht untersucht, welche Auswirkungen Menschen, die aufgrund von Umweltkonflikten ihre Heimat verlassen mussten, auf Frieden und Sicherheit in den Aufnahmeregionen haben. Allerdings gibt es Studien über das Konfliktpotenzial von klassischen Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention. So finden die quantitativen Forscher Salehyan und Gleditsch (2006) heraus, dass Länder mit einem starken Zustrom von Flüchtlingen ein höheres Bürgerkriegsrisiko haben. Die Gegenwart der Flüchtlinge erhöht sogar die Gefahr bewaffneter zwischenstaatlicher Konflikte (Salehyan 2008b). Diese Ergebnisse können dadurch erklärt werden, dass mit den Flüchtlingen oftmals auch Waffen, militärische Organisationsstrukturen und gewaltfördernde Ideologien in die Zufluchtsorte gelangen. Flüchtlinge können das Rebellen Netzwerk in die Aufnahmegebiete ausdehnen, die den Aufständischen fortan als sichere Rückzugsräume und als Ausgangspunkte für grenzüberschreitende Angriffe auf das Herkunftsland dienen, was wiederum länderübergreifende Vergeltungsaktionen der Heimatregierung provoziert. Auf diese Weise droht das Aufnahmeland in den angrenzenden Bürgerkrieg hineingezogen zu werden (Gleditsch et al. 2007, 6). Weidmann und seine Kollegen (2007) kommen in ihrer disaggregierten quantitativen Analyse über sechs Staaten in Subsahara-Afrika hingegen zu dem Ergebnis, dass die Existenz von Flüchtlingscamps die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht erhöht. Die quantitativen Ergebnisse von Salehyan und Gleditsch werden auch von Fallstudienuntersuchungen nicht (siehe Berry 2008; Martin 2005) oder zumindest nur teilweise (siehe Whitaker 2003) bestätigt. Whitaker (2003) betont, dass Konflikte durch Flüchtlingsbewegungen nicht einfach von einem Land auf ein anderes übergreifen. Entscheidend ist hierbei ihrer Meinung nach der bereits bestehende politische Kontext in den Aufnahmелändern (ebd., 226): „In some cases, the seeds of conflict have already been planted – through the deterioration of the state and its legitimacy, the politicization of ethnic identities, or the willingness of desperate leaders to stir up conflict in order to maintain power. In such contexts, a sudden influx of refugees can exacerbate an already unstable situation and generate violence” (ebd., 227).

Dixon 1998). Aber welche konkrete Rolle ökologisch motivierte Migration bei der Eskalation von Konflikten spielt, bleibt hier jedoch unklar. Daher sind die Fallstudien von Homer-Dixon und Co. zu diesem Thema nicht überzeugend (Barnett/Webber 2010, 20).

Insbesondere zur Region Bangladesch/Nordostindien sind noch zahlreiche andere Fallstudien verfasst worden (siehe u.a. Baruah 1986; Hafiz/Islam 1993; Suhrke 1993, 1997; Swain 1996).³⁹ Das große Interesse an dieser Region liegt darin begründet, dass dort die Ankunft von bengalischen Küstenbewohnern zu Gewaltkonflikten geführt hat, zum einen in den sogenannten Chittagong Hill Tracts (CHT) von Bangladesch und zum anderen in den indischen Bundesstaaten Assam und Tripura. Man kann durchaus behaupten, der Fall Bangladesch/Nordostindien ist in der empirischen Forschungsliteratur so etwas wie der Kronzeuge für den Zusammenhang von umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen und bewaffneten Konflikten.

2.4.6.1 Chittagong Hill Tracts

Die CHT sind eine Provinz im Südosten Bangladeschs und das Zuhause der indigenen Bevölkerungsgruppe der Jumma. Nach der Unabhängigkeit Bangladeschs im Jahr 1971 forderten die Ureinwohner von der neuen Regierung u.a. die Autonomie der CHT sowie die Beendigung der Zuwanderung von Nicht-Jumma, die sie als Bedrohung für ihre Gemeinschaft betrachteten. Denn die Jumma haben eine andere Sprache, Kultur, Religion und Ethnie als die restliche Bevölkerung des Landes (Hafiz/Islam 1993, 62 ff.). Die bengalische Regierung lehnte jedoch die Forderungen der Ureinwohner ab und förderte stattdessen verstärkt die Ansiedelung von Nicht-Jumma, sodass deren Bevölkerungsanteil in den CHT von 12 Prozent in 1974 auf 35 Prozent im Jahr 1980 anstieg. Viele der bengalischen Neuankömmlinge waren vor den Überflutungen und Stürmen in den Küstengebieten geflohen. Durch ihre Wiederansiedelung in der Bergregion beabsichtigte die Regierung, die städtischen Elendsviertel zu entlasten und gleichzeitig die aufsässige Stammesbevölkerung der CHT zu schwächen. Diese begegneten dem Siedlerkolonialismus schließlich mit einem Guerillakrieg, der von 1977 bis 1997 andauerte und Tausende Menschenleben forderte. Trotz der Unterzeichnung eines Friedensabkommens im Jahr 1997 bleibt die Lage weiterhin angespannt (Reuveny 2008, 6; Suhrke 1993, 30).

³⁹ Eine jüngste Fallstudie beschäftigt sich hingegen mit der Darfur-Region im Sudan zwischen 2003 und 2005. Dort haben dem Autor zufolge wiederkehrende Dürren zu Migrationsbewegungen geführt, die in den Zufluchtsorten wiederum ethnische Spannungen und kommunale Konflikte um knappe Ressourcen nach sich zogen (De Juan 2015).

Diese Eigenschaften und Eskalationsdynamiken der bewaffneten Auseinandersetzungen in den CHT ähneln dabei sehr stark denen der SoS-Konflikte (siehe Kap. 2.4.5.1), nur dass im Fall der CHT die besondere Rolle der Umweltflüchtlinge hervorgehoben wird:

Although the problem has off late been widely identified as one of ethnic character, the role played by the environmental refugees from the plain land, particularly the disaster prone coastal areas, cannot be ignored. There has [sic] of course been factors present in the CHT for a ethnic assertion at some stage but the actual conflict was hastened and sparked off by the presence of large number of refugees settled in the Hill Tracts. (Hafiz/Islam 1993, 62 f.)

Das Beispiel der CHT zeigt also, dass SoS-Konflikte auch vor dem Hintergrund umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen durchaus möglich sind.

2.4.6.2 Assam und Tripura

Seit den 1950er Jahren sind zwischen zwölf und 17 Millionen Bengalen u.a. wegen Naturkatastrophen, Landknappheit, Umweltzerstörung und Armut nach Indien migriert, insbesondere in die angrenzenden Bundestaaten Assam und Tripura (Reuveny 2008, 5).

In Assam trafen die Bengalen auf eine seit langer Zeit vorherrschende ablehnende Haltung ihnen gegenüber. Diese geht bis auf die Kolonialzeit zurück, in der sie von den britischen Kolonialherren mit Führungspositionen in der Kolonialadministration und der Wirtschaft Assams versorgt worden waren. Einheimische Assamesen fühlten sich folglich durch die Bengalen ausgebeutet sowie unterdrückt und empfanden die Zuwanderung der bengalischen Siedler als Bedrohung ihrer Identität. Gleichzeitig beschuldigten sie sie des Landraubs. 1979 formierte sich daher die All Assams Student's Union, auch bekannt als Assam Movement. Zu ihren Forderungen zählten ein Einwanderungsstopp und die Umsiedelung der nach 1951 eingewanderten Bengalen. Die auf nationaler Ebene starke indische Kongresspartei unterstützte hingegen die Einwanderung, weil sie in den bengalischen Neuankömmlingen ein wichtiges Wählerpotenzial sah, mit dem sie ihre lokale Machtbasis ausbauen wollte. Die Spannungen zwischen der Assam-Bewegung und den bengalischen Einwanderern nahmen zu und entluden sich bei den Wahlen 1983 schließlich in gewaltsamen Aufständen und dem Massaker von Nellie, bei dem mehr als 1 700 Bengalen getötet wurden (Baruah 1986; Reuveny 2008, 5 f.; Schreiber 2011a, 37 f.; Suhrke 1997, 264 f.). Für Swain (1996) sind die Geschehnisse in Assam daher ein Beispiel dafür, dass „environmental destruction not only creates re-

source scarcity conflicts, it can also force the people to migrate, thus leading to native-migrant conflicts in the receiving society” (ebd., 189). Mit dem Assam-Abkommen konnte der Konflikt 1985 zwar eingedämmt werden (Schreiber 2011a, 38), die Situation hat sich indes bis heute nicht vollständig entspannt, wie jüngste Demonstrations- und Protestveranstaltung in Assam gegen illegale Einwanderer aus Bangladesch belegen (Bhattacharyya/Werz 2012, 4 f.).

In Tripura verwandelte sich die ursprünglich buddhistische und christliche Bevölkerungsmehrheit durch die Zuwanderung hinduistischer Bengalen in eine Minderheiten-Gruppe. Diese Verschiebung des ethnischen Gleichgewichts sowie der Ressourcenwettbewerb zwischen den Volksgruppen löste von 1980 bis 1988 gewaltsame Aufstände aus, die sich erst in den 1990er Jahren wieder legten, nachdem die Regierung zugesichert hatte, den Zuzug bengalischer Migranten zu stoppen. Allerdings dauert die Zuwanderung weiterhin an, und damit ebenso die Gewalt, wenn auch auf niedrigem Intensitätsniveau (Homer-Dixon 1994, 13; Reuveny 2008, 6)

2.4.6.3 Der Fall Bangladesch und der Fall Sahel: ein Vergleich

Suhrke (1997) greift das obige Beispiel der umweltbedingten Massenwanderungen in Bangladesch auf und vergleicht diesen Fall mit der Situation im Sahel, um die, bereits in der theoretischen Diskussion angedeutete (siehe Kap. 2.4.5.2), entscheidende Rolle des Staates im Kontext ökologisch motivierter Bevölkerungsbewegungen zu verdeutlichen.

In der Sahel-Region hatten Landknappheit und schwere Dürren in den 1970er und erneut in der Mitte der 1980er Jahren zu großflächigen Wanderungsbewegungen geführt. Allein die Hungersnot zwischen 1984 und 1985 hat mindestens zwei Millionen Menschen vertrieben. Viele der Betroffenen kamen zunächst in Hilfslagern unter, bevor sie sich als Gelegenheitsarbeiter in den Minen, auf den Plantagen oder in den Elendsvierteln der Städte verdingten. Es traten zwar einige politische Spannungen und offene Konflikte auf – so kam es zu zeitweiligen Grenzschießungen und vereinzelt Unruhen in den Städten. Die Situation eskalierte jedoch nicht gewaltsam und blieb weitgehend ruhig und friedlich. Die Hauptursachen hierfür sieht Suhrke in der charakteristischen Machtlosigkeit der Umweltflüchtlinge, dem konfliktmindernden Effekt ethnischer und verwandtschaftlicher Bande zwischen Einheimischen und Zuwanderern sowie in der schnellen Bereitstellung humanitärer Hilfe, die den anfänglichen Wettbewerb um Lebensmittel entschärfte (Suhrke 1997, 266 f.).

Demgegenüber profitierten sowohl die Umweltmigranten in Assam als auch die Umweltflüchtlinge in den CHT von einer staatlichen Interventionspolitik zu ihren Gunsten: In Assam wurden die bengalischen Einwanderer von der indischen Kongresspartei aus wahltaktischen und machtpolitischen Motiven unterstützt, während im Falle der CHT die Zentralregierung Bangladeschs die Ansiedlung von Nicht-Jumma aktiv förderte, um die städtischen Elendsviertel zu entlasten und zugleich die Machtposition der Stammesbevölkerung in der Bergregion zu schwächen. Der gesellschaftliche Preis dieser staatlichen Interventionen war jedoch in beiden Fällen die Entstehung gewaltsamer Konflikte.⁴⁰ Das Konfliktpotenzial von Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen ihre Herkunftsgebiete verlassen, ist also vor allem davon abhängig, wie sich der Staat in dieser Situation verhält:

In the absence of state intervention of this kind, the ‘environmental refugees’ generated by severe and sudden environmental pressures tend to be victims rather than threats – a disempowered, dispersed and, debilitated population who make few effective demands on the receiving area and whose immediate needs are met by international relief. Thus, as the Sahelian case indicates, social exploitation rather than overt social violence occurs. [...] The potential for acute conflict is clearly conditioned by the ability of the displaced groups to obtain support to organize and make demands, thus overcoming the weakness inherent in the condition of displacement. This happens, above all, when state power aligns itself with the displaced, or the state becomes adversarially engaged in illegal migration. (ebd., 269 f.)

Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist das Verhältnis zwischen den Neuankömmlingen und der angestammten Bevölkerung. Im Gegensatz zum Sahel-Fall ist dieses Verhältnis im Beispiel Assams und der CHT historisch vorbelastet und daher von vornherein angespannt und konfliktreich (ebd., 269). Die indigene Bevölkerung der CHT hatte sich schon immer gegen die Zuwanderung der ethnisch, religiös und kulturell verschiedenen Nicht-Jumma gewehrt. In Assam waren die bengalischen Einwanderer seit der Kolonialzeit äußerst unbeliebt.

Auf der Basis des Vergleichs der Fälle Sahel und Bangladesch identifiziert Suhrke somit zwei Faktoren, die die Konfliktrichtigkeit umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen wesentlich beeinflussen können: zum einen das Machtverhältnis und die historische Beziehung zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Zum anderen die Rolle des Staates, die dieses Machtverhältnis wiederum wesentlich beeinflusst (ebd., 268).

⁴⁰ Als drittes Beispiel wird noch der Fall des Senegal-Flusstals aufgeführt. Hier hat der mauretische Staat die durrebedingte Migration arabischer Nomaden in die angestammten Gebiete afrikanischer Ackerbauern Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre unterstützt, um seine Arabisierungspolitik voranzutreiben. Dies führte letztlich zu Spannungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern (Suhrke 1997, 267 f.).

2.4.6.4 US Dust Bowl, Bangladesch und Hurrikan Katrina: ein Vergleich

Auch Reuveny (2008) greift auf den Bangladesch-Fall zurück, vergleicht ihn aber mit zwei Fällen, die ebenfalls auf einen Zusammenhang von umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen und bewaffneten Konflikten in den Aufnahmegebieten hindeuten: erstens die Abwanderungsbewegungen aus der Großen Ebene der USA in den 1930er Jahren aufgrund einer langanhaltenden Dürre und verheerenden Staubstürmen. Zweitens die Vertreibung der Menschen durch Hurrikan Katrina im Jahr 2005, der als eine der schlimmsten Naturkatastrophen in der Geschichte der USA gilt (ebd., 4 ff.).

Beim Vergleich dieser drei Fälle arbeitet Reuveny folgende Gemeinsamkeiten heraus: Erstens war die Lebensgrundlage der drei betroffenen Gesellschaften stark von ihrer unmittelbaren Umgebung abhängig. Zweitens hat menschliches Handeln die Auswirkungen der Umweltkatastrophen verstärkt. In Bangladesch zum Beispiel wurden die Landdegradation, der Rückgang der Fischgründe sowie die Verwundbarkeit gegenüber Überschwemmungen durch die Ausweitung der Landwirtschaft, Entwaldung und den Bau des Farakka-Staudamms am Ganges verschlimmert. Schließlich haben sich Umweltfaktoren in allen Fällen mit politischen, ökonomischen und sozialen Einflussfaktoren überlappt. In Bangladesch beispielsweise gesellten sich ethnische Spannungen, Unterentwicklung und konkurrierende Landansprüche zu den Umweltproblemen hinzu (ebd., 7 f.).

Die drei Beispiele weisen Reuveny zufolge indes auch gewisse Unterschiede auf. So wurden die meisten Menschen im Dust-Bowl- sowie im Bangladesch-Fall zu Auswanderern, wohingegen die Überlebenden des Hurrikans Katrina wieder in ihre bisherigen Wohngebiete zurückkehrten. Für Reuveny könnte dies erklären, wieso die Konflikte zwischen Einheimischen und Zuwanderern in den ersten beiden Fällen deutlich intensiver waren. Ein weiterer Unterschied ist, dass bei den Fällen Katrina und Dust-Bowl die Neuankömmlinge derselben Nationalität und im Großen und Ganzen auch derselben ethnischen und religiösen Gruppe angehörten wie die Einheimischen. Demgegenüber besaßen die bengalischen Einwanderer und die eingesessenen Bewohner der Aufnahmegebiete eine unterschiedliche Ethnizität, Religion und – im Falle Nordostindiens zudem – Nationalität. Hinzu kommt, dass ihre Beziehung bereits historisch vorbelastet war (ebd., 8).

2.4.6.5 Vergleichende Einschätzung von 38 Fällen

Der Forscher Reuveny (2007) entdeckt neben den bereits beschriebenen Fällen noch viele weitere Beispiele ökologisch motivierter Bevölkerungsbewegungen. Auf der Basis einer vergleichenden Einschätzung von 38 Fällen umweltbedingter Massenwanderungen⁴¹ kommt er zu dem Ergebnis, dass in genau der Hälfte der Fälle bewaffnete Konflikte zu verzeichnen sind: Innerstaatliche Konflikte sind dabei in acht Fällen zu beobachten, während zwischenstaatliche Auseinandersetzungen nur in drei Beispielen festgestellt werden können. Die restlichen acht Fälle stellen kommunale Gewalt dar (ebd., 667).

Demgegenüber weist die andere Hälfte der 38 Fälle keine Anzeichen signifikanter Konflikte auf. 14 davon sind durch innerstaatliche Bevölkerungsbewegungen gekennzeichnet. Dies ist für Reuveny ein vorsichtiger Hinweis darauf, dass die Konfliktwahrscheinlichkeit gering ist, wenn Einwanderer und Einheimische derselben Ethnie oder Religion angehören, was bei Binnenwanderungen häufig vorkommt (ebd., 668).

Insgesamt sieht Reuveny sein Erklärungsmodell (siehe Kap. 2.4.5.1) durch die Ergebnisse der vergleichenden Einschätzung bestätigt:

These patterns support our theory. Environmental migration crosses international borders at times, and plays a role in conflict, Environmental migration does not always lead to conflict, but when it does, the conflict intensity can be very high, including interstate and intrastate wars. In almost all the conflict cases, the receiving areas were underdeveloped and depended on the environment for livelihood. Other factors associated with conflict include resident-migrant ethno-religious tension and competition over resources and resource scarcity in the receiving areas. (ebd.)

Reuvenys Resultate beschreiben jedoch in erster Linie nur das gemeinsame Auftreten von umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen und Gewaltkonflikten. Es bleibt aber weitgehend unklar, ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren besteht, und wenn ja, wie dieser genau aussieht. Hierzu wäre eine eingehende Analyse der einzelnen Fallbeispiele nötig.

2.4.6.6 Kritische Diskussion

Hinsichtlich der empirischen Forschung über die Beziehung von umweltbedingten Bevölkerungsbewegungen und gewaltförmigen Konflikten lassen sich fünf zentrale Defizite konstatieren:

⁴¹ Davon befinden sich bis auf zwei Ausnahmen alle in den am wenigsten entwickelten Ländern und hiervon wiederum die Mehrheit in afrikanischen und asiatischen Staaten (Reuveny 2007, 662).

Erstens greift sie ausschließlich auf Fallstudienanalysen zurück. Quantitative oder makro-qualitative Untersuchungen über die Konflikthaftigkeit von ökologisch motivierten Massenwanderungen sind bislang nicht vorhanden. Das heißt, derzeit können zu dieser Thematik keine allgemeinen, über die betrachteten Einzelfälle hinausgehende Ergebnisse und Aussagen formuliert werden.

Zweitens sind bisher nur wenige Fallstudien durchgeführt worden, die zudem drittens einen regionalen Bias aufweisen. Denn in ihrer Mehrzahl konzentrieren sich die Untersuchungen auf Beispiele in Bangladesch (CHT) und Nordostindien (Assam/Tripura), was ihre ohnehin geringe allgemeine Aussagekraft als Fallstudien weiter schmälert.

Viertens behandeln die Fallstudien Beispiele, die zum Teil schon weit in die Vergangenheit zurückreichen. Ihre Ergebnisse sind daher wenig geeignet, um Rückschlüsse auf das Konfliktpotenzial gegenwärtiger oder gar zukünftiger klimawandelinduzierter Bevölkerungsbewegungen zu ziehen. Denn zum einen wird, wie bereits schon erwähnt, der menschengemachte Klimawandel alle bisherigen Umweltveränderungen hinsichtlich ihrer Geschwindigkeit, Intensität und Großräumigkeit übertreffen (WBGU 2007, 173 ff.; siehe auch Kap. 2.2.1). Damit stellen auch die daraus resultierenden Bevölkerungsbewegungen qualitativ eine neue Situation dar, die nur schwer mit den Massenwanderungen von damals vergleichbar ist. Hinzu kommt zum anderen, dass das Ziehen von Rückschlüssen aus Ereignissen der Vergangenheit grundsätzlich umso problematischer ist, je weiter diese zurückliegen, weil sich die politischen, ökologischen, demographischen und ökonomischen Kontextbedingungen im Verlauf der Jahre zum Teil fundamental gewandelt haben können.

Schließlich erfolgt bei den Fallanalysen keine klare Trennung zwischen umweltbedingten und anderen, nicht-ökologisch motivierten Bevölkerungsbewegungen. Im Falle neu entstehender oder sich verschärfender Konflikte bleibt somit letztlich auch unklar, inwiefern diese auf Menschen zurückzuführen sind, die aus Umweltgründen ihren Wohnort verließen oder auf Personen, die dies aus anderen, zum Beispiel wirtschaftlichen, Gründen getan haben.

2.4.7 Zusammenfassung und Fazit

Die Relevanz klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen für die Friedens- und Konfliktforschung ergibt sich dadurch, dass es sich hierbei um ein Phänomen handelt, welches im Zuge der globalen Erwärmung verstärkt auftreten wird und dessen Konfliktwirkungen gleichzeitig bisher weitgehend unbekannt sind. Engels (2011) fasst die wissenschaftliche Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Klimawandel, Migration und Gewaltkonflikten mit den nüchternen Worten zusammen: „Wir wissen, dass wir nichts wissen“ (ebd., 137).

Die Probleme beginnen schon bei der Migrationsforschung. So existiert bislang weder eine einheitliche Bezeichnung noch eine allgemein anerkannte Definition von Menschen, die aufgrund von Umwelt- und Klimaveränderungen ihre Wohngebiete verlassen. Besonders kontrovers werden hierbei die Begriffe „Umweltflüchtling“ und „Klimaflüchtling“ diskutiert. Kritiker lehnen diese beiden Begriffe zum einen ab, weil sie eine einfache Monokausalität implizieren und dabei den komplexen, multikausalen Charakter klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen außer Acht lassen. Zum anderen wird befürchtet, dass die bestehenden Schutzgarantien politischer Flüchtlinge untergraben werden könnten, weil Umwelt- und Klimaveränderungen kein anerkannter Fluchtgrund im Sinne der Genfer Konvention sind. Menschen, die vor dem Klimawandel und anderen Umweltproblemen Zuflucht in einem fremden Land suchen, befinden sich folglich im rechtlichen Niemandsland, wohingegen Binnenvertriebene immerhin unter dem Schutz der GPID stehen. Allerdings sind diese Prinzipien rechtlich nicht bindend und vielerorts weit davon entfernt, implementiert zu werden. Daher plädieren viele Forscher für ein neues Rechtsinstrument, das speziell auf die Bedürfnisse von Klimaflüchtlingen zugeschnitten ist.

Ein weiteres Problem der Migrationsforschung betrifft die Unsicherheit über die mögliche Anzahl von Menschen, die aufgrund von Umwelt- und Klimaveränderungen ihr Lebensgebiet verlassen. Hier stehen sich die maximalistische und die minimalistische Perspektive gegenüber. Die Maximalisten gehen von einem einfachen wie auch direkten Zusammenhang zwischen Klima-/Umweltveränderungen und Bevölkerungsbewegungen aus und gelangen dementsprechend zu großen Zahlen. So gingen sie Anfang der 1990er Jahre von bereits 25 Millionen Umweltflüchtlingen aus und prognostizierten, dass sich deren Anzahl bis zum Jahr 2010 verdoppeln könnte. Hinsichtlich der Zahl der Klimaflüchtlinge reichen die Schätzungen von 50 Millionen im Jahr 2010 bis

zu 250 Millionen im Jahr 2050. Diese Prognosen werden allerdings von den Anhängern der minimalistischen Sichtweise in Zweifel gezogen. Sie betonen u.a. die Komplexität von Migrationsentscheidungen und verweisen auf die Bedeutung der gesellschaftlichen Verwundbarkeit. Weil es in der Migrationsforschung an verlässlichen Daten zu klima- und umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen mangelt, wird in dieser Debatte viel mit Prognosen hantiert, die aber allesamt als höchst spekulativ angesehen werden müssen. Seit 2008 erfasst man immerhin die Zahl der Menschen, die weltweit aufgrund von plötzlichen Naturkatastrophen wie Erdbeben, Stürmen, Überflutungen und Erdrutschen vertrieben worden sind. Neusten Berichten zufolge mussten im Jahr 2013 mehr als 21 Millionen und in dem Zeitraum von 2008 bis 2013 fast 165 Millionen Menschen ihr Zuhause wegen plötzlich eintretenden Naturkatastrophen zumindest zeitweilig verlassen. Von den 21 bzw. 165 Millionen Vertriebenen sind 20,6 bzw. 140,5 Millionen Menschen aufgrund wetterbedingter Naturkatastrophen wie Stürme, Überflutungen, Hitze- wellen und Buschbrände geflohen – also wegen solcher Umweltveränderungen, die durch den Klimawandel verschärft oder häufiger in Erscheinung treten können. Weil diese Daten langsam eintretende Wetterkatastrophen wie Dürren nicht erfassen, dürfte die wahre Zahl der Vertriebenen allerdings noch um einiges höher liegen. Dissens herrscht in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung jedoch auch darüber, ob auf den kleinen Inselstaaten im Südpazifik bereits die ersten Klimaflüchtlinge vorzufinden sind.

Zumindest im Hinblick auf die Eigenschaften klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen scheinen sich die Forscher weitgehend einig zu sein: Solche Massenwanderungen verlaufen zumeist nur innerstaatlich und sind im Fall einer Rückkehr- option eher kurzfristig angelegt. Menschen, die aufgrund von Klimaveränderungen obdachlos geworden sind, besitzen zudem im Gegensatz zu klassischen Flüchtlingen einen moralischen Hilfsanspruch gegenüber den Hauptemittenten klimaschädlicher Treibhausgase. Ferner kann bei klima- und umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen grundsätzlich unterschieden werden zwischen solchen, die aufgrund von langsam bzw. graduell eintretenden Klima-/Umweltveränderungen erfolgen und solchen, die wegen plötzlichen Naturkatastrophen stattfinden. Erstere sind in erster Linie freiwillig, stark ökonomisch motiviert und setzen sich aus den Mitgliedern der eher wohlhabenderen Gesellschaftsschichten zusammen. Demgegenüber sind Bevölkerungsbewegungen aufgrund plötzlicher Naturkatastrophen überwiegend unfreiwillig, kurzfristig und auf den

nächstgelegenen sicheren Ort ausgerichtet. Außerdem bestehen sie mehrheitlich aus den Angehörigen armer Bevölkerungsschichten.

Die wissenschaftliche Debatte über die Konflikthaftigkeit klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen konzentriert sich bisher fast ausschließlich auf den direkten Kausalpfad. Dabei können zwei grundsätzliche Sichtweisen unterschieden werden: zum einen die sicherheitspolitische Sichtweise, welche ökologisch motivierte Massenwanderungen als einen typischen Übersetzungsmechanismus zwischen schleichender Umweltdegradation und Wetterextremen einerseits und Gewaltkonflikten andererseits versteht. Gemäß den Vertretern dieser Perspektive erhöht sich das Konfliktpotenzial von Menschen, die aufgrund von Klimafolgen und anderen Umweltveränderungen ihr Zuhause verlassen, insbesondere dann, wenn sie ethnische Spannungen im Zielgebiet verursachen oder verschärfen, in Ressourcenkonkurrenz mit der einheimischen Bevölkerung treten, die Governance-Kapazitäten der Aufnahmeregion überfordern, Ablehnungsreaktionen hervorrufen und/oder in einem politisch instabilen Umfeld Zuflucht suchen.

Demgegenüber steht die entwicklungspolitische Perspektive, welche ökologisch motivierte Bevölkerungsbewegungen primär als Entwicklungsproblem und damit als Gegenstand der Entwicklungspolitik versteht. Das Konfliktpotenzial dieser Bewegungen wird als gering eingeschätzt. Das gilt vor allem für Umweltflüchtlinge aufgrund deren geringen Gewaltfähigkeit: Umweltflüchtlinge sind in erster Linie Opfer und Überlebende von Naturkatastrophen; sie sind hilfsbedürftig, extrem marginalisiert, schlecht organisiert und bilden zahlenmäßig nur eine relativ kleine Gruppe.

Insgesamt fehlen sowohl ein theoretischer Zugang als auch Theorie geleitete empirische Studien (Engels 2011, 138).

Die empirische Forschung konzentriert sich bislang lediglich auf den direkten Kausalpfad und dort wiederum auf die Untersuchung der Konflikthaftigkeit von umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen. Aufgrund der unzureichenden Datenlage und der mangelnden konzeptuellen Klarheit existieren solche Untersuchungen bisher nicht bezüglich klimabedingten Massenwanderungen. Fallstudien beschreiben vor allem die Region Bangladesch/Nordostindien als Musterbeispiel für den Zusammenhang von umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen und bewaffneten Konflikten. So hat die gezielte Ansiedelung von bengalischen Sturm- und Flutopfern in den angestammten Gebieten der Ureinwohner der CHT zu einem langjährigen Guerillakrieg geführt. Auch in den indischen Bundesstaaten Assam und Tripura kam es zu Gewalt zwischen bengali-

schen Zuwanderern und der einheimischen Bevölkerung. Die Gründe dafür waren die Verschiebung des ethnischen Gleichgewichts und starker Ressourcenwettbewerb. Der Vergleich dieser Beispiele mit dem Sahel-, dem Dust-Bowl- sowie dem Katrina-Fall zeigt, dass das Konfliktpotenzial von Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen ihre Herkunftsgebiete verlassen, besonders hoch ist, wenn

- sie vom Staat unterstützt werden und so ihre inhärente Schwäche und Machtlosigkeit überwinden können;
- sie einer anderen Ethnie, Religion und/oder Nationalität angehören als die Einheimischen;
- ihre Beziehung zu den angestammten Bewohnern historisch vorbelastet ist und
- sie sich dauerhaft in der Aufnahmeregion niederlassen wollen.

Neben den bereits genannten Fällen, gibt es noch zahlreiche weitere Beispiele ökologisch motivierter Massenwanderungen. Es bleibt allerdings fraglich, inwiefern hier ein Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten besteht.

Schließlich hat die kritische Diskussion der empirischen Ergebnisse einige Forschungslücken aufgedeckt. So stützt sich die Forschung über das Konfliktpotenzial umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen derzeit ausschließlich auf Fallstudien. Das bedeutet, momentan können keine allgemeingültigen, über die betrachteten Einzelfälle hinausgehenden Aussagen und Schlussfolgerungen formuliert werden. Hinzu kommt, dass die bisher durchgeführten Fallstudien wiederum einige Mängel aufweisen. So sind sie nur dünn gesät und konzentrieren sich vor allem auf die Region Bangladesch/Nordostindien, was die Allgemeingültigkeit der bislang erzielten Fallstudienresultate weiter einschränkt. Ferner liegen die meisten Fälle schon einige Jahrzehnte zurück, was ihre Aussagekraft bezüglich des Konfliktpotenzials klimawandelinduzierter Bevölkerungsbewegungen deutlich schmälert. Aber das vielleicht größte Manko der qualitativen Analysen liegt darin, dass sie Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen ihr Zuhause verlassen, nicht eindeutig von solchen Personen unterscheiden, die aus anderen, nicht-umweltbedingten Ursachen das Weite suchen. Die Analysen untersuchen somit weniger das Konfliktpotenzial von umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen im Besonderen, sondern vielmehr das Konfliktpotenzial von Bevölkerungsbewegungen im Allgemeinen.

Insgesamt lässt sich somit festhalten: Die wissenschaftliche Literatur ist sich bisher uneinig über die Konfliktwirkungen klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen (Warnecke et al. 2010, 1; Scheffran et al. 2012c, 6). Man weiß einfach noch zu wenig darüber, über welche Mechanismen ökologisch motivierte Bevölkerungsbewegungen zu gewaltsamen Konflikten führen oder nicht (Engels 2011, 137). Daher gründet sich die vermeintliche Kausalkette von Klimawandel und Umweltveränderungen über Bevölkerungsbewegungen zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten bisher auf einer schwachen und nur wenig überzeugenden empirischen Evidenz (Engels 2011, 137; Foresight 2011, 20; Peters/Vivekananda 2014, 18).

Auf der Grundlage der beschriebenen Forschungslücken kristallisieren sich folgende Leitlinien für die zukünftige Forschung heraus: Erstens sind theoriegeleitete empirische Untersuchungen nötig, damit das komplexe Ursache-Wirkung-Gefüge zwischen klima- und umweltinduzierten Bevölkerungsbewegungen und Gewaltkonflikten zielgerichteter aufgedeckt sowie erforscht werden kann. Zweitens sollte die zukünftige Forschung nicht nur Einzelfallstudien, sondern auch quantitative oder makro-qualitative Methoden (QCA-Analysen) umfassen, um die Formulierung allgemeingültiger, über den Einzelfall hinaus gehender Aussagen zu ermöglichen. Damit die komplexen Kausalitätsbeziehungen zwischen ökologisch motivierter Massenwanderung und Konflikt näher spezifiziert werden können, sind drittens aber gleichzeitig auch mehr Fallstudien notwendig (WBGU 2007, 202; siehe auch Theisen et al. 2013, 621). Und zwar solche, die die Konfliktwirkungen ökologisch motivierter Zuwanderer isoliert – und nicht zusammen mit anderen Neuankömmlingen – analysieren, jüngste Beispiele klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen aufgreifen und/oder andere Regionen als Bangladesch bzw. Nordostindien abdecken.

3 **Forschungsdesign**

Dieses Kapitel grenzt zunächst das Themenfeld auf eine bestimmte klimabedingte Umweltfolge ein und klärt die damit verbundenen Begriffsverwendungen und -definitionen, um dann die spezifische Forschungsfrage der Dissertation zu formulieren (siehe Kap. 3.1). Anschließend wird der theoretische Hintergrund beschrieben, um daraus die Variablen und Hypothesen abzuleiten (siehe Kap. 3.2). Danach erfolgt eine nähere Erläuterung der beiden angewendeten Methoden (QCA- und Fallstudienanalyse) (siehe Kap. 3.3), bevor abschließend die Forschungsziele und der Forschungsbeitrag dieser Arbeit genauer erläutert werden (siehe Kap. 3.4).

3.1 Forschungsfrage

Wie das vorherige Kapitel verdeutlicht, haben Wissenschaftler mittlerweile beachtliche Erkenntnisse zum anthropogenen Klimawandel und seinen Auswirkungen auf die Natur gesammelt, wohingegen sich die Erforschung der gesellschaftlichen und insbesondere der sicherheitspolitischen Folgen der globalen Erwärmung noch in der Anfangsphase befindet. Daher lautet die allgemeine Forschungsfrage dieser Dissertation:

Wie wirkt sich der anthropogene Klimawandel auf die Gefahr der Entstehung oder Verschärfung gewaltsamer Konflikte aus?

In der Debatte über die Sicherheitsimplikationen des Klimawechsels wird vor allem die Bedeutung von Bevölkerungsbewegungen als eine Art Übersetzungsmechanismus hervorgehoben, der Klimafolgen und Gewaltkonflikte miteinander verknüpft (siehe Kap. 2.4.5.1). Gleichzeitig hat die Analyse des Forschungsstandes auf diesem Gebiet eklatante Forschungslücken aufgedeckt (siehe Kap. 2.4.6.6). Bezüglich der Konfliktwirkungen klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen herrscht also ein

enormer Forschungsbedarf. Einige Forscher betrachten dieses Forschungsfeld sogar als „one of the most important (but also challenging) priorities for future research on security implications of climate change” (Theisen et al. 2013, 621). Daher lautet die zentrale Forschungsfrage der Arbeit:

Wie wirkt sich der Zuzug von Menschen, die wegen anthropogener Klimaveränderungen ihr Zuhause verlassen, auf die Gefahr der Entstehung oder Verschärfung gewaltförmiger Konflikte in den Aufnahmeregionen aus und welche Bedingungen bzw. Bedingungskonstellationen spielen dabei eine gewichtige Rolle?

3.1.1 Typologie klimabedingter Umweltfolgen

Diese Dissertation wählt einen im Grunde qualitativen Forschungsansatz (siehe Kap. 3.3) und beschränkt sich somit auf die Analyse einzelner Umweltveränderungen oder Wetterereignisse. Einzelne Umwelt- bzw. Wetterveränderungen können aber in der Regel nicht dem anthropogen verursachten Klimawandel zugeordnet werden (Jacobeit 2007, 3). Die vorliegende Arbeit kann aus diesem Grund keine menschengemachten Klimaveränderungen untersuchen, sondern muss sich auf die Analyse klimabedingter Umweltfolgen beschränken – also auf solche Umweltveränderungen, die heute und in Zukunft wegen der durch den Mensch verursachten Erderwärmung häufiger und/oder in verschärfter Form auftreten werden. Die Inter-Agency Standing Committee Group on Climate Change (IASC) der UN hat eine Typologie von solchen klimabedingten Umweltfolgen entwickelt, die Bevölkerungsbewegungen auslösen können (siehe Tabelle 2).

Cause of movement	Nature of movement
1. Hydro-meteorological extreme hazard events	- Temporary forced displacement as a result of a specific disaster / hazard event within national borders. - Temporary forced displacement across international borders as a result of a specific hazard event. - Forced displacement as a result of areas being designated as prohibited for habitation by authorities potentially resulting in internal displacement, forced cross-border movements and/or voluntary cross-border movements
2. Environmental degradation and/or slow-onset extreme hazard events	- Such processes will likely be gradual, beginning with voluntary movements (in- and outside the country) and potentially ending in forced displacement (in- and outside the country). - Environmental degradation whether at early or advanced stages and/or slow onset disasters may also result in areas being prohibited for habitation by authorities leading to internal displacement, forced cross-border movements and/or voluntary cross-border movements (see above).
3. Significant permanent losses in state territory as a result of sea level rise etc.	Such processes if not prevented by sufficient mitigation, could be gradual, beginning with voluntary movements (in- and outside the country) and potentially ending in forced displacement (in- and outside the country). These could include: Voluntary movements inside the country (to safe parts of country) and across internationally recognised borders. Displacement within the national territory Forced cross-border movements, including in extreme cases the entire loss of state territory.
4. Armed conflict/ violence over shrinking natural resources	Forced displacement in the case of such armed conflict or violence could result internal displacement or in people crossing international borders as refugees or people under temporary or subsidiary forms of protection.

Tabelle 2: IASC-Typologie
Quelle: IDMC/OCHA 2009

Dabei läuft die vierte Wanderungsursache auf den indirekten Kausalpfad hinaus (siehe Kap. 2.4.5). Das vorherige Kapitel macht jedoch deutlich, dass bereits Umweltkonflikte nur schwer und wenn, dann nur in besonderen Einzelfällen zu identifizieren sind (siehe Kap. 2.1). Dementsprechend dürfte es umso schwieriger sein, einen Zusammenhang zwischen Massenwanderungen aufgrund von Umweltkonflikten in der Herkunftsregion und gewaltsamen Konflikten in der Aufnahmeregion aufzuzeigen. So ergibt eine Analyse der größeren Konflikte in den 1990ern, die zu großflächigen Massenwanderungen führten, dass es bei vielen dieser Konflikte weniger um die knappe Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen ging, sondern vielmehr um die Kontrolle reichlich vorhandener Rohstoffe, insbesondere Öl. In den anderen Fällen haben Umweltfaktoren zwar eine Rolle gespielt, jedoch eine weit weniger wichtige als zum Beispiel ethnische oder politische Einflussfaktoren (Black 2001, 8 f.). Die Foresight-Autoren stellen daher auch zusammenfassend fest: „There is little evidence available to support the theoretical notion that environmentally induced conflict will cause migration” (Foresight 2011, 20).

Weil es zum einen noch hochumstritten ist, ob es bereits Menschen gibt, die vor einem klimabedingten Anstieg des Meeresspiegels fliehen müssen (siehe Kap. 2.4.3.2) und zum anderen deren Anzahl, selbst wenn es sie gäbe, recht klein ausfallen dürfte,⁴² scheidet auch das dritte Wanderungsmotiv der IASC-Typologie für eine Analyse aus.

Das Gleiche gilt für Bevölkerungsbewegungen aufgrund von Umweltdegradation oder schleichender Wetterextreme. Die Entscheidung zu gehen, ist in diesem Falle sehr komplex, mit vielen sich überlagernden und sich wechselseitig verstärkenden Einflussfaktoren. Hinzu kommt, dass der Zeitraum zwischen dem Eintreten der klimabedingten Umweltveränderung und den zu beobachteten Wanderungsbewegungen hier recht groß ist. Die Zuschreibung von Kausalität gestaltet sich bei langsam eintretenden Naturkatastrophen somit sehr schwierig, was sich wiederum in der mangelnden Verfügbarkeit zuverlässiger Daten widerspiegelt (siehe Kap. 2.4.3). Hinsichtlich der Verknüpfung von graduellen klimainduzierten Umweltveränderungen und Bevölkerungsbewegungen kann also festgehalten werden:

This is the most complicated relationship [...]. People make decisions over time to leave their communities for a complex interplay of reasons and, it is difficult – actually so far, impossible – to single out the impact of the environmental effects of climate change on these decisions. (Ferris 2008, 6)

⁴² Für 2008 geht man von gerade einmal 2 400 Inselbewohnern aus, die aufgrund des steigenden Meeresspiegels umgesiedelt werden mussten (IDMC/OCHA 2009, 12).

Plötzlich eintretende Naturkatastrophen können hingegen recht einfach als Auslöser von Bevölkerungsbewegungen identifiziert werden, weil sie sich auf schonungslose und direkte Art und Weise äußern (Piguet 2008, 5). Dementsprechend ist die Datenlage in diesem Bereich auch wesentlich besser als bei den anderen klimabedingten Wanderungsgründen (siehe Kap. 2.4.3). Daher konzentriert sich diese Dissertation auf die erste Kategorie der IASC-Typologie, also auf die durch hydro-meteorologische Naturkatastrophen ausgelöste Abwanderung.

3.1.2 Begriffsverwendung und -definition

3.1.2.1 Sturm- und Flutkatastrophen

Das Centre for Research on the Epidemiology of Disasters (CRED) dokumentiert in seiner Datenbank, der Emergency Events Database (EM-DAT), sehr ausführlich jede Katastrophe, die seit dem Jahr 1900 weltweit aufgetreten ist (siehe EM-DAT), sofern sie zehn oder mehr Todesopfer forderte, mindestens 100 Menschen betroffen hat, zur Ausrufung des Ausnahmezustandes führte oder sofern ihre Bewältigung internationale Hilfe erforderte (EM-DAT 2013a). Hydro-meteorologischen Naturkatastrophen umfassen gemäß der Klassifikation von CRED Stürme, Überflutungen und gravitative Massenbewegungen in Verbindung mit Wasser (EM-DAT 2013c). Diese Dissertation richtet ihr Augenmerk allerdings nur auf Sturm- und Flutkatastrophen.

Flutkatastrophen werden hierbei generell definiert als der signifikante Anstieg des Wasserspiegels in einem Fluss, See, Stausee oder einer Küstenregion (EM-DAT 2013b). Sie umfassen neben allgemeinen Überschwemmungen auch Sturzfluten und Sturmfluten/Küstenüberflutungen (EM-DAT 2013c). Die entsprechende Definition lautet hierbei für

- allgemeine Überschwemmungen:

Gradually rising inland floods (rivers, lakes, groundwater) due to high total depth of rainfall or snowmelt. A general flood is caused when a body of water (river, lake) overflows its normal confines due to rising water levels. The term general flood additionally comprises the accumulation of water on the surface due to long-lasting rainfall (water logging) and the rise of the groundwater table above surface. Furthermore, inundation by melting snow and ice, backwater effects, and special causes such as the outburst of a glacial lake or the breaching of a dam are subsumed under the term general flood. General floods can be expected at certain locations (e.g. along rivers) with a significantly higher probability than at others. (EM-DAT 2013b)

- Sturzfluten:

Rapid inland floods due to intense rainfall A flash flood describes sudden flooding with short duration. In sloped terrain the water flows rapidly with a high destruction potential. In flat terrain the rainwater cannot infiltrate into the ground or run off (due to small slope) as quickly as it falls. Flash floods typically are associated with thunderstorms. A flash flood can occur at virtually any place. (ebd.)

- Sturmfluten/Küstenüberflutungen:

Coastal flood on coasts and lake shores induced by wind. A storm surge is the rise of the water level in the sea, an estuary or lake as result of strong wind driving the seawater towards the coast. This so-called wind setup is superimposed on the normal astronomical tide. The mean high water level can be exceeded by five and more metres. The areas threatened by storm surges are coastal lowlands. (ebd.)

Demgegenüber bezeichnen Sturmkatastrophen tropische und außertropische Wirbelstürme, aber auch lokale/konvektive Stürme, das heißt Gewitter/heftige Stürme, Schneestürme, Sand-/Staubstürme, Tornados und orographische Stürme (EM-DAT 2013c). Die entsprechende Definition lautet hierbei für

- tropische Wirbelstürme:

A tropical cyclone is a non-frontal storm system that is characterised by a low pressure center, spiral rain bands and strong winds. Usually it originates over tropical or subtropical waters and rotates clockwise in the southern hemisphere and counter-clockwise in the northern hemisphere. The system is fueled by heat released when moist air rises and the water vapor it contains condenses ("warm core" storm system). Therefore the water temperature must be $>27^{\circ}\text{C}$. Depending on their location and strength, tropical cyclones are referred to as hurricane (western Atlantic/eastern Pacific), typhoon (western Pacific), cyclone (southern Pacific/Indian Ocean), tropical storm, and tropical depression (defined by wind speed; see Saffir-Simpson-Scale). Cyclones in tropical areas e.g. hurricanes, typhoons, tropical depressions etc (names depending on location). (EM-DAT 2013b)

- außertropische Stürme:

Extra-tropical cyclones in spring, autumn or winter; e.g. storm Daria, Lothar A winter storm emerges from a extra-tropical cyclone, a synoptic scale low pressure system that occurs in the middle latitudes of the Earth and is connected to fronts and horizontal gradients in temperature and dew point. A winter storm comes along with high wind speeds, gusts, thunderstorms, rain and often storm surges. (ebd.)

- Gewitter/heftige Stürme:

A severe storm or thunderstorm is the result of convection and condensation in the lower atmosphere and the accompanying formation of a cumulonimbus cloud. A severe storm usually comes along with high winds, heavy precipitation (rain, sleet, hail), thunder and lightning. (ebd.)

- Schneestürme:

A snowstorm refers to a storm, usually in the winter season, where large amounts of snow fall. If it's a severe snowstorm that meets certain criteria, such as strong winds, blowing snow and low or falling temperatures, it's called blizzard. Blizzard, ice & snow, often in North America. (ebd.)

- Sand-/Staubstürme:

A sandstorm/dust storm typically occurs in arid or semi-arid regions if high wind speeds cause the transportation of small particles like sand or fine clastic sediment by saltation and/or suspension. e.g. in deserts. (ebd.)

- Tornados:

A tornado is a rotating column of air (vortex) that emerges out of the base of a cumulonimbus cloud and has contact to the Earth's surface. Typically it forms during a severe convective storm in so-called supercells and is often visible as a funnel-shaped cloud. Tornadoes are usually short-lived, lasting on average no more than 10 minutes. They can generate wind speeds above 400 km/h and are considered the most destructive weather phenomenon. The intensity of tornadoes is assessed using the Enhanced Fujita Scale. Other names for this weather phenomenon are twister, waterspout (over open water). (ebd.)

- orographische Stürme:

Local windstorm refers to strong winds caused by regional atmospheric phenomena which are typical for a certain area. These can be katabatic winds, foehn winds, Mistral, Bora etc. (ebd.)

3.1.2.2 Umweltvertriebene

Für Grote (2008) ist die terminologische Unterscheidung sowohl zwischen freiwilligen und unfreiwilligen als auch zwischen inländischen und grenzüberschreitenden Bevölkerungsbewegungen wichtig. Daher „sollten als Umweltflüchtlinge, all jene Menschen bezeichnet werden, die aufgrund von Umweltveränderungen gezwungen sind, ihr Land zu verlassen“ (ebd., 8), wie zum Beispiel die Einwohner kleiner Inselstaaten wegen des steigenden Meeresspiegels. „Umweltvertriebene wären hingegen solche Menschen, die zwar auch aus Umweltgründen ihr Lebensgebiet verlassen mussten, sich jedoch noch in ihrem Heimatland befinden“ (ebd.), wie zum Beispiel Menschen, die wegen Überflutungen weiter ins Landesinnere fliehen müssen. Als Umweltmigranten schließlich betitelt Grote Menschen, „die zwar auch ausgelöst durch Verschlechterungen der Umwelt, aber auch aus anderen Gründen und im Wesentlichen freiwillig“ in ein anderes Land oder in eine andere Region ziehen (ebd.).

Menschen, die aufgrund plötzlich eintretender Naturkatastrophen ihre Wohngebiete verlassen, tun dies erstens unfreiwillig und zweitens legen sie dabei keine großen Distanzen zurück, sondern fliehen in der Regel zum nächstgelegenen sicheren Ort (siehe Kap. 2.4.4); das heißt, diese Art von Bevölkerungsbewegungen vollzieht sich mehrheitlich innerhalb von Staatsgrenzen. In Anlehnung an die Begriffsverwendung von Grote (2008) werden daher Menschen, die wegen Sturm- und Flutkatastrophen ihren Lebensbereich verlassen, im weiteren Verlauf dieser Arbeit als Umweltvertriebene bezeichnet. Die Verwendung des Ausdrucks „Umwelt“ erscheint in diesem Fall nicht als unangebracht, weil Sturm- und Flutkatastrophen eindeutig als Auslöser der Vertreibung identifizierbar sind (Jakobeit/Methmann 2007, 14).

3.1.2.3 Gewaltsame Konflikte

Da glücklicherweise seit einigen Jahren nur noch sehr wenige zwischenstaatliche gewaltsame Konflikte auftreten (siehe Themnér/Wallensteen 2013), konzentriert sich diese Dissertation ausschließlich auf innerstaatliche Gewalt.

Damit die Forschungsfrage unter den für das verwendete Erklärungsmodell (siehe Kap. 3.2) günstigsten Bedingungen beantwortet werden kann, sind innerstaatliche gewaltsame Konflikte recht breit definiert. Sie umfassen deshalb neben staatlichen und nicht-staatlichen bewaffneten Auseinandersetzungen auch die einseitige Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung.⁴³ Dabei werden sowohl hoch- als auch niedrigschwellige Gewaltkonflikte abgedeckt. Denn einige Forscher erwarten vor dem Hintergrund klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen vor allem (nicht-staatliche) Konflikte mit geringer Gewaltintensität (siehe Buhaug et al. 2008; Gleditsch et al. 2007). Gewaltförmige Konflikte werden in dieser Arbeit darüber hinaus disaggregiert analysiert: zum einen in den QCA-Analysen hinsichtlich der geographischen Zuordnung (siehe Kap. 4.5.4) und zum anderen in der Einzelfallstudie bezüglich der einzelnen Gewaltaktionen wie Anschlägen, Plünderungen, Ausschreitungen und gewalttätigen Demonstrationen (siehe Kap. 5.5.3).

⁴³ Die ausführlichere Definition gewaltsamer Konflikte erfolgt in den jeweiligen empirischen Kapiteln (siehe Kap. 4.5.4 und 5.5.3).

Nach dieser Eingrenzung des Forschungsgegenstandes von anthropogenen Klimaveränderungen auf eine bestimmte klimabedingte Umweltfolge und der anschließenden Klärung der Begriffsverwendung und -definition ist es nun möglich, die zentrale Forschungsfrage spezifischer zu formulieren:

Wie wirkt sich die Zuwanderung von Umweltvertriebenen auf die Gefahr der Entstehung oder Verschärfung von staatlichen bzw. nicht-staatlichen bewaffneten Auseinandersetzungen oder von einseitiger Gewalt in den Aufnahmegebieten aus und welche Bedingungen bzw. Bedingungskonstellationen spielen dabei eine gewichtige Rolle?

3.2 Theorie, Variablen und Hypothesen

Derzeit mangelt es in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über das Konfliktpotenzial klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen an theoriegeleiteten empirischen Studien (siehe Kap. 2.4.7). Die vorliegende Dissertation möchte dieses Problem in Angriff nehmen. Allerdings steht die „Theorieentwicklung in der Forschung über Umwelt, Migration und Konflikt [...] derzeit noch am Anfang“ (Engels 2011, 153). Daher soll das auf diesem Forschungsgebiet bisher am besten durchdachte und am weitesten entwickelte Erklärungsmodell den theoretischen Hintergrund dieser Arbeit bilden, nämlich die vierte Konfliktkonstellation des WBGU (2007) über umweltbedingte Migration (siehe auch Kap. 2.4.5.1).

Die Ausgangssituation in der zweiten Phase dieses Konfliktmodells ist durch das Vorliegen von Umweltvertreibung gekennzeichnet. Die Wirkung (gewaltsame Konflikte) wird durch einen oder mehrere der bereits erläuterten Mechanismen ausgelöst bzw. verschärft. Versucht man diesen Erklärungsansatz nun mit Variablen auszudrücken, so erhält man als

- unabhängige Variable: Umweltvertreibung;
- intervenierende Variablen (Schlüsselfaktoren): Ressourcenknappheit, ethnische Konflikte, ablehnende Reaktion der Zielregion, überforderte Governance-Kapazitäten, politische Instabilität;⁴⁴
- abhängige Variable: gewaltsame Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen.

⁴⁴ Die Rolle der Diaspora wird hingegen nicht analysiert, da sich diese Arbeit ausschließlich auf die Konfliktwirkungen von Binnenvertriebenen konzentriert. Die Diaspora steht aber eindeutig im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Bevölkerungsbewegungen (Safran 1991, 83).

Basierend auf dem WBGU-Modell und den daraus abgeleiteten Variablen können somit folgende Hypothesen formuliert werden:

Die erste Hypothese nimmt an, dass Umweltvertriebene untereinander oder mit den ansässigen Bewohnern um knappe Güter wie Land, Wasser und soziale Grundleistungen konkurrieren (WBGU 2007, 129). Aus der Umweltkonfliktforschung ist bekannt, dass der Wettkampf um knappe Ressourcen in bestimmten Fällen durchaus zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen führen kann (siehe Kap. 2.1). Daher lautet die erste Hypothese

H1: Wenn Umweltvertriebene untereinander oder mit der einheimischen Bevölkerung um knappe Ressourcen konkurrieren, dann erhöht sich die Gefahr gewaltsamer Konflikte in der Aufnahmeregion.

Vertriebene infolge von Sturm- und Flutkatastrophen können darüber hinaus in der Zielregion das ethnische Gleichgewicht verändern, die vorherrschende Dominanz einer einheimischen ethnischen Gruppe gefährden oder zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden und damit das Risiko gewaltsamer Konflikte vergrößern (WBGU 2007, 129). Die zweite Hypothese besagt folglich

H2: Wenn Umweltvertriebene ethnische Spannungen verursachen oder verschärfen, dann erhöht sich die Gefahr gewaltsamer Konflikte in der Aufnahmeregion.

Konfliktpotenzial birgt für den WBGU ferner ein Zustand, bei dem die Zielregion auf die Ankunft der Zuwanderer ablehnend reagiert, indem sie beispielsweise deren Rechte einschränkt, sie vom politischen Entscheidungsprozess ausschließt, keine Minderheitenrechte gewährt und diskriminierende Regulierungen erlässt (ebd., 129 f.). Somit besagt die dritte Hypothese

H3: Wenn die Aufnahmeregion ablehnend auf die Anwesenheit von Umweltvertriebenen reagiert, dann erhöht sich dort die Gefahr gewaltsamer Konflikte.

Konfliktträchtig sind für die WBGU-Forscher ebenso Situationen, in denen Umweltvertriebene die staatlichen Kapazitäten der Ankunftsgebiete überfordern. Denn es hängt vor allem von der Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit staatlicher Regierungsstrukturen ab, ob sich klimabedingte Herausforderungen zu Krisen und Konflikten entwickeln (ebd., 130, 170). Daher nimmt die vierte Hypothese an

H4: Wenn Umweltvertriebene die Governance-Kapazitäten ihrer Aufnahmeregion überfordern, dann erhöht sich dort die Gefahr gewaltsamer Konflikte.

Aus der Konfliktforschung leitet das WBGU-Modell die empirisch gefestigte Grundannahme ab, dass die Wahrscheinlichkeit innerstaatlicher Konflikte bei politisch instabilen Staaten steigt (ebd.; siehe u.a. Dixon 2009; Cederman et al. 2010a; Elbadawi/Sambanis 2002; Fearon/Laitin 2003; Hegre et al. 2001; Hegre/Sambanis 2006).⁴⁵ Daher lautet die fünfte Hypothese

H5: Wenn sich eine Aufnahmeregion in einem politisch instabilen Umfeld befindet, dann erhöht die Anwesenheit von Umweltvertriebenen die Gefahr gewaltsamer Konflikte.

Die sechste und letzte Hypothese wird nicht aus dem WBGU-Modell direkt abgeleitet. Sie trifft vielmehr eine Annahme darüber, unter welchen Umständen die obigen Hypothesen H1 bis H5 am ehesten zutreffen dürften und zielt dabei auf die Populationsgröße der Umweltvertriebenen ab. Die Bedeutung dieses Faktors hat schon Suhrke (1993) erkannt. So räumt sie in ihrer ansonsten eher skeptischen Beurteilung des Konfliktpotenzials von Umweltmigranten durchaus ein, dass *große* Bevölkerungsbewegungen sehr wohl destabilisierend wirken könnten (ebd., 15). Es wird daher angenommen, dass insbesondere eine große Anzahl von Umweltvertriebenen in den Aufnahmeregionen die Ressourcenkonkurrenz verstärkt, ethnische Konflikte auslöst oder verschärft, Ablehnungsreaktionen hervorruft, die staatlichen Kapazitäten überfordert und eine zusätzliche Belastung im Falle politischer Instabilität darstellt. Somit besagt die sechste Hypothese

H6: Die Hypothesen H1 bis H5 treffen vor allem dann zu, wenn sich eine große Anzahl von Umweltvertriebenen in der Aufnahmeregion befindet.

⁴⁵ Allerdings lassen hier die WBGU-Autoren den genauen Mechanismus im Unklaren. Denkbar wäre aber zum Beispiel, dass die Verteilung von Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und Hilfsgütern an die Überlebenden von Naturkatastrophen in einem von Konflikten geplagten Land zusätzlich erschwert wird. Zum einen durch die prekäre Sicherheitslage in manchen Gegenden und zum anderen durch die nur schlecht ausgebaute und vom Krieg teilweise zerstörte Infrastruktur (Menkhaus 2012; Wisner et al. 2004). In politisch instabilen Staaten kann es somit bei der Verteilung von Hilfsgütern aufgrund des erschwerten Zugangs zu den Aufnahmeregionen zu strukturierten Versorgungsengpässen kommen, die sich zu der in der ersten Hypothese angesprochenen, vornehmlich nachfrageinduzierten, Ressourcenknappheit hinzugesellen und damit den Ressourcenwettbewerb weiter verschärfen.

3.3 Methoden

Zur empirischen Überprüfung des WBGU-Modells wendet diese Dissertation zum einen das makro-qualitative Verfahren QCA und zum anderen die Einzelfallanalyse an.

3.3.1 Qualitative Comparative Analysis (QCA)

Ein wesentliches Forschungsdefizit in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die Konfliktwirkungen klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen besteht darin, dass die empirischen Arbeiten auf diesem Gebiet derzeit ausschließlich auf Fallstudienanalysen basieren (siehe Kap. 2.4.6.6). Die bisherigen Ergebnisse erlauben somit nur Aussagen auf der Mikroebene.

Mit der von Ragin (1987) entwickelten QCA-Methode sind hingegen Aussagen auf der Makroebene möglich (Lauth et al. 2009, 85). QCA ist ein auf den Vergleich ausgerichtetes Vorgehen (ebd., 118) und kann daher auch als eine anspruchsvolle Erweiterung der methodischen Überlegungen von Mill (1886) betrachtet werden (George/Bennet 2005, 162), der die vergleichende Politikwissenschaft mit der Entwicklung der Differenz- und Konkordanzmethode wesentlich beeinflusst hat (Lauth et al. 2009, 69). „Dabei wird ‚qualitativ‘ als bewusste Abwesenheit von einer quantitativen Logik [...] verstanden“ (ebd., 118). Ragins Verfahren ist aber keinesfalls mit qualitativen Analysen im Sinne der soziologischen Sozialforschung zu verwechseln, weil es auf die Quantifizierung seiner Ergebnisse und auf Aussagen auf der Makroebene beruht (ebd.). Ragin selbst versteht seine Methode als den Versuch, die analytische Tiefe der qualitativen Forschung mit der analytischen Breite der quantitativen Verfahren zu verbinden (Ragin 2007, 14). QCA soll hierbei jedoch nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung und Bereicherung dieser bislang existierenden Forschungsansätze verstanden werden (Lauth et al. 2009, 117). Die Methode eignet sich besonders gut für die Analyse kleiner oder mittlerer Fallzahlen sowie zur Aufdeckung der äquifinalen Kausalität (Schneider/Wagemann 2007, 21 ff.).

Es ist wichtig zu betonen, dass es *die* QCA-Methode als solche gar nicht gibt. Man hat es vielmehr mit einer Familie von Techniken zu tun (Schneider/Wagemann 2007, 20). In dieser Dissertation wird die Crisp-Set-Variante verwendet, bei der die eingehenden Variablen dichotom sein müssen. Insgesamt werden für den Zeitraum 2008 bis 2009 sechs QCA-Analysen durchgeführt. Die hierfür benötigten disaggregierten Datensätze

über Gewaltkonflikte und Umweltvertreibung sind in dieser Arbeit selbst erhoben worden (siehe Kap. 4.5.1.1. und 4.5.4). Ausgangspunkt für die Untersuchungen bilden 231 weltweite Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen (siehe Tabelle 3 und 4).

3.3.2 Einzelfallstudie (Kongruenzmethode)

Die Analyse des Forschungsstandes hat aber nicht nur ergeben, dass zukünftige Forschungsdesigns makrobasierte Methoden umfassen sollten, sondern auch, dass gleichzeitig mehr Fallstudien notwendig sind (siehe Kap. 2.4.7).

Grundsätzlich lassen sich drei Formate zur Durchführung von Fallstudien unterscheiden: der kontrollierte Vergleich, die Kongruenzmethode und die Prozessanalyse (van Evera 1997, 56). Vor dem Hintergrund der komplexen Konfliktwirkungen von Umweltvertreibung und des noch jungen Forschungsstandes auf diesem Gebiet erscheint es derzeit zu anspruchsvoll, wenn nicht sogar unmöglich, konkrete Kausalmechanismen zu entdecken und schrittweise nachzuzeichnen. Vielmehr empfiehlt es sich in dieser frühen Forschungsphase, zunächst diejenigen Bedingungen und ihre verschiedenen Konstellationen zu identifizieren, unter denen die Ankunft von Umweltvertriebenen die Gefahr gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmegebieten erhöht oder verringert. Diese Dissertation greift daher nicht auf die Prozessanalyse zurück. Dasselbe gilt für den kontrollierten Vergleich, weil die bestehenden Fallstudien zu große Mängel aufweisen (siehe Kap. 2.4.6.6). Die vorliegende Arbeit beschränkt sich daher auf die Kongruenzmethode, um eine eigene Fallstudie durchzuführen, die die Fehler der vorherigen Analysen vermeidet.

Die wesentliche Eigenschaft der Kongruenzmethode ist, dass der Forscher hier die Erklärungs- und Vorhersagekraft einer Theorie für ein bestimmtes Phänomen anhand eines konkreten Falles beurteilt (George/Bennett 2005, 181). Man kann das Vorgehen bei der Kongruenzmethode folgendermaßen beschreiben:

Working with the preexisting, the researcher establishes the value of independent and dependent variables in the case at hand, and then compares the observed value of the dependent variable with that predicted by the theory, given the observed independent variables. If the outcome of the dependent variable is consistent with the theory's prediction, then the *possibility* of a causal relationship is strengthened. (ebd., 179; Hervorhebung im Original)

Die Kongruenzmethode ist dabei insbesondere zur Durchführung von Einzelfallstudien geeignet (ebd.).⁴⁶ Diese Dissertation untersucht daher eingehend den Tropensturm Washi, der Ende 2011 über die Philippinen hinweg zog. Washi, lokal auch bekannt unter dem Namen Sendong, richtete große Verwüstung im Nordwesten der südlichen Inselgruppe Mindanao an und vertrieb fast eine halbe Million Menschen. Der Fall Sendong wird vor allem aus zwei Gründen ausgewählt:⁴⁷ erstens, weil er relativ viele Umweltvertriebene aufweist. Mit anderen Worten, man hat es hier mit Extremwerten bei der unabhängigen Variable zu tun. Sendong stellt somit einen starken Test für das WBGU-Modell dar, weil dessen Vorhersagen in einem solchen Fall eindeutig sind (siehe van Evera 1997, 79 f.). Zweitens wird Sendong ausgewählt, weil vieles darauf hinweist, dass in den Aufnahmeregionen die Schlüsselfaktoren des WBGU-Modells – Ressourcenknappheit, ethnische Konflikte, ablehnende Reaktion der Ankunftsgebiete, überforderte Governance-Kapazitäten und politische Instabilität – weitgehend erfüllt sind. Der Tropensturm stellt somit nicht nur einen starken Test, sondern obendrein einen sogenannten entscheidenden Fall unter der Perspektive des *most-likely* Designs dar (George/Bennett 2005, 121 f.). Das heißt, das Fallbeispiel bietet die günstigsten Bedingungen für das vom WBGU-Modell erwartete Ergebnis, nämlich durch Umweltvertriebene induzierte Gewaltkonflikte in den Aufnahmegebieten. „In diesem Fall wäre nicht die Existenz des Phänomens das Überraschende, sondern seine Nicht-Existenz“ (Lauth et al. 2009, 64). Dieses Vorgehen bei der Überprüfung von Hypothesen begründet sich mit dem Stand der Forschung. Gemäß Homer-Dixon (1999) wird Ersteres vom Letzteren wesentlich beeinflusst. So empfiehlt es sich auf einem noch recht jungen Forschungsgebiet – wie es die Forschung über klima- und umweltinduzierte Gewaltkonflikte darstellt –, solche Fälle zu untersuchen, die die formulierten Hypothesen auf den ersten Blick zu unterstützen scheinen (ebd., 171 f.).

This narrow focus will allow the researcher to efficiently identify conceptual errors and basic empirical weaknesses in the early hypotheses. Later, as the hypotheses become more refined and understanding of scope conditions more textured, the hypotheses can be subjected to much more rigorous analysis. (ebd., 172)

⁴⁶ Für eine ausführliche Einführung in die Kongruenzmethode siehe van Evera (1997, 58 ff.) sowie George/Bennett (2005, 181 ff.).

⁴⁷ Die Fallauswahl wird im empirischen Teil noch einmal ausführlicher begründet (siehe Kap. 5.3).

Die Einzelfallstudie besteht sowohl aus Sekundär- als auch aus Feldforschung. Die Sekundärforschung umfasst dabei die Dokumentenanalyse von zum Beispiel UN-Studien, wissenschaftlichen Arbeiten, Statistiken, Lageberichten nationaler wie auch internationaler Organisationen und NGOs, Länderanalysen politischer Stiftungen, Regierungsunterlagen sowie Presseartikeln. Die Feldstudie beinhaltet zwei Forschungsaufenthalte auf den Philippinen: eine Vorstudie in der Hauptstadt Manila und in der von Sendong schwer betroffenen Stadt Iligan City vom 7.2. bis zum 22.2.2012 sowie eine Hauptstudie in Manila, der Provinzhauptstadt Cagayan de Oro – die ebenfalls vom Tropensturm stark verwüstet wurde – und erneut in Iligan City vom 1.7. bis zum 10.8.2012. Im Rahmen des Forschungsaufenthaltes konnten zahlreiche Einzel- und Zweierinterviews sowie Gruppendiskussionen geführt werden mit u.a.

- Angestellten von UN-Organisationen,
- Mitarbeitern internationaler Organisationen und NGOs,
- Vertretern von nationalen und lokalen NGOs,
- Angestellten nationaler und lokaler Regierungsbehörden,
- Wissenschaftlern,
- Politikern,
- Journalisten,
- Vertretern der Kirche,
- Sendong-Vertriebenen,
- Bevölkerungsmitgliedern der Aufnahmeregionen,
- Camp-Managern und
- Schuldirektoren.

Die Auswahl der Interviewpartner ist hierbei bewusst breit angelegt, um ein ideologisches Gleichgewicht in den Informationen zu gewährleisten und möglichst viele verschiedene Perspektiven auf den Untersuchungsgegenstand zu erhalten (Lauth et al. 2009, 170).⁴⁸

Als Erhebungsinstrument wird bei den Gesprächen das leitfadengestützte Experteninterview eingesetzt. Experteninterviews sind eine sozialwissenschaftliche Datenerhebungsmethode, bei denen es darum geht, „dem Forscher das besondere Wissen der in die Situationen und Prozesse involvierten Menschen zugänglich zu machen“ (Glä-

⁴⁸ Die komplette Liste der zitierten Interviewpartner befindet sich im Anhang A.

ser/Laudel 2009, 13). Der Experte ist in diesem Sinne der Träger der Information über einen zu erforschenden Sachbestand (Lauth et al. 2009, 169). Seine Aussagen sind indes „*nicht als Wahrheit zu nehmen*, sondern eine Informationsgrundlage für die eigene Interpretation“ (ebd., 187; Hervorhebung im Original). Leitfadeninterviews arbeiteten mit vorgegebenen Themen und einer Liste von Fragen (dem Leitfaden), die im Gesprächsverlauf beantwortet werden sollten. Jedoch sind weder die Formulierungen noch die Reihenfolge der Fragen verbindlich, um das Interview so weit wie möglich an einen natürlichen Gesprächsverlauf anzunähern (Gläser/Laudel 2009, 42). Der Leitfaden wird also „nicht im Sinne eines standardisierten Ablaufschemas, sondern eines thematischen Tableaus verwendet“ (Meuser/Nagel 2008, 474.).⁴⁹

Die durchgeführten Interviews wurden vollständig auf Tonband aufgezeichnet und anschließend wörtlich transkribiert. Die wortgenaue Niederschrift erfolgte hierbei gemäß den Transkriptionsregeln für ein einfaches Transkriptionssystem von Dresing und Pehl (2011, 14 ff.).

Als Auswertungsmethode der Experteninterviews greift diese Dissertation auf die von Gläser und Laudel (2009) vorgestellte Variante der qualitativen Inhaltsanalyse zurück.⁵⁰ Sie setzt sich aus den vier Arbeitsschritten Extraktion, Aufbereitung, Auswertung und Interpretation zusammen. Im Mittelpunkt der qualitativen Inhaltsanalyse steht die Extraktion, das heißt das Durchsuchen des Textes auf benötigte Informationen und die Zuordnung dieser Informationen zu Kategorien. Das Kategoriensystem für die Extraktion baut auf den theoretisch abgeleiteten Einflussfaktoren und Hypothesen auf. Damit wird gewährleistet, dass die theoretischen Vorüberlegungen die Extraktion anleiten.⁵¹ In einem anschließenden Schritt werden die extrahierten Rohdaten aufbereitet, also zusammengefasst, auf Redundanzen und Widersprüche geprüft sowie sortiert. Am Ende

⁴⁹ Für eine ausführliche Einführung zum Erhebungsinstrument des leitfadengestützten Experteninterviews siehe Gläser/Laudel (2009).

⁵⁰ Sie orientiert sich an dem von Mayring (2007) entwickelten Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse (Gläser/Laudel 2009, 199).

⁵¹ Das Kategoriensystem bleibt aber während des gesamten Extraktionsprozesses offen: Falls ein Text relevante Informationen enthält, die nicht in das bestehende Kategoriensystem passen, kann es im gesamten Verlauf der Auswertung verändert werden, zum Beispiel indem es durch neue Kategorien ergänzt wird oder indem die Dimensionen existierender Kategorien verändert werden. Das Kategoriensystem entsteht also im Prozess der Extraktion. Das ist der wesentliche Unterschied zum Mayringschen Verfahren, bei dem das Kategoriensystem zwar vor der Extraktion – in einer Art Probedurchlauf durch einen größeren Teil der Erhebung – an den Besonderheiten des empirischen Materials angepasst, aber während des Extraktionsprozesses nicht mehr verändert wird. Hinzu kommt, dass bei der ex-ante-Anpassung der Mayringschen Verfahrensidee theoretisch abgeleitete Kategorien entfernt und nicht ergänzt werden, wenn sie den Informationen des Textmaterials nicht entsprechen (Gläser/Laudel 2009, 198 ff.).

der Aufbereitung steht eine strukturierte Informationsbasis, die die relevanten empirischen Informationen zu dem untersuchten Fall bündelt (ebd., 197 ff.). Diese Informationsbasis wird in der darauf folgenden Auswertung genutzt, um zu klären, welche Bedingungskonstellationen im Fall Sendong vorliegen und ob gewaltsame Konflikte im Kontext von Umweltvertreibung zu beobachten sind. Im letzten Arbeitsschritt werden die Ergebnisse der Auswertung schließlich noch interpretiert und mit den Aussagen des WBGU-Modells konfrontiert. Dabei geht es allerdings nicht darum, ob man dieses Modell verwerfen muss oder nicht, sondern inwiefern man es weiterentwickeln und spezifizieren kann, um seine Aussagekraft zu erhöhen. Der Rückgriff auf die qualitative Inhaltsanalyse bietet zwei wesentliche Vorteile: Zum einen ist das Verfahren für ein theoriegeleitetes Vorgehen sehr gut eignet. Zum anderen kann es für sich beanspruchen, eine regelgeleitete und systematische Auswertungsmethode zu sein. Ersteres, weil die Reihenfolge und das inhaltliche Vorgehen der Hauptschritte vorgegeben sind. Letzteres, weil das gesamte Material gleich behandelt wird (ebd., 204). Um die qualitative Inhaltsanalyse auch rationell gestalten zu können, wird sie computergestützt mit der Software f4analyse durchgeführt.⁵²

Eine derart konstruierte Fallstudie vermeidet die Mängel der bisher auf diesem Forschungsgebiet durchgeführten Einzelfallanalysen (siehe Kap. 2.4.6.6). So wird mit den Philippinen ein anderer Teil Asiens erforscht als Bangladesch oder Nordostindien. Zudem handelt es sich bei Sendong um ein Ereignis, das sich erst kürzlich ereignet hat. Der Tropensturm ist somit gut geeignet, um Aufschluss über das Konfliktpotenzial gegenwärtiger wie auch zukünftiger klima- und umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen zu geben. Schließlich untersucht die Einzelfallstudie die Konfliktwirkungen von ökologisch motivierten Massenwanderungen in klarer Abgrenzung zu anderen, nicht-ökologisch bedingten Bevölkerungsbewegungen, indem sie mit Sendong eine plötzlich eintretende Naturkatastrophe analysiert. Denn bei derartigen Naturkatastrophen sind, im Gegensatz zu graduellen Umweltveränderungen, klima- und umweltinduzierte Massenwanderungen recht einfach zu identifizieren.

⁵² <http://www.audiotranskription.de/f4-analyse>

3.4 Forschungsziel und Beitrag zur Forschung

Die Konfliktwirkungen von Menschen, die aufgrund von Sturm- und Flutkatastrophen ihre Wohngebiete verlassen müssen, sind bisher weitgehend unbekannt. Der Forschung in diesem Bereich mangelt es sowohl am theoretischen Zugang als auch an Theorie geleiteten empirischen Studien und somit an empirischer Evidenz (siehe Kap. 2.4.7). Dementsprechend besteht das Forschungsziel dieser Dissertation darin, das Erklärungsmodell des WBGU (2007) über umweltbedingte Migration mittels einer QCA-Analyse und einer Einzelfalluntersuchung empirisch zu überprüfen. Auf diese Weise soll geklärt werden, ob es Anzeichen für einen Zusammenhang von Umweltvertreibung und gewaltsamen Konflikten in den Aufnahmeregionen gibt sowie welche Einflussfaktoren und Bedingungskonstellationen dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Dadurch verbreitert diese Dissertation die bestehende empirische Evidenz in mehrfacher Hinsicht: Erstens ergänzt sie mit der Durchführung von QCA-Analysen die derzeit vorherrschende Mikroperspektive der Einzelfallstudien um Aussagen auf der Makroebene. Zweitens wird der Forderung nach mehr Fallstudienanalysen entsprochen. Drittens vermeidet die hier durchgeführte Einzelfallstudie die Mängel der vorherigen Untersuchungen.

Obendrein liefert diese Arbeit auch einen forschungstheoretischen Beitrag zum gegenwärtigen Forschungsstand. Denn indem sie auf theoriegeleitete empirische Studien basiert, können ihre Ergebnisse zur theoretischen Weiterentwicklung und Vertiefung der bisherigen Erklärungsmodelle herangezogen werden.

Schließlich können die Ergebnisse in den Gesamtkontext der möglichen Konfliktwirkungen der Klimaänderung eingeordnet werden und einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion leisten, ob der menschengemachte Klimawandel eine Sicherheitsbedrohung oder vielmehr eine entwicklungspolitische Herausforderung darstellt.

4 QCA-Analysen

In diesem Kapitel sollen zunächst die wichtigsten Grundlagen der QCA-Methode kurz erläutert werden – nämlich die notwendigen, hinreichenden und INUS-Bedingungen sowie die Grundprinzipien der booleschen Algebra (siehe Kap. 4.1).⁵³ ⁵⁴ Anschließend wird auf das Outcome und die Bedingungen der hier durchgeführten QCA-Analysen eingegangen sowie darauf, welche Lösungsformeln bzw. Bedingungskonstellationen die Hypothesen bestätigen und welche nicht (siehe Kap. 4.2). Nach einer kurzen Beschreibung der Untersuchungsebene (siehe Kap. 4.3) erfolgt die Erläuterung der Fallauswahl (siehe Kap. 4.4). Daran schließt sich ein Überblick über die Operationalisierung der Bedingungen und die dafür verwendeten Datensätze an (siehe Kap. 4.5). Zu guter Letzt werden sechs QCA-Analysen durchgeführt, wobei die ersten beiden die Entstehung und die letzten vier die Verschärfung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen untersuchen (siehe Kap. 4.6).

4.1 Wichtigste Grundlagen

Die hier verwendete Variante Crisp-Set QCA (csQCA) stellt kurz gesagt ein auf boolescher Algebra beruhendes Verfahren zur systematischen Analyse der in einer Wahrheitstafel enthaltenen dichotomisierten Informationen dar (Schneider 2006, 273). Das Ziel ist dabei der Test von theoretisch fundierten Hypothesen und die Ergründung von Bedingungskonstellationen. Hierbei geht es vor allem um die Identifizierung notwendiger und

⁵³ Auf das Konzept der Wahrheitstafel und ihrer Minimierung, das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt sowie das Problem widersprüchlicher Wahrheitstafelzeilen wird im weiteren Verlauf des Kapitels näher eingegangen (siehe Kap. 4.6.4.2 und 4.6.4.5).

⁵⁴ Für eine ausführliche Einführung in die QCA-Methode mit Anwendungsbeispielen siehe Schneider/Wagemann (2007, 2012).

hinreichender Bedingungen für ein abhängiges Ereignis bzw. Outcome⁵⁵ (Lauth et al. 2009, 118 ff.). Die Analyse notwendiger und hinreichender Bedingungen „bildet das Grundgerüst einer jeden QCA-Analyse“ (Schneider/Wagemann 2007, 41). „Eine Bedingung ist dann notwendig, wenn sie immer dann, wenn das Outcome vorliegt, ebenfalls vorliegt“ ($X \leftarrow Y$, gelesen: wenn Y dann X) (ebd., 37). Das heißt, dass sich in der Fallauswahl kein Fall befinden darf, bei dem das Outcome zwar vorhanden ist, die als notwendig vermutete Bedingung aber nicht (ebd.). Demgegenüber kann eine Variable „dann als hinreichend angesehen werden, wenn sie für jeden untersuchten Fall in unserer Vergleichsstudie zu dem zu untersuchenden Outcome führt“ ($X \rightarrow Y$, gelesen: wenn X dann Y) (ebd., 32). Unter den ausgewählten Fällen darf also kein einziger Fall existieren, bei dem die Bedingung zwar vorliegt, das Outcome aber nicht (ebd.).

Darüber hinaus ermöglicht eine QCA-Analyse dem Forscher, in die sogenannte kausale Komplexität einzudringen. Basierend auf der Überzeugung, dass Aspekte von Fällen in einem Gesamtkontext des Falles betrachtet werden müssen, wird kausale Komplexität verstanden als „unterschiedliche Kombinationen von kausalen Bedingungen, die in ein zu erklärendes Outcome münden“ (ebd., 15). Kausale Variablen werden also nicht, wie bei statistischen Untersuchungen, als unabhängige Konkurrenten betrachtet, sondern als unterschiedliche Bedingungen interpretiert, die sich gegenseitig in der Entfaltung ihrer Kausalwirkung bedingen und gemeinsam zur Erzeugung eines Outcomes auftreten können. Diese Art kausaler Komplexität bezeichnet man als INUS-Kausalität (ebd.): INUS-Bedingungen „sind oftmals nicht hinreichender (Insufficient) aber notwendiger (Necessary) Teil einer nicht notwendigen (Unnecessary) aber hinreichenden (Sufficient) Kombination von Bedingungen“ (ebd.; Hervorhebung im Original).

Wie bereits erwähnt, baut csQCA auf dem Konzept der booleschen Algebra auf. Bei dessen Wirkungsweise nehmen die booleschen Operatoren „Multiplikation“ und „Addition“ eine zentrale Rolle ein. Die boolesche Multiplikation entspricht dem logischen „und“. Das heißt, erst wenn zwei oder mehr Ereignisse gemeinsam vorliegen, tritt das Outcome auf. Zur Kennzeichnung der multiplizierten Bedingungen werden diese hier hintereinander aufgeführt ($A \text{ und } B = AB$). Demgegenüber entspricht die boolesche Addition dem logischen „oder“, was durch ein Pluszeichen (+) angezeigt wird ($A \text{ oder } B = A + B$). Es reicht hier also eine der Bedingungen zum Ereigniseintritt aus. Die beigefüg-

⁵⁵ Um sich deutlich von der statistischen Tradition abzugrenzen, sprechen QCA-Forscher meist von „Bedingungen“ anstelle von „unabhängigen Variablen“ und vom „Outcome“ anstatt von „abhängiger Variable“ (Schneider/Wagemann 2007, 32).

ten Buchstaben dienen zur Zustandsbeschreibung des jeweils verwendeten Phänomens. Großbuchstaben bedeuten, dass die Eigenschaft vorhanden ist, wohingegen Kleinbuchstaben anzeigen, dass sie nicht vorhanden ist (Schneider 2006, 274 f.; Lauth et al. 2009, 121 ff.).

Folgendes Beispiel einer typischen Lösungsformel einer QCA-Untersuchung soll die eben erläuterten Grundlagen verdeutlichen:

$$AB + Ac \rightarrow \text{Outcome}$$

Im Sinne der booleschen Logik besagt diese Formelgleichung, dass das Eintreten der Bedingungen A und B oder das Auftreten der Bedingung A und das Nicht-Auftreten der Bedingung C das Outcome hervorrufen. Die Bedingung A ist hierbei eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung. Die Faktoren B und c sind jeweils weder notwendig noch hinreichend, sondern eine INUS-Bedingung.

Die Stärke von csQCA und den anderen QCA-Techniken liegt neben ihrer Einsetzbarkeit für die Analyse mittlerer Fallzahlen vor allem in ihrer mengentheoretischen Perspektive. Das bedeutet, mit der Methode kann man notwendige und hinreichende Bedingungen in komplexen Kausalstrukturen herausarbeiten. Ein Nachteil des QCA-Verfahrens ist, dass nur eine sehr begrenzte Anzahl an erklärenden Variablen einbezogen werden kann, weil die Zahl der möglichen Kombinationen sonst schnell unübersichtlich und nicht mehr handhabbar wird (siehe auch Kap. 4.2). Als weiteres Manko erweist sich das Auftreten der begrenzten empirischen Vielfalt sowie die Existenz widersprüchlicher Fälle. Beide Phänomene führen zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Durchführung von QCA-Analysen. Die begrenzte empirische Vielfalt beschreibt das Problem der fehlenden empirischen Information bei logisch möglichen Bedingungskonstellationen. Widersprüchliche Fälle weisen eine identische Konfiguration von Bedingungen auf, aber ein unterschiedliches Ergebnis (Lauth et al. 2009, 127 f.; siehe auch Kap. 4.6.4.2 und 4.6.4.5). Hinzu kommt ein großer Nachteil von csQCA im Besonderen, nämlich die dichotome Ausprägung der Variablen, was einen „nicht unerheblichen Informationsverlust [erzeugt], da graduelle Merkmale sozusagen ‚niedergeplättet‘ werden“ (Lauth et al. 2009, 127).

4.2 Outcome, Bedingungen und Bedingungskonstellationen

Das Outcome der QCA-Untersuchungen entspricht der aus dem WBGU-Modell abgeleiteten abhängigen Variable (siehe Kap. 3.2); das ist die Entstehung oder Verschärfung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen.

Die ersten drei QCA-Bedingungen können von den im vorherigen Kapitel aufgestellten Hypothesen (siehe Kap. 3.2) hergeleitet werden:

Die Hypothese H1 besagt, dass sich die Gefahr gewaltsamer Konflikte in den Ankunftsgebieten erhöht, wenn Umweltvertriebene untereinander oder mit der einheimischen Bevölkerung um knappe Ressourcen konkurrieren. Eine derartige Konkurrenzsituation sollte dabei gerade in solchen Gebieten zu beobachten sein, die bereits vor der Ankunft von Umweltvertriebenen unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit leiden (WBGU 2007, 129). Somit lautet die erste QCA-Bedingung: nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit in der Aufnahmeregion (Bedingung R).

Die Hypothese H2 vermutet ein erhöhtes Gewaltisiko in den Zielregionen, wenn Umweltvertriebene dort ethnische Konflikte verursachen oder verschärfen. Die empirischen Befunde über die Konfliktwirkungen umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen deuten daraufhin, dass Zuwanderer eher bestehende ethnische Spannungen verstärken als neue hervorrufen, und zwar insbesondere in solchen Regionen, in denen die ethnischen Beziehungen historisch vorbelastet sind (siehe Kap. 2.4.6). Die zweite Bedingung für die QCA-Analysen sind daher tief verwurzelte ethnische Spannungen in der Aufnahmeregion (Bedingung E).

Weil sich Governance-Kapazitäten sowohl auf die Bearbeitung von klima- und umweltinduzierten Problemstellungen als auch auf die Möglichkeiten der friedlichen Konfliktbearbeitung auswirken (Carius et al. 2008, 17), behauptet die vierte Hypothese, dass sich die Gefahr von Gewaltkonflikten in den Zielgebieten erhöht, wenn Umweltvertriebene die Handlungskapazitäten staatlicher Institutionen überfordern. Eine derartige Konfliktkonstellation dürfte dabei gerade in solchen Regionen zu beobachten sein, die sich in Staaten mit bereits geringen Governance-Kapazitäten befinden. Somit lautet die dritte Bedingung: Die Aufnahmeregion ist in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten verortet (Bedingung G).

Demgegenüber können die beiden letzten Bedingungen – Aufnahmeregion befindet sich in einem politisch instabilen Umfeld (Bedingung I) und Aufnahmeregion beher-

bergt eine große Anzahl von Umweltvertriebenen (Bedingung U) – direkt aus den Hypothesen H5 und H6 entnommen werden.

Aus methodischen Gründen ist hier die Anzahl der Bedingungen auf fünf begrenzt,⁵⁶ und zwar auf die Einflussfaktoren, die sich für eine QCA-Analyse am besten operationalisieren lassen. Deshalb wird die dritte Hypothese (ablehnende Reaktion der Zielregion) in diesem Kapitel nicht überprüft.

Basierend auf dem obigen Verständnis von notwendigen, hinreichenden und INUS-Bedingungen kann die Hypothese H1 (bzw. H2, H4, H5) als bestätigt betrachtet werden, wenn die Bedingung R (bzw. E, G, I) in den QCA-Analysen für das Auftreten des Outcomes *eine* der folgenden Konstellationen erfüllt:

- R (bzw. E, G, I) ist in den Aufnahmegebieten von Umweltvertriebenen eine notwendige Bedingung für das Auftreten des Outcomes:⁵⁷

$$R \leftarrow \text{Outcome}$$

- R (bzw. E, G, I) ist hinreichend, aber nicht notwendig für den Ereigniseintritt. Das heißt, die Bedingung R (bzw. E, G, I) kann das Outcome alleine erzeugen, es gibt daneben aber noch weitere Pfade zum Outcome, die die Bedingung R (bzw. E, G, I) nicht enthalten (Schneider 2006, 278):

$$R + EG \rightarrow \text{Outcome}$$

- R (bzw. E, G, I) ist weder notwendig noch hinreichend, sondern eine INUS-Bedingung. Das bedeutet, die Bedingung R (bzw. E, G, I) erzeugt nur dann das Outcome, wenn sie in Kombination mit anderen Bedingungen auftritt. Daneben existieren weitere Pfade zum Outcome, die R (bzw. E, G, I) nicht enthalten. Dennoch ist R (bzw. E, G, I) kausal relevant für das Outcome (ebd.):

$$RE + GI \rightarrow \text{Outcome}$$

Dementsprechend kann die Hypothese H1 (bzw. H2, H4, H5) nicht bestätigt werden, wenn die Bedingung R (bzw. E, G, I) keine der obigen Konstellationen erfüllt, also wenn sie in den Lösungsformeln für das Auftreten des Outcomes nicht erscheint. Die Bedingung R (bzw. E, G, I) ist dann kausal nicht relevant.

⁵⁶ Denn bei einer QCA-Analyse steigt die Anzahl der möglichen Konfigurationen mit der Zahl der Bedingungen exponentiell an, was das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt verschärft (Schneider/Wagemann 2007, 47, 101 ff.; siehe auch Kap. 4.6.4.2).

⁵⁷ Die drei folgenden beispielhaft aufgeführten Lösungsterme beziehen sich alle nur auf die Bedingung R.

Schließlich kann die Hypothese H6 als bestätigt betrachtet werden, wenn auf die Bedingung U eine der drei folgenden Konstellationen zutrifft:

- U ist in den Aufnahmegebieten von Umweltvertriebenen zusammen mit mindestens einer der anderen Bedingungen R, E, G und I notwendig für das Auftreten des Outcomes. Ein mögliches Beispiel wäre folgende Lösungsformel:

$$UR \leftarrow \text{Outcome}$$

- Die Kombination von U mit R, E, G und/oder I ist hinreichend, aber nicht notwendig für den Ereigniseintritt. U kann das Outcome also nur zusammen mit mindestens einer der anderen Bedingungen R, E, G und I erzeugen, es gibt daneben aber noch weitere Pfade zum Outcome, die diese Bedingungskonstellation nicht enthalten. Ein möglicher Ausdruck ist:

$$UR + GI \rightarrow \text{Outcome}$$

- Die Kombination von U mit R, E, G und/oder I ist weder notwendig noch hinreichend, sondern eine INUS-Bedingung. Das heißt, das Zusammenspiel von U mit mindestens einer der Bedingungen R, E, G und I erzeugt nur dann das Outcome, wenn gleichzeitig mindestens eine der übrigen Bedingungen nicht auftritt. Darüber hinaus existieren weitere Pfade zum Outcome, die diese Bedingungskonstellation nicht enthalten.

$$UR_e + GI \rightarrow \text{Outcome}$$

Dementsprechend kann die Hypothese H6 nicht bestätigt werden, wenn U keine der obigen Konstellationen erfüllt.

4.3 Untersuchungsebene

Wie man schon anhand der Bedingungen und des Outcomes erkennen kann, ist die Hauptuntersuchungseinheit dieser Dissertation die regionale Ebene. Denn „civil conflicts are by definition sub-national events, and the fighting rarely spans entire countries” (Buhaug/Lujala 2005, 403). Dasselbe gilt für Umweltvertreibung: Sturm- und Flutkatastrophen erschüttern selten ein ganzes Land, sondern sind lokal begrenzt. Gleichzeitig weisen die Betroffenen eine nur geringe Mobilität auf (siehe Kap. 2.4.4). Buhaug und Rød (2006) erinnern daran, dass sich auch die ethnischen, ökonomischen

und sozialen Bedingungen regional stark unterscheiden können (ebd., 316). Sie plädieren dafür, dass

whenever we investigate theories of civil war that have an element of geography, we should seriously consider abandoning the habitual country level of analysis in favor of a disaggregated approach. (ebd.)

Daher werden in dieser Arbeit das Outcome sowie die Bedingungen „Umweltvertreibung“, „Ressourcenknappheit“, „ethnische Spannungen“ und „politische Instabilität“ (im Sinne einer bestehenden Konfliktgeschichte (siehe Kap. 4.5.3)) auf regionaler Ebene gemessen, das heißt auf der ersten Verwaltungsebene.

Bei einigen Einflussfaktoren wie dem Regimetyp macht es allerdings nur dann Sinn, sie in die Analyse einzubeziehen, wenn man sie auf der nationalen Analyseebene untersucht (Buhaug/Rød 2006, 318). Deshalb wird die Governance-Kapazität und die politische Instabilität (im Sinne eines erst kürzlich erfolgten Regimewechsels (siehe Kap. 4.5.3)) auf nationaler Ebene erfasst. Damit wird die obige sub-nationale Hauptuntersuchungseinheit (erste Verwaltungsebene) um eine nationale Analyseebene ergänzt.

4.4 Fallauswahl

4.4.1 Vorbemerkung

Ausgehend vom Outcome der QCA-Untersuchungen wären Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen ideale Fallkandidaten. Jedoch existieren bislang keinerlei Datensätze über solche Aufnahmeregionen. Es gibt lediglich Informationen über die von Naturkatastrophen betroffenen Regionen, also die Herkunftsgebiete (siehe Kap. 4.5).

Die Fallauswahl für die QCA-Analysen konzentriert sich aufgrund dieses Datenmangels somit auf die von Sturm- und Flutkatastrophen betroffenen ersten Verwaltungsebenen. Dies mag unter theoretischer Perspektive auf den ersten Blick als problematisch erscheinen. In der Realität verschwimmen aber die Grenzen zwischen Ursprungs- und Zufluchtsort. Denn da mit der ersten Verwaltungsebene eine geographisch immer noch recht große Untersuchungseinheit ausgewählt wird und Umweltvertriebene außerdem nur eine geringe Mobilität aufweisen (siehe Kap. 2.4.4), sind Herkunftsregionen in den meisten Fällen gleichzeitig auch Ankunftsgebiete. Indem man also Ursprungsregionen analysiert, untersucht man de facto auch Aufnahmeregionen.

4.4.2 Kriterien der Fallauswahl

Vor dem Hintergrund der gewählten Hauptuntersuchungsebene (siehe Kap. 4.3) bilden die ersten Verwaltungsebenen die Grundlage für die Fallauswahl. Um nun als Fall für die QCA-Analysen aufgenommen zu werden, hat eine erste Verwaltungsebene folgende drei Kriterien zu erfüllen:

Erstens muss sie im Jahr 2008 oder 2009 von einer Sturm- oder Überschwemmungskatastrophe getroffen worden sein, die mindestens 5 000 Menschen in einem Land vertrieben hat. Hierbei handelt es sich schlicht um eine Bagatellgrenze, da man annehmen kann, dass bei Naturkatastrophen, die in keinem Land mehr als 5 000 Umweltvertriebene zur Folge haben, die Gruppe der Neuankömmlinge in den Aufnahme-Regionen zu klein ist, als dass sie in irgendeiner Weise die Gefahr gewaltsamer Konflikte wesentlich beeinflussen könnte.

Die QCA-Analysen sollen sich – ähnlich wie die Fallstudie – auf die entscheidenden Fälle unter der Perspektive des *most-likely* Designs konzentrieren, also auf solche Fälle, die die günstigsten Bedingungen für das vom WBGU-Modell erwartete Phänomen bieten (siehe Kap. 3.3.2). Aus diesem Grund zielen die beiden anderen Kriterien darauf ab, solche Fallregionen auszuwählen, die gegenüber dem Klimawandel und seinen gesellschaftlichen Auswirkungen besonders verwundbar sind.

Die betroffenen Regionen müssen sich daher zweitens in Ländern befinden, die sich in der Rangliste des Climate Risk Index (CRI) für den Zeitraum von 1990 bis 2008 unter den ersten 50 Staaten befinden (siehe Harmeling 2009, 15 ff.). Der CRI von Germanwatch zeigt, in welchem Ausmaß Staaten von den Auswirkungen extremer Wetterereignisse wie Stürmen, Überflutungen und Dürren betroffen sind (ebd., 2 ff.). Als Indikatoren dienen hierbei die Zahl der Todesopfer und die unmittelbaren ökonomischen Verluste. Die Verwendung wirtschaftlicher Schäden als Gradmesser für die Betroffenheit hat allerdings zur Folge, dass die Verwundbarkeit entwickelter Staaten überschätzt wird (ebd., 13 f.).⁵⁸

Um zu vermeiden, dass entwickelte und deshalb vom Klimawandel am wenigsten gefährdete Regionen Eingang in die QCA-Analysen finden, wird auf einen zweiten Indikator für Klimaanfälligkeit zurückgegriffen, nämlich auf den Index für menschliche

⁵⁸ Das erklärt, warum einige europäische Staaten und die USA einen recht hohen CRI haben. Das ist für die Fallauswahl dieser Arbeit jedoch problematisch, da man nur schwer behaupten kann, dass diese Länder gegenüber den gesellschaftlichen Folgen der Erderwärmung besonders anfällig sind.

Entwicklung (HDI). Es werden daher drittens nur die Verwaltungsebenen ausgewählt, die zu den Staaten mit einem mittleren oder niedrigen HDI in 2007 gehören (UNDP 2009, 171 ff.). Der von den UN entwickelte HDI zeigt die Lebensbedingungen in den verschiedenen Staaten anhand der drei Dimensionen Gesundheit (Lebenserwartung bei der Geburt), Bildung (durchschnittliche Schulbesuchsdauer und voraussichtliche Schulbesuchsdauer) und Lebensstandard (Bruttonationaleinkommen pro Kopf) an (UNDP 2013a).

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden: Die Fallauswahl beschränkt sich auf solche erste Verwaltungsebenen,

- die im Jahr 2008 oder 2009 von einer Sturm- oder Flutkatastrophe betroffen waren, die in einem Land mindestens 5 000 Menschen vertrieben hat;
- die sich in einem Staat mit einem hohen CRI befinden (CRI-Platzierung 1990-2008 ≤ 50) und
- die einem Land angehören, das einen mittleren oder niedrigen HDI-Wert besitzt.

Wie bereits erwähnt, haben diese Kriterien eine verzerrte Fallauswahl zur Folge: Es werden gezielt solche Fälle ausgewählt, die die günstigsten Voraussetzungen für die Vorhersagen des WBGU-Modells schaffen. Diese Vorgehensweise ist, wie schon bei der Einzelfallstudie (siehe Kap. 3.3.2), durch den immer noch jungen Forschungsstand gerechtfertigt. Denn in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist weiterhin ungeklärt, ob es überhaupt einen Zusammenhang von Umweltvertreibung und gewaltsamen Konflikten gibt (siehe Kap. 2.4). In einer solchen Situation macht es daher Sinn, zunächst die entscheidenden Fälle zu untersuchen (Homer-Dixon 1999, 171 f.), also derartige Fälle, bei denen das Outcome am ehesten vorkommen müsste. Tritt das Ereignis dann tatsächlich ein, kann das Erklärungsmodell als vorerst bestätigt betrachtet werden und es empfiehlt sich, fortan solche Fälle näher zu analysieren, die weniger günstige Voraussetzungen für das Modell bieten. Tritt das Outcome jedoch selbst unter den günstigsten Bedingungen nicht auf, so ist das ein starker Hinweis darauf, dass der Erklärungsansatz in seiner jetzigen Form unzureichend ist und weiterentwickelt werden muss.

Als Nächstes müsste an dieser Stelle nun die konkrete Auswahl der Fälle aus einem bestehenden Falluniversum erfolgen. Es liegt jedoch kein Datensatz über die Zahl der Umweltvertriebenen in den von Naturkatastrophen betroffenen ersten Verwaltungsebenen vor. Deshalb wird ein solcher Datensatz eigens für die QCA-Analysen selbst er-

stellt, und zwar im Hinblick auf die drei eben vorgestellten Kriterien zur Fallauswahl. Der folgende Abschnitt beschreibt ausführlich diesen Prozess der Datengenerierung.

4.5 Operationalisierung und Daten

4.5.1 Umweltvertreibung

4.5.1.1 Datensatz über Umweltvertreibung (DUvV)

Den Ausgangspunkt für die selbst generierte disaggregierte Datenbank über Umweltvertreibung in 2008 und 2009 bilden die Daten des IDMC über katastrophenbedingte Vertreibung (siehe IDMC/OCHA 2009; IDMC 2011a, b). Die IDMC-Forscher schätzen für jede von EM-DAT seit 2008 aufgeführte Sturm- oder Flutkatastrophe jeweils ein, wie viele Menschen diese in einem Land vertrieben hat. Die Anzahl der Umweltvertriebenen wird hier also nicht den Regionen, sondern den einzelnen Naturkatastrophen samt dem betroffenen Land zugeordnet. EM-DAT wiederum führt zu den einzelnen Naturkatastrophen die jeweils in Mitleidenschaft gezogenen Regionen auf. Durch die Kombination dieser Datenbanken von IDMC und EM-DAT kann man nun mittels des für Geoinformationssysteme (GIS) entwickelten Geo-Datensatzes Admin98 (siehe ESRI 2013) für jede betroffene Region in 2008 und 2009 die Zahl der Umweltvertriebenen schätzen.

Folgendes Beispiel soll die konkrete Vorgehensweise bei der eigenen Datenerhebung verdeutlichen: Die IDMC-Daten enthüllen, dass eine Überschwemmung auf den Philippinen am 4.9.2008 insgesamt mehr als 350 000 Menschen vertrieben hat (IDMC/OCHA 2009, 22). Mithilfe der Angaben über den Zeitpunkt und über das betroffene Land kann anhand der EM-DAT-Onlinedatenbank die unverwechselbare Kennzahl dieser Überschwemmung (Nummer 622) identifiziert werden (siehe EM-DAT 2013d). Mit dieser Kennzahl findet man die Flutkatastrophe im EM-DAT-Rohdatensatz schnell wieder (siehe EM-DAT 2010). Er enthält im Gegensatz zur Onlinedatenbank die vollständigen Informationen zu den heimgesuchten Gebieten und Regionen einer jeden Katastrophe. Für die Überschwemmung am 4.9. weisen die EM-DAT-Rohdaten die Provinzen Cotabato, Shariff Kabunsuan und Maguindanao als betroffene Gebiete aus. Diese lassen sich mittels des Geo-Datensatzes Admin98 den ersten Verwaltungsebenen Süd- und Zentralmindanao zuordnen. Da über die Verteilung der 350 000 Vertriebenen keine In-

formationen vorliegen, wird angenommen, dass sie sich gleichmäßig über die in Mitleidenschaft gezogenen Regionen verteilen. Dank dieser Datenverknüpfung kann also nun geschätzt werden, dass die Überschwemmung auf den Philippinen Anfang September jeweils 175 000 Menschen in Süd- und Zentralmindanao vertrieben hat. Geht man auf diese Art und Weise bei allen von IDMC für 2008 und 2009 aufgeführten Sturm- und Überschwemmungskatastrophen vor – die mindestens 5 000 Menschen in einem Land mit einem hohen CRI und zugleich mittlerem oder niedrigem HDI vertrieben haben –, so erhält man eine Liste von Naturkatastrophen samt den dazugehörigen betroffenen ersten Verwaltungsebenen und der darin geschätzten Anzahl von Umweltvertriebenen (siehe Bernath 2015a). Da eine Region aber von mehreren Naturkatastrophen im Jahr heimgesucht werden kann, wird diese Liste nach den betroffenen Verwaltungsebenen geordnet und die Zahl der Umweltvertriebenen zusammengefasst.⁵⁹ Auf diese Weise erhält man einen **Datensatz** über die geschätzte Gesamtanzahl von **Umweltvertriebenen** in den von Sturm- und Flutkatastrophen betroffenen ersten **Verwaltungsebenen** für die beiden Jahre 2008 und 2009 (DUvV) (siehe ebd.). Für den oben zur Illustration aufgegriffenen Inselabschnitt Südmindanao besagt der DUvV zum Beispiel: Die Region litt nicht nur unter der Überschwemmung Anfang September, sondern zusätzlich noch unter zwei weiteren Naturkatastrophen – einem tropischen Wirbelsturm (Kennziffer 249) und einer weiteren Überflutung (Kennziffer 77) –, die über 291 000⁶⁰ bzw. über 29 000⁶¹ Umweltvertriebene zur Folge hatten. Insgesamt wurden in der Verwaltungsebene Südmindanao in 2008 also fast eine halbe Million Menschen vertrieben.

An dieser Stelle ist es wichtig nochmals zu betonen, dass man weiterhin nicht sicher weiß, *wohin* diese Menschen vertrieben wurden. Darüber liefert DUvV keine genauen Informationen. Es ist jedoch plausibel anzunehmen, dass Umweltvertriebene ihre Heimatregion in der Regel nicht verlassen, da sie nur den nächstgelegenen sicheren Ort aufsuchen, um sobald wie möglich in ihre angestammten Wohngebiete zurückzukehren. Herkunftsregionen sind somit auch gleichzeitig Zielregionen (siehe Kap. 4.4.1) und der DUvV ist daher de facto ebenso ein Datensatz über die Anzahl der Umweltvertriebenen in den Aufnahmegebieten. Allerdings wird diese Zahl dabei überschätzt: zum einen,

⁵⁹ Dabei werden die ersten Verwaltungsebenen aus dem Jemen sowie die Region Grand Anse in Haiti aus dem Datensatz entfernt, da es zu diesen Gebieten im Admin98-Datensatz keine Informationen über die Bevölkerungsgröße gibt. Diese Angaben werden aber bei der später folgenden Operationalisierung der sechsten Hypothese benötigt (siehe Kap. 4.5.1.2)

⁶⁰ $2\,039\,155 \text{ (Anzahl der vom Wirbelsturm (249) vertriebenen Menschen auf den Philippinen)} : 7 \text{ (Anzahl der vom Wirbelsturm (249) betroffenen ersten Verwaltungsebenen)} = 291\,308$ (geschätzte Zahl der vom Wirbelsturm (249) vertriebenen Menschen pro betroffener Verwaltungsebene).

⁶¹ $205\,974 : 7 = 29\,425$

weil manche Betroffene durchaus Zuflucht in angrenzenden Regionen gefunden haben dürften und zum anderen, da bei mehreren Naturkatastrophen pro Jahr davon auszugehen ist, dass die Umweltvertriebenen des ersten Wetterunglücks bereits teilweise wieder heimgekehrt waren, bevor die Überlebenden der nachfolgenden Katastrophe eintrafen.

Schließlich soll noch einmal auf die Fallauswahl zurückgekommen werden. Da der DUvV mit Blick auf die Kriterien für die Auswahl der Fälle generiert wurde (siehe Kap. 4.4.2), legt dieser Datensatz gleichzeitig auch die Untersuchungseinheiten der QCA-Analysen fest. Für das Jahr 2008 listet er 139 Fälle auf, während für das darauffolgende Jahr 92 Untersuchungseinheiten aufgeführt sind (siehe Tabelle 3 und 4).

Bangladesh	35 La Paz	72 Sumatera Utara	104 Manus
1 Rajshahi	36 Lempira	Madagascar	105 Milne Bay
China	37 Ocotepeque	73 Antananarivo	106 Morobe
2 Anhui	38 Olancho	74 Fianarantsoa	107 New Ireland
3 Fujian	39 Santa Barbara	75 Mahajanga	108 Northern Solomons
4 Guangdong	40 Valle	76 Toamasina	109 West Sepik
5 Guangxi	41 Yoro	77 Toliara	Philippines
6 Guizhou	India	Mozambique	110 Bicol
7 Hainan	42 Arunachal Pradesh	78 Nampula	111 Cagayan Valley
8 Hubei	43 Assam	79 Sofala	112 Central Luzon
9 Hunan	44 Bihar	80 Zambezia	113 Central Mindanao
10 Jiangxi	45 Goa	Myanmar	114 Central Visayas
11 Shaanxi	46 Gujarat	81 Irrawaddy	115 Cordillera Administrative Region
12 Sichuan	47 Haryana	82 Karen State	116 Eastern Visayas
13 Yunnan	48 Himachal Pradesh	83 Kayah State	117 Ilocos
14 Zhejiang	49 Karnataka	84 Mon	118 Northern Mindanao
Guatemala	50 Kerala	85 Pegu	119 Southern Mindanao
15 Alta Verapaz	51 Madhya Pradesh	86 Rangoon	120 Southern Tagalog
16 Huehuetenango	52 Maharastra	Nepal	121 Western Visayas
17 Izabal	53 Orissa	87 Bheri	Thailand
18 Peten	54 Punjab	88 Kosi	122 Chumphon
19 Quiche	55 Rajasthan	89 Mahakali	123 Nakhon Si Thammarat
20 Zacapa	56 Tamil Nadu	90 Rapti	124 Narathiwat
Haiti	57 Uttar Pradesh	91 Sagarmatha	125 Pattani
21 Artibonite	58 West Bengal	92 Seti	126 Phatthalung
22 Centre	Indonesia	Nicaragua	127 Songkhla
23 Ouest	59 Aceh	93 Chinandega	128 Surat Thani
24 Sud	60 Bali	94 Esteli	129 Trang
25 Sud-Est	61 Bengkulu	95 Granada	130 Yala
Honduras	62 Jakarta Raya	96 Leon	Vietnam
26 Atlantida	63 Jawa Barat	97 Madriz	131 Bac Thai
27 Choluteca	64 Jawa Tengah	98 Managua	132 Ha Giang
28 Comayagua	65 Jawa Timur	99 Rivas	133 Lai Chau
29 Copan	66 Kalimantan Barat	Pakistan	134 Lao Cai
30 Cortes	67 Maluku	100 Baluchistan	135 Quang Ninh
31 El Paraiso	68 Riau	101 North-West Frontier Province	136 Son La
32 Fco. Morazan	69 Sulawesi Selatan	Papua New Guinea	137 Tuyen Quang
33 Gracias a Dios	70 Sulawesi Tengah	102 East Sepik	138 Vinh Phu
34 Intibuca	71 Sulawesi Utara	103 Madang	139 Yen Bai

Tabelle 3: Fallauswahl 2008

Quelle: Eigene Darstellung

Bangladesh	30 Bihar	60 Nakhon Si Thammarat
1 Barisal	31 Gujarat	61 Narathiwat
2 Chittagong	32 Karnataka	62 Pattini
3 Khulna	33 Kerala	63 Phatthalung
China	34 Maharashtra	64 Songkhla
4 Anhui	35 Orissa	65 Surat Thani
5 Fujian	36 West Bengal	66 Yala
6 Guangdong	Mozambique	Taiwan
7 Guangxi	37 Zambezai	67 Chiayi
8 Hubei	Nepal	68 Hualien
9 Hunan	38 Bheri	69 Kaohsiung
10 Jiangsu	39 Dhawalagiri	70 Nantou
11 Jiangxi	40 Karnali	71 Pingtung
12 Sichuan	41 Mahakali	72 Taichung
13 Yunnan	42 Rapti	73 Tainan
14 Zheijiang	43 Seti	74 Taitung
El Salvador	Pakistan	Vietnam
15 Cabanas	44 North-West Frontier Province	75 Bac Thai
16 Cuscatlan	Philippines	76 Binh Dinh
17 La Libertad	45 Bicol	77 Cao Bang
18 La Paz	46 Cagayan Valley	78 Dac Lac
19 San Salvador	47 Central Luzon	79 Gia Lai
20 San Vicente	48 Central Mindanao	80 Ha Giang
21 Usulután	49 Central Visayas	81 Ha Tinh
Fiji	50 Cordillera Administrative Region	82 Khanh Hoa
22 Fiji	51 Eastern Visayas	83 Kon Tum
Haiti	52 Ilocos	84 Lai Chau
23 Artibonite	53 National Capital Region	85 Lam Dong
24 Centre	54 Northern Mindanao	86 Ninh Thuan
25 Nord	55 Southern Mindanao	87 Phu Yen
26 Ouest	56 Southern Tagalog	88 Quang Binh
27 Sud	57 Western Mindanao	89 Quang Nam-Da Nang
India	58 Western Visayas	90 Quang Tri
28 Andhra Pradesh	Thailand	91 Quanh Ngai
29 Assam	59 Chumphon	92 Thua Thien Hue

Tabelle 4: Fallauswahl 2009
Quelle: Eigene Darstellung

4.5.1.2 Operationalisierung von H6

Da der Admin98-Geodatenatz in seiner Attributtabelle Informationen zu der Einwohnerzahl der ersten Verwaltungsebenen liefert, kann nun der Bevölkerungsanteil der Umweltvertriebenen in der jeweiligen Verwaltungsebene berechnet werden. In dem Beispiel von Südmindanao beträgt dieser Anteil für das Jahr 2008 rund elf Prozent (siehe Bernath 2015a).⁶²

Die in der Hypothese H6 beschriebene große Anzahl von Umweltvertriebenen in einer Aufnahmeregion (Bedingung U) wird nun dadurch definiert, dass der Anteil der

⁶² 495 733 (Gesamtzahl der Umweltvertriebenen in Südmindanao im Jahr 2008) : 4 457 000 (Einwohnerzahl Südmindanaos) = 0,1112 ≈ 0,11.

Umweltvertriebenen an der Gesamtbevölkerung einer ersten Verwaltungsebene größer oder gleich dem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil dieser Vertriebenen in allen der im DUvV aufgeführten Verwaltungsebenen ist. Dieser beträgt für die 139 Fälle des Jahres 2008 drei Prozent und für die 92 Untersuchungseinheiten im Jahr 2009 ein Prozent (siehe ebd.).

4.5.2 Ressourcenknappheit und ethnische Spannungen

Ein naheliegender Proxy für nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit ist das Bevölkerungswachstum. Allerdings berücksichtigt es nicht das Gesamtniveau, von dem es ausgeht. So dürfte eine kleine Bevölkerung, die zum Beispiel um drei Prozent zunimmt, weniger unter Ressourcenmangel zu leiden haben als eine große, mit demselben Tempo wachsende Bevölkerung. Ein Indikator für nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit sollte also die absolute Einwohnerzahl einbeziehen. Dabei ist anzunehmen, dass vor allem eine große Bevölkerung auf engem Raum den Wettbewerb um natürliche Ressourcen verschärft, da in kleinen Lebensräumen grundsätzlich weniger Ackerland, Wasser, Fischgründe und Wohnfläche vorhanden ist als in großen. Als Proxy für nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit in einer Verwaltungsebene (Bedingung R) verwendet die vorliegende Arbeit daher eine hohe regionale Bevölkerungsdichte. Sie hat sich in zahlreichen sub-nationalen Analysen bewährt (siehe u.a. Buhaug et al. 2011; Hegre et al. 2009; Melander/Sundberg 2010; Raleigh/Hegre 2009; Raleigh/Urdal 2007; Theisen et al. 2009; Urdal 2008; Weidmann et al. 2007).⁶³ Zudem sind die Daten über regionale Bevölkerungsdichten leicht verfügbar.⁶⁴ Da der Admin98-Datensatz nicht nur Informationen zu der Einwohnerzahl beinhaltet, sondern auch zu der Fläche der jeweiligen Verwaltungsebene (siehe ESRI 2013), können daraus nämlich die entsprechenden Bevölkerungsdichten der ersten Verwaltungsebenen problemlos errechnet werden (siehe Bernath 2015a). Eine hohe regionale Bevölkerungsdichte ist nun dadurch definiert, dass die Bevölkerungsdichte einer Verwaltungsebene größer gleich ist als die durchschnittli-

⁶³ Einige davon benutzen sie ebenso als Anzeiger für Ressourcenmangel. Die Studien stellen dabei fest, dass eine hohe regionale Bevölkerungsdichte mit gewaltsamen Konflikten korreliert (siehe u.a. Hauge/Ellingsen 1998; Melander/Sundberg 2010; Weidmann et al. 2007).

⁶⁴ Es gibt noch ausgefeiltere Indikatoren für nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit wie die Pro-Kopf-Verfügbarkeit an fruchtbarem Land oder die Kombination aus hoher Bevölkerungsdichte und hohem Bevölkerungswachstum (siehe u.a. Raleigh/Urdal 2007; Urdal 2005, 2008). Solche Indikatoren gehen jedoch zulasten der Einfachheit, Validität und Datenverfügbarkeit.

che Bevölkerungsdichte aller ersten Verwaltungsebenen des globalen Admin98-Datensatzes, die 253,16 Einwohner pro km² beträgt.⁶⁵

Hinsichtlich der Anfälligkeit für ethnische Konflikte vertreten zahlreiche Autoren die Meinung, dass diese insbesondere durch die ethnische Heterogenität bzw. Polarisierung erhöht wird (siehe u.a. Ellingsen 2000; Montalvo/Reynal-Querol 2003; Reynal-Querol 2002). In ihrer diesbezüglichen Literaturübersicht verdichtet sich für die WBGU-Forscher allerdings die Einschätzung, dass „kulturelle und ethnische Differenzen nicht notwendigerweise das Konfliktrisiko erhöhen“ (WBGU 2007, 38). Nach Ansicht anderer Forschungsarbeiten ist hierfür vielmehr die Dominanz einer ethnischen Gruppe entscheidend (siehe u.a. Blimes 2006; Collier/Hoeffler 2004; Collier et al. 2003). Dixon (2009) stellt im Zuge seiner Rezension der Forschungsliteratur fest: „There are several findings that point towards an ‘ethnic dominance’ explanation for ethnic conflict“ (ebd., 710). Als Indikator für tief verwurzelte ethnische Spannungen in einer Verwaltungsebene (Bedingung E) dient dieser Arbeit deshalb die ethnische Dominanz.⁶⁶ Die Daten hierfür stammen von Cunningham und Weidmann (2010b) (siehe Bernath 2015a). Die Autoren schätzen zunächst die Bevölkerungsgrößen ethnisch-linguistischer Gruppen in allen ersten Verwaltungsebenen weltweit. Anschließend generieren sie einen regionalen Dominanzindikator, indem sie die Differenz der zwei größten Bevölkerungsgruppen berechnen (Cunningham/Weidmann 2010a, 1047). In ihrer Untersuchung finden die Autoren heraus, dass multiethnische Gebiete mit einer demographisch dominanten ethnischen Gruppe am anfälligsten für Gewaltkonflikte sind, also solche Gebiete mit einem mittleren Dominanzindikator (ebd., 1047).⁶⁷

Eine Verwaltungsebene leidet somit unter tief sitzenden ethnischen Spannungen (Bedingung E), wenn ihr Dominanzindikator gemäß den Berechnungen von Cunning-

⁶⁵ Ohne die zwei größten Ausreißer-Regionen Alger (Algeria) (47 844,48 Einwohner pro km²) und Macau (Macau) (30 126,84 Einwohner pro km²).

⁶⁶ Einen weiteren Proxy für ethnische Konflikte stellt die ethnisch-politische Ausgrenzung dar. Zu Beginn der QCA-Analysen lagen darüber indes keine Daten auf der ersten Verwaltungsebene vor. Daher wird im Anschluss an die Hauptuntersuchung ein Teil der QCA-Analysen erneut durchgeführt und dabei die ethnisch-politische Ausgrenzung anstelle ethnischer Dominanz als Indikator für tief verwurzelte ethnische Spannungen verwendet (siehe Kap. 4.6.7.6).

⁶⁷ Mögliche Erklärungen dafür sind u.a. die unterschiedlichen Kosten-Nutzen-Relationen bei einem Übereinkommen mit Minderheitsgruppen und die Diskriminierung der Minderheit durch die sogenannte lokale Mehrheit (Cunningham/Weidmann 2010a, 1039 ff.).

ham und Weidmann (2010a) einen Wert zwischen 0,4 und 0,6 aufweist ($0,4 \leq \text{Dominanzindikator} \leq 0,6$).⁶⁸

4.5.3 Geringe Governance-Kapazitäten und politische Instabilität

Die Regierungseffektivität und Regulierungsqualität sind wohl die deutlichsten und unmittelbarsten Anzeichen für die Ausprägung der Governance-Kapazität eines Landes, zu denen dank der Worldwide Governance Indicators (WGI) der Weltbank zugleich globale und valide Daten vorliegen (siehe Kaufmann et al. 2010; World Bank 2013). Die Weltbank-Forscher beurteilen für jeden Staat dessen Regierungseffektivität und Regulierungsqualität anhand einer Skala von eins (gering) bis 100 (hoch). Eine Aufnahme-region befindet sich also in einem Land mit niedrigen Regierungskapazitäten (Bedingung G), wenn dessen zusammengesetzter Index aus diesen beiden Kategorien für das Untersuchungsjahr 2008 bzw. 2009 kleiner gleich dem Wert 100 ist, also dem Median dieses Indexes (siehe Bernath 2015a).

Hinsichtlich der Definition politischer Instabilität legen sich die WBGU-Forscher nicht fest. Vielmehr bieten sie verschiedene Indikatoren an. Demnach ist ein Staat politisch instabil,

wenn Konflikte bereits in der jüngeren Vergangenheit ausgetragen wurden, d.h. eine Konfliktgeschichte besteht, sich kürzlich ein Regimewechsel vollzog oder das betreffende Land seine Unabhängigkeit erst unlängst erworben hat. (WBGU 2007, 130)

Weil alle Länder der ausgewählten Aufnahme-regionen nicht erst kürzlich ihre Souveränität erlangt haben, sondern, mit der Ausnahme Taiwans, schon seit Jahrzehnten unabhängig sind, werden in den QCA-Analysen nur die ersten beiden dieser drei Proxies für politische Instabilität verwendet. Ein politisch instabiles Umfeld wird also zum einen daran bemessen, ob in dem Land, in dem die Aufnahme-region verortet ist, in letzter Zeit ein Regimewechsel stattgefunden hat oder nicht. Im Hinblick auf Regimetypen greift diese Arbeit auf den Polity IV-Datensatz zurück (siehe Marshall/Jagers 2009), der in der quantitativen Forschung breite Verwendung findet. Vreeland (2008) deutet allerdings auf ein Problem hin. Denn der aus fünf Elementen bestehende Polity-Datensatz

⁶⁸ Die beiden Aufnahme-regionen Fiji und Barisal (Bangladesch) aus dem Jahr 2009 (siehe Tabelle 4) können hierbei für die weitere Analyse nicht miteinbezogen werden, weil zu diesen Regionen keine Daten über die ethnische Dominanz vorliegen (siehe Bernath 2015).

enthält neben den drei unproblematischen Komponenten „XCONST“, „XRCOMP“ und „XROPEN“ – die sich mit den politischen Institutionen beschäftigen – auch die beiden Bestandteile „PARCOMP“ und „PARREG“, die Bezug auf politische Gewalt und Bürgerkriege nehmen. Der Polity-Index wird also teilweise durch die Gegenwart von Bürgerkrieg und politischer Gewalt definiert. Dies läuft letztlich auf eine Tautologie hinaus, wenn man mit diesem Index den Zusammenhang von Regimetypen/-wechsel und gewalttätigen Konflikten überprüfen möchte. Vreeland empfiehlt deshalb die Konstruktion eines neuen Indexes, der die problematischen Polity-Komponenten nicht enthält (ebd., 401 ff.). Zur Durchführung der QCA-Analysen werden die Polity IV-Indizes daher ohne die Variablen PARCOMP und PARREG für den Zeitraum von 1998 bis 2008 neu berechnet (siehe Bernath 2015a). Eine Aufnahme-region im Jahr 2008 bzw. 2009 befindet sich somit in einem politisch instabilen Umfeld (Bedingung I_R), wenn der entsprechende Zentralstaat im Zeitraum von 2003 bis 2007 bzw. von 2004 bis 2008 ein Regimewechsel erlebt hat, also wenn sich der neu berechnete Polity IV-Index dieses Landes in irgendeinem Jahr zwischen 2003 und 2007 bzw. zwischen 2004 und 2008 um zwei oder mehr Punkte im Vergleich zum Vorjahr verändert hat.

Alternativ wird politische Instabilität in den QCA-Analysen zum anderen auch direkt auf sub-nationaler Ebene gemessen, nämlich durch das Vorhandensein einer regionalen Konfliktgeschichte. Die Daten hierzu stellen bisher lediglich Rustad und ihre Kollegen (2011b) zur Verfügung (siehe Bernath 2015a). Ihr Indikator zeigt an, ob ein Gebiet in den vergangenen Jahren bereits unter einem Konflikt zu leiden hatte und wenn ja, wie lange dieser zurückliegt (Rustad et al. 2011a).⁶⁹ Eine Aufnahme-region in 2008 befindet sich in diesem Sinne nun in einer politisch instabilen Umgebung (Bedingung I_K), wenn sie in den fünf Jahren zuvor (2003-2007) bereits Konflikte zu verzeichnen hatte.⁷⁰ Die Daten von Rustads Team decken die regionale Konfliktgeschichte allerdings nur bis zum Jahr 2007 ab. Um die Konfliktgeschichte einer Region auch im Untersuchungsjahr 2009 überprüfen zu können, wird daher zusätzlich auf die regionalen Konflikt-daten für 2008 (siehe Kap. 4.5.4) zurückgegriffen. Folgerichtig ist eine Aufnahme-region im Untersuchungsjahr 2009 als politisch instabil zu betrachten, wenn sie entweder gemäß den Daten von Rustad und ihren Kollegen (2011b) zwischen 2003 und 2007

⁶⁹ Wenn eine Region nie von einem Konflikt betroffen war, erhält sie eine 0 als Indexwert. Die restliche Skalierung ist folgendermaßen unterteilt: 1 = 1946-1989, 2 = 1990-1997, 3 = 1998-2002, 4 = 2003-2006, 5 = 2007 (Rustad et al. 2011a, 28).

⁷⁰ Also wenn sie gemäß dem Datensatz von Rustad und ihren Kollegen (2011b) eine vier oder fünf als Indexwert besitzt.

oder laut den regionalen Konfliktdaten im Jahr 2008 bereits unter gewaltförmigen Auseinandersetzungen zu leiden hatte. Die Generierung der regionalen Konfliktdaten wird im folgenden Abschnitt näher erläutert.

4.5.4 Gewaltsame Konflikte

Die Orientierung in der quantitativen Friedens- und Konfliktforschung hin zu regionalen Analysen hat erst vor ein paar Jahren begonnen. Deshalb fehlt es noch an umfassenden disaggregierten Datensätzen, insbesondere im Bereich innerstaatlicher Gewaltkonflikte. Die bisher verfügbaren Konfliktdatensätze auf sub-nationaler Ebene ACLED, UCDP GED, SSP und SCAD (siehe Kap. 2.1.2.3) befinden sich zum Teil noch im Aufbau und/oder decken nur bestimmte Gebiete der Welt ab, vor allem die des afrikanischen Kontinents. Es mangelt insbesondere an Konfliktdaten zu den Regionen Asiens. Viele der für die QCA-Analyse ausgewählten Aufnahme-regionen befinden sich allerdings in Ost-, Süd-, oder Südostasien (siehe Tabelle 3 und 4).

Daher werden die regionalen Konfliktdaten für die Untersuchungsjahre 2008 und 2009 selbst generiert, und zwar auf der Basis der zwei wohl allgemein anerkanntesten und umfangreichsten nationalen Konfliktdatenbanken. Folglich erhält man auch zwei verschiedene Datensätze über die Konfliktsituation in den ersten Verwaltungsebenen. Ausgangspunkt für den ersten Datensatz ist die KOSIMO-Datenbank des HIIK (2009a, 2010). Konflikte werden hier allgemein definiert als

Interessengegensätze (Positions-differenzen) um nationale Werte (Territorium, Sezession, Dekolonisation, Autonomie, System/Ideologie, Nationale Macht, Regionale Vorherrschaft, Internationale Macht, Ressourcen, Sonstiges) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden. (HIIK 2013a)

Die Konflikte sind nach fünf Intensitätsstufen klassifiziert (siehe Abbildung 13): latenter Konflikt (1), manifester Konflikt (2), Krise (3), ernste Krise (4) und Krieg (5).⁷¹ Die QCA-Analysen konzentrieren sich hierbei allerdings nur auf die letzten drei Stufen, da diese die gewaltsame Art der Konfliktaustragung repräsentieren, wohingegen die ersten beiden Intensitätsniveaus nicht-gewaltsame Auseinandersetzungen dokumentieren.

⁷¹ Die meisten dieser Intensitätsstufen wurden im Zuge der methodischen Überarbeitung im Jahr 2011 unbenannt. Seit 2012 lauten die neuen Bezeichnungen: Disput (1), gewaltlose Krise (2), gewaltsame Krise (3), begrenzter Krieg (4) und Krieg (5) (HIIK 2014a).

Konfliktintensitäten

Gewaltgrad	Intensitäts-gruppierung	Intensitäts-level	Intensitäts-bezeichnung	Definition
nicht-gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien vereinzelt Gewalt anwendet.
		4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
	hoch	5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

Abbildung 13: Konfliktintensitäten HIIK

Quelle: HIIK 2009b

Der zweite regionale Konfliktdatensatz greift auf die nationale Datenbank des UCDP (2013a) über bewaffnete Konflikte, Kriege, nicht-staatliche Konflikte und einseitige Gewalt zurück. Bewaffnete Konflikte (*Minor Conflicts*) werden hierbei definiert als

a contested incompatibility that concerns government and/or territory where the use of armed force between two parties, of which at least one is the government of a state, results in at least 25 battle-related deaths in one calendar year. (UCDP 2013b)

Als Kriege werden hingegen bewaffnete Konflikte mit mindestens 1 000 getöteten Kämpfern innerhalb eines Kalenderjahres bezeichnet. Demgegenüber beinhalten nicht-staatliche Konflikte den Einsatz von bewaffneter Gewalt zwischen zwei organisierten Gruppen ohne Staatsbeteiligung mit mindestens 25 Gefechtstoten im Jahr. Von einseitiger Gewalt wird beim Einsatz bewaffneter Gewalt durch die Staatsregierung oder durch eine formal organisierte Gruppe gegen die Zivilbevölkerung mit mindestens 25 Todesopfern im Jahr gesprochen (ebd.). Die Konflikttypen unterscheiden sich hier also nicht wie beim HIIK-Konzept durch ihre Intensität, sondern durch ihre Akteurskonstellation. Das UCDP dokumentiert aber auch das Gewaltniveau, indem es für jeden Konflikt die Zahl der jährlichen Gefechtstoten schätzt. Somit kann auch dieser Datensatz Veränderungen in der Konfliktintensität erfassen.

Die Generierung sub-nationaler Konflikt Daten für alle in der Tabelle 3 und 4 aufgeführten Staaten erfolgt nun in zwei Stufen. In einem ersten Schritt werden die in den nationalen Datenbanken veröffentlichten Fließtexte zu den einzelnen innerstaatlichen Konflikten der Jahre 2008 und 2009 auf geographische Angaben hin untersucht. Der zweite Schritt besteht darin, diesen Konfliktgebieten mithilfe des Geo-Datensatzes Admin98 die dazugehörige erste Verwaltungsebene zuzuordnen.

Erneut soll ein Beispiel die konkrete Vorgehensweise der eigenen Datenerhebung veranschaulichen: Der nationale Datensatz des HIIK (2009a) weist für das Jahr 2008 einen gewaltsamen Konflikt in Indien zwischen Hindus und Christen mit der Intensitätsstufe drei auf. Im dazugehörigen Konfliktbericht wird der Distrikt Kandhamal als Zentrum der Gewalt genannt (ebd., 57). Gemäß dem GIS-Datensatz Admin98 liegt dieser Distrikt im Bundesstaat Orissa. Der Konflikt kann somit der ersten Verwaltungsebene Orissa geographisch zugeordnet werden. Diese Verfahrensweise wird für alle innerstaatlichen gewaltsamen Konflikte in 2008 und 2009 für die in Tabelle 3 und 4 aufgeführten Staaten wiederholt. Dadurch erhält man den disaggregierten Datensatz HIIK-Admin (siehe Bernath 2015a). Wird auf derselben Art und Weise mit den nationalen Konfliktdaten des UCDP verfahren, so bekommt man den sub-nationalen Datensatz UCDP-Admin (siehe ebd.).

4.6 Analysen und Ergebnisse

Noch einmal zusammengefasst lauten die Bedingungen für die untersuchten Aufnahme-regionen von Umweltvertriebenen in den folgenden QCA-Analysen wie folgt:

- Bedingung R: Die Aufnahmeregion leidet unter **nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit**. Das heißt, ihre Bevölkerungsdichte ist größer gleich dem Durchschnitt von 253,16 Einwohnern pro km².
- Bedingung E: Die Aufnahmeregion weist tief verwurzelte **ethnische Spannungen** auf. Das bedeutet, sie besitzt hinsichtlich der ethnischen Dominanz einen mittleren Indikatorwert ($0,4 \leq \text{Dominanzindikator} \leq 0,6$).
- Bedingung G: Die Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit **geringen Governance-Kapazitäten**. Das heißt, der zusammengesetzte WGI-Index aus Regierungseffektivität und Regulierungsqualität ist kleiner gleich dem Median ($\text{RE} + \text{RQ} \leq 100$).
- Bedingung I: Die Aufnahmeregion befindet sich in einem **politisch instabilen Umfeld**. Das bedeutet, entweder befindet sie sich in einem Land, welches erst kürzlich (2003-2007 bzw. 2004-2008) einen Regimewechsel erlebt hat ($\Delta \text{Polity IV-Index (XCONST, XRCOMP, XROPEN)} \geq 2$) (Bedingung I_R) oder sie blickt auf eine Konfliktgeschichte zurück (Bedingung I_K)

- Bedingung U: Die Aufnahme-region beherbergt eine **große Anzahl von Umweltvertriebenen**. Das heißt, der dortige Bevölkerungsanteil der Umweltvertriebenen ist größer gleich drei Prozent (2008) bzw. einem Prozent (2009), also größer gleich dem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil der Umweltvertriebenen in allen untersuchten Fällen des jeweiligen Jahres.

Das Outcome ist schließlich die Entstehung oder Verschärfung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahme-regionen von Umweltvertriebenen.

Vor der Durchführung der QCA-Analyse müssen allerdings noch klare Abgrenzungskriterien für die QCA-Bedingungen und das Outcome festgelegt werden. Wie bereits im Kapitel über das Forschungsdesign erwähnt, wendet diese Dissertation mit csQCA eine QCA-Variante an, bei der alle Bedingungen dichotomer Natur sind. Das bedeutet, das Vorhandensein einer Bedingung oder des Outcomes wird entweder mit einer „1“ (vorhanden) oder mit einer „0“ (nicht vorhanden) kodiert (Schneider/Wagemann 2007, 20 f.). Dementsprechend wird das Auftreten des Outcomes sowie der Bedingungen R, E, G, I und U mit 1 kodiert, wohingegen man deren Nicht-Auftreten mit 0 kodiert (siehe Bernath 2015a) und in den Formelgleichungen mit den Kleinbuchstaben r, e, g, i und u beschreibt.

Im Folgenden werden sechs QCA-Untersuchungen durchgeführt. Die ersten beiden analysieren den Ausbruch gewaltsamer Konflikte in den Aufnahme-regionen von Umweltvertriebenen in den Jahren 2008 und 2009, und zwar einmal auf Basis der HIIK-Admin-Konflikt-daten und einmal auf Grundlage der UCPD-Admin-Konflikt-daten. (siehe Kap. 4.6.1 und 4.6.2). Daran schließen sich die QCA-Analysen zur Verschärfung bereits bestehender Gewaltkonflikte in den Zufluchts-gebieten an, und zwar erneut basierend auf den beiden unterschiedlichen disaggregierten Konflikt-datensätzen (siehe Kap. 4.6.4 bis 4.6.7).

4.6.1 Ausbruch gewaltsamer Konflikte (HIIK-Admin)

4.6.1.1 Outcome (A_{HIIK})

In Anlehnung an die HIIK-Definition eines gewaltsamen Konfliktes (siehe Kap. 4.5.4) ist das zu erklärende Outcome in dieser QCA-Analyse der Ausbruch einer Krise, einer ersten Krise oder eines Krieges in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen im Jahr 2008 bzw. 2009 (A_{HIIK}).⁷²

Das Outcome wird folgerichtig mit 1 kodiert, wenn in einem Ankunftsgebiet gemäß der HIIK-Admin-Datenbank (siehe Bernath 2015a) eine Krise, eine erste Krise oder ein Krieg ausbricht. Ansonsten wird das Outcome mit 0 kodiert.

4.6.1.2 Fallauswahl und Rohdatentabelle

Es ist anzunehmen, dass die Gruppe der Umweltvertriebenen sehr groß sein muss, um überhaupt in irgendeinem kausalen Zusammenhang zur Entstehung gewaltsamer Konflikte stehen zu können (Suhrke 1993, 15). Daher werden an dieser Stelle von den 231 Fällen aus den Tabellen 3 und 4 nur die Verwaltungsebenen ausgewählt, bei denen der Bevölkerungsanteil der Umweltvertriebenen überdurchschnittlich groß ist, also bei denen die Bedingung U bereits erfüllt ist (siehe Bernath 2015a). Kodiert man nun für die verbliebenen Fälle das Outcome und die vier übrigen Bedingungen R, E, G und I_R wie oben beschrieben, so erhält man eine Tabelle mit den Roh- und dichotomisierten Daten für 100 Aufnahmeregionen in 2008 und 2009 (siehe Tabelle 5).

In der ersten Spalte befinden sich die ausgewählten Zielgebiete von Umweltvertriebenen. In den folgenden vier Spalten steht die Kodierung für die vier Bedingungen. In der letzten Spalte ist die Kodierung des Outcomes aufgeführt. Die erste Zeile enthält also folgende Informationen: Die Region Chittagong in Bangladesch ist im Jahr 2009 Aufnahmegebiet von überdurchschnittlich vielen Umweltvertriebenen. Sie leidet unter nachfrageinduziertem Ressourcenmangel (sie besitzt also eine hohe Bevölkerungsdichte), aber nicht unter tief verwurzelten ethnischen Spannungen (das heißt, sie hat keinen mittleren Dominanzindikator). Gleichzeitig befindet sich die Region in einem politisch instabilen Staat (in Bangladesch gab es demnach erst kürzlich einen Regimewechsel)

⁷² Ein solcher Ausbruch beinhaltet auch die Eskalation eines bereits im Vorjahr bestehenden nicht-gewaltsamen – das heißt latenten oder manifesten – Konfliktes (Intensitätsstufe ≤ 2) zu einer Krise, einer ersten Krise oder eines Krieges (Intensitätsstufe ≥ 3).

4 QCA-Analysen

Aufnahme regionen	Bedingungen				Outcome A _{aus}
	R	E	G	I _s	
Chittagong 09 (Bangladesh)	1	0	1	1	0
Khulna 09	1	0	1	1	0
Anhui 09 (China)	1	0	0	0	0
Fujian 09	1	0	0	0	0
Jiangsu 09	1	0	0	0	0
Jiangxi 09	0	0	0	0	0
Zhejiang 09	1	0	0	0	0
Cabanas 09 (El Salvador)	0	0	0	0	0
Cuscatlan 09	1	0	0	0	0
La Paz 09	1	0	0	0	0
San Vicente 09	0	0	0	0	0
Artibonite 08 (Haiti)	0	0	1	1	0
Gracias a Dios 08 (Honduras)	0	0	1	0	0
Intibuca 08	0	0	1	0	0
La Paz 08	0	1	1	0	0
Ocoatepeque 08	0	0	1	0	0
Valle 08	0	0	1	0	0
Assam 08 (India)	1	0	1	0	0
Andhra Pradesh 09	1	0	1	0	0
Arunachal Pradesh 08	0	1	1	0	0
Goa 08	1	0	1	0	0
Himachal Pradesh 08	0	0	1	0	0
Karnataka 09	0	0	1	0	0
Maharashtra 09	1	0	1	0	0
Orissa 08	0	0	1	0	1
West Bengal 09	1	0	1	0	0
Sofala 08 (Mozambique)	0	0	1	0	0
Karen State 08 (Myanmar)	0	0	1	0	0
Kayah State 08	0	1	1	0	0
Mon 08	0	0	1	0	0
Pegu 08	0	0	1	0	0
Rangoon 08	1	0	1	0	0
Bheri 08 (Nepal)	0	0	1	1	0
Dhawalagiri 09	0	0	1	1	0
Karnali 09	0	1	1	1	0
Mahakali 08	0	0	1	1	0
Rapti 08	0	1	1	1	0
Seti 08	0	1	1	1	0
Madriz 08 (Nicaragua)	0	0	1	0	0
North-West Front. Prov. 09 (Pakistan)	0	0	1	1	0
East Sepik 08 (Papua New Guinea)	0	0	1	0	0
Madang 08	0	0	1	0	0
Manus 08	0	0	1	0	0
Milne Bay 08	0	1	1	0	0
New Ireland 08	0	0	1	0	0
Northern Solomons 08	0	1	1	0	0
West Sepik 08	0	0	1	0	0
Bicol 08 (Philippines)	0	0	0	0	0
Bicol 09	0	0	0	0	0
Cagayan Valley 09	0	0	0	0	0
Cordillera Administrative Region 09	0	0	0	0	0
Central Luzon 09	1	0	0	0	0
Central Mindanao 08	0	0	0	0	0
Central Mindanao 09	0	0	0	0	0
Central Visayas 08	1	0	0	0	0
Central Visayas 09	1	0	0	0	0
Eastern Visayas 08	0	0	0	0	0
Eastern Visayas 09	0	0	0	0	0
Ilocos 09	1	0	0	0	0
National Capital Region 09	1	0	0	0	0
Northern Mindanao 09	0	1	0	0	0
Southern Mindanao 08	0	0	0	0	0
Southern Mindanao 09	0	0	0	0	0
Southern Tagalog 08	0	0	0	0	0
Southern Tagalog 09	0	0	0	0	0
Western Mindanao 09	0	0	0	0	0
Western Visayas 08	1	0	0	0	0
Western Visayas 09	1	0	0	0	0
Chumphon 08 (Thailand)	0	0	0	1	0
Chumphon 09	0	0	0	1	0
Nakhon Si Thammarat 09	0	0	0	1	0
Narathiwat 08	0	0	0	1	0
Narathiwat 09	0	0	0	1	0
Pattani 08	1	0	0	1	0
Pattani 09	1	0	0	1	0
Phatthalung 08	0	1	0	1	0
Phatthalung 09	0	1	0	1	0
Songkhla 09	0	0	0	1	0
Surat Thani 08	0	1	0	1	0
Surat Thani 09	0	1	0	1	0
Trang 08	0	0	0	1	0
Yala 08	0	0	0	1	0
Yala 09	0	0	0	1	0
Hualien 09 [Taiwan (China)]	0	0	0	0	0
Nantou 09	0	1	0	0	0
Taitung 09	0	0	0	0	0
Binh Dinh 09 (Vietnam)	0	0	1	0	0
Dac Lac 09	0	0	1	0	0
Gia Lai 09	0	1	1	0	0
Ha Tinh 09	0	0	1	0	0
Khanh Hoa 09	0	0	1	0	0
Kon Tum 09	0	0	1	0	0
Lam Dong 09	0	0	1	0	0
Ninh Thuan 09	1	1	1	0	0
Phu Yen 09	0	0	1	0	0
Quang Binh 09	0	0	1	0	0
Quang Nam-Da Nang 09	0	0	1	0	0
Quang Ngai 09	1	0	1	0	0
Quang Tri 09	0	0	1	0	0
Thua Thien Hue 09	0	0	1	0	0

R = Aufnahme region leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit

E = Aufnahme region weist ethnische Spannungen auf

G = Aufnahme region befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten

I_s = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der Aufnahme region

A_{aus} = Ausbruch einer Krise, einer ersten Krise oder eines Krieges in der Aufnahme region

1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

Tabelle 5: Rohdatentabelle Ausbruch von gewaltsamen Konflikten (A_{HIK})

Quelle: Eigene Darstellung

mit geringen Governance-Kapazitäten (das bedeutet, Bangladeschs zusammengesetzter WGI-Index ist kleiner gleich dem Wert 100). Derweil bricht in Chittagong im Jahr 2009 kein gewaltsamer Konflikt im Sinne einer Krise, einer ernsten Krise oder eines Krieges aus.

Man sieht, dass das Outcome nur in einem von den 100 ausgewählten Fällen auftritt, und zwar in der indischen Aufnahmeregion Orissa im Jahr 2008. Die Ankunft von Umweltvertriebenen scheint also die Gefahr der Entstehung von Gewaltkonflikten in den Zufluchtsgebieten nicht zu erhöhen.

Für eine vollständige QCA-Analyse des Ereigniseintritts kommt das Outcome hier jedoch zu selten vor. Eine eingehende Untersuchung der Bedingungskonstellationen ist also nicht möglich. Schaut man sich allerdings den Fall Orissa etwas genauer an, so kann man feststellen, dass er den Annahmen des WBGU-Modells nur insofern entspricht, als dass Orissa einem Staat mit geringen Governance-Kapazitäten angehört. Andererseits weist die Aufnahmeregion Orissa aber weder Ressourcenmangel noch ethnische Spannungen auf und ist zudem in einem stabilen politischen Umfeld verortet.

4.6.2 Ausbruch gewaltsamer Konflikte (UCDP-Admin)

4.6.2.1 Outcome (A_{UCDP})

Basierend auf der Definition des UCDP hinsichtlich gewaltsamer Konflikte (siehe Kap. 4.5.4) ist das zu erklärende Outcome in diesem Abschnitt der Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes, eines Krieges, eines nicht-staatlichen Konfliktes oder einseitiger Gewalt in den Ankunftsgebieten von Umweltvertriebenen in 2008 bzw. 2009 (A_{UCDP}).

Folglich wird das Outcome mit 1 kodiert, wenn es in einer Aufnahmeregion gemäß der UCDP-Admin-Datenbank (siehe Bernath 2015a) zum Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes, ein Krieges, eines nicht-staatlichen Konfliktes oder einseitiger Gewalt kommt. Entsprechend wird das Outcome mit 0 kodiert, wenn in einer Aufnahmeregion keiner dieser vier Konflikttypen ausbricht.

4.6.2.2 Fallauswahl und Rohdatentabelle

Auch hier werden aus der Grundgesamtheit von 231 Fällen nur die Zielregionen von Umweltvertriebenen ausgewählt, bei denen die Bedingung U erfüllt ist. Die Untersuchungseinheiten dieser QCA-Studie sind somit identisch mit denen der vorherigen Analyse. Folglich ist auch die Kodierung der Bedingungen dieselbe. Nur das Outcome wird entsprechend dem anderen Konfliktdatensatz anders kodiert. Auf diese Weise erhält man eine Rohdatentabelle mit 100 Aufnahme­regionen, den vier dichotomen Bedingungen R, E, G und I_R sowie dem Outcome A_{UCDP} (siehe Tabelle 6).

Diesmal tritt das Outcome immerhin in drei von den 100 ausgewählten Fällen auf: Assam (Indien), Nordwest-Grenzprovinz (NWFP) (Pakistan) und Zentralmindanao (Philippinen).

Für eine vollständige QCA-Analyse des Ereigniseintritts kommt das Outcome hier allerdings immer noch zu selten vor. Eine eingehende Analyse der Bedingungskonstellationen für das Auftreten des Outcomes ist somit erneut nicht möglich. Bei einer etwas näheren Betrachtung dieser drei Beispiele für neu entstandene Gewaltkonflikte können aber immerhin folgende Feststellungen gemacht werden: In Assam tritt das Outcome auf, obwohl lediglich zwei der vier Bedingungen erfüllt sind, nämlich nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit und geringe Governance-Kapazitäten des Zentralstaates. Dafür befindet sich die Aufnahme­region in einem politisch stabilen Umfeld und wird zudem auch nicht von tief verwurzelten ethnischen Spannungen geplagt. In der NWFP Pakistans kommen die Bedingungen G und I_R vor. Hier könnte also die Ankunft von Umweltvertriebenen gewaltsame Konflikte in einer Zielregion verursacht haben, die sich einerseits zwar in einem politisch instabilen Land mit geringen staatlichen Kapazitäten befindet, die jedoch andererseits weder unter Ressourcenmangel noch unter tief verwurzelten ethnischen Spannungen leidet. Demgegenüber stellt die Aufnahme­region Zentralmindanao einen abweichenden Fall dar. Denn hier ist das Eintreten des Ereignisses zu beobachten, ohne dass eine der vom WBGU-Modell abgeleiteten Bedingungen vorhanden ist.

Aufnahmeregionen	Bedingungen				Outcome A _{UCDP}
	R	E	G	I _s	
Chittagong 09 (Bangladesh)	1	0	1	1	0
Khulna 09	1	0	1	1	0
Anhui 09 (China)	1	0	0	0	0
Fujian 09	1	0	0	0	0
Jiangsu 09	1	0	0	0	0
Jiangxi 09	0	0	0	0	0
Zhejiang 09	1	0	0	0	0
Cabanas 09 (El Salvador)	0	0	0	0	0
Cuscatlan 09	1	0	0	0	0
La Paz 09	1	0	0	0	0
San Vicente 09	0	0	0	0	0
Aribonite 08 (Haiti)	0	0	1	1	0
Gracias a Dios 08 (Honduras)	0	0	1	0	0
Intibuca 08	0	0	1	0	0
La Paz 08	0	1	1	0	0
Ocoatepeque 08	0	0	1	0	0
Valle 08	0	0	1	0	0
Assam 08 (India)	1	0	1	0	1
Andhra Pradesh 09	1	0	1	0	0
Arunachal Pradesh 08	0	1	1	0	0
Goa 08	1	0	1	0	0
Himachal Pradesh 08	0	0	1	0	0
Karnataka 09	0	0	1	0	0
Maharashtra 09	1	0	1	0	0
Orissa 08	0	0	1	0	0
West Bengal 09	1	0	1	0	0
Sofala 08 (Mozambique)	0	0	1	0	0
Karen State 08 (Myanmar)	0	0	1	0	0
Kayah State 08	0	1	1	0	0
Mon 08	0	0	1	0	0
Pegu 08	0	0	1	0	0
Rangoon 08	1	0	1	0	0
Bheri 08 (Nepal)	0	0	1	1	0
Dhawalagiri 09	0	0	1	1	0
Karnali 09	0	1	1	1	0
Mahakali 08	0	0	1	1	0
Rapti 08	0	1	1	1	0
Seti 08	0	1	1	1	0
Madriz 08 (Nicaragua)	0	0	1	0	0
North-West Front. Prov. 09 (Pakistan)	0	0	1	1	1
East Sepik 08 (Papua New Guinea)	0	0	1	0	0
Madang 08	0	0	1	0	0
Manus 08	0	0	1	0	0
Milne Bay 08	0	1	1	0	0
New Ireland 08	0	0	1	0	0
Northern Solomons 08	0	1	1	0	0
West Sepik 08	0	0	1	0	0
Bicol 08 (Philippines)	0	0	0	0	0
Bicol 09	0	0	0	0	0
Cagayan Valley 09	0	0	0	0	0
Cordillera Administrative Region 09	0	0	0	0	0
Central Luzon 09	1	0	0	0	0
Central Mindanao 08	0	0	0	0	0
Central Mindanao 09	0	0	0	0	1
Central Visayas 08	1	0	0	0	0
Central Visayas 09	1	0	0	0	0
Eastern Visayas 08	0	0	0	0	0
Eastern Visayas 09	0	0	0	0	0
Ilocos 09	1	0	0	0	0
National Capital Region 09	1	0	0	0	0
Northern Mindanao 09	0	1	0	0	0
Southern Mindanao 08	0	0	0	0	0
Southern Mindanao 09	0	0	0	0	0
Southern Tagalog 08	0	0	0	0	0
Southern Tagalog 09	0	0	0	0	0
Western Mindanao 09	0	0	0	0	0
Western Visayas 08	1	0	0	0	0
Western Visayas 09	1	0	0	0	0
Chumphon 08 (Thailand)	0	0	0	1	0
Chumphon 09	0	0	0	1	0
Nakhon Si Thammarat 09	0	0	0	1	0
Narathiwat 08	0	0	0	1	0
Narathiwat 09	0	0	0	1	0
Pattani 08	1	0	0	1	0
Pattani 09	1	0	0	1	0
Phatthalung 08	0	1	0	1	0
Phatthalung 09	0	1	0	1	0
Songkhla 09	0	0	0	1	0
Surat Thani 08	0	1	0	1	0
Surat Thani 09	0	1	0	1	0
Trang 08	0	0	0	1	0
Yala 08	0	0	0	1	0
Yala 09	0	0	0	1	0
Hualien 09 [Taiwan (China)]	0	0	0	0	0
Nantou 09	0	1	0	0	0
Taitung 09	0	0	0	0	0
Binh Dinh 09 (Vietnam)	0	0	1	0	0
Dac Lac 09	0	0	1	0	0
Gia Lai 09	0	1	1	0	0
Ha Tinh 09	0	0	1	0	0
Khanh Hoa 09	0	0	1	0	0
Kon Tum 09	0	0	1	0	0
Lam Dong 09	0	0	1	0	0
Ninh Thuan 09	1	1	1	0	0
Phu Yen 09	0	0	1	0	0
Quang Binh 09	0	0	1	0	0
Quang Nam-Da Nang 09	0	0	1	0	0
Quang Ngai 09	1	0	1	0	0
Quang Tri 09	0	0	1	0	0
Thua Thien Hue 09	0	0	1	0	0

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit

E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf

G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten

I_s = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der AufnahmeregionA_{UCDP} = Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes, Krieges, nicht-staatlichen Konfliktes oder einseitiger Gewalt

1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

Tabelle 6: Rohdatentabelle Ausbruch von gewaltsamen Konflikten (A_{UCDP})

Quelle: Eigene Darstellung

4.6.3 Zwischenfazit

Der Ereignisseintritt ist ein zu seltenes Phänomen sowohl auf Basis der HIIK-Admin- als auch der UCDP-Admin-Daten. Bei den 100 ausgewählten Aufnahmeregionen mit einem überdurchschnittlich hohen Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen kommt das Outcome nur ein- bzw. dreimal vor. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass selbst die Ankunft von einer verhältnismäßig großen Anzahl von Umweltvertriebenen die Gefahr der Entstehung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen nicht erhöht.

Weil das Outcome zu selten vorkommt, ist eine eingehende Analyse der Bedingungskonstellationen für dessen Auftreten nicht möglich. Darüber hinaus können die vier Fälle Orissa, Assam (beide Indien), NWFP (Pakistan) und Zentralmindanao (Philippinen), bei denen das Ereignis eintritt, den Erklärungsansatz des WBGU-Modells nicht bestätigen. Der Fall Zentralmindanao weist sogar das Outcome auf, obwohl keine der vier Bedingungen vorhanden ist.

4.6.4 Verschärfung gewaltsamer Konflikte (HIIK-Admin; I_R)

4.6.4.1 Outcome (V_{HIIK})

Das zu erklärende Outcome ist in diesem Abschnitt die Verschärfung eines bereits bestehenden gewaltsamen Konfliktes in einer Aufnahmeregion von Umweltvertriebenen im Jahr 2008 bzw. 2009, das heißt die Verschärfung einer Krise des Vorjahres zu einer ernsten Krise oder einem Krieg in 2008 bzw. 2009 oder die Verschärfung einer ernsten Krise des vorherigen Jahres zu einem Krieg in 2008 bzw. 2009.

Dementsprechend wird das Outcome mit 1 kodiert, wenn gemäß der HIIK-Admin-Datenbank (siehe Bernath 2015a) in einer Aufnahmeregion ein gewaltsamer Konflikt eskaliert. Das Outcome wird hingegen mit 0 kodiert, wenn sich in dem Zielgebiet kein bestehender gewaltsamer Konflikt verschärft.

4.6.4.2 Fallauswahl, Rohdatentabelle und Wahrheitstafel

Bei dieser Analyse werden von den 231 Fällen aus den Tabellen 3 und 4 nur die Aufnahme-Regionen in die Untersuchung einbezogen, in denen 2008 bzw. 2009 eine Krise oder ernste Krise bereits vorliegt (siehe Bernath 2015a).⁷³ Somit ergibt sich eine Rohdatentabelle mit 65 Fällen, den fünf dichotomen Bedingungen R, E, G, I_R und U sowie dem Outcome V_{HIK} (siehe Tabelle 7).

Zur Durchführung einer QCA-Analyse muss jedoch die Datenmatrix in Tabelle 7 in Form einer Wahrheitstafel dargestellt werden (siehe Tabelle 8); dem zentralen Element einer jeden QCA-Analyse. Wahrheitstafeln fassen die Fälle der Rohdatentabelle zusammen. Im Gegensatz zu den Rohdatentabellen repräsentieren ihre Zeilen aber keine einzelnen Fälle, sondern Konfigurationen von Bedingungen, hinter denen ein oder mehrere Fälle stehen können (Schneider/Wagemann 2007, 43 ff.). Eine Wahrheitstafel „kann bereits als ein erstes Analyseresultat gesehen werden, denn alle Wahrheitstafelzeilen, die mit dem vorhandenen Outcome verknüpft sind, können als hinreichende Bedingung für das Outcome gelten“ (ebd., 151 f.).

Die Fragezeichen in den Zeilen 19 bis 32 bedeuten, dass für diese Wahrheitstafelzeilen bzw. Konfigurationen von Bedingungen keine empirisch beobachtbaren Fälle vorliegen. Diesen Umstand bezeichnet man als das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt (ebd., 101).

Die Spalte V_{HIK} zeigt eine widersprüchliche Wahrheitstafelzeile mit einem „C“ an. Widersprüchliche Wahrheitstafelzeilen enthalten Fälle, die eine identische Kombination von Bedingungen, aber einen unterschiedlichen Outcomewert haben (ebd., 116). Die Rohkonsistenz in der letzten Spalte gibt schließlich an, wie viel Prozent der Fälle mit dieser Konfiguration das Outcome aufweisen.⁷⁴

⁷³ Das bedeutet im Umkehrschluss: Alle Aufnahme-Regionen, die nicht im HIIK-Admin-Datensatz stehen (siehe Bernath 2015), werden von der Untersuchung in diesem Abschnitt ausgeschlossen, da angenommen wird, dass sie überhaupt keine gewaltsamen Konflikte aufweisen. Regionen, in denen erst seit ihrem Untersuchungsjahr eine gewaltförmige Auseinandersetzung vorliegt, wie zum Beispiel im indonesischen Aceh, werden ebenfalls nicht in die Analyse aufgenommen. Denn der Gewaltkonflikt hat in diesem Fall nicht schon bereits im Untersuchungsjahr bestanden, sondern ist zu diesem Zeitpunkt erst neu ausgebrochen.

⁷⁴ So beschreibt die Rohkonsistenz zum Beispiel für die erste Zeile, dass 50 Prozent der 14 Fälle mit der Konfiguration regi.U das Outcome aufweisen und der Rest nicht. Bei nicht-widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen ist der Konsistenzwert folgerichtig entweder 1 oder 0.

4 QCA-Analysen

Aufnahmeregionen	Bedingungen					Outcome V _{HIK}
	R	E	G	I _R	U	
Guangdong 09 (China)	1	0	0	0	0	0
Sichuan 08	0	0	0	0	0	0
Sichuan 09	0	0	0	0	0	0
Sud 08 (Haiti)	0	0	1	1	0	0
Ouest 08	1	0	1	1	0	0
Andhra Pradesh 09 (India)	1	0	1	0	1	0
Assam 08 I	1	0	1	0	1	0
Assam 08 II	1	0	1	0	1	0
Assam 09	1	0	1	0	0	0
Bihar 08	1	0	1	0	0	0
Bihar 09	1	0	1	0	0	0
Madhya Pradesh 08	0	0	1	0	0	0
Maharashtra 08 I	1	0	1	0	0	1
Maharashtra 08 II	1	0	1	0	0	0
Maharashtra 09	1	0	1	0	1	0
Orissa 08	0	0	1	0	1	0
Orissa 09	0	0	1	0	0	0
West Bengal 08	1	0	1	0	0	0
West Bengal 09	1	0	1	0	1	1
Karen State 08 (Myanmar)	0	0	1	0	1	0
Kayah State 08	0	1	1	0	1	0
Rangoon 08	1	0	1	0	1	0
Bheri 08 (Nepal)	0	0	1	1	1	0
Bheri 09	0	0	1	1	0	0
Kosi 08	0	0	1	1	0	0
Mahakali 08	0	0	1	1	1	0
Mahakali 09	0	0	1	1	0	0
Rapti 08	0	1	1	1	1	0
Rapti 09	0	1	1	1	0	0
Sagarmatha 08	0	0	1	1	0	0
Seti 08	0	1	1	1	1	0
Seti 09	0	1	1	1	0	0
Baluchistan 08 (Pakistan)	0	0	1	1	0	0
NWFP 08 I	0	0	1	1	0	1
NWFP 08 II	0	0	1	1	0	0
NWFP 09 I	0	0	1	1	1	0
NWFP 09 II	0	0	1	1	1	1
NWFP 09 III	0	0	1	1	1	0
Bicol 09 (Philippines)	0	0	0	0	1	0
Central Mindanao 08 I	0	0	0	0	1	0
Central Mindanao 08 II	0	0	0	0	1	1
Central Mindanao 08 III	0	0	0	0	1	1
Central Mindanao 09	0	0	0	0	1	0
Cordillera Administrative Region 08	0	0	0	0	0	1
Central Visayas 08	1	0	0	0	1	1
Central Visayas 09	1	0	0	0	1	0
Eastern Visayas 08	0	0	0	0	1	1
Eastern Visayas 09	0	0	0	0	1	0
National Capital Region 09	1	0	0	0	1	0
Northern Mindanao 08	0	1	0	0	0	1
Northern Mindanao 09	0	1	0	0	1	0
Southern Mindanao 08 I	0	0	0	0	1	1
Southern Mindanao 08 II	0	0	0	0	1	1
Southern Mindanao 09	0	0	0	0	1	0
Southern Tagalog 08	0	0	0	0	1	1
Southern Tagalog 09	0	0	0	0	1	0
Western Mindanao 09 I	0	0	0	0	1	1
Western Mindanao 09 II	0	0	0	0	1	0
Western Visayas 09	1	0	0	0	1	0
Narathiwat 08 (Thailand)	0	0	0	1	1	0
Narathiwat 09	0	0	0	1	1	0
Pattani 08	1	0	0	1	1	0
Pattani 09	1	0	0	1	1	0
Yala 08	0	0	0	1	1	0
Yala 09	0	0	0	1	1	0

Tabelle 7: Rohdatentabelle
Verschärfung gewaltsamer
Konflikte (V_{HIK} (I_R))
Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit
E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf
G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten
I_R = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der Aufnahmeregion
U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen
V_{HIK} = Verschärfung einer Krise oder ersten Krise in der Aufnahmeregion
1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

Zeile	Bedingungen					Outcome			n	Rohkonsistenz
	R	E	G	I _R	U	V _{HUK}	V _{HUK1}	V _{HUK2}		
1	0	0	0	0	1	C	0	1	14	0.500000
2	0	0	1	1	0	C	0	0	8	0.125000
3	1	0	1	0	0	C	0	0	6	0.166667
4	1	0	1	0	1	C	0	0	6	0.166667
5	0	0	1	1	1	C	0	0	5	0.200000
6	0	0	0	1	1	0	0	0	4	0.000000
7	1	0	0	0	1	C	0	0	4	0.250000
8	0	0	0	0	0	C	0	0	3	0.333333
9	0	0	1	0	0	0	0	0	2	0.000000
10	0	0	1	0	1	0	0	0	2	0.000000
11	0	1	1	1	0	0	0	0	2	0.000000
12	0	1	1	1	1	0	0	0	2	0.000000
13	1	0	0	1	1	0	0	0	2	0.000000
14	0	1	0	0	0	1	1	1	1	1.000.000
15	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0.000000
16	0	1	1	0	1	0	0	0	1	0.000000
17	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0.000000
18	1	0	1	1	0	0	0	0	1	0.000000
19	0	0	0	1	0	?	?	?	0	
20	0	1	0	1	0	?	?	?	0	
21	0	1	0	1	1	?	?	?	0	
22	0	1	1	0	0	?	?	?	0	
23	1	0	0	1	0	?	?	?	0	
24	1	0	1	1	1	?	?	?	0	
25	1	1	0	0	0	?	?	?	0	
26	1	1	0	0	1	?	?	?	0	
27	1	1	0	1	0	?	?	?	0	
28	1	1	0	1	1	?	?	?	0	
29	1	1	1	0	0	?	?	?	0	
30	1	1	1	0	1	?	?	?	0	
31	1	1	1	1	0	?	?	?	0	
32	1	1	1	1	1	?	?	?	0	

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit

E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf

G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten

I_R = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der Aufnahmeregion

U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen

V_{HUK} = Verschärfung einer Krise oder ernsten Krise in der Aufnahmeregion

V_{HUK1} = Alle C-Zeilen mit 0 kodiert

V_{HUK2} = C-Zeilen mit Rohkonsistenz $\geq 50\%$ mit 1 kodiert

n = Fallanzahl; 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

C = widersprüchliche Zeile; ? = Bedingungskonstellation empirisch nicht beobachtbar

Tabelle 8: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte (V_{HUK}(I_R))

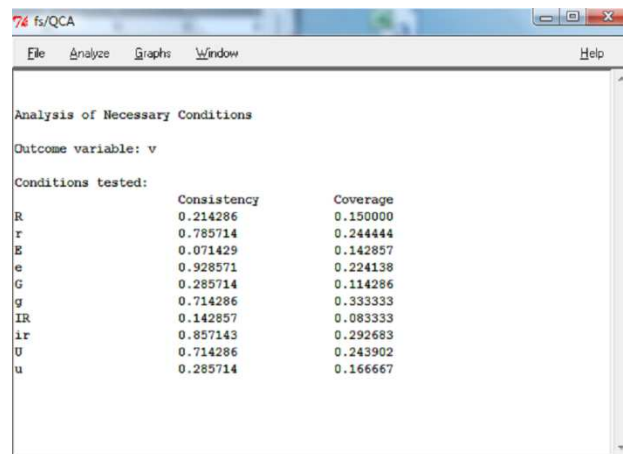
Quelle: Eigene Darstellung

Widersprüchliche Zeilen müssen vor einer Analyse der Wahrheitstafel aufgelöst werden. Hierzu existieren unterschiedliche Vorgehensweisen (siehe Schneider/Wagemann 2007, 116 ff.). Zur Auflösung widersprüchlicher Wahrheitstafelzeilen werden in dieser Arbeit zwei Strategien gewählt. Die erste, konservative Vorgehensweise, kodiert das Outcome widersprüchlicher Zeilen mit 0, um sie von der Analyse auszuschließen (Spalte V_{HUK1}). Hier wird also implizit angenommen, dass alle widersprüchlichen Zeilen nicht zum Outcome führen, also dass jene Kombination von Bedingungen keine hinreichende Bedingung ist (ebd., 117, 154). Die zweite Strategie besteht darin, nur die C-Zeilen mit 1 zu kodieren, deren Rohkonsistenz mindestens 50 Prozent beträgt, also bei denen die Mehrheit der Fälle das Outcome aufweist (Spalte V_{HUK2}).

Alle folgenden Analysen von Wahrheitstafeln sind computergestützte Crisp-Set-Analysen. Das bedeutet, sie werden mithilfe des eigens für QCA entwickelten Computerprogramms fsQCA 2.0 durchgeführt.⁷⁵ Ziel dieser Analysen ist es, unter Anwendung boolescher Algebra die in der Wahrheitstafel enthaltene Aussage darüber, welche Kombinationen von Bedingungen zum Outcome führen, auf ihre geringstmögliche Komplexität zu minimieren, und zwar so, dass der Informationsgehalt der Wahrheitstafel dabei beibehalten wird (Schneider 2006, 275).

4.6.4.3 Analyse notwendiger Bedingungen

An dieser Stelle müssen zunächst zwei Maßzahlen näher erläutert werden, die für die Bewertung der Ergebnisse einer QCA-Analyse von zentraler Bedeutung sind: das Konsistenz- und das Abdeckungsmaß für notwendige Bedingungen. Das Konsistenzmaß für notwendige Bedingungen gibt an, wie viel Prozent der Fälle, bei denen das Outcome auftritt, konsistent sind mit der Aussage, eine Bedingung X ist notwendig für ein Outcome Y (Schneider/Wagemann 2007, 93 ff.). Dieser Parameter ist nicht zu verwechseln mit dem Rohkonsistenzmaß in der Wahrheitstafel, welches lediglich angibt, wie viel Prozent der Fälle in der



Conditions tested:	Consistency	Coverage
R	0.214286	0.150000
r	0.785714	0.244444
E	0.071429	0.142857
e	0.928571	0.224138
G	0.285714	0.114286
g	0.714286	0.333333
IR	0.142857	0.083333
ir	0.857143	0.292683
U	0.714286	0.243902
u	0.285714	0.166667

Abbildung 14: Notwendige Bedingungen ($V_{\text{HKK}}(I_r)$)
Quelle: Eigene Berechnungen

jeweiligen Wahrheitstafelzeile das Outcome aufweisen. Das Abdeckungsmaß für notwendige Bedingungen erlaubt es uns hingegen zu ermitteln, ob und in welchem Maße eine notwendige Bedingung empirisch trivial ist. Eine notwendige Bedingung ist dann trivial, wenn sie zwar stets zusammen mit dem Outcome auftritt (und damit zu 100 Prozent konsistent ist), die Bedingung darüber hinaus aber auch bei (fast) allen Fällen vorkommt, in denen das Outcome nicht vorkommt. In dieser Situation fällt der Abdeckungsgrad sehr niedrig aus (ebd., 98).

Legt man als Kriterium für eine notwendige Bedingung einen Konsistenzwert von 100 Prozent fest, so erfüllt keine der Bedingungen dieses Kriterium (siehe Abbildung

⁷⁵ <http://www.u.arizona.edu/~cragin/fsQCA/software.shtml>

14). Diese Arbeit setzt allerdings als Grenzwert ein Konsistenzmaß von 90 Prozent an. Damit scheint auf den ersten Blick das Fehlen ethnischer Konflikte (e) eine notwendige Bedingung für die Verschärfung von Gewaltkonflikten in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen zu sein. Denn das Konsistenzmaß von e beträgt fast 93 Prozent. Allerdings fällt der Abdeckungsgrad mit rund 22 Prozent sehr klein aus, das heißt, die Bedingung e kommt in sehr vielen empirisch beobachteten Fällen vor und ist somit keine notwendige, sondern eine triviale notwendige Bedingung.

Die Analyse der notwendigen Bedingungen kann das WBGU-Modell und die daraus abgeleiteten Hypothesen somit nicht bestätigen.

4.6.4.4 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIK1}

In diesem Abschnitt werden die widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen dadurch aufgelöst, indem man ihr Outcome durchgehend mit 0 kodiert (siehe Tabelle 8). Damit sind sie von der Untersuchung ausgeschlossen. Allerdings bleibt nach der Anwendung dieser Lösungsstrategie nur noch eine Wahrheitstafelzeile übrig (Zeile 14: rEgIRU), bei der das Outcome vorkommt. Dahinter verbirgt sich zudem nur ein einziger empirisch beobachtbarer Fall. Eine vollständige QCA-Analyse hinreichender Bedingungen ist daher wenig sinnvoll, da die empirische Basis der Ergebnisse extrem dünn wäre. An dieser Stelle kann deshalb direkt zur Ermittlung der hinreichenden Bedingungen für das Outcome V_{HIK2} übergegangen werden.

4.6.4.5 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIK2}

Die zweite Lösungsstrategie dieser Arbeit zur Auflösung widersprüchlicher Wahrheitstafelzeilen besteht darin, das Outcome mit 1 zu kodieren, sofern deren Rohkonsistenzwert mindestens 50 Prozent beträgt. Auf diese Weise kann man nun die hinreichenden Bedingungen für das Outcome V_{HIK2} ermitteln.

Doch zuvor muss noch einmal auf die zwei Parameter der Konsistenz und der Abdeckung eingegangen werden. Denn auch bei der Analyse hinreichender Bedingungen sind diese Maßeinheiten von großer Bedeutung. Das Konsistenzmaß für hinreichende Bedingungen gibt an, welcher Prozentsatz der Fälle mit der Lösungsformel konsistent ist, also welcher Prozentsatz der Fälle durch die Lösungsformel korrekt beschrieben wird (Scheider/Wagemann 2007, 86 f.). Das Abdeckungsmaß gibt hingegen den Anteil

der Fälle an, die durch eine Lösungsformel erklärt werden (ebd., 90). Stark vereinfacht kann man auch sagen, dass „die Konsistenz uns mitteilt, *wie gut* wir erklären, und die Abdeckung, *wie viel* des zu erklärenden Phänomens wir tatsächlich erklären“ (ebd., 93; Hervorhebung im Original).

Ferner muss vor der Analyse hinreichender Bedingungen noch auf das bereits angesprochene Problem der begrenzten empirischen Vielfalt näher eingegangen werden, also auf den Umstand, dass für eine oder mehrere Konfigurationen von Bedingungen keine empirisch beobachtbaren Fälle vorliegen. Solche Wahrheitstafelzeilen werden auch logische Rudimente genannt. Zur deren Handhabung wird für diese und die folgenden Analysen zunächst angenommen, dass alle logischen Rudimente, die die zuvor als notwendig identifizierte(n) Bedingung(en) nicht enthalten auch nicht zum Outcome führen und somit von der Analyse ausgeschlossen werden können.^{76 77} Zum Umgang mit den restlichen leeren Wahrheitstafelzeilen existieren folgende Ansätze: erstens der konservative Ansatz (das heißt ohne vereinfachende Annahmen), der alle logischen Rudimente mit 0 kodiert, um sie von der Analyse auszuschließen. Es wird angenommen, dass alle logischen Rudimente das zu erklärende Outcome nicht produzieren würden, wenn sie empirisch existierten. Zweitens ein Gedankenexperiment, bei dem man einzelne Zeilen aufgrund theoretisch begründeter Annahmen kodiert.⁷⁸ Drittens das Gebot der maximalen Sparsamkeit (also mit vereinfachenden Annahmen). Das bedeutet, man überlässt es dem Computerprogramm, die Kodierung des Outcomes für die übrigen logischen Rudimente so zu wählen, dass sich die Wahrheitstafel zu der einfachsten und am wenigsten komplex erscheinenden Lösungsformel – definiert durch die darin enthaltene Anzahl der Buchstaben – minimieren lässt (ebd., 106 f.).⁷⁹ Diese drei verschiedenen Ansätze zum

⁷⁶ Denn ein logisches Rudiment, das die notwendige Bedingung nicht enthält, aber trotzdem das Outcome aufweist, würde dem Ergebnis der Analyse notwendiger Bedingungen widersprechen.

⁷⁷ Diese Annahme hat im Falle der QCA-Analysen dieses Kapitels keine Auswirkungen, weil hier keine notwendigen Bedingungen identifizierbar sind. Diese treten erst bei den Robustheitstests für das Outcome V_{UCDP} auf (siehe Bernath 2015b).

⁷⁸ Allerdings besteht hierbei die latente Gefahr der Datenmanipulation. Denn solche Gedankenexperimente sind prinzipiell für jede Bedingung möglich. Mit der Anzahl der zielgerichteten Erwartungen steigt jedoch die Gefahr, dass theoriegeleitete Annahmen die Ergebnisse der empirischen Analyse bestimmen, also dass sich die Hypothesen schließlich selbst erfüllen. Daher empfiehlt es sich, zielgerichtete Erwartungen nur bei sehr wenigen Bedingungen zu formulieren und dann auch explizit aufzuführen sowie eingehend zu begründen (Schneider/Wagemann 2007, 107 f.).

⁷⁹ Dieser Ansatz im Umgang mit logischen Rudimenten ist aufgrund seines atheoretischen Gebots aber sehr fragwürdig. So bedeutet dies vor allem bei einer steigenden Anzahl fehlender Wahrheitstafelzeilen, dass die Lösungsformel vielmehr auf computergenerierten Annahmen anstatt auf empirisch belegten Beobachtungen oder zumindest theoriegeleiteten Gedankenexperimenten beruht (Schneider/Wagemann 2007, 106 f.). Da die Zahl der logischen Rudimente bei den hier durchgeführten QCA-Analysen teilweise sehr groß ist, wird diese Arbeit die Formelgleichung für die spar-

Umgang mit begrenzter empirischer Vielfalt führen dazu, dass es für jede der folgenden Analysen hinreichender Bedingungen auch drei Lösungen gibt: die komplexe (konservativer Ansatz), die intermediäre (Gedankenexperiment) und die sparsamste Lösung. Grundsätzlich ist allerdings noch anzumerken, „dass es eine perfekte Lösung für das Problem begrenzter empirischer Vielfalt nicht gibt: Die empirische Information für bestimmte Wahrheitstafelzeilen fehlt und lässt sich nicht herbeizaubern.“ Aber immerhin „rückt QCA begrenzte empirische Vielfalt ins analytische Licht, bietet unterschiedliche Strategien des Umgangs an und fordert damit die ForscherIn heraus, bewusste Entscheidungen zu treffen“ (ebd., 108).

Wenn man also nun den ersten Ansatz wählt und die logischen Rudimente in den Zeilen 19 bis 32 von der Untersuchung ausschließt, so erhält man als komplexen Lösungsterm:

$$\mathbf{rEg_{ir}u + reg_{ir}U \rightarrow V_{HIK2}}$$

Das Konsistenzmaß für diese Lösung beträgt 53 Prozent, wohingegen ihr Abdeckungsmaß lediglich 57 Prozent ist.

Dieses Ergebnis bedeutet, dass das Outcome V_{HIK2} entlang zweier Erklärungspfade auftritt: Eine Verschärfung gewaltsamer Konflikte ist in jenen Aufnahmeregionen wahrscheinlich zu beobachten, die ENTWEDER nicht unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit leiden (r), aber von ethnischen Konflikten gekennzeichnet sind (E), sich andererseits wiederum nicht in einem politisch instabilen Land (i_r) mit niedrigen Governance-Kapazitäten (g) befinden und zudem keine große Anzahl von Umweltvertriebenen beherbergen (u) ODER bei denen weder nachfrageinduzierte Knappheit an Ressourcen (r) noch ethnische Konflikte (e) vorkommen und die gleichzeitig auch nicht einem Staat mit geringen Regierungskapazitäten (g) in einem politisch instabilen Umfeld (i_r) angehören, die aber dafür viele Umweltvertriebene aufnehmen (U).

Der niedrige Konsistenzwert von 53 Prozent sowie die geringe Abdeckung von nur 57 Prozent bedeuten, dass dieser Lösungsterm weder eine gute Erklärung ist, noch viele Fälle, bei denen das Outcome auftritt, erklärt. Fast die Hälfte der Fälle, in denen es zu einer Verschärfung von Gewaltkonflikten kommt, kann mit dieser Lösungsformel nicht erklärt werden.

samste Lösung neben den anderen Formellösungen aus Gründen der Vollständigkeit zwar darstellen, aber ansonsten nicht näher darauf eingehen.

Hinsichtlich dem zweiten Ansatz zum Umgang mit logischen Rudimenten, dem Gedankenexperiment, wird für alle folgenden Untersuchungen angenommen, dass die Bedingung U einen positiven Beitrag zum Outcome leistet.⁸⁰ Die theoretische Begründung für diese zielgerichtete Erwartung liegt in den positiven Auswirkungen von U auf alle anderen Bedingungen (siehe Kap. 3.2). Denn vor allem eine große Anzahl von Umweltvertriebenen kann in den Aufnahmeregionen die dortige Ressourcenkonkurrenz verstärken, ethnische Konflikte verursachen oder verschärfen, staatliche Kapazitäten überfordern und eine zusätzliche Last bei politischer Instabilität darstellen. Die Bedingung U erzeugt somit ein Umfeld, in dem die Hypothesen am ehesten zutreffen müssten und in dem das Auftreten des Outcomes folglich am wahrscheinlichsten ist.

Führt man die Analyse mit einem Gedankenexperiment basierend auf dieser zielgerichteten Erwartung durch, so lautet die intermediäre Lösung:

$$\mathbf{rEg_{IRU} + reg_{IRU} \rightarrow V_{HIK2}}$$

In diesem Fall unterscheidet sich die intermediäre nicht von der komplexen Lösung. Daher sind auch die Konsistenz- und Abdeckungswerte dieselben.

Folgt man schließlich dem dritten Ansatz zur Handhabung leerer Wahrheitstafelzeilen und lässt computersimulierte vereinfachende Annahmen über die logischen Rudimente zu, dann erhält man als sparsamste Lösung:

$$\mathbf{E_{IRU} + reg_{IRU} \rightarrow V_{HIK2}}$$

Diese Lösung ist nur geringfügig weniger komplex als die beiden vorherigen Lösungsformeln und hat ebenfalls einen Konsistenzwert von nur 53 Prozent sowie eine Abdeckung von lediglich 57 Prozent.

4.6.4.6 Zwischenfazit

Das Ergebnis der Analyse notwendiger Bedingungen bestätigt die Hypothesen des WBGU-Modells nicht. Keine der Bedingungen R, E, G, I_R und U ist notwendig für das Auftreten des Outcomes.

⁸⁰ Konkret heißt das, wenn zum Beispiel die Konfiguration rEg_{IRU} in der Zeile 15 der obigen Wahrheitstafel (siehe Tabelle 8) ein logisches Rudiment wäre, dann könnte man sie in einem Gedankenexperiment mit V_{HIK2} = 1 kodieren. Die Begründung wäre, dass wenn schon die Konfiguration rEg_{IRU} in der Wahrheitstafelzeile 14 zum Outcome führt, die Konfiguration rEg_{IRU} – die sich ja nur durch das Vorhandensein von U von rEg_{IRU} unterscheidet – erst recht zu einem positiven Outcome führen muss, nachdem U – der zielgerichteten Erwartung folgend – ja einen positiven Beitrag zu V_{HIK2} leisten sollte.

Die Ermittlung hinreichender Bedingungen für das Outcome V_{HIIK1} ist nicht sinnvoll, weil das Ereignis nur bei einem einzigen Fall vorkommt und die empirische Basis der Ergebnisse somit nicht breit genug ist.

Die Analyse hinreichender Bedingungen für das Outcome V_{HIIK2} hat erstens ergeben, dass einerseits keine der Bedingungen R, E, G, I_r und U hinreichend für den Ereigniseintritt ist. Zweitens sind aber andererseits immerhin die Bedingungen E und U jeweils in Kombination mit anderen Einflussfaktoren hinreichend für das Auftreten des Outcomes. Sie stellen somit INUS-Bedingungen für die Verschärfung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen dar, was zumindest die Hypothese H2 bestätigt. Die Hypothese H6 kann hingegen nicht bestätigt werden, weil die Bedingung U mit keiner der Bedingungen R, E, G und I_r gemeinsam auftritt. Insgesamt wird somit nur eine der fünf Hypothesen bestätigt. Drittens ist hinsichtlich der Lösungsterme festzustellen, dass ihre Konsistenz- und Abdeckungswerte sehr niedrig sind. Sie können nur etwas mehr als die Hälfte der zu ergründenden Phänomene tatsächlich erklären und dies zudem nicht einmal besonders gut. Außerdem überwiegt in den Lösungstermen das Nicht-Auftreten der aus dem WBGU-Modell abgeleiteten Bedingungen deutlich gegenüber deren Auftreten. Gemäß dem WBGU stellen diese Bedingungen jedoch Schlüsselfaktoren für das Auftreten gewaltsamer Konflikte im Kontext klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen dar. Man würde daher erwarten, dass bei einer Analyse zum Auftreten dieses Outcomes die Schlüsselfaktoren sehr häufig in Erscheinung treten, also dass ihr Auftreten gegenüber ihrem Nicht-Auftreten deutlich überwiegt, und nicht umgekehrt.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Basierend auf den Konfliktdaten des HIIK kann die QCA-Analyse zur Verschärfung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen den Erklärungsansatz der WBGU-Forscher nicht bestätigen.

4.6.5 Verschärfung gewaltsamer Konflikte (HIIK-Admin; I_K)

Das obige Ergebnis stützt sich auf dem Verständnis, dass politische Instabilität am besten durch einen kürzlich erfolgten Regimewechsel auf nationaler Ebene angezeigt wird. Die WBGU-Forscher legen sich aber diesbezüglich nicht fest und führen auch das Vorhandensein einer Konfliktgeschichte als Proxy für eine fragile politische Lage auf (siehe Kap. 4.5.3). Daher wird in diesem Abschnitt eine QCA-Analyse durchgeführt, die nicht einen kürzlich erfolgten Regimewechsel, sondern eine regionale Konfliktgeschichte als Indikator für ein politisch instabiles Umfeld verwendet. Alle anderen Bedingungen sind dieselben wie in der vorherigen QCA-Analyse, ebenso das Outcome und die Fallauswahl.

4.6.5.1 Rohdatentabelle und Wahrheitstafel

Allerdings erhält man eine neue Rohdatentabelle und zwar diesmal mit den fünf dichotomen Bedingungen R, E, G, I_K und U sowie dem Outcome V_{HIIK} (siehe Tabelle 9). Sie unterscheidet sich im Vergleich zur Rohdatentabelle davor (siehe Tabelle 7) lediglich darin, dass sie zwei Aufnahmeregionen weniger beinhaltet⁸¹ und dass die Spalte I_K durch die Spalte I_K ersetzt wird. Damit erhalten die einzelnen Ankunftsgebiete unter Umständen einen anderen Indexwert hinsichtlich der Beurteilung der Stabilität ihres politischen Umfeldes. Und in der Tat tritt die Bedingung I nun mehr als doppelt so häufig auf als in der vorangegangenen Rohdatentabelle.

Für eine QCA-Analyse muss diese Datenmatrix wieder in eine Wahrheitstabelle übersetzt werden (siehe Tabelle 10). Im Vergleich zur vorherigen Wahrheitstafel (siehe Tabelle 8) gibt es in dieser genauso viele widersprüchliche Zeilen, aber mehr logische Rudimente; das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt ist hier also noch ausgeprägter vorhanden. Das Outcome schließlich tritt auch diesmal in nur einer Wahrheitstafelzeile auf.

⁸¹ Die haitianischen Zufluchtsorte Sud (08) und Ouest (08) werden von der Analyse ausgeschlossen, da der Datensatz von Rustad und ihrem Team (2011b) keine Informationen über die Konfliktgeschichte der Regionen Haitis liefert.

Aufnahmeregionen	Bedingungen					Outcome V _{HUK}
	R	E	G	I _K	U	
Guangdong 09 (China)	1	0	0	0	0	0
Sichuan 08	0	0	0	0	0	0
Sichuan 09	0	0	0	1	0	0
Andhra Pradesh 09 (India)	1	0	1	1	1	0
Assam 08 I	1	0	1	1	1	0
Assam 08 II	1	0	1	1	1	0
Assam 09	1	0	1	1	0	0
Bihar 08	1	0	1	0	0	0
Bihar 09	1	0	1	1	0	0
Madhya Pradesh 08	0	0	1	0	0	0
Maharashtra 08 I	1	0	1	0	0	1
Maharashtra 08 II	1	0	1	0	0	0
Maharashtra 09	1	0	1	1	1	0
Orissa 08	0	0	1	1	1	0
Orissa 09	0	0	1	1	0	0
West Bengal 08	1	0	1	0	0	0
West Bengal 09	1	0	1	1	1	1
Karen State 08 (Myanmar)	0	0	1	1	1	0
Kayah State 08	0	1	1	1	1	0
Rangoon 08	1	0	1	0	1	0
Bheri 08 (Nepal)	0	0	1	1	1	0
Bheri 09	0	0	1	1	0	0
Kosi 08	0	0	1	1	0	0
Mahakali 08	0	0	1	1	1	0
Mahakali 09	0	0	1	1	0	0
Rapti 08	0	1	1	1	1	0
Rapti 09	0	1	1	1	0	0
Sagarmatha 08	0	0	1	1	0	0
Seti 08	0	1	1	1	1	0
Seti 09	0	1	1	1	0	0
Baluchistan 08 (Pakistan)	0	0	1	1	0	0
NWFP 08 I	0	0	1	0	0	1
NWFP 08 II	0	0	1	0	0	0
NWFP 09 I	0	0	1	1	1	0
NWFP 09 II	0	0	1	1	1	1
NWFP 09 III	0	0	1	1	1	0
Bicol 09 (Philippines)	0	0	0	1	1	0
Central Mindanao 08 I	0	0	0	1	1	0
Central Mindanao 08 II	0	0	0	1	1	1
Central Mindanao 08 III	0	0	0	1	1	1
Central Mindanao 09	0	0	0	1	1	0
Cordillera Administrative Region 08	0	0	0	1	0	1
Central Visayas 08	1	0	0	1	1	1
Central Visayas 09	1	0	0	1	1	0
Eastern Visayas 08	0	0	0	1	1	1
Eastern Visayas 09	0	0	0	1	1	0
National Capital Region 09	1	0	0	1	1	0
Northern Mindanao 08	0	1	0	1	0	1
Northern Mindanao 09	0	1	0	1	1	0
Southern Mindanao 08 I	0	0	0	1	1	1
Southern Mindanao 08 II	0	0	0	1	1	1
Southern Mindanao 09	0	0	0	1	1	0
Southern Tagalog 08	0	0	0	1	1	1
Southern Tagalog 09	0	0	0	1	1	0
Western Mindanao 09 I	0	0	0	1	1	1
Western Mindanao 09 II	0	0	0	1	1	0
Western Visayas 09	1	0	0	1	1	0
Narathiwat 08 (Thailand)	0	0	0	1	1	0
Narathiwat 09	0	0	0	1	1	0
Pattani 08	1	0	0	1	1	0
Pattani 09	1	0	0	1	1	0
Yala 08	0	0	0	1	1	0
Yala 09	0	0	0	1	1	0

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit
 E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf
 G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten
 I_K = Aufnahmeregion mit Konfliktgeschichte
 U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen
 V_{HUK} = Verschärfung einer Krise oder ernsten Krise in der Aufnahmeregion
 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

Tabelle 9: Rohdatentabelle
 Verschärfung gewaltsamer
 Konflikte (V_{HUK} (I_K))
 Quelle: Eigene Darstellung

Zeile	Bedingungen					Outcome			n	Roh-konsistenz
	R	E	G	I _k	U	V _{HUK}	V _{HUK1}	V _{HUK2}		
1	0	0	0	1	1	C	0	0	18	0.388889
2	0	0	1	1	1	C	0	0	7	0.142857
3	0	0	1	1	0	0	0	0	6	0.000000
4	1	0	0	1	1	C	0	0	6	0.166667
5	1	0	1	1	1	C	0	0	5	0.200000
6	1	0	1	0	0	C	0	0	4	0.250000
7	0	0	1	0	0	C	0	0	3	0.333333
8	0	1	1	1	1	0	0	0	3	0.000000
9	0	0	0	1	0	C	0	1	2	0.500000
10	0	1	1	1	0	0	0	0	2	0.000000
11	1	0	1	1	0	0	0	0	2	0.000000
12	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0.000000
13	0	1	0	1	0	1	1	1	1	1.000.000
14	0	1	0	1	1	0	0	0	1	0.000000
15	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0.000000
16	1	0	1	0	1	0	0	0	1	0.000000
Alle weiteren 16 Zeilen						?	?	?	0	

Tabelle 10: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte (V_{HUK}(I_k))

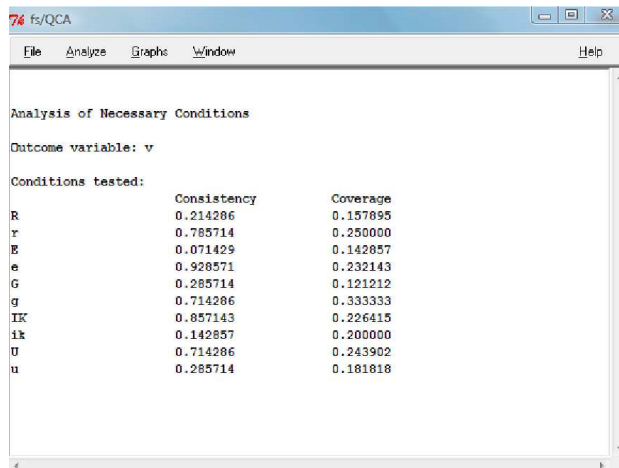
Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahme-region leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit
E = Aufnahme-region weist ethnische Spannungen auf
G = Aufnahme-region befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten
I_k = Aufnahme-region mit Konfliktgeschichte
U = Aufnahme-region mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen
V_{HUK} = Verschärfung einer Krise oder ersten Krise in der Aufnahme-region
V_{HUK1} = Alle C-Zeilen mit 0 kodiert
V_{HUK2} = C-Zeilen mit Rohkonsistenz $\geq 50\%$ mit 1 kodiert
n = Fallanzahl; 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden
C = widersprüchliche Zeile; ? = Bedingungskonstellation empirisch nicht beobachtbar

Zur Auflösung der widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen werden erneut die bereits vorgestellten Strategien angewendet (siehe Kap. 4.6.4.2): In der Spalte V_{HUK1} sind die C-Zeilen mit 0 kodiert, während in der Spalte V_{HUK2} die widersprüchlichen Zeilen mit 1 kodiert werden, wenn ihr Rohkonsistenzmaß mindestens 50 Prozent beträgt. Die Wahrheitstafel wird nun abermals mit dem Computerprogramm fsQCA 2.0 analysiert, um die notwendigen, hinreichenden und INUS-Bedingungen für das Outcome identifizieren zu können.

4.6.5.2 Analyse notwendiger Bedingungen

Definiert man als Kriterium für eine notwendige Bedingung wieder einen Konsistenzwert von 90 Prozent, so erfüllt auch diesmal nur die Bedingung e dieses Kriterium (siehe Abbildung 15). Allerdings weist sie erneut einen sehr niedrigen Abdeckungsgrad von diesmal sogar nur etwas mehr als 23 Prozent auf. Somit ist die Merkmalsausprägung e auch unter Verwendung des alternativen Indikators für politische Instabilität keine notwendige, sondern eine triviale notwendige Bedingung.



Conditions tested:	Consistency	Coverage
R	0.214286	0.157895
r	0.785714	0.250000
E	0.071429	0.142857
e	0.928571	0.232143
G	0.285714	0.121212
g	0.714286	0.333333
IK	0.857143	0.226415
ik	0.142857	0.200000
U	0.714286	0.243902
u	0.285714	0.181818

Abbildung 15: Notwendige Bedingungen ($V_{HIK}(I_K)$)
Quelle: Eigene Berechnungen

4.6.5.3 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIK1}

Auch diesmal bleibt nach der Kodierung aller widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen mit 0 nur noch eine Wahrheitstafelzeile übrig (Zeile 13: rEgIku), bei der das Ereignis auftritt. Und wieder einmal repräsentiert diese Zeile nur einen empirisch beobachtbaren Fall. Eine vollständige QCA-Analyse hinreichender Bedingungen ist daher aufgrund der fehlenden ausreichenden empirischen Grundlage abermalig nur wenig sinnvoll.

4.6.5.4 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HIK2}

Kodiert man hingegen all jene widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen mit 1, deren Rohkonsistenz mindestens 50 Prozent beträgt, so kommt das Outcome immerhin zweimal vor (Zeile 9 und 13). Allerdings sind die Analyseergebnisse dieser Wahrheitstafelzeilen mit besonderer Vorsicht zu behandeln, da sie auf lediglich drei empirischen Fällen beruhen.

Wählt man den konservativen Ansatz und schließt alle logischen Rudimente aus der Analyse aus, so lautet die komplexe Lösung:

$$rgIku \rightarrow V_{HIK2}$$

Dieselbe Lösungsformel erhält man, wenn in einem Gedankenexperiment angenommen wird, dass die Bedingung U zum Outcome beiträgt. Das Konsistenzmaß beträgt jeweils 67 Prozent bei einem Abdeckungsgrad von nur 14 Prozent. Mit dieser Formel können also nur sehr wenige Fälle mit dem Outcomewert 1 erklärt werden, und dass nicht einmal besonders gut.

Der Lösungsterm ist nun weniger komplex als in der vorherigen QCA-Analyse, weil jetzt nur noch ein Erklärungspfad zum Outcome V_{HIK2} führt. Konkret bedeutet dies bei

der vorliegenden Lösung, dass es in solchen Aufnahme­regionen wahrscheinlich zur Gewalteskalation kommt, in denen keine nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit vorliegt (r), die sich zudem nicht in einem Staat mit geringen Governance-Kapazitäten befinden (g) und nur relativ wenige Umweltvertriebene aufnehmen (u), aber dafür eine Konfliktgeschichte aufweisen (I_k). Das heißt, die Bedingung I_k ist eine INUS-Bedingung.

Lässt man schließlich computersimulierte vereinfachende Annahmen über die logischen Rudimente zu, so lautet die sparsamste Lösung:

$$gIku \rightarrow V_{HIK2}$$

4.6.5.5 Zwischenfazit

Erneut kann das Ergebnis der Analyse notwendiger Bedingungen keine der aufgestellten Hypothesen bestätigen. Weder die Bedingung R, E, G, I_k noch U ist notwendig für das Auftreten des Outcomes.

Die Ermittlung hinreichender Bedingungen für das Outcome V_{HIK1} ist abermals aufgrund der nicht ausreichenden empirischen Basis nicht sinnvoll.

Die Analyse hinreichender Bedingungen für das Outcome V_{HIK2} zeigt erstens, dass keine der Bedingungen R, E, G, I_k und U hinreichend ist, um das zu erklärende Ereignis zu erzeugen. Zweitens sind diesmal im Gegensatz zur vorherigen Analyse nicht die Merkmalsausprägungen E und U eine INUS-Bedingung für das Auftreten des Outcomes, sondern die Bedingung I_k . Anstatt der Hypothese H2 kann nun also die Hypothese H5 bestätigt werden. Drittens sind die Lösungsterme weniger komplex als zuvor. Auch besitzen sie nun einen höheren Konsistenzwert. Aber andererseits ist ihr Abdeckungsgrad jetzt wesentlich niedriger. Mit anderen Worten, im Vergleich zur vorherigen QCA-Analyse können die Lösungsformeln hier zwar noch weniger Fälle erklären, aber dafür besser. Ferner überwiegt in den Lösungstermen weiterhin das Nicht-Auftreten der Bedingungen gegenüber deren Auftreten.

Zusammenfassend betrachtet kann die Hypothese H5 zwar nun bestätigt werden, wenn man die regionale Konfliktgeschichte anstatt eines kürzlich erfolgten Regime­wechsels als Indikator für ein politisch instabiles Umfeld verwendet. Der Einsatz eines alternativen Messindikators für politische Instabilität führt jedoch zu keinem besseren Ergebnis für das WBGU-Modell insgesamt: Auch die QCA-Analyse mit der Bedingung I_k kann den Erklärungsansatz der WBGU-Forscher nicht bestätigen.

4.6.6 Verschärfung gewaltsamer Konflikte (UCDP-Admin; I_R)

4.6.6.1 Outcome (V_{UCDP})

Das zu erklärende Outcome ist auch in diesem Abschnitt die Verschärfung eines bereits bestehenden gewaltsamen Konfliktes in einer Aufnahme-region von Umweltvertriebenen im Jahr 2008 bzw. 2009. Als Datengrundlage dienen jetzt jedoch nicht, wie in den beiden vorherigen Abschnitten, die Konfliktdaten des HIIK, sondern die des UCDP. Folgerichtig wird die Verschärfung gewaltsamer Konflikte an dieser Stelle auch anders definiert als zuvor. Gewalteskalation bedeutet nun, dass sich die geschätzte Zahl der Todesopfer einer einseitigen Gewaltaktion bzw. der Gefechtstoten eines bewaffneten Konfliktes, Krieges oder nicht-staatlichen Konfliktes in 2008 bzw. 2009 im Vergleich zum Vorjahr um mindestens 25 erhöht hat.

Der Outcomewert beträgt also 1, wenn in einer Aufnahme-region laut der UCDP-Admin-Datenbank (siehe Bernath 2015a) ein gewaltsamer Konflikt im Jahr 2008 bzw. 2009 eskaliert. Das Outcome wird hingegen mit 0 kodiert, wenn sich in einem Ankunftsgebiet kein Gewaltkonflikt verschärft.

4.6.6.2 Fallauswahl, Rohdatentabelle und Wahrheitstafel

Bei dieser QCA-Analyse werden von den 231 Fällen aus den Tabellen 3 und 4 nur die Aufnahme-regionen von Umweltvertriebenen in die Untersuchung einbezogen, bei denen 2008 bzw. 2009 gemäß des UCDP-Admin-Datensatzes ein bewaffneter Konflikt, Krieg, nicht-staatlicher Konflikt oder eine einseitige Gewaltaktion bereits vorliegt (siehe ebd.).⁸² Somit ergibt sich eine Rohdatentabelle mit 44 Fällen, den fünf dichotomen Bedingungen R, E, G, I_R und U sowie dem Outcome V_{UCDP} (siehe Tabelle 11).

⁸² Das heißt im Umkehrschluss: Es werden von den 231 Zufluchtsregionen all diejenigen ausgeschlossen, die nicht im verwendeten Konfliktdatensatz stehen oder in denen erst seit 2008 bzw. 2009 ein gewaltsamer Konflikt vorliegt.

Aufnahmeregionen	Bedingungen					Outcome V _{UCDP}
	R	E	G	I _R	U	
Sichuan 08 (China)	0	0	0	0	0	1
Andhra Pradesh 09 (India)	1	0	1	0	1	1
Arunachal Pradesh 08 I	0	1	1	0	1	1
Arunachal Pradesh 08 II	0	1	1	0	1	0
Assam 08 I	1	0	1	0	1	1
Assam 08 II	1	0	1	0	1	0
Assam 09 I	1	0	1	0	0	1
Assam 09 II	1	0	1	0	0	0
Bihar 08	1	0	1	0	0	1
Bihar 09	1	0	1	0	0	1
Madhya Pradesh 08	0	0	1	0	0	1
Maharashtra 09	1	0	1	0	1	1
Orissa 08	0	0	1	0	1	1
Orissa 09 I	0	0	1	0	0	1
Orissa 09 II	0	0	1	0	0	1
West Bengal 08	1	0	1	0	0	1
West Bengal 09 I	1	0	1	0	1	1
West Bengal 09 II	1	0	1	0	1	1
Karen State 08 (Myanmar)	0	0	1	0	1	0
Baluchistan 08 (Pakistan)	0	0	1	1	0	1
NWFP 08 I	0	0	1	1	0	1
NWFP 08 II	0	0	1	1	0	1
NWFP 09 I	0	0	1	1	1	1
NWFP 09 II	0	0	1	1	1	0
Central Mindanao 08 I (Philippines)	0	0	0	0	1	1
Central Mindanao 08 II	0	0	0	0	1	1
Northern Mindanao 08 I	0	1	0	0	0	1
Northern Mindanao 08 II	0	1	0	0	0	1
Southern Mindanao 08 I	0	0	0	0	1	1
Southern Mindanao 08 II	0	0	0	0	1	1
Western Mindanao 09 I	0	0	0	0	1	1
Western Mindanao 09 II	0	0	0	0	1	0
Narathiwat 08 (Thailand)	0	0	0	1	1	0
Narathiwat 09 I	0	0	0	1	1	0
Narathiwat 09 II	0	0	0	1	1	0
Pattani 08	1	0	0	1	1	0
Pattani 09 I	1	0	0	1	1	0
Pattani 09 II	1	0	0	1	1	0
Songkhla 08	0	0	0	1	0	0
Songkhla 09 I	0	0	0	1	1	0
Songkhla 09 II	0	0	0	1	1	0
Yala 08	0	0	0	1	1	0
Yala 09 I	0	0	0	1	1	0
Yala 09 II	0	0	0	1	1	0

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit

E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf

G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten

I_R = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der Aufnahmeregion

U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen

V_{UCDP} = Verschärfung eines bewaffneten Konfliktes, Krieges, nicht-staatlichen Konfliktes

oder von einseitiger Gewalt in der Aufnahmeregion

1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

Tabelle 11: Rohdatentabelle
Verschärfung gewaltsamer
Konflikte (V_{UCDP} (I_R))

Quelle: Eigene Darstellung

Diese Datenmatrix kann wieder in eine Wahrheitstabelle übersetzt werden (siehe Tabelle 12). Im Vergleich zu den Wahrheitstafeln zuvor (siehe Kap. 4.6.4.2 und 4.6.5.1) tritt das Outcome jetzt viel häufiger auf. Die Zahl der widersprüchlichen Zeilen hat sich hingegen nicht wesentlich verändert, dafür ist die der logischen Rudimente gestiegen – vermutlich wegen der kleineren Fallzahl. Das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt ist also bei Wahrheitstafeln, die mithilfe von UCDP-Konfliktdaten erstellt werden,

besonders ausgeprägt. Für den Umgang mit widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen und logischen Rudimenten kommen die bewährten und bereits erläuterten Lösungsstrategien zum Einsatz.

Zeile	Bedingungen					Outcome			n	Roh-konsistenz
	R	E	G	I _R	U	V _{UCDP}	V _{UCDP} 1	V _{UCDP} 2		
1	0	0	0	1	1	0	0	0	8	0.000000
2	0	0	0	0	1	C	0	1	6	0.833333
3	1	0	1	0	1	C	0	1	6	0.833333
4	1	0	1	0	0	C	0	1	5	0.800000
5	0	0	1	0	0	1	1	1	3	1.000.000
6	0	0	1	1	0	1	1	1	3	1.000.000
7	1	0	0	1	1	0	0	0	3	0.000000
8	0	0	1	0	1	C	0	1	2	0.500000
9	0	0	1	1	1	C	0	1	2	0.500000
10	0	1	0	0	0	1	1	1	2	1.000.000
11	0	1	1	0	1	C	0	1	2	0.500000
12	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1.000.000
13	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0.000000
Alle weiteren 19 Zeilen						?	?	?	0	

Tabelle 12: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte (V_{UCDP}(I_R))

Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahme-region leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit
 E = Aufnahme-region weist ethnische Spannungen auf
 G = Aufnahme-region befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten
 I_R = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der Aufnahme-region
 U = Aufnahme-region mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen
 V_{UCDP} = Verschärfung eines bewaffneten Konfliktes, Krieges, nicht-staatlichen Konfliktes oder von einseitiger Gewalt in der Aufnahme-region
 V_{UCDP}1 = Alle C-Zeilen mit 0 kodiert
 V_{UCDP}2 = C-Zeilen mit Rohkonsistenz $\geq$ 50% mit 1 kodiert
 n = Fallanzahl; 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden
 C = widersprüchliche Zeile; ? = Bedingungskonstellation empirisch nicht beobachtbar

4.6.6.3 Analyse notwendiger Bedingungen

Bei einem Konsistenzmaß von 90 Prozent als Grenzwert erfüllt keine der Merkmalsausprägungen das Kriterium einer notwendigen Bedingung (siehe Abbildung 16). Diesmal liegen also nicht nur keine notwendigen Bedingungen vor, sondern auch keine trivialen notwendigen Bedingungen.

Conditions tested:	Consistency	Coverage
R	0.346154	0.642857
r	0.653846	0.566667
E	0.115385	0.750000
e	0.884615	0.575000
G	0.692308	0.782609
g	0.307692	0.380952
IR	0.153846	0.235294
Ir	0.846154	0.814815
U	0.500000	0.448276
u	0.500000	0.866667

Abbildung 16: Notwendige Bedingungen (V_{UCDP}(I_R))

Quelle: Eigene Berechnungen

4.6.6.4 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP1}

Zur Auflösung widersprüchlicher Wahrheitstafelzeilen werden diese beim ersten Lösungsansatz mit 0 kodiert und damit von der Analyse ausgeschlossen.

Werden nun auch noch alle logischen Rudimente nicht in die Untersuchung miteinbezogen, so erhält man als komplexe Lösung:

$$\mathbf{rgiru + reGu \rightarrow V_{UCDP1}}$$

Der intermediäre Lösungsterm hat dieselbe Form. Das Konsistenzmaß beträgt 100 Prozent, während der Abdeckungsgrad bei gerade einmal 35 Prozent liegt. Das heißt, sowohl die komplexe als auch die intermediäre Lösung kann das Auftreten des Outcomes zwar vollständig erklären, allerdings nur in knapp einem Drittel der Fälle.

Gemäß der vorliegenden Lösungsformel führen somit zwei Bedingungskonstellationen zur Gewalteskalation in den Aufnahmeregionen: erstens die Kombination von fehlender nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit (r), ausreichenden Governance-Kapazitäten (g), politischer Stabilität (i_r) und einem unterdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen (u). Zweitens das Zusammenspiel von abermals r und u, aber nun mit dem Nicht-Vorhandensein ethnischer Spannungen (e) und dem Vorliegen geringer Regierungskapazitäten (G). Diesmal ist also von all den aufgestellten Merkmalsausprägungen G eine INUS-Bedingung.

Schließlich hat die sparsamste Lösung die Form:

$$\mathbf{riu + rGu \rightarrow V_{UCDP1}}$$

4.6.6.5 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP2}

Beim zweiten Lösungsansatz werden nur die widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen mit 1 kodiert, deren Rohkonsistenzmaß mindestens 50 Prozent beträgt.

Wenn man wieder alle logischen Rudimente von der Analyse ausschließt, dann lautet der komplexe Lösungsterm:

$$\mathbf{rei_r + eGi_r + reG + rgiru + rGi_rU \rightarrow V_{UCDP2}}$$

Das Konsistenzmaß beträgt 81 Prozent und der Abdeckungsgrad sogar 100 Prozent. Das heißt, der Lösungsterm kann das Outcome gut und vollständig erklären. Dies geht aber zulasten seiner Einfachheit. Die Tatsache, dass für das Outcome V_{UCDP2} weniger strenge Kriterien für die Verkodung des Outcomes angelegt werden als für das Outcome V_{UCDP1} , hat also zur Folge, dass mehr Erklärungspfade ausgewiesen werden, die zum Outcome

führen. Die Formelgleichung ist also recht komplex. Dabei treten mit G und U lediglich zwei der theoretischen Bedingungen auf, und zwar als INUS-Bedingungen.

Die intermediäre Lösung hat diesmal die Form:

$$\mathbf{rgi_R} + \mathbf{ri_RU} + \mathbf{reG} + \mathbf{eGi_R} \rightarrow \mathbf{V_{UCDP2}}$$

Der intermediäre Lösungsterm ist in diesem Fall weniger kompliziert als der komplexe, besitzt aber dieselben Konsistenz- und Abdeckungsmaße.

Schließlich lautet die sparsamste Lösung:

$$\mathbf{i_R} + \mathbf{G} \rightarrow \mathbf{V_{UCDP2}}$$

4.6.6.6 Zwischenfazit

Auch in dieser dritten QCA-Analyse zur Verschärfung gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen ist keine der Bedingungen R, E, G, I und U notwendig oder hinreichend für das Auftreten des Outcomes. Lediglich die Zugehörigkeit der Zielregion zu einem Staat mit geringen Governance-Kapazitäten (G) sowie eine große Anzahl von aufgenommenen Umweltvertriebenen (U) sind INUS-Bedingungen. Damit kann die Hypothese H4 bestätigt werden. Dasselbe gilt jedoch nicht für die Hypothese H6. Die Bedingung U kommt zwar zusammen mit der Bedingung G vor, allerdings nur in einer einzigen Ergebniskonstellation (siehe Kap. 4.6.6.5); die empirische Evidenz ist also nicht ausreichend.

Ferner weisen die Lösungsterme nun bessere Konsistenz- und Abdeckungsmaße auf als die vorherigen Lösungsformeln. Allerdings fallen sie auch komplexer aus, insbesondere für das Outcome V_{UCDP2} . Schließlich überwiegt in den Lösungen weiterhin das Nicht-Auftreten der Bedingungen gegenüber ihrem Auftreten.

Insgesamt verbessern sich die Resultate für das WBGU-Modell durch die Verwendung eines alternativen Konflikt Datensatzes nicht. Das heißt, auch eine QCA-Analyse, die anstatt auf dem Konfliktbarometer des HIIK auf den Konflikt Daten des UCDP basiert, kann den Erklärungsansatz der WBGU-Forscher nicht bestätigen.

4.6.7 Verschärfung gewaltsamer Konflikte (UCDP-Admin; I_K)

Bei dieser QCA-Analyse wird, wie schon im vorvergangenen Abschnitt (siehe Kap. 4.6.5), die regionale Konfliktgeschichte anstelle eines kürzlich erfolgten Regimewechsels zum Anzeigen politischer Instabilität verwendet. Alle anderen Untersuchungsbe-

dingungen sind dieselben wie in der vorherigen QCA-Analyse, ebenso das Outcome und die Fallauswahl.

4.6.7.1 Rohdatentabelle und Wahrheitstafel

Die neue Rohdatentabelle unterscheidet sich somit von der aus Tabelle 11 nur darin, dass die Spalte I_R durch die Spalte I_K ersetzt wird (siehe Tabelle 13). Erneut kommt dadurch die Bedingung I nun mehr als doppelt so häufig vor wie zuvor.

Aufnahmeregionen	Bedingungen					Outcome V_{UCDP}
	R	E	G	I_K	U	
Sichuan 08 (China)	0	0	0	0	0	1
Andhra Pradesh 09 (India)	1	0	1	1	1	1
Arunachal Pradesh 08 I	0	1	1	0	1	1
Arunachal Pradesh 08 II	0	1	1	0	1	0
Assam 08 I	1	0	1	1	1	1
Assam 08 II	1	0	1	1	1	0
Assam 09 I	1	0	1	1	0	1
Assam 09 II	1	0	1	1	0	0
Bihar 08	1	0	1	0	0	1
Bihar 09	1	0	1	1	0	1
Madhya Pradesh 08	0	0	1	0	0	1
Maharashtra 09	1	0	1	0	1	1
Orissa 08	0	0	1	1	1	1
Orissa 09 I	0	0	1	1	0	1
Orissa 09 II	0	0	1	1	0	1
West Bengal 08	1	0	1	0	0	1
West Bengal 09 I	1	0	1	1	1	1
West Bengal 09 II	1	0	1	1	1	1
Karen State 08 (Myanmar)	0	0	1	1	1	0
Baluchistan 08 (Pakistan)	0	0	1	1	0	1
NWFP 08 I	0	0	1	0	0	1
NWFP 08 II	0	0	1	0	0	1
NWFP 09 I	0	0	1	1	1	1
NWFP 09 II	0	0	1	1	1	0
Central Mindanao 08 I (Philippines)	0	0	0	1	1	1
Central Mindanao 08 II	0	0	0	1	1	1
Northern Mindanao 08 I	0	1	0	1	0	1
Northern Mindanao 08 II	0	1	0	1	0	1
Southern Mindanao 08 I	0	0	0	1	1	1
Southern Mindanao 08 II	0	0	0	1	1	1
Western Mindanao 09 I	0	0	0	1	1	1
Western Mindanao 09 II	0	0	0	1	1	0
Narathiwat 08 (Thailand)	0	0	0	1	1	0
Narathiwat 09 I	0	0	0	1	1	0
Narathiwat 09 II	0	0	0	1	1	0
Pattani 08	1	0	0	1	1	0
Pattini 09 I	1	0	0	1	1	0
Pattini 09 II	1	0	0	1	1	0
Songkhla 08	0	0	0	1	0	0
Songkhla 09 I	0	0	0	1	1	0
Songkhla 09 II	0	0	0	1	1	0
Yala 08	0	0	0	1	1	0
Yala 09 I	0	0	0	1	1	0
Yala 09 II	0	0	0	1	1	0

Tabelle 13: Rohdatentabelle
Verschärfung gewaltsamer
Konflikte (V_{UCDP} (I_K))
Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit
E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf
G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten
 I_K = Aufnahmeregion mit Konfliktgeschichte
U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen
 V_{UCDP} = Verschärfung eines bewaffneten Konfliktes, Krieges, nicht-staatlichen Konfliktes
oder von einseitiger Gewalt in der Aufnahmeregion
1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

In der entsprechenden Wahrheitstafel tritt das Outcome jetzt etwas häufiger auf, während die Zahl der widersprüchlichen Zeilen leicht abgenommen hat (siehe Tabelle 14). Demgegenüber bleibt die Anzahl der logischen Rudimente unverändert.

Zeile	Bedingungen					Outcome			n	Roh-konsistenz
	R	E	G	I _k	U	V _{UCDP}	V _{UCDP1}	V _{UCDP2}		
1	0	0	0	1	1	C	0	0	14	0.357143
2	1	0	1	1	1	C	0	1	5	0.800000
3	0	0	1	1	1	C	0	1	4	0.500000
4	0	0	1	0	0	1	1	1	3	1.000.000
5	0	0	1	1	0	1	1	1	3	1.000.000
6	1	0	0	1	1	0	0	0	3	0.000000
7	1	0	1	1	0	C	0	1	3	0.666667
8	0	1	0	1	0	1	1	1	2	1.000.000
9	0	1	1	0	1	C	0	1	2	0.500000
10	1	0	1	0	0	1	1	1	2	1.000.000
11	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1.000.000
12	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0.000000
13	1	0	1	0	1	1	1	1	1	1.000.000
Alle weiteren 19 Zeilen						?	?	?	0	

Tabelle 14: Wahrheitstafel Verschärfung gewaltsamer Konflikte (V_{UCDP} (I_k))

Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit

E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf

G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten

I_k = Aufnahmeregion mit Konfliktgeschichte

U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen

V_{UCDP} = Verschärfung eines bewaffneten Konfliktes, Krieges, nicht-staatlichen Konfliktes oder von einseitiger Gewalt in der Aufnahmeregion

V_{UCDP1} = Alle C-Zeilen mit 0 kodiert

V_{UCDP2} = C-Zeilen mit Rohkonsistenz $\geq 50\%$ mit 1 kodiert

n = Fallanzahl; 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

C = widersprüchliche Zeile; ? = Bedingungskonstellation empirisch nicht beobachtbar

4.6.7.2 Analyse notwendiger Bedingungen

Erneut erfüllt bei einem Konsistenzmaß von 90 Prozent als Grenzwert keine der fünf Merkmalsausprägungen das Kriterium einer notwendigen Bedingung. Das gilt sowohl für deren Auftreten als auch für deren Nicht-Auftreten (siehe Abbildung 17).

Analysis of Necessary Conditions		
Outcome variable: v		
Conditions tested:		
	Consistency	Coverage
R	0.346154	0.642857
r	0.653846	0.566667
E	0.115385	0.750000
e	0.884615	0.575000
G	0.692308	0.782609
g	0.307692	0.380952
I _k	0.692308	0.514286
ik	0.307692	0.888889
U	0.500000	0.448276
u	0.500000	0.866667

Abbildung 17: Notwendige Bedingungen (V_{UCDP} (I_k))

Quelle: Eigene Berechnungen

4.6.7.3 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP1}

An dieser Stelle der QCA-Analyse werden die widersprüchlichen Wahrheitstafelzeilen abermals dadurch aufgelöst, indem man sie mit 0 kodiert.

Die komplexe Lösung erhält man wiederum, indem anschließend alle logischen Rudimente von der Untersuchung ausgeschlossen werden. Sie hat diesmal die Form:

$$\mathbf{reiku + reGu + ReGi_k + rEgI_{ku} \rightarrow V_{UCDP1}}$$

Das Konsistenzmaß beträgt 100 Prozent, während der Abdeckungsgrad mit 46 Prozent weiterhin recht niedrig ausfällt. Insgesamt führen vier Erklärungspfade zum Outcome. Dabei stellen die Merkmalsausprägungen R, E, G und I_k INUS-Bedingungen dar.

Wird in einem Gedankenexperiment angenommen, dass die Bedingung U zum Outcome führt, dann lautet die intermediäre Lösung:

$$\mathbf{rei_k + eGi_k + reGu + rEgI_k \rightarrow V_{UCDP1}}$$

Dieser Lösungsterm hat dieselben Konsistenz- und Abdeckungsmaße wie die komplexe Lösung. Allerdings kommt R nun nicht mehr in der Formelgleichung vor und ist somit auch keine INUS-Bedingung mehr.

Die auf Computersimulationen basierende sparsamste Lösung hat schließlich die folgende Form:

$$\mathbf{ei_k + rGu + EI_k \rightarrow V_{UCDP1}}$$

4.6.7.4 Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP2}

Kodiert man all jene widersprüchlichen Zeilen, deren Rohkonsistenz mindestens 50 Prozent beträgt, mit 0 und schließt zusätzlich alle logischen Rudimente aus, so lautet die komplexe Lösung:

$$\mathbf{ReG + eGI_k + reiku + rEgI_{ku} + rEGi_kU \rightarrow V_{UCDP2}}$$

Das Konsistenz- und Abdeckungsmaß beträgt dabei jeweils 81 Prozent. Außerdem sind diesmal sogar alle theoretischen Merkmalsausprägungen INUS-Bedingungen.

Die intermediäre Lösung mit denselben Konsistenz- und Abdeckungswerten hat diesmal die Form:

$$\mathbf{Ge + i_{ker} + U_{ik}Gr + I_{kg}Er \rightarrow V_{UCDP2}}$$

Man sieht, nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit (R) ist nun keine INUS-Bedingung mehr für das Eintreten des Ereignisses.

Die sparsamste Lösung lautet schließlich:

$$\mathbf{i_k + E + G \rightarrow V_{UCDP2}}$$

4.6.7.5 Zwischenfazit

Die Bedingungen R, E, G, I und U sind auch in der letzten QCA-Analyse weder notwendig noch hinreichend für das Auftreten des Outcomes. Immerhin sind geringe Regierungskapazitäten (G), eine bestehende regionale Konfliktgeschichte (I_K) sowie ethnische Spannungen (E) durch alle Untersuchungen hindurch als INUS-Bedingungen identifizierbar. Die Merkmalsausprägungen R und U treten hingegen nur vereinzelt als INUS-Bedingungen auf. Daher können letztlich die Hypothesen H2, H4 und H5 bestätigt werden, einerseits. Andererseits sind die Lösungsterme zum Teil komplexer als zuvor. Hinzu kommt, dass das Nicht-Auftreten der Schlüsselfaktoren gegenüber ihrem Auftreten immer noch überwiegt.

Insgesamt liefert diese letzte Untersuchung, wenn auch keine guten, so doch immerhin bessere Ergebnisse für das WBGU-Modell als die vorherige QCA-Analyse (siehe Kap. 4.6.6), indem sie als Indikator für politische Instabilität die regionale Konfliktgeschichte anstelle eines kürzlich erfolgten Regimewechsels verwendet. Denn neben der Hypothese H4 können nun zusätzlich noch die Hypothesen H2 und H5 bestätigt werden.

4.6.7.6 Exkurs: alternativer Indikator für ethnische Spannungen

Es drängt sich daher die Frage auf, ob auch bei den anderen Bedingungen mit der Wahl eines alternativen Indikators bessere Resultate für das WBGU-Modell erzielt werden können. Hinsichtlich ethnischer Konflikte geben Cederman und seine Forscherkollegen (2009) zu bedenken, dass es hierbei weniger auf das demographische Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen ankommt, sondern vielmehr auf deren Machtverhältnisse in der nationalen Politik. Deshalb entwickeln sie den EPR-Datensatz, der alle politisch relevanten ethnischen Gruppen und deren Machtzugang weltweit von 1946 bis 2005 abdeckt. Sie finden heraus, dass die Konfliktwahrscheinlichkeit zunimmt, wenn große Teile der Bevölkerung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft von der Regierungs- und Machtbeteiligung ausgeschlossen sind. Andere Untersuchungen unterstützen dieses Ergebnis (siehe Cederman et al. 2010b; Wimmer et al. 2009). Daher wird im Rahmen dieser Untersuchung die ethnisch-politische Ausgrenzung anstelle der ethnischen Dominanz als Indikator für tief verwurzelte ethnische Spannungen verwendet. Und zwar bei den QCA-Analysen, deren Resultate die Ethnizitäts-Hypothese H2 bisher nicht bestäti-

gen können,⁸³ um zu sehen, ob durch den Einsatz eines anderen Indikators für die Bedingung E die Hypothese H2 nun unterstützt werden kann oder ob es sogar zu einer Ergebnisverbesserung für das WBGU-Modell insgesamt kommt. Die Daten über die ethnisch-politische Ausgrenzung auf regionaler Ebene stammen von Rustad und ihren Kollegen (2011b), basierend auf dem EPR-Datensatz.

Führt man also die QCA-Analysen für das Outcome V_{HIK} (I_K) und V_{UCDP} (I_R) erneut durch und verwendet dabei die ethnisch-politische Ausgrenzung zum Anzeigen ethnischer Spannungen, so kommt es hinsichtlich des Outcomes V_{HIK} (I_K) zu keinen nennenswerten Ergebnisverbesserungen.⁸⁴ Für das Outcome V_{UCDP} (I_R) indes offenbaren die Resultate einerseits, dass neben der Hypothese H4 jetzt auch die beiden Hypothesen H1 und H5 bestätigt werden können. Dasselbe kann man jedoch andererseits weiterhin nicht von der Ethnizitäts-Hypothese H2 behaupten. Ferner sind die Lösungsterme nun komplexer und das Nicht-Auftreten der Bedingungen überwiegt nach wie vor gegenüber deren Auftreten (siehe Anhang B und C). Des Weiteren muss einschränkend hinzugefügt werden, dass diese Ergebnisse nicht auf aktuellen Daten beruhen, da der EPR-Datensatz nur die Jahre bis 2005 abdeckt. Nichtsdestotrotz kann man insgesamt von einer Ergebnisverbesserung für den Erklärungsansatz des WBGU sprechen, wenn die ethnisch-politische Ausgrenzung anstelle ethnischer Dominanz als Indikator für das Auftreten tief verwurzelter ethnischer Spannungen verwendet wird.

4.6.8 Interpretation und kritische Diskussion der Ergebnisse

Bevor die Ergebnisse der obigen QCA-Analysen abschließend interpretiert und kritisch diskutiert werden, ist es wichtig, an dieser Stelle noch auf deren Robustheit hinzuweisen. Denn die Ergebnisse fallen auch dann nicht wesentlich besser für das WBGU-Modell aus, wenn man die Grenzwerte für das Auftreten der Bedingungen R, E, G, I und U zu dessen Gunsten verändert (siehe Bernath 2015b).⁸⁵

⁸³ Also bei den QCA-Analysen für das Outcome V_{HIK} (I_K) und V_{UCDP} (I_R) (siehe Kap. 4.6.5 und 4.6.6).

⁸⁴ Außer dass die Abdeckungswerte nun nicht mehr so extrem niedrig ausfallen, sondern immerhin über der 50-Prozent-Marke liegen.

⁸⁵ Die Bedingung R tritt im Robustheitstest nicht erst ab einer regionalen Bevölkerungsdichte von 253,16, sondern schon von 200 Einwohnern pro km² auf. Gleichzeitig wird die Bedingung E mit 1 kodiert, wenn der Dominanzindikator einer Aufnahmeregion bereits zwischen 0,3 und 0,7 liegt und nicht erst zwischen 0,4 und 0,6. Die Bedingung G kommt nun schon vor, wenn der zusammengesetzte WGI-Index kleiner gleich dem Wert 115 anstatt 100 ist. Der Eintritt der Bedingung I_R erfolgt im Robustheitstest, wenn in dem Land der Aufnahmeregion ein Regimewechsel bereits zwischen 1998 und 2007 (bzw. zwischen 1999 und 2008) stattfand und nicht erst zwischen 2003 und 2007

4.6.8.1 Zusammenfassung und Interpretation

Die ersten beiden Untersuchungen dieses Kapitels zeigen, dass der Ausbruch gewaltsamer Konflikte in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen ein zu seltenes Ereignis darstellt, sodass eine vollständige QCA-Analyse nicht möglich ist (siehe Kap. 4.6.1 und 4.6.2). Die Ankunft von Umweltvertriebenen scheint sich somit, wenn überhaupt, nur auf bereits bestehende Gewaltkonflikte auszuwirken anstatt neue hervorzurufen.

Bei den vier QCA-Analysen zur Verschärfung gewaltförmiger Konflikte in Aufnahmegebieten ist keiner der Faktoren R, E, G, I und U eine notwendige oder hinreichende Bedingung für das Auftreten des Outcomes. Dafür treten sie abwechselnd als INUS-Bedingungen auf, allerdings ohne dass hierbei ein bestimmtes, sich durch mehrere Lösungsterme hindurchziehendes Muster erkennbar wäre (siehe Tabelle 15). Die jeweiligen QCA-Analysen können meist nur einzelne Hypothesen bestätigen. So unterstützt die QCA-Analyse für das Outcome $V_{HIK} (I_R)$ lediglich die zweite Hypothese (E), während die für das Outcome $V_{HIK} (I_K)$ nur die fünfte Hypothese bestätigt (I). Die Untersuchung des Outcomes $V_{UCDP} (I_R)$ wiederum untermauert bloß die vierte Hypothese (G). Lediglich die letzte QCA-Analyse für das Outcome $V_{UCDP} (I_K)$ kann mit H2, H4 und H5 mehr als eine Hypothese bestätigen. Diese Ergebnisse deuten somit vorsichtig darauf hin, dass tief verwurzelte ethnische Spannungen, geringe Governance-Kapazitäten sowie ein politisch instabiles Umfeld durchaus eine Rolle bei der Verschärfung von gewaltsamen Konflikten in den Aufnahmeregionen von Umweltvertriebenen spielen können.

	Ergebnisse für $V_{HIK} (I_R)$	Ergebnisse für $V_{HIK} (I_K)$	Ergebnisse für $V_{UCDP} (I_R)$	Ergebnisse für $V_{UCDP} (I_K)$
Komplexe Lösung I	-	-	$rgjku + reGu \rightarrow V_{UCDP1}$	$reiku + reGu + ReGik + rEgIk \rightarrow V_{UCDP1}$
Intermediäre Lösung I	-	-	$rgjku + reGu \rightarrow V_{UCDP1}$	$rejk + eGik + reGu + rEgIk \rightarrow V_{UCDP1}$
Komplexe Lösung II	$rEgiku + regiu \rightarrow V_{HIK2}$	$rgiku \rightarrow V_{HIK2}$	$rejk + eGik + reG + rgju + rGikU \rightarrow V_{UCDP2}$	$ReG + eGik + reiku + rEgiku + rEgikU \rightarrow V_{UCDP2}$
Intermediäre Lösung II	$rEgiku + regiu \rightarrow V_{HIK2}$	$rgiku \rightarrow V_{HIK2}$	$rgju + rikU + reG + eGik \rightarrow V_{UCDP2}$	$Ge + iker + UikGr + IsgEr \rightarrow V_{UCDP2}$
Bestätigt Hypothese	H2	H5	H4	H2, H4, H5

Tabelle 15: Zusammenfassung der QCA-Ergebnisse

Quelle: Eigene Darstellung

(bzw. zwischen 2004 und 2008). Auch für das Eintreten der Bedingung I_K wird der Betrachtungszeitraum verlängert und zwar von 2003 bis 2007 (bzw. von 2003 bis 2008) auf von 1998 bis 2007 (bzw. auf von 1998 bis 2008). Schließlich wird die Bedingung U nun schon mit 1 kodiert, wenn der Bevölkerungsanteil der Umweltvertriebenen in einer Aufnahmeregion größer gleich zwei Prozent (bzw. 0,5 Prozent) ist anstatt drei Prozent (bzw. ein Prozent).

Vergleicht man die QCA-Ergebnisse für die Outcomes $V_{HIK} (I_R)$ und $V_{UCDP} (I_R)$ mit denen für die Outcomes $V_{HIK} (I_K)$ und $V_{UCDP} (I_K)$, so wird deutlich, dass politische Instabilität aber nur dann für die Verschärfung von Gewalt relevant zu sein scheint, wenn sie anhand der regionalen Konfliktgeschichte anstatt der Regimestabilität bemessen wird. Die Gewalteskalation in den Aufnahme­regionen von Umweltvertriebenen wird also vielmehr von einem beständigen konfliktiven Umfeld beeinflusst und weniger von Regimewechseln auf zentralstaatlicher Ebene.

Demgegenüber zeigt ein weiterer Ergebnisvergleich, dass ethnisch-politische Ausgrenzung, entgegen den Erwartungen der neueren ethnischen Konfliktforschung, keine größere Rolle bei der Verschärfung von gewaltsamen Konflikten in den Aufnahme­regionen von Umweltvertriebenen spielt als ethnisch-demographische Dominanz – auch wenn sich das Gesamtergebnis verbessert (siehe Kap. 4.6.7.6).

Insgesamt gilt: Beurteilt man die Güte des WBGU-Modells hinsichtlich der aufgestellten Hypothesen, so liefert es keine zufriedenstellenden Ergebnisse. Denn die QCA-Analysen können immer nur einzelne, und je nach Untersuchungsaufbau verschiedene, Hypothesen bestätigen. Hinzu kommt, dass die Lösungsterme eine zum Teil sehr komplexe Struktur haben und/oder einen nur sehr niedrigen Abdeckungsgrad besitzen. Schließlich überwiegt, entgegen den Erwartungen der WBGU-Forscher, in den Lösungstermen das Nicht-Auftreten der Schlüsselfaktoren R, E, G und I gegenüber ihrem Auftreten.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die QCA-Ergebnisse dieser Dissertation das WBGU-Modell nicht bestätigen können.

4.6.8.2 Kritische Diskussion

Die Analyseergebnisse müssen allerdings vor dem Hintergrund folgender Einschränkungen betrachtet werden: Erstens leidet die Friedens- und Konfliktforschung an der unzureichenden Datenlage über gewaltsame Konflikte und Umweltvertreibung auf regionaler Ebene (siehe Kap. 2.4.3 und 4.5.4). Für die QCA-Analysen wird daher auf selbst generierte Datensätze zurückgegriffen, bei denen allerdings die regionale Zuordnung von Konflikten und Umweltvertriebenen aufgrund unvollständiger Informationen oft nicht eindeutig möglich ist, sondern nur ungenau erfolgen kann.

Zweitens sind die Indikatoren für die Hypothesen zum Teil recht grobmaschig gestrickt, was vor allem mit der problematischen Verfügbarkeit von globalen und validen

Regionaldaten zu den Schlüsselfaktoren des WBGU-Modells zusammenhängt. Hinzu kommen problematische Grundannahmen. Beispielsweise wird beim Proxy für nachfrageinduzierte Ressourcenknappheit davon ausgegangen, dass der Lebensunterhalt der Menschen unmittelbar von ihrer natürlichen Umgebung abhängig ist.

Die dritte wesentliche Einschränkung bezieht sich auf den Untersuchungszeitraum der QCA-Analysen. Dieser fällt nämlich mit zwei Jahren recht kurz aus,⁸⁶ sodass generelle Aussagen über die Konfliktwirkungen einzelner Bedingungen oder ihrer Konstellationen nur schwer möglich sind. Für die zukünftige Forschung empfiehlt sich daher ein größerer Untersuchungszeitraum.

Viertens fokussieren sich die QCA-Analysen durch ihren Rückgriff auf die UCDP- und HIIK-Daten vornehmlich auf die größeren Gewaltkonflikte, also auf gewaltförmige Auseinandersetzungen mit mindestens 25 Gefechtstoten bzw. Todesopfern (UCDP 2013b) sowie auf gewaltsam ausgetragene Interessensgegensätze von „einiger Dauer und Reichweite“ (HIIK 2013a). Kurzweilige sowie spontan und nur punktuell auftretende Konflikte zwischen weniger organisierten Gewaltakteuren werden dabei nicht berücksichtigt. Im Hinblick auf klima- und umweltbedingten Bevölkerungsbewegungen sind derartige kleinskaligen Konflikte aber eher zu erwarten als großskalige.

Die letzte Einschränkung richtet sich an das Methodendesign. Diese Arbeit wendet aus der QCA-Familie die Variante CsQCA an, bei der die Bedingungen und das Outcome nur in dichotomisierter Form vorliegen. Aber dieser „Zwang zu dichotomen Variablen [deckt sich] oftmals nicht mit den uns interessierenden sozialen Phänomenen, so wie sie sich in der empirischen Realität präsentieren“ (Schneider/Wagemann 2007, 170). Vor allem bei den Bedingungen R, E, G und U wären Abstufungen sinnvoll, die über die „Liegt vor“-„Liegt nicht vor“-Klassifikation hinausgehen und somit feingliedrigere QCA-Analysen erlauben würden. Vor dem Hintergrund der zu Beginn dieses Abschnitts erwähnten mangelnden Datenqualität insbesondere bei gewaltsamen Konflikten und Umweltvertreibung – den beiden zentralen Untersuchungsvariablen – erscheint der höhere Aufwand für eine Fuzzy-Set-Analyse jedoch als wenig sinnvoll und als nicht gerechtfertigt.

Auch wenn man, unter Vorbehalt der eben aufgeführten Einschränkungen, nun behaupten kann, dass die QCA-Ergebnisse weitgehend nicht mit den aus dem WBGU-

⁸⁶ Denn zum Zeitpunkt der QCA-Analysen im Jahr 2011 lagen die IDMC-Daten über katastrophenbedingte Vertreibung, die die Grundlage für den DUvV bilden (siehe Kap. 4.5.1.1), nur zu den beiden Jahren 2008 und 2009 vor.

Modell abgeleiteten Hypothesen übereinstimmen, so sollte das Modell jedoch nicht verworfen werden. Denn diese Dissertation will zur Weiterentwicklung und Verfeinerung der bisherigen Erklärungsmodelle beitragen. Daher besteht die nächste Aufgabe vielmehr darin, die Konfliktkonstellation des WBGU anhand einer Fallstudienanalyse genauer zu überprüfen. Hierzu bietet sich insbesondere die philippinische Inselgruppe Mindanao als Anknüpfungspunkt an. Denn dort treten im Jahr 2008, wie aus den Tabellen 7, 9, 11 und 13 hervorgeht, Umweltvertreibung und die Verschärfung gewaltsamer Konflikte relativ häufig gemeinsam in Erscheinung. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass die zu dieser Zeit in Mindanao eskalierende Gewalt auf den gescheiterten Friedensprozess zurückzuführen ist und nicht in Verbindung mit umweltbedingten Bevölkerungsbewegungen steht (International Crisis Group 2008). Das ist aus der Perspektive des WBGU-Modells allerdings nicht überraschend, da die Schlüsselfaktoren in diesen QCA-Fällen weitgehend nicht vorhanden sind (siehe Tabelle 7, 9, 11 und 13). Besonders geeignet für eine Einzelfallstudie wäre demnach also ein Beispiel für Umweltvertreibung auf Mindanao, welches die WBGU-Bedingungen größtenteils erfüllt. Ein derartiges Beispiel stellt der Tropensturm Sendong dar, der Ende 2011 unerwartet über den Inselteil hereinbrach und dabei schwere Verwüstungen anrichtete.

5 Einzelfallstudie Washi/Sendong

In diesem Kapitel werden zunächst sowohl die historischen, sozioökonomischen und politischen als auch die ökologischen, demographischen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der Philippinen sowie der südlichen Inselgruppe Mindanao untersucht (siehe Kap. 5.1 und 5.2). Auf der Basis dieser Untersuchung wird dann die Auswahl von Sendong für eine Einzelfallstudie ausführlich begründet (siehe Kap. 5.3). Das anschließende Kapitel befasst sich mit den wesentlichen Hintergrundinformationen zu dem Tropensturm (siehe Kap. 5.4). Nach einer geographischen und inhaltlichen Eingrenzung der Studie (siehe Kap. 5.5) sowie einigen methodischen Anmerkungen (siehe Kap. 5.6) folgt schließlich im Kapitel 5.7 die eingehende Analyse der Sturm- und Flutkatastrophe Sendong.

5.1 Die Philippinen: Hintergrundinformationen

5.1.1 Geographie, Geschichte und Bevölkerung

Die Philippinen befinden sich im westlichen Pazifischen Ozean in Südostasien zwischen Vietnam, Indonesien und Taiwan (siehe Abbildung 18). Der Archipel des Landes setzt sich aus mehr als 7 000 Inseln mit einer Küstenlänge von insgesamt 36 000 Kilometern zusammen und ist in die drei Großregionen Luzon im Norden, Visayas in der Mitte und Mindanao im Süden unterteilt.

Nach mehr als 300 Jahren unter spanischer Herrschaft war das Inselreich 1898 eine amerikanische Kolonie geworden, bevor es 1946 letztlich in die Unabhängigkeit als Präsidialrepublik nach amerikanischem Muster entlassen wurde. 1986 beendete ein Volksaufstand die 14-jährige Diktatur von Ferdinand E. Marcos. Seit 1987 sind die Philippinen wieder eine präsidentielle Demokratie.

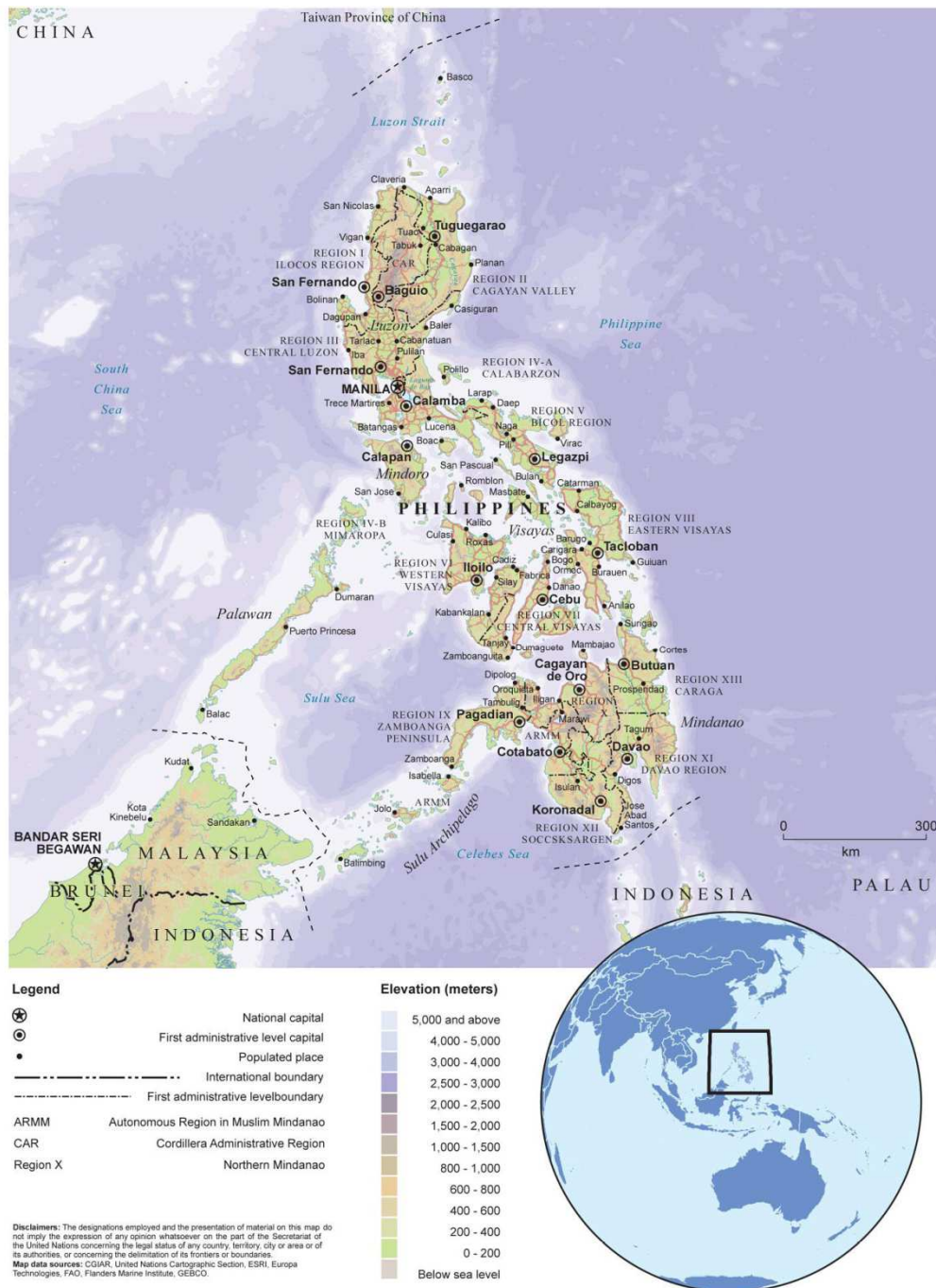


Abbildung 18: Die Philippinen
Quelle: OCHA 2013

Die Bevölkerung des Inselstaates wächst sehr schnell und zählt momentan mehr als 92 Millionen Einwohner. Sie sind überwiegend christlich geprägt (90 Prozent). Moslems machen hingegen nur etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Die restlichen Prozent stellen die mindestens 100 animistischen Stämme in den unzugänglichen Hochländern, entlegenen Tieflandgebieten oder abgelegenen Inseln dar. Hinsichtlich der

Ethnizität sind die Philippinen mit nicht weniger als 28 ethnischen Gruppen sehr heterogen. Bei der christlichen Bevölkerung bilden die Tagalen die zahlenmäßig größte Gruppe. Zu den muslimischen Bewohnern gehören zum Beispiel die Maranao und Maguindanao, die vornehmlich im Süden und Westen Mindanaos anzutreffen sind.

5.1.2 Soziale und wirtschaftliche Lage

Auf den Philippinen sind Armut, soziale Ungleichheit und Unterentwicklung stark ausgeprägt (Reese 2005, 6; Ordinario 2014). Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf (nominal) wird für 2013 auf knapp 2 800 US-Dollar geschätzt (IMF 2013).⁸⁷ Mehr als 26 Prozent der Bevölkerung muss mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen (OCHA 2013, 4). 52 Prozent der philippinischen Familien betrachten sich als arm und 41 Prozent der Haushalte leiden unter Ernährungsarmut (Social Weather Stations 2014). Eine wichtige Stütze der philippinischen Volkswirtschaft ist nach wie vor die Landwirtschaft. Sie trägt fast 12 Prozent zum nationalen BIP bei und schafft Beschäftigung für ein Drittel der Arbeitskräfte (BMZ 2014). Nachdem das Inselreich lange Zeit als der „kranke Mann“ der Region bezeichnet wurde, befindet es sich wirtschaftlich nun zwar im Aufstieg – mit Wachstumsraten von sechs bis sieben Prozent im Jahr (Klüver 2013). Aber die breite Masse der Bevölkerung scheint von Wirtschaftsaufschwüngen nicht zu profitieren. Denn obwohl die philippinische Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten, wenn auch nur moderat, gewachsen ist, haben sich die Lebensbedingungen der Menschen nicht wesentlich verbessert. Im Gegenteil, die absolute Zahl armer Filipinos stieg sogar deutlich an (Miranda 2011, 26).

Es ist daher zu erwarten, dass auch vom aktuellen Wirtschaftsboom nur eine kleine Elite profitieren wird (The Manila Times 2013). Das dürfte die bereits grassierende soziale Ungleichheit auf den Philippinen weiter verschärfen. „Landbesitz, Kapital, politische Macht, höhere Bildung und der Zugang zu öffentlichen Ressourcen [...] ist in wenigen Händen konzentriert. [...] Den reichsten 10% gehören 55,8% aller Vermögenswerte“ (Reese 2005, 7). Gerade einmal sechs Prozent der Familien besitzen 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (ebd., 11). Folglich hat sich der GINI-Koeffizient des Landes zwischen den beiden Werten 0,445 und 0,465 festgefahren (Miranda 2011,

⁸⁷ Zum Vergleich: Für Deutschland beträgt das geschätzte BIP pro Kopf desselben Jahres fast 44 000 US-Dollar (IMF 2013)

33). Damit gehören die Philippinen im globalen Vergleich zu den Ländern, bei denen das Vermögen höchst ungleich verteilt ist (siehe CIA 2014).

Des Weiteren hinkt der Inselstaat bei der Verwirklichung seiner Millenniums-Entwicklungsziele zum Teil hinterher (The Manila Times 2012).⁸⁸ Deshalb sind auch hinsichtlich der menschlichen Entwicklung seit Jahren keine merklichen Fortschritte erkennbar (UNDP 2013b, 6). Für das Jahr 2012 werden die Philippinen als Land mit nur mittlerer menschlicher Entwicklung aufgeführt, das bedeutet Rang 114 von 186 (ebd., 17). Diese Zahlen verdecken allerdings, dass es innerhalb des Landes ein großes Entwicklungsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden gibt. So ist die Lebenserwartung in den nördlichen Provinzen deutlich höher als in den südlichen.⁸⁹ Gleichzeitig konzentriert sich die Armut vor allem im Süden des Inselreiches. Dementsprechend sind die HDI-Werte in den Provinzen auf Luzon und Visayas durchschnittlich höher als in denen auf Mindanao (HDN 2013, 56 ff.). Das enorme Nord-Süd-Entwicklungsgefälle auf den Philippinen lässt sich am drastischsten anhand eines globalen Vergleichs der beiden Landstriche Sulu und Benguet illustrieren. So liegt der HDI-Index der südlichen Provinz Sulu zwischen dem von Niger und Burundi. Die beiden Länder werden für das Jahr 2010 auf der nationalen HDI-Rangliste von 169 Staaten auf den Positionen 166 und 167 geführt. Der HDI-Wert von Benguet im Norden des Inselreiches kommt hingegen dem von Österreich oder Singapur sehr nahe, also Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung (ebd., 80 f.).

5.1.3 Politik

Wie oben bereits erwähnt, werden die Philippinen seit dem Ende der Marcos-Diktatur wieder offiziell als präsidentielle Demokratie bezeichnet. Hierbei muss man allerdings zwischen den verfassungsrechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen einer Demokratie einerseits und den damit einhergehenden sozialen und politischen Praktiken andererseits unterscheiden. Es ist der Blick auf die sozialen und politischen Praktiken, der die präsidentielle Demokratie auf den Philippinen als Fassade entlarvt, hinter der sich bestenfalls eine Semi-Demokratie verbirgt (Kreuzer 2003, 2, 56).

⁸⁸ Und zwar bei der Bekämpfung von Armut, der Primärschulbildung, der Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern und der Bekämpfung von HIV/AIDS (The Manila Times 2012).

⁸⁹ In La Union zum Beispiel, einer Provinz auf der Hauptinsel Luzon, ist die Lebenserwartung mit mehr als 76 Jahren am höchsten. Die niedrigste Lebenserwartung mit knapp 47 Jahren haben die Menschen in Tawi-Tawi, der südlichsten Provinz des Landes (HDN 2013, 66).

Darauf deuten schon die Indizes zur Demokratiemessung hin. So ordnet Freedom House (2014) den Inselstaat lediglich in die mittlere Kategorie als „teilweise frei“ ein. Und gemäß dem WGI-Index der Weltbank erreichen die Philippinen im Jahr 2012 bei den sechs Dimensionen von Governance durchschnittlich nur rund 40 von 100 möglichen Punkten (siehe World Bank 2013).⁹⁰

5.1.3.1 Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Wahlen

Wesentliche Grundrechte wie die Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit und der Schutz der Menschenwürde werden zwar von der philippinischen Verfassung garantiert (The 1987 Constitution of the Republic of the Philippines, Art. I, Sec. 11; Art. III, Sec. 4-5), de facto aber zum Teil nicht eingehalten. Bewaffnete Konflikte, rechtswidrige Tötungen, Folter und andere Misshandlungen sowie das Verschwindenlassen von Personen verletzen die Menschenrechte (Amnesty International 2013). Die Presse- und Meinungsfreiheit ist durch die Tatsache eingeschränkt, dass Journalisten damit rechnen müssen aufgrund ihrer Veröffentlichungen getötet zu werden. Allein zwischen 2001 und 2008 wurden insgesamt 70 Journalisten ermordet (Amnesty International 2009).

Die Rechtsstaatlichkeit ist grundsätzlich schwach ausgeprägt. Ineffizienz und weitverbreitete Korruption im Gerichtswesen sowie mangelnde Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörden bilden einen fruchtbaren Boden, auf dem eine Kultur der Straflosigkeit gedeiht (AHRC 2009, zit. n. CORI 2011, 41 f.; Amnesty International 2013; Freedom House 2013; USDOS 2010).

Der Wahlablauf auf dem Inselstaat ist ein weiterer Hinweis auf das dort vorherrschende Demokratiedefizit. Saubere, geordnete, friedliche, rechtmäßige und glaubwürdige Wahlen waren bisher nämlich nicht die Regel, sondern die Ausnahme (Miranda 2011, 25, 33). Vielmehr sind Stimmenkauf, Einschüchterung und Gewalt, offene Wahlurnen sowie falsche Auszählungen inhärenter Bestandteil von Wahlen in den Philippinen (Herberg 2007, 4). Politische Parteien erfüllen nicht die für Demokratien typischen zentralen Funktionen – sie sind eher Wahlkampfmaschinerien sowie Vehikel für kurzfristige Zweckallianzen und persönliche Karriereinteressen (Miranda 2011, 33).

⁹⁰ 48 (Indexwert 2012 Mitspracherecht und Verantwortlichkeit) + 15 (Indexwert 2012 politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt) + 58 (Indexwert 2012 Regierungseffektivität) + 52 (Indexwert 2012 Regulierungsqualität) + 36 (Indexwert 2012 Rechtsstaatlichkeit) + 33 (Indexwert 2012 Korruptionskontrolle) : 6 ≈ 40.

5.1.3.2 Politisches System

Zur Beschreibung des politischen Systems auf den Philippinen entwickelt Kreuzer (2012) ein Modell der oligarchie-basierten, mafia-artigen Herrschaftsausübung, das von Patronage, Korruption, illegalen Geschäften und Gewalt gekennzeichnet ist. Er beantwortet damit die zwei Kernfragen, wer die philippinische Politik wie dominiert. Hinsichtlich der ersten Frage ist festzustellen, dass, obwohl im Inselstaat politische Amtsträger durch Wahlen regelmäßig ausgetauscht werden,

das Land bis heute von einer größeren Zahl politisch mächtiger Familien regiert [wird], die sich an den Schalthebeln der Macht zwar abwechseln, aber kaum ‚klassenfremde‘ Elemente in ihre Reihen aufgenommen haben. (Kreuzer 2007, 10)

Insofern kann der Wähler oftmals nur zwischen den unterschiedlichen Familienclans auswählen, die zugleich die ökonomische Elite des Landes repräsentieren (Herberg 2007, 5). Da sich nur die Clans die teuren Wahlkämpfe leisten können, stammen aus ihren Reihen auch die meisten Gouverneure, Abgeordneten, Senatoren und Bürgermeister.⁹¹ Als Mitglieder der Familie engagieren sich diese Politiker, wenn sie dann in Amt und Würde stehen, aber nicht für das Gemeinwohl oder die Anliegen ihrer Wähler, sondern sie vertreten vielmehr ihre eigenen Interessen oder die ihrer reichen und wirtschaftlich mächtigen Familien (Kreuzer 2007, 2 ff.). In der philippinischen Politik dominieren somit Politiker, die „politische und ökonomische Macht in sich bzw. in ihrer Familie vereinen und beide zum gegenseitigen Nutzen einsetzen“ (ebd., 3 f.). Das Inselreich wird de facto also von einer Oligarchie der ökonomisch und politisch dominanten Familien des Landes regiert, die den philippinischen Staat gewissermaßen okkupiert bzw. privatisiert hat, um ihn als Instrument zur Förderung von Familieninteressen zu missbrauchen (ebd., 4, 20).

Der politische Wettstreit auf den Philippinen ist daher geprägt von der Auseinandersetzung zwischen politischen Familien oder politischen Dynastien um begehrte Regierungsposten (ebd., 19). Dabei kommen – um die zweite Frage nach der Art der Herrschaftsausübung aufzugreifen – sowohl nicht-gewaltsame als auch gewaltsame Mittel der Machteroberung und -erhaltung zum Einsatz, wie man sie von mafiösen Gesellschaftssystemen kennt (Kreuzer 2012). Man kann auch sagen, dass

⁹¹ Bei den Wahlen 2007 zum Beispiel entstammten 76 Prozent der neugewählten Gouverneure bekannten Politikerfamilien (Kreuzer 2007, 4).

by and large in the Philippines politics and crime merge to a significant extent, the politician acting in a criminal fashion, the criminal branching out into politics either indirectly (strawman, corruption) or directly (becoming politician or getting members of the family elected). In the end, we find one integrated system in which politics and crime are indistinguishable. (Kreuzer 2009, 10)

Die nicht-gewaltsamen Mittel stützen sich auf eine Kombination aus Selbstbereicherung, Günstlingswirtschaft und illegalen Geschäften (Kreuzer 2012, 13 ff.).⁹² Demgegenüber besteht die gewaltsame Form der Herrschaftsausübung aus horizontaler und vertikaler Gewalt. Letztere beschreibt insbesondere die Ermordung und das Verschwindenlassen von Personengruppen, die die Machtposition der herrschenden Eliten bedrohen. Das sind vor allem Journalisten, die kritisch über die Familienclans und deren illegalen Aktivitäten berichten. Aber auch „linke“ Bewegungen und Parteien stellen aus Sicht der Eliten eine Gefahr dar, da diese die bestehende Herrschaftsordnung infrage stellen und auf fundamentale Strukturveränderungen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich drängen (Kreuzer 2007, 2009, 2012).⁹³

Horizontale Gewalt bezeichnet den intra-elitären Kampf um politische Ämter und die lokale Dominanz. Grundsätzlich kommen bei nationalen Wahlen zwischen 100 und 200 Menschen ums Leben (Kreuzer 2007, 8). Gut 20 Prozent davon kandidierten für ein politisches Amt (Kreuzer 2012, 25). In den Philippinen entledigt man sich nicht selten seiner politischer Rivalen, indem man sie ermorden lässt. Viele Politiker heuern hierfür Auftragskiller an oder greifen auf lokale Polizeikräfte⁹⁴ oder deren zivilen Hilfstruppen zurück, den sogenannten Civilian Volunteer Organizations (CVOs). Manche wiederum setzen sogar ihre eigene private Armee ein.⁹⁵ Besonderes Aufsehen hat in diesem Zusammenhang das Maguindanao-Massaker im Jahr 2009 ausgelöst, bei dem ein Konvoi aus Anhängern und Angehörigen eines Politikers angegriffen wurde. Mindestens 57 Menschen kamen dabei um Leben. Der Politiker wollte bei den anstehenden Gouverneurswahlen kandidieren und damit die Vorherrschaft der Ampatuans, der mächtigsten Familie der Region, infrage stellen (ebd., 26).

⁹² Gemäß dem Corruption Perceptions Index 2013 belegen die Philippinen Platz 94 von 175 (Transparency International 2014).

⁹³ Zwischen Januar 2001 und August 2013 gab es mehr als 1 350 extralegale Tötungen, darunter viele politische Aktivisten. Im selben Zeitraum sind zudem rund 225 Personen spurlos verschwunden (Karapatan 2010, 2013).

⁹⁴ Besonders problematisch ist dabei die Tatsache, dass die lokalen Polizeieinheiten unter der Kontrolle des jeweiligen Bürgermeisters stehen (Kreuzer 2009, 31). Damit ist die Polizei „in vielen Regionen des Landes Instrument der lokal herrschenden politischen Elite“ (Kreuzer 2007, 15).

⁹⁵ Man geht von mehr als 100 Privatarmeen überall in den Philippinen aus (McGeown 2010). Sie sind grundsätzlich illegal, können aber teilweise informell legalisiert werden, indem man sie zu CVOs erklärt oder direkt bei der lokalen Polizei unterbringt (Kreuzer 2007, 14).

5.1.4 Sicherheit

Außer von den eben erläuterten Formen politischer Gewalt wird die Sicherheit in den Philippinen noch von drei bewaffneten Konflikten bedroht.

Im ersten kämpfen seit 1970 Rebellen der philippinischen Muslime im Süden des Landes für mehr Autonomie der Region Mindanao (siehe Kap. 5.2.3.1). Nach Jahrzehnten blutiger Auseinandersetzungen hatte im Jahr 2012 eine Entspannungspolitik eingesetzt (HIIK 2013b, 94), die im Jahr 2014 schließlich in ein umfassendes Friedensabkommen zwischen der philippinischen Regierung und der größten Rebellengruppe – der Moro Islamic Liberation Front (MILF) – mündete, dem Comprehensive Agreement on the Bangsamoro (Sabillo 2014). Der Friedensprozess mit der MILF erlitt allerdings durch einen tödlichen Zusammenstoß der philippinischen Nationalpolizei mit MILF-Kämpfern in Mamasapano Anfang 2015 einen schweren Rückschlag (Teodoro 2015; The Manila Times 2015). Aber auch abgesehen davon erscheint die friedliche Beilegung der Moro-Rebellion selbst nach über 40 Jahren Bürgerkrieg in weiter Ferne zu liegen, da Splittergruppen der MILF das Friedensabkommen ablehnen und den gewaltsamen Aufstand unvermindert fortsetzen (HIIK 2013b, 94; Rappler 2014; Schreiber 2012, 6). Im Jahr 2013 brach zudem der bereits beigelegte Konflikt zwischen der Mutterorganisation des islamischen Widerstandes – der Moro National Liberation Front (MNLF) – und der philippinischen Regierung erneut gewaltsam aus (HIIK 2014b, 120 f.).

Der zweite bewaffnete Konflikt ist ein seit 1970 andauernder Kampf zwischen der New People's Army (NPA) als militärischer Arm der Communist Party of the Philippines (CPP) und der philippinischen Regierung um die ideologische Ausrichtung des politischen Systems (HIIK 2013b, 78). Die CPP verurteilt den ihrer Ansicht nach semikolonialen und semifeudalen Charakter der Philippinen und kämpft nach eigenen Angaben für eine sozialistische Revolution (IDMC 2011c, 22). Der Konflikt erstreckt sich über das gesamte Inselreich und hat bisher mehr als 40 000 Todesopfer gefordert (IDMC 2013b, 4). Auch im Jahr 2013 wurde die Auseinandersetzung fortgesetzt, wenn auch mit geringer Gewaltintensität (HIIK 2014b, 98). Gleichzeitig werden seit 2013, nach zahlreichen abgebrochenen und wieder aufgenommenen Friedensgesprächen, neue Verhandlungen zwischen Regierung und linken Rebellen geführt (OPAPP 2014).

Bei der dritten bewaffneten Auseinandersetzung handelt es sich um einen Ideologie- und Sezessionskonflikt zwischen der Regierung und der islamistischen Abu Sayyaf, der Verbindungen zu dem losen Terrornetzwerk Al-Qaida und zur radikalen Terrororganisa-

tion Jemaah Islamiyah nachgesagt werden (HIIK 2009a, 66). Der Konflikt ist vor allem von Entführungen und Bombenanschlägen geprägt und war auch im Jahr 2013 weiterhin aktiv, allerdings auf niedrigem Gewaltniveau. Hauptoperationsgebiet der Abu Sayyaf sind die beiden Inseln Jolo und Basilan des Sulu-Archipels im äußersten Südwesten der Philippinen (HIIK 2014b, 120).

Die Philippinen sind also besonders anfällig gegenüber gewaltsamen Auseinandersetzungen. Das zeigt auch der von Rustad und ihren Kollegen (2011a) entwickelter Risikoindex für bewaffnete Konflikte. Anhand unterschiedlicher Indikatoren wie ethnisch-politischer Marginalisierung, Regimestabilität und Wirtschaftskraft sagen die Autoren die Gefahr für zukünftige innerstaatliche gewaltsame Konflikte in den Staaten Asiens voraus. Ihren Berechnungen zufolge weisen die Philippinen ein besonders hohes Konfliktrisiko auf – das höchste nach Indien (ebd., 20 ff.).

5.1.5 Naturkatastrophen und Klimawandel

Die Philippinen werden häufig von Naturkatastrophen geplagt. Allein im Jahr 2011 wurde das Land von 78 Erdbeben, 121 Überschwemmungen und Sturzfluten, 66 Erdbeben und 19 Tropenstürmen heimgesucht (OCHA 2012r, 6); schon jetzt gilt der Inselstaat offiziell als Taifungebiet (AA 2014). Die Naturkatastrophen richten regelmäßig große Verwüstungen an, fordern zahlreiche Menschenleben (Schrader 2013c) und machen Millionen von Filipinos obdachlos. Im Jahr 2013 zum Beispiel wurden über sieben Millionen Menschen vertrieben; rund vier Millionen davon allein durch den Taifun Haiyan/Yolanda, dem vermutlich bislang verheerendsten Wirbelsturm auf der Insel. In der Periode von 2008 bis 2013 mussten insgesamt mehr als 19 Millionen Menschen ihr Zuhause aufgrund extremer Naturereignisse verlassen. Damit gehören die Philippinen in den Länderrankings zur Spitzengruppe (IDMC 2014a, 18, 32 ff.).

Auf die besondere Anfälligkeit der Philippinen gegenüber den negativen klimabedingten Umweltfolgen weisen auch die verschiedenen Indizes für Klimaverwundbarkeit hin. So wird das Inselreich vom CRI als das im Jahr 2013 von Wetterextremen am stärksten betroffenen Land ermittelt. Die Philippinen finden sich auch auf der Rangliste des langfristigen CRI für die Periode von 1994 bis 2013 mit Platz fünf in der Spitzengruppe wieder (Kreft et al. 2014). Des Weiteren belegt das Inselreich im Weltrisikobehricht 2014 den zweiten Platz. Der WorldRiskIndex (WRI) bestimmt zunächst die bloße Exposition, das heißt, den Bevölkerungsanteil in den jeweiligen Ländern, der von Erd-

beben, Sturm- und Flutkatastrophen, Dürren oder Meeresspiegelanstieg betroffen sein könnte. Dann kalkuliert er die gesellschaftliche Verwundbarkeit. Sie setzt sich aus drei Komponenten zusammen: erstens die Anfälligkeit. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen bei einer Naturkatastrophe Schaden erleiden. Zweitens die Bewältigungskapazitäten, das bedeutet, die Fähigkeit der Gesellschaft, akute Katastrophen zu meistern. Und drittens die Anpassungskapazitäten, also inwiefern eine Gesellschaft zukünftigen Naturdesastern vorbeugt. Am Ende werden Exposition und Vulnerabilität miteinander multipliziert (Bündnis Entwicklung Hilft/UNU-EHS 2014). Die hohe WRI-Platzierung der Philippinen deutet somit darauf hin, dass das Land an der unheilvollen Kombination von extremer Exposition und hoher Verwundbarkeit leidet (Bündnis Entwicklung Hilft 2013, 18). In dieses Ergebnis fügt sich schließlich eine Untersuchung des IDMC in Südostasien und China ein, der zufolge das Inselreich nach Laos das größte Risiko für katastrophengebundene Vertreibung in Zukunft besitzt (Lavell/Ginnetti 2014).

Die Philippinen sind also nicht nur gegenüber gewaltsamen Konflikten besonders anfällig, sondern auch gegenüber dem Klimawandel, Naturkatastrophen und der damit einhergehenden Umweltvertreibung. Der Inselstaat bietet somit günstige Grundvoraussetzungen für die empirische Überprüfung des WBGU-Modells.

Um die Auswahl Sendongs für eine Einzelfallstudie ausführlich begründen zu können, muss zuvor allerdings die vom Tropensturm schwer getroffene Inselgruppe Mindanao eingehender analysiert werden.

5.2 Die Lage in Mindanao vor Sendong

Mindanao ist die südlichste und flächenmäßig zweitgrößte Inselgruppe der Philippinen. Sie ist die Heimat der muslimischen Minderheit des Landes; mehr als 90 Prozent der Muslime lebt dort. Dementsprechend hat Mindanao mit knapp 20 Prozent den landesweit größten Anteil muslimischer Glaubensanhänger. Sie konzentrieren sich vor allem im südlichen und westlichen Teil der Insel (siehe Abbildung 19). Die Christen machen rund 45 Prozent der mehr als 20 Millionen Einwohner Mindanaos aus. Der restliche Anteil entfällt auf die Lumad⁹⁶ (Evangelista-Leones et al. 2007; IDMC 2011c, 79).

Mindanao ist in sechs Regionen aufgeteilt: Zamboanga Peninsula (Region IX), Northern Mindanao (Region X), Davao Region (Region XI), Soccsksargen (Region XII),

⁹⁶ Der Begriff „Lumad“ bezeichnet die indigenen Völker auf Mindanao, die weder christianisiert noch islamisiert wurden, sondern ihren alten Traditionen verbunden sind (Wikipedia 2014b).

Caraga (Region XIII) und die Autonomous Region Muslim Mindanao (ARMM). Diese Regionen umfassen wiederum 26 Provinzen (siehe Abbildung 20).

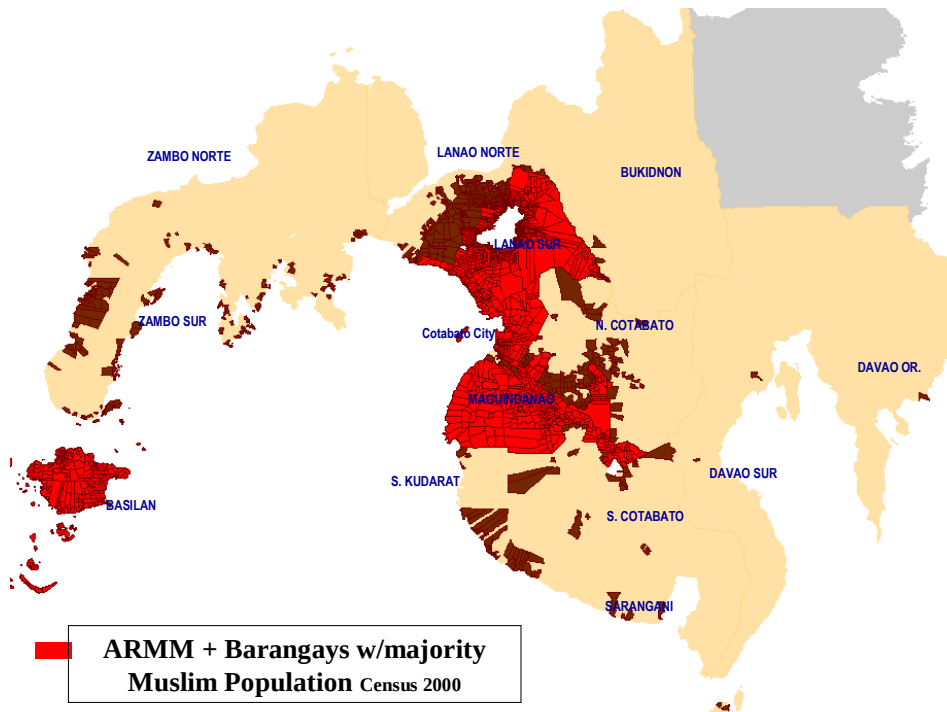


Abbildung 19: Verteilung muslimischer Bevölkerungsmehrheit
Quelle: Evangelista-Leones et al. 2007

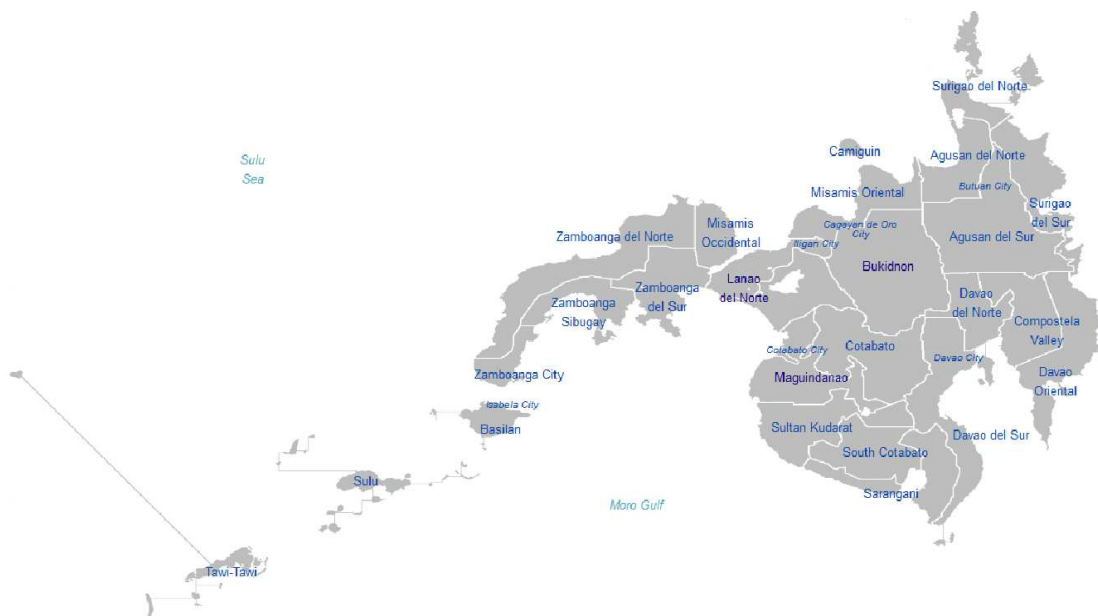


Abbildung 20: Provinzen in Mindanao
Quelle: Wikipedia 2014a

Die südliche Inselgruppe wird geplagt von zahlreichen und vielschichtigen, zum Teil miteinander verbundenen, Problemen: So ist Mindanao von Landknappheit und ungleicher Ressourcenverteilung geprägt. Die damit verbundenen Konflikte verlaufen nicht selten entlang ethnisch-religiöser Linien oder einflussreicher Familienclans und werden häufig gewaltsam ausgetragen. Bürgerkrieg und Clankonflikte haben in den letzten Jahrzehnten ein Klima von Angst und Gewalt geschaffen. Überdies fehlt es an guter Regierungsführung. Korruption, Vetternwirtschaft und dynastische Machtverteilung durchziehen die politischen und ökonomischen Strukturen der Region. Dazu gesellen sich schwache Rechtsstaatlichkeit, weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen und die starke Verbreitung von Kleinwaffen. Darüber hinaus ist der soziale Zusammenhalt zwischen Muslimen, Christen und den Lumad nur sehr schwach ausgeprägt. Ihr Verhältnis untereinander wird vielmehr bestimmt von tief sitzenden Ressentiments. Diese liegen vor allem in der historischen Enteignung und schrittweisen Entrechtung von Muslimen und Lumad sowie deren fortschreitenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Marginalisierung begründet. All diese Faktoren resultieren schließlich in Straflosigkeit, Armut und Unterentwicklung (DED 2011b; Evangelista-Leones et al. 2007, 2).

Einige der hier aufgeführten Schwierigkeiten und Defizite – wie das oligarchiebasierte, mafia-artige politische System – sind landesweit verbreitet und werden somit bereits im vorherigen Abschnitt ausführlich beschrieben (siehe Kap. 5.1). Dieser Abschnitt konzentriert sich vielmehr auf die spezifischen Probleme Mindanaos. Dazu gehören vor allem die desolate soziale und wirtschaftliche Situation (siehe Kap. 5.2.1), der Siedlerkolonialismus und die damit verbundene historische Marginalisierung der Einheimischen (siehe Kap. 5.2.2), ein zermürbender jahrzehntelanger Bürgerkrieg und zahlreiche gewaltsame Stammesfehden (siehe Kap. 5.2.3) sowie die weitverbreitete, teils wiederholte, binnenregionale Vertreibung der Bevölkerung aufgrund von Gewalt und immer verheerender werdenden Naturkatastrophen (siehe Kap. 5.2.4).

5.2.1 Soziale und wirtschaftliche Lage in Mindanao

Wie das bereits thematisierte Nord-Süd-Gefälle in den Philippinen andeutet (siehe Kap. 5.1.2), ist Mindanao die ärmste, strukturschwächste und am wenigsten entwickelte Region des Landes – und das, obwohl die Insel über fruchtbare Böden, reiche Fischgründe und viele Bodenschätze verfügt (Manlupig 2011; Reese 2005, 9).

Anfangs waren die Ressourcen in Mindanao zwar im Überfluss vorhanden, aber die geschichtliche Ein- und Zuwanderung, Bevölkerungswachstum sowie die Zerstörung der natürlichen Umwelt verknappen diese zusehends (DED 2011a). Das Zusammenspiel von Ressourcenknappheit mit den anderen Problemen Mindanaos (siehe Kap. 5.2.2 bis 5.2.4) führt u.a. letztlich dazu, dass Armut im Süden der Philippinen weitverbreitet und chronisch ausgeprägt ist. So befindet sich die deutliche Mehrheit der ärmsten philippinischen Provinzen auf der südlichen Inselgruppe. Mindestens ein Drittel der Inselbevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze (OCHA 2011b, 9, 25).

Darüber hinaus ist Mindanao die Region mit den schlechtesten Entwicklungsindikatoren (IDMC 2011c, 17; siehe auch HDN 2013). So liegt zum Beispiel der durchschnittliche HDI-Wert (national) ihrer zugehörigen Provinzen für das Jahr 2009 mit 0,46 Zählern⁹⁷ deutlich unter dem gesamtphilippinischen Wert von 0,61 (siehe HDN 2013, 113). Bei einem internationalen Vergleich wäre Mindanao zwischen Ghana und Äquatorialguinea einzuordnen; die beiden Staaten belegen im internationalen HDI-Ranking die Ränge 135 und 136 von insgesamt 186 Plätzen (siehe Anhang D; UNDP 2013b, 18). Daran wird sich auch in naher Zukunft so schnell nichts ändern, weil man Mindanao mittlerweile als eine Region einstuft, die am wahrscheinlichsten die Millennium-Entwicklungsziele verfehlen wird (OCHA 2011a, 1).

Ein Bericht der Weltbank und des Welternährungsprogramms (WFP) beleuchtet in einer Umfrage die humanitäre Situation der Zivilbevölkerung in Zentralmindanao⁹⁸ etwas eingehender. Demzufolge haben rund ein Drittel der befragten Haushalte keinen ausreichenden Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und Straßen (World Bank/WFP 2011, 13). Des Weiteren gibt fast jeder dritte bzw. fünfte Haushalt an, keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser bzw. sanitären Anlagen zu besitzen (ebd., 25 f.). Hinzu kommt, dass einer von vier Haushalten unter Ernährungsunsicherheit leidet. In manchen Gegenden Zentralmindanaos sind davon sogar mehr als die Hälfte der Haushalte betroffen (ebd., 42).

Dies deutet darauf hin, dass es auch innerhalb von Mindanao ein deutliches Entwicklungsgefälle gibt. Tatsächlich gehören die muslimischen Gebiete, insbesondere die ARMM-Region, zu den ärmsten und unterentwickeltsten der Philippinen. Sie weisen

⁹⁷ Eigene Berechnungen basierend auf den Daten von HDN (2013) (siehe Anhang D).

⁹⁸ Dazu zählen die fünf Provinzen Lanao del Norte, Lanao del Sur, Maguindanao, North Cotabato und Sultan Kudarat sowie die städtische Exklave Cotabato City (World Bank/WFP 2011, 2).

landesweit die niedrigsten Werte hinsichtlich Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung und Bildungsstand auf (siehe HDN 2013).

Kann schon Mindanao als solches (mit einzelnen Ausnahmen) als Peripherie der Philippinen gelten, so lassen sich die mehrheitlich muslimischen Regionen in gewissem Sinn als Peripherie der Peripherie charakterisieren. [...] Entwicklung findet im muslimischen Teil Mindanao (fast) nicht statt. (Kreuzer 2003, 12, 51)

Der Grundstein für die regionalen Entwicklungsunterschiede in Mindanao wurde mit dem Siedlerkolonialismus und der damit einhergehenden sozioökonomischen wie auch politischen Marginalisierung von Muslimen und Lumad gelegt. Dieser Aspekt wird im folgenden Abschnitt ausführlich behandelt.

5.2.2 Siedlerkolonialismus und historische Marginalisierung

5.2.2.1 Demographische Marginalisierung

Die moderne Geschichte Mindanaos kann als eine Geschichte des Siedlerkolonialismus verstanden werden. Der Siedlerkolonialismus zielt im Gegensatz zum klassischen Eroberungskolonialismus nicht auf die Ausbeutung der eroberten Gebiete von außen ab, sondern auf deren Besiedelung durch die Siedler der Metropole (Kreuzer 2008, 6). „Das aber beinhaltet notwendigerweise die Inbesitznahme von Land und die zumindest teilweise Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung“ (ebd.). Man will also durch Immigration eine eigene soziale Ordnung aufbauen, die von den angestammten Bewohnern des Landes vollständig unabhängig ist (ebd.).

Bereits seit dem 14. Jahrhundert bevölkerten zunehmend muslimische Einwanderer Mindanao, die die damaligen indigenen Völker verstärkt ins Abseits drängten (Schmelcher 2007). Die Insel war somit in weiten Teilen mehrheitlich muslimisch geprägt und von Sultanaten beherrscht, bis die spanischen Kolonialherren im 16. Jahrhundert ins Land kamen. Die Spanier konnten den muslimischen Süden jedoch nie unter ihre Kontrolle bringen. Dies gelang erst den ihnen nachfolgenden amerikanischen Kolonisatoren nach einem langen und blutigen Kolonialkrieg. Um den Bevölkerungsdruck in anderen Regionen zu mindern und zugleich die ansässigen Bewohner Mindanaos zu „befrieden“, förderte die neue Kolonialmacht USA aktiv die Einwanderung von Siedlern aus den christlichen Gebieten der Philippinen. Diese Immigrationspolitik wurde auch von der philippinischen Regierung nach der Unabhängigkeit fortgesetzt, sodass sich die muslimische Bevölkerungsmehrheit letztlich in eine Minderheit verwandelte

(Kreuzer 2003, 4 ff.; Lara Jr. 2010, 12 ff.): Zwischen 1903 und 1990 sank der Bevölkerungsanteil der Muslime in Mindanao von 77 auf 19 Prozent (IDMC 2011c, 17). Auch wenn für die letzten Jahrzehnte keine neuen Immigrationswellen verzeichnet werden können, so sind doch die dramatischen Folgen der bis in die 60er Jahre andauernden ungebrochenen Masseneinwanderung bis heute deutlich spürbar (Kreuzer 2003, 8).

5.2.2.2 Sozioökonomische Marginalisierung

Im Gefolge der forcierten Einwanderungspolitik führte die Kolonialmacht USA eine Reihe neuer Landrechte ein, die zugezogene christliche Kleinbauer, landwirtschaftliche Großkonzerne und multinationale Minengesellschaften einseitig bevorzugten und traditionelle Landbesitzer de facto enteigneten, zurückdrängten und vertrieben (Coletta 2011, 6 f.). Zwischen 1907 und 1940 entwickelte sich Mindanao regelrecht zu einer Investitionsoase für amerikanische Unternehmen in der Holzbranche, im Bergbau sowie in der industriellen Produktion von Ananas, Abaka, Zucker und Kautschuk (Lara Jr. 2010, 13). Diese Vorkriegspolitik wurde auch nach der Unabhängigkeit weitgehend unverändert fortgesetzt. So deckten sich internationale Konzerne in den 50er und 60er Jahren mit umfassenden Landrechten für den Plantagenanbau und das Abholzen von Wäldern ein. Bis in die 1960er Jahre wurde Mindanao von den christlichen Eliten in Manila und den einströmenden Siedlern als eine Art Selbstbedienungsladen begriffen, in dem sie alles mitnahmen, was sie kriegen konnten (Kreuzer 2003, 8 f.).

Mindanao galt als der ‚Wilde Westen‘ der Philippinen. [...] Dass hierzu die traditionellen Landrechte der indigenen Bevölkerung ignoriert werden mussten, war bestenfalls misslich, wurde jedoch durchgängig ignoriert. (Kreuzer 2008, 3)

Auf diese Weise kontrollierten die christlichen Einwanderer bereits in den 1950er Jahren den Großteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Gleichzeitig wurden auch die modernen Sektoren Wirtschaft und Verwaltung von Christen beherrscht. All diese Entwicklungen führten letztlich zu einer fundamentalen sozioökonomischen Marginalisierung von Muslimen und Lumad in deren Heimatgebieten (Kreuzer 2003, 11). Sie hält nach wie vor an: Heute besitzt die muslimische Bevölkerung weniger als 17 Prozent des Eigentums an Grund und Boden in Mindanao, meist in den verarmten Gegenden auf dem Land. Gleichzeitig sind Schätzungen zufolge 80 Prozent der Muslime landlos (Evangelista-Leones et al. 2007, 11).

Zur demographischen und sozioökonomischen Marginalisierung gesellte sich schließlich zeitversetzt noch die politische Schwächung der Einheimischen, weil die auf Mehrheitsentscheidungen basierende philippinische Wahldemokratie in der süd-philippinischen Immigranten-Gesellschaft die starke Stellung der Zuzügler sicherstellte. Damit wurde die faktische Diskriminierung der Muslime und Ureinwohner Mindanaos sogar demokratisch legitimiert (Kreuzer 2003, 5 ff.).

5.2.3 Sicherheit

Die südliche Inselgruppe ist die unsicherste Region der Philippinen; sie ist von Konflikten und Gewalt geplagt (IDMC 2011c, 17). Dazu gehören, wie bereits angesprochen, die Moro-Rebellion, der kommunistische Aufstand sowie terroristischer Extremismus (siehe Kap. 5.1.4). Daneben tragen aber auch die langanhaltenden und meist gewaltsam ausgetragenen Familienfehden (örtlich bekannt als Ridos) zur Unsicherheit bei (siehe Kap. 5.2.3.2), ebenso wie die Privatarmeen von Politikern, semistaatliche Milizen (beispielsweise die CVOs oder die militärischen Hilfstruppen der Citizen Armed Force Geographical Unit (CAFGU)), kriminelle Banden, Menschenraub, häusliche Gewalt, die weitverbreitete allgemeine Kriminalität, der leichte Zugang zu Kleinwaffen, der fehlende Respekt vor dem Rechtsstaat und eine vorherrschende Kultur der Gewalt (Evangelista-Leones 2007, 1; Kreuzer 2008, 14 f.; OCHA 2011b, 7 f.; Thiel/Fillone 2006, 19). Es herrscht ein „anarchistisches Nebeneinander von Gewaltakteuren“ (Kreuzer 2008, 14). Diese prekäre Sicherheitslage ist einerseits zum Teil durch die schwierige soziale und wirtschaftliche Situation bedingt, andererseits stellt sie aber auch umgekehrt ein nachhaltiges Entwicklungshemmnis für die Region dar. Zum Beispiel indem bewaffnete Konflikte die Lebensgrundlage der betroffenen Menschen zerstören und unter Umständen wiederholt Massenwanderungen auslösen (siehe Kap. 5.2.4).

Vor dem Hintergrund dieses aktuellen Lagebildes ist es daher wenig überraschend, dass Mindanao auch zu den philippinischen Gebieten mit dem höchsten geschätzten Konfliktrisiko für die Zukunft gehört (Rustad et al. 2011a, 34 f.; siehe Abbildung 21).

Mindanao war und ist also besonders anfällig für bewaffnete Auseinandersetzungen. Es verlaufen dort mehrere Konfliktlinien gleichzeitig, die sich zum Teil gegenseitig überlagern. Die beiden anschließenden Abschnitte behandeln die hervorstechendsten gewaltförmigen Konflikte auf der Südinsel, nämlich die Moro-Rebellion und die Ridos.

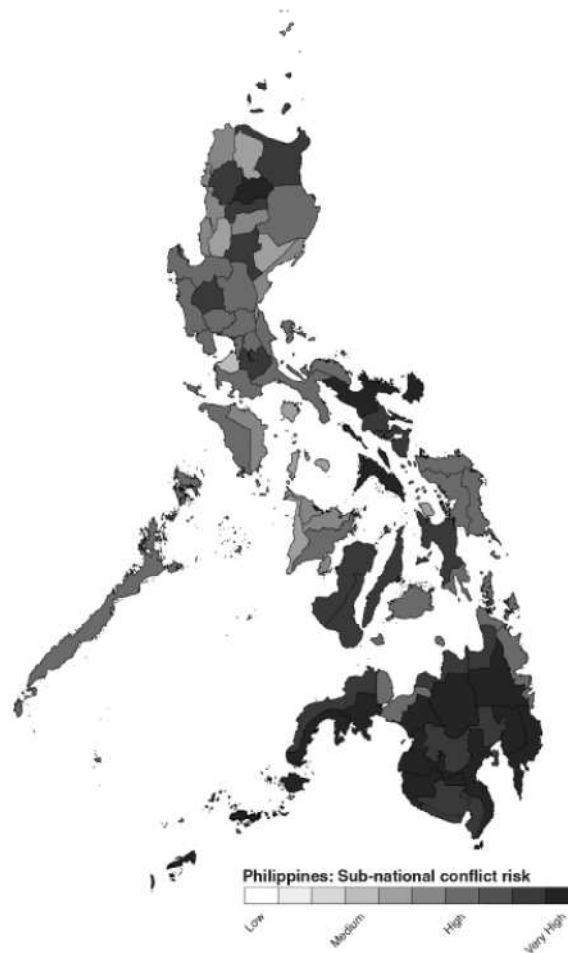


Abbildung 21: Regionales Konfliktrisiko in den Philippinen
 Quelle: Rustad et al. 2011a

5.2.3.1 Die Moro-Rebellion

Der Konflikt, der Mindanao zeitweise am stärksten geprägt hat und immer noch prägt, ist sicherlich die Rebellion der philippinischen Muslime. Sie ist eine der am längsten andauernden Gewaltkonflikte überhaupt und hat bisher etwa 160 000 Menschenleben gefordert sowie ungefähr eine Million Menschen vertrieben (NP 2014). Wie der vorherige Abschnitt verdeutlicht, befinden sich die Muslime Ende der 1960er Jahre in einer Situation fundamentaler Marginalisierung: „Demographisch sind sie zu einer Minderheit im eigenen Land geworden und ökonomisch können sie den überlegenen christlichen Immigranten ebenfalls nichts entgegenstellen“ (Kreuzer 2003, 16). Die demographische und sozioökonomische Diskriminierung der Muslime in ihren Heimatgebieten bildet den Ausgangspunkt und zugleich die Hauptursache für den Ausbruch der bewaffneten Rebellion 1972 (ebd., 51). Kern des Moro-Konfliktes ist der Wettbewerb um na-

türliche Ressourcen, insbesondere Land, das durch Zuwanderung und ungleiche Verteilung immer knapper geworden ist (Guterrez 2010, 17; Thiel/Fillone 2006, 14 ff.).

Die demographische, sozioökonomische und politische Marginalisierung führte den philippinischen Muslimen ihr gemeinsames Schicksal vor Augen, das die unterschiedlichen ethnischen Gruppen muslimischen Glaubens miteinander verband. Daraus entwickelte und stabilisierte sich letztlich seit dem frühen 20. Jahrhundert eine neue, alle ethnischen Grenzen übergreifende kollektive Identität als Moros in Abgrenzung zu den christlichen Siedlern (Kreuzer 2003, 5, 51). Der Moro-Nationalismus ergänzt hierbei die bereits bestehende und gesellschaftlich fest verankerte Loyalität gegenüber Familie und ethnischer Gruppe (ebd., 5): Die Clanzugehörigkeit oder Verwandtschaftsbande bleibt hierbei das wichtigste Identifikationsmerkmal. Danach folgt die ethnische Gruppe (beispielsweise Maranao, Maguindanao oder Tausug). An dritter Stelle steht die religiöse Identität als Muslim. Eng verbunden damit ist die vierte Identität als Moro, beruhend auf der politischen Aktivität als Muslim. Ein Filipino zu sein, folgt schließlich an fünfter und letzter Stelle (siehe Abbildung 22). Die philippinische Identität wird als Nebenprodukt der Fremdherrschaft betrachtet. Viele philippinische Muslime begreifen sich nur auf dem Papier als Filipinos (Neumann 2010, 68).

Neben der Entwicklung einer kollektiven Identität als Moros war für das Aufleben einer Widerstandsbewegung indes noch ein Generationswechsel hin zu einer muslimischen Gegenelite nötig. Diese wuchs in den 1960er Jahren an den philippinischen Uni-

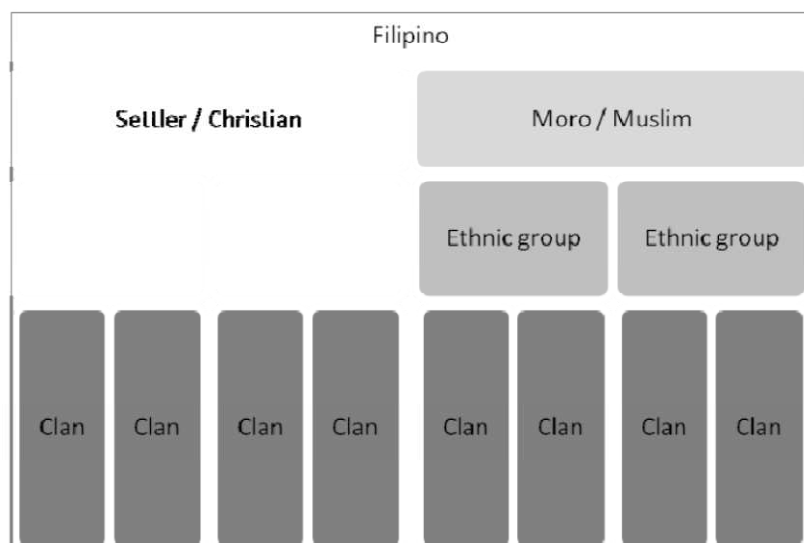
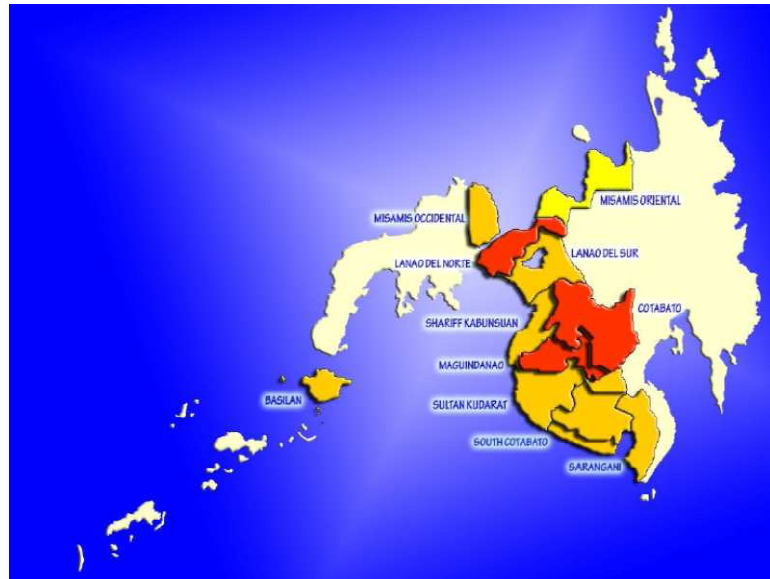


Abbildung 22: Identifikationsebenen in Mindanao
Quelle: Neumann 2010

Note: The settlers belong to various different ethnic groups, as do the Moros, but this plays only a minor role in identity-construction. Being Filipino and a settler in Mindanao serves as the unifying identity dimension.

versitäten und islamischen Hochschulen im Nahen und Mittleren Osten heran. Das Jabidah-Massaker⁹⁹ war letztlich die Initialzündung für die Gründung der MNLF im Jahr 1969. Die neue Moro-Elite verlieh dem Moro-Nationalismus ein neues, modernes Gesicht. Sie stellte die Legitimität der philippinischen Herrscher in Muslim-Mindanao sowie der desavouierten muslimischen Führer gleichermaßen infrage. In einer Phase hoher politischer Gewalt und nachdem Marcos das Kriegsrecht verhängt hatte, nahm die MNLF 1972 ihren bewaffneten Kampf für die Selbstbestimmungsrechte und Autonomie der muslimischen Bevölkerung auf. Es folgte ein jahrelanger Bürgerkrieg, der immer wieder von Friedensverhandlungen unterbrochen wurde. 1984 spaltete sich von der MNLF der stärker islamisch orientierte Flügel unter dem Namen MILF ab. 1989 hat die Regierung per Gesetz die ARMM eingesetzt. Die neue Autonomieregion umfasste jedoch nur vier Provinzen und war ohne jede reformerische Triebkraft, weil die Moro-Bewegung nicht einbezogen wurde. Schließlich konnte die philippinische Regierung 1996 einen Friedensvertrag mit der MNLF aushandeln, der die Autonomierechte der ARMM stärkte. Die MILF war an den Friedensgesprächen allerdings nicht beteiligt und lehnte den Vertrag daher auch ab. Es folgte eine mehrjährige Verhandlungsphase, gekennzeichnet von zahlreichen Unterbrechungen und zwischenzeitlich massiven Gewalteskalationen – wie zum Beispiel die drei umfassenden Militäroffensiven der Regierung in den Jahren 1997, 2000 und 2003 (Kreuzer 2003, 20 ff.; Kreuzer 2008, 4). Diese Phase gipfelte schließlich in dem sogenannten Memorandum of Agreement on Ancestral Domain (MoA-AD), der bis dato weitreichendsten Roadmap in Richtung eines umfassenden und rechtsverbindlichen Friedens. Der Oberste Gerichtshof erklärte das MoA-AD im Jahr 2008 jedoch für verfassungswidrig (International Crisis Group 2008). Daraufhin entbrannten neue Kämpfe, die ungefähr 200 Todesopfer kosteten und 750 000 Menschen vertrieben (IDMC 2011c 19 f.; Malang 2010, 9 f.; OCHA 2011a, 7). Von der jüngsten Gewalteskalation waren vor allem die Provinzen in Zentralmindanao betroffen (siehe Abbildung 23). 2009 vereinbarten die Konfliktparteien eine Waffenruhe sowie die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen (IDMC 2011c, 20). Mittlerweile ist jedoch mit der Bangsamoro Islamic Freedom Movement (BIFM) und ihrem militärischen Arm der Bangsamoro Islamic Freedom Fighters (BIFF) eine neue Splittergruppe entstanden, die seit 2011 einen bewaffneten Kampf sowohl gegen die Regierung als auch gegen die MILF führt (HIIK 2012, 86; HIIK 2013b, 94).

⁹⁹ Bei dem Massaker wurden Dutzende muslimische Rekruten von ihren christlichen Vorgesetzten getötet (Kreuzer 2003, 25 f.).



SOURCE: National Disaster Coordinating Council

(Note: Armed violence did not occur in Misamis Oriental and Misamis Occidental, but they were highlighted because a substantial number of displaced people fled to them after the 18 August attack in Lanao del Norte. Provinces in red are areas that have gone through, or still continue to undergo, the worst violence.)

Abbildung 23: Gewalteskalation 2008: betroffene Provinzen

Quelle: Amnesty International 2008a

5.2.3.2 Ridos

Die Existenz von Ridos innerhalb der muslimischen Gesellschaft stellt eines der Hauptprobleme in Mindanao dar. Umfragen decken sogar auf, dass die Bevölkerung stärker über die weite Verbreitung von Ridos und deren negativen Auswirkungen besorgt ist als über die Moro-Rebellion. Das Alltagsleben der Menschen wird vor allem von Clankonflikten beeinflusst (Torres 2007, 9). In dem ARMM-Gebiet werden sie obendrein als tödlichste Konfliktart eingestuft, noch vor dem muslimischen Aufstand gegen die philippinische Staatsführung (Schmelcher 2007). Ridos sind allgemein charakterisiert durch

sporadic outbursts of retaliatory violence between families and kinship groups as well as between communities, this phenomenon frequently occurs in areas where government or a central authority is weak and in areas where there is a perceived lack of justice and security. (Torres 2007, 7)

Die Sicherheitsimplikationen von Ridos gehen allerdings über die lokale Ebene der Familien und Clans hinaus. Sie haben vielmehr auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Mindanao insgesamt, weil sie dazu tendieren, mit separatistischen Konflikten und anderen Formen bewaffneter Gewalt in Wechselwirkung zu stehen. Tatsächlich wurden

viele gewaltsame Auseinandersetzungen in der Vergangenheit, an denen aufständische Gruppen oder das Militär beteiligt waren, von einem Rido ausgelöst (ebd., 8).

Ausgangspunkt eines Ridos ist eine bestimmten Handlung, die von jemandem als Vergehen aufgefasst wird. Die Liste möglicher Taten reicht hierbei von Beleidigung und Verleumdung über Ehebruch, Diebstahl und Landstreitigkeiten bis hin zu Totschlag, Kindesmissbrauch sowie sexuelle Belästigung (Fischer 2007, 27). Für den nächsten Schritt ist die Interpretation der Schwere des Vergehens entscheidend. Schwerwiegende Vergehen werden mit der Ermordung des Übeltäters vergolten, was in der Regel in eine Eskalationsspirale aus Gewalt und Gegengewalt mündet. An diesem Punkt schlägt der Konflikt dann in eine Blutfehde um. Ridos sind also ein bewusster Akt der Selbstjustiz ohne Einbeziehung der staatlichen Justiz- und Polizeibehörden. Diese Einstellung, die Gerechtigkeit in seine eigenen Hände zu nehmen, ist tief in der Tradition der muslimischen Gesellschaften verwurzelt und auch unter den Lumad weitverbreitet (Evangelista-Leones et al. 2007, 14).

In einer koordinierten Studie der Asia Foundation werden 1 266 Ridos registriert, die sich zwischen 1930 und 2005 ereignet haben. Dabei wurden mehr als 5 500 Menschen getötet und Tausende vertrieben. 64 Prozent der Clankonflikte bleiben ungelöst. Zu den von Ridos am stärksten betroffenen Provinzen zählen Lanao del Sur, Maguindanao, Lanao del Norte und Sulu. Überdies zeigen die Studienergebnisse, dass die Zahl der Ridos seit den 1980er Jahren stetig zugenommen hat. So werden 50 Prozent der registrierten Blutfehden in den letzten fünf Jahren zwischen 2000 und 2005 verzeichnet, was ungefähr 127 neue Fälle pro Jahr bedeutet.¹⁰⁰ Des Weiteren finden die Autoren der Studie heraus, dass, obwohl es eine große Bandbreite von Konflikt auslösenden Faktoren gibt, Landstreitigkeiten und politischer Konkurrenzkampf zu den häufigsten Ursachen von Ridos zählen (Torres 2007, 12). Dieses Ergebnis wird von Vitugs (2005) Einschätzung untermauert, wonach der Kampf um knappe Ressourcen Gegenstand vieler Clankonflikte ist.

¹⁰⁰ Neueren Beobachtungen zufolge geht man für das Jahr 2011 von mindestens 50 Ridos mit ungefähr 10 000 Vertriebenen allein in der Region Zentralmindanao aus. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Anstieg der Clankonflikte um mehr als zehn Prozent (OCHA 2011b, 1).

5.2.4 Binnenvertreibung

Ein weiteres Problem in Mindanao ist die große Anzahl von Binnenvertriebenen. Sie resultiert zum einen aus den zahlreichen bewaffneten Konflikten. Dabei kann die Gruppe der Konfliktvertriebenen recht groß sein, wie bei der bereits im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen jüngsten Gewalteskalation im Moro-Konflikt nach dem Scheitern des MoA-AD. Seit dem Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und den Moro-Rebellen stellen indes Ridos die Hauptursache für konfliktbedingte Vertreibung in Mindanao dar (IDMC 2011c, 26). In den letzten Jahrzehnten wurde vor allem die muslimische und indigene Bevölkerung aufgrund gewaltsamer Konflikte vertrieben, obwohl sie nur eine kleine Minderheit darstellt. Das lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass sich das Konfliktgeschehen in den mehrheitlich von Muslimen und Lumad bewohnten Gegenden konzentriert (IDMC 2011c, 40; IDMC 2013b, 4).

Eine weitere wichtige Ursache für Binnenvertreibung in der Region ist zum anderen das Auftreten von Naturkatastrophen. Denn einige Gebiete der südlichen Inselgruppe sind besonders anfällig gegenüber Überflutungen verursacht durch den saisonalen Monsunregen. Verschärfend kommen die intensiver und häufiger werdenden Tropenstürme sowie die Abholzungs- und Rodungsaktivitäten in den stromaufwärts gelegenen Wassereinzugsgebieten hinzu (OCHA 2011a, 9; OCHA 2011b, 9).

In Mindanao waren im Jahr 2011 bereits vor Sendong mehr als vier Millionen Menschen bzw. rund 20 Prozent der Bevölkerung von Naturkatastrophen betroffen (CDRC 2012). Allein in Zentralmindanao lösten sintflutartige Regenfälle im Mai und Juni 2011 großflächige Überschwemmungen aus, die rund 860 000 Menschen trafen – bei einer Gesamtbevölkerung von 5,7 Millionen. In vielen der überfluteten Gegenden waren die Vertriebenen der jüngsten Gewalteskalation bei der Moro-Rebellion im Jahr 2008 gerade erst zurückgekehrt, was die hohe Anfälligkeit von Konfliktgebieten gegenüber Naturkatastrophen verdeutlicht (OCHA 2011b, 7, 9, 25). Bewaffnete Konflikte zusammen mit Naturkatastrophen führen also in Teilen der südlichen Inselgruppe zu einem Kreislauf der Vertreibung, der die humanitäre Situation der betroffenen Menschen zunehmend verschlechtert und sie damit noch verwundbarer für die Zukunft macht (OCHA 2011a, 4, 7).

Ende 2011 schätzte die UN in ihrem humanitären Aktionsplan die Zahl der von Naturkatastrophen und gewaltsamen Konflikten betroffenen Hilfsbedürftigen allein in der

Region Zentralmindanao auf fast 700 000 Menschen (OCHA 2011b, 25).¹⁰¹ Dazu werden nicht nur Vertriebene in den Evakuierungszentren gezählt, sondern auch Rückkehrer und solche Menschen, die vorübergehend bei Freunden und Verwandten untergekommen sind oder die sich aufgrund mangelnder Alternativen oder aus Furcht vor Plünderern dazu

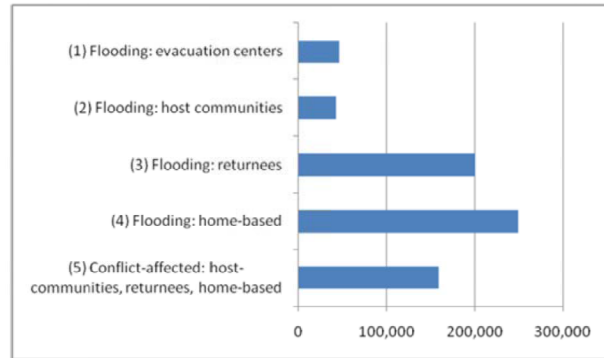


Abbildung 24: Betroffenengruppen in Zentralmindanao
Quelle: OCHA 2011b

entschieden haben, ihr Zuhause nicht zu verlassen. Dabei machen die Rückkehrer und die Daheimgebliebenen mit rund 64 Prozent den größten Anteil der Hilfsbedürftigen aus. Die nächstgrößere Gruppe bilden die Menschen, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind. Die UN beziffert ihre Zahl auf 159 000 (ebd., 27; siehe Abbildung 24).

Trotz internationaler Hilfsbemühungen war die humanitäre Lage der von Naturkatastrophen und Gewaltkonflikten betroffenen Bevölkerung in Zentralmindanao Ende 2011 angespannt. Erstens war die Ernährungsunsicherheit unter den Rückkehrern und Binnenvertriebenen mit 42 bzw. 25 Prozent recht hoch. Gleichzeitig lag der Anteil der Menschen, die unter akuter Unterernährung litten, in den betroffenen Gebieten unverändert bei ein bis zwei Prozent. Zweitens behinderten fehlendes Kapital, schlechte Infrastruktur und hohe Transportkosten den Wiederaufbau der Lebensgrundlage. Drittens hatten die Heimkehrer nur begrenzten Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen. Ein grundsätzliches Problem für alle Betroffenen stellte viertens der Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen dar. Viele Gesundheitseinrichtungen waren baufällig und es mangelte an medizinischem Fachpersonal, Medikamenten und Ausrüstung. Schließlich nahmen fünftens in den Krisengebieten die Bildungschancen der Kinder ab (OCHA 2011b, 3, 38 ff.).

¹⁰¹ Im Vergleich zum Aktionsplan des Vorjahres bedeutet das einen Anstieg um 56 Prozent, was in erster Linie auf das verstärkte Auftreten von Überschwemmungen zurückzuführen ist (OCHA 2011b, 1).

5.3 Fallauswahl Sendong: Begründung

Wie im Kapitel zum Forschungsdesign bereits angesprochen, wird der Tropensturm Sendong aus zwei Gründen ausgewählt: zum einen, weil er einen starken Test darstellt und zum anderen, weil er obendrein ein entscheidender Fall unter der Perspektive des *most-likely* Designs ist (siehe Kap. 3.3.2). Während der erste Teil der Begründung sein Hauptaugenmerk auf die stark ausgeprägte unabhängige Variable (Umweltvertreibung) richtet, zielt der zweite Teil auf die Schlüsselfaktoren des WBGU-Modells ab.

Der Tropensturm Sendong repräsentiert einen starken Test für den Erklärungsansatz der WBGU-Forscher, da er Extremwerte bei der unabhängigen Variable aufweist. Versteht man das WBGU-Modell als ein simples Ursache-Wirkungs-Gefüge, dann ist dessen Vorhersage für einen solchen Fall eindeutig, nämlich die Entstehung oder Verschärfung gewaltsamer Konflikte. Je stärker die vermeintliche Ursache (Umweltvertreibung) ausgeprägt ist, desto wahrscheinlicher tritt die postulierte Wirkung (gewaltsame Konflikte) ein. Tatsächlich ist die Zahl der Umweltvertriebenen im Falle Sendongs besonders hoch. Insgesamt mussten mehr als 430 000 Menschen ihr Zuhause verlassen (IDMC 2013c, 9). Damit gehört der Tropensturm zu den weltweit größten Naturkatastrophen im Jahr 2011 (IDMC 2012, 12). Auch zwei Monate nachdem Sendong den südlichen Archipel heimgesucht hatte, wurden immer noch rund 280 000 Vertriebene gezählt (OCHA 2012f, 1). Hinzu kommt, dass einige Gebiete besonders schwer getroffen und dort teilweise fast die Hälfte der örtlichen Bevölkerung zumindest vorübergehend vertrieben wurde (IDMC 2013a, 23; siehe Kap. 5.5.1).

Zweitens wird der Sturm Sendong ausgewählt, weil es die begründete Annahme gibt, dass er einen günstigsten Fall für das WBGU-Modell darstellt. Das heißt, er bietet die besten Bedingungen für das vom Modell erwartete Phänomen, nämlich durch Umweltvertriebene induzierte Gewaltkonflikte in den Aufnahmegebieten. Denn die sozio-ökonomische, historische, sicherheitspolitische und humanitäre Analyse Mindanaos zum Zeitpunkt vor der Naturkatastrophe (siehe Kap. 5.2) liefert deutliche Hinweise darauf, dass die von den WBGU-Forschern benannten Schlüsselfaktoren – also jene Bedingungen, unter denen die Ankunft von Umweltvertriebenen am ehesten gewaltsame Konflikte in den Aufnahmeregionen verursachen oder verschärfen kann – bei Sendong weitgehend vorhanden sind:

Ressourcenknappheit: Der Siedlerkolonialismus und die damit einhergehende Marginalisierung der Muslime und Lumad resultieren in eine nachfrage- und strukturindu-

zierte Knappheit von Ressourcen, insbesondere Land, in einer anfangs von Ressourcenreichtum gesegneten Region. Fortschreitende Umweltzerstörung durch Abholzungs- und Minenvorhaben, Monokulturen sowie das starke natürliche Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte¹⁰² haben die unzureichende Ressourcenverfügbarkeit weiter verschärft (siehe Kap. 5.2.2). Darauf deutet ebenso die Analyse der gewaltsamen Konflikte in Mindanao hin: Hauptgegenstand der Moro-Rebellion ist nämlich die Landknappheit. Und auch viele Clankonflikte drehen sich vornehmlich um mangelnde Ressourcen (siehe Kap. 5.2.3). Zahlreiche Entwicklungshelfer betrachten Ressourcenkonkurrenz und ungerechte Landverteilung daher als ein zentrales Problem auf der südlichen Inselgruppe (siehe u.a. DED 2011b, c; Thiel/Fillone 2006, 13 ff.). Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus als plausibel, dass die Ankunft von Sendong-Vertriebenen zu einem Wettbewerb um knappe Ressourcen geführt haben dürfte.

Ethnische Konflikte: Die Analyse der Sicherheitslage in Mindanao zeigt (siehe Kap. 5.2.3), dass einerseits die zahlreichen Auseinandersetzungen in Mindanao zwar entlang ethnischer Linien verlaufen, Ethnizität aber andererseits nur eine von mehreren Identifikationsebenen darstellt, die in den Konflikten meist eine nachgeordnete Rolle spielt. So ist die Moro-Rebellion in erster Linie ein Konflikt über die ungleiche Ressourcenverteilung sowie über die Selbstbestimmungsrechte philippinischer Muslime. Ridos hingegen sind vornehmlich Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Familienclans. Auf Mindanao gibt es also keine primär ethnischen Konflikte. Man kann allerdings eine Zunahme der religiösen Spannungen beobachten. Das Scheitern des MoA-AD hat die Gräben zwischen Muslimen und Christen vertieft und fest sitzende Klischees und Feindschaften wieder aufbrechen lassen (Sanz 2010, 22). Das Verhältnis der christlichen Mehrheit zur muslimischen Minderheit ist vielerorts von Vorurteilen, Intoleranz und Rassismus geprägt (DED 2011b). Unter den Christen dominiert ein abwertendes Bild von Muslimen als schlecht, schwierig, feindselig, arm und traditionsverhaftet. Es ist die weitverbreitete Meinung, dass Muslime folgenden gängigen Stereotypen entsprechen: Sie unterdrücken Frauen, hassen Nicht-Muslime und sind Terroristen oder Extremisten. Auf der anderen Seite hat indes auch die muslimische Bevölkerung vorgefasste negative Einstellungen gegenüber Christen und insbesondere gegenüber der philippinischen Regierung. Für viele Muslime sind Christen schlichtweg Ungläubige, Landdiebe, Siedler und Schweine (Sanz 2010, 24).

¹⁰² Von 1980 bis 2010 hat sich die Einwohnerzahl Mindanaos von rund zehn auf über 21 Millionen mehr als verdoppelt (NSCB 2014a).

Ablehnende Reaktion der Ankunftsgebiete: Schon vor Sendong gab es auf Mindanao zahlreiche Binnenvertriebene, die auf die Hilfe anderer angewiesen waren (siehe Kap. 5.2.4). In den Aufnahmegemeinschaften nahm infolgedessen die Ernährungssicherheit ab. Außerdem verschlechterte sich deren Zugang zu Trinkwasser, sanitären Anlagen, Land und Unterkünften. Untersuchungen zum Wasserhaushalt und zu den hygienischen Verhältnissen in den Zufluchtsorten ergeben daher auch, dass die Bedingungen dort teilweise nicht viel besser und manchmal sogar schlechter waren als in den Evakuierungs- und Übergangslagern. In Mindanao gab es also schon vor Sendong Aufnahmeregionen, die sich bereits an den Grenzen ihrer Belastbarkeit befanden. Darüber hinaus konkurrierten mancherorts die Binnenvertriebenen mit den Einheimischen um knappe Arbeitsplätze, was gelegentlich zu Spannungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen führte (IDMC 2009, 16; IDMC 2011c, 53). Angesichts dieser Sachlage ist anzunehmen, dass die zusätzliche Ankunft von Sendong-Vertriebenen gewisse Ablehnungsreaktionen in einigen Aufnahmegebieten hervorrufen haben dürfte.

Überforderte Governance-Kapazitäten: Überstrapazierte Handlungskapazitäten staatlicher Institutionen resultieren aus einem deutlichen Missverhältnis zwischen den Fähigkeiten einer Regierung einerseits und den an sie herangetragenen Herausforderungen andererseits. In Mindanao gibt es zum einen mehrere Anzeichen für die geringen Funktionsfähigkeiten der lokalen und nationalen Staatsbehörden. Erstens zählt die südliche Inselgruppe zu der ärmsten, strukturschwächsten und am wenigsten entwickelten Region der Philippinen (siehe Kap. 5.2.1). Ein weiterer Indikator ist zweitens die unbefriedigende humanitäre Situation der Zivilbevölkerung im Allgemeinen sowie der Binnenvertriebenen im Besonderen (siehe Kap. 5.2.1 und 5.2.4). Hinzu kommt drittens das anarchische Nebeneinander zahlreicher Gewaltakteure (siehe Kap. 5.1.4 und 5.2.3). Die staatliche Problemlösungskompetenz ist also nur schwach ausgeprägt. Die philippinischen Institutionen versagen in Mindanao bei der Erbringung elementarer Staatsaufgaben wie Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung des Gewaltmonopols nach innen. Zum anderen sieht sich die Region gleichzeitig gewaltigen Herausforderungen gegenüber. Dazu gehören, neben den sich umgreifenden gewaltsamen Konflikten (siehe Kap. 5.2.3), der Klimawandel und das verstärkte Auftreten von Naturkatastrophen sowie die damit verbundene Zunahme von Binnenvertriebenen (siehe Kap. 5.1.5 und 5.2.4). Die Analyse der Lage in Mindanao vor Sendong liefert somit zahlreiche Hinweise für geringe Regierungsfähigkeiten bei zur gleichen Zeit immensen, an die staatlichen Organe gerichteten Anforderungen und Erwartungen. Mit anderen Worten, die Leistungs- und

Problemlösungsfähigkeit staatlicher Regierungsbehörden und die an sie herangetragenen Herausforderungen gehen in Mindanao beträchtlich auseinander. Eine Einschätzung von Entwicklungsexperten deutet in dieselbe Richtung. Sie stellen nämlich bereits vor Sendong fest, dass die örtlichen Behörden und Städte nach wie vor keine ausreichenden Kapazitäten zur Bewältigung von Naturkatastrophen besitzen, auch wenn das Land sich mittlerweile in einem Wandlungsprozess vom eher reaktiven Katastrophenmanagement hin zum proaktiven Katastrophenrisikomanagement zu befinden scheint.¹⁰³ Neben Erfahrung mangelt es nach Ansicht der Entwicklungshelfer an verlässlichen Daten und Managementkapazitäten. Für die Planung und Umsetzung von gezielten Risikominderungsmaßnahmen fehlen zudem die finanziellen Mittel (GIZ 2011). Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass die Ankunft von Sendong-Vertriebenen die Governance-Kapazitäten der verantwortlichen Behörden überfordert haben dürfte.

Politische Instabilität bzw. Konfliktgeschichte: Schließlich verdeutlicht insbesondere das Kapitel über die Sicherheitslage in Mindanao (siehe Kap. 5.2.3), dass die Inselgruppe eine sehr ausgeprägte Konfliktgeschichte vorzuweisen hat. Sie leidet nicht nur unter den beiden jahrzehntelangen Bürgerkriegen und den zahlreichen, immer wieder aufflammenden, Clankonflikten, sondern auch unter politischer Gewalt und terroristischen Aktivitäten. Die jüngste großflächige Gewalteskalation zwischen den muslimischen Aufständischen und der philippinischen Regierung ereignete sich sogar nur rund drei Jahre vor Sendong.

Die Situation in Mindanao stellte sich also vor dem Eintreffen des Tropensturms Sendong folgendermaßen dar: Durch Zuwanderung, Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und ungleiche Verteilung herrschte vielerorts Ressourcenknappheit. Vor allen Dingen mangelte es an Land. Zur selben Zeit haben sich die Gräben zwischen Muslimen und Christen vertieft, während die staatlichen Handlungskapazitäten aufgrund von Naturkatastrophen, gewaltsamen Konflikten, Armut und Unterentwicklung bereits stark beansprucht waren. Insbesondere die Aufnahmeregionen erreichten wegen der zunehmenden und wiederkehrenden Binnenvertreibung allmählich die Grenzen ihrer Belastbarkeit, sodass zweifellos die Gefahr von Ablehnungsreaktionen bestand. All diese Entwicklungen waren zudem eingebettet in einem Kontext politischer Instabilität. Die Gesamtsituation Mindanaos im Vorfeld der Sturmkatastrophe deutet somit darauf hin,

¹⁰³ Das belegt vor allem das im Jahr 2009 beschlossene Gesetz über Katastrophenrisikominderung und -management (GIZ 2011; siehe Republic Act No. 10121).

dass die Schlüsselfaktoren des Umweltbeirates im Fall Sendong weitgehend vorhanden sind, also dass Sendong einen für das WBGU-Modell günstigsten Fall repräsentiert.

5.4 Sendong: Hintergrundinformationen

Taifune sind in Mindanao ein äußerst seltenes Phänomen. Die meisten Tropenstürme, die die Philippinen treffen, folgen einem nördlichen Pfad und überqueren die Region Luzon. Die Route von Sendong verlief jedoch unterhalb dieses Taifungürtels: Am 16.12.2011 erreichte der Tropensturm das nordöstliche Festland in Mindanao und fegte anschließend über 13 Provinzen in den Regionen VI, VII, IX, X, XI, XIII und ARMM hinweg (OCHA 2011c, 6; siehe Abbildung 25). Sendong war zwar ein vergleichsweise schwacher Taifun, aber er brachte enorme Regenmassen mit sich, die Sturzfluten und Erdrutsche auslösten.¹⁰⁴ Flüsse traten innerhalb kürzester Zeit über die Ufer, deren Wassermassen viele Einwohner im Schlaf überraschten. Das Ausmaß der Zerstörung glich dabei vielmehr dem eines Tsunamis: ganze Nachbarschaften und Dörfer wurden einfach weggespült (OCHA 2011f, 1; OCHA 2012o, 1). Während seines Besuchs im Katastrophengebiet rief der Präsident Benigno Aquino III den nationalen Notstand aus (OCHA 2011d, 1). Insgesamt kamen mehr als 1 500 Menschen bei dieser Katastrophe ums Le-



Abbildung 25: Pfad und betroffene Gebiete von Sendong

Quelle: OCHA 2011c

¹⁰⁴ An einem Tag fiel mit 180,9 mm deutlich mehr Regen als üblicherweise im gesamten Monat Dezember (OCD 2012, 4).

ben. Es wurden knapp 51 000 Häuser beschädigt oder komplett zerstört und mehr als 430 000 Menschen vertrieben (IDMC 2013c, 9). In der ersten Woche der Katastrophe waren bis zu 67 000 Menschen in mehr als 60 improvisierten Notlagern untergebracht. Die große Mehrheit der Vertriebenen befand sich jedoch außerhalb dieser Lager in behelfsmäßig zusammengeziimmerten Unterkünften oder bei Freunden und Verwandten (OCHA 2012d, 2). Im Mai 2012 wurden immer noch 208 000 Sendong-Vertriebene gezählt, von denen sich mehr als 18 000 in 47 Vertriebenenlagern aufhielten (OCHA 2012j, 1). Und selbst ein Jahr nach der Katastrophe lebten weiterhin über 4 500 Menschen in den verbliebenen 26 Auffanglagern (DSWD/IOM 2012l, 3).

Das ganze Ausmaß der Katastrophe ist allerdings weniger auf die bloße Naturgewalt zurückzuführen, sondern vielmehr auf die ökologische und sozioökonomische Verwundbarkeit der betroffenen Regionen sowie auf schlechte Regierungsführung: So befanden sich die am schwersten verwüsteten Orte in Überschwemmungsgebieten an Flussmündungen, umgeben von steilen Vulkanhügeln und Gebirgen. Hinzu kamen der legale wie illegale Bergbau und Holzeinschlag in der Hochlandregion, was nicht nur die Bodenerosion verstärkte, sondern gleichzeitig zur Folge hatte, dass die Fluten zahlreiche gefällte Baumstämme sowie große Mengen an Schlamm und Geröll mit sich führten. Das hat die Zerstörungskraft der Wassermassen im Tiefland potenziert.¹⁰⁵ Demgegenüber resultierte die sozioökonomische Verwundbarkeit vorwiegend aus der schnellen und ungeplanten Urbanisierung sowie aus dem starken Bevölkerungswachstum. Dies begünstigte die Entstehung informeller Siedlungen in Hochrisikozonen entlang den Flussufern und auf Sandbänken. Die einfachen, aus leichten Materialien gebauten Hütten solcher Siedlungen konnten der Wucht der Wassermassen nicht standhalten. Die städtischen Armenviertel waren also besonders schlimm von Sendong betroffen.¹⁰⁶ Neben der ökologischen und sozioökonomischen Verwundbarkeit hat schließlich noch die auf allen Ebenen vorherrschende schlechte Regierungsführung zum Desaster beigetragen: Bestehende Umweltschutzgesetze sowie umweltpolitische Vorhaben und Handlungsempfehlungen wurden nicht umgesetzt oder implementiert. Der illegale Holzein-

¹⁰⁵ Mancherorts wurden daher die Hochlandbewohner von den Tieflandbewohnern für die schweren Verwüstungen verantwortlich gemacht. Diese wiederum fühlten sich zu Unrecht an den Pranger gestellt und entgegneten, dass sie den Holzeinschlag zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts benötigen und dass die Hauptverantwortlichen für die Entwaldung vielmehr die in der Bergregion tätigen Holzfällerunternehmen sind (A1, 2 ff.; Fisher 2012).

¹⁰⁶ Die Entstehung informeller Siedlungen in Hochrisikogebieten ist sogar von der Lokalregierung gefördert worden. So hat die Stadt Cagayan de Oro arme Bevölkerungsschichten im Zuge eines Häuserprojektes auf Isla de Oro angesiedelt – einer Sandbank im Fluss Cagayan, die von Sendong komplett weggespült wurde (A2, 19; A3, 20 f.; IDMC 2013c, 23 ff.).

schlag und Bergbau konnte daher nicht erfolgreich eingedämmt werden. Gleichzeitig wurden deklarierte Bauverbotszonen vielerorts einfach ignoriert. Überdies verhinderte bislang das weitverbreitete Patronagesystem, dass sich ein tiefgreifendes Bewusstsein für Risikomanagement entwickeln konnte (IDMC 2013c, 22 ff.; IMPACT 2012, 26; OCD 2012, 3 ff.; OCHA 2011f, 1).

5.5 Eingrenzung der Analyse

5.5.1 Geographische Eingrenzung

Als Fallstudienorte werden die beiden Städte Cagayan de Oro und Iligan City in Northern Mindanao (Region X) ausgewählt, weil sie die am schwersten von Sendong betroffenen Gegenden darstellen (siehe Abbildung 26). In Cagayan de Oro wurde mehr als die Hälfte der 461 877 Einwohner vertrieben. In Iligan City musste ungefähr ein Drittel der rund 285 000 Menschen zählenden Bevölkerung ihr Zuhause verlassen (OCHA 2012p, 1). Das heißt, zusammengekommen machten die Umweltvertriebenen dieser beiden Städte gut drei Viertel der insgesamt durch Sendong vertriebenen Bewohner aus.

Cagayan de Oro liegt an der zentralen Nordküste Mindanaos. Die Metropole ist die Provinzhauptstadt von Misamis Oriental und gilt als wichtiges Handels-, Dienstleistungs- und Bildungszentrum. Zum Westen, Süden und Osten hin ist die Stadt von Gebirge umgeben. Der Fluss Cagayan ist der längste der Philippinen und wird durch eine große Gebirgswasserscheide gespeist (OCHA 2011c, 6).

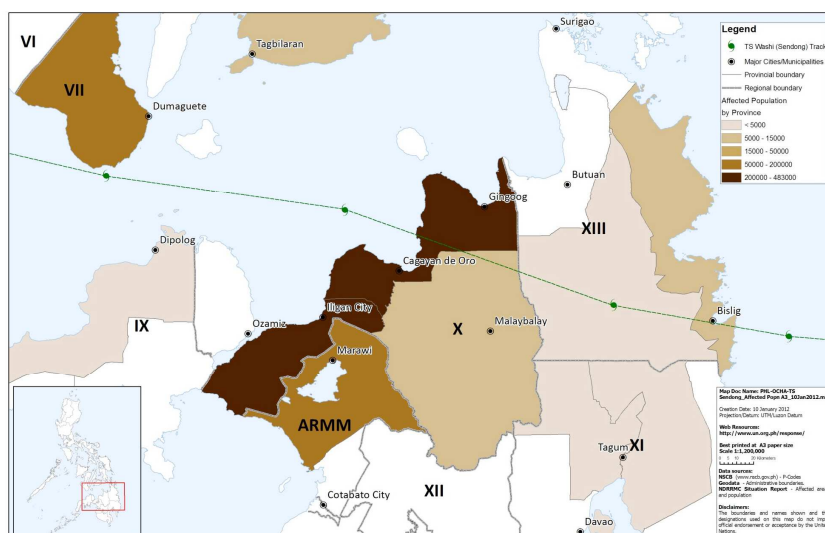


Abbildung 26: Von Sendong betroffene Bevölkerung nach Provinzen

Quelle: OCHA 2012n

Ungefähr 50 Kilometer südwestlich von Cagayan de Oro befindet sich die Küstenstadt Iligan City. Sie ist geographisch der Provinz Lanao del Norte zuzuordnen, bildet jedoch eine eigenständige Verwaltungseinheit. Trotz der Krise ihrer Stahlbranche wird die Stadt immer noch als das industrielle Zentrum des Südens angesehen. Wirtschaftliches Standbein bilden dabei die Schwerindustrie und die Erzeugung von Wasserkraft. Umgeben von steilen Vulkanhügeln und Gebirge liegt Iligan zwischen zwei Hauptflüssen: dem seichten, aber stark strömenden Agus im Westen und dem Mandulog im Osten (ebd.).

5.5.2 Eingrenzung der unabhängigen Variable

Auch wenn Cagayan de Oro und Iligan City offiziell als Städte eingestuft werden, umfassen sie dennoch auch entlegene gelegene ländliche Gebiete (IDMC 2013c, 9). Bei den Umweltvertriebenen durch Sendong muss man also zunächst einmal zwischen denen in den städtisch geprägten Gegenden und denen im Hinterland unterscheiden. Letztere gelten als besonders verwundbar, weil sie meist der Minderheitengruppe der Moros oder den Lumad angehören. Viele von ihnen leiden überdies unter bewaffneten Konflikten und sind daher vor Sendong bereits mehrmals vertrieben worden (A4, 2). Diese Arbeit konzentriert sich allerdings auf die Umweltvertriebenen in den Stadtgebieten. Erstens, weil über die betroffenen abgelegenen Gegenden nur wenige Sekundärdaten verfügbar sind (OCHA 2012p, 4). Und zweitens, da die Erhebung von Primärdaten im Hinterland äußerst problematisch ist. Denn die ländlichen Gebiete sind aufgrund ihrer Abgeschiedenheit und schlecht ausgebauten Infrastruktur nur sehr schwer zugänglich. In viele Gegenden gelangt man erst nach einer mehrstündigen Fahrt mit einem *Habal-Habal* – einem Motorrad, modifiziert für den Transport von mehr als zwei Personen – durch unwegsames Gelände. Hinzu kommt die prekäre Sicherheitslage, da sich das Hinterland teilweise in Konfliktgebieten befindet (A4, 2; A5).

Bei den Sendong-Vertriebenen in den städtischen Regionen muss wiederum unterschieden werden zwischen denen, die in die Auffanglager geflohen sind und denen, die sich außerhalb dieser Einrichtungen befanden, weil sie zum Beispiel von Freunden und Verwandten aufgenommen wurden (A4, 2). Der Fokus dieser Arbeit richtet sich aber lediglich auf die Menschen in den Vertriebenenlagern. Zum einen, weil diesbezüglich die bestehende Datenlage vergleichsweise gut ist und zum anderen, da die städtischen Rettungszentren einen relativ leichten Zugang zu den Betroffenen boten. Über die Um-

weltvertriebenen außerhalb der Massenunterkünfte sind hingegen nur sehr wenige Sekundärdaten verfügbar (OCHA 2012c, 1). Darüber hinaus wäre auch die Gewinnung von Primärdaten bei dieser Personengruppe mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden gewesen. Denn hier wurde der Zugang zu den Betroffenen zwar nicht, wie bei den Umweltvertriebenen im Hinterland, durch deren Abgeschiedenheit eingeschränkt, aber dafür durch die Tatsache, dass deren genauen Aufenthaltsorte weitgehend unbekannt waren. Die Vertriebenen außerhalb der Auffanglager verteilten sich nämlich in der gesamten Stadt und verschwanden im öffentlichen Leben somit unter dem Deckmantel der Anonymität.

Die Vertriebenenlager in den Stadtgebieten werden nach vier Hauptgruppen klassifiziert: Evakuierungszentren, vorübergehende Evakuierungszentren, Übergangslager und dauerhafte Wiederansiedlungsorte (DSWD/IOM 2012b, 2). Unmittelbar nach der Sendong-Katastrophe kamen die Menschen zunächst in Evakuierungszentren unter, die schnell auf überdachten Plätzen, in Schulen, Mehrzweckhallen und religiösen Einrichtungen errichtet wurden. Da viele dieser Sammelunterkünfte schon nach kurzer Zeit hoffnungslos überfüllt waren, hat man zu deren Entlastung vorübergehende Evakuierungszentren eröffnet (DSWD/IOM 2012c, 2). Das Hauptziel war jedoch der Bau dauerhafter Unterkünfte. Dort sollten all jene Menschen wiederangesiedelt werden, die in ihr angestammtes Zuhause nicht mehr zurückkehren durften, weil es sich in einer Hochrisikozone befand. Allerdings nahm die Fertigstellung der Wiederansiedlungsorte viel Zeit in Anspruch. Daher hatte man als Zwischenlösung die Errichtung von Übergangslagern vorangetrieben. Dort warteten die Umweltvertriebenen dann in Zelten, Schlafbaracken oder Bambushäusern auf die Fertigstellung ihrer dauerhaften Wohnhäuser (OCHA 2012g, 2). Diese Dissertation grenzt ihre Untersuchung allerdings auf die kurzfristigen Umweltvertriebenen in den Evakuierungszentren und Übergangslagern ein. Denn die dauerhaften Umweltvertriebenen in den Wiederansiedlungsorten können nicht eingehend analysiert werden, da es zum Zeitpunkt der Feldstudie, knapp acht Monate nach Sendong, nur sehr wenige solcher Einrichtungen gab.

Nach all diesen Eingrenzungen stellt also die durch Sendong induzierte Umweltvertreibung, die sich in den Evakuierungs- und Übergangslagern der städtischen Gebiete von Iligan City und Cagayan de Oro niederschlägt, die unabhängige Variable der Fallstudie dar.

5.5.3 Eingrenzung der abhängigen Variable

Demgegenüber ist die abhängige Variable dieser Untersuchung der gewaltsame Konflikt. In Anlehnung an die Definition des HIIK (2013a) werden gewaltsame Konflikte hier allgemein definiert als Interessensgegensätze zwischen mindestens zwei kollektiven Akteuren in den Aufnahmeregionen von Sendong-Vertriebenen, bei denen mindestens eine der Konfliktparteien vereinzelt Waffengewalt angewendet hat.

Genauer gesagt geht es um Interessengegensätze

- zwischen mindestens zwei organisierten Gruppen innerhalb der Bevölkerung der Umweltvertriebenen in den Evakuierungszentren und Übergangslagern;
- zwischen den Umweltvertriebenen aus den Evakuierungs- und Übergangslagern einerseits und mindestens einem anderen kollektiven Akteur in der Aufnahmeregion andererseits (zum Beispiel anderen Vertriebenengruppen, staatlichen Akteuren, Rebellengruppen oder Anwohnern) oder
- zwischen mindestens zwei kollektiven Akteuren in der Aufnahmeregion ohne direkte Beteiligung von, aber im Zusammenhang mit, Umweltvertriebenen aus den Evakuierungs- und Übergangslagern;¹⁰⁷

bei denen mindestens eine der Konfliktparteien vereinzelt Waffengewalt ausgeübt hat.

Gewaltsame Konflikte setzen sich aus einzelnen gewaltförmigen Ereignissen zusammen, mit denen die involvierten Akteure versuchen, die Positionsdivergenz zu ihren Gunsten zu entscheiden. De facto wird also die abhängige Variable durch gewaltförmige Ereignisse definiert, die im Kontext eines gewaltsamen Konfliktes stattfanden. Zu gewaltförmigen Ereignissen werden in dieser Arbeit Ausschreitungen, gewalttätige Demonstrationen, Plünderungen, Ermordungen, Anschläge, gewaltsame staatliche Repression und Entführungen gezählt.¹⁰⁸

¹⁰⁷ So ist es beispielsweise denkbar, dass sich die einheimische Bevölkerung durch die Gegenwart der Neuankömmlinge benachteiligt fühlt und darüber mit den örtlichen Regierungsvertretern in Konflikt gerät. Ebenso könnten die Auffanglager die Governance-Kapazitäten derart überfordern, dass gewaltbereite Rebellengruppen ermutigt werden, ihren Waffengang gegen die Regierung wieder aufzunehmen bzw. zu verstärken.

¹⁰⁸ So wäre zum Beispiel die Ermordung eines Ortsansässigen durch einen Bewohner eines Evakuierungszentrums für diese Arbeit nicht relevant, sofern diese Tat aus persönlichen Motiven und nicht im Zusammenhang eines Konfliktes zwischen Umweltvertriebenen und den Bewohnern der Aufnahmeregion (beispielsweise um Wasser oder humanitäre Hilfsgüter) geschah.

5.6 Methodik

Wie bereits im Kapitel zum Forschungsdesign erwähnt (siehe Kap. 3.3.2), besteht die Einzelfallstudie nicht nur aus der Analyse von öffentlichen und vor Ort ausgehändigten Dokumenten, sondern vor allem aus der Feldforschung, bei der die Informationen durch leitfadengestützte Experteninterviews zunächst erhoben und anschließend mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel (2009) ausgewertet worden sind. Die Feldforschung auf den Philippinen wurde selbstständig geplant, organisiert und durchgeführt. Dabei ist die Vorstudie von der Graduiertenschule der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg finanziert worden, während die Deutsche Bundesstiftung Umwelt die Kosten der Hauptstudie übernahm.

Im Rahmen des Forschungsaufenthaltes wurden insgesamt 48 Einzel- und Zweierinterviews sowie zehn Gruppendiskussionen geführt, von denen 38 bzw. neun Eingang in die Analyse fanden (siehe Anhang A). Die Interviewpartner sind teilweise im Vorfeld der Forschungsreise per E-Mail kontaktiert worden. Mit dem Großteil der Gesprächspartner konnte man sich allerdings erst vor Ort und durch die Vermittlung Dritter in Verbindung setzen. Eine wichtige Anlaufstelle stellten hierbei die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Konrad Adenauer Stiftung und die IOM dar. Die auf den Philippinen gut vernetzte GIZ war obendrein ein zentraler und sehr hilfreicher Ansprechpartner in Iligan; auch hinsichtlich Reise- und Sicherheitshinweisen. In Cagayan de Oro stellte die lokale Hilfsorganisation Balay Mindanaw Foundation Inc. (BMFI) eine wichtige Kontaktadresse dar. Mitarbeiter von IOM und BMFI ermöglichten zudem den Zugang zu den Betroffenen in den von ihnen betreuten Auffangslagern und halfen die dort mancherorts bestehenden Sprachbarrieren zu überwinden.

Die transkribierten Interviews wurden computergestützt mit f4analyse extrahiert, das heißt, die Aussagen der Gesprächspartner sind bestimmten Kategorien zugeordnet worden. Das Kategoriensystem wurde zum einen Teil bereits vor der Analyse aus dem WBGU-Modell abgeleitet und zum anderen Teil während des gesamten Extraktionsprozesses angepasst und durch neue Kategorien ergänzt, falls relevante Informationen nicht in das bestehende Raster passten. Auf diese Weise entstand ein Ordnungssystem mit 14 Haupt- und dutzenden Unterkategorien, das sich im Wesentlichen in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels widerspiegelt. Am Ende wurden die Informationen in den Kategorien geordnet und zusammengefasst. Im Falle des Auftretens widersprüchlicher Aussagen zwischen den Interviewten ist nach dem Mehrheitsprinzip verfahren worden.

5.7 Analyse

Der erste Teil dieser Analyse untersucht zunächst die Einflussbereiche, denen die WBGU-Forscher in ihrem Modell eine Schlüsselfunktion bei der Erklärung des Zusammenhangs von Umweltvertreibung und gewaltsamen Konflikten zuschreiben: Ressourcenverfügbarkeit, Ethnizität, Reaktion der Aufnahmeregionen, Governance-Kapazitäten und Konfliktgeschichte (siehe Kap. 5.7.1 bis 5.7.5). Danach wird erforscht, ob gewaltsame Konflikte im Kontext der von Sendong ausgelösten Umweltvertreibung auftraten (siehe Kap. 5.7.6). Nach einem kurzen Zwischenfazit (siehe Kap. 5.7.7) folgt dann der zweite Analyseteil, der jene Einflussbereiche beleuchtet, die bei der Erklärung der zentralen Untersuchungsergebnisse zwar eine bedeutende Rolle spielen, vom WBGU-Modell aber nicht berücksichtigt werden, nämlich die humanitäre Gemeinschaft, das Camp-Management-System, die positiven Effekte von Umweltvertreibung sowie die Gewaltmotivation und -fähigkeit der Umweltvertriebenen (siehe Kap. 5.7.8 bis 5.7.11). Abschließend werden die zentralen Ergebnisse der Fallstudie noch einmal zusammengefasst (siehe Kap. 5.7.12).

5.7.1 Ressourcenverfügbarkeit

5.7.1.1 Allgemein

Grundsätzlich waren für die Betroffenen der Sendong-Katastrophe mehr als genug Hilfsgüter vorhanden. Streckenweise hatten die Helfer sogar Schwierigkeiten, eine sinnvolle Verwendung dafür zu finden (A6, 4; A7, 18; A8, 7). Allerdings gab es anfangs Verzögerungen bei der Auslieferung der Notpakete. Hinzu kam deren ungleichmäßige Verteilung aufgrund von Koordinierungsproblemen, sodass in den ersten Tagen nach Sendong manche Camps mit humanitärer Hilfe regelrecht überschüttet wurden, wohingegen andere Camps mit nur sehr wenigen Hilfslieferungen auskommen mussten (A6, 12; A9, 18; A10, 3; A11, 2; Lagsa/Rosauro 2011; OCHA 2012o, 7). Unmittelbar nach der Katastrophe mangelte es also mancherorts zumindest vorübergehend an Hilfsgütern.

Einige Monate später gab es zwar keine Verteilungsschwierigkeiten mehr, aber dafür nahmen Umfang und Regelmäßigkeit der Hilfslieferungen nun ab. Denn viele humanitäre Organisationen beschränkten sich ausschließlich auf die Leistung von Nothilfe und zogen sich deshalb nach ein paar Monaten aus dem Katastrophengebiet zurück (A9, 6;

A12, 1; A13, 13; A14, 5). Manche Hilfsgüter waren daher auch im späteren Verlauf der Hilfsaktion nicht ausreichend vorhanden oder sie erfüllten nicht die internationalen Qualitätskriterien (OCHA 2012o, 7).

5.7.1.2 Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene (WASH)

Die WASH-Situation galt in den Evakuierungs- und Übergangslagern insbesondere am Anfang als sehr chaotisch und problematisch (A9, 2; A10, 3). WASH-Dienstleistungen und -Einrichtungen waren extreme Mangelware und zählten unmittelbar nach Sendong daher zu den dringlichsten Bedürfnissen (OCHA 2011c, 3; OCHA 2011f, 4).

Die Camp-Bewohner litten besonders zu Beginn unter den dürftigen Sanitärverhältnissen (A7, 3; A11, 2; A20, 5; OCHA 2011g, 2). Denn der massive Zustrom von Menschen in die Zeltstädte sowie in die eiligst als Notunterkünfte umfunktionierten Schulen, Kirchen und kommunalen Einrichtungen führte zu einem sprunghaft angestiegenen Bedarf an sanitären Anlagen, den die bestehenden Vorrichtungen nicht abdecken konnten (OCHA 2012j, 3). Es wurden daher schnell Grubenlatrinen errichtet. Aber auch hier kamen mancherorts auf 30 Grubenlatrinen mehr als 400 Familien (A15, 14). Unmittelbar nach Sendong fehlte es also an sanitären Anlagen, insbesondere Toiletten, und dieses Problem bekam die humanitäre Gemeinschaft auch nur langsam in den Griff (A6, 19; A21, 19; A22, 19; OCHA 2011h, 3). Dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle, sondern um ein weitverbreitetes Problem handelte, zeigt eine Studie der IOM und des philippinischen Sozialministeriums, wonach Ende Januar 2012 etwas mehr als die Hälfte der Vertriebenenlager mit zu wenig Latrinen ausgestattet waren (DSWD/IOM 2012b, 6).

Hinsichtlich der WASH-Situation stellten die Verfügbarkeit und der Zugang zu sauberem Wasser ein weiteres Hauptproblem in vielen Camps dar (A17, 1; A23, 1; A24, 1). Vielerorts herrschte sogar Wassermangel, insbesondere in den ersten Tagen und Wochen (A6, 19; A18, 10; A25, 11; NDRRMC/IASC 2012, 1). Ende Januar 2012 beschwerten sich in fast der Hälfte aller Vertriebenenlager die Bewohner darüber, nicht genügend Trinkwasser zu haben (DSWD/IOM 2012a, 4). Um dieses Problem zu lösen, hat man daher verstärkt Trinkwasser per Tankwagen in die betroffenen Gebiete geliefert (A3, 13; A26, 2), allerdings in nicht ausreichenden Mengen. Denn auch danach gab es weiterhin Berichte über Wasserknappheit (A18, 13 ff.; A24, 7). Das bestätigen auch die offiziellen Zahlen, wonach sich selbst acht Monate nach Sendong die Umweltvertriebenen in gut einem Drittel der noch bestehenden Unterkünfte über die mangelnde Verfügbarkeit von

Trinkwasser beklagten (DSWD/IOM 2012k, 5). Gleichzeitig waren nun viele Menschen von den Trinkwasserlieferungen per Tankwagen abhängig (A15, 24; OCHA 2012k, 4). Der Rückzug einiger Hilfsorganisationen bei der Tankbelieferung mit Wasser nach Ablauf ihres Mandats führte dann auch zu neuen Versorgungsengpässen in den Camps. Mancherorts waren deren Bewohner sogar gezwungen, das gesammelte Regenwasser zu benutzen (A23, 4).

Aber auch außerhalb der Evakuierungs- und Übergangslager gab es Probleme mit der Wasserversorgung. Zum einen litten viele Aufnahmeeregionen unter Wasserknappheit (A12, 1; A15, 1; A21, 28). Zum anderen wurde in Iligan das Wasserversorgungssystem so schwer beschädigt, dass das Wasser sogar für das gesamte Katastrophengebiet rationiert werden musste. Die Nachfrage konnte dort selbst durch Wasserlieferungen per Tankwagen nicht gedeckt werden (OCHA 2011c, 10; OCHA 2012a, 2).

5.7.1.3 Nahrung

In den ersten Tagen nach Sendong war die Nahrungssituation sowohl inner- als auch außerhalb der Vertriebenen-Camps zunächst angespannt. Vor allem die Verteilung der Lebensmittel bereitete den Helfern Probleme (A19, 2; A24, 1; A45, 10 f.). Aber dank der humanitären Gemeinschaft und dem privatem Sektor erreichten umfangreiche Lebensmittelhilfen wie Reis und Nudeln sehr bald das Katastrophengebiet, sodass genügend Nahrung für alle Betroffenen vorhanden war. Mancherorts herrschte sogar ein Überangebot an Lebensmittelhilfen (A12, 10; A15, 24; A18, 8; A25, 12 f.). Dazu passt auch die offizielle Einschätzung Ende Januar 2012, dass in keinem der Evakuierungszentren Berichte über Lebensmittelknappheit vorlagen (DSWD/IOM 2012a, 5).

Allerdings gab es Probleme hinsichtlich der Regelmäßigkeit der Nahrungsmittelverteilung. Zwischenzeitlich erfolgten in 17 Camps die Lebensmittellieferungen nur unregelmäßig (DSWD/IOM 2012b, 7). Hinzu kam, dass nach einigen Monaten der Umfang der Lebensmittelhilfen abnahm (A15, 25; A16, 5 f.; A20, 8).

Darüber hinaus wurde auch der Nährwert der Essensrationen bemängelt. Eine Reihenuntersuchung auf akute Mangelernährung bei Kindern in den Evakuierungszentren deckte 68 Fälle von schwerer und 234 Fälle von moderater akuter Mangelernährung auf. Iligan und Cagayan de Oro verzeichneten einen Anstieg mangelernährter Kinder um mehr als 50 Prozent (A10, 3; OCHA 2011c, 10; OCHA 2012p, 48; OCHA 2012e, 4).

5.7.1.4 Gesundheit

Den Menschen in den Evakuierungs- und Übergangslagern blieben ernsthafte Erkrankungen weitgehend erspart. Lediglich in den ersten Wochen traten verstärkt akute Durchfallerkrankungen auf. In Cagayan de Oro gab es zudem vereinzelte Fälle von Leptospirose (A7, 3; DSWD/IOM 2012a, 8). In fast allen Vertriebenenlagern wurden Gesundheitsdienste von lokalen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen angeboten sowie psychosoziale Interventionen durchgeführt (DSWD/IOM 2012a, 8; OCHA 2011c, 10). Zum Beispiel haben einige örtliche Gesundheitszentren den Camp-Bewohnern ärztliche Behandlungen in ihren Einrichtungen angeboten oder ihr Gesundheitspersonal zu Lagerbesuchen entsandt. Daneben fanden auch medizinische Missionen von christlichen Trägern in den Rettungszentren statt. Schließlich hat das Gesundheitsministerium obendrein Ärzte und Krankenschwestern in den Auffangslagern stationiert (A19, 21; DSWD/IOM 2012e, 6). Allerdings mangelte es sowohl in den Camps als auch in den Aufnahmegebieten an Medikamenten (A13, 7; A14, 4; A19, 21; A21, 29).

5.7.1.5 Land, Unterkunft und Lebensunterhalt

Die fehlende Verfügbarkeit von geeignetem Land stellte für die humanitäre Gemeinschaft und die staatlichen Behörden eine der größten Herausforderungen dar. Vor allem Iligan litt unter Landknappheit und Platzmangel, weil das Stadtzentrum klein und dicht bevölkert ist. 80 Prozent des Landes von Iligan befindet sich im Hinterland (A11, 19; A16, 21; A21, 4; A45, 1 f.; OCHA 2012f, 3). Dieser Landmangel behinderte wiederum den Bau von angemessenen Übergangsbehausungen und dauerhaften Unterkünften (A19, 2; A27, 3; OCHA 2012p, 59; OCHA 2012e, 1f.). So hatten vier Monate nach Sendong gerade einmal 353 Haushalte ihre Dauerunterkünfte bezogen. Demgegenüber befanden sich zur gleichen Zeit immer noch über 4 600 Familien (20 474 Menschen) in Evakuierungszentren und Übergangslagern.¹⁰⁹ Fast 70 Prozent von ihnen lebten in Zelten oder in behelfsmäßig aus Abdeckplanen, losem Holz und Altmaterial konstruierten Behausungen. Lediglich 20 Prozent der Familien in den Camps besaßen Schlafbaracken oder Bambushäuser als Unterkünfte.¹¹⁰ Angemessene Behausungen waren also Mangelware. Stattdessen mussten die Umweltvertriebenen monatelang in schäbigen Unter-

¹⁰⁹ Und auch drei Monate später, also mehr als ein halbes Jahr nach der Sturmkatastrophe, waren gerade einmal 1 696 von 5 559 Unterkünften fertiggestellt (IDMC 2013c, 13).

¹¹⁰ Die übrigen Familien fanden in öffentlichen Hallen und Schulklassenzimmern Unterschlupf (DSWD/IOM 2012e, 4).

künften ausharren, deren Zustand sich zudem mit der Zeit witterungsbedingt immer mehr verschlechterte (A17, 7; A18, 10; DSWD/IOM 2012e, 2 ff.).

Ohne eine angemessene und dauerhafte Unterkunft konnten sich die Betroffenen aber keine neue Lebensgrundlage aufbauen (A20, 1). Gleichzeitig waren für viele von ihnen die Verdienstmöglichkeiten, die die Städte Iligan und Cagayan de Oro zu bieten hatten, unerreichbar, weil einige Vertriebenenlager ein gutes Stück vom Stadtzentrum entfernt lagen und die meisten Camp-Bewohner sich die öffentlichen Verkehrsmittel nicht leisten konnten (A17, 14 f.; IDMC 2013c, 15). Staatliche Regierungsbehörden und NGOs förderten zwar die wirtschaftliche Erholung der Überlebenden etwa in Form von *Cash-for-Work*-Projekten (siehe Kap. 5.7.4.1 und 5.7.8.2), derartige Unterstützungsmaßnahmen waren allerdings chronisch unterfinanziert, nicht nachhaltig ausgerichtet und erfolgten überdies nur sehr unregelmäßig. Den Menschen in den Camps fehlte es demnach an Erwerbsmöglichkeiten und Geld, insbesondere den Großfamilien (A13, 29 f.; A20, 1 f.; OCD 2012, 70; OCHA 2012o, 6).

5.7.2 Ethnizität und Religion

Die Umweltvertriebenen der Sendong-Katastrophe haben ethnische Konflikte weder verursacht noch verschärft. Denn die Trennlinien zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen verliefen nicht streng entlang den verschiedenen Ethnien, sondern quer durch sie hindurch, sodass eine gewisse ethnische Bande zwischen beiden bestand. Darüber hinaus stellen ethnische Konflikte in Mindanao grundsätzlich kein schwerwiegendes Problem dar. Neben den zahlreichen Familienfehden überlagert vor allem die Moro-Rebellion sämtliche Konfliktkonstellationen auf der südlichen Inselgruppe. Sie durchzieht sich mittlerweile durch mehrere Generationen und verläuft meist zwischen den Religionen. Mit mehr als zwei Dutzend ethnischen Gruppierungen scheint die ethnische Heterogenität auf den Philippinen zu groß zu sein, als dass sie sich für politische Zwecke instrumentalisieren ließe. In Mindanao sind somit weniger ethnische, sondern vielmehr religiöse Spannungen vorherrschend (A12, 2; A22, 7; DED 2011b).

Insbesondere in Iligan galten die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen bereits im Vorfeld von Sendong als sehr angespannt.¹¹¹ Sie kennzeichneten sich nicht nur durch weitverbreitete Ressentiments und Abgrenzungstendenzen auf beiden Seiten aus,

¹¹¹ In Cagayan de Oro waren hingegen keine nennenswerten religiösen Spannungen zu vernehmen, da dort fast ausschließlich Christen leben (A29, 3; IDMC 2013c, 31).

sondern auch durch mangelndem gegenseitigen Vertrauen. Bei den muslimischen Bewohnern von Iligan überwog zudem die Auffassung, dass die christlich dominierten lokalen Behörden antimuslimisch eingestellt sind (A3, 2 f.; A11, 3 f.; A28, 6 f.; A29, 3 f.). Besonders belastend für das christlich-muslimische Verhältnis war die ablehnende Haltung der Stadtregierung von Iligan gegenüber dem MoA-AD. Sie hat dessen Unterzeichnung im Jahr 2008 mit allen Mitteln zu verhindern versucht und Unterstützer des Abkommens bei den Gesundheits- und Sozialleistungen gezielt benachteiligt (A11, 5 f.; A22, 7; A30, 18).

Die durch Sendong ausgelöste Umweltvertreibung hat die Gräben zwischen Christen und Muslimen in Iligan noch weiter vertieft: Erstens fühlten sich die muslimischen Umweltvertriebenen sowohl in als auch außerhalb der Auffanglager bei der Verteilung von Hilfsgütern durch die christlich dominierte Lokalregierung vernachlässigt (A3, 3; A11, 4; A22, 7; A43, 5). Zweitens kam es vereinzelt zu offen ausgetragenen Ressourcenkonflikten zwischen christlichen und muslimischen Sendong-Vertriebenen (A10, 4 f.). Konfliktverschärfend wirkte drittens, dass die Überlebenden der beiden Religionsgruppen nicht als Nachbarn zusammenleben wollten. Zum Beispiel gibt es Berichte über die Weigerung von christlichen und muslimischen Umweltvertriebenen, gemeinsam in einem Auffanglager untergebracht zu werden. In einem anderen Fall lehnten christliche Camp-Bewohner es ab, in ein Übergangslager umzusiedeln, das sich in einem mehrheitlich von Muslimen bevölkerten Zufluchtsort befand. Ein weiteres Beispiel ist schließlich die Tatsache, dass manche der überwiegend christlich geprägten Aufnahmeregionen zögerten, muslimischen Umweltvertriebenen Zuflucht zu gewähren (A3, 2 f.; A8, 18; A31, 4; A32, 14).

5.7.3 Reaktion der Aufnahmeregionen

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Ankunftsgebiete, vor allem in den ersten Wochen und Monaten nach Sendong, die Umweltvertriebenen überwiegend mit offenen Armen empfangen haben. Aber mit der Dauer des Aufenthalts kippte zunehmend die Stimmung gegenüber den Neuankömmlingen. In der langen Sicht wurden die Vertriebenen von den Einheimischen verstärkt als Belastung wahrgenommen, weil sie die Ressourcen der Aufnahmeregion strapazierten und man sich immer mehr seiner kulturellen Unterschiede bewusst wurde (A2, 14; A18, 13, 17; A37, 1 f.).

5.7.3.1 Definition von Aufnahmeregionen

Doch vor einer eingehenderen Analyse der unterschiedlichen Reaktionsweisen der Aufnahmeregionen soll hier zunächst geklärt werden, was in dieser Fallstudie unter einer Aufnahmeregion zu verstehen ist. Bei Sendong finden die Bevölkerungsbewegungen innerhalb der Städte Iligan und Cagayan de Oro statt. Gemeinden und Städte setzten sich auf den Philippinen wiederum aus einzelnen sogenannten Barangays zusammen. So ist Cagayan de Oro politisch in 80 Barangays unterteilt, während Iligan City aus 44 besteht. Barangays stellen die unterste Ebene in der Verwaltungsstruktur der Philippinen dar und sind vergleichbar mit einem Stadt- oder Ortsteil. Im Hinblick auf die Eingrenzung der unabhängigen Variable (siehe Kap. 5.5.2) ist eine Aufnahmeregion in dieser Fallstudie also definiert als eine Barangay im städtischen Gebiet von Iligan oder Cagayan de Oro, in der sich ein Evakuierungszentrum und/oder ein Übergangslager für Umweltvertriebene befindet.

5.7.3.2 Positiv zugewandte Reaktion

Auch wenn sich einige Aufnahmeregionen zu Beginn etwas zögerlich und zurückhaltend verhielten, so trat die große Mehrheit sehr zugewandt und gastfreundlich gegenüber den Umweltvertriebenen auf. Den Neuankömmlingen schlug eine Welle der Sympathie, Empathie und Solidarität entgegen. Die Einheimischen waren sehr aufnahmewillig und hilfsbereit, weil sie die Notlage der Sendong-Vertriebenen schnell erkannten und das Leid, das diese durchleben mussten, gut nachempfinden konnten (A2, 13 f.; A3, 16; A6, 20 f.; A15, 2; A19, 7 f.; A21, 26; A27, 2; A45, 9). Manche Barangays veranstalteten für die ersten Zuzügler sogar eine Willkommenszeremonie. Andernorts wurden die Camp-Bewohner eingeladen, an den örtlichen Feierlichkeiten und Festzügen teilzunehmen. In einem anderen Fall stimmte eine Schule, die als Auffanglager diente, zu, dass die bei ihr untergebrachten Kinder an dem Schulunterricht teilnehmen können. Die Aufnahme-Barangay Canitoan in Cagayan de Oro teilte derweil mit den Umweltvertriebenen ihre Wasserreserven, wenn in deren Camp das Wasser mal wieder knapp wurde (A8, 5; A13, 31; A17, 5; A26, 5; A33, 20). All diese Beispiele erklären, warum vielerorts die Camp-Bewohner sich willkommen geheißen fühlten und ihr Verhältnis zu den Einheimischen als gut und freundschaftlich bezeichneten (A9, 8; A14, 14; A17, 5; A20, 3 f.; A23, 4; A24, 6).

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die politischen Führer der Barangays, die sogenannten Barangay-Kapitäne, die Umweltvertriebenen mehrheitlich unterstützt haben und ihnen gegenüber sehr kooperativ und entgegenkommend waren. Sie nahmen die Camp-Bewohner in ihre Obhut und kümmerten sich um deren Probleme und Belange – manchmal halfen sie sogar mit ihren eigenen privaten Mitteln aus. Zum Teil behandelten die Barangay-Führer die Neuankömmlinge wie ihre eigenen Bürger (A12, 11; A14, 7; A15, 1; A21, 26; A34, 2 f.). Und zeitweise schenkten sie den Umweltvertriebenen sogar mehr Zeit und Aufmerksamkeit als der ansässigen Bevölkerung, wie eine Camp-Bewohnerin bemerkte:

He [Barangay-Kapitän von Luinab, A.B.] is very accommodating. And in fact, he's given more of his time to the victims of Sendong than his constituents because if there's problem, he even comes even if it's late in the evening. And he used to come here even if it's one o'clock in the morning to check if there's a problem. (A14, 14)

Vor allem aber setzten sich die Barangay-Kapitäne schon im Vorfeld bei ihrer Bevölkerung für die Aufnahme der Umweltvertriebenen ein und leisteten hierbei wertvolle Aufklärungs- wie Überzeugungsarbeit. Und auch danach warben sie bei ihren Bürgern um Verständnis, Unterstützung und Geduld für die in ihrer Barangay lebenden Sendong-Vertriebenen (A13, 4; A19, 23; A27, 2; A45, 10).

5.7.3.3 Ablehnende Reaktion

Die Reaktionen auf die Gegenwart der Umweltvertriebenen waren jedoch nicht durchweg positiv. So gab es durchaus Barangays, die sehr zögerlich reagierten, als es darum ging, Evakuierungs- und Übergangslager auf ihrem Gebiet zu errichten (A45, 5, 9). Einige weigerten sich überdies, ihr Barangay-Zentrum als Sammelunterkunft zur Verfügung zu stellen, weil sie befürchteten, dass dies ihre Gemeinschaftsaktivitäten behindern könnte (A21, 26). Mancherorts fühlten sich die Umweltvertriebenen zudem von ihrer Aufnahmeregion nicht ausreichend unterstützt. Es entstand der Eindruck, als wollten die Barangays die komplette Verantwortung den humanitären Organisationen, städtischen Behörden und privaten Geldgebern überlassen (A35, 1 f., 11). Beispielsweise stellte die Aufnahmeregion Tambacan in Iligan ihre Hilfe für eine als Evakuierungszentrum fungierende Schule ein, nachdem die dort untergebrachten Vertriebenen sich geweigert hatten, die Schule zu räumen und in ein anderes Auffanglager umzuziehen (A36, 13 f.).¹¹²

¹¹² Denn die von der Barangay angebotene neue Unterkunft befand sich nach Meinung der Umweltvertriebenen in einer für Überflutungen exponierten Lage (A36, 13 f.).

Neben diesen Verweigerungshaltungen reichten die weiteren Ablehnungsreaktionen von Verständnislosigkeit, Beschwerden und Beschuldigungen bis hin zu vereinzelt Drohungen. So berichtete ein Mitarbeiter einer internationalen Organisation:

Even people are saying that: ‘Why are you well served? You are just victims.’ Something like that. These are words from the host communities: ‘So you are not supposed to dominate in the area because we are the host communities, you’re not from this place.’ And some are saying: ‘Always that the government is pampering these people. They are all victims, they are just victims. So why not serve us.’ (A12, 2)

Andernorts beklagten sich die Anwohner nicht nur über die Lautstärke und den Alkoholmissbrauch der Camp-Insassen, sondern auch über deren ihrer Ansicht nach rüpelhaftes Verhalten und angebliche Streitsucht. Beschwerden gab es ebenso über die vermeintliche Zunahme von Raubüberfällen und Kleinkriminalität wie zum Beispiel Diebstählen im näheren Umfeld der Auffangzentren. Im Laufe der Zeit wurden die Umweltvertriebenen somit zunehmend als Bedrohung für die Sicherheit und Ordnung der Barangay wahrgenommen (A10, 14; A11, 8; A18, 12; A21, 22; A22, 6 f.; A25, 10; A27, 2). In einem konkreten Fall beschuldigten die Bewohner der Aufnahme-Barangay Lumbia in Cagayan de Oro die Camp-Bewohner sogar, ein Mädchen aus ihrer Ortschaft vergewaltigt zu haben, weil die Tat ganz in der Nähe des Vertriebenenlagers stattgefunden hatte. Es stellte sich im Nachhinein jedoch heraus, dass die Neuankömmlinge nichts mit dem Verbrechen zu tun hatten (A7, 5 f.; A22, 5). Als weitere Negativreaktion der Einheimischen sind schließlich noch vereinzelt Drohungen gegenüber Umweltvertriebenen zu erwähnen (A45, 11).

5.7.4 Governance-Kapazitäten

Bezüglich der Handlungsfähigkeit der verantwortlichen Institutionen wird in dieser Fallstudie zwischen nationalen und lokalen Regierungskapazitäten unterschieden. Die nationale Regierungsebene umfasst die zentralstaatlichen Institutionen sowie deren Regionalbüros.¹¹³ Demgegenüber setzten sich die lokalen Governance-Strukturen aus den Regierungsstellen der betroffenen Städte (Iligan City und Cagayan de Oro) und Barangays zusammen.¹¹⁴ Inwiefern die nationalen und lokalen Governance-Kapazitäten

¹¹³ Ausgenommen der ARMM verfügen die Regionen auf den Philippinen über keine eigene Regierung. Sie sind reine Verwaltungseinheiten und besitzen keinerlei Selbstverwaltungskompetenzen.

¹¹⁴ Die Regierungseinrichtungen der betroffenen Provinzen Lanao del Norte und Misamis Oriental spielten bei der Folgenbewältigung des Tropensturms praktisch keine Rolle. Denn Provinzen be-

mit der Bewältigung der Sendong-Katastrophe und der damit einhergehenden Vertreibung von Hunderttausenden von Menschen überfordert waren, wird im Folgenden anhand von drei Kriterien beurteilt: erstens, wie gut die Regierungsbehörden auf den Tropensturm vorbereitet waren. Zweitens, wie sie auf Sendong und die Herausforderung der Umweltvertreibung reagiert haben. Und drittens, wie eng die staatlichen Institutionen zusammengearbeitet und sich abgestimmt haben, sowohl untereinander als auch mit der humanitären Gemeinschaft.

5.7.4.1 Nationale Governance-Kapazitäten

VORBEREITUNG

Obwohl die Zentralregierung nach eigener Aussage in den Hochrisikogebieten regelmäßig risikobewusstes Verhalten vermittelt und Katastrophenschutzmaßnahmen durchgeführt hatte (A6, 23), traf Sendong sie selbst weitgehend unvorbereitet (A15, 19; A30, 27; A32, 12). Allerdings waren die nationalen Behörden in den Tagen vor Sendong nicht gänzlich untätig. So setzte der nationale Rat für Katastrophenrisikomanagement am 14.12. 2011 die Alarmstufe auf Rot herauf. Damit wurde dessen Operationszentrum zu einem Notfalloperationszentrum ausgebaut und seinen Mitgliedern die Verpflichtung auferlegt, die Situation vor Ort durchgehend zu beobachten. Des Weiteren begannen die nationalen Behörden damit, Hilfsgüter und Ausrüstung für den Notfall vorzubereiten. Zudem versetzten sie die Ersthelfer in Alarmbereitschaft und evakuierten vorsorglich knapp 39 000 Bewohner einiger niedrig gelegener und erdrutschgefährdeter Gebiete. Gleichzeitig hat der philippinische Wetterdienst (PAGASA) den Pfad von Sendong kontinuierlich überwacht und Lageberichte veröffentlicht. Die Frühwarnungen von PAGASA scheinen jedoch Ausmaß und Auswirkungen des Tropensturms unterschätzt zu haben, da sie auf Windgeschwindigkeiten basierten anstatt auf Niederschlagsmengen. Außerdem enthielten sie keine klaren Handlungsanweisungen (IDMC 2013c, 11; OCHA 2012o, 2).

REAKTION

Die nationalen Regierungsstellen reagierten schnell, einigermaßen organisiert und mit robustem Einsatz auf die Sendong-Katastrophe. Sie zeigten vor Ort Präsenz und viel Engagement. Gleichzeitig waren sie für die angebotene Hilfe der humanitären Organisa-

sitzen auf den Philippinen nur eine koordinierende und überwachende Funktion in Bezug auf ihre dazugehörigen Städte und Gemeinden (NSCB 2014b).

tionen sehr empfänglich und haben die internationale Gemeinschaft nach Kräften unterstützt (A13, 24; A15, 16 ff.; A32, 12; A36, 24; OCHA 2011c, 4; OCHA 2012o, 3). Ein UN-Mitarbeiter hat die allgemeine Reaktion der Zentralregierung folgendermaßen zusammengefasst:

The national government really responded quickly. [...] They asked for our assistance but they were *very* impressive in their response. I mean they really try. [...] There were problems. I'm not saying there were no problems but it was not a half-hearted attempt. It was a genuine full-throttled support to these communities and that was very impressive. (A4, 6; Hervorhebung im Original)

Konkret hat die nationale Regierung bei den Such- und Bergungsarbeiten,¹¹⁵ der Lieferung von Hilfsgütern¹¹⁶ sowie der Beseitigung von Schutt und Trümmern geholfen (A9, 19; A15, 22; OCHA 2011d, 3). Darüber hinaus waren die zentralstaatlichen Behörden stark im Cluster-System der UN involviert, indem ihnen die Leitung der dortigen Arbeitsbereiche zugewiesen wurde (A15, 17; siehe Kap. 5.7.8.1). Die weiteren Tätigkeitsfelder umfassten die schnelle Bedarfserhebung, die Versorgung und das Management der Vertriebenenlager sowie die Unterstützung der lokalen Regierungskapazitäten.

Bei der Bedarfserhebung spielte die nationale Regierung eine zentrale Rolle, denn sie leitete die Missionen zur Ermittlung der dringlichsten Bedürfnisse im Katastrophengebiet. Die erste Bedarfsanalyse wurde innerhalb der ersten 72 Stunden nach Sendong von einem Team aus Gutachtern der Regierungsbehörden, UN-Vertretungen, nationalen und internationalen NGOs sowie internationalen Organisationen durchgeführt. Dabei richtete sich das Hauptaugenmerk auf die Bedürfnisse der Menschen in den leicht zugänglichen Evakuierungszentren in Iligan und Cagayan de Oro. Die zweite Bedarfsabschätzung ein paar Wochen später erstreckte sich hingegen auf die schwer erreichbaren und entlegenen Gebiete der Katastrophenregion (NDRRMC/IASC 2012, 1; OCHA 2012o, 4).

Daneben kümmerte sich das philippinische Ministerium für Sozialhilfe und Entwicklung (DSWD) als Leiter des UN-Clusters „Camp-Koordination und Camp-Management“ (CCCM) (siehe Kap. 5.7.9) um die Versorgung und Verwaltung der Menschen in den Evakuierungszentren und Übergangsunterkünften. So hat das DSWD sein Personal als Camp-Manager in den Auffanglagern eingesetzt und deren Bewohner mit

¹¹⁵ An den Rettungsmaßnahmen waren 20 000 Soldaten, Polizei- und Feuerwehkräfte sowie Mitglieder der Küstenwache mit Lastwagen, Rettungsbooten und Erdbewegungsmaschinen beteiligt (OCHA 2011c, 8).

¹¹⁶ Beispielsweise beförderten Transportflugzeuge des Militärs in den ersten Tagen nach Sendong mehr als 68 Tonnen an Hilfsgütern (OCHA 2011c, 8).

den grundlegenden Bedürfnissen wie Wasser und Nahrung versorgt (A3, 5; A16, 5 f.; A17, 12; A35, 16; OCHA 2011e, 3). Außerdem wurden mit *Cash-for-Work*-Projekten Einkommen schaffende Maßnahmen für die Sendong-Vertriebenen ins Leben gerufen. 400 Personen haben im Rahmen eines Sofortprogramms für Beschäftigung des Arbeitsministeriums am Wiederaufbau ihrer Stadt mitgewirkt, indem sie zum Beispiel bei der Trümmerbeseitigung halfen. Für ihre Arbeitsleistung erhielten sie Bargeld zur Versorgung ihrer Familien. Zusätzlich billigte das DSWD Finanzspritzen, um Camp-Bewohnern den Einstieg in eine selbstständige Tätigkeit – wie das Betreiben kleiner Gemischtwarenläden – zu erleichtern und ihnen somit die Zurückgewinnung ihrer Lebensgrundlage zu ermöglichen (OCHA 2012k, 3; OCHA 2012m, 3). Hinsichtlich der medizinischen Versorgung hat das philippinische Gesundheitsministerium (DOH) Ärzte und Krankenschwestern in die Vertriebenenlager entsandt (A19, 21; OCHA 2012a, 5). Fast zwei Monate nach Sendong gaben knapp 90 Prozent der Auffangzentren an, dass staatliche Gesundheitsmitarbeiter bei ihnen vor Ort sind (DSWD/IOM 2012c, 9).

Eigentlich liegt gemäß dem im Jahr 2009 beschlossenen Gesetz über Katastrophenrisikominderung und -management (siehe Republic Act No. 10121) die Katastrophenhilfe in erster Linie im Zuständigkeitsbereich der lokalen Regierungsbehörden. Diese waren jedoch nicht erfahren genug, nur unzureichend vorbereitet und zu schlecht ausgerüstet für die Bewältigung eines Desasters mit dem Ausmaß von Sendong (siehe Kap. 5.7.4.2). Daher hat die Zentralregierung das Krisenmanagement zeitweise fast komplett übernommen sowie die örtlichen Regierungsstellen materiell, personell und finanziell unterstützt (A3, 16; A6, 4, 22). Zum Beispiel stellte das DSWD den lokalen Behörden Hilfsgüter wie Reis, Nudeln, Wasser und Konserven zu Verfügung, während das DOH medizinisches Material beisteuerte. Gleichzeitig entsandten DSWD und DOH zusätzliches Regierungspersonal nach Iligan und Cagayan de Oro, das den dortigen Behörden bei der Lagebeurteilung, der Verwaltung der Vertriebenenunterkünfte, der Hilfsgüterverteilung sowie bei der psychologischen Betreuung der Überlebenden zur Seite stand (A11, 21; A15, 21; A30, 27; OCHA 2011c, 8). Schließlich gab es auch Finanzhilfen: Unmittelbar nach Sendong stellte beispielsweise das DSWD 245 Millionen Philippinische Peso (4,3 Millionen Euro) für den Bau von Unterkünften zur Verfügung (A6, 7; A18, 25; A27, 7).

KOORDINATION UND KOOPERATION

Die Regierungsbehörden in Manila und ihre Regionalbüros waren nicht nur sehr gut aufeinander abgestimmt, sondern haben sich überdies mit der internationalen humanitären Gemeinschaft abgesprochen und erfolgreich mit ihr kooperiert. Dies zeigen allein schon die beiden gemeinschaftlich durchgeführten Bedarfsanalysen (A15, 17; OCHA 2012o, 3; OCHA 2012r, 14).

Es gab jedoch gravierende Abstimmungsprobleme zwischen nationalen/regionalen und lokalen Behördenvertretern, was die Umsetzung von Hilfsprojekten deutlich erschwerte (A18, 23; A21, 10, 17; OCHA 2012o, 3). Besonders hervorstechend war hierbei, dass die örtliche Administration in Iligan von der nationalen Regierung nicht über den Koordinationsmechanismus der UN im Falle einer Großkatastrophe, dem Cluster-System (siehe Kap. 5.7.8.1), informiert wurde. Iligans Stadtverwaltung hatte daher bereits sein eigenes Katastrophenhilfe-System gemäß Republic Act No. 10121 in Gang gesetzt, als die nationalen Behörden eintrafen, um den Koordinationsmechanismus der UN umzusetzen. In der Folge kam es nicht nur zu einem organisatorischen Durcheinander, sondern auch zu erheblichen Kompetenzstreitigkeiten zwischen nationalen und lokalen Regierungsvertretern. Denn laut Republic Act No. 10121 sind die Behörden vor Ort für die Katastrophenhilfe zuständig. Die Aktivierung des Cluster-Systems und die Leitung seiner einzelnen Arbeitsbereiche obliegt aber der Zentralregierung (A22, 12; A25, 4 ff.; A31, 8). Eine Studie des IDMC konstatiert diesbezüglich: „It has not been determined how the principle of local autonomy relates to the cluster approach in its activation by national actors” (IDMC 2013c, 19).

Einen weiteren Hinweis für die mangelnde Koordination und Kooperation zwischen nationaler/regionaler und örtlicher Regierungsebene liefert das besonders problematische Arbeitsverhältnis zwischen den städtischen Sozialämtern (CSWDs) und dem DSWD (A11, 13; A18, 22).¹¹⁷ So kam es erstens hinsichtlich des Managements der Auffanglager im Zuge der oben erwähnten Kompetenzstreitigkeiten zu einem Zerwürfnis der CSWDs mit dem DSWD. Die städtischen Sozialarbeiter zogen sich infolgedessen beim Camp-Management weitgehend zurück und fokussierten sich stattdessen auf die Versorgung der Menschen, die bei Gastfamilien untergebracht waren (A16, 14; A25, 6). Darüber hinaus hatten zweitens Abstimmungsschwierigkeiten im Bereich des Daten-

¹¹⁷ Das kann zumindest in Cagayan de Oro teilweise auf die zur damaligen Zeit bestehende politische Barriere zwischen diesen beiden Behörden zurückgeführt werden. Denn die Verantwortlichen von CSWD und DSWD gehörten unterschiedlichen Parteien an (Malalis 2012, 11).

und Informationsmanagements zur Folge, dass die CSWDs und das DSWD mit unterschiedlichen Auflistungen von Hilfeberechtigten arbeiteten. Dies führte zu Verwirrungen und Spannungen sowohl zwischen Sozialämtern und potenziellen Bedarfsempfängern als auch zwischen den Behördenvertretern untereinander, sodass keine effiziente humanitäre Hilfe geleistet werden konnte (A9, 19 ff.; A12, 15; A22, 13). Außerdem beschwerten sich drittens Vertreter der CSWDs darüber, von den Hilfsprogrammen der nationalen Regierung nicht oder nur viel zu spät in Kenntnis gesetzt worden zu sein (A9, 21 f.).

ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

Die nationalen Regierungsbehörden waren auf eine Katastrophe mit dem Ausmaß von Sendong nicht vorbereitet. Sie haben daher nur reaktiv gehandelt. Die dabei eingeleiteten Hilfsmaßnahmen erfolgten zwar schnell und mit vollem Engagement, aber sie waren dennoch unzureichend und zudem mit den Behörden vor Ort nur schlecht koordiniert. Insgesamt wurden die nationalen Regierungskapazitäten von der Sendong-Katastrophe und der damit einhergehenden Umweltvertreibung überfordert (A4, 6; A15, 21; OCHA 2012o, 2).

5.7.4.2 Lokale Governance-Kapazitäten

VORBEREITUNG

Iligan und Cagayan de Oro waren bis Ende 2011 von schweren Naturkatastrophen verschont geblieben und somit nur auf kleinere Desaster wie zum Beispiel gewöhnliche Überschwemmungen eingestellt. Die lokalen Behörden wurden daher von der Dimension der Sendong-Katastrophe total überrascht und weitgehend unvorbereitet getroffen (A3, 16 f.; A6, 1, 22; A10, 16; A11, 18; A13, 18; A15, 19 ff.; A22, 11; A32, 4). Ein hochrangiger Angehöriger der Stadtverwaltung von Iligan gesteht offen ein: „We were not that prepared for a huge calamity of that magnitude. We would have been prepared if it would be something like ten to fifteen percent of what Sendong was” (A27, 5). Diese Einschätzung stimmt auch mit der öffentlichen Meinung überein, wonach 76 Prozent der Befragten ihrer Kommune hinsichtlich der Katastrophenvorsorge ein schlechtes Zeugnis ausstellen (IMPACT 2012, 39).¹¹⁸

¹¹⁸ Befragt wurden Teilnehmer von Gruppendiskussionen, die von IMPACT Initiatives nach Sendong in den Evakuierungszentren in Iligan und Cagayan de Oro durchgeführt wurden (siehe IMPACT 2012).

Ein Ereignis wie Sendong lag schlicht außerhalb jeglicher Vorstellungskraft der lokalen Administration (A22, 11; A25, 3). Dabei gab es durchaus Hinweise auf eine sich abzeichnende Katastrophe: Schon 2009 hatte eine Simulation von Umweltschützern und Wissenschaftlern über die Auswirkungen extremer Wetterphänomene gezeigt, dass Iligan und Cagayan de Oro aufgrund ihrer Topographie von massiven Überschwemmungen bedroht sind. Die Verantwortlichen nahmen die Ergebnisse der Simulation indes nicht ernst und wiesen sie als zu alarmistisch zurück (Alave 2011). Überdies warb zur gleichen Zeit die NGO Ecosystems Work for Essential Benefits (EcoWEB) nach Überschwemmungen im Jahr 2007 und 2009 für bessere Katastrophenvorsorge. Die Stadtverwaltung von Iligan war dafür allerdings nicht empfänglich und wollte von ihrer abwartenden Grundhaltung nicht abweichen (A1, 6 f.; A21, 7). Und selbst als sich Sendong bereits auf Mindanao zubewegte, haben die örtlichen Behörden die Wetterwarungen von PAGASA ignoriert (A3, 17; A22, 14).

Das Versagen der Regierungsstellen in Cagayan de Oro und Iligan bei der Katastrophenvorsorge lässt sich konkret anhand folgender Aspekte verdeutlichen: Erstens fehlte es auf lokaler Ebene an effektiven und umfassenden Frühwarnsystemen sowie Notfall- und Evakuierungsplänen (A2, 19; A3, 17; A22, 13 f.; A33, 23; IDMC 2013c, 24; OCHA 2012o, 2). Angesprochen auf das Frühwarnsystem der Stadt Iligan entgegnete ein Betroffener:

We got a warning ourselves. We should not be happy about it because a lot of other people who did not get a warning died. The most that we could do after receiving that warning about the rainfall data was to wake our neighbors up. Only up to there, because that was the reach of our warning system. That was our only reach, naming only your neighbors. The people near you. Had there been a better warning system, then the whole city would have evacuated; first the children, and the women and the older persons. Had this been done earlier on, if we had a rainfall data which was communicated to everyone, then a lot of people would have been saved. (A38, 7)

In einer Umfrage geben lediglich 57 Prozent der Sendong-Betroffenen in Cagayan de Oro an, vor dem herannahenden Tropensturm gewarnt worden zu sein. Von den Überlebenden in Iligan wurden nach eigenen Aussagen sogar nur 11 Prozent alarmiert (IDMC 2013c, 13). Ebenso haben die Behörden dabei versagt, ihre Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Denn die Mehrheit der betroffenen Menschen ist nicht vorsorglich evakuiert worden (ebd., 24). Ein Evakuierungsplan war in Iligan nur insofern vorhanden, als dass die Stadtverwaltung bereits im Vorfeld mögliche Evakuierungszentren ausfindig gemacht und mit dem CSWD auch gleichzeitig die zuständige Behörde zur

Verwaltung dieser Einrichtungen bestimmt hatte. Während Sendong stellte sich allerdings heraus, dass die vorgesehenen Evakuierungszentren zum Teil selbst vom Tropensturm betroffen und somit unbewohnbar waren. Gleichzeitig entwickelte sich eine gewisse Eigendynamik, im Zuge derer die Menschen in Einrichtungen strömten, die von den Behörden zuvor nicht als Notunterkünfte vorgesehen worden waren (A25, 3 f.).

Der zweite Aspekt, der verdeutlicht, wie unvorbereitet die lokalen Institutionen auf die Wucht des Sturms waren, bezieht sich auf die vor Ort fehlenden Pläne für Katastrophenrisikominderung und -management (A8, 16; A13, 18; A18, 23; A40, 22). Zwar gibt es seit 2009 ein entsprechendes nationales Gesetz (siehe Republic Act No. 10121), allerdings wurden vor Sendong solche Pläne auf lokaler Ebene weder veröffentlicht noch implementiert (A30, 1 f.; A45, 3; IDMC 2013c, 24).¹¹⁹ Ein lokaler Verantwortlicher gestand diesbezüglich unumwunden ein: „The rules, the laws have to be studied and interpreted well, and in all honesty, we were not very swift in that aspect. [...] I think it's similar to all others also” (A30, 1).

Dritter und letzter Ausdruck für das Versagen der Behörden bei der Katastrophenvorsorge ist die Tatsache, dass die örtliche Bevölkerung nur schlecht bis gar nicht auf Sendong vorbereitet war. Die Menschen wurden für das von Naturkatastrophen ausgehende Gefahrenpotenzial nicht ausreichend sensibilisiert. Kampagnen und Aktivitäten für mehr Risikobewusstsein fanden in den Gemeinden und Städten nur sehr begrenzt statt (A2, 20; A30, 2; A38, 8 f.; OCHA 2011c, 10; OCHA 2012o, 2). Die betroffene Bevölkerung hat daher Bauverbotszonen ignoriert und die wenigen Vorwarnungen, die sie in der Sturmnacht erreichten, nicht ernst genommen. Ebenso wenig befolgten die Menschen die vereinzelt Anweisungen zur vorsorglichen Evakuierung; auch deshalb, weil es keinen Platz gab, wohin sie hätten gehen können (A39, 15 f.; Inquirer Mindanao 2011; OCHA 2012o, 2).

Schlamperei, Arglosigkeit, Desinteresse und Inkompetenz bildeten eine unheilvolle Kombination, die den Taifun Sendong in ein Desaster verwandelte. Inwiefern effektive Katastrophenvorsorge zur Vermeidung von Tod und Vertreibung beitragen kann, unterstreichen die Ereignisse im Kontext des Tropensturms Bopha/Pablo, der Mindanao knapp ein Jahr nach Sendong entlang eines ähnlichen Pfades überquerte. Und obwohl Bopha/Pablo mehr als tausend Menschenleben forderte und über 700 000 Philippiner obdachlos machte, gab es in Cagayan de Oro und Iligan dank großräumiger Evakuie-

¹¹⁹ Daher verfügten die betroffenen Gebiete zum Beispiel auch nur über unzureichende Hochwasserschutzmaßnahmen (OCD 2012, 39).

ungsmaßnahmen im Vorfeld weder Todesopfer noch eine nennenswerte Anzahl von Umweltvertriebenen zu beklagen (IDMC 2013c, 3 f.). Die Behörden haben offenbar ihren Lehren aus der Sendong-Katastrophe gezogen.

REAKTION

Man kann bei der Reaktion der Lokalregierungen auf Naturkatastrophen zwischen Nothilfe und Rehabilitation unterscheiden. Allgemein wird Nothilfe definiert als „die kurzfristige Sofort- und Überlebenshilfe für Opfer von Naturkatastrophen“ (Trentmann/Padberg 2009, 5), wohingegen Rehabilitation die Wiederherstellung politischer und sozialer Stabilität sowie die mittelfristige Existenzsicherung der Bevölkerung bezeichnet (ebd., 6). Im Falle Sendongs umfassten die Nothilfemaßnahmen der örtlichen Regierungsstellen beispielsweise Such- und Rettungsaktionen, Evakuierungshilfe sowie die Versorgung der betroffenen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Haushaltsgegenständen und Hygieneartikeln (A14, 8; A25, 2; A32, 4; OCHA 2011c, 8 ff.). Dabei kümmerten sich die lokalen Behörden vor allem um die Menschen, die bei Gastfamilien Unterschlupf gefunden hatten (A16, 5, 14; A35, 16). Gleichzeitig stellten die städtischen Gesundheitsdienste den Evakuierungszentren und Übergangsunterkünften medizinisches Hilfspersonal und Medikamente zur Verfügung (A45, 1; DepEd Region X 2012; OCHA 2012a, 5). Demgegenüber bestanden die Rehabilitationsmaßnahmen zum Beispiel aus der Trümmerbeseitigung, dem Wiederaufbau der Basis-Infrastruktur, der Errichtung von Dauerunterkünften zur Rückführung der Umweltvertriebenen, der Behandlung von Traumata sowie aus der Bereitstellung von Startkapital für kleine Existenzgründungen (A3, 14; A9, 19; A25, 13; OCHA 2011c, 8; OCHA 2012a, 5; OCHA 2012h, 5; OCHA 2012i, 1 f.).

Unterscheidet man bei der Reaktion auf Naturkatastrophen zwischen Nothilfe- und Rehabilitationsmaßnahmen, können wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Iligan und Cagayan de Oro auf diesen beiden Tätigkeitsfeldern festgestellt werden. Im Hinblick auf die Durchführung von Nothilfemaßnahmen hat die Stadtregierung von Iligan von Anfang an eine sehr aktive und engagierte Rolle gespielt. Insbesondere der Bürgermeister, Lawrence Cruz, war allgegenwärtig und trat lautstark für die Bedürfnisse und Interessen der Sendong-Überlebenden ein. Er übernahm die politische Führungsrolle in diesem Katastrophenfall. Im Gegensatz dazu leisteten die Regierenden in Cagayan de Oro nur zögernd und unzureichend Nothilfe. Die Verantwortlichen schienen einerseits das ganze Ausmaß der Katastrophe nicht richtig erfasst

zu haben und andererseits auch nicht zu wissen, was sie tun sollten. Unmittelbar nach Sendong wirkte die Stadtverwaltung Cagayan de Oros wie gelähmt und führungslos. Der Bürgermeister, Vicente Emano, war in den ersten Tagen völlig abgetaucht und machte danach einen ratlosen Eindruck. Er beobachtete die Geschehnisse weitgehend teilnahms- und tatenlos (A2, 17; A3, 16; A7, 9 f.; A8, 4; A15, 18; A16, 17; A41, 4). In der Rehabilitationsphase kam Cagayan de Oro hingegen beim Bau von Dauerunterkünften wesentlich schneller voran als Iligan, vor allem weil die Provinzhauptstadt aufgrund des zuvor betriebenen *land bankings*¹²⁰ glücklicherweise genügend frei verfügbares Land zur Wiederansiedlung der Umweltvertriebenen aus den Hochrisikogebieten besaß. In Cagayan de Oro konnte also recht schnell mit dem Wiederaufbau begonnen werden, während Iligan sich erst einmal um die Beschaffung von geeignetem Bauland kümmern musste (A3, 2 ff., 16 ff.; A6, 8 f., 14; A14, 13; A15, 18; A16, 21; A19, 2, 14; siehe auch Kap. 5.7.6.3). So waren in Cagayan de Oro im Juli 2012 bei einem Bedarf von gut 5 800 Dauerunterkünften bereits knapp 1 000 fertiggestellt und weitere 4 125 im Bau. In Iligan hingegen wurden zur gleichen Zeit nur rund 350 permanente Häuser errichtet, während sich 665 noch im Bau befanden, und das bei benötigten rund 7 900 Dauerunterkünften (OCHA 2012q, 86).

Insgesamt wurde die Reaktion der örtlichen Behörden auf Sendong als schlecht und nicht zufriedenstellend bewertet. Der Tropensturm und die dadurch ausgelöste Umweltvertreibung haben die Reaktionskapazitäten der Regierungsstellen von Iligan und Cagayan de Oro sichtlich überfordert (A28, 3; A38, 7 f.; A42, 5; Lagsa/Rosauro 2011). Oder wie es ein Vertreter von Iligans Stadtverwaltung formulierte: „But we never expected this enormity of typhoon Sendong. And so, you can say that the level of response also at first was not commensurate to the hugeness of the event” (A25, 3).

Für die Überforderung der staatlichen Reaktionskapazitäten vor Ort waren mehrere Faktoren verantwortlich: Erstens fehlte es den lokalen Behörden an Ausrüstung und Personal (A12, 5; A16, 18; A27, 6; A32, 7 ff.). Die städtischen Rettungshelfer hatten zum Beispiel nicht einmal genügend Rettungsseile- und boote (A7, 12). Und die CSWD-Bezirksbüros waren mancherorts nur mit zwei oder drei Angestellten besetzt (A42, 5). Hinzu kam zweitens, dass die Einrichtungen und Mitarbeiter der Stadtverwaltungen in Iligan und Cagayan de Oro zum Teil selbst von Sendong betroffen waren: viele Regierungsgebäude wurden beschädigt und zahlreiche Behördenvertreter mussten

¹²⁰ *Land banking* bezeichnet die Anhäufung von Grund und Boden als Geldanlage oder zum Zwecke der Stadtentwicklung (Wikipedia 2014c).

ihr Zuhause verlassen oder kamen in den Fluten ums Leben. Die lokalen Verantwortlichen benötigten also erst einmal selbst Hilfe, bevor sie der Bevölkerung helfen konnten (A3, 16; A10, 16; A15, 18; A27, 6; OCD 2012, 63). Drittens mangelte es an finanziellen Mitteln (A32, 7). Zwar hatte die Zentralregierung den betroffenen Städten Finanzhilfen zur Bewältigung der Sturm- und Flutkatastrophe gewährt, aber aufgrund strenger Vorschriften und Richtlinien sowie bürokratischer Hemmnisse konnten die lokalen Regierungsstellen über diese Gelder weder frei noch unmittelbar verfügen (A21, 17; A27, 7 f.; A32, 12 f.; A42, 14). Ein städtischer Regierungsvertreter merkte diesbezüglich an:

So it's basically the requirements; the conditions of national funds that it should be spent this way. You've got to follow certain procedures or steps before it can be utilized and sometimes these procedures are the ones that will prove to be the thing that would delay or something like stymie the process. [...] it can no longer be used for immediate response because of the very tedious and very, very difficult process on how these funds can be utilized. [...] national government says, 'Hey, before you're going to spend this, you should do this first; you should go there, go there, go there.' (A27, 7 f.)

Die Reaktionskapazitäten der örtlichen Behörden waren also weder personell noch materiell noch finanziell für eine Katastrophe eines solchen Ausmaßes wie bei Sendong ausgelegt (OCHA 2012o, 4), und das, obwohl die lokalen Regierungen gemäß Republic Act No. 10121 eigentlich an vorderster Front als Katastrophenbekämpfer tätig sein sollten. Diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegt in dem, auf den Philippinen vorherrschenden, Zentralismus begründet. Die 1991 verabschiedete Dezentralisierungsreform (siehe Republic Act No. 7160) existiert bisher nur auf dem Papier. Selbst kleinste Haushaltspläne müssen weiterhin in der Hauptstadt abgesegnet werden. Die Philippinen sind immer noch ein hochzentralisierter Staat; nicht nur strukturell, sondern auch in den Köpfen der einzelnen Menschen (A8, 25; A42, 14). Im Zuge der Dezentralisierungsreform wurden einfach Aufgaben an die lokalen Regierungseinheiten übertragen, ohne ihnen die dafür notwendige finanzielle Ausstattung und technische Unterstützung bereitzustellen (A40, 18). Dies erklärt

why there are still significant gaps or, I should say, failures on the part of local governments. Not necessarily because of local governments but also because of the inadequate support that's provided by the national government. Decentralization in this country was more like a political act. (ebd.)

Exemplarisch hierfür steht der Politikbereich des Katastrophenrisikomanagements: Die Zentralregierung hat den örtlichen Regierungen hier zwar die Führungsverantwortung anvertraut, nicht jedoch die entsprechenden Kapazitäten und Mittel, um das Manage-

ment von Katastrophenrisiken auch erfolgreich bewältigen zu können (IDMC 2013c, 28). Das Versagen der lokalen Verantwortlichen auf diesem Gebiet ist somit gleichzeitig auch das Versagen der nationalen Regierung, auch wenn letztere sich mit dem Verweis auf Republic Act No. 10121 ihrer Verantwortung zu entziehen versucht (siehe u.a. A6, 22; A46, 6; A47, 8).

KOORDINATION UND KOOPERATION

Wie im vorherigen Abschnitt bereits ausführlich beschrieben, gestaltete sich die Zusammenarbeit der örtlichen Behörden mit den nationalen Regierungsstellen als äußerst problematisch. Aber auch bei der Kooperation und Koordination mit den NGOs gab es Schwierigkeiten (A18, 23; A21, 12). Vor Sendong stand insbesondere die Lokalregierung von Iligan der Zivilgesellschaft eher ablehnend gegenüber. Sie würdigte vor allem die Arbeit der UN-Organisationen, jedoch nicht so sehr den Beitrag der örtlichen NGOs. Deren Präsenz wurde von der Stadtverwaltung stattdessen sogar teilweise als Belastung angesehen, weil die zivilen Helfer von ihnen regelmäßig Auskunft über verschiedene Sachverhalte verlangten. Zwischen den städtischen Behörden und den lokalen Zivilorganisationen entwickelten sich deshalb keine belastbaren Kooperationsstrukturen und -mechanismen, auf die man im Katastrophenfall hätte schnell zurückgreifen können. Wenn überhaupt, dann erfolgte die Zusammenarbeit meist auf der Ebene der Barangays, aber auch das nur in sehr begrenztem Maße (A21, 10 ff.).

ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

Die lokalen Regierungseinheiten waren mit der Bewältigung der Sendong-Katastrophe und der damit verbundenen Umweltvertreibung deutlich überfordert. Das Ausmaß der Zerstörung und Vertreibung war zu gewaltig, als dass es von den örtlichen Behörden alleine hätte bewältigt werden können (A10, 16; A12, 14; A15, 18 ff.; A19, 14; A32, 6; OCHA 2011e, 2). Die Wucht, mit der die Naturgewalt Sendong wütete, hat sie weitgehend unvorbereitet getroffen und ließ sie teilweise ohnmächtig und handlungsunfähig erscheinen. Effektive Frühwarnsysteme sowie Notfall- und Evakuierungspläne existierten nicht; Pläne für Katastrophenrisikominderung und -management wurden nicht umgesetzt. Die lokalen Reaktionskapazitäten waren total überlastet; in Iligan vor allem hinsichtlich der Wiederansiedlung der Umweltvertriebenen und in Cagayan de Oro insbesondere in Bezug auf die Durchführung von Nothilfemaßnahmen. Es fehlte an Personal, Ausrüstung und Geld. Hinzu kam die nur schwach ausgeprägte Koordination und Kooperation sowohl mit der Zentralregierung als auch mit den lokalen NGOs.

5.7.5 Konfliktgeschichte

Da das Hauptaugenmerk dieser Einzelfalluntersuchung auf den Umweltvertriebenen liegt, die in den städtischen Regionen von Iligan und Cagayan de Oro Zuflucht gefunden haben (siehe Kap. 5.5.2), konzentriert sich die Analyse der Konfliktgeschichte folgerichtig auf die urbane Umgebung dieser beiden Fallstudienorte. Die Stadtgebiete von Iligan und Cagayan de Oro weisen nun genau dann eine Konfliktgeschichte auf, wenn sie in der jüngeren Vergangenheit vor Sendong von mindestens einem der vier auf Mindanao hervorstechendsten gewaltförmigen Konflikten direkt betroffen waren: den Ridos, der Moro-Rebellion, dem NPA/CPP-Konflikt und der Auseinandersetzung mit der islamistischen Abu Sayyaf.

Hinsichtlich gewaltsamer Familienfehden haben die städtischen Gebiete keine Konfliktgeschichte. Denn Ridos sind ein Phänomen der ländlichen Regionen (A1, 21; A11, 9; A30, 16). Gleichzeitig waren Iligan und Cagayan de Oro, laut den Fließtextinformationen der HIIK-Konfliktbarometer, in den vergangenen Jahren vor Sendong ebenso wenig die Schauplätze der bewaffneten Konflikte mit der NPA/CPP und der Abu Sayyaf (siehe HIIK 2008, 2009a, 2010, 2011, 2012).

Bezüglich der Moro-Rebellion gehörte allerdings Iligan zu den von der letzten Gewalteskalation betroffenen Städten. Im Zuge des gescheiterten MoA-AD (siehe Kap. 5.2.3.1) griffen Rebellentruppen unter dem Befehl des abtrünnigen Kommandanten Abdullah Macapaar, alias Commander Bravo, im August 2008 mehrere christlich geprägte Ortschaften in der Provinz Lanao del Norte an. Sie attackierten Zivilisten, entführten Menschen und verübten Sprengstoffattentate sowie Brandanschläge (Amnesty International 2008b; International Crisis Group 2008, 10). Im Oktober hatten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen bereits auf neun Provinzen und die drei Städte Iligan, Marawi und General Santos in Mindanao ausgebreitet (Amnesty International 2008a, 3 f.). In Iligan wurden zwei Bombenanschläge verübt, für die man die MILF verantwortlich gemacht hat. Zur gleichen Zeit bildeten eine Gruppe von 300 lizenzierten Waffenbesitzern, Politikern und örtlichen Regierungsbeamten eine Bürgerwehr mit dem Namen „God Save Iligan City“ (ebd., 37). In Iligan eskalierte die Gewalt vor allem deshalb, weil die Stadt Gegenstand des MoA-AD war. Ein großer Teil ihrer Barangays sollte nämlich im Rahmen dieser Friedensvereinbarung unter die Herrschaft der ARMM fallen. Iligans Stadtregierung lehnte das MoA-AD daher strikt ab (A11, 5 f.; A30, 18). Cagayan de Oro hingegen ist kein Bestandteil des MoA-AD gewesen und blieb auch

von bewaffneten Auseinandersetzungen verschont. Die Metropole war von der eskalierenden Gewalt nur indirekt betroffen, weil ihre Provinz, Misamis Oriental, einen wichtigen Zufluchtsort für die vor dem wieder aufgeflammtten MILF-Konflikt fliehenden Menschen darstellte (Amnesty International 2008a, 3).

Die Analyse der Konfliktgeschichte der beiden Fallstudienorte ergibt also, dass in den letzten Jahren vor Sendong die städtischen Regionen von Iligan unter einem gewaltsamen Konflikt zu leiden hatten, während die Stadt Cagayan de Oro auf eine friedliche Vergangenheit zurückblicken konnte.

5.7.6 Gewaltsame Konflikte

Im Zusammenhang mit den Sendong-Vertriebenen aus den Evakuierungszentren und Übergangslagern können drei vorherrschende Konfliktkonstellationen identifiziert werden: Konflikte zwischen den Camp-Bewohnern untereinander, Konflikte zwischen Camp-Bewohnern und ihrer Aufnahmeregion sowie Konflikte zwischen Camp-Bewohnern und der Stadtregierung.¹²¹

5.7.6.1 Konflikte zwischen den Camp-Bewohnern untereinander

Grundsätzlich sind nur wenige Konflikte innerhalb der Bevölkerung der Camps zu verzeichnen: Während des Beobachtungszeitraums von Januar 2012 bis August 2012 litten im Durchschnitt vier von zwischenzeitlich rund 60 Auffanglagern unter Spannungen in der Camp-Gemeinschaft (siehe DSWD/IOM 2012a-j). Zum Beispiel gab es Streit zwischen muslimischen und christlichen Umweltvertriebenen, weil sie nicht gemeinsam in einem Auffanglager untergebracht werden wollten (A31, 4). Am weitesten verbreitet waren indes Konflikte um das knappe Wasser und die gerechte Verteilung von Hilfsgütern (A2, 6; A6, 5; A15, 1; A18, 1, 6 f.; A23, 2 f.; A33, 2; A43, 5).

Aber all diese Konflikte eskalierten letztlich nicht gewaltsam: Es kam nicht zu größeren, bewaffneten Konflikten in den Vertriebenenlagern. Ausschreitungen blieben dort ebenso aus wie gewalttätige Demonstrationen oder Plünderungen (A6, 10; A15, 1, 9;

¹²¹ Daneben stritten sich die Camp-Bewohner noch zum einen mit den Umweltvertriebenen, die außerhalb der Auffanglager bei Gastfamilien untergekommen waren und zum anderen mit der Bevölkerung der neu errichteten Dauerunterkünfte. Solche Konflikte traten aber sehr selten auf, und wenn, dann drehten sie sich um knappe Ressourcen (A10, 4 f.; A24, 7 ff.). Denn vor allem bei den Vertriebenen, die von Freunden und Verwandten aufgenommen wurden, regte sich Unmut darüber, dass sich die internationale Hilfe auf die Evakuierungszentren und Übergangslager konzentrierte (OCHA 2012o, 7).

A17, 6; A19, 8; A20, 7; A25, 12). Stattdessen gab es kleinere Streitereien zwischen einzelnen Camp-Bewohnern und die alltäglichen gesellschaftlichen Probleme wie Alkohol- und Drogenmissbrauch, Raubüberfälle, Diebstahl, Prostitution, vereinzelte Selbsttötungen und einen angeblichen Mordfall. Darüber hinaus wurden sexuelle und gewaltsame Übergriffe gegenüber Frauen und Kindern in den Camps registriert (A6, 9; A7, 5; A11, 2; A12, 7; A15, 3, 9 f.; A22, 5 f.; A25, 12; A26, 6; A31, 2; A34, 7; A35, 10; A44, 6 ff.; A45, 7 f.; OCHA 2012j, 5). In dem Zeitraum von Januar 2012 bis Mai 2012 lagen in durchschnittlich rund vier Auffangslagern Berichte über häusliche Gewalt vor;¹²² Fälle von sexueller Belästigung waren in der Regel an ein bis zwei Standorten zu vermelden. Meldungen über Vergewaltigungen und versuchte Vergewaltigungen gab es im Durchschnitt in rund zwei Camps. Zu Kindesmissbrauch kam es in durchschnittlich drei Vertriebenenlagern. Am weitesten verbreitet waren aber alkohol- und drogenbedingte Probleme, mit denen im Durchschnitt rund 14 Einrichtungen zu kämpfen hatten (siehe DSWD/IOM 2012a-i).

Die Evakuierungszentren und Übergangslager hatten also insbesondere in den ersten sechs Monaten nach der Sendong-Katastrophe durchaus einige Sicherheitsprobleme. Das lag vor allem darin begründet, dass nationale und örtliche Polizeikräfte über nicht ausreichend Personal verfügten, um für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den Camps zu sorgen (A13, 2 f.; A19, 6). So stieg die Zahl der Auffanglager, in denen die Sicherheit nicht gewährleistet werden konnte, in den Monaten von Januar bis Mai von sechs auf 18 (DSWD/IOM 2012a, 7; DSWD/IOM 2012i, 9). Die Sicherheitsprobleme konnten die Camps jedoch seit Juli 2012 durch die Aufstellung eigener Sicherheitsteams, bestehend aus Freiwilligen der Camp-Bevölkerung, auf ein Minimum reduzieren (DSWD/IOM 2012j, 6; DSWD/IOM 2012k, 6; siehe Kap. 5.7.9.5).

5.7.6.2 Konflikte zwischen Camp-Bewohnern und Aufnahmeregion

Wenn plötzlich und völlig überraschend Tausende Menschen Zuflucht in ihrer benachbarten Umgebung suchen, dann sind natürlich Spannungen mit den Verantwortlichen und der Bevölkerung der Aufnahme-Barangay vorprogrammiert. Im Falle Sendongs

¹²² Hier konnte sogar ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu vor der Sendong-Katastrophe verzeichnet werden. Geschlechtsspezifische Gewalt war allerdings kein inhärentes Problem der Auffanglager, sondern vielmehr ein bereits im Vorfeld bestehendes Grundübel, bei dem man es mit einem großen Dunkelfeld zu tun hat. In den Camps wurde dieses Dunkelfeld nun aufgrund der eng an eng stehenden Behausungen und der Präsenz zahlreicher NGOs zum Teil aufgedeckt. Dadurch trat das ganze Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt sichtbarer zu Tage (A15, 9 f.; A34, 8; A35, 10).

hielten sie sich allerdings in Grenzen. So befanden sich von Januar 2012 bis Juli 2012 durchschnittlich vier Vertriebenenlager in einem Konflikt mit ihrer Gastgebergemeinschaft (siehe DSWD/IOM 2012a-j).

KONFLIKTE ÜBER ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Zum Beispiel gab es in einer Aufnahme-region einen Streit zwischen den CVOs und dem freiwilligen Sicherheitsteam eines dort befindlichen Vertriebenen-camps über den Zuständigkeitsbereich ihrer Dienststellen in Fällen, in denen sich die Umweltvertriebenen außerhalb des eigenen Lagers aufhielten. Während die CVOs argumentierten, dass an den Toren der Auffanglager die Zuständigkeit der Camp-Aufseher endet, vertraten diese die Auffassung, dass sie die alleinige Verantwortung für ihre Camp-Bewohner haben – und zwar unabhängig davon, wo diese sich gerade befinden (A34, 5). Andernorts, in der Aufnahme-region Canitoan in Cagayan de Oro, stritten sich die Umweltvertriebenen eines Auffanglagers mit den Regierungsstellen der Barangay um die Aufstellung eines Camp-Sicherheitsteams. Die Umweltvertriebenen wollten gerne ihre eigene Schutzgruppe rekrutieren und beantragten die dafür notwendigen Ausweispapiere. Doch die Ankunftsregion weigerte sich, diese Papiere auszustellen, weil ihrer Meinung nach die Barangay-Polizei die Sicherheitslage bereits im Griff hatte (A24, 3 f.).

RIVALISIERENDE JUGENDBANDEN

Ein weiteres Beispiel für Konflikte zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen im Rahmen von Sendong ist das Problem rivalisierender Jugendbanden: Mancherorts gerieten die Jugendgruppen aus den Auffanglagern mit denen der Aufnahme-region in einen Streit, der in einem Fall sogar in eine Messerstecherei mit fast tödlichem Ausgang mündete (A12, 8; A13, 4; A14, 7; A16, 10; A26, 7).

Diese Auseinandersetzungen kommen dem Beispiel eines gewaltsamen Konfliktes im Sinne der obigen Definition (siehe Kap. 5.5.3) sehr nahe: Umweltvertriebene und Einheimische gerieten in organisierten Gruppen wegen Positionsdifferenzen aneinander, wobei es sogar einmal zum Einsatz von Waffengewalt kam. Die Konflikte zwischen den Jugendgangs konnten jedoch dank dem raschen Eingreifen von Hilfsorganisationen in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei und Regierung schnell eingedämmt werden, beispielsweise durch die Verhängung von Ausgangssperren (A12, 8; A26, 7). Diese Interventionen dürften dazu beigetragen haben, dass die Jugendbanden ihre Streitigkeiten nur in einem einzigen dokumentierten Fall und nicht wiederholt mit Waffengewalt aus-

getragen haben, also dass sich ihre Rivalitäten letztlich nicht in einem gewaltsamen Konflikt entluden.

KONFLIKTE ÜBER KNAPPE RESSOURCEN

Besonders häufig stritt sich die einheimische Bevölkerung mit den Camp-Bewohnern um knappe Versorgungsgüter (A8, 18; A22, 19; A44, 1). Denn zum einen strapazierten die Umweltvertriebenen die zunehmend schwindenden Ressourcen ihrer Zufluchtsorte (A18, 13, 17; A22, 20) und zum anderen waren auch viele der Aufnahme-Regionen vom Tropensturm betroffen, sodass sie zum Teil selbst humanitäre Hilfe und Unterstützung benötigten. Sie betrachteten sich als Opfer und Überlebende der Sendong-Katastrophe und verlangten dementsprechend genauso behandelt und versorgt zu werden wie die Umweltvertriebenen in den umliegenden Camps (A7, 17; A15, 1; A22, 24; A34, 1; A35, 1; A44, 1). Einzelne Auffanglager verriegelten daher sogar ihre Zugangstore, damit sich die Einheimischen bei ihnen keine Hilfsgüter erschleichen konnten. Und mancherorts wurde die humanitäre Hilfe am frühen Morgen bzw. späten Abend im Schutze der Dunkelheit verteilt oder einzeln an die Haushalte der Camps ausgegeben, sodass sich im Lager keine langen Menschenschlangen bildeten, die von außen gut erkennbar gewesen wären (A35, 1).

Viele Ressourcenkonflikte drehten sich um knappes Wasser. Denn in manchen Aufnahme-Regionen herrschte immer wieder Wassermangel, zum Teil schon vor Sendong. Die Anwohner versuchten daher, ihr Wasser von den Evakuierungszentren und Übergangsunterkünften zu bekommen. Da sich aber die dort bereitgestellte Wassermenge strikt an der Anzahl der Camp-Bewohner orientierte, befürchteten diese Versorgungsengpässe und verweigerten deshalb der ortsansässigen Bevölkerung den Zugang zu ihren Wasserspeichern (A3, 9; A12, 1 f.; A15, 1; A31, 2; A35, 15). In der Aufnahme-Region Upper Hinaplanon in Iligan stoppten die Einheimischen sogar einen Wasser-Truck auf seinem Weg zu einem Vertriebenenlager, um ihrer Forderung nach Wasserlieferungen für die Zufluchtsorte Nachdruck zu verleihen (A25, 13).

KONFLIKTE ÜBER DIE BENUTZUNG ÖFFENTLICHER EINRICHTUNGEN

Neben Ressourcen konkurrierten die Umweltvertriebenen aus den Camps und die ansässigen Bewohner auch um die Benutzung öffentlicher Einrichtungen. Denn aufgrund von Platzmangel wurden die Vertriebenenlager in vielen Fällen in Schulen, Rathäusern oder auf den Mehrzweckplätzen der Aufnahme-Barangays eingerichtet. Die Einheimi-

schen konnten also die Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen ihres Gemeinwesens für längere Zeit nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt beanspruchen, was mancherorts spürbaren Unmut bei den Anwohnern hervorrief (A35, 5, 15; A44, 4).

Hohes Konfliktpotenzial hatte vor allem die Nutzung von Schulen als Auffanglager. Denn das Schulpersonal und die Schüler litten sehr unter ihrer Rolle als Gastgeber: Der normale Schulbetrieb wurde durch die Präsenz der Umweltvertriebenen erheblich gestört. Dazu gesellten sich Probleme mit der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Es kam zu Schuleinbrüchen, Schuleigentum wurde gestohlen oder mutwillig beschädigt und vereinzelt gab es sogar Übergriffe von Camp-Bewohnern auf Schüler zu vermelden (A15, 11; A19, 4; A20, 3; A31, 3; A45, 7). Die Schulleiter und Verantwortlichen der Barangay wollten nach einiger Zeit die ungebetenen Gäste daher so schnell wie möglich wieder loswerden und drangen die Umweltvertriebenen dazu, die Schule zu verlassen. Diese weigerten sich jedoch, weil sie nicht wussten, wohin sie stattdessen hätten gehen sollen. Schließlich waren die für sie vorgesehenen Übergangsunterkünfte immer noch nicht fertiggestellt. Ein Schulleiter, der daraufhin die Zwangsräumung seiner Schule verlangte, wurde sogar von wütenden Umweltvertriebenen bedroht (A35, 5; A36, 13 f.; A37, 1; A45, 7).

5.7.6.3 Konflikte zwischen Camp-Bewohnern und Stadtregierung

Die letzte Konfliktkonstellation bezieht sich auf die Auseinandersetzungen zwischen Umweltvertriebenen und lokalen Behörden über den Wiederaufbauprozess. Dieser verlief nämlich vor allem in Iligan besonders schleppend. Denn aufgrund des dort vorherrschenden Landmangels konnte die Stadtregierung nicht sofort mit dem Bau von Übergangs- und Dauerunterkünften beginnen. Stattdessen musste sie erst einmal geeignete Grundstücke ausfindig machen und in zeitaufwendigen Verhandlungen erwerben.¹²³ Dabei waren auch schwierige Finanzierungsfragen zu klären, denn Iligan hat zwar 245 Millionen Philippinische Peso (4,3 Millionen Euro) an Wiederaufbauhilfe vom DSWD erhalten. Dieses Geld war jedoch zweckgebunden und durfte nur für den Bau von Unterkünften verwendet werden, aber nicht für den dazugehörigen Ankauf von Land. Die Verantwortlichen von Iligan konnten also das von der Zentralregierung bereitgestellte Geld für den Wiederaufbau lange Zeit gar nicht verwenden. Nach dem Kauf mussten die neuerworbenen Landparzellen dann noch ökologisch beurteilt und hinsichtlich ihrer

¹²³ Im Juli 2012 fehlten der Stadt allein für die Errichtung der dauerhaften Wohnhäuser immer noch 18 Hektar Land (OCHA 2012q, 86).

Sicherheit vor Naturgefahren bewertet werden. Zu guter Letzt galt es die neuen Grundstücke zu erschließen, indem man eine grundlegende Versorgung mit Elektrizität, Wasser und Abwasser sowie eine Anbindung an den Straßenverkehr herstellte. Erst danach konnte mit der Bebauung begonnen werden (A6, 7; A15, 18; A19, 2; A25, 14; A37, 5; IDMC 2013c, 26).

Dieser Prozess der Standortsuche und -prüfung erwies sich als äußerst mühevoll und kostspielig, sodass die Umweltvertriebenen in Iligan monatelang in verschlissenen Zelten ausharren mussten, um auf ihre Umsiedlung in Übergangs- und Dauerunterkünfte zu warten. Die Camp-Bewohnern fühlten sich daher mit der Zeit zunehmend vernachlässigt und wurden immer unruhiger (A6, 8, 14; IDMC 2013c, 26). Gleichzeitig fragten sie sich, was mit der Wiederaufbauhilfe des DSWD passiert war, wie ein hochrangiger Regierungsbeamter berichtete:

But since the city government have difficulty in looking for relocation sites, our money have not been utilized. And the people are now asking: 'Where's the money? [...] Where are our houses?' Of course, the president there had made an announcement. Secretary [of DSWD, A.B.] Soliman made an announcement: 'The money's already with city government.' And they're now asking: 'Where's the money? Where's the money? Why is it that six months after the flooding, there's no houses that we are seeing?' (A6, 7)

Schon bald sah sich die Stadtregierung dem immer lauter werdenden Vorwurf der Veruntreuung von Staatsgeldern ausgesetzt: „So, so many are clamoring that: ‚Where is the fund? The government is using that already. That is supposedly for the IDPs [Internally Displaced Persons, A.B.].‘ That's the claim of the people” (A18, 24). Ein paar Monate nach Sendong war der schleppende Wiederaufbauprozess das drängendste Thema; er löste große Unzufriedenheit sowie Verwirrung auf Seiten der Betroffenen aus und führte zu erheblichen Spannungen zwischen den Umweltvertriebenen in den Auffanglagern und der Lokalregierung von Iligan. Die Camp-Bewohner veranstalteten sogar Massenkundgebungen, auf denen sie ihren Unmut und ihre Enttäuschung über die nur langsam voranschreitende Umsiedlung in die Übergangs- und Dauerunterkünfte äußerten (A6, 7; A9, 18; A16, 10 f.; A18, 10, 24; A31, 2; IDMC 2013c, 13).

Neben dem stockenden Umsiedlungsprozess führte auch sein streckenweise unsystematischer Ablauf zu Spannungen: Zum einen plagte die Camp-Bewohner die Ungewissheit über das weitere Vorgehen. Selbst im März 2012 besaßen nämlich die wenigsten Evakuierungszentren einen endgültigen Zeitplan für die Verlegung der Vertriebenen (DSWD/IOM 2012d, 12). Zum anderen wurde die von den lokalen Behörden vorgenommene Auswahl und Reihenfolge der umzusiedelnden Menschen von den Betroffen-

nen als chaotisch, undurchsichtig und ungerecht wahrgenommen (A10, 18; A17, 10). Die Umweltvertriebenen fühlten sich im Umsiedlungsverfahren nicht ausreichend konsultiert und beteiligt (A22, 9).¹²⁴ Mancherorts hatten die Camp-Bewohner daher den Eindruck, dass die Vergabe dauerhafter Unterkünfte von Seilschaften mit den Verantwortlichen in der Stadtregierung abhängig ist: „You know somebody from the government [...]. That's the key to being transferred first. If you don't have anybody there, you will be last“ (A17, 11).

5.7.6.4 Fazit

Einerseits kam es zu zahlreichen Konflikten, an denen Umweltvertriebene aus Evakuierungszentren und Übergangslagern beteiligt waren – wobei das Konfliktpotenzial in Iligan aufgrund des dort stark ausgeprägten Landmangels und dem dadurch bedingten schleppenden Aufbauprozess größer war als in Cagayan de Oro.¹²⁵ Andererseits eskalierten all diese Konflikte jedoch nicht gewaltsam. Es gab weder ungelöste Großkonflikte noch einen Ausbruch offener, schwerer Auseinandersetzungen und auch keine gewaltsamen Proteste, Aufstände oder Bandenkriege. Abgesehen von kleineren Gewalttätigkeiten und Bagatelldelikten blieb die Lage im Allgemeinen friedlich und ruhig (A2, 7; A3, 4 ff.; A6, 9; A7, 5 f.; A9, 4; A10, 6; A11, 8; A13, 15; A14, 6; A15, 12; A24, 5; A33, 6).

Darüber hinaus gibt es keine Hinweise darauf, dass die Ankunft von Sendong-Vertriebenen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen zwei anderen kollektiven Akteuren in der Aufnahme-region verursacht oder dort bereits bestehende Gewaltkonflikte wie die Moro-Rebellion, der NPA/CPP-Konflikt und der Kampf mit der islamistischen Abu Sayyaf verschärft hat. Insbesondere die MILF hatte damals schon seit ein paar Jahren eine Waffenruhe mit der philippinischen Regierung vereinbart und schien nicht an einer Konflikteskalation interessiert zu sein, sondern an einem umfassenden Friedensabkommen. Außerdem war die große Mehrheit der Camp-Bewohner Christen, zum einen, da Sendong vor allem in den überwiegend christlich geprägten Gegenden von Mindanao wütete und zum anderen, weil vertriebene Muslime bevorzugt bei Freunden oder Verwandten Schutz suchten, als sich in die Massenunterkünfte zu begeben. Die Auffanglager spielten deshalb als Rekrutierungsquelle sowohl für die MILF

¹²⁴ Im Januar 2012 sind in fast 50 Prozent der Evakuierungszentren die Einwohner mehrheitlich nicht über deren Schließung konsultiert worden (DSWD/IOM 2012a, 9).

¹²⁵ In Iligan verliefen die Konflikte zudem oft entlang religiöser Zugehörigkeiten (siehe Kap. 5.7.2).

und anderer muslimischer Rebbellengruppen wie BIFM oder BIFF als auch für die islamistische Terrorgruppe Abu Sayyaf keine Rolle.

Insgesamt kann somit festgehalten werden: Die Fallstudie findet keine Anzeichen dafür, dass im Zusammenhang mit den Sendong-Vertriebenen aus den Evakuierungszentren und Übergangslagern gewaltsame Konflikte verursacht oder verschärft wurden. Diese Einschätzung wird auch von einem UN-Bericht gestützt, demzufolge keine größeren Sicherheitsvorfälle in den von der Sturmkatastrophe betroffenen Gebieten verzeichnet werden können (OCHA 2012p, 57).

5.7.7 Zwischenfazit

Abgesehen vom Einflussbereich der Ethnizität sind im Fall Sendong die Schlüsselfaktoren, die der WBGU im Kontext von Umweltvertreibung als Triebfeder für gewaltsame Konflikte betrachtet, weitgehend vorhanden: Erstens herrschte Ressourcenknappheit; die Umweltvertriebenen konkurrierten um Wasser, Medikamente, angemessene Unterkünfte und Beschäftigungsmöglichkeiten. Zweitens reagierten die Aufnahmeregionen teilweise sehr ablehnend auf die anhaltende Präsenz der Umweltvertriebenen, und zwar in Form von Verständnislosigkeit, Beschwerden, Anschuldigungen und Drohungen. Drittens waren die nationalen und vor allem die lokalen Regierungskapazitäten mit der Bewältigung der Sendong-Katastrophe und der damit einhergehenden Umweltvertreibung eindeutig überfordert. Viertens litten zumindest die Aufnahmeregionen in Iligan aufgrund der jüngsten Gewalteskalation in der Auseinandersetzung mit der MILF unter einer ausgeprägten Konfliktgeschichte.¹²⁶

Trotzdem sind keine gewaltsamen Konflikte im Zusammenhang mit den Umweltvertriebenen aus den Auffanglagern zu beobachten. Die Fallstudie kann das WBGU-Modell also nicht bestätigen. Die Hypothesen H1, H3, H4 und H5 werden von den Untersuchungsergebnissen nicht unterstützt; und das, obwohl die Anzahl der Umweltvertriebenen im Fall Sendong recht hoch war. Insofern wird auch die Aussage der sechsten Hypothese nicht untermauert. Die zweite Annahme kann hingegen weder bestätigt noch nicht bestätigt werden, da die Sendong-Vertriebenen keine ethnischen Spannungen verursacht oder verschärft haben.

¹²⁶ Darüber hinaus haben die Sendong-Vertriebenen die Gegensätze zwischen Christen und Muslimen in Iligan weiter verschärft.

Allerdings sollte man das Modell angesichts dieser Resultate nicht komplett verwerfen. Das wäre erstens verfrüht, denn die WBGU-Autoren betonen, dass die von ihnen entwickelten Konfliktkonstellationen lediglich beschreiben, worauf sich die internationale Politik und Gemeinschaft in Zukunft vorbereiten muss, wenn der Klimaschutz scheitern sollte. Die Konfliktkonstellationen dürften also, wenn überhaupt, dann erst in einigen Jahren tatsächlich zu beobachten sein (WBGU 2007, 14, 140). Mit Sendong wurde zwar ein Fall ausgewählt, der die bevorstehenden klimabedingten Bevölkerungsbewegungen bestmöglich abbilden soll, der zukünftige Klimawandel stellt allerdings hinsichtlich der Geschwindigkeit und Größenordnungen seiner Umweltwirkungen, der hohen Zahl der Betroffenen und den dynamischen Wechselwirkungen der Konfliktkonstellationen eine neue Qualität dar (ebd., 175). Insofern ist der Fall Sendong kein idealer Gradmesser für das Gewaltrisiko der klimabedingten Umweltvertreibung in der Zukunft. Aber nichtsdestotrotz ist der Blick in die Vergangenheit momentan der wohl beste Weg, um Zukunftsaussagen zu treffen (Gleditsch 2012, 16; Salehyan 2008a, 318).

Das WBGU-Modell abzulehnen wäre zweitens aber auch nicht im Sinne des Forschungsfortschritts. Schließlich gibt es bislang kaum gut durchdachte Erklärungsmodelle über den Zusammenhang von Umweltvertreibung und gewaltsamen Konflikten; ganz zu schweigen von einem theoretischen Zugang (siehe Kap. 2.4.5.1). Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sinnvoll, die wenigen bestehenden Erklärungsansätze zu verwerfen. Stattdessen sollten sie ergänzt und weiterentwickelt werden. Zur Weiterentwicklung des WBGU-Modells muss man sich daher die Frage stellen, welche bislang nicht berücksichtigten Faktoren erklären können, dass im Falle Sendongs keine gewaltsamen Konflikte auftraten. Im folgenden zweiten Teil der Fallstudie werden deshalb vier aus dem empirischen Material abgeleitete Einflussbereiche identifiziert, die einen konfliktmindernden Effekt im Kontext der von Sendong ausgelösten Umweltvertreibung hatten: die starke Präsenz der humanitären Gemeinschaft, ein effektives Management der Aufganglager, die positiven Auswirkungen von Umweltvertreibung auf die Aufnahmeregionen sowie die nur sehr schwach ausgeprägte Gewaltfähigkeit der Camp-Bewohner.

5.7.8 Humanitäre Gemeinschaft

Unmittelbar nach Sendong war die humanitäre Gemeinschaft mit mehr als 40 Hilfsorganisationen im Katastrophengebiet im Einsatz (OCHA 2012p, 30). Dazu gehörten

- UN-Organisationen wie OCHA, UNHCR, WFP, das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO);
- internationale Organisationen wie IOM;
- internationale NGOs wie beispielsweise die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung (IFRC) und Oxfam sowie
- nationale und lokale NGOs, zum Beispiel BMFI, EcoWEB und Pailig Development Foundation Inc. (OCHA 2012q).

Ein Großteil der humanitären Gemeinschaft ist dabei bereits vor Sendong in der Gegend präsent gewesen. Denn aufgrund der prekären wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage sind in Mindanao schon seit vielen Jahren zahlreiche internationale, nationale und lokale Hilfsorganisationen aktiv. Sie kümmern sich vornehmlich um die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung sowie um die Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der Region (A2, 17; Evangelista-Leones et al. 2007, 25; OCHA 2011a, 31). In den von Sendong getroffenen Gebieten existierte also bereits eine gewisse Infrastruktur an mit viel Erfahrung und Fachwissen ausgestatteten humanitären Organisationen, auf die man nun im Katastrophenfall zurückgreifen konnte. Daher waren unmittelbar nach Sendong viele humanitäre Helfer schnell vor Ort. Das allein garantierte jedoch noch keine effektive humanitäre Hilfe. Eine hohe Anzahl von Hilfswerken führt schließlich zu Koordinations- und Kooperationsproblemen zwischen den Helfern, in deren Folge die Hilfe nicht immer dort ankommt, wo sie auch am dringendsten benötigt wird. Auf diese Weise entstehen Ungleichverteilungen und Versorgungsengpässe. Folgerichtig konstatiert das WFP: „In Notfalleinsätzen kann effektive Koordination den entscheidenden Unterschied zwischen Versagen und Erfolg der Mission ausmachen“ (WFP 2014). Im Fall Sendong war es daher entscheidend, dass mit dem Eintreffen der zahlreichen humanitären Organisationen gleichzeitig auch das Cluster-System der UN aktiviert wurde.

5.7.8.1 Das UN-Cluster-System

Nach dem Tsunami in Südostasien im Jahr 2004 entwickelte die UN ein Cluster-System, um die Arbeit aller humanitären Akteure in einem Katastrophengebiet besser zu koordinieren und damit effektiver zu gestalten. Hierzu wurden unterschiedliche Cluster bzw. Aufgabenbereiche definiert, die die wesentlichen Grundbedürfnisse der Betroffenen befriedigen. Sie reichen vom Management der Auffanglager bis zur Versorgung der Überlebenden mit Wasser sowie Sanitär- und Hygieneeinrichtungen. Für die einzelnen Cluster ist jeweils eine Hilfsorganisation mit der Leitung beauftragt worden (siehe Tabelle 16). In der Reaktion auf eine Katastrophe ist die Leitorganisation dafür verantwortlich, dass der festgestellte Bedarf in ihrem Arbeitsbereich rasch, effizient und bedarfsorientiert abgedeckt wird und dass alle in dem spezifischen Sektor aktiven Akteure ihre Hilfe koordinieren (ÖRK 2014; Trentmann/Padberg 2009, 36; WFP 2014).

Der Cluster-Ansatz der UN wurde von den Philippinen im Jahr 2007 übernommen und zunächst auf der nationalen Ebene und anschließend auch in Zentralmindanao eingeführt; allerdings mit dem Unterschied, dass die Leitung der einzelnen Cluster nicht den Hilfsorganisationen obliegt, sondern den zentralstaatlichen Regierungsbehörden. Diesen wird wiederum jeweils ein humanitärer Akteur als Ko-Leiter unterstützend zur Seite gestellt (IDMC 2013c, 19; OCHA 2012p, 8, 64). Neben dem Führungsduo setzt sich jeder Cluster aus seinen Mitgliedern zusammen. Das sind vor allem Hilfswerke, aber auch lokale und nationale Regierungsbehörden (siehe OCHA 2011b).¹²⁷

Cluster/Aufgabengebiete	Zuständigkeit
Ernährung	UNICEF
Flüchtlingsschutz, »Protection«	UNHCR
Trinkwasser, Abwasser und Hygiene	UNICEF
Notunterkünfte	UNHCR – bewaffneter Konflikt IFRK – nach Naturkatastrophen
Camp Koordination und Camp Management	UNHCR – bewaffneter Konflikt IOM – nach Naturkatastrophen
Gesundheit	WHO
Bildung	UNICEF, Save the Children U.K.
Früher Wiederaufbau	UNDP
Landwirtschaft	FAO
Telekommunikation (als Dienstleistung)	OCHA, WFP, UNICEF
Logistik (als Dienstleistung)	WFP

Tabelle 16: Die UN-Cluster und ihre zuständigen Organisationen

Quelle:
Trentmann/Padberg 2009

¹²⁷ So besteht zum Beispiel der CCCM-Cluster in Mindanao u.a. aus folgenden Mitgliedern: Office of Civil Defence ARMM, Department of Education ARMM, UNICEF, UNHCR, United Nations Population Fund, WHO, WFP, United Nations Development Programme, OCHA, Community and Family Services International, Save the Children, Oxfam, Mindanao Assistance for Peace and Development, Action Contre la Faim, Mindanao Emergency Response Network, Mindanao Human Rights Action Centre, Nonviolent Peaceforce Philippines (OCHA 2011b, 38).

Als Reaktion auf Sendong hat man das Cluster-System auch in Iligan und Cagayan de Oro etabliert, um eine einwandfreie und effiziente Koordination der humanitären Hilfe zu gewährleisten. Die wesentlichen Cluster wie CCCM, Ernährung und Gesundheit nahmen schnell ihre Arbeit auf. In Iligan kam es jedoch bei der Einrichtung der verschiedenen Arbeitsbereiche aufgrund von Abstimmungsproblemen und Informationsspannen (siehe Kap. 5.7.4.1) zu einigen Verzögerungen (IDMC 2013c, 19; OCHA 2012o, 2 f.; OCHA 2012p, 64).

5.7.8.2 Humanitäre Hilfe

Im Rahmen des Cluster-Systems leisteten zahlreiche Hilfsorganisation mit Unterstützung nationaler und lokaler Regierungsbehörden umfassende humanitäre Hilfe für die Sendong-Überlebenden:

Bezüglich CCCM hat IOM in Zusammenarbeit mit DSWD ein mobilfunkbasiertes Verfahren zur Einschätzung, Analyse und Darstellung der Bedürfnisse und Versorgungslücken in den verschiedenen Auffanglagern angewendet, die sogenannte Displacement Tracking Matrix (OCHA 2012q, 31). Gleichzeitig kümmerten sich IOM-Mitarbeiter um die Camp-Bewohner, zum Beispiel indem sie als Camp-Manager das DSWD bei der Verwaltung der Vertriebenenunterkünfte unterstützten, lebensnotwendige Ausstattungsgegenstände aushändigten sowie Latrinen und Übergangsunterkünfte errichteten (A3, 1, 12; A16, 5; OCHA 2012j, 2). Insgesamt hatte der CCCM-Cluster Mitte 2012 über 2 800 Pakete mit Haushaltsgütern und Hygieneartikeln an die Camp-Bewohner verteilt sowie mehr als 700 Schlafbaracken gebaut (OCHA 2012q, 33).

Zur gleichen Zeit konnte der für die Unterbringung zuständige Cluster gut 2 200 Familien mit Übergangsbehausungen versorgen und überdies mehr als 1 300 Dauerunterkünfte fertigstellen. Des Weiteren hat er an rund 12 200 betroffenen Familien Werkzeugsets zur Reparatur ihrer beschädigten Häuser ausgeteilt (ebd., 86).

Im Rahmen des Wiederaufbaus widmete sich die humanitäre Gemeinschaft zudem der Beseitigung von Trümmern, Schutt und Schlamm in 86 Barangays sowie der Wiederherstellung der Basis-Infrastruktur (OCHA 2012q, 41; OCHA 2012l, 4), während sie im Bildungssektor nicht nur vorübergehende Lernräume errichtete, Klassenzimmer renovierte und Freiwillige zur psychosozialen Betreuung von Kindern anwarb, sondern auch Schulpakete, Lehrmaterial und Schulmöbel verteilte (OCHA 2012q, 3, 14).

Der Cluster für Lebensmittelsicherheit und Landwirtschaft konnte fast 190 000 Überlebende mit lebensnotwendiger Nahrungsmittelhilfe erreichen und knapp 65 000 Schulkinder mit warmen Mahlzeiten versorgen. Außerdem erhielten rund 69 000 betroffene Personen Nahrungsmittelrationen im Rahmen eines *Food-for-Work*-Programms (ebd., 49).

Im Gesundheitssektor richteten die Hilfsorganisationen ein Früherkennungssystem für Krankheiten in den Evakuierungszentren, Übergangslagern und betroffenen Gebieten ein. Darüber hinaus haben sie 17 von den Fluten schwer beschädigten Barangay-Gesundheitszentren Ausrüstungsgegenstände und Versorgungsgüter bereitgestellt. Obendrein wurden nicht nur Gesundheitsposten in den Notunterkünften aufgebaut, sondern ebenso mobile Gesundheitsteams eingesetzt, damit auch die Menschen außerhalb der Auffanglager Zugang zu medizinischer Versorgung hatten. Gleichzeitig kümmerte sich eine Arbeitsgruppe um die psychosoziale Betreuung von über 9 000 Überlebenden, während man im Bereich der Reproduktionsgesundheit 86 medizinische Missionen für mehr als 18 000 Menschen durchgeführt hat. Schließlich wurden noch knapp 22 200 Hygienesets an die Betroffenen verteilt (OCHA 2011e, 3; OCHA 2012q, 13).

Um den Menschen beim Aufbau ihrer Lebensgrundlage zu helfen, hat die humanitäre Gemeinschaft Bargeld an 400 vertriebene Arbeiter im Zuge von *Cash-for-Work*-Maßnahmen ausgegeben, Fähigkeits- und Fertigkeitsschulungen durchgeführt sowie den betroffenen Familien Anschubfinanzierungen für Existenzgründungen angeboten (A3, 14; OCHA 2012k, 3; OCHA 2012m, 3; OCHA 2012q, 12).

Im Logistik-Cluster unterstützen die Hilfsorganisationen den Überland-, Luft- und Seetransport von Hilfsladungen in das Katastrophengebiet. Des Weiteren stellten sie ihre Lagerräume in Manila, Cagayan de Oro, Iligan und Cotabato City für die Zwischenlagerung von Hilfsgütern zur Verfügung (OCHA 2012q, 66).

Der Ernährungs-Cluster hat in den Evakuierungszentren und betroffenen Barangays Untersuchungen auf Unterernährung durchgeführt. Dabei wurden über 300 Kinder mit schwerer oder moderater akuter Mangelernährung entdeckt und erfolgreich behandelt. Insgesamt bekamen 25 000 Kinder unter fünf Jahren Nahrungsergänzungsmittel (ebd., 49, 71).

Die humanitäre Gemeinschaft kümmerte sich aber auch um den Schutz der besonders verwundbaren Vertriebenengruppen wie Frauen, Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen, indem sie insgesamt mehr als 17 000 Familien mit

Schutzsets versorgte.¹²⁸ Im Bereich Kinder- und Jugendschutz umfassten die Hilfsmaßnahmen u.a. die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Vertriebener, die Errichtung kinderfreundlicher Orte und die Bereitstellung psychosozialer Unterstützung. Bei den Frauen konzentrierte sich die humanitäre Hilfe auf den Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zum Beispiel durch die Schaffung von Frauenräumen¹²⁹ und von Anlaufstellen für Frauen in den Auffanglagern, die Anstellung weiblicher Polizisten sowie durch die Einrichtung eines Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen (ebd., 13).

Der WASH-Cluster versorgte die Sendong-Überlebenden mit einem sicheren Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen. Durch Hygieneaufklärungsmaßnahmen und die Verteilung von mehr als 70 000 Familien-Hygiensets trug er dazu bei, dass das vermehrte Auftreten von Durchfallerkrankungen weitgehend verhindert werden konnte (A15, 6; OCHA 2012k, 4; OCHA 2012q, 3, 90).

5.7.8.3 Schlussfolgerungen

Dieser Abschnitt analysiert zunächst, inwiefern die oben, rein deskriptiv, beschriebene Arbeit der Hilfsorganisationen im Rahmen des UN-Cluster-Systems auch tatsächlich wirkungsvoll war. Anschließend wird auf zwei Mechanismen näher eingegangen, über welche die effektive humanitäre Hilfe das Konfliktrisiko von Umweltvertreibung im Fall Sendong gesenkt hat: Ressourcenverfügbarkeit und Governance-Kapazitäten.

Die in den betroffenen Gebieten starke und zum Teil bereits vor der Sturmkatastrophe bestehende Präsenz der Hilfsorganisationen hat eine schwere humanitäre Krise verhindert. Dank ihren Lagerbeständen an Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern sowie ihrer großen Erfahrung mit Nothilfeoperationen haben sie die schnelle und angemessene Versorgung der Sendong-Überlebenden mit den grundlegenden Bedürfnissen weitgehend sichergestellt (A2, 17; A3, 2; A15, 16 f., 24; A19, 2; OCHA 2012o, 2); auch wenn es hier und da zu Ressourcenengpässen kam (siehe Kap. 5.7.1). Die Hilfe der humanitären Gemeinschaft erwies sich vor allem deshalb als sehr bedeutsam, weil die Regierungsbehörden anfangs nicht in der Lage waren, auf die unmittelbaren Sorgen und Nöte der Überlebenden zu reagieren. In den ersten Tagen nach der Sendong-Katastrophe er-

¹²⁸ Diese beinhalten in der Regel ein Radio, eine Lampe und eine Pfeife für Hilferufe (Handicap International 2014).

¹²⁹ Hier werden vor allem Schwangere und junge Mütter medizinisch versorgt und beraten. Ebenso ist dort das Stillen von Babys unter ausreichend hygienischen Bedingungen möglich (CARE 2011).

griffen daher vor allem die Hilfsorganisationen die Initiative und schlossen damit die humanitäre Versorgungslücke, die die überforderten Regierungsbehörden gerissen hatten (A3, 16; A5, 6; A6, 14; A8, 15; A13, 17 ff.; A32, 6). Eine örtliche Regierungsmitarbeiterin gestand offen ein:

It's really good that there are NGO's because the scarcity of resources among the GO's [government organizations, A.B.] will be reinforced. [...] That's why the NGO's really were contributing much on how to cope our situations for the Sendong. Without the NGO's, I don't know. We are still in the tent part of our development, but we are now in the 75 percent. So for that, 65 percent is from the NGO. (A9, 16 f.)

Und auch die nationale Regierung merkt in ihrem Abschlussbericht über Sendong anerkennend an: „The disaster has demonstrated the substantial role and contribution of NGOs/CSOs [civil society organizations, A.B.] in relief, response and early recovery work” (OCD 2012, 64).

Im Fall Sendong haben sich jedoch nicht nur die Hilfsorganisationen bewährt, sondern mit ihnen auch gleichzeitig das Cluster-System, weil es die Arbeit der humanitären Akteure vor Ort erfolgreich koordiniert hat: Dank des Cluster-Systems wurden einerseits humanitäre Versorgungslücken rechtzeitig identifiziert und geschlossen, andererseits Fehl- und Doppellieferungen/-leistungen vermieden (A15, 23; A16, 1; A19, 1 f.; A32, 6; OCHA 2012o, 3).

Im Hinblick auf das WBGU-Modell kristallisieren sich zwei Mechanismen heraus, über die die effektive humanitäre Arbeit der Hilfsorganisationen das Konfliktpotenzial der Umweltvertreibung im Fall Sendong verringerte: Erstens haben die koordinierten Hilfslieferungen die Gefahr von gewaltsamen Konflikten um knappe lebensnotwendige Ressourcen gesenkt: „And imagine CDO [Cagayan de Oro, A.B.] without the presence of INGOs; with the scarcity of resources; without food. So, people would have reacted violently“ (A33, 7). Ressourcenknappheiten waren zwar kein seltenes Phänomen nach Sendong (siehe Kap. 5.7.1), aber dank dem Einsatz der Hilfsorganisationen traten sie nur vorübergehend, stellenweise oder in schwachem Ausmaß auf. Es gibt keine Hinweise auf lang anhaltende, weitverbreitete oder extreme Versorgungsengpässe. Mit anderen Worten: Die humanitäre Gemeinschaft hat das Problem der Ressourcenkonkurrenz im Kontext der Umweltvertreibung zwar nicht beseitigt, aber dafür deutlich entschärft; sie hat die große Not verhindert, die leicht in Gewalt hätte umschlagen können. Der zweite konfliktmindernde Mechanismus von effektiver humanitärer Hilfe bezieht sich auf die Governance-Kapazitäten: Durch die Sicherstellung der Grundbedürfnisse übernahmen die Hilfsorganisationen eine elementare Staatsaufgabe und entlasteten damit die über-

forderten Handlungskapazitäten der staatlichen Institutionen. Die Regierungsbehörden dürften sich daher verstärkt auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie auf die Vermeidung der Entstehung rechtsfreier Räume konzentriert haben. Dadurch könnten gewaltbereite Akteure in den Vertriebenenlagern oder Aufnahme-regionen abgeschreckt worden sein.

5.7.8.4 Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung

Die nicht-staatlichen Helfer hatten jedoch nicht nur über die Erbringung humanitärer Hilfe einen, indirekten, konfliktmindernden Effekt, sondern sie kümmerten sich darüber hinaus auch direkt um die Bearbeitung und Eindämmung von Konflikten, die im Kontext der von Sendong ausgelösten Umweltvertriebung auftraten (A15, 15; A31, 3 f.).

Erstens verminderten sie durch ihre dauerhafte Anwesenheit in den Auffanglagern als Ansprechpartner, Problemlöser und Aufpasser das Konfliktpotenzial zwischen den Camp-Bewohnern untereinander (A11, 9; A33, 21; siehe auch Kap. 5.7.9.2).

Zweitens war die humanitäre Gemeinschaft aber auch darum bemüht, gute Beziehungen zwischen den Camp-Bewohnern und der Bevölkerung der Aufnahme-Barangays zu fördern. Zum Beispiel, indem sie vor der Errichtung neuer Vertriebenenlager die davon betroffenen örtlichen Verantwortlichen und Anwohner nicht nur konsultiert, sondern auch um deren Zustimmung geworben und in den Entscheidungsprozess eingebunden hat. Oder indem sie gemeinsame Aktivitäten wie Sportfeste zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls organisierte (A8, 5, 10; A15, 1; A26, 1). Die Hilfsorganisationen griffen aber notfalls auch direkt in Konflikte zwischen Camp-Bewohnern und ortsansässiger Bevölkerung ein, wie zum Beispiel im Fall der rivalisierenden Jugendbanden (siehe Kap. 5.7.6.2).

Drittens haben die humanitären Helfer obendrein zum Spannungsabbau zwischen Umweltvertriebenen und den lokalen Regierungsbehörden beigetragen. Denn sie setzten sich dafür ein, dass sich die Camp-Bewohner ihrer Rechte bewusst wurden und für diese auch gemeinsam gegenüber der Lokalregierung eintraten. Auf diese Weise reiften mancherorts die vormals schicksalsergebenen Sendong-Vertriebenen zu mündigen Bürgern heran, deren Stimme von den Verantwortlichen gehört und ernst genommen werden musste. Gleichzeitig initiierte die humanitäre Gemeinschaft regelmäßige Gesprächs- und Diskussionsforen, auf denen die Camp-Bewohner ihre Anliegen und Forderungen den lokalen Behörden vortragen konnten (A22, 2, 9, 16). Dadurch wurden die

Partizipationsmöglichkeiten der Umweltvertriebenen gestärkt und Wege zur friedlichen Konfliktaustragung eröffnet.

Insgesamt kann somit konstatiert werden: „The density of NGOs there helps in terms of managing and not allowing the conflict to escalate” (A2, 8). Diese friedensfördernde Wirkung der humanitären Gemeinschaft wurde durch das Cluster-System wohl noch verstärkt:

And when all this cluster committee or cluster groups are formed and sit down, discuss things, established protocols and mechanisms; that somehow really address or minimize tensions, minimize conflicts. (A35, 8)

5.7.8.5 Herausforderungen

Der Fall Sendong zeigt aber nicht nur, dass die Arbeit der nicht-staatlichen Helfer erfolgreich war, sondern auch, dass sie insbesondere mit zwei großen Herausforderungen zu kämpfen hatte.

Die erste bestand darin, auf die Bedürfnisse der Umweltvertriebenen einzugehen, die bei Gastfamilien untergebracht waren oder sich in den entlegenen ländlichen Regionen aufhielten. Während erstere oft nur sehr schwer ausfindig gemacht werden konnten, waren letztere bloß mit großer Mühe zu erreichen. Die Hilfsmaßnahmen der humanitären Gemeinschaft konzentrierten sich daher vorwiegend auf die leicht zu lokalisierenden Camp-Bewohner in den leicht zugänglichen Stadtgebieten. Die Umweltvertriebenen indes, die sich außerhalb der Auffanglager oder im Hinterland befanden, waren hingegen nur nicht ausreichend mit Hilfsgütern versorgt. Dies löste unter den Betroffenen erheblichen Misstrauen aus (OCHA 2012o, 7).

Die zweite, weitaus größere, Herausforderung der humanitären Gemeinschaft betraf die internen Spannungen zwischen den großen, nationalen sowie internationalen, Hilfsorganisationen auf der einen und den kleinen, lokalen NGOs auf der anderen Seite. Sie speisten sich vor allem aus dem Vorwurf an die ausländischen Hilfswerke, eine nur unzureichende Koordinations- und Kooperationsbereitschaft an den Tag zu legen. Die lokalen Helfer bemängelten an den großen Organisationen, dass diese sie in deren Arbeit nicht genügend einbezogen haben. Stattdessen wurden Hilfsmaßnahmen geplant und durchgeführt, ohne die Partnerorganisationen vor Ort zu konsultieren oder sich mit ihnen abzustimmen. Nach Ansicht der örtlichen NGOs gaben die großen ausländischen Organisationen als Hauptgeldgeber die Richtung der humanitären Hilfe vor. Anstatt die Arbeit der lokalen Helfer zu unterstützen, stellten sie diese sogar manchmal infrage, so

der Vorwurf. Bei den kleinen NGOs verbreitete sich daher zunehmend das Gefühl, von den großen Hilfswerken nicht geschätzt und respektiert, sondern vielmehr vernachlässigt, diskriminiert und hinterfragt zu werden (A21, 13 ff.). Eine Mitarbeiterin einer NGO in Iligan fasste die Stimmungslage der örtlichen Helfer mit den Worten zusammen:

So, we have programs also. But here comes big budgets from international organizations. So, there are tendencies that they don't mind your presence. They just implement what they want, without recognizing even your presence that the local NGOs are there. [...] Sometimes we even say that we are just used for data, because they are requesting data so much. (A18, 18)

Das Cluster-System der UN verschärfte die Ausgrenzungs- und Abschottungstendenzen innerhalb der humanitären Hilfsgemeinschaft noch zusätzlich. Denn es beansprucht „eine gewisse ‚Koordinationshoheit‘ der UN“ und lässt bisher ein klares Konzept zur Einbindung nationaler und lokaler Strukturen vermissen (Trentmann/Padberg 2009, 37). Im Falle Sendongs hatte dies zur Folge, dass das Cluster-System die Rolle der lokalen Akteure bei der Katastrophenhilfe geschwächt hat:

So basically, at first, there were a lot of NGO attending the cluster meeting but the NGO also didn't know what's their role in the cluster. [...] Eventually, we'll just be there listening and not really deciding. Then they will create technical working group but basically it's still being run by INGO and LGU [Local Government Units, A.B.]. Though they provided a lot, but I think it's not really that empowering to the local NGO. (A10, 15)

Exemplarisch für die vorherrschende Dominanz der großen ausländischen Organisationen steht die Funktion der IOM im Rahmen des CCCM-Clusters. Offiziell wirkte die IOM bei der Verwaltung der Auffanglager lediglich unterstützend mit. In der Praxis jedoch nahm sie nach Meinung lokaler NGOs eine unumstrittene Führungsposition ein, denn sie bestimmte und regelte weitgehend das Geschehen in den Camps: „So whatever issues in the camps, so it's the IOM who decide“ (A18, 19). Dementsprechend sprach eine örtliche NGO-Mitarbeiterin folgende Handlungsempfehlung aus:

If you would like to make the disaster response more effective: empower the local. So at *all* levels: family, purok [politische Untereinheit einer Barangay, A:B:], barangay, local organizations. [...] If only all these local structures are mobilized response to disaster is actually easier. Because they know the people, they know the context, they know the culture, they know how to do it more effectively. But if external organization will just come in doing this and that; this is what we believe it will really create some problem. (A21, 30 f.; Hervorhebung im Original)

Eine weitere Spannungsquelle offenbart der Vorwurf der lokalen Helfer an die großen Organisationen, dass diese nicht an einer nachhaltigen Entwicklungszusammenar-

beit interessiert waren. Anstatt auf eine langfristige, durchgreifende Verbesserung der sozioökonomischen, ökologischen und politischen Lebensbedingungen der Sendong-Überlebenden abzu zielen, hätten sich viele ausländische Hilfswerke in der Regel auf nur kurzfristig orientierte Nothilfemaßnahmen konzentriert, um sich nach ein paar Monaten aus dem Katastrophengebiet wieder zurückzuziehen. Die örtlichen NGOs fühlten sich deshalb mit dem Wiederaufbau und der nachhaltigen Entwicklungsarbeit weitgehend allein gelassen und überfordert (A6, 12; A7, 20; A10, 17; A18, 18; A21, 11 f.).

5.7.9 Camp-Koordination und Camp-Management

Um die Wirksamkeit der internationalen Hilfsmaßnahmen bei humanitären Krisen zu verbessern, hat die UN ein unabhängiges Expertengremium damit beauftragt, eine Bestandsaufnahme der humanitären Hilfe vorzunehmen. Bezüglich des Managements der Vertriebenenlager stellen die Autoren in ihrem im Jahr 2005 veröffentlichten Abschlussbericht fest:

Almost all recent operations have disclosed a weakness in the sector of camp management. [...] There is a lack of a clear sense of ownership for the broader aspects of working with displaced populations in camp situations. (Adinolfi et al. 2005, 35)

Dieses niederschmetternde Untersuchungsergebnis hatte zur Folge, dass CCCM zu einem der Schlüsselbereiche des neu eingeführten Cluster-Systems der UN wurde. Der CCCM-Cluster zielt darauf ab, Menschen, die aufgrund von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten ihr Zuhause verlassen mussten, sowohl Hilfe und Schutz zu gewährleisten als auch darüber hinaus dauerhafte Lösungen anzubieten (NRC/CMP 2008, 585, 588).

Auf den Philippinen besitzt das DSWD die Leitfunktion für CCCM, während die IOM die Rolle des Ko-Leiters übernimmt. Als Oberaufseher tragen DSWD und IOM die Gesamtverantwortung für alle Evakuierungs- und Übergangslager im Katastrophengebiet. Neben den Leitorganen setzt sich der CCCM-Cluster noch aus einer Vielzahl von Mitgliedern zusammen. Bei Sendong bestand der Cluster aus fast zwei Dutzend Hilfsorganisationen wie das IFRC oder das Wohn- und Siedlungsprogramm der UN (UN-HABITAT). Ihre Hauptaufgaben bestanden darin, die Lebensbedingungen der Umweltvertriebenen in den bestehenden Auffanglagern zu verbessern sowie neue, bessere Übergangsunterkünfte bis zur Fertigstellung der dauerhaften Siedlungen zu planen und zu errichten (OCHA 2012p, 27).

Dabei verfolgte der CCCM-Cluster einen partizipatorischen und auf kollektiven Entscheidungen ausgerichteten Ansatz. Das heißt, die Camp-Bewohner wurden nicht nur in die Entscheidungsprozesse einbezogen, sondern sogar dazu bevollmächtigt, sich eigenständig zu organisieren und Verantwortung zu übernehmen, sodass sie ihre eigenen Angelegenheiten weitgehend selbst regeln konnten, und zwar auf der Basis gemeinsamer Beschlüsse (A3, 9; A9, 4; A12, 6, 9; A14, 10; A21, 24; A33, 15; A34, 1). Ein Mitarbeiter einer internationalen Organisation beschrieb die Grundphilosophie von CCCM bei Sendong folgendermaßen:

[W]e always ensure that there is a collective decision making process and everything that has been decided in the camp is not a top-down project [...]. We always insist on inclusive engagement, participatory process. In every conflict that arises is always subject to the discussion and decision [...]. That's the culture of CCCM; it's a cluster decision, it's a group decision. So whether it's right or wrong it is everybody's accountability. And that has been successfully [...] implemented at the camp level. (A45, 6)

Insgesamt erwies sich das CCCM-Konzept im Falle von Sendong als sehr hilfreich. Es hat Regierungsbehörden und humanitären Hilfswerke eine feste Struktur vorgegeben, sodass in den Vertriebenenlagern keine chaotischen Zustände ausbrachen und sich die humanitäre Situation dort recht schnell normalisieren konnte (A3, 8; A21, 20; A35, 8 f.; A45, 9). Überdies trug CCCM zur Vermeidung gewaltsamer Konflikte und zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung in den Camps bei, zum Beispiel durch Maßnahmen zur Erhöhung der Polizeipräsenz (A6, 10; A12, 9; A19, 9; DSWD/IOM 2012d, 9). Denn CCCM verfolgt einen holistischen Ansatz, das bedeutet,

camp management is not just looking into your food, your health, your water among others. It is *also* looking into how the relationships between and among IDPs and also the peace and order, the security of the whole camp is also being considered in camp management. (A12, 9; Hervorhebung im Original)

Im Folgenden soll auf eine Reihe von Grundbausteinen des CCCM-Konzeptes im Kontext von Sendong näher eingegangen werden, die das Konfliktpotenzial der Umweltvertreibung verringert haben: die CCCM-Führung, die Camp-Manager, die Camp-Leiter, die Camp-Komitees, die Camp-Sicherheitsteams und die Einbeziehung der Barangay-Kapitäne.

5.7.9.1 CCCM-Führung

Die Leitorgane des CCCM-Clusters entfalteten ihre konfliktmindernde Wirkung vor allem auf zweierlei Weise:

Erstens haben sie der Entstehung religiöser Konflikte in den Auffanglagern entgegengewirkt: Die Verantwortlichen von IOM und DSWD waren sich der bestehenden Gegensätze zwischen christlichen und muslimischen Glaubensgemeinschaften in Iligan durchaus bewusst. Daher achteten sie bei der Errichtung der Auffanglager darauf, Christen und Muslime von Anfang an räumlich voneinander zu trennen; entweder, indem sie die Vertriebenenlager in muslimische und christliche Abschnitte unterteilten oder indem sie die beiden Religionsgruppen in unterschiedlichen Einrichtungen unterbrachten (A3, 7; A12, 3 f.; A15, 2; A19, 6). Dabei wurden auch die religiösen Gepflogenheiten der muslimischen Minderheit berücksichtigt. Zum Beispiel hat man den Muslimen einen Ort zum Beten bereitstellt und sie mit zusätzlichen Wasserrationen für die notwendigen rituellen Waschungen versorgt. Ebenso wurde bei der Verteilung von Lebensmittelhilfen darauf geachtet, dass diese den islamischen Speisevorschriften entsprachen, also halal waren (A12, 3f.). Außerdem initiierte die CCCM-Führung regelmäßig Dialoge zwischen christlichen und muslimischen Camp-Bewohnern und bezog bei ihren Diskussionsrunden die traditionellen Führer und Sprecher der Muslime, die sogenannten *datu*, mit ein. Denn sie sind auf den Philippinen vor allem bei der Bearbeitung und Lösung von religiösen Konflikten sehr einflussreich (A12, 4; A19, 8).

Die konfliktmindernde Wirkung der CCCM-Leitorgane beruhte zweitens auf deren Überzeugungsarbeit, die sie bei den Aufnahmeregionen leisteten. Bevor sie ein neues Auffanglager in einer Gegend errichteten, traten IOM und DSWD vielerorts mit den dortigen politischen Verantwortlichen in Kontakt, um ihnen zu erläutern, dass sie sich nicht um die Versorgung der Neuankömmlinge zu kümmern bräuchten, sondern dass diese Aufgabe die Mitglieder des CCCM-Clusters übernehmen würden (A45, 10).

So the camp management [...] plays an important role to give an assurance to the host communities and the constituents that there will be no major problem that they will encounter because of hosting IDPs in their barangay. (ebd.)

5.7.9.2 Camp-Manager

Zur Bewältigung ihrer Aufgabe ernennen die CCCM-Leitorgane DSWD und IOM jeweils ihre eigenen Camp-Manager, die für die Gesamtverwaltung eines oder mehrerer Auffanglager verantwortlich sind. Im Falle von Sendong hat auch das CSWD einige

Camp-Manager gestellt, sodass in manchen Lagern drei verschiedene Camp-Manager anzutreffen waren, von IOM, DSWD und CSWD (A3, 5, 8; A34, 2; IOM 2012a).

Angesprochen auf die Sicherheitslage in den Evakuierungs- und Übergangszentren äußerte sich ein hochrangiger DSWD-Beamter mit den Worten: „There was no riots. It was quite orderly, because [...] we have assigned camp managers” (A6, 10). Die Camp-Manager wirkten zum einen durch ihre bloße permanente Präsenz als Aufseher abschreckend auf potenzielle Unruhestifter und verhinderten damit die Eskalation von geringfügigen Konflikten (A9, 4f.; A11, 8; A44, 8). Zum anderen übernahmen sie auch, neben den Camp-Leitern (siehe Kap. 5.7.9.3), die Rolle des direkten Ansprechpartners und Konfliktmanagers vor Ort. Bei Problemen und Beschwerden konnten die Camp-Bewohner sie in ihrer ständigen Vertretung aufsuchen oder telefonisch kontaktieren, um ihren Ärger loszuwerden. Als Vertreter der verantwortlichen Regierungsbehörden und Hilfsorganisationen erfüllten die Camp-Manager damit eine wichtige Ventilfunktion bei unzufriedenen und frustrierten Camp-Bewohnern (A3, 7; A6, 11; A17, 17; A25, 12). Die Camp-Manager kümmerten sich in der Regel um solche Probleme, die auf der Ebene der Camp-Leiter nicht bearbeitet oder gelöst werden konnten und schalteten gegebenenfalls die CCCM-Führung ein, um eine Verschärfung und Ausweitung von Konflikten zu einem Flächenbrand zu verhindern (A45, 6). So intervenierten sie in Cagayan de Oro, als sich dort eine Aufnahme-region hinsichtlich der Versorgung mit Hilfsgütern gegenüber den Neuankömmlingen benachteiligt fühlte. Die Camp Manager beriefen zunächst eine Versammlung ein, auf der die Betroffenen ihren Unmut äußern durften. Bei den Folgeveranstaltungen wurden dann die CCCM-Führung und die verantwortlichen Barangay-Politiker einbezogen, um Streitfragen miteinander zu diskutieren und zu schlichten. Dadurch konnten die Spannungen zwischen Camp-Bewohnern und Einheimischen frühzeitig aufgegriffen und in friedliche Bahnen gelenkt werden (A44, 1 f.).

5.7.9.3 Camp-Leiter

Um die Verwaltungsarbeit zu erleichtern, wurden die einzelnen Evakuierungs- und Übergangszentren in möglichst gleich große Sektoren unterteilt. Jeder dieser Camp-Abschnitte hat dann aus den eigenen Reihen seiner Bevölkerung einen Camp-Leiter gewählt oder bestimmt; meist Personen, die bereits vor Sendong eine wichtige Füh-

rungsrolle in der Gesellschaft innehatten.¹³⁰ Als oberster Repräsentant und Interessenvertreter der Vertriebenen stellte er sozusagen das Gegenstück zu den Camp-Managern von IOM, DSWD und CSWD dar. Die Camp-Leiter waren vor allem für das Alltagsgeschäft zuständig, während die Camp-Manager den Überblick über die Gesamtlage in den Camps behielten (A3, 6 f.; A15, 1; A45, 6; IOM 2012a; Philippine Daily Inquirer 2011).

Die konfliktmindernde Wirkung der Camp-Leiter beruhte zum einen auf deren Funktion bei der Verteilung von Hilfsgütern. Denn um Chaos sowie Doppel- und Fehllieferungen zu vermeiden, haben die Hilfsorganisationen ihre humanitäre Hilfe nicht direkt an die Betroffenen verteilt, sondern über die Vertriebenen-Vertreter; denn diese konnten den Bedarf der einzelnen Haushalte in ihrem Sektor am besten abschätzen. Die Camp-Leiter stellten also sicher, dass die Hilfe auch da ankam, wo sie dringend benötigt wurde und dämmten somit Ressourcenkonflikte ein (A3, 8 f.; A15, 1).

Die Gefahr gewaltsamer Konflikte wurde von den Vertriebenen-Vertretern zum anderen dadurch verringert, dass sie sowohl Kummerkasten als auch erster und wichtigster Ansprechpartner für die Camp-Bewohner waren. Bei Problemen und Konflikten wandten sich die Umweltvertriebenen in der Regel zunächst an ihre jeweiligen Camp-Leiter. Als gewählte sowie anerkannte und fest in der Camp-Gemeinschaft verwurzelte Führungsfiguren, besaßen sie die nötige Legitimität und Autorität zur Regulierung von internen kleineren Auseinandersetzungen. Bei Konflikten hingegen, die nicht von ihnen gelöst werden konnten, wurden schließlich die Camp-Manager eingeschaltet (A26, 3; A34, 2; A45, 6).

5.7.9.4 Camp-Komitees

Im Rahmen von CCCM werden in den Auffanglager Camp-Komitees gebildet, um die Bedürfnisse und Versorgungslücken der Camp-Bewohner feststellen sowie ihre Hilfsgüterlieferungen besser koordinieren zu können. Die genaue Komitee-Struktur ist dabei von der Größe des jeweiligen Camps abhängig. Jedes Vertriebenenlager besitzt aber zumindest als Grundstruktur ein sogenanntes Camp-Management-Komitee (CMC). Es setzt sich gemeinhin aus den Camp-Managern, Camp-Leitern und einer variablen Anzahl von diversen Beauftragten zusammen, deren Aufgabenbereiche sich an denen des UN-Cluster-Systems orientieren. So gibt es zum Beispiel Beauftragte für WASH, Un-

¹³⁰ Bei der muslimischen Camp-Bevölkerung in Iligan ernannte der Imam die Camp-Leiter; für gewöhnlich waren dies die Clanführer (A3, 7).

terkünfte oder Sicherheit und darüber hinaus auch für Beschwerden. Bei kleineren Auffanglagern, die beispielsweise weniger als 20 Familien beherbergen, können die verschiedenen Arbeitsbereiche auch zusammengelegt und von einem Beauftragten gemeinsam vertreten werden. In größeren Camps ist hingegen für jedes der Tätigkeitsfelder die Bildung von Subkomitees anstelle der Ernennung von Beauftragten möglich (IOM 2012a).

In den ersten Tagen nach Sendong verfügten nur die wenigsten Vertriebenenlager in Iligan und Cagayan de Oro über ein CMC (OCHA 2011c, 11). Aber schon einen Monat später gaben fast alle Camps an, mittlerweile ein CMC gegründet zu haben (DSWD/IOM 2012a, 4). Darüber hinaus wurden mancherorts bis zu zwölf Subkomitees ins Leben gerufen, die regelmäßig zusammentraten und die verschiedenen Arbeitsbereiche des Cluster-Ansatzes weitgehend widerspiegeln (A3, 6; A12, 6 f.; A35, 9 ff.).

Der eingangs erwähnte partizipative Ansatz des CCCM-Konzeptes kam vor allem im Komitee-System zum Ausdruck. Die Camp-Bewohner konnten sich nämlich nicht nur in all den unterschiedlichen Ausschüssen aktiv einbringen, sondern sie wurden dort auch konsultiert und bei der Entscheidungsfindung einbezogen. Die Camp-Gremien stellten sozusagen das Vehikel für die Partizipationsmöglichkeiten der Umweltvertriebenen dar (A3, 8; A12, 6 f.).

Die wesentliche Aufgabe der Komitees bestand darin, den vorherrschenden Bedarf im Camp zu ermitteln und ihn an die Camp-Manager weiterzuleiten, die sich daraufhin wiederum über das CCCM-Cluster mit den zuständigen Hilfsorganisationen und Regierungsbehörden abstimmten, damit die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden konnten (DSWD/IOM 2012j, 7). Und dank der Teilnahme der Camp-Bewohner an den Gremiensitzungen konnten die Bedürfnisse und Sorgen in den Auffanglagern auch schneller und eindeutiger erkannt sowie in Angriff genommen werden (A3, 8).

Der Fall Sendong zeigt, „that protection and assistance needs are more easily addressed if IDPs are well organized into camp committees“ (OCHA 2012r, 29). Das partizipative Camp-Komitee-System stellte also ein effektives Instrument zur Vermeidung von Versorgungsengpässen und Ungleichverteilungen in den Vertriebenenlagern dar und reduzierte somit die Gefahr von Ressourcenkonflikten.

Darüber hinaus sind noch zwei Camp-Komitees hervorzuheben, die einen besonders konfliktmindernden Effekt aufwiesen. Zum einen die Sicherheitskomitees, weil sie zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung in den Camps beitrugen, indem sie die

Aufstellung von Camp-Regeln unterstützten und sich mit der Polizei in Sicherheitsfragen abstimmten (A12, 7; A14, 20; A27, 2; IOM 2012a). Zum anderen die Beschwerdekomitees, da diese nicht nur der Ort waren, an dem die Camp-Bewohner ihren Unmut zum Ausdruck bringen konnten, sondern an dem auch kleinere Streitigkeiten innerhalb der Camp-Bevölkerung sowie Verstöße gegen die Camp-Vorschriften vorgebracht, aufgegriffen und friedlich gelöst wurden (A12, 6; A34, 2; IOM 2012a). Die wiederholte Verletzung der Camp-Regeln – wie zum Beispiel Gewaltvergehen oder Alkohol- und Drogenmissbrauch – führte in einigen Fällen sogar zur Zwangsausweisung der Übeltäter aus dem Lager; allerdings nur am Ende eines festgelegten Verfahrens und auf der Basis kollektiver Entscheidungen, um die Legitimität der Beschlussfassung zu erhöhen (A12, 9 f.; A19, 13; A27, 2; A45, 8).

Insgesamt erwiesen sich die Beschwerdekomitees im Falle von Sendong als sehr hilfreich und wirkungsvoll, wie ein Vertreter einer internationalen Organisation bemerkte:

So there are [in den Beschwerdekomitees, A.B.] persons who take care of these concerns, primarily the camp manager. And then the committee leaders. And of course we and the DSWD supervisors were also involved in addressing this conflicts. [...] the conflicting parties are able to talk it out and settle their problem. So that's it. The presence [...] of the grievance committee was crucial. (A3, 6)

5.7.9.5 Camp-Sicherheitsteams

Aufgrund der unzureichenden Polizeipräsenz gab es ein paar Wochen nach Sendong einen besorgniserregenden Anstieg von Sicherheitsproblemen in den Auffanglagern zu verzeichnen. Die Camp-Bewohner nahmen daher ihre Sicherheit in die eigene Hand und stellten aus Freiwilligen in ihren Reihen Bürgerstreifen auf die Beine, die zum Beispiel durch Nachtpatrouillen für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den Camps sorgten. Die freiwilligen Sicherheitsteams waren aber nicht bewaffnet, sondern lediglich mit Taschenlampen, Uniformwesten und offiziellen Dienstaussweisen ausgestattet. Die Regierung und die internationale Gemeinschaft haben die angehenden Camp-Aufseher mit Sicherheitstrainings und -seminaren unterstützt, in denen ihnen zum Beispiel beigebracht wurde, wie man Konflikte friedlich regelt (A34, 3 ff.; IOM 2012b; OCHA 2012j, 5). An dieser Stelle muss noch erwähnt werden, dass die Bürgerstreifen keinen grundsätzlichen Bestandteil des CCCM-Konzeptes sind, sondern vielmehr einer Idee der Camp-Bewohner in Iligan sowie Cagayan de Oro entsprangen und damit eine Besonderheit im Fall von Sendong darstellten. Die Aufstellung von

Sicherheitsteams in den Auffanglagern war allerdings nur möglich und erfolgreich, weil es für die Menschen auf den Philippinen nichts Ungewöhnliches ist, auch in Nicht-Krisenzeiten durch die Bildung freiwilliger Bürgerwehren für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. So sind die CVOs in vielen Barangays fester Bestandteil des Straßenbildes. Die Camp-Aufseher verkörperten so gesehen lediglich den verlängerten Arm der CVOs (A34, 3 ff.).

Ein entscheidender Faktor für die konfliktmindernde Wirkung der freiwilligen Sicherheitsteams war deren Zusammensetzung; sie bestanden nämlich nicht nur aus Männern, sondern auch aus Frauen. Letztere erwiesen sich im Umgang mit Konflikten nicht zuletzt aufgrund ihrer diplomatischen Herangehensweise und ihrer einfühlsamen Art als besonders geschickt (A34, 1; IOM 2012b). Exemplarisch hierfür steht ein nächtlicher Vorfall in einer Sammelunterkunft in Cagayan de Oro:

On 9 April 2012 around 9:45 PM, Gerry from the host community confronted Tom, an IDP from the camp. Gerry, who appeared intoxicated, accused Tom of an imaginary slight and entered the camp holding two jagged rocks behind his back about the size of a hand. Roving that night were three women members of the safety team. [...] When the three women noticed that Gerry appeared intoxicated and were suspicious of his intentions inside the camp, they immediately acted and intercepted him. The women team asked the outsider to let go of the rocks that he was holding and offered him coffee instead so that they can talk things over. Through the diplomatic and gentle facilitation of the women safety team volunteers, Gerry calmed down and later apologized to the team and to Tom. The women successfully diffused the tension and prevented an incidence of violence to happen. (IOM 2012b)

Dank dem Engagement der Camp-Aufseher konnten die anfangs vermehrt aufgetretenen Sicherheitsprobleme schon nach kurzer Zeit drastisch reduziert werden (A34, 4; DSWD/IOM 2012j, 6). Der Einsatz der Bürgerstreifen hat also zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den Auffanglagern beigetragen und damit die Gefahr gewaltsamer Konflikte verringert.

5.7.9.6 Einbeziehung der Barangay-Kapitäne

Der CCCM-Cluster hat sich nicht nur mit den Aufnahmeregionen eng abgestimmt, sondern auch deren Barangay-Kapitäne in die Arbeitsstrukturen des Camp-Managements stark eingebunden (A9, 8; A12, 12; A34, 2 f.). Denn die Barangay-Kapitäne sind in ihren Gemeinden die anerkannten wie legitimen politischen Führer und spielen somit bei der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung eine einflussreiche Rolle. Als Respektpersonen strahlen sie eine starke Autorität aus:

The barangay officials played a very important role, because these are the people that they really respect, their political leaders. So, when the political leaders said: 'Okay, line up!' they line up. And the political leaders say: 'Clean up!' they clean up. (A6, 11)

Die Barangay-Führer besaßen also bei den Bewohnern der Aufnahme-region eine besondere Machtstellung. Deshalb war ihre Involvierung in das CCCM-Konzept von entscheidender Bedeutung. In Fällen, in denen die Umweltvertriebenen in einem Auffang-lager innerhalb der eigenen Barangay unterkamen, erweiterte sich der Einflussbereich der Dorfvorsteher sogar auf die Camp-Bevölkerung (A3, 4).

Während also die bisher erläuterten Grundbausteine des CCCM-Konzeptes vorwiegend das Konfliktpotenzial innerhalb der Camp-Bevölkerung verminderten, entschärfte die Einbeziehung der Barangay-Kapitäne aus den Aufnahme-regionen vor allem das Spannungsverhältnis zwischen den Camp-Bewohnern und den Einheimischen.

Konkret wirkten die Barangay-Kapitäne in viererlei Hinsicht konfliktmindernd: erstens, indem sie in den in ihrem Zuständigkeitsbereich befindlichen Camps die politische Führung und Verantwortung übernahmen (A12, 12). Somit konnte ein politisches Machtvakuum in den Auffanglagern vermieden werden. Zweitens fungierten die Barangay-Führer als Ansprechpartner vor Ort, wodurch Verhandlungs- und Gesprächskanäle zwischen den Camp-Bewohnern und ihren Gastgebern geschaffen wurden. Der dritte konfliktdämpfende Effekt der Dorfvorsteher bezieht sich auf deren Überzeugungs- und Beruhigungsarbeit, die sie in den Aufnahme-regionen geleistet haben. So beriefen sie Versammlungen ein, auf denen sie mit den anderen Verantwortlichen der Barangay über die Aufnahme der Umweltvertriebenen sprachen. Zudem warben sie bei ihrer Bevölkerung um Verständnis für das Schicksal der obdachlosen Betroffenen und baten im Umgang mit den neuen Gästen um Geduld (A19, 7, 23; A27, 2). Wörtlich konstatierte diesbezüglich eine Regierungsvertreterin:

[T]he efforts of the barangay leaders to make the residents of the host communities understand the situation. I think that really helped in maintaining a minimum peace and order in the area. (A19, 23)

Schließlich beschäftigten sich die Barangay-Kapitäne viertens auch mit der Regulierung und Lösung von ausgebrochenen Konflikten: Bei Auseinandersetzungen zwischen ihren Bürgern und den Camp-Bewohnern griffen sie direkt ein, um zu schlichten, Verhandlungen zu führen und Dialoge zu initiieren (A3, 4 f.; A12, 6 f.; A25, 12).¹³¹

¹³¹ In Iligan wurden mancherorts zusätzlich noch die Glaubensführer der Muslime, die *datu*, einbezogen, da sie bei der Bewältigung von religiösen Konflikten unverzichtbar sind (A19, 8).

5.7.9.7 Herausforderungen

Der erste Kritikpunkt am CCCM-Konzept richtet sich an die Partizipationsmöglichkeiten der Camp-Bewohner. Denn trotz ihrer Einbeziehung bei vielen Entscheidungen des Camp-Managements, war ihr Mitspracherecht in manchen Bereichen nur unzureichend ausgeprägt. Die Camp-Bewohner waren zum Beispiel weder an der Standortauswahl für ihre Umsiedlung beteiligt, noch durften sie mitbestimmen, in welcher Art von Behausung sie untergebracht werden. Der CCCM-Cluster hat zudem die Schließung der Evakuierungs- und Übergangszentren nicht mit der Camp-Bevölkerung abgestimmt (A1, 17; A18, 5; A21, 14; A22, 9). In fast der Hälfte aller Auffanglager wurde die Mehrheit der Umweltvertriebenen nicht über die Auflösung konsultiert (DSWD/IOM 2012a, 8). Sie wussten oft auch nicht ausreichend Bescheid über das Wann, Wo und Wie ihrer bevorstehenden Umsiedlung (A18, 1 ff.; BMFI 2012; OCHA 2012b, 3, 5).

Das zweite Problem von CCCM bestand im Fall Sendong darin, dass durch die stetigen Hilfslieferungen die Selbsthilfe geschwächt und Eigeninitiative verhindert wurde. Die Camp-Bewohner gerieten daher mit der Zeit vermehrt in ein Abhängigkeitsverhältnis (A16, 6; A18, 5; A21, 27; A36, 13). Vereinzelte Versuche von Umweltvertriebenen, ein selbstständigeres und unabhängigeres Leben zu führen, wurden vom CCCM-Cluster unterbunden (A18, 4 f.; A21, 20). Das zeigt das Beispiel einer Gruppe von Sendong-Betroffenen, die sich anstatt in ein Auffanglager zu begeben, lieber selbst helfen wollte und daher nach einer Unterbringungsmöglichkeit außerhalb der Camps Ausschau hielt. Der CCCM-Cluster hat nach Aussage einer lokalen NGO-Mitarbeiterin diese Art von Selbstinitiative jedoch nicht unterstützt:

The CCCM cluster [...] said that ‘No, you cannot do that because we have plans for you. We have evacuation camps intended for you.’ So, it's something like, we are starting already to move, to stand, but there is now the problem that if you do that, then, no more food packs because we will disqualify you for evacuation camp. [...] These people were trying to rise, but because there are guidelines that when you do that, and then you will get out from the camp. (A18, 4 f.)

Die Anwendung des CCCM-Instruments ist also nur kurzfristig und zur Überbrückung von vorübergehenden Notsituationen sinnvoll. Je länger die Auffanglager bestehen, desto größer ist die Gefahr, dass die Eigeninitiative der betroffenen Menschen erlahmt; und umso dringlicher erscheint es, CCCM mit beschäftigungsfördernden Maßnahmen zu flankieren.

Der dritte und letzte Kritikpunkt ist, dass einige Barangays mit der Aufnahme von Umweltvertriebenen überfordert waren (A10, 12; A13, 9; A21, 30; A27, 8 f.), obwohl nach Aussage der Helfer die Bedürfnisse der Camp-Bewohner eigentlich vollständig durch das Cluster-System, allen voran dem CCCM-Cluster, abgedeckt werden sollten:

I mean if you are going to look into the resources of the host communities. Basically the resources intended for their local constituents are not being utilized for IDP [Internally Displaced Persons, A.B.] purposes. Because our IDPs hosted in the barangay we provide *all* their needs *from* the donors, from the camp management perspective. Meaning to say though we make use of your space but we are not going to make use of your resources. So we never. We are going to request some security support from the barangay. It's because they [...] know the place [...]. But other than that in terms of food, in terms of the electricity, water everything is independently provided from the camp management and different clusters. (A45, 14; Hervorhebung im Original)

Tatsächlich haben aber die Neuankömmlinge mancherorts die Ressourcen und Einrichtungen ihrer Aufnahmeregionen überstrapaziert (A3, 24; A18, 17; A22, 20). Zum Beispiel im Gesundheitsbereich, als die Camp-Bewohner in Scharen in die Gesundheitszentren der Barangays strömten, weil es in den Auffanglagern an Medikamenten und, durch den Rückzug der regionalen DOH-Hilfskräfte, zumindest zeitweise auch an medizinischem Personal mangelte. Das Gesundheitssystem der Barangays war für die Bewältigung eines solchen Ansturms jedoch nicht entsprechend ausgestattet (A21, 29; A45, 1). Oder im Bildungssektor, wo die Nutzung von Schulen als Sammelunterkünfte die Schulausbildung der Kinder empfindlich störte. Viele Einrichtungen konnten erst nach mehreren Wochen den normalen Schulbetrieb wieder aufnehmen (A13, 7; A19, 4; A36, 1 f., 6; OCD 2012, 28 f.). Darüber hinaus litt mancherorts auch die Wasserversorgung der Aufnahme-Barangays unter den Umweltvertriebenen, weil letztere, wenn wieder einmal Wassermangel in den Camps herrschte, bevorzugt auf die Wasserressourcen der umliegenden Ortschaften zurückgriffen (A18, 17; A22, 19; A28, 10; A35, 15).

5.7.10 Positive Effekte der Umweltvertreibung

Dieser letzte Kritikpunkt an CCCM unterstreicht noch einmal, dass die Ankunft von Menschen, die aufgrund von Umweltveränderungen ihr Zuhause verlassen mussten, mit zahlreichen Einschränkungen und Nachteilen für die Aufnahme-Barangays verbunden war. Das galt allerdings nicht nur, wie eben gezeigt, hinsichtlich der Ressourcenverfügbarkeit. In den Abschnitten davor wurde bereits deutlich, wie die Präsenz der Umweltvertriebenen ebenso zur Verschärfung der religiösen Spannungen, zur Überlastung

der örtlichen Regierungskapazitäten und zur Entstehung von Konflikten beitrug (siehe Kap. 5.7.2, 5.7.4.2 und 5.7.6.2).

Bei ihren Forschungsempfehlungen bemängeln Gemenne und seine Kollegen (2014), dass sich die bisherige Forschung in erster Linie auf die konfliktfördernden anstatt auf die konfliktmindernden Wirkungen des Klimawandels konzentriert hat (ebd., 6). Exemplarisch hierfür steht die Debatte über Umweltvertriebene, in der für gewöhnlich nur über deren potenziellen negativen Auswirkungen gesprochen wird (siehe Kap. 2.4.5). Die Wissenschaftler fordern deshalb ein Umdenken:

The focus now, we suggest, should shift to understanding the climate-security nexus for what it is, rather than as a normative argument to influence mitigation policy. Thus, more emphasis needs to be put on the factors for peace and cooperation, and on the capabilities of people and institutions, rather than just on the threats and risks. (Gemenne et al. 2014, 6)

Dieser Abschnitt betont im Folgenden daher die friedensfördernde Wirkung von Umweltvertriebenen, indem er deren bisher außer Acht gelassenen positiven Effekte auf die Aufnahmeregionen näher beleuchtet, und zwar in den Bereichen Hilfsgüterversorgung, (WASH-) Infrastruktur, wirtschaftlicher Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit.

Die Helfer vor Ort erkannten frühzeitig, welches Konfliktpotenzial zwischen den Camp-Bewohnern und der einheimischen Bevölkerung bestand und haben letztere daher in das Umfeld der Hilfsmaßnahmen einbezogen. In Macasandig zum Beispiel wurden im Zuge der Lebensmittelverteilungen für die Umweltvertriebenen ebenso Nahrungsrationen an die Einwohner der Aufnahme-Barangay ausgegeben. Vielerorts ist die ansässige Bevölkerung zudem bei den Wasserlieferungen berücksichtigt worden, was zu einem merklichen Spannungsabbau beigetragen hat. In anderen Gegenden wiederum konnten die Einheimischen die für die Camp-Bewohner installierten Wasserpumpen mitbenutzen oder an deren *Food-for-Work*-Programmen teilnehmen (A2, 13; A3, 4, 9; A9, 10; A10, 13; A12, 10 ff.; A15, 6; A17, 3; A19, 20; A44, 1).

Darüber hinaus führte die Präsenz von Auffanglagern zu einem Ausbau der lokalen Infrastruktur. Einige Aufnahmeregionen waren beispielsweise nun deutlich besser zu erreichen, weil der öffentliche Nahverkehr aufgrund des vorübergehenden Bevölkerungszuwachses erweitert und das Netz an Zufahrtsstraßen ausgebessert wurde. Mancherorts profitierten die Aufnahme-Barangays sogar von einer Verbesserung der WASH-Infrastruktur, indem man ihnen die sanitären Einrichtungen und Wasserversorgungssys-

teme der Camp-Bewohner nach deren Auszug für den weiteren Gebrauch überließ (A12, 10 f.; A15, 6; A45, 1 f.).

Hinzu kam, dass die Aufnahmeregionen auch wirtschaftlich profitierten. Denn der Zustrom von Umweltvertriebenen samt deren humanitären Helfern steigerte den Umsatz der örtlichen Geschäfte, Läden und gastronomischen Betriebe (A10, 14; A15, 6; A19, 22; A45, 12). So erfuhr zum Beispiel die gastgebende Barangay Luinab in Iligan wenige Wochen nach Sendong einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung, in dessen Folge sich die Einnahmen aus der Gemeindesteuer verfünffachten, wenn auch von einem sehr niedrigem Niveau aus (A13, 10).

Außerdem waren mit den Camp-Bewohnern auch zahlreiche Hilfsorganisationen in die Region gekommen. Dies eröffnete den Aufnahme-Barangays die Möglichkeit, mit den, ihnen zum Teil bisher unbekannten, Mitgliedern der humanitären Gemeinschaft in Kontakt zu treten, ihnen ihre Sorgen wie Nöte mitzuteilen und sie für eigene Entwicklungsprojekte in der Gegend zu gewinnen (A12, 12; A26, 3). Eine als Auffanglager dienende Schule in der Barangay Tambacan in Iligan ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Präsenz von Umweltvertriebenen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen der Einheimischen führen kann, wie die Ausführungen eines Mitglieds der dortigen Schuldirektion zeigen:

We were familiarized with a lot of NGO's because of Sendong. Before Sendong we don't know about Save the Children, we don't know about Feed the Hungry, we don't know about IOM. So only after Sendong we knew about them. [...] The Save the Children, last week or two weeks ago, they met with the division people; the division office department because they want to help in a way. They promised to help us the water system, the drainage system. [...] Feed the Hungry also; three weeks ago, went here. We were picked as one of the schools recipient. They want to build two classroom. One building, two classrooms. So because of Sendong, we were exposed to these NGOs and in a way, we are thankful. (A36, 19 f.)

5.7.11 Gewaltmotiv und -fähigkeit der Camp-Bewohner

Es ist plausibel anzunehmen, dass der Schlüssel zum besseren Verständnis der Konfliktwirkungen von Umweltvertreibung bei den Umweltvertriebenen selbst zu finden ist. Erstaunlicherweise setzt sich keiner der sechs Einflussbereiche des WBGU-Modells intensiver mit dieser zentralen Personengruppe auseinander, sondern vielmehr mit den Rahmenbedingungen, in die diese eingebettet ist. Der Erklärungsansatz des WBGU konzentriert sich vornehmlich auf Strukturvariablen und vernachlässigt dabei die Rolle der Prozessfaktoren. Infolgedessen sind die Umweltvertriebenen bzw. ihre inneren Ent-

scheidungsvorgänge- und -prozesse weitestgehend unbekannt; wie eine *Black Box*, in die man nicht hineinschauen kann und von der keiner weiß, was sich darin abspielt. Dieser letzte Abschnitt öffnet diese *Black Box* ein Stück weit, indem er die Ausprägung der Gewaltmotivation und der Gewaltfähigkeit bei den Sendong-Vertriebenen näher beleuchtet.

5.7.11.1 Gewaltmotiv

Die bisherige Analyse von Sendong liefert keinerlei Hinweise für das Auftreten von habgierigem Verhalten. Vielmehr hatten die Sendong-Vertriebenen mit Not und Leid zu kämpfen. In Anlehnung an Collier und seine Forscherkollegen (2006) konzentriert sich dieser Abschnitt daher auf gesellschaftliche Unzufriedenheit als zentrales Gewaltmotiv.

Bei den Camp-Bewohnern sind vor allem zwei große Missstände zu verzeichnen: zum einen ihre schwierige humanitäre Lage und zum anderen, dass sie von Sendong besonders stark getroffen worden waren.

HUMANITÄRE LAGE

Die humanitäre Situation der Camp-Bewohner war, wie zu Beginn dieses Kapitels bereits beschrieben, geprägt von Wasserknappheit, dürftigen sanitären Einrichtungen, unregelmäßigen Lebensmittellieferungen, Problemen bei der medizinischen Versorgung, unangemessenen Behausungen und wenigen Erwerbsmöglichkeiten (siehe Kap. 5.7.1). Dazu gesellte sich noch eine Reihe anderer Probleme, die die Lebensbedingungen in den Evakuierungs- und Übergangslagern noch zusätzlich erschwerten, beispielsweise die unerträgliche Hitze in den Zelten, die andauernde Lärmbelästigung und die fehlende Privatsphäre (A14, 1; A15, 13; A16, 3; A17, 16). Gleichzeitig gab es Versorgungseingänge bei wichtigen Haushaltsgegenständen wie Hygieneartikeln, Koch- und Essgeschirr sowie Decken und Schlafmatten (DSWD/IOM 2012a, 8 f.). Ferner kam es in manchen Camps zu Überschwemmungen, weil diese noch kein ausreichendes Entwässerungssystem besaßen (A3, 13; A14, 1; A15, 14). Das ist besonders tragisch, wenn man bedenkt, dass die Betroffenen immer noch von der durch Sendong ausgelösten Flutkatastrophe traumatisiert waren (A12, 1; A15, 25; A18, 1). Und schließlich litten die Camp-Bewohner auch darunter, dass viele der Vertriebenenlager, insbesondere in den Anfangsmonaten, hoffnungslos überfüllt waren (A3, 11; A19, 1; OCHA 2011c, 11; OCHA 2011f, 4). So hatten gut einen Monat nach der Katastrophe fast 60 Prozent der Unter-

künfte sehr viel mehr Menschen aufgenommen, als sie verkraften konnten (DSWD/IOM 2012a, 3). Dieses Problem bekam man erst über ein halbes Jahr später in den Griff (DSWD/IOM 2012k, 4).

Die humanitäre Lage in den Camps war also vielerorts recht prekär. Allerdings muss an dieser Stelle einschränkend hinzugefügt werden, dass die Camp-Bewohner bereits vor Sendong mit extrem schwierigen Lebensbedingungen konfrontiert waren. Denn sie stammten üblicherweise aus den besonders armen Bevölkerungsschichten der städtischen Elendsviertel, welche mangels finanzieller Möglichkeiten keine andere Wahl hatten, als in den Evakuierungszentren Unterschlupf zu finden. Der wohlhabendere Bevölkerungsteil hingegen flüchtete in Hotels oder kam bei Verwandten und Freunden unter (A2, 4; A3, 11; A7, 5; A9, 7; A15, 3 ff.; A19, 12 f.; A33, 10; A45, 3; OCD 2012, 13 f.). Ein hoher Regierungsmitarbeiter brachte diesbezüglich zum Ausdruck:

The economic grouping, if we categorize that A, B, C, D, E. E being the poorest of the poor, the D, E the poorest of the poor, you will see in the evacuation centers the D and E. The A, B victims, they can immediately take care of themselves. The C groups can be absorbed by their families. They will not stay in the camp. They will stay in their relatives. They will stay in their families. So, if you look into the composition of the camp, these are the D and E economic groups. (A6, 19)

Die Aussage eines NGO-Helfers weist in eine ähnliche Richtung: „We assume that the base start where people started even before displacement, the zero base, is already a life of dignity. But it's not” (A2, 3). Viele sind vor Sendong nur mit dem täglichen Überleben beschäftigt gewesen; ihr Alltag in den Elendsvierteln von Iligan und Cagayan de Oro war geprägt von Überbevölkerung, Not, Armut, Arbeitslosigkeit, Existenzängsten und schäbigen sanitären Einrichtungen (A9, 13; A19, 12 f.; A45, 3; OCD 2012, 13).

Vergleicht man die humanitäre Lage der Betroffenen in den Camps mit ihren Lebensbedingungen vor Sendong, ist sogar in einigen Bereichen eine Verbesserung festzustellen. Das gilt zum einen hinsichtlich ihrer Unterbringungssituation: Während sich in den Slumgebieten nicht selten bis zu drei Familien eine Unterkunft hatten teilen müssen, lebte in den Evakuierungs- und Übergangslagern jede Familie in einem Zuhause für sich allein. Überdies konnten viele Camp-Bewohner darauf hoffen, in naher Zukunft ein eigenes schlüsselfertiges Haus in einer dauerhaften Siedlung zu besitzen (A3, 15; A17, 18; A18, 10 ff.; A24, 12; A42, 4). Die weggeschwemmten Häuser hingegen, in denen sie zuvor gewohnt hatten, hatten ihnen in der Regel nicht gehört, sondern waren von ihnen nur gemietet oder mitgenutzt worden (A8, 7 f.; A18, 10; A45, 3). Zweitens wurden die Menschen in den Auffanglagern nicht nur besser medizinisch betreut, sondern auch bes-

ser mit Lebensmitteln sowie den nötigsten Haushaltsgegenständen und Hygieneartikeln versorgt als vor ihrer Vertreibung:

But if you put the context, this one thing with the standards. [...] if you look at where they were before disasters, more often, it's even lower. [...] So, you're not meeting the standards, but then, you're able to provide a little better than before. [...] In terms of food, so, it's still much better 'cause for many of them, you know, they live in lesser than a Dollar a day, before the displacement. And sometimes they eat what, once a day, twice a day. In the camps, they eat three times a day, sometimes more, okay. [...] There are a lot of health issues in the camps. But again, I think they were able to see doctors more often in the camps than what they're used to. (A2, 12)

Some of them have only one pail, one kettle, one blanket, one mat. Before the flood. Now they have so many blankets, so many mats, so many kettles, so many basins. In other words, they are a lot better now than they were before. [...] those who were really poor are now a little better than they were. (A42, 4)

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Insgesamt litten die Betroffenen in den Auffanglagern unter schwierigen Lebensbedingungen, auch wenn sich diese im Vergleich zu denen vor der Katastrophe zum Teil verbessert hatten. Beurteilt man also das Gewaltmotiv anhand der humanitären Lage, so war dieses bei der Camp-Bevölkerung nun zwar schwächer ausgeprägt als bei den Slumbewohnern davor, es blieb aber weiterhin auf recht hohem Niveau.

BETROFFENHEIT

Darüber hinaus wurde das Gewaltmotiv der Menschen in den Auffanglagern dadurch verstärkt, dass sie von Sendong besonders stark getroffen worden waren. Wie bereits erwähnt, gehörten sie vor dem Taifun zur notleidenden Bevölkerung; und diese war gegenüber Naturkatastrophen äußerst verwundbar. Denn weil sie nirgendwo sonst hingehen konnten, befand sich der Wohnort der Slumbewohner in den katastrophengefährdeten Gebieten in unmittelbarer Küsten- oder Flussnähe. Hinzu kam, dass die von Armut geplagten Menschen dort in provisorisch gebauten Unterkünften aus nur leichten Materialien wie Holz lebten, die den Wassermassen nicht standhalten konnten.¹³² Daher stammten auch die meisten der 1 500 Todesopfer aus den Elendsvierteln (A3, 11; A7, 1 f.; A8, 7 f.; A9, 7; A15, 5; A25, 11; IDMC 2013c, 4, 13 f.; OCD 2012, 12). Überdies stellte das Zuhause zugleich auch Lebensgrundlage dar, denn viele Menschen in den Armensiedlungen betrieben in ihren Unterkünften kleine Geschäfte und Werkstätten

¹³² Nur die wenigsten konnten dabei auf Entschädigungszahlungen hoffen, weil sie die hierfür notwendigen Eigentumsnachweise besaßen (A38, 4 f.; IDMC 2013c, 14).

(OCD 2012, 11). Deshalb verloren sie in der Nacht von Sendong mit ihrem Zuhause gleichzeitig auch ihre Einkommensquelle:

Although TS [Tropical Storm, A.B.] Sendong may not have a significant effect on the formal labor and employment conditions of the region at the macro level, it destroyed the sources of income and livelihood of the poorer families in the informal sector, particularly those who had small sari-sari stores, home-based or small scale food processing and handicrafts and/or those who lost their backyard animals and other land/agriculture-based assets. (ebd., 56)

Eine Hilfsorganisation stellt daher auch fest, dass „low income classes have been among if not the most affected by the storm” (IMPACT 2012, 20).

FAZIT

Die Camp-Bewohner besaßen aufgrund ihrer schlechten humanitären Lage sowie ihrer durch Sendong erlittenen hohen materiellen und menschlichen Verluste ein starkes Gewaltmotiv – einerseits.

Andererseits verhinderte jedoch die philippinische Mentalität weitestgehend, dass die Not und das Leid der Betroffenen schließlich in Zorn, Frust und Unmut umschlugen. Die Resilienz der Filipinos ist sehr stark ausgeprägt, vor allem deshalb, weil sie es gewohnt sind, mit Krisensituationen umzugehen. Hinzu kam, dass sich die Lebenseinstellung der Menschen auf den Philippinen stark an dem Prinzip *bahala na* orientiert. Das heißt, sie sind besonders streng in ihrem jeweiligen Glauben verwurzelt und sehen ihr Schicksal in den Händen Gottes liegen. Deshalb nehmen sie selbst schwerste Schicksalsschläge fatalistisch hin, anstatt mit ihnen zu hadern und nach Schuldigen oder Verantwortlichen zu suchen. Ein Unglück wie Sendong wird von vielen als Strafe Gottes für ihre Sünden betrachtet; als eine göttliche Prüfung, die man bestehen muss (A2, 9; A25, 13; Hart 1966, 66; Ramos 2004, 272; Schmieder 2012). Andererseits bedeutet *bahala na* aber ebenso, dass die Filipinos fest daran glauben, dass es schon irgendwie gut gehen, dass Gott es letztlich richten wird (Kelley/Fitzsimons 2000, 223; siehe auch Leininger 1995; Orque 1983). Dieses starke Gottvertrauen führte daher im Fall Sendong auch dazu, dass die Camp-Bewohner recht optimistisch auf ihre Zukunft blickten (A19, 14; A23, 7; A33, 17). „I hope and I pray“, brachte es einer auf den Punkt (A23, 7).

Die hohe Toleranzschwelle gegenüber gesellschaftlichen Missständen kann also zum Teil erklären, warum die Menschen in den Auffanglagern trotz ihrer hohen Gewaltmotivation letztlich nicht gewaltsam agierten. Eine weitere Erklärung liefert ihre geringe Gewaltfähigkeit.

5.7.11.2 Gewaltfähigkeit

Zwar erhöhten die Auffanglager auf der einen Seite die Gewaltfähigkeit der Umweltvertriebenen, indem sie deren Organisationspotenzial verbesserten. Die Massenunterkünfte hatten nämlich zur Folge, dass sich die obdachlos gewordenen Menschen nicht wahllos über dem gesamten Katastrophengebiet verteilten, sondern an verschiedenen Orten in konzentrierter Anzahl aufhielten. Hinzu kam, dass mit dem CCCM-Konzept eine Camp-Struktur etabliert wurde, die darauf ausgerichtet war, das Selbstorganisationspotenzial der Camp-Bewohner zu stärken (siehe Kap. 5.7.9).

Auf der anderen Seite verfügten die Camp-Bewohner aber über ein nur sehr geringes Grundniveau an Gewaltfähigkeit. Denn als die Ärmsten der Armen aus den Elendsvierteln in den Hochrisikogebieten und als Menschen, die in der Vergangenheit schon mehrmals vertrieben wurden,¹³³ gehörten sie bereits vor Sendong zu dem im höchstem Maße marginalisierten Teil der Gesellschaft; das heißt, sie stellten eine soziale Randgruppe dar, die weder die Mittel noch die Möglichkeiten besaß, um sich Gehör zu verschaffen oder gesellschaftlichen Einfluss auszuüben (A3, 11; A6, 19; A9, 7; A11, 11; A15, 3; A19, 13; A25, 11; A33, 10; A45, 3). Die ohnehin geringe Gewaltfähigkeit der marginalisierten und besonders verwundbaren Gruppen hatte sich durch ihre von Sendong ausgelöste Vertreibung noch weiter verringert, weil sie aus ihrer bestehenden Gemeinschaft herausgerissen wurden und sich zudem nun nicht mehr in ihrer gewohnten Umgebung befanden. Ihnen fehlte damit der in Konfliktsituationen benötigte sichere Rückzugsort (A11, 11; A12, 2). In den Camps waren die Menschen daher vorwiegend damit beschäftigt, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und ihre Lebensgrundlage wieder neu aufzubauen (A7, 1, 6; A14, 6). Bei einer Gruppendiskussion in einem Auffanglager in Iligan äußerten sich die Bewohner diesbezüglich mit den Worten: „We are busy. So we cannot fight against the other. [...] Busy with livelihood, so no quarreling within members of the camp” (A14, 6). Im Sinne Suhrkes (1993, 1994) verkörperten die Camp-Bewohner somit in erster Linie traumatisierte Flutopfer, die sich aus sozial schwachen sowie besonders bedürftigen Personen zusammensetzten und deren Gewaltfähigkeit insofern äußerst schwach ausgeprägt war.

Hinzu kam, dass sich aufseiten der Umweltvertriebenen keine Führungsfigur herauskristallisierte, mit der sich die Betroffenen identifizieren oder hinter der sie sich ver-

¹³³ 80 Prozent der Vertriebenen in Iligan mussten mehrere Male ihr Zuhause verlassen, in Cagayan de Oro lag diese Zahl mit 75 Prozent nur unwesentlich darunter (IDMC 2013c, 14).

sammeln konnten. In den einzelnen Sammelunterkünften gab es zwar zahlreiche respektierte Camp-Leiter, aber keiner von ihnen hob sich als *primus inter pares* hervor, der den gemeinsamen Kurs hätte vorgeben und den Interessen der Camp-Bewohner Ausdruck verleihen können. Überdies fehlte den Menschen in den Evakuierungs- und Übergangslagern der politische Rückhalt. Sie besaßen in der lokalen wie nationalen Politik und Verwaltung keine mächtigen Verbündeten, mit deren Hilfe sie ihre inhärente Schwäche und Machtlosigkeit hätten überwinden können (A17, 11). Die Regierungsbehörden vor Ort waren selbst schwach, machtlos und von der gesamten Situation überfordert (siehe Kap. 5.7.4.2). Hinzu kam, dass sich die lokalen Verantwortlichen von den Camp-Bewohnern weitaus weniger Vorteile versprachen als von den dauerhaften Siedlern. Denn da erstere nur vorübergehend in der Region lebten, stellten sie weder ein lukratives Wählerpotenzial dar – das womöglich in dem von Patronage gekennzeichneten politischen System für die Amtsinhaber leicht zu erschließen gewesen wäre –, noch hatten sie eine Erhöhung der sogenannten Internal Revenue Allotment (IRA) zur Folge. Diese Steuerzuteilung ist eine wichtige Einnahmequelle für die Barangays und ihr Ertrag hängt von der Bevölkerungsgröße ab (A9, 14; A33, 34).

Die Gewaltfähigkeit der Camp-Bewohner war also insgesamt betrachtet nur sehr schwach ausgeprägt. Der hohen Gewaltmotivation der Betroffenen standen also nicht nur deren religiös und erfahrungsbasierte seelische Widerstandsfähigkeit gegenüber, sondern auch deren geringe Gewaltfähigkeit.

5.7.12 Zusammenfassung

Die Fallstudie untersucht zunächst die Einflussbereiche, denen die WBGU-Forscher in ihrem Modell eine Schlüsselfunktion bei der Erklärung des Zusammenhangs von Umweltvertreibung und gewaltsamen Konflikten zuschreiben.

Hinsichtlich der Ressourcenverfügbarkeit mangelte es in den Auffanglagern vor allem an sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Selbst acht Monate nach Sendong beklagten sich die Umweltvertriebenen in gut einem Drittel der noch bestehenden Unterkünfte über die unzureichende Verfügbarkeit von Trinkwasser. Aber auch außerhalb der Evakuierungs- und Übergangslager gab es Probleme mit der Wasserversorgung. Darüber hinaus fehlte es den Camp-Bewohnern an Medikamenten, angemessenen Behausungen und Erwerbsmöglichkeiten. Lebensmittel waren zwar grundsätzlich

genug vorhanden, allerdings erfolgten die Nahrungsmittellieferungen vielerorts nur unregelmäßig. Gleichzeitig wurde der Nährwert der Essensrationen bemängelt.

Beim Einflussbereich der Ethnizität ist festzuhalten, dass die Umweltvertreibung im Kontext von Sendong die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen nicht verschlechtert hat. Allerdings vertiefte sie die bestehenden Gräben zwischen Christen und Muslimen in Iligan. So fühlten sich die muslimischen Umweltvertriebenen sowohl in als auch außerhalb der Auffanglager bei der Verteilung von Hilfsgütern durch die christlich dominierte Lokalregierung vernachlässigt.

Die Aufnahme-regionen reagierten einerseits sehr gastfreundlich auf die Neuankömmlinge. Vor allem unmittelbar nach der Sendong-Katastrophe gab es einen starken Solidarisierungseffekt innerhalb der philippinischen Bevölkerung. Die Umweltvertriebenen stießen bei den Anwohnern auf viel Mitgefühl und Hilfsbereitschaft, vor allem aber hatten sie die Unterstützung der Barangay-Kapitäne. Andererseits nahm mit der Zeit die Gastfreundschaft vieler Ankunftsgebiete spürbar ab. Die Präsenz der Massenunterkünfte wurde zunehmend als Belastung empfunden. Die Einheimischen zeigten immer weniger Verständnis und beschwerten sich zunehmend über ihre neuen Mitbürger. Vielerorts betrachteten sie die Umweltvertriebenen als Bedrohung für die Sicherheit und Ordnung der Aufnahme-region.

Die Governance-Kapazitäten waren mit dem Ausmaß von Sendong und den damit einhergehenden Umweltvertriebenen heillos überlastet. Das galt insbesondere für die Kapazitäten der lokalen Regierungsstellen. Sie wurden von dem Tropensturm absolut unvorbereitet getroffen. Denn Taifune kommen in dieser Region äußerst selten vor, erst recht solche, deren Ausmaß so verheerend ist wie bei Sendong. Eine derartige Katastrophe lag für die meisten Menschen in Mindanao außerhalb ihrer Vorstellungskraft. Effektive Frühwarnsysteme sowie Notfall- und Evakuierungspläne existierten daher nicht; Pläne für Katastrophenrisikominderung und -management wurden nicht umgesetzt. Die lokalen Reaktionskapazitäten waren total überlastet; in Iligan vor allem hinsichtlich der Wiederansiedlung der Umweltvertriebenen und in Cagayan de Oro insbesondere in Bezug auf die Durchführung von Nothilfemaßnahmen. Es fehlte an Personal, Ausrüstung und Geld. Hinzu kamen Kompetenzgerangel und Abstimmungsschwierigkeiten mit den nationalen Regierungsstellen.

Bezüglich der Konfliktgeschichte wiesen in den Jahren vor Sendong zumindest die Aufnahme-regionen der Stadt Iligan City gewaltsame Konflikte auf. Denn die Küsten-

metropole war einer der Schauplätze der letzten Gewalteskalation zwischen der philippinischen Regierung und den Rebellen der MILF im Jahr 2008. Cagayan de Oro konnte hingegen auf eine friedliche Vergangenheit zurückblicken.

Hinsichtlich der postulierten Wirkung des WBGU-Modells liefert die Analyse keine Hinweise auf gewaltförmige Auseinandersetzungen, die in Verbindung mit den Sendong-Vertriebenen aus den Evakuierungszentren und Übergangslagern standen. Es gab zwar zahlreiche Konflikte sowohl innerhalb der Camp-Bevölkerung als auch zwischen den Camp-Bewohnern einerseits und den Einheimischen oder der Stadtregierung andererseits – zum Beispiel um knappe Ressourcen, über die Benutzung öffentlicher Einrichtungen oder auch bezüglich des nur langsam voranschreitenden Wiederaufbauprozesses. Aber all diese Konflikte eskalierten letztlich nicht gewaltsam im Sinne, dass es gelegentlich zum Einsatz von Waffengewalt zwischen zwei kollektiven Akteuren kam. Allerdings hatten die Auffanglager in den ersten Monaten nach der Sendong-Katastrophe durchaus mit einigen Sicherheitsproblemen zu kämpfen, wie beispielsweise Alkohol- und Drogenmissbrauch, Raubüberfälle, Diebstahl sowie sexuelle und gewaltsame Übergriffe gegenüber Frauen und Kindern.

Es zeigt sich also, dass im Beispiel Sendongs die Schlüsselfaktoren, die gemäß dem WBGU das Konfliktrisiko bei Umweltvertreibung erhöhen, weitgehend vorhanden sind. Trotzdem können keine gewaltsamen Konflikte im Zusammenhang mit Umweltvertriebenen festgestellt werden. Der Fall Sendong kann somit das WBGU-Modell nicht bestätigen. Offensichtlich lässt es einige wichtige intervenierende Faktoren außer Acht. Zur Erklärung des Untersuchungsergebnisses identifiziert die Fallstudie daher in einem zweiten Analyseschritt vier Einflussbereiche, die einen konfliktmindernden Effekt im Kontext der von Sendong ausgelösten Umweltvertreibung hatten.

Erstens die starke und effektive Präsenz humanitärer Helfer im Rahmen des Cluster-Systems der UN: Unmittelbar nach Sendong waren zahlreiche Hilfsorganisationen im Einsatz. Sie kümmerten sich um die wichtigsten Grundbedürfnisse der Betroffenen wie Essensversorgung, WASH, Gesundheit und Unterbringung. Das Cluster-System der UN hat die Arbeit der humanitären Gemeinschaft dabei erfolgreich koordiniert, sodass Fehl- und Doppellieferungen bzw. -leistungen weitgehend vermieden werden konnten. Auf diese Weise verhinderten die Hilfswerke eine schwere humanitäre Krise; sie füllten die humanitäre Versorgungslücke, die die überforderten Regierungsbehörden gerissen hatten und dämmten damit die Gefahr von gewaltsam eskalierenden Ressourcenkonflikten

ein. Darüber hinaus griffen die Hilfsorganisationen auch direkt in Konflikte ein, um sie zu schlichten und in friedliche Bahnen zu lenken.

Konfliktmindernd wirkte sich zweitens das erfolgreiche, auf Partizipation und kollektiven Entscheidungen ausgelegte Camp-Management aus. Dies beinhaltete

- eine CCCM-Führung, die für religiöse Konflikte in den Auffanglagern sensibilisiert war und wichtige Überzeugungsarbeit in den Aufnahme-Regionen leistete;
- Camp-Manager und Camp-Leiter, die als Aufseher, direkter Ansprechpartner vor Ort, Kummerkasten, Problemlöser und Konfliktmanager fungierten;
- Camp-Komitees, die einerseits die Bedürfnisse in den Massenunterkünften schnell ermittelten, um Versorgungsengpässen und Ungleichverteilungen frühzeitig entgegenwirken zu können und die andererseits sowohl den Unmut der Camp-Bewohner ventilierten als auch campinterne Konflikte friedlich bearbeiteten;
- die Aufstellung von freiwilligen und unbewaffneten Camp-Sicherheitsteams, die für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den Vertriebenenlagern sorgten und
- die Involvierung der Barangay-Kapitäne aus den Aufnahme-Regionen, was zum Abbau der Spannungen zwischen Camp-Bewohnern und Einheimischen beitrug.

Den dritten friedensfördernden Einflussfaktor stellten die positiven Auswirkungen von Umweltvertriebung auf die Ankunftsgebiete dar. So profitierten vielerorts auch die Anwohner von den humanitären Hilfsmaßnahmen für die Camp-Bewohner. Gleichzeitig führte die Präsenz von Auffanglagern in einigen Zufluchtsorten nicht nur zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch zu einer Verbesserung der lokalen Infrastruktur. Außerdem konnten einige Aufnahme-Barangays nun Kontakte zur humanitären Gemeinschaft knüpfen, um eigene Entwicklungsprojekte voranzutreiben.

Der vierte konfliktmindernde Effekt war schließlich die geringe Gewaltfähigkeit der Camp-Bewohner. Denn diese verkörperten in erster Linie traumatisierte Flutopfer, die sich aus sozial schwachen sowie besonders bedürftigen Personen zusammensetzten, die schon vor Sendong zu dem im höchstem Maße marginalisierten Teil der Gesellschaft gehörten. Hinzu kam, dass der Camp-Bevölkerung sowohl eine alle Lager vereinende Führungsfigur als auch breiter politischer Rückhalt fehlte.

6 Schluss

Die vorliegende Arbeit ist eine theoriegeleitete empirische Untersuchung des direkten Kausalpfades über die Auswirkungen umweltinduzierter Bevölkerungsbewegungen auf die Entstehung und Verschärfung gewaltsamer Konflikte. Im Zentrum steht hierbei ein Erklärungsansatz aus der sicherheitspolitischen Perspektive: das WBGU-Modell, welches bislang empirisch noch nicht überprüft wurde. Diese Dissertation konzentriert sich auf Menschen, die wegen Sturm- und Flutkatastrophen ihr Zuhause verlassen müssen. Bei den gewaltsamen Konflikten richtet sie das Augenmerk sowohl auf kleinere als auch auf größere innerstaatliche bewaffnete Auseinandersetzungen. Hinsichtlich des methodischen Vorgehens greift die Arbeit zum einen, im Gegensatz zu den bisherigen Untersuchungen auf diesem Forschungsgebiet, auf das makro-qualitative Verfahren QCA zurück – basierend auf selbst erhobenen disaggregierten Daten über Gewaltkonflikte und Umweltvertreibung. Zum anderen wird eine Einzelfallstudie durchgeführt, die, im Vergleich zu den vorherigen Analysen, mit dem Tropensturm Washi/Sendong ein aktuelles Beispiel von Umweltvertreibung in einer bisher weitgehend unbeachteten Region erforscht und dabei auch umweltbedingte Bevölkerungsbewegungen eindeutig von anderen, nicht-ökologisch motivierten Massenwanderungen abgrenzt.

Das zentrale Ergebnis dieser Dissertation ist, dass weder die QCA-Analyse noch die Einzelfallstudie das WBGU-Modell und die daraus abgeleiteten Hypothesen bestätigen können. Die Antwort auf die Forschungsfrage lautet somit: Der Zustrom von Menschen, die aufgrund von Sturm- und Flutkatastrophen ihre angestammten Wohngebiete verlassen müssen, erhöht in den Aufnahmeregionen nicht die Gefahr gewaltsamer Konflikte.

Bei den QCA-Analysen werden solche Fälle untersucht, in denen Umweltvertreibung und die Verschärfung gewaltsamer Auseinandersetzungen gemeinsam auftreten, um herauszufinden, welche Rolle hierbei die Schlüsselfaktoren spielen; also jene Bedingungen, unter denen Umweltvertreibung, dem WBGU-Modell zufolge, das Gewalt-

risiko in den Aufnahmeregionen erhöht. Es zeigt sich jedoch, dass die WBGU-Faktoren nur selten auftreten, und wenn, dann spielen sie bei der Gewalteskalation keine große Rolle; sie sind weder notwendig noch hinreichend für die Verschärfung gewaltförmiger Konflikte in den Ankunftsgebieten von Umweltvertriebenen. Sie treten lediglich abwechselnd als INUS-Bedingungen auf, allerdings ohne dass hierbei ein bestimmtes, sich durch mehrere Lösungen hindurchziehendes, Muster erkennbar wäre.

Demgegenüber wird bei der Einzelfallstudie mit dem Tropensturm Sendong ein Beispiel für umweltinduzierte Vertreibung analysiert, das, abgesehen von ethnischen Spannungen, alle Schlüsselbedingungen des WBGU-Modells aufweist: es mangelte in vielen Camps an Wasser, Medikamenten, angemessenen Unterkünften und Beschäftigungsmöglichkeiten; die Aufnahmeregionen reagierten mit der Zeit teilweise sehr ablehnend auf die Gegenwart der Umweltvertriebenen; die nationalen und vor allem die lokalen Regierungskapazitäten waren mit den Sendong-Vertriebenen sichtlich überfordert; die Zielregionen in Iligan litten unter den Folgen der jüngsten Gewalteskalation in der Auseinandersetzung mit der MILF. In Iligan verschärften sich zudem noch die Spannungen zwischen Christen und Muslimen. Trotzdem können keine gewaltsamen Konflikte im Zusammenhang mit der von Sendong ausgelösten Umweltvertreibung festgestellt werden. Es kam zwar zu zahlreichen Konflikten sowohl innerhalb der Camp-Bevölkerung als auch zwischen den Camp-Bewohnern und der Aufnahmeregion, aber all diese Konflikte eskalierten letztlich nicht gewaltsam; es gab weder schwere Auseinandersetzungen noch gewaltsame Proteste, Aufstände oder Bandenkriege. Abgesehen von vereinzelt Gewalttaten und Bagatelldelikten wie Alkohol- und Drogenmissbrauch, Raubüberfälle, Diebstähle oder Nachbarschaftsstreitigkeiten blieb die Lage in den Ankunftsregionen sowie in den Camps friedlich und ruhig. Der Erklärungsansatz der WBGU-Forscher kann also selbst in dem für ihn günstigsten Fall nicht bestätigt werden. Darüber hinaus deckt die Fallstudie vier wichtige Einflussfaktoren auf, die das WBGU-Modell nicht berücksichtigt, die aber im Beispiel von Sendong einen konfliktmindernden Effekt hatten: erstens die effektive Arbeit der humanitären Gemeinschaft im Krisengebiet. Zweitens ein gemeinschaftlich ausgerichtetes CCCM-System. Drittens die positiven humanitären, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Auswirkungen der Umweltvertreibung auf die Aufnahmeregionen. Und viertens die inneren Entscheidungsvorgänge der Umweltvertriebenen, welche von einer hohen Toleranzschwelle gegenüber gesellschaftlichen Missständen und einer niedrigen Gewaltfähigkeit geprägt waren.

Die Resultate der vorliegenden Arbeit bestätigen im Wesentlichen die Kernergebnisse der bisherigen Untersuchungen zu diesem Thema (siehe Kap. 2.4.6 und 2.4.7): So zeigt sich auch im Fall Sendong, dass das Gewaltrisiko gering ist, wenn zum einen staatliche Akteure unkontrollierte Massenwanderungen nicht aktiv fördern sowie die Machtposition der Neuankömmlinge nicht zulasten der Einheimischen stärken und somit die Gewaltfähigkeit ersterer erhöhen. Und wenn zum anderen eine gewisse religiöse, ethnische und/oder verwandtschaftliche Verbundenheit zwischen den Umweltvertriebenen und den Anwohnern besteht, da die Trennlinien zwischen diesen beiden Personengruppen quer durch alle Ethnien, Religionen und Familienclans verlaufen. Außerdem untermauert das Beispiel Sendong, dass das Gewaltrisiko niedrig ist, wenn die Betroffenen bald wieder in ihre bisherigen Wohngebiete zurückkehren. Das empirische Material liefert aber auch keine Hinweise auf gewaltsame Konflikte im Zusammenhang mit den dauerhaften Sendong-Vertriebenen. Allerdings ist die Empirie zu diesem Aspekt zum Untersuchungszeitpunkt nicht fundiert genug gewesen, um hier verlässliche Aussagen treffen zu können (siehe Kap. 5.5.2). Insgesamt scheint die bestehende Literatur jedoch langfristige Umweltvertreibung in einem zu negativen Licht zu sehen. Denn für die Aufnahmeregionen in Iligan und Cagayan de Oro gingen mit den dauerhaften Zuwanderern nicht nur zusätzliche Herausforderungen einher, sondern auch weitere Vorteile, wie zum Beispiel die Erhöhung der IRA und die Erschließung eines neuen Wählerpotenzials (siehe Kap. 5.7.11.2).

Vergleicht man die Ergebnisse der bisherigen Forschung mit denen dieser Arbeit, so kristallisieren sich vor allem zwei neue wissenschaftliche Erkenntnisse im Hinblick auf die Konfliktwirkungen von umweltbedingten Bevölkerungsbewegungen heraus: Erstens spielt die Präsenz der humanitären Gemeinschaft sowie ihr Management der Auffanglager eine entscheidende Rolle dabei, ob Auseinandersetzungen im Kontext von Umweltvertreibung gewaltsam eskalieren oder nicht. Während die vorhergehenden Analysen vor allem die Funktion des Staates betonen (siehe u.a. Suhrke 1997), richtet die Sendong-Studie ihr Augenmerk auf die Arbeit der Hilfsorganisationen. Leisten sie im Verbund mit den staatlichen Verantwortlichen effektive, koordinierte wie rasche humanitäre Hilfe und stellen sie eine erfolgreiche, auf Partizipation sowie auf kollektiven Entscheidungen basierende, Verwaltung und Betreuung der Massenunterkünfte sicher, dann ist das Gewaltpotenzial gering. Als zweite neue Erkenntnis kann festgehalten werden, dass der temporäre Zuzug von Umweltvertriebenen bei genauerer Betrachtung zahlreiche positive Effekte für die Aufnahmeregionen und seine Bewohner hat, was sich

konfliktmindernd auswirkt. Die bisherige Forschung richtet ihren Blick hingegen insbesondere auf die nachteiligen und konfliktträchtigen Folgen von umweltbedingten Bevölkerungsbewegungen, wodurch man jedoch Gefahr läuft, deren Konfliktrisiko zu überschätzen.

Neben diesem Beitrag zur Forschungserkenntnis bereichern die Ergebnisse der Dissertation darüber hinaus die wissenschaftliche Diskussion über den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung. Denn die Resultate deuten darauf hin, dass die Klimaproblematik und die damit einhergehenden Massenwanderungen weniger ein Sicherheits-, sondern in erster Linie ein Entwicklungsproblem darstellen. Insofern sollten bei der Reaktion auf die menschengemachte Erderwärmung Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gekoppelt mit entwicklungspolitischen Initiativen absoluten Vorrang haben. In konkrete Handlungsempfehlungen übersetzt, bedeutet das: das Abkommen der UN-Klimakonferenz von Paris letzten Jahres umzusetzen, die Energiewende in der EU konsequent voranzutreiben sowie eine umfassende, proaktive und entwicklungsorientierte Migrationspolitik zu betreiben (WBGU 2007, 214 ff.). Vor allem aber gilt es, die vom Klimawechsel besonders bedrohten Länder – wie die Philippinen, Bangladesch, Myanmar, Honduras, Nicaragua sowie die tief liegenden Inselstaaten (Bündnis Entwicklung Hilft/UNU-EHS 2014; Kreft et al. 2014) – bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen; beispielsweise durch die Stärkung der Katastrophenvorsorge und des Katastrophenrisikomanagements vor Ort. Die Fallstudienresultate unterstreichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung der humanitären und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Daher sollten, insbesondere in Ländern mit nur schwach ausgeprägten Regierungskapazitäten, vor allem die lokalen Hilfswerke gestärkt werden. Denn sie sind und bleiben vor Ort und wissen oft am besten, was wo gebraucht wird. Ebenso besitzen sie die nötige Erfahrung und Vertrautheit mit dem lokalen Kontext, mit Kultur und Sprache und genießen deshalb das Vertrauen der Einheimischen. Die internationale Hilfe muss also auf dem aufbauen, was die bedrohten Gemeinden selbst leisten können, um deren Selbsthilfepotenzial und Eigeninitiative zu stärken. Das benötigt zwar Zeit, aber nur diese Form der Hilfe kann wirklich langfristig helfen (Bröckelmann-Simon 2014).

All diese Resultate müssen allerdings vor dem Hintergrund einiger Einschränkungen betrachtet werden. Nach den bereits angesprochenen Problemen der QCA-Analyse (u.a. unzureichende Datenlage, kurzer Untersuchungszeitraum, dichotome Variablen, Fokussierung auf größere Gewaltkonflikte) (siehe Kap. 4.6.8.2) soll an dieser Stelle noch auf

die Mängel der Sendong-Studie eingegangen werden. Erstens sind ihre Ergebnisse nur begrenzt zu verallgemeinern; die Grundproblematik von Einzelfallstudien (siehe Lauth et al. 2009, 66 f.). Zweitens wird mit den Bewohnern der Evakuierungs- und Übergangslager in den Städten nur eine von vier verschiedenen Gruppen von Sendong-Vertriebenen analysiert; das heißt, die Konfliktwirkungen der Umweltvertriebenen, die bei Freunden und Verwandten untergekommen waren, die in dauerhaften Siedlungen lebten oder die sich in den ländlichen Gebieten aufhielten, sind nicht Gegenstand der Fallstudie. Die dritte Einschränkung bezieht sich auf die mangelnde Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Denn die WBGU-Autoren betonen, dass ihr Modell beispielhaft beschreibt, was die internationale Politik in Zukunft zu erwarten hat, falls der Klimaschutz scheitert (WBGU 2007, 14). Wenn die im zweiten Kapitel beschriebenen Vorhersagen der Klimaforscher zutreffen (siehe Kap. 2.2.1), dann wird der menschengemachte Klimawandel alle bisher dagewesenen Umweltveränderungen in den Schatten stellen. Damit droht auch die zukünftige Umweltvertreibung bisher ungeahnte Ausmaße anzunehmen – mit bislang unbekannten Konfliktwirkungen (Naik 2009, 248; WBGU 2007, 174 f.). In dieser Hinsicht dürfte der Wirbelsturm Sendong lediglich ein Vorbote und damit nicht exemplarisch genug für das sein, was in Zukunft auf die menschliche Gesellschaft zukommen könnte – einerseits. Andererseits gibt es, wenn man heute schon Aussagen über das Konfliktpotenzial der zukünftigen Umweltvertreibung treffen will, keinen besseren Weg, als in die Vergangenheit zu blicken (Gleditsch 2012, 16; Melander/Sundberg 2011, 10; Salehyan 2008a, 318). Hinzu kommt, dass der Einwand der mangelnden Vergleichbarkeit vor allem auf die Exposition abzielt. Sein Kernargument ist: Da viele Regionen in Zukunft stärkeren Naturgewalten ausgesetzt sein werden, steigt das Konfliktrisiko der Umweltvertreibung. Dabei wird jedoch übersehen, dass mit der Zunahme der Exposition gleichzeitig auch die Verwundbarkeit der betroffenen Menschen abnehmen könnte, was das Konfliktrisiko wiederum vermindern dürfte. Die Philippinen sind ein gutes Beispiel dafür, wie die Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten in den Katastrophengebieten zunehmen. Dort haben die Betroffenen bereits ihre Lehren aus den vorherigen Katastrophen Washi/Sendong und Haiyan/Yolanda gezogen. Das Ausmaß der darauffolgenden Taifune Bopha/Pablo und Hagupit/Ruby war deshalb weitaus weniger verheerend (IDMC 2013c, 3 f.; Perras 2014).¹³⁴

¹³⁴ Im Zuge von Hagupit/Ruby ordnete der Staat die größte je auf den Philippinen dagewesene Massenevakuierung an. Insbesondere die küsten- und flussnahen Siedlungen wurden so weit wie mög-

Zum Teil basierend auf diesen Einschränkungen können folgende Empfehlungen für die zukünftige Forschung ausgesprochen werden: Erstens sind Untersuchungen nötig, die verallgemeinerbare Aussagen über die Konfliktwirkungen klima- und umweltbedingter Bevölkerungsbewegungen zulassen. Das heißt, es sollten quantitative Studien und mehr QCA-Analysen durchgeführt werden, vor allem solche, die die in der Einzelfallstudie dieser Arbeit identifizierten zusätzlichen Einflussfaktoren aufgreifen und die sowohl beim Outcome als auch bei den Bedingungen Abstufungen vornehmen und somit über die „Liegt vor“-„Liegt nicht vor“-Klassifikation der Crisp-Set-Version hinausgehen. Doch für Fuzzy-Sets müssen zunächst bessere disaggregierte Datensätze erstellt werden. Das gilt insbesondere für innerstaatliche Gewaltkonflikte außerhalb des afrikanischen Kontinents sowie für klima- und umweltbedingte Bevölkerungswanderungen. Zweitens sind mehr aktuelle Fallstudien nötig, vor allem solche, die das Konfliktpotenzial von Umweltvertriebenen analysieren, welche sich außerhalb der städtischen Evakuierungs- und Übergangslager aufhalten und solche, die sich neben den Philippinen auf die anderen gegenüber dem Klimawandel besonders verwundbaren Länder konzentrieren. Darüber hinaus sollten, sofern vorhanden, auch derartige Fälle untersucht werden, in denen gewaltsame Konflikte eindeutig im Zusammenhang mit Umweltvertreibung stehen. Sie könnten dann in einer vergleichenden Fallstudie dem Sendong-Beispiel gegenübergestellt werden. Drittens müssen die weiteren Arbeiten auch die Konfliktwirkungen von Menschen berücksichtigen, die aufgrund des steigenden Meeresspiegels ihre Heimat verloren haben. Denn deren Anzahl wird in Zukunft stark zunehmen (Nicholls et al. 2011). Außerdem ist der Meeresspiegelanstieg eindeutig dem Klimawandel zuzuordnen. In diesem Fall kann man also noch am ehesten das Konfliktpotenzial von *klimabedingten* Bevölkerungsbewegungen erforschen. Gleichzeitig werden mit den Menschen, die vor dem ansteigenden Meeresspiegel fliehen, Wanderungsströme analysiert, die langsam bzw. graduell ablaufen und die auf die dauerhafte Niederlassung im Zielgebiet ausgerichtet sind; und dadurch vermutlich andere Konfliktwirkungen entfalten als die plötzliche wie überwiegend vorübergehende Vertreibung infolge von Sturm- und Flutkatastrophen. Viertens sollte der Fokus der kommenden Studien auf den kleineren Gewaltkonflikten liegen, also auf den kurzfristigen und örtlich begrenzten innerstaatlichen Auseinandersetzungen mit geringer Gewaltintensität. Wenn überhaupt, dann dürften klima- und umweltinduzierte Bevölkerungsbewegungen vielmehr diese Art von

lich geräumt. Angesichts der schlimmen Erinnerungen mussten die Behörden dabei nicht mehr viel Überzeugungsarbeit leisten; viele Menschen gingen ganz freiwillig (Perras 2014).

Konflikten verursachen oder verschärfen und nicht etwa Bürgerkriege oder sogar zwischenstaatliche Gewalt. Fünftens ist der zukünftigen Forschung zu empfehlen, dass sie die bestehenden Erklärungsmodelle weiterentwickelt und hierbei vor allem die Rolle der humanitären Hilfsorganisationen einbezieht. Außerdem müssen auch Prozessfaktoren wie die inneren Entscheidungsvorgänge der Umweltvertriebenen eingehender beleuchtet werden; sie sollten in das Zentrum der Erklärungsansätze rücken.

All das dürfte zum besseren Verständnis der Konfliktwirkungen von klima- und umweltbedingten Bevölkerungsbewegungen beitragen und damit vielen Untergangspropheten mit ihrer lebendigen Phantasie den Wind aus den Segeln nehmen. Denn:

Was man zu verstehen gelernt hat, fürchtet man nicht mehr.

(MARIE CURIE, polnisch-französische Physikerin und Chemikerin, 1867-1934)

Literatur

- AA** – Auswärtiges Amt. 2012. „Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2011/2012.“ Berlin: AA. http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/633942/publicationFile/175256/121219_Bilanzbericht_SR.pdf, Zugriff am 16.5.2013.
- AA** – Auswärtiges Amt. 2014. „Philippinen: Reise- und Sicherheitshinweise.“ Berlin: AA. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/PhilippinenSicherheit.html>, Zugriff am 21.2.2014.
- Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge** [Genfer Flüchtlingskonvention]. Stand 28.7.1951. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, Zugriff am 31.7.2013.
- Adano**, Wario R./**Dietz**, Ton/**Witsenburg**, Karen/**Zaal**, Fred. 2012. „Climate change, violent conflicts and local institutions in Kenya’s drylands.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 65–80.
- Adger**, W. Neil/**Barnett**, Jon. 2009. „Four reasons for concern about adaptation to climate change.” *Environment and Planning A* 41 (12): 2800–2805.
- Adinolfi**, Constanza/**Bassiouni**, David S./**Lauritzsen**, Halvor F./**Williams**, Howard R. 2008. „Humanitarian Response Review.” New York, Genf: Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA).
- Alave**, Kristine L. 2011. „’Sendong’ disaster foretold 3 years ago.” *Philippine Daily Inquirer*. 20.12.2011. <http://newsinfo.inquirer.net/114171/sendong-disaster-foretold-3-years-ago>, Zugriff am 5.9.2014.
- Ammer**, Margit/**Nowak**, Manfred/**Stadlmayr**, Lisa/**Hafner**, Gerhard. 2010. „Rechtsstellung und rechtliche Behandlung von Umweltflüchtlingen.” Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Amnesty International**. 2008a. „Shattered Peace in Mindanao.” ASA 35/008/2008. London: Amnesty International. <http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA35/008/2008/en/66dc6dde-a5ad-11dd-98b9-d503e38a5523/asa350082008eng.pdf>, Zugriff am 18.3.2014.
- Amnesty International**. 2008b. „Philippines: Mindanao civilians under threat from MILF units and militias.” London: Amnesty International. <http://www.amnesty.org/fr/node/5803>, Zugriff am 22.9.2014.

- Amnesty International.** 2009. „Amnesty Report 2009 Philippinen.“ Berlin: Amnesty International
<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/philippinen?destination=node%2F2998%3Fpage%3D1>, Zugriff am 17.2.2014.
- Amnesty International.** 2013. „Amnesty Report 2013 Philippinen.“ Berlin: Amnesty International.
<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/philippinen?destination=node%2F2998>, Zugriff am 17.2.2014.
- Auty, Richard.** 1993. „Sustaining Development in Mineral Resource Economies: The resource curse thesis.“ London: Routledge.
- Bächler, Günther (Hg.).** 1994. „Umweltflüchtlinge: Das Konfliktpotential von morgen?“ Münster: agenda Verlag.
- Bächler, Günther.** 1998. „Umweltzerstörung im Süden als Ursache bewaffneter Konflikte.“ In: Alexander Carius/Kurt Lietzmann (Hg.). „Umwelt und Sicherheit.“ Berlin, Heidelberg: Springer: 121–135.
- Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stephan/Spillmann, Kurt R.** 1996. „Kriegsursache Umweltzerstörung. Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung.“ Volume 1. Chur, Zürich: Rüegger.
- Barnett, Jon.** 2001. „Security and Climate Change.“ *Tyndall Centre Working Paper 7*. Canterbury: Macmillan Brown Centre for Pacific Studies, University of Canterbury, New Zealand.
- Barnett, Jon.** 2003. „Security and climate change.“ *Global Environmental Change* 13 (1): 7–17.
- Barnett, Jon.** 2006. „Climate change, insecurity, and injustice.“ In: W. Neil Adger/Jouni Paavola/Saleemul Huq/M. J. Mace (Hg.). „Fairness in adaptation to climate change.“ Cambridge: MIT Press: 115–130.
- Barnett, Jon/Adger, W. Neil.** 2007. „Climate change, human security and violent conflict.“ *Political Geography* 26 (6): 639–655.
- Barnett, Jon/Webber, Michael.** 2010. „Accommodating Migration to Promote Adaptation to Climate Change.“ *Policy Research Working Paper 5270*. Washington D.C.: The World Bank.
- Baruah, Sanjib.** 1986. „Immigration, Ethnic Conflict, and Political Turmoil – Assam, 1979-1985.“ *Asian Survey* 26 (11): 1184–1206.
- Basedau, Matthias/Leidreiter, Anna.** 2011. „Der Klimawandel als Ursache von zukünftigen Kriegen im subsaharischen Afrika?“ In: Michael Brzoska/Martin B. Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hg.). „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“ Baden-Baden: Nomos: 203–216.
- Bates, Diane C.** 2002. „Environmental refugees? Classifying human migrations caused by environmental change.“ *Population and Environment* 23 (5): 465–477.
- Becker, Markus.** 2013a. „Globale Erwärmung. Studie über Klimawandel-Kriege stößt auf heftige Kritik.“ *Spiegel Online*. 1.8.2013.
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-studie-ueber-gewalt-anstieg-stoesst-auf-heftige-kritik-a-913966-druck.html>, Zugriff am 8.4.2014.
- Becker, Markus.** 2013b. „Forscherkrieg um Klimastudie.“ *Spiegel Online*. 9.8.2013.
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/mehr-gewalt-durch-klimawandel-forscherstreit-um-science-studie-a-915590-druck.html>, Zugriff am 8.4.2014.

- Benjaminsen**, Tor A. 2008. „Does Supply-Induced Scarcity Drive Violent Conflicts in the African Sahel? The Case of the Tuareg Rebellion in Northern Mali.” *Journal of Peace Research* 45 (6): 819–836.
- Benjaminsen**, Tor A./**Alinon**, Koffi/**Buhaug**, Halvard/**Buseth**, Jill Tove. 2012. „Does climate change drive land-use conflicts in the Sahel?” *Journal of Peace Research* 49 (1): 97–111.
- Bergholt**, Drago/**Lujala**, Päivi. 2012. „Climate-related natural disasters, economic growth, and armed civil conflict.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 147–162.
- Bernath**, Andreas. 2015a. „Datensatz zur Durchführung der QCA-Analysen“ [unveröffentlichter Datensatz].
- Bernath**, Andreas. 2015b. „Robustheitstests der QCA-Analysen“ [unveröffentlichtes Dokument].
- Bernauer**, Thomas/**Siegfried**, Tobias. 2012. „Climate change and international water conflict in Central Asia.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 227–239.
- Bernauer**, Thomas/**Böhmelt**, Tobias/**Koubi**, Vally. 2012. „Environmental changes and violent conflict.” *Environmental Research Letters* 7.
http://iopscience.iop.org/1748-9326/7/1/015601/pdf/1748-9326_7_1_015601.pdf, Zugriff am 3.6.2013.
- Berry**, Leah. 2008. „The impact of environmental degradation on refugee-host relations: a case study from Tanzania.” *UNHCR Research Paper* No. 151. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).
- Bettini**, Giovanni. 2013. „Climate barbarians at the gate? A critique of apocalyptic narratives on ‘climate refugees’.” *Geoforum* 45 (2013): 63–72.
- Bhattacharyya**, Arpita/**Werz**, Michael. 2012. „Climate Change, Migration, and Conflict in South Asia: Rising Tensions and Policy Options across the Subcontinent.” *Climate Migration Series*. Washington D.C.: Center for American Progress.
- Bhavnani**, Rakhi. 2006. „Natural Disaster Conflicts.”
<http://www.disasterdiplomacy.org/bhavnanisummary.pdf>, Zugriff am 11.7.2013.
- Biermann**, Frank. 1998. „Syndrome des Globalen Wandels als Typologie für die Friedens- und Konfliktforschung.“ In: Alexander Carius/Kurt Lietzmann (Hg.). „Umwelt und Sicherheit.” Berlin, Heidelberg: Springer: 137–153.
- Biermann**, Frank/**Boas**, Ingrid. 2007. „Preparing for a Warmer World: Towards a Global Governance System to Protect Climate Refugees.” *Global Governance Working Paper* No. 33. Amsterdam: The Global Governance Project.
- Biermann**, Frank/**Boas**, Ingrid. 2010. „Preparing for a Warmer World: Towards a Global Governance System to Protect Climate Refugees.” *Global Environmental Politics* 10 (1): 60–88.
- Biermann**, Frank/**Petschel-Held**, Gerhard/**Rohloff**, Christoph. 1998. „Umweltzerstörung als Konfliktursache,” *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5 (2): 273–308.
- Bilsborrow**, Richard E. 2002. „Migration, Population Change and the Rural Environment.” *Environmental Change and Security Project Report* 8 (Summer 2002): 69–94.
- Binningsbø**, Helga Malmin/**de Soysa**, Indra/**Gleditsch**, Nils Petter. 2007. „Green giant or straw man? Environmental pressure and civil conflict, 1961-99.” *Population and Environment* 28: 337–353.
- Black**, Richard. 2001. „Environmental refugees: myth or reality?” *UNHCR Working Paper* No. 34. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).

- Black**, Richard/**Arnell**, Nigel W./**Adger** W. Neil/**Thomas**, David/**Geddes**, Andrew. 2013. „Migration, immobility and displacement outcomes following extreme events.” *Environmental Science & Policy* 27 (Supplement 1): S32–S43.
- Blimes**, Randall J. 2006. „The Indirect Effect of Ethnic Heterogeneity on the Likelihood of Civil War Onset.” *Journal of Conflict Resolution* 50 (4):536–547.
- Blondel**, Alice. 2012. „Climate Change Fuelling Resource-Based Conflicts in the Asia-Pacific.” *Asia-Pacific Human Development Report Background Paper Series 2012/12*. New York: United Nations Development Programme (UNDP).
- BMFI** – Balay Mindanaw Foundation, Inc. 2012. „We refuse to be victims, we choose to be resources.” Cagayan de Oro: BMFI.
<http://balaymindanaw.org/main/bmfi/2012/05/refuse-victims-choose-resource/>, Zugriff am 31.7.2014.
- BMU** – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. 2013. „Fünfter Sachstandsbericht des IPCC.“ Berlin: BMU.
<http://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/ipcc/fuenfter-sachstandsbericht-des-ipcc/>, Zugriff am 9.10.2013.
- BMZ** – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 2014. „Philippinen: Informationen zum Land.“ Berlin: BMZ.
http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/asien/philippinen/profil.html, Zugriff am 26.2.2014.
- Böge**, Volker. 2009. „Ökologisch induzierte Gewaltkonflikte in Zeiten des Klimawandels.“ Arbeitspapier präsentiert auf dem DVPW-Kongress *Politik im Klimawandel. Keine Macht für gerechte Lösungen?* 21.-25. September 2009. Kiel, Deutschland.
- Böhmelt**, Tobias/**Bernauer**, Thomas/**Buhaug**, Halvard/**Gleditsch**, Nils Petter/**Tribaldos**, Theresa/**Wischnath**, Gerdis. 2014. „Demand, supply, and restraint: Determinants of domestic water conflict and cooperation.” *Global Environmental Change* 29: 337–348.
- Bojanowski**, Axel. 2011. „Feared Migration Hasn’t Happened: UN Embarrassed by Forecast on Climate Refugees.” *Spiegel Online International*. 18.4.2011.
<http://www.spiegel.de/international/world/feared-migration-hasn-t-happened-un-embarrassed-by-forecast-on-climate-refugees-a-757713.html>, Zugriff am 1.11.2013.
- Brancati**, Dawn. 2007. „Political Aftershocks: The Impact of Earthquakes on Intrastate Conflict.” *Journal of Conflict Resolution* 51 (5): 715–743.
- Brklacich**, Mike/**Chazan**, May/**Bohle**, Hans-Georg. 2010. „Human security, vulnerability, and global environmental change.” In: Richard A. Matthew/Jon Barnett/Bryan McDonald/Karen L. O’Brien (Hg.). „Global environmental change and human security.” Cambridge: MIT Press: 35–76.
- Brochmann**, Marit/**Hensel**, Paul. 2009. „Peaceful management of international river claims.” *International Negotiation* 14: 393–418.
- Brochmann**, Marit/**Gleditsch**, Nils Petter. 2012. „Shared rivers and conflict – A reconsideration.” *Political Geography* 31 (8): 519–527.
- Brock**, Lothar. 1994. „Ökologische Sicherheit. Zur Problematik einer naheliegenden Verknüpfung.“ In: Wolfgang Hein (Hg.). „Umbrüche in der Weltpolitik.” Hamburg: Deutsches Übersee Institut: 443–458.
- Brock**, Lothar. 1998. „Umwelt und Konflikt im internationalen Forschungskontext.“ In: Alexander Carius/Kurt Lietzmann (Hg.). „Umwelt und Sicherheit.“ Berlin, Heidelberg: Springer: 39–57.

- Bröckelmann-Simon**, Martin. 2014. „Die Welle nach der Welle.“ *Süddeutsche Zeitung* 299. 30.12.2014: 2.
- Brown**, Ian A. 2010. „Assessing eco-scarcity as a cause of the outbreak of conflict in Darfur: a remote sensing approach.“ *International Journal of Remote Sensing* 31 (10): 2513–2520.
- Brown**, Lester. 1977. „Redefining National Security.“ *Worldwatch Paper* 14. Washington D.C.: Worldwatch Institute.
- Brown**, Oli. 2008. „Migration and Climate Change.“ Genf: International Organization for Migration (IOM).
- Brown**, Oli/**Crawford**, Alec. 2009a. „Climate Change and Security in Africa.“ Studie präsentiert auf dem *Nordic-African Foreign Ministers Meeting*, 2009. Winnipeg: International Institute for Sustainable Development.
- Brown**, Oli/**Crawford**, Alec. 2009b. „Rising Temperatures, Rising Tensions: Climate change and the risk of violent conflict in the Middle East.“ Winnipeg: International Institute for Sustainable Development.
- Brown**, Oli/**McLeman**, Robert. 2009. „A recurring anarchy? The emergence of climate change as a threat to international peace and security.“ *Conflict, Security & Development* 9 (3): 289–305.
- Brown**, Oli/**Hammill**, Anne/**McLeman**, Robert. 2007. „Climate change as a ‘new’ security threat: implications for Africa.“ *International Affairs* 83 (6): 1141–1154.
- Brundtland**, Gro Harlem et al. 1987. „Our Common Future: World Commission on Environment and Development.“ Oxford: Oxford University Press.
- Brzoska**, Michael. 2004. „Human Security – mehr als ein Schlagwort?“ In: Christoph Weller/Ulrich Ratsch/Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell (Hg.). „Friedensgutachten 2004.“ Münster: Lit Verlag: 156–165.
- Brzoska**, Michael. 2008. „Der konfliktträchtige Klimawandel – Ein Sicherheitsproblem?“ In: Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/ Reinhard Mutz/Bruno Schoch (Hg.). „Friedensgutachten 2008.“ Münster: Lit Verlag: 195–206.
- Brzoska**, Michael/**Oels**, Angela. 2011. „‘Versicherheitlichung’ des Klimawandels? Die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung und ihre politischen Folgen.“ In: Michael Brzoska/Martin B. Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hg.). „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“ Baden-Baden: Nomos: 51–66.
- Brzoska**, Michael/**Kalinowski**, Martin B./**Matthies**, Volker/**Meyer**, Berthold. 2011. „Einleitung: Klimawandel und Konflikte.“ In: Michael Brzoska/Martin B. Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hg.). „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“ Baden-Baden: Nomos: 7–24.
- Buckland**, Ben. 2007. „A Climate of Wars? Stopping the Securitisation of Global Climate Change.“ Genf: International Peace Bureau.
- Buhaug**, Halvard. 2010. „Climate not to blame for African civil wars.“ *PNAS* 107 (38): 16477–16482.
- Buhaug**, Halvard. 2014. „Concealing agreements over climate-conflict results.“ *PNAS* 111 (6): E636.
- Buhaug**, Halvard/**Gates**, Scott. 2002. „The Geography of Civil War.“ *Journal of Peace Research* 39 (4): 417–433.
- Buhaug**, Halvard/**Lujala**, Päivi. 2005. „Accounting for scale: Measuring geography in quantitative studies of civil war.“ *Political Geography* 24 (2005): 399–418.

- Buhaug**, Halvard/**Rød**, Jan Ketil. 2006. „Local determinants of African civil wars, 1970–2001.” *Political Geography* 25 (2006): 315–335.
- Buhaug**, Halvard/**Theisen**, Ole Magnus. 2012. „On Environmental Change and Armed Conflict.” In: Jürgen Scheffran/Michael Brzoska/Hans Günter Brauch/Peter M. Link/Janpeter Schilling (Hg.). 2012a. „Climate Change, Human Security and Violent Conflict.” Berlin, Heidelberg: Springer: 43–56.
- Buhaug**, Halvard/**Urdal**, Henrik. 2013. „An urbanization bomb? Population growth and social disorders in cities.” *Global Environmental Change* 23 (1): 1–10.
- Buhaug**, Halvard/**Gleditsch**, Nils Petter/**Theisen**, Ole Magnus. 2008. „Implications of Climate Change for Armed Conflict.“ Arbeitspapier erstellt für den Workshop *Social Dimensions of Climate Change, The World Bank, March 5-6, 2008. Washington D.C., USA*.
- Buhaug**, Halvard/**Gleditsch**, Nils Petter/**Theisen**, Ole Magnus. 2010. „Implications of Climate Change for Armed Conflict.“ In: Robin Mearns/Andrew Norton (Hg.). „Social Dimensions of Climate Change.“ Washington D.C.: The World Bank: 75–102.
- Buhaug**, Halvard/**Gleditsch**, Nils Petter/**Wischnath**, Gerdis. 2013. „War(m) Zones: Climate Change, Geography, and Civil Conflict.” Arbeitspapier präsentiert auf der *PSS-ISA Joint 2013 International Conference, June 27-29, 2013. Budapest, Hungary*.
- Buhaug**, Halvard/**Gleditsch**, Kristian Skrede/**Holtermann**, Helge/**Østby**, Gudrun/**Tollefsen**, Andreas Forø. 2011. „It’s the Local Economy, Stupid! Geographic Wealth Dispersion and Conflict Outbreak Location.” *Journal of Conflict Resolution* 55 (5): 814–840.
- Buhaug**, Halvard/**Nordkvelle**, Jonas/**Bernauer**, Thomas/**Böhmelt**, Tobias/**Brzoska**, Michael/**Busby**, Joshua W./**Ciccone**, Antonio/**Fjelde**, Hanne/**Gartzke**, Erik/**Gleditsch**, Nils Petter/**Goldstone**, Jack A./**Hegre**, Håvard/**Holtermann**, Helge/**Link**, Jasmin S.A./**Link**, Peter M./**Lujala**, Päivi/**O’Loughlin**, John/**Raleigh**, Clionadh/**Scheffran**, Jürgen/**Schilling**, Janpeter/**Smith**, Todd G./**Theisen**, Ole Magnus/**Tol**, Richard S.J./**Urdal**, Henrik/**von Uexkull**, Nina. 2014. „One effect to rule them all? A comment on climate and conflict.” *Climatic Change*. <http://paperity.org/p/51426436/one-effect-to-rule-them-all-a-comment-on-climate-and-conflict>, Zugriff am 6.11.2014.
- Bumpus**, Adam G./**Liverman**, Diana M. 2008. „Accumulation by decarbonization and the governance of carbon offsets.” *Economic Geography* 84 (2): 127–155.
- Bündnis Entwicklung Hilft**. 2013. „The WorldRiskReport 2012.“ Bonn: Bündnis Entwicklung Hilft. http://www.worldriskreport.com/uploads/media/WRR_2012_en_online.pdf, Zugriff am 9.7.2013.
- Bündnis Entwicklung Hilft/UNU-EHS – Bündnis Entwicklung Hilft/United Nations University – Institute for Environment and Human Security**. 2014. „The WorldRiskReport 2014.“ Berlin, Bonn: Bündnis Entwicklung Hilft/UNU-EHS. http://www.worldriskreport.com/uploads/media/WorldRiskReport_2014_online.pdf, Zugriff am 18.9.2014.
- Burke**, Marshall B./**Miguel**, Edward/**Satyanath**, Shanker/**Dykema**, John A./**Lobell**, David B. 2009. „Warming increases the risk of civil war in Africa.” *PNAS* 106 (49): 20670–20674.
- Byers**, Michael/**Dragojlovic**, Nick. 2004. „Darfur: a climate change-induced humanitarian crisis?” *Human Security Bulletin*, October.

- Campbell**, Kurt M./**Gulledge**, Jay/**McNeill**, J.R./ **Podesta**, John/**Ogden**, Peter/**Fuerth**, Leon/**Woolsey**, R. James/**Lennon**, Alexander T.J./**Smith**, Julianne/**Weitz**, Richard/**Mix**, Derek. 2007. „The Age of Consequences: The Foreign Policy and National Security Implications of Global Climate Change.” Washington D.C.: Center for Strategic and International Studies.
- Cane**, Mark A./**Miguel**, Edward/**Burke**, Marshall/**Hsiang**, Solomon M./**Lobell**, David B./**Meng**, Kyle C./**Satyanath**, Shanker. 2014. „Temperature and violence.“ *Nature Climate Change* 4 (2): 234–235.
- CARE International**. 2011. „Medizin für Meero Khan – Einblicke in ein pakistanisches Flüchtlingscamp.“ Genf: CARE International.
<http://www.care.de/informieren/katastrophen/news/einzelmeldung-aktuelles/meldung/medizin-fuer-meero-khan-einblicke-in-ein-pakistanisches-fluechtlingscamp/>, Zugriff am 22.10.2014.
- Carius**, Alexander. 2006. „Environmental Peacemaking, Environmental Cooperation as an Instrument of Crisis Prevention and Peacebuilding: Conditions for Success and Constrains.” *Adelphi Report*. Berlin: Adelphi Consult.
- Carius**, Alexander/**Imbusch**, Kerstin. 1998. „Umwelt und Sicherheit in der internationalen Politik – eine Einführung.“ In: Alexander Carius/Kurt Lietzmann (Hg.). „Umwelt und Sicherheit.“ Berlin, Heidelberg: Springer: 7–31.
- Carius**, Alexander/**Lietzmann**, Kurt. 1998. „Vorwort der Herausgeber.“ In: Alexander Carius/Kurt Lietzmann (Hg.). „Umwelt und Sicherheit.“ Berlin, Heidelberg: Springer: IX–XV.
- Carius**, Alexander/**Maas**, Achim. 2009a. „Climate Change and Security. Three Scenarios for Middle America.” Bericht erstellt für die *Directorate-General External Relations of the European Commission*. Berlin: Adelphi Research.
- Carius**, Alexander/**Maas**, Achim. 2009b. „Climate Change and Security. Two Scenarios for South East Asia.” Bericht erstellt für die *Directorate-General External Relations of the European Commission*. Berlin: Adelphi Research.
- Carius**, Alexander/**Tänzler**, Dennis/**Winterstein**, Judith. 2006. „Weltkarte von Umweltkonflikten – Ansätze zur Typologisierung.“ Externe Expertise für das *Hauptgutachten „Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel*.“ Berlin: Adelphi Consult.
- Carius**, Alexander/**Tänzler**, Dennis/**Maas**, Achim. 2008. „Klimawandel und Sicherheit. Herausforderungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit.“ Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).
- Carius**, Alexander/**Maas**, Achim/**Barkemeyer**, Janina. 2009a: „Climate Change and Security. Two Scenarios for the Indian-Pacific Ocean Island States.“ Bericht erstellt für die *Directorate-General External Relations of the European Commission*. Berlin: Adelphi Research.
- Carius**, Alexander/**Maas**, Achim/**Fritzsche**, Kerstin. 2009b: „Climate Change and Security. Three Scenarios for South West Asia.“ Bericht erstellt für die *Directorate-General External Relations of the European Commission*. Berlin: Adelphi Research.
- Castles**, Stephen. 2002. „Environmental change and forced migration: making sense of the debate.” *UNHCR Working Paper* No. 70. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).
- CDRC** – Citizens’ Disaster Response Center. 2012. „Philippine Disaster Report 2011.” Quezon City: CDRC. <http://www.cdrc-phil.com/wp-content/uploads/2009/08/PDR-2011.pdf>, Zugriff am 21.3.2014.

- Cederman**, Lars-Erik/**Buhaug**, Halvard/**Rød**, Jan Ketil. 2009. „Ethno-Nationalist Dyads and Civil War. A GIS-Based Analysis.” *Journal of Conflict Resolution* 53 (4): 496–525.
- Cederman**, Lars-Erik/**Hug**, Simon/**Krebs**, Lutz F. 2010a. „Democratization and civil war: Empirical evidence.” *Journal of Peace Research* 47 (4): 377–394.
- Cederman**, Lars-Erik/**Wimmer**, Andreas/**Min**, Brian. 2010b. „Why Do Ethnic Groups Rebel? New Data and Analysis.” *World Politics* 62 (1): 87–119.
- Christian Aid**. 2007. „Human Tide: the real migration crisis.“ London: Christian Aid. <http://www.christianaid.org.uk/images/human-tide.pdf>, Zugriff am 19.9.2013.
- CIA** – Central Intelligence Agency. 2014. „The World Factbook“. Langley: CIA. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2172rank.html>, Zugriff am 14.2.2014.
- Ciccone**, Antonio. 2011. „Economic Shocks and Civil Conflict: A Comment.” *American Economic Journal: Applied Economics* 3 (4): 215–227.
- CNA**. 2007. „National Security and the Threat of Climate Change.“ Washington: CNA. <http://www.cna.org/sites/default/files/news/FlipBooks/Climate%20Change%20web/flipviewerexpress.html>, Zugriff am 3.6.2013.
- CNA**. 2014. „National Security and the Accelerating Risks of Climate Change.“ Washington: CNA. http://www.cna.org/sites/default/files/MAB_2014.pdf, Zugriff am 29.1.2015.
- Coletta**, Nat J. 2011. „The Search for Durable Solutions. Armed Conflict and Forced Displacement in Mindanao, Philippines.“ Washington D.C.: The World Bank.
- Collier**, Paul/**Hoeffler**, Anke. 1998. „On Economic Causes of Civil War.” *Oxford Economic Papers* 50 (4): 563–573.
- Collier**, Paul/**Hoeffler**, Anke. 2004. „Greed and Grievance in Civil War.” *Oxford Economic Papers* 56 (4): 563–595.
- Collier**, Paul/**Hoeffler**, Anke/**Rohner**, Dominic. 2006. „Beyond Greed and Grievance: Feasibility and Civil War.” *Center for the Study of African Economies (CSAE) Working Paper Series* 2006-10. Oxford: CSAE.
- Collier**, Paul/**Elliott**, Lani/**Hegre**, Håvard/**Hoeffler**, Anke/**Reynal-Querol**, Marta/**Sambanis**, Nicholas. 2003. „Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy.” Washington D.C.: World Bank and Oxford University Press.
- Conca**, Ken/**Dabelko**, Geoffrey. (Hg.). 2002. „Environmental Peacemaking.” Baltimore: John Hopkins University Press.
- Conca**, Ken/**Carius**, Alexander/**Dabelko**, Geoffrey. 2005. „Building Peace Through Environmental Cooperation.” In: Worldwatch Institute (Hg.). „State of the World 2005: Redefining Global Security.” Washington D.C.: Worldwatch Institute: 144–157.
- CORI** – Country of Origin Research and Information. 2011. „CORI Country Report Southern Philippines, February 2011.” London: CORI. <http://www.refworld.org/docid/4e93d2292.html>, Zugriff am 18.2.2014.
- Couttenier**, Mathieu/**Soubeyran**, Raphael. 2014. „Drought and civil war in Sub-Saharan Africa.” *The Economic Journal* 124 (575): 201–244.
- Cunningham**, Kathleen Gallagher/**Weidmann**, Nils B. 2010a. „Shared Space: Ethnic Groups, State Accommodation and Localized Conflict.” *International Studies Quarterly* 54 (4): 1035–1054.
- Cunningham**, Kathleen Gallagher/**Weidmann**, Nils B. 2010b. „Shared Space: Ethnic Groups, State Accommodation, and Localized Conflict.” [Datensatz über ethnische Dominanz]. <http://hdl.handle.net/1902.1/15142> V1 [Version], Zugriff am 13.11.2013.

- Daase**, Christopher. 1992. „Ökologische Sicherheit. Konzept oder Leerformel?“ In: Berthold Meyer/Christian Wellmann (Hg.). „Umweltzerstörung: Kriegsfolge und Kriegsursache.“ Frankfurt am Main: Suhrkamp: 21–52.
- Dauvergne**, Peter/**Neville**, Kate J. 2010. „Forests, food, and fuel in the tropics: the uneven social and ecological consequences of the emerging political economy of biofuels.“ *Journal of Peasant Studies* 37 (4): 631–660.
- De Juan**, Alexander. 2015. „Long-term environmental change and geographical patterns of violence in Darfur, 2003–2005.“ *Political Geography* 45 (2015): 22–33.
- de Soysa**, Indra. 2002a. „Ecoviolence: Shrinking Pie or Honey Pot?“ *Global Environmental Politics* 2 (4): 1–34.
- de Soysa**, Indra. 2002b. „Paradise is a Bazaar? Greed, Creed and Governance in Civil War, 1989–99.“ *Journal of Peace Research* 39 (4): 395–416.
- De Stefano**, Lucia/**Duncan**, James/**Dinar**, Shlomi/**Stahl**, Kerstin/**Strzepek**, Kenneth M./**Wolf**, Aaron T. 2012. „Climate change and the institutional resilience of international river basins.“ *Journal of Peace Research* 49 (1): 193–209.
- DED** – Deutscher Entwicklungsdienst. 2011a. „Förderung der gewaltfreien Bearbeitung von Land- und Ressourcenkonflikten in Surigao.“ Bonn: DED [nicht mehr online verfügbar].
- DED** – Deutscher Entwicklungsdienst. 2011b. „Philippinen: Friedenskonsolidierung auf Mindanao.“ Bonn: DED [nicht mehr online verfügbar].
- DED** – Deutscher Entwicklungsdienst. 2011c. „Vernetzung und Stärkung indigener Organisationen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung.“ Bonn: DED [nicht mehr online verfügbar].
- DepEd Region X** – Department of Education Region X. 2012. „Report on health and nutrition activities of the Department of Education Region X in response to the impact of typhoon Wasi [sic!] (Sendong) to the communities and schools of the division of Iligan City and Cagayan de Oro City.“ Manila: DepEd X [unveröffentlichtes Dokument].
- Deshingkar**, Priya. 2012. „Environmental risk, resilience and migration: implications for natural resource management and agriculture.“ *Environmental Research Letters* 7 (1). doi:10.1088/1748-9326/7/1/015603.
- Detraz**, Nicole. 2011. „Threats or Vulnerabilities? Assessing the Link Between Climate Change and Security.“ *Global Environmental Politics* 11 (3): 104–120.
- Deudney**, Daniel. 1990. „The Case Against Linking Environmental Degradation and National Security.“ *Millennium* 19 (3): 461–476.
- Deudney**, Daniel. 1991. „Environment and Security: Muddled Thinking.“ *Bulletin of the Atomic Scientists* 47 (3): 22–28.
- Deutscher Wetterdienst**. 2013. „Wetterlexikon.“ Offenbach: Deutscher Wetterdienst. <http://www.deutscher-wetterdienst.de/lexikon/?ID=K&DAT=Klima>, Zugriff am 8.7.2013.
- Devlin**, Colleen/**Hendrix**, Cullen S. 2014. „Trends and triggers redux: Climate change, rainfall, and interstate conflict.“ *Political Geography* 43 (2014): 27–39.
- Dinar**, Shlomi. 2009. „Scarcity and cooperation along international rivers.“ *Global Environmental Politics* 9 (1): 109–135.
- Dinar**, Shlomi/**Katz**, David/**De Stefano**, Lucia/**Blankespoor**, Brian. 2015. „Climate change, conflict, and cooperation: Global analysis of the effectiveness of international river treaties in addressing water variability.“ *Political Geography* 45 (2015): 55–66.

- Disaster Diplomacy.** 2013. „Current View.”
<http://www.disasterdiplomacy.org/index.html#currentview>, Zugriff am 20.6.2013.
- Dixon, Jeffrey.** 2009. „What Causes Civil Wars? Integrating Quantitative Research Findings.” *International Studies Review* 11 (4): 707–735.
- DNI** – Office of the Director of National Intelligence. 2014. „The National Intelligence Strategy of the United States of America.” Washington D.C.: DNI.
http://www.dni.gov/files/documents/2014_NIS_Publication.pdf, Zugriff am 9.12.2014.
- Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten.** 2011. „Praxisbuch Transkription. Regelsysteme, Software und praktische Anwendungen für qualitative ForscherInnen.“ 2. Auflage. Marburg: Eigenverlag.
- Drury, Cooper A./Olson, Richard Stuart.** 1998. „Disasters and Political Unrest: An Empirical Investigation.” *Journal of Contingencies and Crisis Management* 6 (3): 153–161.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012a. „DTM Report, 23 January 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/01%20DTM%20Washi%2023%20Jan%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012b. „DTM Report, 31 January 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/02%20DTM%20Washi%2031%20Jan%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012c. „DTM Report, 10 February 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/03%20DTM%20Washi%2010%20Feb%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012d. „DTM Report, 19 March 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/05%20DTM%20Washi%2016%20Mar%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012e. „DTM Report, 21-27 April 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/07%20DTM%20Washi%2021%20Apr%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012f. „DTM Report, 5-11 May 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/08%20DTM%20Washi%2005%20May%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012g. „DTM Report, 12-18 May 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/09%20DTM%20Washi%2012%20May%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.

- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012h. „DTM Report, 19-25 May 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/10%20DTM%20Washi%2019%20May%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012i. „DTM Report, 26 May - 1 June 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/11%20DTM%20Washi%2026%20May%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012j. „DTM Report, 13 July 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/12%20DTM%20Washi%2013%20Jul%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012k. „DTM Report, 18 August 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/13%20DTM%20Washi%2018%20Aug%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- DSWD/IOM** – Department of Social Welfare and Development/International Organization for Migration. 2012l. „DTM Report, 17 December 2012.” Manila: DSWD/IOM.
<http://cccmphilippines.iom.int/sites/default/files/documents/17%20DTM%20Washi%2017%20Dec%202012.pdf>, Zugriff am 11.11.2014.
- Dyer**, Gwynne. 2008. „Climate Wars.” Toronto: Random House.
- Eck**, Kristine. 2012. „In data we trust? A comparison of UCDP GED and ACLED conflict events datasets.” *Cooperation and Conflict* 47 (1): 124–141.
- Eck**, Kristine/**Hultman**, Lisa. 2007. „Violence Against Civilians in War.” *Journal of Peace Research* 44 (2): 233–246.
- Edwards**, Michael. 1996. „Climate change, worst-case analysis and ecocolonialism in the Southwest Pacific.” *Pacifica Review* 8 (1): 63–80.
- Edwards**, Michael. 1999. „Security implications of a worst-case scenario of climate change in the South-west Pacific.” *Australian Geographer* 30 (3): 311–330.
- Ehrlich**, Paul/**Ehrlich**, Anne. 1991. „Population growth and environmental security.” *Georgia Review* 45 (2): 223–232.
- Elbadawi**, Ibrahim/**Sambanis**, Nicholas. 2002. „How Much War Will We See? Explaining the prevalence of civil war.” *Journal of Conflict Resolution* 46 (3): 307–334.
- El-Hinnawi**, Essam. 1985. „Environmental Refugees.” Nairobi: United Nations Environment Programme (UNEP).
- Ellingsen**, Tanja. 2000. „Colorful Community or Ethnic Witches’ Brew? Multiethnicity and Domestic Conflict During and After the Cold War.” *Journal of Conflict Resolution* 44 (2): 228–249.
- EM-DAT** – Emergency Event Database. „The OFDA/CRED International Disaster Database.” Brüssel: Université catholique de Louvain. www.emdat.be, Zugriff am 11.11.2014.
- EM-DAT** – Emergency Event Database. 2010. „The OFDA/CRED International Disaster Database. v12.07.” Brüssel: Université catholique de Louvain [unveröffentlichter Datensatz].

- EM-DAT** – Emergency Event Database. 2013a. „Criteria and Definition.” Brüssel: Université catholique de Louvain. <http://www.emdat.be/criteria-and-definition>, Zugriff am 8.10.2013.
- EM-DAT** – Emergency Event Database. 2013b. „The EM-DAT Glossary.” Brüssel: Université catholique de Louvain. <http://www.emdat.be/glossary/9>, Zugriff am 8.10.2013.
- EM-DAT** – Emergency Event Database. 2013c. „Classification.” Brüssel: Université catholique de Louvain. <http://www.emdat.be/classification>, Zugriff am 8.10.2013.
- EM-DAT** – Emergency Event Database. 2013d. „Disaster List.” Brüssel: Université catholique de Louvain. <http://www.emdat.be/disaster-list>, Zugriff am 6.11.2013.
- Engels**, Bettina. 2011. „Umweltwandel, Migration und Gewaltkonflikte. Landrechte und politische Instrumentalisierung in der Côte d’Ivoire.“ In: Michael Brzozka/Martin B. Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hg.). „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“ Baden-Baden: Nomos: 137–156.
- ESRI** – Environmental Systems Research Institute. 2013. „Admin98. 1998.” Redlands: ESRI. http://tdr.uoguelph.ca/DRCUG/GIS/esri_worldadmin98.htm, Zugriff am 6.11.2013.
- Esty**, Daniel C./**Goldstone**, Jack A./**Gurr**, Ted Robert/**Harff**, Barbara/**Levy**, Marc/**Dabelko**, Geoffrey D./**Surko**, Pamela T./**Unger**, Alan N. 1998. „State Failure Task Force Report: Phase II Findings.” McLean: Science Applications International, for State Failure Task Force.
- EU** – Europäische Union. 2008. „Climate Change and International Security. Paper from the High Representative and the European Commission to the European Council.” *S113/08*. Brüssel: EU. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/reports/99387.pdf, Zugriff am 16.5.2013.
- Evangalista-Leones**, Susana/**Bacani**, Benedicto R./**Bölscher**, Viola/**Schall**, Nikolaus. 2007. „Assessment of Options for German Development Cooperation in Mindanao, Philippines.” Eschborn: Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).
- Falk**, Richard. 1971. „This Endangered Planet: Prospects and Proposals for Human Survival.” New York: Random House.
- Faris**, Stephen. 2007. „The Real Roots of Darfur.” *The Atlantic Monthly* (April 2007).
- Fearon**, James D./**Laitin**, David D. 2003. „Ethnicity, Insurgency, and Civil War.” *American Political Science Review* 97 (1): 75–90.
- Fearon**, James D./**Laitin**, David D. 2011. „Sons of the Soil, Migrants, and Civil War.” *World Development* 39 (2): 199–211.
- Feitelson**, Eran/**Tamimi**, Abdelrahman/**Rosenthal**, Gad. 2012. „Climate change and security in the Israeli-Palestinian context.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 241–257.
- Ferris**, Elizabeth. 2008. „Displacement, Natural Disasters, and Human Rights.” Washington D.C.: Brookings. <http://www.brookings.edu/research/speeches/2008/10/17-natural-disasters-ferris>, Zugriff am 12.8.2013.
- Fischer**, Susanne. 2007. „‘Rido’: A Traditional Conflict in Modern Times.” Iligan City: Pailig Development Foundation Incorporated.
- Fisher**, Jonah. 2012. „Logging blamed for Philippines flood deaths.” *BBC*. <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-17071106>, Zugriff am 24.7.2014.

- Fjelde, Hanne/von Uexkull, Nina.** 2012. „Climate triggers: Rainfall anomalies, vulnerability and communal conflict in Sub-Saharan Africa.” *Political Geography* 31 (7): 444–453.
- Flintan, Fiona.** 2001. „Environmental Refugees – A Misnomer or A Reality?” Arbeitspapier zum *Wilton Park Conference Report on Environmental Security and Conflict Prevention, March 1st-3rd, 2001. Steyning, UK.*
- Foresight.** 2011. „Migration and Global Environmental Change. Final Project Report.” London: The Government Office for Science.
<http://www.bis.gov.uk/assets/foresight/docs/migration/11-1116-migration-and-global-environmental-change.pdf>, Zugriff am 19.9.2013.
- Fountain, Henry.** 2015. „Researches Link Syrian Conflict to a Drought Made Worse by Climate Change.” *The New York Times*. 2.3.2015.
http://www.nytimes.com/2015/03/03/science/earth/study-links-syria-conflict-to-drought-caused-by-climate-change.html?_r=1, Zugriff am 5.3.2015.
- Freedom House.** 2013. „Philippines.” Washington D.C.: Freedom House.
<http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/philippines>, Zugriff am 17.2.2013.
- Freedom House.** 2014. „Freedom in the World 2014.” Washington D.C.: Freedom House
<http://freedomhouse.org/sites/default/files/Freedom%20in%20the%20World%202014%20Booklet.pdf>, Zugriff am 17.2.2014.
- Galtung, Johan.** 1982. „Environment, Development and Military Activity. Towards Alternative Security Doctrines.” Oslo: Norwegian University Press.
- Gemenne, François/Barnett, Jon/Adger, W. Neil/Dabelko, Geoffrey D.** 2014. „Climate and security: evidence, emerging risks, and a new agenda.” *Climatic Change* 123 (1): 1–9.
- George, Alexander L./Bennett, Andrew.** 2005. „Case Studies and Theory Development in the Social Sciences.” Cambridge: The MIT Press.
- GIZ – Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.** 2011. „Projektkurzbeschreibung: Katastrophenrisikomanagement auf den östlichen Visayas-Inseln.“ Eschborn: GIZ [nicht mehr online verfügbar].
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit.** 2009. „Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse.“ Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gleditsch, Nils Petter.** 1998. „Armed Conflict and The Environment: A Critique of the Literature.” *Journal of Peace Research* 35 (3): 381–400.
- Gleditsch, Nils Petter.** 2011. „Regional Conflict and Climate Change.” Arbeitspapier präsentiert auf dem *Workshop on Research on Climate Change Impacts and Associated Economic Damages, January 27-28, 2011. Washington D.C., USA.*
- Gleditsch, Nils Petter.** 2012. „Whither the weather? Climate change and conflict.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 3–9.
- Gleditsch, Nils Petter/Urdal, Henrik.** 2002. „Ecoviolence? Links Between Population Growth, Environmental Scarcity, and Violent Conflict in Thomas Homer-Dixon’s Work.” *Journal of International Affairs* 56 (1): 283–302.
- Gleditsch, Nils Petter/Nordås, Ragnhild.** 2014. „Conflicting messages? The IPCC on conflict and human security.” *Political Geography* 43 (2014): 82–90.
- Gleditsch, Nils Petter/Nordås, Ragnhild/Salehyan, Idean.** 2007. „Climate Change and Conflict: The Migration Link.” *The Coping with Crisis Working Paper Series*. New York: International Peace Academy.

- Gleditsch**, Nils Petter/**Wallensteen**, Peter/**Eriksson**, Mikael/**Sollenberg**, Margareta/**Strand**, Håvard. 2002. „Armed Conflict 1946-2001: A New Dataset.“ *Journal of Peace Research* 39 (5): 615–637.
- Gleditsch**, Nils Petter/**Furlong**, Kathryn/**Hegre**, Håvard/**Lacina**, Bethany/**Owen**, Taylor. 2006. „Conflicts over shared rivers: Resource scarcity or fuzzy boundaries?“ *Political Geography* 25 (4): 361–382.
- Goldstone**, Jack A. 2002. „Population and Security: How Demographic Change Can Lead to Violent Conflict.“ *Journal of International Affairs* 56 (1): 3–21.
- GPID** – Guiding Principles on Internal Displacement. Stand 2004. Genf: Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA).
<http://www.idpguidingprinciples.org/>, Zugriff am 31.7.2013.
- Grote**, Jenny. 2008. „Der rechtliche Schutz ökologisch motivierter Flucht.“ Arbeitspapier präsentiert auf der *Herbsttagung des Netzwerks Migrationsrecht*, 7.-9. November 2008. Stuttgart Hohenheim, Deutschland.
- Guterrez**, Eric. 2010. „Die Internationalisierung des Bangsamoro-Konfliktes.“ In: Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hg.). „Philippinen: Gewalt ohne Ende?“ Idstein: Meinhardt: 15–17.
- Hafiz**, Abdul A./**Islam**, Nahid. 1993. „Environmental degradation and intra/interstate conflicts in Bangladesh.“ *ENCOP Occasional Papers* No. 6. Zürich: Center for Security Studies.
- Hagan**, John/**Kaiser**, Joshua. 2011. „The displaced and dispossessed of Darfur: explaining the sources of a continuing state-led genocide.“ *British Journal of Sociology* 62 (1): 1–25.
- Hallberg**, Johan Dittrich. 2012. „PRIO Conflict Site 1989-2008: A Geo-Referenced Dataset on Armed Conflict.“ *Conflict Management and Peace Science* 29 (2): 219–232.
- Handicap International**. 2014. „Nothilfe Südsudan.“ *Situationsbericht* – 05/2014. München: Handicap International. http://www.handicap-international.de/fileadmin/redaktion/pdf/Suedsudan_Situationsbericht_Mai_2014.pdf, Zugriff am 22.10.2014.
- Harmeling**, Sven. 2009. „Global Climate Risk Index 2010.“ Bonn: Germanwatch e.V.
- Harmeling**, Sven/**Eckstein**, David. 2012. „Global Climate Risk Index 2013.“ Bonn: Germanwatch e.V.
- Hart**, Donn V. 1966. „The Filipino villager and his spirits.“ *Solidarity* 1 (4): 65–71.
- Hartmann**, Betsy. 2010. „Rethinking climate refugees and climate conflict: Rhetoric, reality and the politics of policy discourse.“ *Journal of International Development* 22 (2): 233–246.
- Hauge**, Wenche/**Ellingsen**, Tanja. 1998. „Beyond Environmental Scarcity: Causal Pathways to Conflict.“ *Journal of Peace Research* 35 (3): 299–317.
- Hayes**, Matthew/**Nardulli**, Peter F. 2010. „SPEED’s Societal Stability Protocol and the Study of Civil Unrest: an Overview and Comparison with other Event Data Projects.“ Illinois: Cline Center for Democracy.
- HDN** – Human Development Network. 2013. „2012/2013 Philippine Human Development Report.“ Quezon City: HDN. <http://hdn.org.ph/20122013-philippine-human-development-report/>, Zugriff am 14.2.2014.
- Hegre**, Håvard/**Sambanis**, Nicholas. 2006. „Sensitivity analysis of empirical results on civil war onset.“ *Journal of Conflict Resolution* 50 (4): 508–535.

- Hegre**, Håvard/**Østby**, Gudrun/**Raleigh**, Clionadh. 2009. „Poverty and Civil War Events: A Disaggregated Study of Liberia.” *Journal of Conflict Resolution* 53 (4): 598–623.
- Hegre**, Håvard/**Ellingsen**, Tanja/**Gates**, Scott/**Gleditsch**, Nils Petter. 2001. „Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816–1992.” *American Political Science Review* 95 (1): 33–48.
- Hendrix**, Cullen S./**Glaser**, Sarah M. 2007. „Trends and triggers: Climate, climate change and civil conflict in Sub-Saharan Africa.” *Political Geography* 26 (6): 695–715.
- Hendrix**, Cullen S./**Salehyan**, Idean. 2012. „Climate change, rainfall, and social conflict in Africa.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 35–50.
- Herberg**, Mirko. 2007. „Nach der Wahl ist vor der Wahl – Philippinische Politik zwischen Stillstand, Regression und dem nächsten Wahlkampf.“ Manila: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04648.pdf>, Zugriff am 18.2.2014.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2008. „Conflict Barometer 2007.“ Heidelberg: HIIK. http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2007.pdf, Zugriff am 19.9.2014.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2009a. „Conflict Barometer 2008.” Heidelberg: HIIK. http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2008.pdf, Zugriff am 15.11.2013.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2009b. „Konfliktbarometer 2008. Globales Konfliktpanorama.“ Heidelberg: HIIK. http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/Konfliktbarometer_2008_Panorama.pdf, Zugriff am 15.11.2013.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2010. „Conflict Barometer 2009.“ Heidelberg: HIIK. http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2009.pdf, Zugriff am 15.11.2013.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2011. „Conflict Barometer 2010.“ Heidelberg: HIIK. http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2010.pdf, Zugriff am 19.9.2014.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2012. „Conflict Barometer 2011.“ Heidelberg: HIIK. http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2011.pdf, Zugriff am 20.3.2014.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2013a. „Methodik ab 2003.“ Heidelberg: HIIK. http://www.hiik.de/de/methodik/methodik_ab_2003.html, Zugriff am 15.11.2013.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2013b. „Conflict Barometer 2012.“ Heidelberg: HIIK. http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2012.pdf, Zugriff am 20.2.2014.
- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2014a. „Methodik.“ Heidelberg: HIIK. <http://hiik.de/de/methodik/index.html>, Zugriff am 7.5.2014.

- HIIK** – Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung. 2014b. „Conflict Barometer 2013.“ Heidelberg: HIIK.
http://hiik.de/de/downloads/data/downloads_2013/ConflictBarometer2013.pdf,
 Zugriff am 18.3.2014.
- Holland, Andrew/Vagg, Xander.** 2013. „The Global Security Defense Index on Climate Change: Preliminary Results.“ Washington D.C.: American Security Project.
<http://de.scribd.com/doc/131310522/Global-Security-Defense-Index-on-Climate-Change-PreliminaryResults>, Zugriff am 20.8.2013.
- Homer-Dixon, Thomas F.** 1991. „On the threshold. Environmental Changes as causes of acute conflict.“ *International Security* 16 (2): 76–116.
- Homer-Dixon, Thomas F.** 1994. „Environmental scarcities and violent conflict. Evidence from cases.“ *International Security* 19 (1): 5–40.
- Homer-Dixon, Thomas F.** 1999. „Environment, Scarcity, and Violence.“ Princeton: Princeton University Press.
- Homer-Dixon, Thomas F.** 2007. „Terror in the Weather Forecast.“ *New York Times*. 24.4.2007. http://www.nytimes.com/2007/04/24/opinion/24homer-dixon.html?_r=0, Zugriff am 14.6.2013.
- Homer-Dixon, Thomas F./Blitt, Jessica.** 1998. „Ecoviolence: Links among environment, population and security.“ Lanham: Rowman & Littlefield.
- Hsiang, Solomon M./Burke, Marshall.** 2014. „Climate, conflict, and social stability: what does the evidence say?“ *Climatic Change* 123 (1): 39–55.
- Hsiang, Solomon M./Meng, Kyle C.** 2014. „Reconciling disagreement over climate-conflict results in Africa.“ *PNAS* 111 (6): 2100–2103.
- Hsiang, Solomon M./Meng, Kyle C./Cane, Mark A.** 2011. „Civil conflicts are associated with the global climate.“ *Nature* 476: 438–441.
- Hsiang, Solomon M./Burke, Marshall/Miguel, Edward.** 2013. „Quantifying the Influence of Climate on Human Conflict.“ *Science* 341. doi: 10.1126/science.1235367
- Hugo, Graeme.** 1996. „Environmental Concerns and International Migration.“ *International Migration Review* 30 (1): 105–131.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2009. „Cycle of conflict and neglect.“ Genf: IDMC. <http://www.internal-displacement.org/assets/publications/2009/200910-ap-philippines-cycle-of-conflict-and-neglect-country-en.pdf>, Zugriff am 27.3.2014.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2011a. „Displacement due to natural hazard-induced disasters. Global estimates for 2009 and 2010.“ Genf: IDMC. [http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/15D7ACEC7ED1836EC12578A7002B9B8A/\\$file/IDMC_natural-disasters_2009-2010.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/15D7ACEC7ED1836EC12578A7002B9B8A/$file/IDMC_natural-disasters_2009-2010.pdf), Zugriff am 9.8.2013.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2011b. „2009 Data and Tables Final for Sharing.“ Genf: IDMC [unveröffentlichter Datensatz].
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2011c. „Philippines: Durable solutions still out of sight for many IDPs and returnees in Mindanao.“ Genf: IDMC. [http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/39C710BE34D2A920C12578AB004DDE74/\\$file/Philippines+-+June+2011.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/39C710BE34D2A920C12578AB004DDE74/$file/Philippines+-+June+2011.pdf), Zugriff am 26.2.2014.

- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2012. „Global estimates 2011: People displaced by natural hazard-induced disasters.“ Genf: IDMC. [http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/1280B6A95F452E9BC1257A22002DAC12/\\$file/global-estimates-2011-natural-disasters-jun2012.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/1280B6A95F452E9BC1257A22002DAC12/$file/global-estimates-2011-natural-disasters-jun2012.pdf), Zugriff am 9.8.2013.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2013a. „Global Estimates 2012: People displaced by disasters.“ Genf: IDMC. <http://www.internal-displacement.org/assets/publications/2013/2012-global-estimates-corporate-en.pdf>, Zugriff am 1.7.2014.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2013b. „Living in the shadows: Displaced Lumads locked in a cycle of poverty.“ Genf: IDMC. [http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/EB25C85978ACA26BC1257BC20049C700/\\$file/201308-as-philippines-living-in-the-shadows.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/%28httpInfoFiles%29/EB25C85978ACA26BC1257BC20049C700/$file/201308-as-philippines-living-in-the-shadows.pdf), Zugriff am 26.2.2014.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2013c. „Disaster-induced internal displacement in the Philippines: The case of Tropical Storm Washi/Sendong.“ Genf: IDMC. <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/DRR-report-Jan2013.pdf>, Zugriff am 20.8.2014.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2014a. „Global Estimates 2014: People displaced by disasters.“ Genf: IDMC. <http://www.internal-displacement.org/assets/publications/2014/201409-global-estimates2.pdf>, Zugriff am 19.12.2014.
- IDMC** – Internal Displacement Monitoring Centre. 2014b. „Global Overview 2014: People internally displaced by conflict and violence.“ Genf: IDMC. <http://www.internal-displacement.org/assets/publications/2014/201405-global-overview-2014-en.pdf>, Zugriff am 19.12.2014.
- IDMC/OCHA** – Internal Displacement Monitoring Centre/Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2009. „Monitoring disaster displacement in the context of climate change.“ Genf: IDMC/OCHA. <http://www.internal-displacement.org/assets/publications/2009/200909-monitoring-disaster-displacement-thematic-en.pdf>, Zugriff am 27.3.2014.
- IMF** – International Monetary Fund. 2013. „World Economic Outlook Database.“ Washington D.C.: IMF. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/02/weodata/index.aspx>, Zugriff am 13.11.2014.
- IMPACT** – IMPACT Initiatives. 2012. „Rapid Shelter Assessment after Tropical Storm Sendong in Region 10, Philippines: Shelter Cluster Report February 2012.“ Châtelaine: IMPACT. <http://www.reach-initiative.org/wp-content/uploads/2012/07/Shelter-Assessment-of-Sendong-in-Philippines-Final-Report1.pdf>, Zugriff am 24.7.2014.
- Inquirer Mindanao**. 2011. „Storm devastates South.“ 18.12.2011. <http://newsinfo.inquirer.net/113133/storm-devastates-south>, Zugriff am 8.9.2014.
- International Crisis Group**. 2008. „The Philippines: The Collapse of Peace in Mindanao.“ *Asia Briefing* No. 83. Brüssel: International Crisis Group. http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-east-asia/philippines/b83_the_philippines_the_collapse_of_peace_in_mindanao.pdf, Zugriff am 18.3.2014.

- IOM** – International Organization for Migration. 1996. „Environmentally-Induced Population Displacements and Environmental Impacts Resulting from Mass Migrations.” Genf: IOM.
http://publications.iom.int/bookstore/free/Environmentally_Induced.pdf, Zugriff am 29.7.2013.
- IOM** – International Organization for Migration. 2007. „Discussion Note: Migration and the Environment.“ *MC/INF/288*. Genf: IOM.
http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/about_iom/en/council/94/MC_INF_288.pdf, Zugriff am 8.8.2013.
- IOM** – International Organization for Migration. 2012a. „Camp Management Committees.” Genf: IOM [unveröffentlichtes Dokument].
- IOM** – International Organization for Migration. 2012b. „Women’s Crucial Role in the Security of IDP Camps.” Genf: IOM [unveröffentlichtes Dokument].
- IPCC** – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2001. „Climate Change 2001: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Third Assessment Report of the International Panel on Climate Change.” Cambridge: Cambridge University Press.
http://www.grida.no/publications/other/ipcc_tar/, Zugriff am 10.3.2015.
- IPCC** – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2007a. „Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the International Panel on Climate Change.” Genf: IPCC.
http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf, Zugriff am 14.5.2013.
- IPCC** – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2007b. „Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the International Panel on Climate Change.” Cambridge: Cambridge University Press.
http://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_assessment_report_wg2_report_impacts_adaptation_and_vulnerability.htm, Zugriff am 1.4.2014.
- IPCC** – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2013. „Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the International Panel on Climate Change.” Cambridge, New York: Cambridge University Press. <http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg1/>, Zugriff am 1.4.2014.
- IPCC** – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2014a. „Summary for Policy Makers.” In: Christopher B. Field/Vicente R. Barros/David J. Dokken/Katharine J. Mach/Michael D. Mastrandrea/Eren Bilir/Monalisa Chatterjee/Kristie L. Ebi/Yuka O. Estrada/Robert C. Genova/Betelhem Girma/Eric Kissel/Andrew N. Levy/Sandy MacCracken/Patricia R. Mastrandrea/Leslie L. White (Hg.). „Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the International Panel on Climate Change.” Cambridge, New York: Cambridge University Press: 1–32. http://ipcc-wg2.gov/AR5/images/uploads/WG2AR5_SPM_FINAL.pdf, Zugriff am 1.7.2014.

- IPCC** – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2014b. „Human Security.” In: Christopher B. Field/Vicente R. Barros/David J. Dokken/Katharine J. Mach/Michael D. Mastrandrea/Eren Bilir/Monalisa Chatterjee/Kristie L. Ebi/Yuka O. Estrada/Robert C. Genova/Betelhem Girma/Eric Kissel/Andrew N. Levy/Sandy MacCracken/Patricia R. Mastrandrea/Leslie L. White (Hg.). „Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the International Panel on Climate Change.” Cambridge, New York: Cambridge University Press: 755–791. https://ipcc-wg2.gov/AR5/images/uploads/WGIIAR5-Chap12_FINAL.pdf, Zugriff am 13.11.2014.
- IPCC** – Intergovernmental Panel on Climate Change. 2014c. „Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the International Panel on Climate Change.” Genf: IPCC. http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_LONGERREPORT.pdf, Zugriff am 17.12.2014.
- Jacobeit**, Jucundus. 2007. „Zusammenhänge und Wechselwirkungen im Klimasystem.“ In: Wilfried Endlicher/Friedrich-Wilhelm Gerstengarbe (Hg.). „Der Klimawandel: Einblicke, Rückblicke und Ausblicke.“ Potsdam: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e.V.: 1–16.
- Jacobson**, Jodi L. 1988. „Environmental Refugees. A Yardstick of Habitability.” *Worldwatch Paper* 86. Washington D.C.: Worldwatch Institute.
- Jäger**, Jill/**Frühmann**, Johannes/**Grünberger**, Sigrid/**Vag**, Andreas. 2009. „Synthesis Report.“ ATLAS Innoglobe Ltd.: Budapest. http://seri.at/wp-content/uploads/2010/06/EACH-FOR_Synthesis_Report_090515.pdf, Zugriff am 26.8.2014.
- Jakobeit**, Cord/**Methmann**, Chris. 2007. „Klimaflüchtlinge: Die verleugnete Katastrophe.“ Hamburg: Greenpeace.
- Jakobeit**, Cord/**Methmann**, Chris. 2009. „‘Climate Refugees’ as dawning catastrophe? A critique of the dominant quest for numbers.” Arbeitspapier präsentiert auf der Konferenz *Climate Change, Social Stress and Violent Conflict. State of the Art and Research Needs, November 19-20, 2009. Hamburg, Germany.*
- Jakobeit**, Cord/**Methmann**, Chris. 2011. „‘Klimaflüchtlinge’ als drohende Katastrophe? Eine Kritik herrschender Zahlenspiele.“ In: Michael Brzoska/Martin B. Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hg.). „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“ Baden-Baden: Nomos: 157–172.
- Jensen**, Peter Sandholt/**Gleditsch**, Kristian Skrede. 2009. „Rain, growth, and civil war: The importance of location.” *Defence and Peace Economics* 20 (5): 359–372.
- Kahl**, Colin H. 2006. „States, Scarcity, and Civil Strife in the Developing World.” Princeton: Princeton University Press.
- Kälin**, Walter. 2008. „Displacement Caused by the Effects of Climate Change: Who Will Be Affected and What Are the Gaps in the Normative Framework for Their Protection?” Washington D.C.: Brookings. <http://www.brookings.edu/research/papers/2008/10/16-climate-change-kalin>, Zugriff am 8.8.2013.
- Kälin**, Walter. 2012. „From the Nansen Principles to the Nansen Initiative.” *Forced Migration* 41 (December 2012): 48–49.
- Kaplan**, Robert D. 1994. „The Coming Anarchy.” *The Atlantic Monthly* 273 (2): 44–76.

- Karapatan.** 2010. „Karapatan Monitor April-June 2010.“ Quezon City: Karapatan.
http://www.karapatan.org/files/Karapatan%20Monitor_AprJun2010.pdf, Zugriff am 18.2.2014.
- Karapatan.** 2013. „Karapatan Monitor 2013 Issue No. 2.“ Quezon City: Karapatan.
http://www.karapatan.org/files/Karapatan_Monitor_Issue2_2013_WEB.pdf, Zugriff am 18.2.2014.
- Kaufmann, Daniel/Kraay, Aart/Mastruzzi, Massimo.** 2010. „The Worldwide Governance Indicators. Methodological and Analytical Issues.“ *Policy Research Working Paper* 5430. Washington D.C.: The World Bank, Development Research Group, Macroeconomics and Growth Team.
- Kelley, Colin P./Mohtadi, Shahrzad/Cane, Mark A./Seager, Richard/Kushnir, Yochanan.** 2015. „Climate change in the Fertile Crescent and implications to the recent Syrian drought.“ *PNAS Early Edition*. doi: 10.1073/pnas.1421533112.
- Kelly, Mary Lebreck/Fitzsimons, Virginia Macken.** 2000. „Understanding Cultural Diversity.“ London: Jones and Bartlett Publishers International.
- Kelman, Ilan.** 2011. „Disaster Diplomacy: How Disasters affect peace and conflict.“ London: Routledge.
- Ki-Moon, Ban.** 2007. „A Climate Culprit in Darfur.“ *The Washington Post*. 16.6.2007.
<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/15/AR2007061501857.html>, Zugriff am 6.6.2013.
- Kibreab, Gaim.** 1997. „Environmental Causes and Impact of Refugee Movements: A Critique of the Current Debate.“ *Disasters* 21 (1): 20–38.
- Klüver, Reymer.** 2013. „Aufsteiger.“ *Süddeutsche Zeitung* 264. 15.11.2013: 2.
- Kolmannskog, Vikram.** 2008. „Future Floods of Refugees: A comment on climate change, conflict and forced migration.“ Oslo: Norwegian Refugee Council.
- Kolmannskog, Vikram.** 2009. „Climate change, disaster, displacement and migration: initial evidence from Africa.“ *UNHCR Working Paper* No. 180. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).
- Koubi, Vally/Bernauer, Thomas/Kalbhenn, Anna/Spilker, Gabriele.** 2012. „Climate variability, economic growth, and civil conflict.“ *Journal of Peace Research* 49 (1): 113–127.
- Koubi, Vally/Spilker, Gabriele/Böhmelt, Tobias/Bernauer, Thomas.** 2014. „Do natural resources matter for interstate and intrastate armed conflict?“ *Journal of Peace Research* 51 (2): 227–243.
- Kreft, Sönke/Eckstein, David/Junghans, Lisa/Kerestan, Candice/Hagen, Ursula.** 2014. „Global Climate Risk Index 2015.“ Bonn: Germanwatch e.V.
- Kreuzer, Peter.** 2003. „Die Rebellion der Muslime im Süden der Philippinen.“ *HSFK-Report* 7/2003. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Kreuzer, Peter.** 2007. „Formen und Dynamiken politischer Gewalt in den Philippinen.“ *HSFK-Report* 8/2007. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Kreuzer, Peter.** 2008. „Der Bürgerkrieg in den Philippinen.“ *HSFK-Standpunkte* 3/2008. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Kreuzer, Peter.** 2009. „Philippine Governance: Merging Politics and Crime.“ *PRIF-Report* No. 93. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

- Kreuzer**, Peter. 2012. „Mafia-style Domination in the Philippines: Comparing Provinces.” *PRIF-Report* No. 117. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Lagsa**, Bobby/**Rosauro**, Ryan D. 2011. „Local governments overwhelmed by ‘Sendong’ disaster.” *Inquirer.net*. 27.12.2011.
<http://newsinfo.inquirer.net/117621/local-governments-overwhelmed-by-%E2%80%99sendong%E2%80%99-disaster>, Zugriff am 16.9.2014.
- Landis**, Steven. 2014. „Temperature seasonality and violent conflict: The inconsistencies of a warming planet.” *Journal of Peace Research* 51 (5): 603–618.
- Lara Jr.**, Francisco. 2010. „Land, Kolonisierung und Konflikt in Mindanao.” In: Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hg.). „Philippinen: Gewalt ohne Ende?“ Idstein: Meinhardt: 12–14.
- Lauth**, Hans-Joachim/**Pickel**, Gert/**Pickel**, Susanne. 2009. „Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung.“ Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lavell**, Chris/**Ginnetti**, Justin. 2014. „The risk of disaster-induced displacement in south-east Asia and China.” *Technical Paper*. Genf: Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC).
- Lean**, Geoffrey. 2006. „Disappearing world: Global warming claims tropical island.” *The Independent*. 24.12.2006.
<http://www.independent.co.uk/environment/climate-change/disappearing-world-global-warming-claims-tropical-island-429764.html>, Zugriff am 7.8.2013
- Lee**, Harry F./**Zhang**, David D./**Brecke**, Peter. 2013. „Regional geographic factors mediate the climate-war relationship in Europe.” Arbeitspapier präsentiert auf der *54th Annual Convention of the International Studies Association*, April 3-6, 2013. San-Francisco, USA.
- Leininger**, Madeleine (Hg.). 1995. „Transcultural nursing: Concepts, theories, research, and practices.” 2. Auflage. New York: Mc Graw-Hill, Inc.
- Levy**, Marc A. 1995. „Time for a Third Wave of Environment and Security Scholarship.” *Environmental Change and Security Project Report* 1 (Spring 1995): 44–46.
- Lomborg**, Bjørn. 2001a. „Resource Constraints or Abundance?” In: Paul Diehl/Nils Petter Gleditsch (Hg.). „Environmental Conflict.” Boulder: Westview Press: 125–152.
- Lomborg**, Bjørn. 2001b. „The Skeptical Environmentalist: Measuring the Real State of the World.” Cambridge: Cambridge University Press.
- Lonergan**, Steve. 1998. „The Role of Environmental Degradation in Population Displacement.” *Environmental Change and Security Project Report* 4 (Spring 1998): 5–15.
- Lujala**, Päivi/**Gleditsch**, Nils Petter/**Gilmore**, Elisabeth. 2005. „A Diamond Curse? Civil War and a Lutable Resource.” *Journal of Conflict Resolution* 49 (4): 538–562.
- Maas**, Achim/**Tänzler**, Dennis. 2009. „Regional Security Implications of Climate Change. A Synopsis.” *Adelphi Report* No. 01/09. Berlin: Adelphi Consult.
- Malalis**, Abigail Chee Kee. 2012. „300 ‘Sendong’ survivors stage protest vs ‘political barrier.’” *Sun Star* 22. 19.7.2012: 1/11.
- Malang**, Zalmudin. 2010. „Fast 40 Jahre Bürgerkrieg: Ein Ende in Aussicht?” In: Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hg.). „Philippinen: Gewalt ohne Ende?“ Idstein: Meinhardt: 8–11.

- Malthus**, Thomas. 1798. „An Essay on the Principle of Population.” *Electronic Scholarly Publishing Project*, 1998.
<http://www.esp.org/books/malthus/population/malthus.pdf>, Zugriff am 4.4.2013.
- Manlupig**, Charlito. 2011. „The Current Political, Economic and Social Contexts in the Philippines Center-Periphery Disparities.” Präsentation auf der *Conference on ‘Human Rights and Democratization: Trends and Challenges Under the Aquino Government’*, June 29-30, 2011. Berlin, Federal Republic of Germany.
- Marino**, Elizabeth/**Ribot**, Jesse. 2012. „Adding insult to injury: Climate change and the inequities of climate intervention.” *Global Environmental Change* 22 (2): 323–328.
- Marshall**, Monty G./**Jagers**, Keith. 2009. „Polity IV Project: Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2009.”
<http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm>, Zugriff am 12.4.2011.
- Martin**, Adrian. 2005. „Environmental Conflict Between Refugee and Host Communities.” *Journal of Peace Research* 42 (3): 329–346.
- Martin**, Susan F. 2012: „Environmental change and migration: legal and political frameworks.” *Environment and Planning C: Government and Policy* 30 (6): 1045–1060.
- Matthew**, Richard A. 2001. „Environmental Stress and Human Security in Northern Pakistan.” *Environmental Change and Security Program (ECSP) Report* 7: 17–31.
- Mayring**, Philipp. 2007. „Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken.“ Weinheim, Basel: Beltz.
- Maystadt**, Jean-François/**Ecker**, Olivier. 2014. „Extreme Weather and Civil War: Does Drought Fuel Conflict in Somalia through Livestock Price Shocks?” *American Journal of Agricultural Economics* 96 (4): 1157–1182.
- McDonald-Wilmsen**, Brooke/**Webber**, Michael. 2010. „Dams and displacement: Raising the standards and broadening the research agenda.” *Water Alternatives* 3 (2): 142–161.
- McGeown**, Kate. 2010. „The Rise of the Ampatuan Clan in the Philippines.” *BBC News*. 8.9.2010. <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-pacific-11139653>, Zugriff am 18.2.2014.
- McLeman**, Robert. 2011. „Migration Impacts of Climate Change.” Arbeitspapier präsentiert auf dem *US EPA/DOE Workshop ‘Research on Climate Change Impacts and Associated Economic Damages’*, January 27-28, 2011. Washington D.C., USA.
- Meier**, Patrick/**Bond**, Doug/**Bond**, Joe. 2007. „Environmental influences on pastoral conflict in the Horn of Africa.” *Political Geography* 26 (6): 716–735.
- Meierding**, Emily. 2013. „Climate Change and Conflict: Avoiding Small Talk about the Weather.” *International Studies Review* 15 (2): 185–203.
- Melander**, Erik/**Sundberg**, Ralph. 2010. „More mouths and less food - Climate change, resource scarcity and non-state conflicts”. Arbeitspapier präsentiert auf der *SGIR 7th Pan-European Conference on IR, September 9-11, 2010. Stockholm, Sweden*.
- Melander**, Erik/**Sundberg**, Ralph. 2011. „Climate Change, Environmental Stress, and Violent Conflict – Tests introducing the UCDP Georeferenced Event Dataset.” Arbeitspapier präsentiert auf der *52th Annual Convention of the International Studies Association, March 16-19, 2011. Montreal, Canada*.
- Menkhaus**, Ken. 2012. „No access: Critical bottlenecks in the 2011 Somali famine.” *Global Food Security* 1 (1): 29–35.

- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike.** 2008. „Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage.“ In: Susanne Pickel/Gert Pickel/Hans-Joachim Lauth/Detlef Jahn (Hg.). „Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaften. Neuere Entwicklungen und Anwendungen.“ Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften: 441–456.
- Miguel, Edward/Satyanath, Shanker.** 2011. „Re-examining Economic Shocks and Civil Conflict.” *American Economic Journal: Applied Economics* 3 (4): 228–232.
- Miguel, Edward/Satyanath, Shanker/Sergenti, Ernest.** 2004. „Economic Shocks and Civil Conflict: An Instrumental Variables Approach.” *Journal of Political Economy* 112 (4): 725–753.
- Mill, John S.** 1886. „A system of logic, ratiocinative, and inductive: being a connected view of the principles of evidence and the methods of scientific investigation.” London: Longmans, Green & Co.
- Miranda, Felipe B.** 2011. „Conceptualizing and Measuring Democracy.” In: Felipe B. Miranda/Temario C. Rivera/Malaya C. Ronas/Ronald D. Holmes (Hg.). „Chasing the Wind: Assessing Philippine Democracy.” Quezon City: Commission on Human Rights of the Philippines: 1–45.
- Mobjörk, Malin/Eriksson, Mikael/Carlsen, Henrik.** 2010. „On Connecting Climate Change with Security and Armed Conflict.” Stockholm: Swedish Defence Research Agency (FOI).
- Molony, Thomas/Smith, James.** 2010. „Biofuels, food security, and Africa.” *African Affairs* 109 (436): 489–498.
- Montalvo, José G./Reynal-Querol, Marta.** 2003. „Ethnic polarization, Potential Conflict, and Civil Wars.” *American Economic Review* 95 (3): 796–816.
- Mortreux, Colette/Barnett, Jon.** 2009. „Climate change, migration and adaptation in Funafuti, Tuvalu.” *Global Environmental Change* 19 (1): 105–112.
- Myers, Norman.** 1993. „Environmental Refugees in a Globally Warmed World.” *Bioscience* 43 (11): 752–761.
- Myers, Norman.** 1997. „Environmental Refugees.” *Population and Environment* 19 (2): 167–182.
- Myers, Norman.** 2002. „Environmental refugees: a growing phenomenon of the 21st century.” *Philosophical Transactions of the Royal Society Series B* 357 (1420): 609–613.
- Myers, Norman.** 2005. „Environmental Refugees: An Emergent Security Issue.” Arbeitspapier präsentiert auf dem *13th Economic Forum, May 23-27, 2005. Prague, Czech Republic.*
- Naik, Asmita.** 2009. „Migration and Natural Disasters.” In: International Organization for Migration (Hg.). „Migration, Environment and Climate Change. Assessing the Evidence.” Genf: International Organization for Migration (IOM): 245–317.
- Nardulli, Peter F./Leetaru, Kalev H.** 2012. „Climate Change, Societal Stability, and the SID Project.” In: Jürgen Scheffran/Michael Brzoska/Hans G. Brauch/Peter M. Link/Jan Schilling (Hg.). „Climate Change, Human Security and Violent Conflict: Challenges for Societal Stability.” Berlin: Springer: 57–76.
- Nardulli, Peter F./Althaus, Scott L./Hayes, Matthew.** 2013a. „Generating Rich Event Data on Civil Strife: A Progressive, Supervised-learning Approach.”
- Nardulli, Peter F./Peyton, Buddy/Bajjalieh, Joseph.** 2013b. „Climate Change and Civil Unrest: The Impact of Rapid-onset Disasters.” Arbeitspapier präsentiert auf der *54th Annual Convention of the International Studies Association, April 3-6, 2013. San-Francisco, USA.*

- NDRRMC/IASC** – National Disaster Risk Reduction and Management Council/Inter-Agency Standing Committee. 2012. „Second-Phase Multi Cluster Rapid Needs Assessment for Tropical Storm Washi (Sendong), 17-19 January 2012.” Quezon City, Genf: NDRRMC/IASC.
https://assessments.humanitarianresponse.info/files/2012_01_17_Philippines%20MIRA%20Report.pdf, Zugriff am 4.8.2014.
- Nel, Philip/Righarts, Marjolein.** 2008. „Natural Disasters and the Risk of Violent Civil Conflict.” *International Studies Quarterly* 52 (1): 159–185.
- Neumann, Hannah.** 2010. „Identity-building and Democracy in the Philippines: National Failure and Local Responses in Mindanao.” *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 29 (3): 61–90.
- Nicholls, Robert J./Marinova, Natasha/Lowe, Jasan A./Brown, Sally/Vellinga, Pier/Gusmão, Diego de/Hinkel, Jochen/Tol, Richard S. J.** 2011. „Sea-level rise and its possible impacts given a ‘beyond 4°C world’ in the twenty-first century.” *Philosophical Transactions of the Royal Society A* 369 (1934): 161–181.
- Nobel Foundation.** 2007. „The Nobel Peace Prize for 2007.” Stockholm: Nobel Foundation.
http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2007/press.html, Zugriff am 16.5.2013.
- Nordås, Ragnhild/Gleditsch, Nils Petter.** 2007. „Climate change and conflict.” *Political Geography* 26 (6): 627–638.
- NP** – Nonviolent Peaceforce. 2014. „Hintergrund des Konfliktes auf Mindanao.“ Brüssel: NP. <http://de.nonviolent-peaceforce.de/index.php/projekte/philippinen/21-hintergrund-des-konfliktes-auf-mindanao.html>, Zugriff am 17.3.2014.
- NRC/CMP** – Norwegian Refugee Council/The Camp Management Project. 2008. „The Camp Management Toolkit.” Oslo: NRC/CMP.
<http://www.nrc.no/arch/img/9178016.pdf>, Zugriff am 3.11.2014.
- NSCB** – National Statistical Coordination Board. 2014a. „Statistics. Population.” Makati City: Philippine Statistics Authority.
http://www.nscb.gov.ph/secstat/d_popn.asp, Zugriff am 26.3.2014.
- NSCB** – National Statistical Coordination Board. 2014b. „Local Government Units.” Makati City: Philippine Statistics Authority.
http://www.nscb.gov.ph/activestats/psgc/articles/con_lgu.asp, Zugriff am 10.10.2014.
- OCD** – Office of Civil Defense. 2012. „Tropical Storm Sendong. Post Disaster Needs Assessment.” Quezon City: OCD.
http://www.recoveryplatform.org/assets/publication/Final_PDNAReport_13June2012.pdf, Zugriff am 7.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011a. „Humanitarian Action Plan for the Conflict-Affected Provinces of Mindanao 2011.” Genf: OCHA. <http://www.unocha.org/cap/appeals/humanitarian-action-plan-conflict-affected-provinces-mindanao-2011>, Zugriff am 28.2.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011b. „Philippines (Mindanao) Humanitarian Action Plan 2012.” Genf: OCHA.
https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/2012_Philippines_HAP.pdf, Zugriff am 28.2.2014.

- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011c. „Emergency Revision - Humanitarian Action Plan for Philippines (Mindanao) 2012 - Response to Tropical Storm Washi.” Genf: OCHA.
[https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/Emergency Revision 2012 Philippines HAP.pdf](https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/Emergency%20Revision%202012%20Philippines%20HAP.pdf), Zugriff am 29.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011d. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 1, 18 December 2011.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/fullreport_171.pdf, Zugriff am 22.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011e. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 2, 20 December 2011.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full_Report_3154.pdf, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011f. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 3, 22 December 2011.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHASitrepNo.3PhilippinesTropicalStormWashi22Dec2011.pdf>, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011g. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 4, 24 December 2011.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/full_report_140.pdf, Zugriff am 2.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2011h. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 5, 26 December 2011.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHASitrepNo.5PhilippinesTropicalStormWashi26Dec2011.pdf>, Zugriff am 2.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012a. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 8, 3 January 2012.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full_Report_3237.pdf, Zugriff am 4.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012b. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 10, 10 January 2012.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHASitrepNo.10PhilippinesTropicalStormWashi10Jan2012%20%281%29.pdf>, Zugriff am 2.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012c. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 11, 13 January 2012.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/full_report_170.pdf, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012d. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 12, 17 January 2012.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CORRIGENDUM%20-%20OCHASitrepNo.12PhilippinesTropicalStormWashi17Jan2012.pdf>, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012e. „Tropical Storm Washi - Situation Report No. 18, 17 February 2012.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHASitrepNo18%20Philippines%20TropicalStormWashi%2017February2012.pdf>, Zugriff am 5.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012f. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 01, 17-23 February 2012.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Philippines%2520MindanaoHumanitarian%2520BulletinIssue1%2520Feb2012.pdf>, Zugriff am 25.3.2014.

- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012g. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 02, 23 February – 9 March 2012.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/PhilippinesMindanaoHumanitarianBulletinNo2_9March2012.pdf, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012h. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 03, 9-30 March 2012.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/PhilippinesHumanitarianBulletin3%2030March2012.pdf>, Zugriff am 15.9.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012i. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 04, 29 March – 27 April 2012.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Midanao%20Humanitarian%20Bulletin%20No4%2027April2012_0.pdf, Zugriff am 15.9.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012j. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 05, 28 April – 8 June 2012.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full%20Report_769.pdf, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012k. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 09, 7 September – 8 October 2012.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full%20Report_1044.pdf, Zugriff am 4.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012l. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 10, 9-31 October 2012.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/OCHA%20Philippines%20Humanitarian%20Bulletin%20No.%2010.pdf>, Zugriff am 17.10.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012m. „Mindanao Humanitarian Bulletin - Issue 11, 1-30 November 2012.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Philippines%20Humanitarian%20Bulletin%20Issue%2011_1-30%20November%202012.pdf, Zugriff am 22.8.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012n. „Response to Tropical Storm Washi. Summary Report.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full%20Report_473.pdf, Zugriff am 29.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012o. „Tropical Storm Washi/Sendong - Action Review Report.” Genf: OCHA.
<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Washi%2520Action%2520Review%2520Report%2520%2822-23%2520March%25202012%29%2520%28Final%29.pdf>, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012p. „Second Emergency Revision - Humanitarian Action Plan for Philippines (Mindanao) 2012 - Response to Tropical Storm Washi.” Genf: OCHA.
http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Philippines%20Jan2012%20revision_0.pdf, Zugriff am 30.7.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012q. „Philippines (Mindanao) Humanitarian Action Plan 2012. Mid-Year Review.” Genf: OCHA.
https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/MYR_2012_Philippines_HAP.pdf, Zugriff am 15.10.2014.

- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2012r. „Philippines (Mindanao) Humanitarian Action Plan 2013.” Genf: OCHA.
https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/2013_Philippines_HAP.pdf, Zugriff am 9.5.2014.
- OCHA** – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. 2013. „Philippines (Mindanao) Humanitarian Action Plan 2013. Mid-Year Review.” Genf: OCHA.
https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/MYR_2013_Philippines_HAP.pdf, Zugriff am 11.2.2014.
- O’Loughlin, John/Linke, Andrew M./Witmer, Frank.** 2013. „Conflict risk in sub-Saharan Africa increases substantially with high temperatures but drought effects are small, 1980-2009.” Arbeitspapier präsentiert auf der *54th Annual Convention of the International Studies Association, April 3-6, 2013. San-Francisco, USA.*
- O’Loughlin, John/Linke, Andrew M./Witmer, Frank.** 2014. „Modeling and data choices sway conclusions about climate-conflict links.” *PNAS* 111 (6): 2054–2055.
- O’Loughlin, John/Witmer, Frank, D. W./Linke, Andrew M./Laing, Arlene/Gettelman, Andrew/Dudhia, Jimy.** 2012. „Climate variability and conflict risk in East Africa, 1990-2009.” *PNAS* 109 (45): 18344–18349.
- Omelicheva, Mariya Y.** 2011. „Natural Disasters: Triggers of Political Instability?” *International Interactions* 37 (4): 441–465.
- OPAPP** – Office of the Presidential Adviser on the Peace Process. 2014. „CPP-NPA-NDF Peace Table.” Pasig City: OPAPP. <http://www.opapp.gov.ph/ms/news/cpp-npa-ndf>, Zugriff am 21.2.2014.
- Ordinario, Cai U.** 2014. „Jobs, inflation, poverty still haunt Aquino after 4 years.” *Business Mirror*. 28.7.2014.
<http://businessmirror.com.ph/~businfk5/index.php/en/news/economy/36190-jobs-inflation-poverty-still-haunt-aquino-after-4-years>, Zugriff am 9.9.2014.
- ÖRK** – Österreichisches Rotes Kreuz. 2014. „Koordination der internationalen Rotkreuz-Ansätze.“ Wien: ÖRK.
<http://www.rotekreuz.at/katastrophenhilfe/koordination-und-zustaendigkeiten/koordination-der-internationalen-rotkreuz-einsaetze/>, Zugriff am 16.10.2014.
- Orque, Modesta Soberano.** 1983. „Nursing Care of Filipino American Patients.” In: Modesta Soberano Orque/Bobbie Bloch/Lidia S. Ahumada Monrroy (Hg.). „Ethnic nursing care: A multicultural approach.” St. Louis: C. V. Mosby, Inc.: 149–182.
- Osborne, Hilary.** 2007. „Climate Change is our top priority, says UN chief.” *The Guardian*. 2.3.2007.
<http://www.guardian.co.uk/environment/2007/mar/02/climatechange.climatechangeenvironment>, Zugriff am 16.5.2013.
- Østby, Gudrun/Urdal, Henrik/Tadjoeddin, Mohammad Zulfan/Murshed, S. Mansoob/Strand, Håvard.** 2011. „Population Pressure, Horizontal Inequality and Political Violence: A Disaggregated Study of Indonesian Provinces, 1990-2003.” *Journal of Development Studies* 47 (3): 377–398.
- Page, Edward.** 2000. „Theorizing the link between environmental change and security.” *Reciel* 9 (1): 33–43.
- Paris, Roland.** 2001. „Human Security: Paradigm Shift or Hot Air?” *International Security* 26 (2): 87–102.
- Paris, Roland.** 2004. „Still an Inscrutable Concept.” *Security Dialogue* 35 (3): 370–372.

- Peluso**, Nancy Lee/**Watts**, Michael. (Hg.). 2001. „Violent Environments.” Ithaca: Cornell University Press.
- Perch-Nielsen**, Sabine L./**Bättig**, Michèle B./**Imboden**, Dieter. 2008. „Exploring the link between climate change and migration.” *Climatic Change* 91 (3-4): 375–393.
- Percival**, Val/**Homer-Dixon**, Thomas F. 1998. „Environmental Scarcity and Violent Conflict: The Case of South Africa.” *Journal of Peace Research* 35 (3): 279–298.
- Perras**, Arne. 2011. „Nach der Dürre“ *Süddeutsche Zeitung* 19. 25.1.2011: 19.
- Perras**, Arne. 2014. „Die Spuren des Taifuns“ *Süddeutsche Zeitung* 285. 11.12.2014: 9.
- Peters**, Katie/**Vivekananda**, Janani. 2014. „Topic Guide: Conflict, Climate and Environment.” London, Redhill: Evidence on Demand.
- Philippine Daily Inquirer**. 2011. „Iligan university biggest haven for ‚Sendong‘ victims.“ 25.12.2011. <http://newsinfo.inquirer.net/116883/iligan-university-biggest-haven-for-%E2%80%99sendong%E2%80%99-victims>, Zugriff am 10.11.2014.
- Piguet**, Etienne. 2008. „Climate change and forced migration.” *UNHCR Research Paper* No. 153. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).
- Piguet**, Etienne. 2013. „From ‘primitive migration’ to ‘climate refugees’ – the curious fate of the natural environment in migration studies.” *Annals of the Association of American Geographers* 103 (1): 148–162.
- Ragin**, Charles C. 1987. „The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies.” Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.
- Ragin**, Charles C. 2007. „Vorwort.” In: Carsten Schneider/Claudius Wagemann (Hg.). „Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets: Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen.“ Opladen, Farmington Hills: Budrich: 13–18.
- Raleigh**, Clionadh/**Urdal**, Henrik. 2007. „Climate change, environmental degradation and armed conflict.” *Political Geography* 26 (6): 674–694.
- Raleigh**, Clionadh/**Hegre**, Håvard. 2009. „Population size, concentration, and civil war. A geographically disaggregated analysis.” *Political Geography* 28 (4): 224–238.
- Raleigh**, Clionadh/**Jordan**, Lisa. 2010. „Climate Change and Migration: Emerging Patterns in the Developing World.” In: The World Bank (Hg.). „Social dimensions of climate change: equity and vulnerability in a warming world.” Washington D.C.: The World Bank: 103–131.
- Raleigh**, Clionadh/**Kniveton**, Dominic. 2012. „Come rain or shine: An analysis of conflict and climate variability in East Africa.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 51–64.
- Raleigh**, Clionadh/**Jordan**, Lisa/**Salehyan**, Idean. 2008. „Assessing the Impact of Climate Change on Migration and Conflict.“ Arbeitspapier erstellt für den Workshop *Social Dimensions of Climate Change*, The World Bank, March 5-6, 2008. Washington D.C., USA.
- Raleigh**, Clionadh/**Linke**, Andrew M./**O’Loughlin**, John. 2014. „Extreme temperatures and violence.” *Nature Climate Change* 4 (2): 76–77.
- Raleigh**, Clionadh/**Cunningham**, David/**Wilhelmsen**, Lars/**Gleditsch**, Nils Petter. 2006. „Conflict Sites 1946-2005.” Oslo: Centre for the Study of Civil War, PRIO.
- Raleigh**, Clionadh/**Linke**, Andrew/**Hegre**, Håvard/**Karlsen**, Joakim. 2010. „Introducing ACLED: An Armed Conflict Location and Event Dataset.” *Journal of Peace Research* 47 (5): 651–660.

- Ramos**, Christine Carmela R. 2004. „Introduction to Philosophy.” Quezon City: Rex Printing Company, Inc.
- Rappler**. 2014. „Aquino vows to crush ‘spoilers’.” 29.1.2014.
<http://www.rappler.com/nation/49182-aquino-spoilers-mindanao>, Zugriff am 28.3.2014.
- Reese**, Niklas. 2005. „Armut unter Palmen: Soziale Sicherung, Bildung und Gesundheit in den Philippinen.“ *Focus Asien* 24. Essen: Asienstiftung.
- Renaud**, Fabrice/**Bogardi**, Janos J./**Dun**, Olivia/**Warner**, Koko. 2007. „Control, Adapt or Flee: How to Face Environmental Migration?” *Interdisciplinary Security Connections Publication Series of UNU-EHS* No. 5/2007. Bonn: United Nations University, Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS).
- Republic Act No. 7160** [Dezentralisierungsreform]. Stand 10.10.1991. Manila: Congress of the Philippines.
http://www.lawphil.net/statutes/repacts/ra1991/ra_7160_1991.html, Zugriff am 17.9.2014.
- Republic Act No. 10121** [Gesetz über Katastrophenrisikominderung und -management]. Stand 27.7.2009. Manila: Congress of the Philippines.
http://www.ndrrmc.gov.ph/attachments/045_RA%2010121.pdf, Zugriff am 21.3.2014.
- Reuveny**, Rafael. 2007. „Climate change-induced migration and violent conflict.” *Political Geography* 26 (6): 656–673.
- Reuveny**, Rafael. 2008. „Ecomigration and Violent Conflict: Case Studies and Public Policy Implications.” *Human Ecology* 36 (1): 1–13.
- Reynal-Querol**, Marta. 2002. „Ethnicity, Political Systems, and Civil Wars.” *Journal of Conflict Resolution* 46 (1): 29–54.
- Ross**, Michael L. 1999. „The Political Economy of the Resource Curse.” *World Politics* 51 (2): 297–322.
- Ross**, Michael L. 2004a. „What Do We Know About Natural Resources and Civil War?” *Journal of Peace Research* 41 (3): 337–356.
- Ross**, Michael L. 2004b. „How Does Natural Resource Wealth Influence Civil War? Evidence from Thirteen Cases.” *International Organization* 58 (1): 35–67.
- Rowlands**, Ian. 1991. „The security challenges of global environmental change.” *The Washington Quarterly* 14 (1): 99–114.
- Rubner**, Jeanne. 2011. „Gefahr für den Weltfrieden. Der Klimawandel steht jetzt auf der Agenda des UN-Sicherheitsrates.” *Süddeutsche Zeitung* 67. 22.7.2011: 7.
- Rustad**, Siri Camilla Aas/**Buhaug**, Halvard/**Flach**, Ashild/**Gates**, Scott. 2011a. „All Conflict is Local: Modeling Sub-National Variation in Civil Conflict Risk.” *Conflict Management and Peace Science* 28 (1): 15–40.
- Rustad**, Siri Camilla Aas/**Buhaug**, Halvard/**Flach**, Ashild/**Gates**, Scott. 2011b. „CMPS 2011 data revised 140711” [unveröffentlichter Datensatz über Konfliktgeschichte und ethnisch-politische Ausgrenzung auf regionaler Ebene].
- Rüttinger**, Lukas/**Smith**, Dan/**Stang**, Gerald/**Tänzler**, Dennis/**Vivekananda**, Janani. 2015. „A New Climate for Peace: Taking Action on Climate and Fragility Risks. Executive Summary” Berlin, London, Washington D.C., Paris: adelphi, International Alert, The Wilson Center, The European Union Institute for Security Studies.
- Sabillo**, Kristine Angeli. 2014. „Bangsamoro peace pact signed.” *Inquirer.net*. 27.3.2014. <http://newsinfo.inquirer.net/589568/bangsamoro-peace-pact-signed>, Zugriff am 28.3.2014.

- Sachs, Jeffrey/Warner, Andrew.** 2001. „The curse of natural resources.” *European Economic Review* 45 (4-6): 827–838.
- Safran, William.** 1991. „Diasporas in Modern Societies: Myths of Homeland and Return.” *Diaspora* 1 (1): 83–99.
- Saha, Sujan.** 2012. „Security Implications of Climate Refugees in Urban Slums: A Case Study from Dhaka, Bangladesh.” In: Jürgen Scheffran/Michael Brzoska/Hans Günter Brauch/Peter M. Link/Janpeter Schilling (Hg.). „Climate Change, Human Security and Violent Conflict.” Berlin, Heidelberg: Springer: 595–611.
- Salehyan, Idean.** 2008a. „From Climate Change to Conflict? No Consensus Yet.” *Journal of Peace Research* 45 (3): 315–326.
- Salehyan, Idean.** 2008b. „The Externalities of Civil Strife: Refugees as a Source of International Conflict.” *American Journal of Political Science* 52 (4): 787–801.
- Salehyan, Idean.** 2014. „Climate change and conflict: Making sense of disparate findings.” *Political Geography* 43 (2014): 1–5.
- Salehyan, Idean/Gleditsch, Kristian S.** 2006. „Refugees and the Spread of Civil War.” *International Organization* 60 (2): 335–366.
- Salehyan, Idean/Hendrix, Cullen.** 2012. „Social Conflict in Africa Database Version 3.0.” <http://www.strausscenter.org/codebooks/SCAD%203.0%20Codebook.pdf>, Zugriff am 26.4.2013.
- Salehyan, Idean/Hendrix, Cullen.** 2014. „Climate shocks and political violence.” *Global Environmental Change* 28 (1): 239–250.
- Sanz, Charina.** 2010. „Die Wahrnehmung des Mindanao-Konflikts in der philippinischen Bevölkerung.” In: Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hg.). „Philippinen: Gewalt ohne Ende?“ Idstein: Meinhardt: 22–25.
- Sartori, Giovanni.** 1970. „Concept Misformation in Comparative Politics.” *The American Political Science Review* 64 (4): 1033–1053.
- Scheffran, Jürgen.** 2011. „Globaler Klimawandel und Gewaltkonflikte: Befunde und Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung.” In: Michael Brzoska/Martin B. Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hg.). „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“ Baden-Baden: Nomos: 27–50.
- Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans Günter/Link, Peter M./Schilling, Janpeter (Hg.).** 2012a. „Climate Change, Human Security and Violent Conflict.” Berlin, Heidelberg: Springer.
- Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans Günter/Link, Peter M./Schilling, Janpeter.** 2012b. „Conclusions and Outlook: Research Results and Research Needs.” In: Jürgen Scheffran/Michael Brzoska/Hans Günter Brauch/Peter M. Link/Janpeter Schilling (Hg.). „Climate Change, Human Security and Violent Conflict.” Berlin, Heidelberg: Springer: 797–818.
- Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Kominek, Jasmin/Link, Peter M./Schilling, Janpeter.** 2012c. „Disentangling the Climate-conflict Nexus: Empirical and Theoretical Assessment of Vulnerabilities and Pathways.” *Review of European Studies* 4 (5): 1–13.
- Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Kominek, Jasmin/Link, Peter M./Schilling, Janpeter.** 2012d. „Climate change and violent conflict.” *Science* 336: 879–881. doi: 10.1126/science.1221339.
- Schmelcher, Svenja.** 2007. „RIDO and its influence on the Academe, NGOs and the Military.” Cagayan de Oro City: Balay Mindanaw Foundation, Inc. (BMFI). <http://www.balaymindanaw.org/bmfi/essays/2007/02rido.html>, Zugriff am 12.3.2014.

- Schmieder**, Jürgen. 2012. „Flutkatastrophe auf den Philippinen.“ *Süddeutsche Zeitung online*. 2.1.2012. <http://www.sueddeutsche.de/panorama/flutkatastrophe-auf-den-philippinen-wir-hoffen-und-beten-1.1237572>, Zugriff am 10.12.2014.
- Schneider**, Carsten Q. 2006. „Qualitative Comparative Analysis and Fuzzy Sets.“ In: Joachim Behnke/Thomas Gschwend/Delia Schindler/Kai-Uwe Schnapp (Hg.). „Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren.“ Baden-Baden: Nomos: 273–285.
- Schneider**, Carsten Q./**Wagemann**, Claudius. 2007. „Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets: Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen.“ Opladen, Farmington Hills: Budrich.
- Schneider**, Carsten Q./**Wagemann**, Claudius. 2012. „Set-Theoretic Methods: A User’s Guide for Qualitative Comparative Analysis and Fuzzy Sets in Social Science.“ Cambridge: Cambridge University Press.
- Schrader**, Christopher. 2013a. „Wärmer und im Winter nass.“ *Süddeutsche Zeitung* 228. 2./3.10.2013: 16.
- Schrader**, Christopher. 2013b. „Konfliktforschung: Mehr Gewalt durch den Klimawandel.“ *Süddeutsche Zeitung online*. 2.8.2013. <http://www.sueddeutsche.de/wissen/konfliktforschung-mehr-gewalt-durch-den-klimawandel-1.1736542>, Zugriff am 24.8.2013.
- Schrader**, Christopher. 2013c. „Ein Klima für Stürme.“ *Süddeutsche Zeitung* 262. 13.11.2013: 16.
- Schreiber**, Wolfgang. 2011a. „Das Kriegsgeschehen 2009.“ Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schreiber**, Wolfgang. 2011b. „Darfur – der erste Klimakrieg?“ In: Michael Brzozka/Martin B. Kalinowski/Volker Matthies/Berthold Meyer (Hg.). „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?“ Baden-Baden: Nomos: 217–230.
- Schreiber**, Wolfgang. 2012. „Kriege und bewaffnete Konflikte 2012. Ein erster Überblick.“ *AKUF-Analysen* Nr. 11. Hamburg: Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF).
- Schulte von Drach**, Markus C. 2015. „Was der syrische Bürgerkrieg mit dem Klimawandel zu tun hat.“ *Süddeutsche Zeitung online*. 4.3.2015. <http://www.sueddeutsche.de/wissen/ausloeser-von-krisen-was-der-syrische-buergerkrieg-mit-dem-klimawandel-zu-tun-hat-1.2377566>, Zugriff am 5.3.2015.
- Schwartz**, Daniel M./**Deligiannis**, Tom/**Homer-Dixon**, Thomas F. 2000. „The Environment and Violent Conflict: A Response to Gleditsch’s Critique and Some Suggestions for Future Research.“ *Environmental Change and Security Project Report* 6 (Summer 2000): 77–94.
- Schwartz**, Peter/**Randall**, Doug. 2003. „An Abrupt Climate Change Scenario and its Implications for United States International Security.“ Washington D.C.: US Department of Defense.
- Security Council Report**. 2013. „Arria Formula Meeting on Climate Change.“ New York: Security Council Report. <http://www.whatsinblue.org/2013/02/arria-formula-meeting-on-climate-change.php>, Zugriff am 10.3.2015.
- Shen**, Shawn/**Gemenne**, François. 2011. „Contrasted views on environmental change and migration: the case of Tuvaluan migration to New Zealand.“ *International Migration* 49 (s1): e224–e242.
- Simon**, Julian. 1988. „The ultimate resource II.“ Princeton: Princeton University Press.

- Slettebak**, Rune T. 2010. „Disasters, riots and political violence in India – A spatiotemporal analysis.” Arbeitspapier präsentiert auf der *SGIR 7th Pan-European Conference on IR, September 9-11, 2010. Stockholm, Sweden*.
- Slettebak**, Rune T. 2012. „Don’t blame the weather! Climate-related natural disasters and civil conflict.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 163–176.
- Slettebak**, Rune T. 2013. „Climate Change, Natural Disasters, and Post-Disaster Unrest in India.” *India Review* 12 (4): 260–279.
- Slettebak**, Rune T./**Theisen**, Ole Magnus. 2011. „Natural Disasters and Social Destabilization: Is there a Link between Natural Disasters and Violence? A Study of Indonesian Districts, 1990-2003.” Arbeitspapier präsentiert auf der *52th Annual Convention of the International Studies Association, March 16-19, 2011. Montreal, Canada*.
- Smith**, Dan/**Vivekananda**, Janani. 2007. „A Climate of Conflict. The links between climate change, peace and war.” London: International Alert.
- Smith**, Todd G. 2011. „Fighting in the Rain: The Effects of Rainfall Variability on Social Conflict in Africa.” Arbeitspapier präsentiert auf der *52th Annual Convention of the International Studies Association, March 16-19, 2011. Montreal, Canada*.
- Social Weather Stations**. 2014. „Fourth Quarter 2014 Social Weather Survey.” Quezon City: Social Weather Stations. <http://www.sws.org.ph/>, Zugriff am 15.1.2015.
- Süddeutsche Zeitung**. 2014. „Klimaflüchtlinge anerkannt.“ 178. 5.8.2014: 8.
- Suhrke**, Astri. 1993. „Pressure Points: Environmental Degradation, Migration and Conflict.” Arbeitspapier präsentiert auf dem Workshop *Environmental Change, Population Displacement, and Acute Conflict, June 18-19, 1991. Ottawa, Canada*.
- Suhrke**, Astri. 1994. „Environmental Refugees and Social Conflict.” In: Günther Bächler (Hg.). 1994. „Umweltflüchtlinge: Das Konfliktpotential von morgen?“ Münster: agenda Verlag: 83–100.
- Suhrke**, Astri. 1997. „Environmental Degradation, Migration, and the Potential for Violent Conflict.” In: Nils Petter Gleditsch (Hg.). „Conflict and the Environment.” Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers: 255–272.
- Suliman**, Mohamed (Hg.). 1999. „Ecology, Politics, and Violent Conflict.” London: Zed Books.
- Sundberg**, Ralph/**Melander**, Erik. 2013. „Introducing the UCDP Georeferenced Event Dataset.” *Journal of Peace Research* 50 (4): 523–532.
- Sundberg**, Ralph/**Eck**, Kristine/**Kreutz**, Joakim. 2012. „Introducing the UCDP Non-State Conflict Dataset.” *Journal of Peace Research* 49 (2): 351–362.
- Sunga**, Lyal S. 2011. „Does climate change kill people in Darfur?” *Journal of Human Rights and the Environment* 2 (1): 64–85.
- Swain**, Ashok. 1996. „Displacing the Conflict: Environmental Destruction in Bangladesh and Ethnic Conflict in India.” *Journal of Peace Research* 33 (2): 189–204.
- Tacoli**, Cecilia. 2009. „Crisis or adaptation? Migration and climate change in a context of high mobility.” *Environment and Urbanization* 21 (2): 513–525.
- Teodoro**, Luis. 2015. „Mamasapano’s other casualties.“ *Business World*. 12.2.2015.
- Tertrais**, Ben. 2011. „The Climate Wars Myth.” *The Washington Quarterly* 34 (3): 17–29.
- The 1987 Constitution of the Republic of the Philippines**. Stand 11.2.1987. Quezon City: The Official Gazette. <http://www.gov.ph/constitutions/the-1987-constitution-of-the-republic-of-the-philippines/>, Zugriff am 17.2.2014.

- The Hamburg Conference Declaration.** Stand 18.7.2013. Hamburg.
http://www.climateservicecenter.de/imperia/md/content/csc/workshopdokumente/hamburgconference/hamburg_declaration.pdf, Zugriff am 21.3.2014.
- The Manila Times.** 2012. „PH fails in 4 major goals.” 5.12.2012.
- The Manila Times.** 2013. „PH elite swallow country’s new wealth.” 3.3.2013.
- The Manila Times.** 2015. „49 policemen killed after clash with rebels.” 26./29.1.2015.
- The White House.** 2009. „Remarks by the President at United Nations Secretary General Ban Ki-Moon’s Climate Change Summit.” Washington D.C.: The White House. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-un-secretary-general-ban-ki-moons-climate-change-summit>, Zugriff am 16.5.2013.
- Themnér, Lotta/Wallensteen, Peter.** 2013. „Armed Conflicts, 1946-2012.” *Journal of Peace Research* 50 (4): 509–521.
- Theisen, Ole Magnus.** 2008. „Blood and Soil? Resource Scarcity and Internal Armed Conflict Revisited.” *Journal of Peace Research* 45 (6): 801–818.
- Theisen, Ole Magnus.** 2010. „Scarcity and Organized Violence in Kenya, 1989-2004. A ‘Fitting’ or a ‘Mis-Fit’ Case of Environmental Security Theory?” Arbeitspapier präsentiert auf der Konferenz *Climate Change and Security, June 21-24, 2010. Trondheim, Norway.*
- Theisen, Ole Magnus.** 2012. „Climate clashes? Weather variability, land pressure, and organized violence in Kenya, 1989-2004.” *Journal of Peace Research* 49 (1): 81–96.
- Theisen, Ole Magnus/Brandsegg, Kristian Bjarnøe.** 2007. „The Environment and Non-State Conflicts in Sub-Saharan Africa.” Arbeitspapier präsentiert auf der *48th Annual Convention of the International Studies Association, 28 Feb – 3 March 2007. Chicago, IL, USA.*
- Theisen, Ole Magnus/Holtermann, Helge/Buhaug, Halvard.** 2009. „Drought, Political Exclusion, and Civil War.” Arbeitspapier präsentiert auf der *Conference on Climate Change, Social Stress and Violent Conflict: State of the Art and Research Needs, November 19–20, 2009. Hamburg, Germany.*
- Theisen, Ole Magnus/Holtermann, Helge/Buhaug, Halvard.** 2011/2012. „Climate Wars? Assessing the Claim That Drought Breeds Conflict.” *International Security* 36 (3): 79–106.
- Theisen, Ole Magnus/Gleditsch, Nils Petter/Buhaug, Halvard.** 2013. „Is climate change a driver of armed conflict?” *Climatic Change* 117 (3): 613–625.
- Thiel, Susanne/Fillone, Olive.** 2006. „Conflict Analysis in two Provinces of Mindanao.“ Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).
- Tir, Jaroslav/Stinnett, Douglas M.** 2012. „Weathering climate change: Can institutions mitigate international water conflict?” *Journal of Peace Research* 49 (1): 211–225.
- Tol, Richard S. J./Wagner, Sebastian.** 2010. „Climate change and violent conflict in Europe over the last millennium.” *Climatic Change* 99 (1-2): 65–79.
- Tollefsen, Andreas Forø/Strand, Håvard/Buhaug, Halvard.** 2012. „PRIO-GRID: A unified spatial data structure.” *Journal of Peace Research* 49 (2): 363–374.
- Torres, Wilfredo Magno (Hg.).** 2007. „Rido: Clan Feuding and Conflict Management in Mindanao.” Makati City: The Asia Foundation.
- Transparency International.** 2014. „Corruption Perceptions Index 2013.” Berlin: Transparency International. <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2400.0.html>, Zugriff am 19.2.2014.

- Trentmann, Claudia/Padberg, Andrea.** 2009. „Nothilfe: Überlebenshilfe für Opfer von Naturkatastrophen und gewaltsamen Konflikten.“ Bonn: Deutsche Welthungerhilfe e. V.
- UCDP** – Uppsala Conflict Data Program. 2013a. „UCDP Conflict Encyclopedia.“ Uppsala: Uppsala University. www.ucdp.uu.se/database, Zugriff am 18.11.2013.
- UCDP** – Uppsala Conflict Data Program. 2013b. „Definitions.“ Uppsala: Uppsala University. <http://www.pcr.uu.se/research/ucdp/definitions/>, Zugriff am 18.11.2013.
- Ullman, Richard H.** 1983. „Redefining Security.“ *International Security* 8 (1): 129–153.
- UNDP** – United Nations Development Programme. 2009. „Human Development Report 2009. Overcoming barriers: Human mobility and development.“ New York: UNDP. http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf, Zugriff am 7.11.2013.
- UNDP** – United Nations Development Program. 2013a. „Human Development Index (HDI).“ New York: UNDP. <http://hdr.undp.org/en/statistics/hdi/>, Zugriff am 7.11.2013.
- UNDP** – United Nations Development Program. 2013b. „Summary Human Development Report 2013.“ New York: UNDP. http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr2013_en_summary.pdf, Zugriff am 13.2.2014.
- UNEP** – United Nations Environment Programme. 2007. „Sudan: Post-conflict Environmental Assessment.“ Nairobi: UNEP. http://postconflict.unep.ch/publications/UNEP_Sudan.pdf, Zugriff am 6.6.2013.
- UNEP** – United Nations Environment Programme. 2008. „Natural Disasters Contribute to Rise in Population Displacement.“ Nairobi: UNEP. <http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=538&ArticleID=5842&l=en>, Zugriff am 5.8.2013.
- UNEP** – United Nations Environment Programme. 2011. „Livelihood Security: Climate Change, Migration and Conflict in the Sahel.“ Nairobi: UNEP. http://www.unep.org/pdf/UNEP_Sahel_EN.pdf, Zugriff am 2.8.2013.
- UNFCCC** – United Nations Framework Convention on Climate Change. 2007. „Press Release: UNFCCC Executive Secretary says significant funds needed to adapt to climate change impacts.“ Bonn: UNFCCC. http://unfccc.int/files/press/news_room/press_releases_and_advisories/application/pdf/070406_pressrel_english.pdf, Zugriff am 5.8.2013.
- UNGA** – United Nations General Assembly. 2009a. „Climate Change and its possible security implications.“ *A/RES/63/281*. New York: UNGA. <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/res%2063%20281.pdf>, Zugriff am 16.5.2013.
- UNGA** – United Nations General Assembly. 2009b. „Climate Change and its possible security implications. Report of the Secretary-General.“ *A/64/350*. New York: UNGA. <http://www.refworld.org/pdfid/4ad5e6380.pdf>, Zugriff am 16.5.2013.
- UNHCR** – United Nations High Commissioner for Refugees. 2009. „Climate change, natural disasters and human displacement: a UNHCR perspective.“ Genf: UNHCR. <http://www.unhcr.org/4901e81a4.html>, Zugriff am 29.7.2013.
- UNHCR** – United Nations High Commissioner for Refugees. 2014. „UNHCR 2013 Global Trends.“ Genf: UNHCR. <http://www.unhcr.org/5399a14f9.html>, Zugriff am 19.12.2014.

- UNSC** – United Nations Security Council. 2007. „Security Council holds first-ever debate on impact of climate change on peace, security, hearing over 50 speakers.” *SC/9000*. New York: UNSC.
<http://www.un.org/News/Press/docs/2007/sc9000.doc.htm>, Zugriff am 16.5.2013.
- UNSC** – United Nations Security Council. 2011. „Statement by the President of the Security Council.” *S/PRST/2011/15*. New York: UNSC.
<http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/CC%20SPRST%202011%205.pdf>, Zugriff am 16.5.2013.
- UNSG** – United Nations Secretary General. 2006. „Citing ‘Frightening Lack of Leadership’ on Climate Change, Secretary General calls Phenomenon an all-encompassing Threat in address to Nairobi Talks.” *SG/SM/10739*. New York: UNSG. <http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sgsm10739.doc.htm>, Zugriff am 16.5.2013.
- UNU-EHS** – United Nations University, Institute for Environment and Human Security. 2005. „As Ranks of ‘Environmental Refugees’ Swell Worldwide, Calls Grow for Better Definition, Recognition, Support.” Bonn: UNU-EHS.
<http://www.ehs.unu.edu/file/get/3916>, Zugriff am 5.8.2013.
- Urdal**, Henrik. 2005. „People vs. Malthus: Population Pressure, Environmental Degradation, and Armed Conflict Revisited.” *Journal of Peace Research* 42 (4): 417–434.
- Urdal**, Henrik. 2008. „Population, Resources, and Political Violence: A Subnational Study of India, 1956-2002.” *Journal of Conflict Resolution* 52 (4): 590–617.
- USDOS** – U.S. Department of State. 2010. „2009 Human Rights Report: Philippines.” Washington D.C.: USDOS.
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2009/eap/136006.htm>, Zugriff am 18.2.2014.
- van Evera**, Stephen. 1997. „Guide to Methods for Students of Political Science.” New York: Cornell University Press.
- Vidal**, John. 2005. „Pacific Atlantis: first climate change refugees.” *The Guardian*. 25.11.2005.
<http://www.theguardian.com/environment/2005/nov/25/science.climatechange>, Zugriff am 7.8.2013.
- Vitug**, Marites Danguilan. 2005. „The Big Kill.” *News Break*. 25.4.2005: 28–29.
<http://asiafoundation.org/resources/pdfs/7TheBigKill.pdf>, Zugriff am 18.3.2014.
- Vreeland**, James Raymond. 2008. „The effect of political regime on civil war: Unpacking anocracy.” *Journal of Conflict Resolution* 52 (3): 401–425.
- von Uexkull**, Nina. 2014. „Sustained drought, vulnerability and civil conflict in Sub-Saharan Africa.” *Political Geography* 43 (2014): 16–26.
- Warnecke**, Andrea/**Tänzler**, Dennis/**Vollmer**, Ruth. 2010. „Climate Change, Migration and Conflict: Receiving Communities under Pressure?” Washington D.C.: The German Marshall Fund of the United States.
- Warner**, Koko/**Afifi**, Tamer. 2014. „Where the rain falls: Evidence from 8 countries on how vulnerable households use migration to manage the risk of rainfall variability and food insecurity.” *Climate and Development* 6 (1): 1–17.
- Warner**, Koko/**Afifi**, Tamer/**Dun**, Olivia/**Stal**, Marc/**Schmidl**, Sophia. 2008. „Human security, climate change, and environmentally induced migration.” *UNU-EHS Report*. Bonn: United Nations University, Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS).

- Warner, Koko/Ehrhart, Charles/de Sherbinin, Alex/Adamo, Susanne/Chai-Onn, Tricia.** 2009. „In Search of Shelter: Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement.” Los Angeles: Cooperative for Assistance and Relief Everywhere, Inc. (CARE).
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.** 1996. „Welt im Wandel: Herausforderungen für die deutsche Wissenschaft. Hauptgutachten 1996.“ Berlin, Heidelberg, New York: Springer. http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg1996/wbgu_jg1996.pdf, Zugriff am 14.5.2013.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.** 1997. „Welt im Wandel: Wege zu einem nachhaltigen Umgang mit Süßwasser. Hauptgutachten 1997.“ Berlin, Heidelberg, New York: Springer. http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg1997/wbgu_jg1997.pdf, Zugriff am 14.5.2013.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.** 2000. „Welt im Wandel: Neue Strukturen globaler Umweltpolitik.“ Berlin, Heidelberg, New York: Springer. <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2000-institutionen/>, Zugriff am 14.5.2013.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.** 2007. „Welt im Wandel - Sicherheitsrisiko Klimawandel.“ Berlin, Heidelberg: Springer. http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2007/wbgu_jg2007.pdf, Zugriff am 14.5.2013.
- Weidmann, Nils B./Kuhn, Patrick/Nikolic, Varja.** 2007. „Refugees as Local Catalysts of Conflict? A Statistical Assessment.” Arbeitspapier präsentiert auf der *48th Annual Convention of the International Studies Association, 28 Feb – 3 March 2007. Chicago, IL, USA.*
- Weidmann, Nils B./Rød, Jan Ketil/Cederman, Lars-Erik.** 2010. „Representing ethnic groups in space: A new dataset.” *Journal of Peace Research* 47 (4): 491–499.
- Welzer, Harald.** 2008. „Klimakriege: Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.“ Frankfurt: S. Fischer Verlag.
- WFP – World Food Programme.** 2014. „Nahrung, Laster und Radios: Die Rolle des UN World Food Programme (WFP) im ‚Cluster‘ System.“ Rom: WFP. <http://de.wfp.org/was-wir-tun/nothilfe/wfp-im-un-cluster-system>, Zugriff am 16.10.2014.
- Whitaker, Beth E.** 2003. „Refugees and the Spread of Conflict: Contrasting cases in Central Africa.” *Journal of Asian and African Studies* 38 (2-3): 211–231.
- Wikipedia.** 2014a. „Political Divisions of Mindanao.” http://en.wikipedia.org/wiki/Political_divisions_of_Mindanao, Zugriff am 28.2.2014.
- Wikipedia.** 2014b. „Lumad.“ <http://de.wikipedia.org/wiki/Lumad>, Zugriff am 13.3.2014.
- Wikipedia.** 2014c. „Land banking.“ http://en.wikipedia.org/wiki/Land_banking, Zugriff am 11.9.2014.
- Wimmer, Andreas/Cederman, Lars-Erik/Min, Brian.** „Ethnic Politics and Armed Conflict: A Configurational Analysis of a New Global Data Set.” *American Sociological Review* 74 (2): 316–337.
- Wischnath, Gerdis/Buhaug, Halvard.** 2014a. „On climate variability and civil war in Asia.” *Climatic Change* 122 (4): 709–721.

- Wischnath, Gerdis/Buhaug, Halvard.** 2014b. „Rice or riots: On food production and conflict severity across India.” *Political Geography* 43 (2014): 6–15.
- Wisner, Ben/Blaikie, Piers M./Cannon, Terry/Davis, Ian.** 2004. „At Risk: Natural Hazards, People’s Vulnerability and Disasters.” London, New York: Routledge.
- WMO – World Meteorological Organization.** 2013. „The Global Climate 2001-2010: A Decade of Climate Extremes.” *WMO-No. 1103*. Genf: WMO.
http://library.wmo.int/pmb_ged/wmo_1103_en.pdf, Zugriff am 4.7.2013.
- Wolf, Aaron T.** 2007. „Shared Waters: Conflict and Cooperation.” *Annual Review of Environment and Resources* 32: 241–269.
- World Bank.** 2012. „Turn Down the Heat. Why a 4°C Warmer World Must be Avoided.” Washington D.C.: The World Bank.
http://climatechange.worldbank.org/sites/default/files/Turn_Down_the_heat_Why_a_4_degree_centigrade_warmer_world_must_be_avoided.pdf, Zugriff am 14.5.2013.
- World Bank.** 2013. „The World Governance Indicators (WGI) Project.” Washington D.C.: The World Bank.
<http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.aspx#home>, Zugriff am 14.11.2013.
- World Bank/WFP – The World Bank/World Food Programme.** 2011. „Violent Conflicts and Displacement in Central Mindanao.” Rom, Washington D.C.: The World Bank/WFP. <http://www.wfp.org/sites/default/files/WB-WFP%20Entire%20Report%20FA%201of7.pdf>, Zugriff am 10.3.2014.
- Wucherpfennig, Julian/Weidmann, Nils B./Girardin, Luc/Cederman, Lars-Erik/Wimmer, Andreas.** 2011. „Politically relevant ethnic groups across space and time: Introducing the GeoEPR dataset.” *Conflict Management and Peace Science* 28 (5): 423–437.
- Zhang, David D./Zhang, Jane/Lee, Harry F./He, Yuan-Qing.** 2007. „Climate Change and War Frequency in Eastern China over the Last Millennium.” *Human Ecology* 35 (4): 403–414.
- Zhang, David D./Jim, C. Y./Lin, George C-S/He, Yuan-Qing/Wang, James J./Lee, Harry F.** 2006. „Climatic Change, Wars and Dynastic Cycles in China over the Last Millennium.” *Climatic Change* 76 (3-4): 459–477.
- Zhang, David D./Lee, Harry F./Wang, Cong/Li, Boasheng/Pei, Qing/Zhang, Jane/An, Yulun.** 2011. „The causality analysis of climate change and large-scale human crisis.” *PNAS* 108 (42): 17296–17301.

Anhang

Anhang A: Interviewpartner

Interview	Datum, Ort	Beschreibung
A1	21.2.2012, Iligan	Mitarbeiterin einer nationalen NGO
A2	11.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer internationalen NGO
A3	17.7.2012, Cagayan de Oro	Mitarbeiter einer internationalen Organisation
A4	6.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer UN-Organisation
A5	15.2.2012, Manila	Mitarbeiter einer lokalen NGO in Iligan
A6	10.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer nationalen Regierungsbehörde
A7	16.7.2012, Cagayan de Oro	Wissenschaftlerin an der Xavier-University-Ateneo de Cagayan
A8	20.7.2012, Cagayan de Oro	Mitarbeiter einer lokalen NGO in Mindanao
A9	24.7.2012, Iligan	Mitarbeiterin der Stadtverwaltung in Iligan
A10	3.8.2012, Iligan	Mitarbeiterin einer lokalen NGO in Iligan
A11	1.8.2012, Iligan	Mitarbeiter einer internationalen NGO
A12	25.7.2012, Iligan	Mitarbeiter einer internationalen Organisation
A13	26.7.2012, Iligan	Barangay-Kapitän einer Aufnahmeregion in Iligan
A14	27.7.2012, Iligan	Gruppeninterview in einem Auffanglager mit u.a. Camp-Bewohnern, Camp-Managern und Camp-Leitern
A15	4.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer internationalen Organisation
A16	23.7.2012, Iligan	Mitarbeiterin der Stadtverwaltung in Iligan
A17	21.7.2012, Cagayan de Oro	Gruppeninterview in einem Auffanglager mit u.a. Camp-Bewohnern, Camp-Managern und Camp-Leitern

Interview	Datum, Ort	Beschreibung
A18	6.8.2012, Iligan	Mitarbeiterin einer lokalen NGO in Iligan
A19	1.8.2012, Iligan	Mitarbeiterin einer nationalen Regierungsbehörde
A20	27.7.2012, Iligan	Gruppeninterview in einem Auffanglager mit Camp-Bewohnern
A21	31.7.2012, Iligan	Mitarbeiterin einer nationalen NGO
A22	10.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer internationalen NGO
A23	21.7.2012, Cagayan de Oro	Gruppeninterview in einem Auffanglager mit u.a. Camp-Bewohnern, Camp-Managern und Camp-Leitern
A24	21.7.2012, Cagayan de Oro	Gruppeninterview in einem Auffanglager mit u.a. Camp-Bewohnern, Camp-Managern und Camp-Leitern
A25	30.7.2012, Iligan	Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Iligan
A26	20.7.2012, Cagayan de Oro	Barangay-Rätin einer Aufnahmeregion in Cagayan de Oro
A27	2.8.2012, Iligan	Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Iligan
A28	30.7.2012, Iligan	Christlicher Kirchenvertreter in Iligan
A29	19.7.2012, Cagayan de Oro	Christlicher Kirchenvertreter in Cagayan de Oro
A30	25.7.2012, Iligan	Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Iligan
A31	2.8.2012, Iligan	Mitarbeiter einer UN-Organisation
A32	23.7.2012, Iligan	Mitarbeiterin der Stadtverwaltung in Iligan
A33	16.7.2012, Cagayan de Oro	Gruppeninterview mit Mitarbeitern einer lokalen NGO in Mindanao
A34	12.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer internationalen Organisation
A35	18.7.2012, Cagayan de Oro	Gruppeninterview mit Mitarbeitern einer lokalen NGO in Cagayan de Oro
A36	26.7.2012, Iligan	Schuldirektor einer Auffangschule in Iligan
A37	16.2.2012, Manila	Mitarbeiterin einer UN-Organisation
A38	3.8.2012, Iligan	Mitarbeiterin einer lokalen NGO in Iligan
A39	18.7.2012, Cagayan de Oro	Gruppeninterview mit Mitarbeitern einer nationalen Regierungsbehörde
A40	12.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer nationalen NGO
A41	9.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer internationalen NGO
A42	2.8.2012, Iligan	Medienvertreter in Iligan
A43	19.2.2012, Iligan	Mitarbeiter einer UN-Organisation

Interview	Datum, Ort	Beschreibung
A44	19.7.2012, Cagayan de Oro	Gruppeninterview mit Camp-Managern von Auf- fangslagern in Cagayan de Oro
A45	30.7.2012, Iligan	Ein Mitarbeiter einer internationalen Organisati- on und ein Stadtrat von Iligan
A46	9.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer nationalen Regierungsbehörde
A47	13.7.2012, Manila	Mitarbeiter einer nationalen Regierungsbehörde

Anhang B: Ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{HIK} (I_K)$)

Aufnahmeregion	NAME_1	ETHNIC	E
Guangdong (China)	Guangdong	1	0
Sichuan	China	1	0
Sud (Haiti)		x	x
Ouest		x	x
Andhra Pradesh (India)	Andhra Pradesh	1	0
Arunachal Pradesh	Arunachal Pradesh	1	0
Assam	Assam	1	0
Bihar	Bihar	5	1
Madhya Pradesh	Madhya Pradesh	1	0
Maharashtra	Maharashtra	1	0
Orissa	Orissa	1	0
West Bengal	West Bengal	1	0
Karen State (Myanmar)	Kayin State	5	1
Kayah State	Kayah State	5	1
Rangoon	Yangon	1	0
Bheri (Nepal)	Banke	5	0
	Bardiya	5	
	Surkhet	1	
	Dailekh	1	
	Jajarkot	1	
Kosi	Morang	5	1
	Sunsari	5	
	Dhankuta	1	
	Bhojpur	2	
	Terhathum	2	
Mahakali	Sankhuwasabha	4	1
	Kanchanpur	5	
	Dadeldhura	1	
	Baitadi	1	
	Darchula	5	
Rapti	Dang Deokhuri	2	0
	Saljan	1	
	Rolpa	1	
	Pyuthan	1	
	Rukum	2	
Sagarmatha	Saptari	2	0
	Siraha	1	
	Udayapur	1	
	Khotang	2	
	Okhaldhunga	1	
Seti	Solukhumbu	5	0
	Kailali	4	
	Doti	1	
	Achham	1	
	Bajura	1	
Baluchistan (Pakistan)	Bajhang	1	1
	Chagai	1	
	Gwadar	3	
	Kachhi	4	
	Kalat	5	
	Kharan	5	
	Khuzdar	5	
	Kohlu	5	
	Lasbela	5	
	Loralai	1	
	Nasirabad	4	
	Panjgur	3	
	Pishin	1	
	Quetta	1	
	Sibi	5	
NWFP	Turbat	3	0
	Zhob	1	
	Abbottabad	1	
	Bannu	1	
	Chitral	1	
	Dera Ismail Khan	1	
	Dir	1	
	Kohat	1	
	Kohistan	5	
	Malakand P.A.	1	
	Mansehra	5	
	Mardan	2	
	Peshawar	1	
	Swat	1	

ETHNIC = Indexwert ethnisch-politischer Ausgrenzung laut Rustad et al. (2011b)¹

E = Indexwert ethnisch-politischer Ausgrenzung ≥ 4 ²

1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden; x = keine Daten

¹ „The ethno-political exclusion index is then constructed by summing the two components; 2 points if the locally dominant group is excluded, 0 if not; and between 1 and 3 points depending on the distribution of EGIP vs. excluded populations in the province (higher score implies higher share of excluded populations). Taken together, these two components make a five-point scale, where 1 indicates a region dominated by one large ethnic group who is part of EGIP, while 5 implies local dominance of an ethnic group that is excluded from national power“ (Rustad et al. 2011a, 28)

² Falls, wie bei Bheri, nicht die Aufnahmeregion, sondern ihre Distrikte von Rustad et al. (2011b) kodiert wurden, dann wird die Aufnahmeregion mit 1 kodiert, wenn mindestens die Hälfte ihrer Distrikte einen Indexwert von 4 oder 5 besitzt

Aufnahmeregion	NAME_1	ETHNIC	E
Bicol (Philippines)	Albay	5	1
	Camarines Norte	1	
	Camarines Sur	5	
	Sorsogon	5	
	Catanduanes	5	
Central Mindanao	Masbate	4	0
	Sultan Kudarat	3	
	North Cotabato	1	
	Maguindanao	1	
	Lanao Del Sur	4	
Cordillera Administrative Region	Lanao Del Norte	1	1
	Apayao	4	
	Abra	5	
	Kalinga	5	
	Mountain Province	4	
Central Visayas	Ifugao	4	0
	Benguet	3	
	Bohol	1	
	Cebu	1	
	Negros Oriental	1	
Eastern Visayas	Siquijor	1	0
	Biliran	1	
	Leyte	1	
	Southern Leyte	1	
	Samar	1	
National Capital Region	Northern Samar	1	0
	Eastern Samar	1	
	Metropolitan Manila	1	
	Misamis Occidental	1	
	Bukidnon	3	
Northern Mindanao	Camiguin	1	0
	Agusan del Sur	2	
	Agusan del Norte	1	
	Surigao Del Norte	1	
	Surigao Del Sur	1	
Southern Mindanao	South Cotabato	3	0
	Sarangani	3	
	Compostela Valley	4	
	Davao Del Norte	1	
	Davao Del Sur	4	
Southern Tagalog	Davao Oriental	4	0
	Aurora	1	
	Batangas	1	
	Cavite	1	
	Laguna	1	
	Marinduque	1	
	Oriental Mindoro	1	
	Occidental Mindoro	2	
	Quezon	1	
	Rizal	1	
Western Mindanao	Romblon	1	1
	Palawan	1	
	Zamboanga Del Norte	2	
	Zamboanga Del Sur	3	
	Zamboanga Sibugay	4	
Western Visayas	Basilan	3	0
	Sulu	5	
	Tawi-Tawi	5	
	Negros Occidental	1	
	Guimaras	1	
Narathiwat (Thailand)	Iloilo	1	1
	Capiz	1	
	Aklan	1	
	Antique	1	
	Narathiwat	5	
Pattani	Pattani	5	1
Songkhla	Songkhla	4	1
Yala	Yala	5	1

Tabelle 17: Kodierung ethnisch-politische Ausgrenzung

Quelle: Eigene Darstellung

Aufnahmeregionen	Bedingungen					Outcome V_{HUK}
	R	E	G	I _K	U	
Guangdong 09 (China)	1	0	0	0	0	0
Sichuan 08	0	0	0	0	0	0
Sichuan 09	0	0	0	1	0	0
Andhra Pradesh 09 (India)	1	0	1	1	1	0
Assam 08 I	1	0	1	1	1	0
Assam 08 II	1	0	1	1	1	0
Assam 09	1	0	1	1	0	0
Bihar 08	1	1	1	0	0	0
Bihar 09	1	1	1	1	0	0
Madhya Pradesh 08	0	0	1	0	0	0
Maharashtra 08 I	1	0	1	0	0	1
Maharashtra 08 II	1	0	1	0	0	0
Maharashtra 09	1	0	1	1	1	0
Orissa 08	0	0	1	1	1	0
Orissa 09	0	0	1	1	0	0
West Bengal 08	1	0	1	0	0	0
West Bengal 09	1	0	1	1	1	1
Karen State 08 (Myanmar)	0	1	1	1	1	0
Kayah State 08	0	1	1	1	1	0
Rangoon 08	1	0	1	0	1	0
Bheri 08 (Nepal)	0	0	1	1	1	0
Bheri 09	0	0	1	1	0	0
Kosi 08	0	1	1	1	0	0
Mahakali 08	0	1	1	1	1	0
Mahakali 09	0	1	1	1	0	0
Rapti 08	0	0	1	1	1	0
Rapti 09	0	0	1	1	0	0
Sagarmatha 08	0	0	1	1	0	0
Seti 08	0	0	1	1	1	0
Seti 09	0	0	1	1	0	0
Baluchistan 08 (Pakistan)	0	1	1	1	0	0
NWFP 08 I	0	0	1	0	0	1
NWFP 08 II	0	0	1	0	0	0
NWFP 09 I	0	0	1	1	1	0
NWFP 09 II	0	0	1	1	1	1
NWFP 09 III	0	0	1	1	1	0
Bicol 09 (Philippines)	0	1	0	1	1	0
Central Mindanao 08 I	0	0	0	1	1	0
Central Mindanao 08 II	0	0	0	1	1	1
Central Mindanao 08 III	0	0	0	1	1	1
Central Mindanao 09	0	0	0	1	1	0
Cordillera Administrative Region 08	0	1	0	1	0	1
Central Visayas 08	1	0	0	1	1	1
Central Visayas 09	1	0	0	1	1	0
Eastern Visayas 08	0	0	0	1	1	1
Eastern Visayas 09	0	0	0	1	1	0
National Capital Region 09	1	0	0	1	1	0
Northern Mindanao 08	0	0	0	1	0	1
Northern Mindanao 09	0	0	0	1	1	0
Southern Mindanao 08 I	0	0	0	1	1	1
Southern Mindanao 08 II	0	0	0	1	1	1
Southern Mindanao 09	0	0	0	1	1	0
Southern Tagalog 08	0	0	0	1	1	1
Southern Tagalog 09	0	0	0	1	1	0
Western Mindanao 09 I	0	1	0	1	1	1
Western Mindanao 09 II	0	1	0	1	1	0
Western Visayas 09	1	0	0	1	1	0
Narathiwat 08 (Thailand)	0	1	0	1	1	0
Narathiwat 09	0	1	0	1	1	0
Pattani 08	1	1	0	1	1	0
Pattani 09	1	1	0	1	1	0
Yala 08	0	1	0	1	1	0
Yala 09	0	1	0	1	1	0

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit
 E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf (ethnisch-politische Ausgrenzung)
 G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten
 I_K = Aufnahmeregion mit Konfliktgeschichte
 U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen
 V_{HUK} = Verschärfung einer Krise oder ersten Krise in der Aufnahmeregion
 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

Tabelle 18: Rohdatentabelle ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{\text{HUK}}(I_K)$)

Quelle: Eigene Darstellung

Zeile	Bedingungen					Outcome			n	Roh-konsistenz
	R	E	G	I _K	U	V _{HKK}	V _{HKK1}	V _{HKK2}		
1	0	0	0	1	1	C	0	1	12	0.500000
2	0	0	1	1	1	C	0	0	7	0.142857
3	0	1	0	1	1	C	0	0	7	0.142857
4	0	0	1	1	0	0	0	0	5	0.000000
5	1	0	1	1	1	C	0	0	5	0.200000
6	1	0	0	1	1	C	0	0	4	0.250000
7	0	0	1	0	0	C	0	0	3	0.333333
8	0	1	1	1	0	0	0	0	3	0.000000
9	0	1	1	1	1	0	0	0	3	0.000000
10	1	0	1	0	0	C	0	0	3	0.333333
11	0	0	0	1	0	C	0	1	2	0.500000
12	1	1	0	1	1	0	0	0	2	0.000000
13	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0.000000
14	0	1	0	1	0	1	1	1	1	1.000.000
15	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0.000000
16	1	0	1	0	1	0	0	0	1	0.000000
17	1	0	1	1	0	0	0	0	1	0.000000
18	1	1	1	0	0	0	0	0	1	0.000000
19	1	1	1	1	0	0	0	0	1	0.000000
Alle weiteren 13 Zeilen						?	?	?	0	

Tabelle 19: Wahrheitstafel ethnisch-politische Ausgrenzung (V_{HKK} (I_K))

Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahme-region leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit

E = Aufnahme-region weist ethnische Spannungen auf (ethnisch-politische Ausgrenzung)

G = Aufnahme-region befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten

I_K = Aufnahme-region mit Konfliktgeschichte

U = Aufnahme-region mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen

V_{HKK} = Verschärfung einer Krise oder ernsten Krise in der Aufnahme-region

V_{HKK1} = Alle C-Zeilen mit 0 kodiert

V_{HKK2} = C-Zeilen mit Rohkonsistenz $\geq$ 50% mit 1 kodiert

n = Fallanzahl; 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

C = widersprüchliche Zeile; ? = Bedingungskonstellation empirisch nicht beobachtbar

Analyse notwendiger Bedingungen

Keine der Bedingungen erfüllt das Konsistenzkriterium von 90 Prozent.

Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HKK1}

Nicht sinnvoll. Outcome tritt nur in einer Wahrheitstafelzeile mit einem empirisch beobachtbaren Fall auf.

Analyse hinreichender Bedingungen für V_{HKK2}

Komplexe/intermediäre Lösung:

$$\mathbf{rgI_{Ku}} + \mathbf{regI_K} \rightarrow \mathbf{V_{HKK2}}$$

Abdeckung = 57 Prozent

Konsistenz = 53 Prozent

Sparsamste Lösung:

$$\mathbf{gI_{Ku}} + \mathbf{regI_K} \rightarrow \mathbf{V_{HKK2}}$$

Abdeckung = 57 Prozent

Konsistenz = 53 Prozent

Anhang C: Ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{UCDP}(I_R)$)

Aufnahmeregionen	Bedingungen					Outcome V_{UCDP}
	R	E	G	I_R	U	
Sichuan 08 (China)	0	0	0	0	0	1
Andhra Pradesh 09 (India)	1	0	1	0	1	1
Arunachal Pradesh 08 I	0	0	1	0	1	1
Arunachal Pradesh 08 II	0	0	1	0	1	0
Assam 08 I	1	0	1	0	1	1
Assam 08 II	1	0	1	0	1	0
Assam 09 I	1	0	1	0	0	1
Assam 09 II	1	0	1	0	0	0
Bihar 08	1	1	1	0	0	1
Bihar 09	1	1	1	0	0	1
Madhya Pradesh 08	0	0	1	0	0	1
Maharashtra 09	1	0	1	0	1	1
Orissa 08	0	0	1	0	1	1
Orissa 09 I	0	0	1	0	0	1
Orissa 09 II	0	0	1	0	0	1
West Bengal 08	1	0	1	0	0	1
West Bengal 09 I	1	0	1	0	1	1
West Bengal 09 II	1	0	1	0	1	1
Karen State 08 (Myanmar)	0	1	1	0	1	0
Baluchistan 08 (Pakistan)	0	1	1	1	0	1
NWFP 08 I	0	0	1	1	0	1
NWFP 08 II	0	0	1	1	0	1
NWFP 09 I	0	0	1	1	1	1
NWFP 09 II	0	0	1	1	1	0
Central Mindanao 08 I (Philippines)	0	0	0	0	1	1
Central Mindanao 08 II	0	0	0	0	1	1
Northern Mindanao 08 I	0	0	0	0	0	1
Northern Mindanao 08 II	0	0	0	0	0	1
Southern Mindanao 08 I	0	0	0	0	1	1
Southern Mindanao 08 II	0	0	0	0	1	1
Western Mindanao 09 I	0	1	0	0	1	1
Western Mindanao 09 II	0	1	0	0	1	0
Narathiwat 08 (Thailand)	0	1	0	1	1	0
Narathiwat 09 I	0	1	0	1	1	0
Narathiwat 09 II	0	1	0	1	1	0
Pattani 08	1	1	0	1	1	0
Pattani 09 I	1	1	0	1	1	0
Pattani 09 II	1	1	0	1	1	0
Songkhla 08	0	1	0	1	0	0
Songkhla 09 I	0	1	0	1	1	0
Songkhla 09 II	0	1	0	1	1	0
Yala 08	0	1	0	1	1	0
Yala 09 I	0	1	0	1	1	0
Yala 09 II	0	1	0	1	1	0

Tabelle 20: Rohdatentabelle ethnisch-politische Ausgrenzung ($V_{UCDP}(I_R)$)

Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit
E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf (ethnisch-politische Ausgrenzung)
G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten
 I_R = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der Aufnahmeregion
U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen
 V_{UCDP} = Verschärfung eines bewaffneten Konfliktes, Krieges, nicht-staatlichen Konfliktes oder von einseitiger Gewalt in der Aufnahmeregion
1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

Zeile	Bedingungen					Outcome			n	Roh-konsistenz
	R	E	G	I _R	U	V _{UCDP}	V _{UCDP1}	V _{UCDP2}		
1	0	1	0	1	1	0	0	0	8	0.000000
2	1	0	1	0	1	C	0	1	6	0.833333
3	0	0	0	0	1	1	1	1	4	1.000.000
4	0	0	0	0	0	1	1	1	3	1.000.000
5	0	0	1	0	0	1	1	1	3	1.000.000
6	0	0	1	0	1	C	0	1	3	0.666667
7	1	0	1	0	0	C	0	1	3	0.666667
8	1	1	0	1	1	0	0	0	3	0.000000
9	0	0	1	1	0	1	1	1	2	1.000.000
10	0	0	1	1	1	C	0	1	2	0.500000
11	0	1	0	0	1	C	0	1	2	0.500000
12	1	1	1	0	0	1	1	1	2	1.000.000
13	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0.000000
14	0	1	1	0	1	0	0	0	1	0.000000
15	0	1	1	1	0	1	1	1	1	1.000.000
Alle weiteren 17 Zeilen						?	?	?	0	

Tabelle 21: Wahrheitstafel ethnisch-politische Ausgrenzung (V_{UCDP}(I_R))

Quelle: Eigene Darstellung

R = Aufnahmeregion leidet unter nachfrageinduzierter Ressourcenknappheit

E = Aufnahmeregion weist ethnische Spannungen auf (ethnisch-politische Ausgrenzung)

G = Aufnahmeregion befindet sich in einem Land mit geringen Governance-Kapazitäten

I_R = Kürzlich erfolgter Regimewechsel im Land der Aufnahmeregion

U = Aufnahmeregion mit hohem Bevölkerungsanteil an Umweltvertriebenen

V_{UCDP} = Verschärfung eines bewaffneten Konfliktes, Krieges, nicht-staatlichen Konfliktes oder von einseitiger Gewalt in der Aufnahmeregion

V_{UCDP1} = Alle C-Zeilen mit 0 kodiert

V_{UCDP2} = C-Zeilen mit Rohkonsistenz $\geq 50\%$ mit 1 kodiert

n = Fallanzahl; 1 = vorhanden; 0 = nicht vorhanden

C = widersprüchliche Zeile; ? = Bedingungskonstellation empirisch nicht beobachtbar

Analyse notwendiger Bedingungen

Keine der Bedingungen erfüllt das Konsistenzkriterium von 90 Prozent.

Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP1}

Komplexe/intermediäre Lösung:

$$\mathbf{regir} + \mathbf{rGIru} + \mathbf{REGiru} + \mathbf{reGu} \rightarrow \mathbf{V_{UCDP1}}$$

Abdeckung = 58 Prozent

Konsistenz = 100 Prozent

Sparsamste Lösung:

$$\mathbf{eg} + \mathbf{rGu} + \mathbf{EGu} \rightarrow \mathbf{V_{UCDP1}}$$

Abdeckung = 58 Prozent

Konsistenz = 100 Prozent

Analyse hinreichender Bedingungen für V_{UCDP2}

Komplexe/intermediäre Lösung:

$$\mathbf{reiR} + \mathbf{eGiR} + \mathbf{reG} + \mathbf{rgiRU} + \mathbf{RGiru} + \mathbf{rGIru} \rightarrow \mathbf{V_{UCDP2}}$$

Abdeckung = 100 Prozent

Konsistenz = 84 Prozent

Sparsamste Lösung:

$$\mathbf{e} + \mathbf{g}_{\mathbf{R}} + \mathbf{Gu} \rightarrow \mathbf{V}_{\text{UCDF2}}$$

Abdeckung = 100 Prozent

Konsistenz = 84 Prozent

Anhang D: Entwicklungsindikatoren Mindanao

Provinz	HDI National*	HDI International*
Agusan del Norte	0,541	0,577
Agusan del Sur	0,354	0,535
Basilian	0,46	0,54
Bukidnon	0,494	0,577
Camiguin	0,51	0,602
Compostela Valley	0,461	0,567
Cotabato	0,498	0,57
Davao del Norte	0,506	0,589
Davao del Sur	0,602	0,624
Davao Oriental	0,356	0,525
Lanao del Norte	0,537	0,592
Lanao del Sur	0,416	0,511
Maguindanao	0,3	0,47
Misamis Occidental	0,477	0,597
Misamis Oriental	0,626	0,65
Sarangani	0,371	0,512
South Cotabao	0,612	0,621
Sultan Kudarat	0,448	0,551
Sulu	0,266	0,446
Surigao del Norte	0,442	0,561
Surigao del Sur	0,463	0,561
Tawi Tawi	0,31	0,457
Zamboanga del Norte	0,384	0,535
Zamboanga del Sur	0,59	0,597
Zamboanga Sibugay	0,353	0,555
Gesamt Ø	0,45508	0,55688

* Quelle: HDN 2013

Tabelle 22: Entwicklungsindikatoren Mindanao
Quelle: Eigene Darstellung

Zur Person

Andreas Bernath – Geboren 1981 in Mannheim; Abitur 2001; Studium der Politikwissenschaft und der Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim 2003-2008; Promotion am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) 2009-2015; Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) 2010-2013; Stipendium der IFSH-Nachwuchsförderung 01.-06.2014.